C 21734 D

Polizeibericht zu Brokdorf — Beilage

Arbeiterkampf

Jg. 6 Nr. 95 13. Dez. 1976
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

Renten-Skandal

Das ist schon ein Ding: Erst acht Wochen sind vergangen seit dem Bundestagswahlkampf und Spitzenpolitiker der bürgerlichen Parteien glauben es sich erlauben zu können, ihre seinerzeit gegebenen Versprechen nicht mehr einhalten zu müssen. Die maßlose Verachtung der bürgerlichen Parteien für den sonst so vielbeschworenen „Wählerwillen" kommt deutlich zum Ausdruck in dem Plan der Bundesregierung, die Renten auf Kosten der Rentner selbst und durch zusätzliche Belastung der werktätigen Bevölkerung zu „sanieren".

Während die Spitzenvertreter von SPD und FDP zunächst in ihren Koalitionsverhandlungen vereinbart hatten, die Renten nicht – wie versprochen – am 1. Juli nächsten Jahres sondern erst 1978 um zehn Prozent zu erhöhen, einigten sie sich nach den massiven Protesten der Betroffenen darauf, das gleiche „Spar"programm zu Lasten der Rentner und Werktätigen auf andere Art durchzuziehen: Jetzt sollen zwar die Renten um knapp 10 % zum versprochenen Termin Mitte nächsten Jahres erhöht werden, dafür müssen die Rentner aber auf die nächste Rentenerhöhung ein halbes Jahr länger warten. Die folgenden Rentenerhöhungen werden sich auch nicht mehr an der Steige-

folgenden Rentenerhöhungen werden sich auch nicht mehr an der Steige-

rung der Bruttoverdienste, sondern an der Steigerung der Nettoeinkommen ausrichten. Diese sind ja aufgrund der gestiegenen Steuern und der gestiegenen Abgaben für die Sozialversicherung erheblich niedriger (nach offiziellen Zahlen betrug die Steigerung der Bruttolöhne in der Zeit von 1970 bis 76 97,4 %, die der Nettoeinkommen dagegen nur 76,5 Prozent). Die Rentner, die der Lohnentwicklung nach dem gegenwärtigen Rentensystem um drei Jahre hinterherhinken, bekommen also für die Jahre, wo die Löhne aufgrund der höheren Inflationsrate anfangs der siebziger Jahre höher gestiegen sind, gar nicht den entsprechenden Anteil. Sie müssen sich in Zukunft mit dem Nettoanteil begnügen, während damals ihre Rente aufgrund der Inflation immer weniger wert geworden ist.

Die Verschiebung der Rentenerhöhung hat die Regierung damit begründet, daß sie anders die Lücke in der Rentenversicherung nicht schliessen könne. Dieses Problem hat sie nun in der Weise gelöst, daß die Rücklagen, die gesetzlich mindestens drei Monate betragen müssen, in Zukunft eben nur noch einen Monat abdekken! ... Die Rücklagen der Rentenversicherung sind aber nichts anderes, als von den Werktätigen jahrelang bezahlte Beiträge. Da der Staat eh immer einen Zuschuß zur Sozialversicherung zu zahlen hat (aus den Steuern der Werktätigen natürlich), bedeutet dies nichts anderes, als daß der Staat nunmehr seinen Zuschuß zur Rentenversicherung kürzt.

Da die werktätige Bevölkerung regelmäßig und über einen langen Zeitraum hin ihre Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt hat, bleibt die Frage zu klären, woher denn auf einmal die Finanzierungsschwierigkeiten kommen. Die Erklärung für die Renten„krise" ist relativ leicht:

Fortsetzung Seite 2

Russell-Tribunal über die BRD gefordert!

Am 28.11. einigten sich in Paris Vertreter von Organisationen und Komitees aus verschiedenen westeuropäischen Ländern, öffentlich die Einberufung und Unterstützung eines unabhängigen Russell-Tribunals zu propagieren, das sich mit der Repression in der BRD befassen soll. Mittlerweile sind bereits von verschiedenen demokratischen Kräften die ersten Aufforderungen an die Bertrand Russell Peace Foundation gerichtet worden, eine solche internationale Untersuchung durchzuführen.

Nach dem bekannten Vietnam-Tribunal unter Vorsitz Sartres und dem Tribunal über die Folter in Lateinamerika als Reaktion auf den Putsch in Chile ist die aktuelle Entwicklung in der BRD der dritte Anlaß für eine solche Form des internationalen Protestes gegen die Verletzung der Menschenrechte und den Bruch demokratischer Grundwerte.

Zweifellos bedeutet ein solches Tribunal einen weiteren Höhepunkt der Bewegung gegen die Repression in Westdeutschland, die im zurückliegenden Jahr zwar keinen Durchbruch, immerhin jedoch spürbare Fortschritte erzielen konnte. Dies ist zu einem Gutteil das Ergebnis zahlloser demokratischer Proteste im westeuropäischen Ausland, wo man sich der wachsenden Bedrohung angesichts des erklärten Willens der BRD-Imperialisten, ihr „Modell Deutschland" auch den anderen Völkern aufzuzwingen, immer mehr bewußt wird.

Die internationale Solidarität hat dem Widerstand in Westdeutschland selbst zu einem gewissen Aufschwung verholfen. Dies schlägt sich in einer Reihe eindrucksvoller Aktionen der letzten Monate nieder: Vom Pfingstkongreß in Frankfurt (20000 Teilnehmer) bis zu den jüngsten Massendemonstrationen gegen die Berufsverbote (über 20000 in Westberlin, 8000 in Stuttgart). Diese wachsende Bereitschaft, sich hier wie auch international gegen die Rechtsentwicklung in der BRD zu engagieren, gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß die Aktivitäten – trotz aller Schwierigkeiten – im nächsten Jahr noch erfolgreicher fortgesetzt werden können (siehe Artikel S. 4/5).

(siehe Artikel S. 4/5).



Gladys Diaz endlich frei!

Das erste Interview nach ihrer Freilassung aus den Kerkern der faschistischen chilenischen Junta gab Gladys dem ARBEITERKAMPF. S. 24/25

Der "Fall Pommerenke" belegt: TÜV – Agentur der Atomindustrie

Der Technische Überwachungs Verein (TÜV) – jedem bekannt durch die regelmäßig fällige Fahrzeugüberwachung – rückte in den letzten Tagen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses – als nämlich schlagartig klar wurde, daß der TÜV eine der wesentlichen Schaltstellen bei der „Überprüfung", Genehmigung und „Kontrolle" von Kernkraftwerken darstellt.

Der Anlaß: Am 24.11. wurde der Ingenieur Jens Pommerenke, seines Zeichens TÜV-Sachverständiger in der Abteilung „Kerntechnik und Strahlenschutz", Experte für Notstromaggregate, u.a. beauftragt mit Vorarbeiten am Projekt Kernkraftwerk Brokdorf, fristlos gefeuert.

Der Grund der fristlosen Kündigung: Es wurde bekannt, daß Pommerenke am 30.10. an der ersten Kundgebung der KKW-Gegner in Brokdorf teilgenommen hatte. Die Betriebsleitung des TÜV wußte und weiß, daß ein großer Teil ihrer Ingenieure und Physiker z.T. erhebliche Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der Kernkraftwerke hat. Sie muß aber versuchen – und zwar um den Preis ihrer ganzen Funktion in der Öffentlichkeit – diese Bedenken hinter Schloß und Riegel zu halten. Eine Beteiligung ihrer KKW-„Kontrolleure" an Aktivitäten der KKW-Gegner würde dem TÜV Ruf und Funktion kosten. Demzufolge versuchte die Geschäftsleitung, Pommerenke durch lange „Verhöre", Verweise, offene Erpressung etc. weichzukochen und die Angelegenheit betriebsintern beiseite zu schaffen. Allein Pommerenkes Haltung, sich von der Geschäftsleitung nicht seine demokratischen Rechte (z.B. Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen) und sein Gewissen als Wissenschaftler abpressen oder abkaufen zu lassen, veranlaßte die Geschäftsleitung zur Kündigung, und zwar gleich doppelt, nämlich fristlos und ersatzweise fristgemäß, gekoppelt mit sofortigem Hausverbot.

Inzwischen hat Pommerenke eine Einstweilige Verfügung gegen seine Kündigung eingereicht. Diese wird am 15. Dezember um 14 Uhr vor dem Arbeitsgericht verhandelt.

Weiter hat Pommerenke von seinem Recht Gebrauch gemacht, sich mit zwei „persönlichen Erklärungen" an seine Betriebskollegen zu wenden und gegen seine Kündigung zu protestieren. Dabei hat er auch die Kündigungsgründe bekanntgemacht und die verschiedenen Erpressungsversuche der TÜV-Geschäftsleitung enthüllt.

Dies und die darauf folgende Berichterstattung in Presse (u.a. „Stern"), Rundfunk und Fernsehen (NDR am 10.12.76) werfen ein Schlaglicht auf die Rolle des Technischen Überwachungsvereins, mit dem der Laie bislang lediglich die technische Überwachung von Autos verbunden hat:

– Neben diesem Gebiet, das rund 50% der Tätigkeit des TÜV ausmacht, überprüft und begutachtet der TÜV nämlich Dampfkessel, Druckbehälter, Tank- und Heizungsanlagen, fördertechnische Anlagen usw. und – eben Kernkraftwerke, und das in jüngster Zeit in steigendem Ausmaß.

– Ein weiteres „Schlaglicht": Diese Überwachungsfunktion übt der TÜV nicht – wie gemeinhin angenommen – als staatliche Behörde aus, sondern als privatrechtlicher „Verein" der zu überwachenden Industriebetriebe selbst! (mit z.T.

Fortsetzung auf Seite 3

Kampf den Nazi-Banden!



Ein Trupp der Hoffmann-Bande beim Manöver

Die Faschisten der BRD trainieren bewaffnete Banden und legen umfangreiche Waffenlager an. Ganz offen unterhält ein Karl-Heinz Hoffmann in Heroldsberg bei Nürnberg seit Jahren eine Privatarmee, die – dank großzügiger Geldgeber im Hintergrund – über eine wachsende Zahl von Jeeps, Mannschaftswagen, Kettenfahrzeugen, Militär-Schlauchbooten etc. verfügt. Die Hoffmannsche „Wehrsportgruppe" ist inzwischen soweit, daß sie nicht nur offen in Nürnbergs Straßen mit ihren Militärfahrzeugen herumfährt, sondern ihre Aufmärsche und Schlägereinsätze Nazi-Stil auch weit über den Nürnberger Raum hinaus ausdehnt.

Brutaler Überfall der Hofmann-Bande in Tübingen

Am 4. 12. überfiel ein Trupp von etwa 20 Hoffmann-Faschisten Studenten der Universität Tübingen. Anlaß war eine Veranstaltung des rechtsradikalen „Hochschulrings Tübinger Studenten" (HTS), auf der Hoffmann als Redner auftreten sollte. Die Hoffmann-Bande griff die 150 bis 200 Studenten, die sich zur Verhinderung der Veranstaltung eingefunden hatten, plötzlich mit lebensgefährlichen Schlag- und Mordwaffen an – Eisenstanden mit Haken, Stahlruten. Hoffman selbst schlug mit einer Karate-Waffe um sich: zwei mit einem Band verbundene, an den En- ▶

aus dem Inhalt

Kampf den Nazi-Banden!

Fortsetzung von Seite 1

den mit Metall verstärkte, lange schwere Schlaghölzer. Es gab zahlreiche Verletzte, darunter sieben Schwerverletzte – Studenten und ein angetrunkener Passant, der den Faschisten bei ihrem Amoklauf über den Weg lief. Polizei nahm schließlich elf Nazi-Schläger fest, ließ sie aber kurz darauf wieder laufen.

Nazi-Terror vom bürgerlichen Staat geduldet

Dieser Überfall der Hoffmanntruppe ist nur der letzte bekannt gewordene Fall. Ein paar Monate zuvor tauchte Hoffmann beispiels-



So kostümiert posiert Bandenchef Hoffmann für seine Werbeprospekte. Dieser Verbrecher gehört hinter Gitter!

weise bei einer Solidaritätsveranstaltung für die angolanische MPLA in Nürnberg auf, konnte damals aber schnell an die Luft gesetzt werden (vgl. AK 85). Schon 1974 hatte die Hoffmann-Bande mit Messern, Schlagringen und Totschlägern ausgerüstet für die bayrische NPD „Ordnerdienste" geleistet und hatte außerdem ein DKP-Büro in Fürth überfallen (vgl. AK 64).

Offensichtlich ist diese „Wehrsportgruppe" gezielt als Terror-Bande gegen Linke angelegt. Dieses Geschäft kann sie nicht zuletzt deshalb betreiben, weil sie ihre paramilitärische Ausbildung, Geländemanöver, Schießübungen und Terrorakte mit wohlwollender Duldung durch Polizei und Justiz durchführen kann. Selbst die bisher einzige, im August '76 ausgesprochene Verurteilung war schließlich eine Ermutigung für Hoffmann: Nach langem Sträuben hatte ein Nürnberger Gericht (in Berufungsinstanz!) nicht anders können, als Hoffmann wegen Organisierung seiner Bande (d. h. „Tragen von Uniformen als Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung") zu verurteilen. Art und Höhe der Strafe (8.000 DM) waren allerdings so, daß Hoffmann ungehindert weitermachen kann.

Kontakte zur Fascho-Szene

Daß Hoffmann sein Unwesen weitertreiben kann, wird auch dadurch garantiert, daß er beste Verbindungen zu allen möglichen Faschistenkreisen hat.

Außer dem Anschluß seiner Bande an den „Stahlhelm" (als dessen offizielle Ortsgruppe die Bande fungiert) und seiner Zusammenarbeit mit der NPD ist sein Kontakt

– zum Frankfurter „Kampfbund Deutscher Soldaten" bekannt. Ihr Chef Schönborn (Freund der Radau-Faschisten Roeder und Christophersen) bescheinigte Hoffmann 1974 (anläßlich des ersten Prozesses) „bewunderswerten Idealismus". Er wolle „seine" Jugendlichen *„in bestem Geist zu Disziplin, Ordnung und Verteidigungsbereitschaft erziehen"*.

– Durch den Tübinger Schlägerüberfall wurde jetzt der Zusammenhang von Hoffmanns Truppe und dem Revanchistenkampf aufgedeckt: Dazu gehören – außer dem erwähnten HTS und dem „Ostpolitischen Deutschen Studentenverband" (beide unter der Adresse des Gründers einer Tübinger CSU-Gruppe, Axel Heinzmann, Grabenstraße 19, 74 Tübingen) – u. a. die „Notgemeinschaft Freier Berliner" (Bernd Moldenhauer, Claudiusstr. 10, Westberlin 21) sowie der „Studentische Arbeitskreis Mitteldeutschland /Junge Europastudenteninitiative" (SAM/JES). Im Vorstand von SAM/JES sitzen: ein Christoph Fichtner (der ebenfalls dem HTS angehört) sowie wieder Bernd Moldenhauer und Axel Heinzmann. Von hier laufen Verbindungen zum „Ring Freiheitlicher Studenten", zum „Bund der Mitteldeutschen", zur „Vereinigung der Opfer des Stalinismus", der „Gesellschaft für Menschenrechte", der „Deutschen Jugend des Ostens", Vertriebenen- und Emigrantenorganisationen und zum „Bund Freiheit der Wissenschaft".

Hoffmanns „Freundeskreis"

Um die Hoffmann-Bande herum hat sich darüber hinaus ein „Freundeskreis zur Förderung der Wehrsportgruppe Hoffmann" gebildet. Namentlich sind davon bekannt: Der „Präsident" Dr. Bruno Weigand; als 1. Vorsitzender Friedrich Heckmann (6930 Eberbach); 2. Vorsitzender ist Franz Speil (Gundekarstr. 13, 8070 Ingolstadt); weitere Hoffmann-„Freunde" sind Joh. Koesling (Taunusstr. 6, Westberlin 41); Josef Oberheid (Geisenfeldstr., Ingolstadt); P. Weinmann (Ermekeilstr. 15, Bonn). In Österreich: Hellmut Schönangerer (Haunsperstr. 17, A 5020 Salzburg) sowie Jürgen Lethmayer (Obere Wiener Str. 68, A 3495 Rohrendorf).

Aufgabe des Kreises soll sein, *„die materiellen Voraussetzungen zur Erhaltung und Ausbreitung der WSG zu organisieren"*.

Der „Freundeskreis" dient auch als Forum für die politische Schulung und Propaganda der Nazis. Die „Wehrsportgruppe" selbst, behauptet Hoffmann immer noch frecherweise, habe mit Politik nichts zu tun. Bei Gericht kam er damit durch – zumindest in erster Instanz. In einer Werbeschrift heißt es dazu: *„Ebenfalls entgegen landläufiger Meinung gibt es keine politische Schulung bei uns. Unsere Tätigkeit beschränkt sich auf militärsportliche Ausbildung und fördert den kameradschaftlichen Zusammenhalt"*.

Ein Nazi kommt selten allein – Christophersen zu Gast bei Hoffmann

Tatsächlich läuft die Schulung aber u.a. über den „Freundeskreis". So führte der Kreis am 29.10.76 in der „Bürgerstube" (in Nürnbergs Königstraße) eine Veranstaltung unter dem Motto „Kampf gegen eine widernatürliche Justiz" durch.

Vor etwa 90 überwiegend jugendlichen Hoffmann-Anhängern sprach zunächst Klaus Huscher (Vertreter des „Denk-mit!-Verlages", der faschistische Bücher und Broschüren herausgibt).

Eine „Gedenkminute" für den vor kurzem verstorbenen Ex-SA'ler und Chef der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft", Jochen Floth, folgte. Im Anschluß daran trat als Stargast der Roeder- und Schönborn-Kumpan Thies Christophersen auf („Auschwitz-Lüge"). Auch vor der Hoffmann-Bande wiederholte er seine alte

Thies Christophersen auf („Auschwitz-Lüge"). Auch vor der Hoffmann-Bande wiederholte er seine alte

Lüge, von Juden-Morden in Nazi-KZs sei nichts bekannt.

Hoffmann selbst trat nach einer Pause auf und klagte über „Verleumdungen". So war er mit einem mißlungenen Bombenattentat in München in Zusammenhang gebracht worden. Hoffmanns Satz: „Daß ich das nicht gewesen sein kann, ergibt sich doch schon daraus, daß eine Bombe, die ich baue, auch in die Luft geht", wurde mit brausendem Beifall seiner jugendlichen Anhänger bedacht.

Danach hetzte Hoffmann gegen das „Kommunikationszentrum" in Nürnberg, ein Treffpunkt vieler Jugendlicher. Er beschrieb es als „Rauschgifthölle" und „Ungeziefertauschzentrum".

Zum Abschluß wurde Geld gesammelt, um die drei Redner finanziell zu unterstützen, da die Verfolgung durch die Justiz sie Unsummen von Geld koste. Überhaupt, so der Schlußsatz, gingen alle drei schweren Zeiten entgegen. Hoffentlich!

Hoffmann hinter Gitter!

Mit tatkräftiger Hilfe von Behörden und Gerichten, die angesichts dieser offensichtlichen faschistisch-militärischen Bandenbildung bislang beide Augen fest zudrückten, konnte es Hoffmann teilweise sogar gelingen, in der Öffentlichkeit den terroristischen Charakter seiner Truppe zu vertuschen.

So berichteten die „Nürnberger Nachrichten" vom 21.10.76 unter der Überschrift „Hoffmann-Truppe half aus" darüber, wie diese Bande bei der Wiederherstellung eines Sportplatzes in angeblich sebstloser Weise ihre zivile Einsatzbereitschaft zeigte. Solcher tatsächlichen oder vorgeblichen Unkenntnis gilt es, schnellstens eine breite Aufklärung der Bevölkerung über die faschistische Terrorbande des Hoffmann entgegenzusetzen. Und was den Bandenchef selbst angeht:
Hoffmann hinter Gitter!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg und KB/Gruppe Nürnberg





Die „Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG) ist eine faschistische kriminelle Vereinigung. Sie verfügt inzwischen über mehrere Jeeps, Mannschaftstransportwagen, Kettenfahrzeuge und weitere militärische Ausrüstung. Die Bande ist militärisch uniformiert. *„Die einzelnen Gruppen der WSG rücken mindestens einmal wöchentlich zur feldmäßigen Übung aus. Und zwar zu Zeiten, die es auch den Werktätigen erlauben, dabei zu sein. Der Dienst beinhaltet nahezu alle Arten der militärischen Ausbildung, Nahkampf, Tarnung, Fuß- und Motmarsch, Ambush* (Hinterhalt – Anm. AK), *Conter-Ambush und Überlebenstraining. Theoretisch und praktisch. Mehrmals im Jahr finden unter Einbeziehung mehrerer Gruppen Manöver mit unterschiedlichen Zielen statt"*.

Die Hoffmann-Bande ist die bedeutendste bekannte faschisti-

Die Hoffmann-Bande ist die bedeutendste bekannte faschisti-

sche Truppe. Ihr verbrecherisches Treiben wird von Polizei und Justiz geduldet. Die Mitglieder der Truppe sind in der Mehrzahl verhetzte Jugendliche. Besonders übel ist, daß der Faschist Hoffmann unbehelligt sogar Jugendliche ab 13 Jahren für seine Bande rekrutiert. *„Die Jugendgruppe wird von eigenen Jugendführern angeführt und leistet einen, dem Alter entsprechenden, leichteren Dienst"* (Zitate aus einem Werbezettel der Hoffmann-Bande).

Wir rufen auf, in der gesamten BRD eine massive Aufklärungskampagne zu führen mit dem Ziel der Zerschlagung dieser Nazi-Bande. Alle Mittel, der juristische und parlamentarische Weg ebenso wie die demokratische Selbsthilfe, müssen dafür eingesetzt werden. Wehret den Anfängen!

Anfängen!



„NSU-Kettenkrad" der Hoffmann-Bande



Hoffmann-Banditen beim Manöver mit Schlauchboot

Fortsetzung von Seite 1



– Die Zunahme der Frühinvalidität aufgrund der miesen und immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen haut in die Ausgaben der Rentenversicherung rein;
– Die Arbeitslosen fallen als Einzahler aus. Zwar zahlt das Arbeitsamt die Beiträge zur Sozialversicherung weiter, aber nicht die zur Rentenversicherung.
– Die niedrigen Loherhöhungen im Vergleich zu den allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten.

D.h. die Schwierigkeiten bei der Rentenversicherung liegen also alle eindeutig in der „Spar"- und Krisenpolitik der Bourgeoisie und ihrer Regierung begründet. Ihre Folgen wirken sich nun auch auf die Rentner aus, im übrigen hier nicht zum ersten Mal.

Die von der Bundesregierung jetzt beschlossenen Maßnahmen treffen einen Teil der Bevölkerung, der in seiner großen Mehrheit schon heute unter den ärmlichsten und oft elendsten Bedingungen zu leben hat:

Ein „Durchschnittsverdiener" erhält heute nach 40 Versicherungsjahren 916,10 DM Rente, die vergleichsweise Witwenrente beträgt nur 550,20 DM. Dies ist eine statistische Größe. Sie bezieht sich auf das Durchschnittseinkommen und wird von sehr vielen nicht erreicht. Ebenso werden aufgrund der Kriegsjahre die 40 Versicherungsjahre von vielen (40 %) nicht erreicht, bei den Frauen ist das praktisch nie der Fall (88 %). Ungefähr die Hälfte der Rentner hat nicht einmal 600 DM im Monat, denn die durchschnittliche Rente einschließlich der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente beträgt für Arbeiter nur 596 DM, während die für Angestellte bei ca. 952 DM liegt (bei den Frauen 692 bzw. 480 DM).

Durch weitere Renten (für die die Rentner zum Teil noch Extra-Beiträge entrichtet haben: Z.B. Rente aus einer privaten Lebensversicherung) erhöht sich die tatsächliche Rente noch etwas. Insgesamt gesehen erhalten 58 % der Rentnerinnen und 47 % der Rentner weniger als 820 DM im Monat!

Diese Zahlen sollte man kennen, wenn man hört und liest, wie die Herrschenden die Rentner behandelt und über Kürzungen bei den Renten selbstherrlich und arrogant beschliessen.

Tübingen: Faschisten wüten mit Totschlägern und Tränengas

Am Samstag, den 4.11.76, wollte der Hochschulring Tübinger Studenten (HTS) in der Alten Mensa eine Rhodesienveranstaltung durchführen („Aggression der Kommunisten im südlichen Afrika"). Eingeladen war dazu als Redner der Führer der Nürnberger „Wehrsportgruppe", Karl-Heinz Hoffmann. Weshalb er gerade zu diesem Thema sprechen sollte, geht aus einer Meldung der Zeitung der ZANU, „Chimurenga", vom 30.6.76 hervor:

„Der bayrische Faschist Hoffmann war zu Beginn dieses Jahres in Salisbury und bot dem rhodesischen Regime über 1.000 hartgesottene Meuchelmörder, die über eine erprobte Nazikiller-Mentalität verfügen, an. Hoffmanns Rekrutierungen breiten sich nach Österreich und der Schweiz aus".



Terror der Hoffmann-Bande in Tübingen. Bandenchef Hoffmann mit Karate-Waffe vorn (helle Jacke)

„Eruption nackten Terrors"

Am Abend versammelten sich daraufhin etwa 200 protestierende Menschen vor der Alten Mensa. Es gelang ihnen, den Zugang durch Kettenbildung zu versperren.

Statt der Faschistenpropaganda fand Information über die Verhältnisse in Zimbabwe und die Rolle der Söldner statt, ebenso eine Sammlung für ein Landwirtschaftsprojekt der Befreiungsbewegung ZANU, bei der 285 Mark gespendet wurden.

Gerade als sich die Menge aufzulösen begann, traf Hoffmann mit einem Schäger-Trupp ein. In einer Erklärung des Tübinger AStA heißt es dazu: *„Hoffmann ging in Richtung Eingang der Mensa und sagte provozierend: ‚Jetzt wollen wir mal sehen, ob hier nicht der Eingang frei wird.' Die Menge schob sich zusammen und versperrte Hoffmann den Weg. (...) Hoffmann sprach kurz mit Heinzmann* (Chef des HTS – Anm. AK). *Darauf ging Hoffmann mit schnellen Schritten auf die Menge zu, direkt hinter ihm Heinzmann, und zog mit den Worten ‚jetzt geht's los!' sein Schlaginstrument (Totschläger) aus der Jacke. Gleichzeitig stürmten etwa 15 Leute hinter ihm mit gezücktem Schlagstock los. Sie benutzten Holzknüppel, Totschläger, Stahlrute mit Eisenkugel, Tränengassprühdose"* („Schwäbisches Tagblatt", 6.12.76).

Die Brutalität des Faschistenterrors wird aus verschiedenen Zeugenberichten deutlich: *„Besonders schlimm wurde ein Angetrunkener, völlig unbeteiligter Passant am Kopf getroffen. Blutüberströmt mußte er in die Chirurgische Klinik überwiesen werden. Vorher sprühte, wie ein danebenstehender Augenzeuge berichtet, Heinzmann ihm aus kurzer Entfernung noch Tränengas ins Gesicht. Bei einer Studentin bestand Verdacht auf Gehirnerschütterung"* („Schwäb. Tagblatt", s.o.).

Der AStA beschreibt die Schlagwaffe Hoffmanns (zwei mit einem Band verbundene schwere Holzknüppel), die sichergestellt wurde: **„Einer dieser beiden Holzstöcke ist Samstag abend beschädigt worden. Er ist gespalten, und in dem Spalt befinden sich Kopfhaare. Sie sind so tief in das Holz eingedrungen, daß man sie nicht herausreißen kann.** *(...) Viele Zeugen erzählen, man müsse sich wundern, daß die Faschisten niemanden totgeschlagen haben. Immerhin aber liegen noch zwei Personen im Krankenhaus, und eine weitere trägt einen Arm in Gips"* („asta-mitteilungen", 6.12.76). Der Geschäftsführer des Studentenwerks Tübingen, Dr. Kralewski, der die Faschisten beobachtete: *„Diese Eruption nackten Terrors mitzuerleben, gehört für mich zum Schrecklichsten, was sich seit 1945 ereignet hat"* („Schwäb. Tagblatt", 7.12.76).

Der HTS: Eine faschistische Bande

Der HTS, verantwortlich für die geplante Provokationsveranstaltung, war ursprünglich eine Zusammenfassung verschiedener Burschenschaften. Inzwischen hat er sich aber noch weiter nach rechts entwickelt.

„Schon seit Jahren betreibt der HTS in Tübingen die Propaganda für die rassistischen Regime im südlichen Afrika. In den letzten zwei Jahren ließ er zweimal einen Herrn Lichtenfels (ehemaliger Vertreter des südafrikanischen Propagandaministeriums) auftreten, der z.B. die Morde an Vertretern der politischen Oppo-

Fortsetzung auf Seite 4

TÜV – Agentur...

Fortsetzung von Seite 1

staatlichem Auftrag). Zur Verdeutlichung: Mitglieder des TÜV Norddeutschland sind z.B. Großkonzerne wie Texaco, Esso, Bremer Vulkan usw. (siehe unten) und außerdem die Unternehmen, die das KKW in Brokdorf betreiben wollen, nämlich die HEW und die NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG)!

– Was ebenfalls bisher kaum bekannt sein dürfte: Der TÜV arbeitet nicht nach dem Prinzip der Kostendeckung, sondern – wie jeder Betrieb in der BRD – nach dem Prinzip des optimalen Profits, was sich nicht nur auf die Höhe seiner „Gebühren" auswirkt, sondern vor allem auf sein Verhalten gegenüber seinen „Kunden", in diesem Fall die zu „kontrollierenden" KKW-Bauer. Und so arbeitet auch der TÜV nach dem Prinzip aller Kaufleute: Der Kunde ist König! – Nicht „Kontrolle", sondern Zuarbeit zur AKW-Industrie ist sein eigentlicher Existenzgrund. Der TÜV ist also keine „neutrale" Überwachungs- und Kontrollinstanz, als die er bisher in der Öffentlichkeit hingestellt wurde, sondern – schlicht und einfach – eine Spezial-Abteilung der Atom-Industrie, u. a. mit dem Auftrag, die Bevölkerung über die Risiken der Atom-Reaktoren etc. zu täuschen.

Seine eigentliche Kontrollfunktion bezieht sich daher konsequenterweise ausschließlich auf eine Vermeidung von Produktionsausfällen (und für die KKW-Betreiber damit verbundenen Profiteinbußen) und nicht – wie bisher öffentlich von Presse und Politikern dargestellt – auf eine Kontrolle der KKWs hinsichtlich ihrer Sicherheit für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Das bedeutet konkret, daß die verschiedenen Verbesserungs- und Sicherungsvorschläge, die die TÜV-Experten machen können, ihren äußeren Rahmen in der finanziellen Ertragsrechnung der KKW-Betreiber finden. Umgekehrt haben die TÜV-Experten keine Möglichkeit, Sicherungsvorschläge und -Bedenken durchzusetzen, die die zu erwartenden Profite der Kernkraftwerks-Betreiber erheblich beschneiden würden, auch wenn sie ein höheres Maß an Sicherheit für die Bevölkerung garantieren würden.

Die Abteilung 2.2 („Kerntechnik und Strahlenschutz")

Die Abteilung 2.2 , in der Ing. Pommerenke bislang beschäftigt war, bearbeitet gemeinsam mit der Abteilung 2.4 („Berechnung und Konstruktionsbeurteilung") neben dem KKW in Brokdorf u. a. die Kraftwerke Brunsbüttel, Stade, Krümmel, Unterweser (Esenshamm), um die bekanntesten zu nennen.

Die von den TÜV-Gutachtern dabei ausgeführten Tätigkeiten beinhalten die Begutachtung von KKWs, bevor mit dem Bau überhaupt begonnen wird, die Überwachung des Baus, die Überwachung der Inbetriebnahme und die Kontrolle der bereits laufenden Kraftwerke.

Geprüft werden dabei u. a. die elektrischen und elektronischen Anlagen, die Notstromaggregate, die Kühlwassersysteme, das Druck-Abbau-System (DAS), die Lagerung und der Wechsel der Brennelemente, es werden Störfallanalysen durchgeführt, Druckproben an dem Reaktordruckbehälter, am Speisewasserbehälter, Dampferzeuger und anderen drucktragenden Behältern durchgeführt, Schweißnähte von Rohrleitungen und Speisewasserbehältern geprüft usw. usf.

Wenn man sich klarmacht, daß eine große Gefahr in einem KKW zum einen darin besteht, daß radioaktive Stoffe (Wasser, Dampf oder radioaktive Teilchen selbst) durch Leckagen oder Risse nach außen abgegeben werden, zum anderen darin, daß die notwendige Kühlung des Kerns ausfällt, so daß der Kern binnen Minuten auf irrsinnige Temperaturen aufheizt, durch sämtliche Fundamente durchschmilzt und im Erdboden versinkt, dann dürfte klar sein, daß die aufgezählten Prüfungen sozusagen bestimmte „Schlüsselpunkte" der Sicherheit von Reaktoren betreffen.

Welche Fehler und Störfälle durch Prüfungen auffallen bzw. aufgefallen sind, wird in („vertraulichen") Tätigkeitsberichten des TÜV Norddeutschland festgehalten, die allesamt bisher der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Eine kleine Auswahl:

„Der Störfall eines Kühlmittelverlustes durch ein 80 Quadratzentimeter-Leck im Reaktordruckbehälterboden eines Siedewasserreaktors wurde untersucht. Durch eine umfangreiche Parameteranalyse wurde nachgewiesen, daß der Kern trotzdem zu jedem Zeitpunkt ausreichend gekühlt wird, d. h. die entsprechende Forderung in den RSK-Leitlinien erfüllt. Diese Problematik ist erstmalig hier untersucht worden."

(„Tätigkeitsbericht" (TB) des TÜV-Norddeutschland 1975, S. 94).

„Die Überprüfung der vom Hersteller eines Siedewasserreaktors revidierten Belastungspläne für das Maschinenhaus bezüglich Druckdifferenzen und Strahlkräften ergab, daß die den Rechnungen des Herstellers zugrunde gelegten Annahmen zu geringe Sicherheiten enthielten."

(dito).

„An der Schweißnaht des Dampferzeugerstutzens eines Siedewasserreaktors trat speisewasserseitig ein Riß auf. Dieser Fehler wurde vom Betreiber gefunden, als in der Nähe der Rißstelle andere Reparaturarbeiten durchgeführt wurden. Wegen der verhältnismäßig großen austretenden Dampfmenge wurde der Reaktor abgefahren, das Rohrstück herausgetrennt und ein neues Rohrstück eingesetzt. Die Reparaturzeit betrug nur wenige Tage."

(dito, S. 95).

„In 2 Kernkraftwerken wurde vom Hersteller die Bedeutung der klimatischen Betriebsbedingung für elektronische Komponenten bzw. Baugruppen nicht angemessen berücksichtigt. In einem Fall könnte allein die Raumtemperatur bei Ausfall der einfach vorhandenen Klimaanlage wesentliche Abschnitte des Reaktorschutzes außer Betrieb setzen."

(TB 1973, S. 92).

„In 2 Kernkraftwerken war die Verwendung der Notkühlsysteme auch für betriebliche Aufgaben geplant, dadurch trat eine unnötige Verknüpfung sicherheitstechnischer Erfordernisse und betrieblicher Notwendigkeiten ein. Aufgrund unseres Gutachtens ergaben sich folgende Änderungen: 2 zusätzliche Notstromdiesel, fünf zusätzliche Rückfördersysteme, redundantes Brennelementlagerbeckenkühlsystem, Vergrößerung des Reaktorgebäudes."

(dito).

Aus dieser Auswahl kann nur geschlossen werden, daß Fehler, Störungen, Ausfälle und Irrtümer sozusagen an der Tagesordnung sind.

Allein der blanke Zufall hat bisher z. B. ein Zusammentreffen mehrerer solcher – an der Tagesordnung befindlicher – Störfälle zum selben Zeitpunkt und im selben Werk verhindert – anderweitig wäre die „grosse Katastrophe" schon dagewesen. Die Vielzahl der in Bau und Planung befindlichen KKWs, neue „Generationen", die technisch noch in den „Kinderschuhen" stecken, aber trotzdem als Groß- und Super-Anlagen gebaut und betrieben werden sollen, verhindern mit Gewißheit, daß „große KKW-Unfälle" nur noch per glücklichem Zufall vermieden werden können. Die Katastrophe ist vorprogrammiert. Der Count-down läuft bereits.

Verflechtung von TÜV, Atom-Industrie und Staat

Wie schon erwähnt, ist der TÜV ein privatrechtlicher „Verein" (Betrieb auf Gewinn-Basis) der Groß-Industrie. So saßen 1975/76 im Vorstand des TÜV Norddeutschland (Hauptsitz Hamburg) die Vertreter folgender Konzerne und bestimmten die Arbeit und Ergebnisse ihres „Vereins":

Zuckerfabrik Uelzen AG
Klöckner Werke AG
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG
Hamburgische Elektricitäts Werke AG
Bremer Woll-Kämmerei
Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik
Deutsche Texaco AG
Schulte & Bruns
Hakolbwerke
Stadtwerke Bremen
Maihak AG.

Abgesehen vielleicht von der Zuckerfabrik und der Woll-Kämmerei dürften die restlichen Konzerne allesamt mehr oder weniger dick im Atom-Geschäft stecken (immerhin geht es hier um einen zig-Milliarden-Kuchen), entweder als direkter Betreiber der Kraftwerke (Nordwestd. Kraftwerke und Hamb. Elec. Werke) oder als Zulieferer.

Noch eindeutiger in dieser Hinsicht ist die Zusammenarbeit des TÜV-Vorstandes Rheinland, der auch zynischerweise die meisten offiziellen „Gutachten" für Staat und Regierung erarbeiten ließ:

Interatom Internationale Reaktor Bau GmbH (100%ige Siemens Tochter, macht Entwicklungsarbeiten für den Reaktor-Typ „Schneller Brüter"),
Rheinisch-Westfälische Elektricitäts Werke AG (RWE)
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG
Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs AG
Henkel
Bayer
Felten & Guillaume
Mannesmann
Ford usw.

Um diese enorme Verfilzung – und die damit verbundene und bezweckte Interessens-Identität – zwischen TÜV und Atom-Industrie zum vollständigen Dickicht zu steigern: Sämtliche zu „überprüfende" Kernkraftwerke sind selbst auch noch ordentliche Mitglieder im TÜV (vgl. „Freitagsmagazin", 10.12., 1. Fernsehprogramm).

Und die „Hamburger Morgenpost" schreibt am 10.12.76: *„Zur ‚Neutralität' des TÜV, der ein Gutachten über die Sicherheit des Atomkraftwerkes Brokdorf erstellte, erklären Pommerenkes Anwälte: TÜV-Vorstandsmitglied Dr. Rudolf Meister ist gleichzeitig im Vorstand der HEW und Aufsichtsratsvorsitzender der Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel. Und TÜV-Vorstand Gerhard Keltsch ist unter anderem im Vorstand der NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) und Aufsichtsratsvorsitzender des Kernkraftwerkes Stade".*

Man könnte die Liste der Details und Fakten beliebig verlängern. Es ist eindeutig: Der TÜV ist keine „neutrale" Kontroll-Instanz der KKWs, sondern im Gegenteil eine Spezial-Abteilung der am Atom-Geschäft interessierten Monopol-Industrie, von der der TÜV bezahlt und gesteuert wird.

Gleichzeitig ist der TÜV das wesentliche Bindeglied der Atom-Industrie zum Staatsapparat der BRD und insbesondere zu den für Reaktorbau etc. zuständigen Behörden, Ministerien, Ausschüssen usw.

Hier eine kleine Auswahl von außerordentlich „herzlichen Verbindungen" von Atomindustrie (und TÜVs) mit dem Staat:

– So arbeitet z.B. der TÜV im Fachausschuß „Strahlenschutz und Sicherheit" zur Beratung des *Bundesministers für Forschung und Technologie.*

– So gründeten die TÜVe 1964 gemeinsam das „Institut für Reaktor-Sicherheit" (IRS), das ausdrücklich die Funktion hat, die *„Reaktor-Sicherheitskommission" (RSK)* in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die RSK ist wiederum aber eine *Beratungskommission des Bundesinnenministeriums,* deren Stellungnahmen als Grundlage für entsprechende *Weisungen des Ministeriums* an die *Genehmigungsbehörden dienen.*

– Eine Verflechtung par excellence zwischen Staat, Industrie und den TÜVen bildet das *„Deutsche Atomforum e.V."*. 1959 gegründet, vereinigt es fast alle zuständigen *Landesministerien,* die *Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine (TÜV), Atomwissenschaftler, Politiker usw.,* die die Förderung der Atomindustrie auf ihrem Programm haben. Der Zweck des „Deutschen Atomforums" ist *„die Zusammenfassung und Förderung der auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie tätigen gemeinnützigen Vereinigungen in der BRD, die Unterstützung ihrer Arbeiten zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse ... sowie die Repräsentanz dieser Vereinigungen auch gegenüber dem Ausland".*

– Ein interessantes personelles Detail ist hier die Tatsache, daß der langjährige Vorsitzende der Vereinigung der TÜVe, Prof. Dr. Ing. Siegfried Balke, von 1956 bis 1957 Bundesminister für Atomfragen war, von '57 bis '62 Bundesminister für Atomkernenergie, von '64 bis '69 außerdem Präsident des Bundes Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) und, um die Sache auch politisch noch abzurunden, bekannter CSU-Politiker ist.

Auch die Liste dieser Fakten einer engen „Verbindung" zwischen Staat und Atom-Industrie ließe sich beliebig verlängern. Die aufgeführten Fakten aber belegen schon recht eindeutig: Nicht die bürgerlichen Politiker, Ministerien, regierungsamtliche Ausschüsse etc. kontrollieren oder steuern die Atom-Industrie, sondern umgekehrt: Ministerien, Ausschüsse, Behörden usw. sind mehr oder weniger geschickt getarnte „Instanzen" der Monopol-Industrie. Lebendiger Kapitalismus!

Diese ganze Verfilzung – im übrigen die „normalste" Angelegenheit im Kapitalismus – wird zudem noch unter die Käseglocke strengster Geheimhaltung gesteckt (die die Massenbewegung gegen die Kernkraftwerke aufbrechen muß!). So heißt es in einem internen Schreiben des „Instituts für Reaktorsicherheit" (IRS) der TÜVe vom 5.2.76, in dem der Austausch von Störfallmeldungen zwischen den KKWs behandelt wird: *„Die Weitergabe von Störfallmeldungen an die Öffentlichkeit unterliegt dagegen weiterhin Absprachen zwischen BMI (Bundesministerium für Inneres), Genehmigungsbehörde und dem IRS"* (unterschrieben von Franzen, stellvertretender Leiter des IRS).

Forts. von S. 3

sition in Südafrika rechtfertigte und für die BRD ein ähnliches Vorgehen empfahl. Die zweite Veranstaltung konnte nur unter dem 'Schutz der Polizei' stattfinden, da viele Bürger von Tübingen nach den Massakern in Soveto nicht zulassen wollten, daß in Tübingen Rassistenpropaganda betrieben wird. Wir haben uns auch dagegen gewehrt, daß am 11. und 12. November in Tübingen und Reutlingen für die Unterdrückung des Volkes von Namibia durch die südafrikanische Regierung geworben werden sollte. Damals forderten Heinzmann und seine HTS'ler: Schlagt die Roten tot! Der HTS stellte sich stets auf die Seite der Faschisten und der Imperialisten, die die Völker der Dritten Welt unterdrücken. Die Diktatur in Chile hält er für 'gemäßigt', für Portugal wünschte sich Heinzmann 'einen Pinochet'. Er begrüßte die Bombeneinsätze der US-Luftwaffe in



Eisenstangen, Holzprügel, Gummiknüppel – Schlagwaffen, die der Hoffmann-Bande in Tübingen abgenommen wurden

Vietnam, ebenso befürwortet er es auch, daß die Bundeswehr (zunächst in Planspielen) Interventionen im südlichen Afrika vorbereitet" (Flugblatt einer Tübinger „Antifaschistischen Aktionseinheit").

Zu ergänzen ist, daß dieser Heinzmann (gleichzeitig führender Funk-

Zu ergänzen ist, daß dieser Heinzmann (gleichzeitig führender Funktionär des „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbands") kürzlich als Gründer einer „Ortsgruppe Tübingen der CSU" auftrat!

Der HTS hat inzwischen angekündigt, daß die verhinderte Afrika-Veranstaltung im Januar oder Februar nachgeholt werden soll.

Gleichzeitig rief der HTS dazu auf, „eine Art Bürger- und Studentenwehr aufzustellen, um dem kommunistischen Terror nicht weiterhin hilflos ausgeliefert zu sein" (HTS-„Uni-Uhu". 6.12.76).

Antifaschistische Aktionseinheit bilden

Angesichts des brutalen und aktuell drohenden Faschistenterrors bestehen gute Chancen, eine breite antifaschistische Aktionseinheit herzustellen. Schon am 11.11. (wo eine HTS-Veranstaltung geplant war) hatten sich, erstmals in Tübingen, Vertreter verschiedener linker Gruppen zusammengesetzt, um gemeinsame Schritte zu beraten (verschiedene Arbeitskreise, GIM, KABD, KBW, Sozialistisches Zentrum). Nach den Ereignissen am 4.12. (verschiedene Gruppen hatten zum Protest aufgefordert) hat der AStA für den 8.12. eine Vollversammlung der Tübinger Studenten einberufen, um das weitere Vorgehen gegen den HTS zu besprechen. Wie breit gegenwärtig die Empörung über die Faschisten ist, geht unter anderem daraus hervor, daß das Studentenwerk dem HTS generelles Raumverbot (z.B. für die Mensa) erteilt hat (gleichzeitig sind HTS'ler nach dem 4.12. erfolgreich aus Vorlesungen und Seminaren vertrieben worden). Auch die Jungsozialisten haben sich dafür ausgesprochen, kommenden HTS-Veranstaltungen durch „aktiven Boykott" zu begegnen („Schwäb. Tagblatt", 7.12.76).

Kampf dem faschistischen Banden-Unwesen!

Die Hoffmann-Bande ist kein Einzelfall. In Freiburg beispielsweise treibt seit Jahren eine „Kampfgruppe Priem", in der ebenfalls vor allem Jugendliche für Angriffe auf Linke gedrillt werden, ihr Unwesen. Von faschistischen Jugendgruppen wie der „Wiking-Jugend" (die beste Kontakte zur NPD hat und zu Freys DVU gehört) ist bekannt, daß sie Schießübungen bzw. paramilitärische Übungen regelmäßig durchführen. Dem schleswig-holsteinischen WJ-Führer Rohwer, gleichzeitig Jugendreferent des „Stahlhelm", ist gerade sein Hof, der ein solches Trainingszentrum war, abgebrannt.

Darüber hinaus gibt es den ganzen Bereich der Bürger- und Schützenvereine, in denen faschistisches Gedankengut blüht und die Faschisten „legalen" Unterschlupf finden (siehe) dazu AK 70). Insgesamt gibt es tausende legale und illegale Besitzer von Pistolen, Gewehren, Maschinenpistolen, selbst Panzern in der BRD. Nach einer Großfahndung im November '75 wurden so in einer einzigen Nacht 1303 Schußwaffen gefunden. Ein Beamter des Bundeskriminalamts danach: „Wir sind bei dieser Aktion nicht auf Anarchisten oder Kriminelle gestoßen, sondern nur auf gutbürgerliche (!) Sammler" („Stern". 49/76). Daß ein Gutteil dieser Waffen zur Ausrüstung „gutbürgerlicher" Faschisten gehört, wird – sofern überhaupt etwas davon an die Öffentlichkeit dringt – unter dem Deckmantel polizeilicher Anteilnahme versteckt: Da sind es dann immer nur „pivate Waffensammler", „einzelne Waffennarren" usw., die sich kriegsmäßig ausrüsten – wie z.B. ein „Sammler" in Mönchengladbach („er fleht, seinen Namen nicht zu nennen"), der 600 Machinengewehre, Karabiner und Pistolen besitzt – genug, um „einen mittleren Bürgerkrieg anzuzetteln" („Stern", 49/76). Im folgenden sind deshalb nur einige Fälle aus den letzten Monaten aufgeführt, von Vollständigkeit kann keine Rede sein (für 1974/75 siehe Ak71):

Im Februar 76 wurde der Prozeß gegen eine 11-köpfige Nazibande („NS-Kampfgruppe Großdeutsch land") im Raum Düsseldorf/Dortmund eingeleitet: Angeführt von einem Mitglied der „NSDAP/AO" hatten sie ein Waffenlager mit Gewehren, Pistolen, Handgranaten und entsprechend Munition aus Bundeswehr-Beständen angelegt (3 Mitglieder waren BuWe-Angehörige); die Bande hatte auch Schießübungen veranstaltet (ID, 14.2.76).

Am 20. Februar ging in Frankfurt-Sachsenhausen eine Bombe hoch, die ein „Bastler" hergestellt hatte, bei dem weitere Sprengkörper, Schallplatten mit Hitler-Reden, Nazi-Literatur und Waffen-Modelle gefunden wurden (AK 76, 15.3.76).

Am 20./21. März 76 fand die zweite Ausstellung der (seit 1974
wurden (AK 76, 15.3.76).

Am 20./21. März 76 fand die zweite Ausstellung der (seit 1974 bestehenden) „Wehrhistorischen Sammlergesellschaft e.V." in Bremerhaven statt. Die Ausstellung war ein Umschlagplatz von allem möglichen Nazi-Plunder und von Waffen. Der „Sammler" Eduard Schreiber besitzt z.B. ein Arsenal aus Parabellum-Pistolen und 30 Militärgewehren (AK 78, 12.4.76).

Im April 76 wurden bei einem „Sammler" nahe bei Lüneburg „Dutzende von Artilleriegranaten" und „eine Panzerabwehrrakete" modernster Art beschlagnahmt (Stern, 49/76).

Anfang April 76 wurde eine „NS-Kampfgruppe" in Mainz aufgedeckt, die seit 1969 – mit Kontakten zu allen sonstigen Nazis – die Bevölkerung terrorisierte. Bei Hausdurchsuchungen in verschiedenen Wohnungen wurde ein Waffenlager entdeckt: Gewehre, Pistolen, HJ-Dolche, Fahrradketten, Schlagstöcke, auch Funkgeräte. Nach anfänglicher Beschlagnahme erhielt die Bande die Waffen später zurück (FAZ,2.4.76).

Im Mai 76 wurden in einem „Deutschen Wehrmachtsmuseum" bei Soltau, dem ein „Militaria"-Versand angeschlossen ist, neben Nazi-Fahnen, -orden, Hitlerbildern usw. Waffen beschlagnahmt (AK 80, 14.5.76).

Am 15. Juni 76 wurde der flüchtige, ehemalige Bundeswehr-Offizier Wegner gefaßt: Ein führendes Mitglied einer „NSDAP/AO"-Gruppe, die seit 1970 Waffen „gesammelt" hatte. 8 Maschinenpistolen, fünf Gewehre, vier Pistolen, 2600 Schuß Munition, Dolche und Schlagstöcke, außerdem Funkgeräte und ein chemisches Labor wurden bei den Faschisten gefunden (Welt, 16.6.76 und Spiegel 32/76).

Im August 76 flog in Kiel ein als Antiquitätengeschäft getarntes Kriegswaffenlager auf; es enthielt u.a. Maschinengewehre und Granaten (Kieler Nachrichten, 26. und 27.8.76).

Am 6. November 76 ließ die Polizei in Westberlin-Neukölln eine „NSDAP"-Gruppe, die gerade bei der Gründung war, hochgehen. Mehrere Hieb- und Stichwaffen, Gewehre und aufgebohrte Gaspistolen wurden gefunden (Welt und Abend, 8.11.76, SZ, 9.11.76).

Der Geländewagen-Händler Paul Schwenke, Funktionär des „Verbander Waffenfreunde", – er ist „stramm national gesinnt, für Recht und Ordnung und für die Vierte Partei" – hat in Meiderich ein „privates" Waffenlager angelegt, für das er eigens einen Bunker gebaut hat (Stern 49/76).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg (erster Teil nach Berichten Tübinger Genossen)

Internationale Konferenz empfiehlt Einberufung eines Russel-Tribunals

Die Bewegung gegen die Repression in der Bundesrepublik entwickelt sich dank internationaler Solidarität weiter. Das ist das wichtige Ergebnis einer internationalen Konferenz am 4. und 5. Dezember in Meckenheim bei Bonn, die im wesentlichen auf Initiative der Evangelischen Studentengemeinde in der BRD und Westberlin zustandegekommen war. Außerdem hatten vier französische Organisationen eingeladen: neben der Vereinigung der französischen Anwälte (Mouvement d'Action Judiciaire) und dem Pariser Komitee gegen die Repression in der BRD noch zwei protestantische Organisationen. Beschlossen wurde u.a., die Russell-Foundation zu bitten, ein Tribunal einzuberufen, das sich „*mit den zahlreichen Erscheinungsformen politischer Repression in der BRD und dem Modellcharakter, den sie für andere Länder des europäischen Auslands anzunehmen droht, befaßt.*"

Die ESG hatte diese Konferenz durch zahlreiche Anti-Repressions-Veranstaltungen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik vorbereitet. Dabei konnten sich die ca. 20 ausländischen Gäste (darunter Fried/England, Casalis/Frankreich, Nennig/Osterreich, Hirschfeld/Schweden etc.) ein Bild über die verschiedensten Formen der politischen Unterdrückung in der BRD machen. Im Mittelpunkt standen dabei Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse, unmenschliche Haftbedingungen und Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten von politischen Gefangenen, Verfolgung und Kriminalisierung oppositioneller Bewegungen und schließlich das immer mehr geschürte Klima von Verunsicherung und Angst. Dies wurde auf der Konferenz zusammengefaßt: „ ... *Politisch bewußte Kritik und Widerstand werden durch Staatsapparat und Justiz zunehmend aus dem öffentlichen Meinungsbildungsprozeß verdrängt. Diese Entwicklung ist nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen westlichen Staaten zu beobachten. Allerdings ist sie in der BRD am weitesten fortgeschritten und wird mehr und mehr gesetzlich abgesichert*" (zitiert aus dem abschließenden Pressekommunique).

Darüberhinaus wurde immer wieder stark kritisiert, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ihr „Modell Deutschland" der Repression auf die anderen westeuropäischen Staaten auszudehnen versucht. So war schon im Eingangsreferat eines französischen Pfarrers darauf hingewiesen worden, wie die Franzosen von dem „Modell Deutschland" betroffen seien, wenn die Innenminister beider Staaten gemeinsame Beratungen durchführen würden; was es für die Italiener bedeute, wenn Kanzler Schmidt erpresserisch eine Beteiligung der PCI an der Regierung zu verhindern versuche; wenn schließlich die kürzlich von einem Gremium des Europarates verabschiedete „Europäische Konvention zur Unterdrückung des Terrorismus" tatsächlich eine Konvention zur Einschränkung von Menschenrechten darstellt.

Demgegenüber wurde „*die Chance und die Notwendigkeit einer zukünftigen engeren Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte in den Ländern Westeuropas*" hervorgehoben. Im Unterschied zu früheren Veranstaltungen, die häufig von DKP-nahen Kräften und parteipolitischen Abgrenzungen bestimmt waren, stellte diese internationale Konferenz einen Ansatz zu einer solchen engeren Zusammenarbeit dar. Dabei war das politische Spektrum nicht nur der westdeutschen Teilnehmer, sondern auch der ausländischen Gäste sehr breit. Das wurde exemplarisch deutlich bei den Einschätzungen der SPD und der politischen Unterdrückung in der DDR. So gingen gerade einige ausländische Teilnehmer davon aus, daß die SPD-Führung nicht wisse, was sie tue. Sie sahen die entscheidende Aufgabe im Kampf gegen die Repression darin, die SPD zu einer Kurskorrektur zu bewegen. Die Notwendigkeit des Aufbaus einer politischen Alternative zur Sozialdemokratie kam dabei kaum in den Blick. Auch in der DDR-Frage gab es erhebliche Differenzen: So wurde in der Diskussion über die Durchführung eines Russell-Tribunals anfänglich gefordert, die Unterdrückung in der DDR in die Untersuchungen des Tribunals mit einzubeziehen. Als Grund wurde unter anderem angeführt, daß man dadurch dem weitverbreiteten Antikommunismus entgegentreten könne.

Dem wurde entgegengehalten, daß dies wohl eher ein Ausweichen bedeute.

Die Forderung, in einem Russell-Tribunal auch die DDR zu behandeln, wurde nach dieser Diskussion fallengelassen.

Trotz dieser politischen Bandbreite war die Konferenz in der Lage, zu eindeutigen Stellungnahmen und Beschlüssen zu kommen. Dies ist sicher eine Ermutigung für alle Initiativen, zu einer breiten internationalen Zusammenarbeit gegen die Repression und das „Modell Deutschland" zu kommen.

Pariser Treffen beschließt Mobilisierung

Am 28.11. fand in Paris ein Treffen von Teilen der westeuropäsichen Linken mit der Bertrand Russell Peace Foundation statt, um über ein von der PSU angeregtes Russell-Tribunal über die Repression in der BRD zu beraten.

Anwesend waren die folgenden Organisationen, Gruppen und Komitees: Aus Frankreich die PSU, die LCR (französische Sektion der IV. Internationale), der Verband der protestantischen Studenten in Frankreich, Centre Vaugirard 46 und die ècole emancipée aus Paris; aus England die Russell-Foundation, die zu dem Treffen eingeladen hatte; aus Italien PdUP („il manifesto") und Lotta Continua; aus Österreich der Verband Sozialistischer Studenten (VSStÖ, Sektion Salzburg, eine westdeutsche Delegation, die sich aus Vertretern von SB, ESG, KB, ID, GIM und der Frankfurter Initiative gegen die Repression zusammensetzte, sowie das Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote an der FU.

Die Konferenz akzeptierte den Vorschlag der Russell-Foundation, ein unabhängiges Tribunal in Form der früheren Russell-Tribunale (Vietnam, Lateinamerika) einzuberufen, das die Repression in der BRD in umfassender Weise untersuchen solle.

Darüberhinaus wurde verabredet, eine begleitende Kampagne möglichst in allen westeuropäischen Ländern durchzuführen und zu diesem Zweck nationale Komitees zu initiieren. Diese Komitees sollen möglichst auch nach dem Tribunal weiterarbeiten und sich in einer geeigneten Weise koordinieren.

Gegen Bedenken des SB und vor allem der GIM, die durch eine „vorzeitige Mobilisierung" eine Gefährdung der Breite der Unterstützung für das Tribunal sahen, setzte sich folgender Verfahrensvorschlag der PSU durch:

1. Öffentliche Diskussion und Mobilisierung für das Projekt in allen westeuropäischen Ländern, was sich in möglichst zahlreichen Aufrufen an die Russell-Foundation niederschlagen soll, ein Tribunal über die Repression in der BRD durchzuführen.
2. Auf dieser breiten demokratischen Basis wird die Russell Foundation einen Aufruf erstellen.
3. Bildung der nationalen Komitees.

Mittlerweile fand ein weiteres Treffen der beteiligten westdeutschen Gruppen statt, auf dem die Pariser Ergebnisse konkretisiert wurden (wobei die Haltung der GIM, die auf diesem Treffen nicht anwesend war, noch unklar ist). Es wurde verabredet, sich gemeinsam um das Zustandekommen des geplanten westdeutschen Komitees zu bemühen, das den Widerstand gegen die Repression möglichst breit repräsentieren soll. Für die zweite Januarhälfte wird eine Arbeitskonferenz aller interessierten Gruppen, Komitees, Initiativen etc. einberufen werden, wo über die Kampagne beraten wird. Dort soll sich das nationale „Unterstützungs-Komitee" für die BRD konstituieren.

Stellungnahme des Aktionskomitees gegen die Berufsverbote an der FU Westberlin

„*Das Aktionskomitee gegen die Berufsverbote an der Freien Universität Berlin ist tief beunruhigt über die wachsenden Angriffe auf die demokratischen Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Befürchtung, daß grundlegende Kritik und aktive politische Opposition insgesamt beseitigt werden sollen, gründet sich auf die Berufsverbote, die Gesetze, die die Repression gegen die radikale Opposition steigern, die Einschränkungen, die den Rechten von Strafverteidigern auferlegt werden, die Haftbedingungen und den anhaltenden Ausbau der Polizei und des Verfassungschutz. Daher bittet das Aktionskomitee hiermit die Bertrand Russel Peace Foundation, eine unabhängige internationale Untersuchung der Berufsverbote und der politischen Repression in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen.*"

(Dieser Brief an die Russel-Foundation wurde in einem Flugblatt des Aktionskomitee veröffentlicht; Übersetzung von uns; Anm. AK)

Ergebnisse des ESG-Seminars

„1. Es ist geplant, ähnliche Seminare wie in Meckenheim auch in anderen Ländern über die dortige Situation zu veranstalten und – etwa einmal jährlich – eine Bestandaufnahme der politischen Repression und derjenigen Gruppen, die sich dagegen wehren, auf europäischer Ebene durchzuführen.
2. Die Bertrand-Russell-Peace-Foundation wurde gebeten, ein Tribunal zur Untersuchung der politischen Repression in der Bundesrepublik und des Modellcharakters, den sie für andere Länder des europäischen Auslands anzunehmen droht, einzuberufen.
3. Die Teilnehmer appellierten an die deutsche und europäische Öffentlichkeit, sich gegen die Europäische Konvention zur Unterdrückung des Terrorismus zu wenden, die 1977 in Kraft treten soll. Diese Konvention beseitige praktisch die Unterscheidung zwischen politischen und nicht-politischen Delikten.
4. Die Konferenz schlug die Bildung eines international besetzten Sekretariats in Strasbourg vor, das folgende Aufgaben haben soll:
   – Angriffe auf persönliche Freiheitsrechte und auf Rechte der Verteidigung zu dokumentieren;
   – ausgehend von solchen Vorgängen bei den Europäischen Gerichtshöfen vorstellig zu werden.
5. Die Konferenz verabschiedete folgende Resolution:
   Die Konferenz ruft dazu auf, die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände Ulrike Meinhofs zu unterstützen.
6. Die Konferenz ließ sich durch Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz Niederelbe über den Polizeieinsatz an der Baustelle des Kernkraftwerks Brokdorf informieren.
7. Innerhalb dieser Gesamtthematik befaßte sich eine Arbeitsgruppe von Christen verschiedener Konfessionen aus den genannten Ländern mit der Rolle der Kirchen. Dabei ging es besonders um die Frage der kirchlichen Verantwortung gegenüber den Vorgängen im Staat und für die von Berufsverboten Betroffenen.

Meckenheim bei Bonn, am 5.12.1976"

aus einer Pressemitteilung der ESG

Gegendarstellung zum „links"-Artikel

In dem in „links" Nr. 83 (Dezember 76) abgedruckten Artikel über die Initiative zu einem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD verfaßten einige beteiligte westdeutsche Gruppen die folgende Gegendarstellung, zu deren Abdruck auch die „links"-Redaktion aufgefordert wurde:

1. Der Artikel erweckt den falschen Eindruck als handele es sich bei den Auseinandersetzungen um eine Antirepressionskampagne anläßlich des geplanten Russel-Tribunals über die BRD um einen reinen Konflikt zwischen SB und KB. Überhaupt muß dem Leser der „links" die ganze Initiative als Angelegenheit von SB und KB erscheinen (gewissermaßen mit Statistenrollen für den ID und die GIM). Tatsächlich sind an der Initiative neben den Genannten bisher beteiligt: die ESG, das Aktionskomitee gegen die Berufsverbote an der Westberliner FU, mehrere Anwaltskollektive, ehemalige Sponti-Arbeitskreise und das Westdeutsche-Irland-Solidaritätskomitee, die sich zu einer Frankfurter Initiative gegen die Repression zusammengeschlossen haben. Die Basisgruppenfraktion der vds entsandte einen Beobachter. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von weiteren Gruppen hat ihre Unterstützung bzw. ihr Interesse erklärt, z.B. die Aktion Dritte Welt/IZ 3 W, um nur eine zu nennen. Die Initiative ist also in der BRD bereits jetzt schon erheblich breiter, als es nach dem „links"-Artikel erscheint. Dies gilt auch für die internationale Beteiligung. Die Differenzen über das geeignetste Vorgehen bestehen keineswegs nur zwischen SB und KB; vielmehr werden die entgegenstehenden Positionen jeweils von mehreren Gruppen mehr oder weniger einheitlich vertreten, auch auf internationaler Ebene. Es ist daher völlig unangebracht, diese Differenzen als „Versuch des KB, seine Organisation auszuweiten", abzuhandeln.

2. Es hat e i n e fehlerhafte Meldung im ID (Nr. 140/141) gegeben. Der Fehler bestand darin, daß in einer Überschrift von einer „Gründung" eines Russel-Komitees die Rede war. Im dazugehörigen Artikel wurde jedoch richtig von einem A u f r u f dazu gesprochen. Ferner wurde von SB-Vertretern ein angeblich in Schleswig-Holstein herausgegebenes KB-Flugblatt bemängelt, das jedoch nicht vorliegt. Daraus den Vorwurf zu konstruiren, KB und ID hätten bewußt „Falschmeldungen" herausgegeben, um das SB als „Bremser" hinzustellen, ist absurd.

3. Nach Auffassung des Artikels widerspricht eine „vorzeitige" Publizierung und Mobilisierung den „Prinzipien eines Russel-Tribunals". Tatsächlich war vereinbart worden, die Ergebnisse des ersten Pariser Treffens im Oktober noch nicht in der Presse zu publizieren, da man mit einer baldigen Einigung auf einem weiteren Treffen rechnete. Dieser Beschluß, der allerdings nicht mit „Prinzipien" begründet wurde, ist von allen Beteiligten eingehalten worden. Auf dem zweiten Pariser Treffen wurde beschlossen, sofort mit der öffentlichen Mobilisierung zu beginnen.

4. Die Auffassung, das Russel-Tribunal thematisch auf die Berufsverbote einzugrenzen, wogegen sich der Artikel abgrenzt, wird lediglich von der GIM (und sonst niemandem) vertreten. Dies wird in dem Artikel „sonderbarerweise" nicht erwähnt, sodaß der Eindruck entsteht, als würde diese Position ebenfalls zum Sündenregister von KB und ID zählen.

5. und letztens:
Prinzipiell ist zu begrüßen, daß von Seiten des SB eine öffentliche Auseinandersetzung um die bestehendèn Differenzen aufgenommen wird. Dies muß allerdings in einer sachlichen Weise und nicht mit Unterstellungen geschehen, die keinem nützen."

KB, ID, Berufsverbotegruppe Uni Frankfurt, Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee

Interview mit Otelos Anwalt

Das folgende Interview gaben am 28.11. Manuel Salema, Anwalt von Otelo de Carvalho, und Francois Leclerc, Vertreter des ‚Russell-Komitees über Portugal', der Zeitung „Liberation" und dem ARBEITERKAMPF.

Frage: „Wie ist die gegenwärtige Situation des Majors?"

Anwalt: „*Carvalho wartet auf seinen Prozeßtermin. Das kann Ende dieses Jahres, aber vielleicht sogar erst 1978 sein. Die Entscheidung darüber wird von der militärischen Polizei getroffen. Sein Militärrichter wird der Befehlsgebung von Lissabon unterstehen. Während alle, die nach dem 25.11.75 verhaftet worden sind, lediglich provisorisch auf freien Fuß gesetzt worden sind oder sich noch in Haft befinden, ist Spinola auf der anderen Seite juristisch vollkommen frei. Dies wurde von einem Richter so begründet, daß es sich am 11.3.* (1975; gescheiterter rechter Putschversuch unter der Regie von Spinola – Anm. AK) *um die Verteidigung der Demokratie gehandelt habe, und daß es also auch keinen Prozeß zu geben braucht.*"

Frage: „Wie wird der Prozeß vorbereitet?"

Anwalt: „*Bislang hatte ich noch keinen Einblick in die Akten, was ich aber demnächst bekommen soll. Die Ermittlungen sind geheimgehalten worden. Denunziationen und angebliche Zeugenaussagen gegen die Angeklagten sind aber veröffentlicht worden. Wahrscheinlich wird der Prozeß unter der Anklage ‚Verschwörung gegen die sechste Regierung'* (Regierung Azevedo) *laufen. Insgesamt laufen wegen des 25. November 657 Prozesse gegen Soldaten und Offiziere sowie weitere rund 100 gegen Zivilpersonen.*"

Frage: „Wie verhält sich die PS-Regierung?"

Anwalt: „*Soares hat die Sache zu einer rein militärischen Angelegenheit erklärt, in die er sich als Premierminister nicht einmischen könne. Andererseits hat die PS zum Jahrestag des 25.11. eine Feier in Rio Major – das ist ein Zentrum der Reaktion – veranstaltet, auf der pathetisch der Widerstand gegen den angeblichen ‚Aufstand' gefeiert wurde. Ein weiteres vorgeschobenes Argument ist, daß man nicht gegen die Faschisten und Pide-Leute vorgehen könne, wenn man nicht auch gegen Carvalho vorgeht.*"

Frage: „Wie ist die Situation in der Armee?"

Russell-Komitee: „*Ziemlich kompliziert. Nach dem 25.11. sind 50 % der Soldaten entlassen worden. Die Mehrheit ist sozialdemokratisch, es gibt natürlich auch Rechte, die aber in der Minderheit sind. Auf der Ebene der Offiziere sind in der Luftwaffe die Rechten relativ stark, in der Marine die Linken. Die ‚Gruppe der Neun' hat weniger Einfluß als vor dem 25.11.*"

Frage: „In „Le Monde" stand, daß die ‚Gruppe der Neun' wieder mehr Gewicht haben würde."

Russell-Komitee: „*Diese Gruppe hat nie großen Einfluß innerhalb der Armee gehabt. Vielmehr ist sie von den Rechten als Instrument vorgeschoben worden. Das hat sich nach dem 25. November klar herausgestellt. Melo Antunes* (‚Kopf' der Gruppe – Anm. AK) *wird heute von den Rechten gehaßt, weil er historisch sehr stark mit der Entkolonialisierung (Angola) verbunden ist.*"

Frage: „Was erwartet ihr von der internationalen Solidarität?"

Anwalt: „*Wir wollen ausländische Prozeßbeobachter einladen, um das undemokratische Verfahren international bekannt zu machen und Druck auszuüben. Z.B. wäre es gut, wenn demokratische Anwälte oder Richter aus dem Ausland an den Prozessen teilnehmen könnten. Es ist wichtig, daß über die Prozesse möglichst viel Informationen bekannt werden.*"

Die Anschrift des Komitees lautet:
Comite Russell pour le Portugal
46, rue de Vaugirard
75006 Paris

„Gaaaanz breit"–Solidarität a la SB

Da das SB im Namen der Organisierung einer möglichst breiten demokratischen Bewegung zu sprechen vorgibt, sei auch folgendes Vorkommnis aus jüngster Zeit nicht vergessen:
Das „Russel-Komitee für Portugal" hat am 26. November 1976 einen Aufruf zugunsten des antifaschisti-

Nur Italien steht mit lediglich z w e i Unterzeichnern noch schlechter da als die BRD: Dort betreibt wahrscheinlich die dem SB in manchen Zügen geistesverwandte PdUP („il manifesto") eine ähnlich sektiererische und einengende Politik.

nem eigenen Land wie auch auf internationaler Ebene.
Wir nehmen an, daß Sie uns darin zustimmen werden, daß alles getan werden muß, um dieser Lage ein Ende zu machen. Niemand kann bezweifeln, daß der Major de Carvalho ein Held der portugiesischen Revolu-

vielmehr werden die entgegenstehenden Positionen jeweils von mehreren Gruppen mehr oder weniger einheitlich vertreten, auch auf internationaler Ebene. Es ist daher völlig unangebracht, diese Differenzen als „Versuch des KB, seine Organisation auszuweiten", abzuhandeln.

2. Es hat e i n e fehlerhafte Meldung im ID (Nr. 140/141) gegeben. Der Fehler

ten des SB eine öffentliche Auseinandersetzung um die bestehendèn Differenzen aufgenommen wird. Dies muß allerdings in einer sachlichen Weise und nicht mit Unterstellungen geschehen, die keinem nützen."

KB, ID, Berufsverbotegruppe Uni Frankfurt, Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee

So schafft man keine Freunde!

Eine unschöne Entgleisung leistete sich die Zeitung des Sozialistischen Büros „links" (Nr. 83, Dezember 76) in der Diskussion um das angestebte Russel-Tribunal. Dort heißt es in einem von Andreas Buro unterzeichneten Artikel, das Engagement des KB in dieser Sache („*diese sonderbar aktivistische Politik*", wie sich „links" ausdrückt) sei nur darauf zurückzuführen, „*daß der KB seine Organisation erweitern will*". Der KB („*sonderbarerweise*" unterstützt durch den Frankfurter „Informationsdienst") habe „*Falschmeldungen*" verbreitet, um den Eindruck zu erwecken, „*als sei ein Russel-Komitee bereits gegründet*". Dies sei in der „*Absicht*" geschehen, „*sich in der publizistischen Zurschaustellung seiner Aktivität zum Zentrum der Mobilisierung des Widerstandes gegen die Repression zu machen.*" Durch dieses Vorgehen werde „*die angestrebte breite Basis* (für das Russel-Komitee – Anm. AK) *geopfert*". Da das SB eine solche „*vorzeitige*" Mobilisierung „*auf Kosten der Breite der Unterstützung des Kampfes gegen die Repression in der BRD*" nicht zulassen wollte, mußte es gegenüber den „Falschmeldungen" von KB und ID als „*Bremser*" erscheinen, was wiederum in der Absicht des KB gelegen habe. Statt wirklich eine Auseinandersetzung um die Durchführung dieser Kampagne aufzunehmen, zieht der Artikel gegen angebliche und unterstellte „A b s i c h t e n" des KB vom Leder. Zur Sache selbst werden kaum diskussionswerte Überlegungen angestellt.

So bleibt die Feststellung, daß „*eine gemeinsame Basis zur Mobilisierung und zur Unterstützung des Tribunals nicht auf der Ebene von Organisationen geschaffen werden könnte*", Zunächst einmal eine reine Behauptung, ohne das dazu irgendwelche Erfahrungen der demokratischen Bewegung herangezogen würden.

Im Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote arbeiten beispielsweise Vertreter von den Juso-Hochschulgruppen bis zum KB mit gewerkschaftlichen Gruppen, Initiativen usw. vergleichsweise sehr erfolgreich zusammen. Die Hamburger „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik", in der ebenfalls Organisationen vertreten sind, ist ein weiteres positives Gegenbeispiel.

Ebenso unbewiesen bleibt die Behauptung, daß die linke Propaganda radikaldemokratische Kräfte davon abhalte, eine Sache zu unterstützen, auch wenn sie als richtig empfunden wird. Dem widerspricht die Erfahrung von Brokdorf,wo die massierte Hetzpropaganda gegen die „Radikalen" in den bürgerlichen Medien keineswegs die Breite des Widerstands einschränken konnte. Nun sind wir nicht gerade der Meinung, daß etwa die KBW- oder „KPD/ML"-Publikationen zu Brokdorf der Sache nützlich wären. Zweifellos läßt sich aber sagen, daß beispielsweise die KKW-Broschüre des KB weder Jusos noch Falken noch Bürgerinitiativ'ler „verschreckt" hat, sondern ganz im Gegenteil konkret und nachweisbar zur Verbreiterung dieser Bewegung beiträgt.

A. Buro schreibt, daß durch die Veröffentlichung der Russel-Tribunal-Initiative durch KB und ID „*die angestrebte breite Basis geopfert wird.*". Dies ist offensichtlich ein Satz, mit dem Druck ausgeübt werden soll, aber keine Feststellung der Realität. In Wirklichkeit sind durch diese Veröffentlichungen und weitere Aktivitäten von KB und ID immerhin Kräfte aus dem demokratischen Lager hinzugewonnen worden, während das SB offenbar monatelang jede Mobilisierung für „vorzeitig" hielt.

Der Widerstand gegen die Repression in der BRD ist zweifellos sehr vielfältig und wird von den verschiedensten Gruppen getragen. Dabei fällt, wenn man die westdeutsche Realität untersucht, den fortschrittlichen Kräften im sozialdemokratischen und liberalen Lager durchaus keine dominierende Rolle zu (womit ihnen keineswegs jegliche Bedeutung abgesprochen werden soll). Nach der Logik des SB müßten sich aber beträchtliche Teile der Linken selbst disziplinieren, um die Teilnahme dieser Kräfte nicht zu „gefährden". Dagegen bietet sich das SB, das ja gar keine „richtige" Organisation ist, mit seinen „zahlreichen informellen und Arbeitszusammenhängen" an, den idealen „Vermittler" zum radikaldemokratischen Lager zu spielen....

Wir freilich sind der Meinung, daß die bestehenden Schranken für eine Zusammenarbeit der demokratischen Bewegung Ergebnisse des antikommunistischen und antisozialistischen Drucks der Herrschenden sind, und das es Ziel der Bewegung sein muß, diese Hindernisse in der Form von Unvereinbarkeits- und Abgrenzungsbeschlüssen als ein Stück Repression zu überwinden, das ganz wesentlich die Lähmung und Zersplitterung der Bewegung bedingt.

„Gaaaanz breit"–Solidarität a la SB

Da das SB im Namen der Organisierung einer möglichst breiten demokratischen Bewegung zu sprechen vorgibt, sei auch folgendes Vorkommnis aus jüngster Zeit nicht vergessen:

Das „Russel-Komitee für Portugal" hat am 26. November 1976 einen Aufruf zugunsten des antifaschistischen portugiesischen Generals Carvalho beschlossen, der zu dieser Zeit gerade eine Haftstrafe absaß. Der Aufruf hat die Form eines Offenen Briefs an Ministerpräsident Soares.

Dieser Offene Brief ist unterschrieben von Intellektuellen aus Belgien, der BRD, Italien, Großbritannien, USA und Frankreich. Während jedoch 41 englische und 45 französische Unterzeichner unter dem Offenen Brief stehen, sind es aus der BRD ganze v i e r : Dr. Andreas Buro, Prof. Metz, Klaus Vack und Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr. Von diesen sind zumindest Buro, Vack und Narr bekannte Persönlichkeiten des SB. Zu solchen Ergebnissen führt die von den SB-Führern propagierte Politik der verschlossenen Tür! Nicht „Breite" ist das Ergebnis dieser Geheimnistuerei und Mauscheleien, sondern künstliche E i n e n g u n g der erreichbaren Solidarität! **Im übrigen hat diese Politik auch dazu geführt, daß mit dem „Offenen Brief" in der BRD kaum gearbeitet wird.**

Nur Italien steht mit lediglich z w e i Unterzeichnern noch schlechter da als die BRD: Dort betreibt wahrscheinlich die dem SB in manchen Zügen geistesverwandte PdUP („il manifesto") eine ähnlich sektiererische und einengende Politik.

Hier nun der Test des Offenen Briefs an Soares:

„*Herr Ministerpräsident, wir schreiben Ihnen, um unsere Unruhe über die Ungewissheit auszudrücken, die immer noch über der Zukunft des Majors de Carvalho und seiner Kameraden schwebt. Wir bemerken, daß der Major de Carvalho immer noch nicht in einer Situation der Freiheit ist, daß er weiterhin unter der Drohung bestimmter Strafverfahren leben muß infolge von Behauptungen, die seine Rolle bei den Ereignissen vom letzten November betreffen.*

Das Russel-Komitee für Portugal hat unsere Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß der Major de Carvalho sehr überzeugende Antworten auf alle diese Vorwürfe zu haben scheint – Antworten, die er jedoch nie vor einem unabhängigen Gericht darstellen durfte. Es ist offensichtlich, daß der Major de Carvalho durch diese Vorwürfe beträchtlichen Schaden erlitten hat, sowohl in seinem eigenen Land wie auch auf internationaler Ebene.

Wir nehmen an, daß Sie uns darin zustimmen werden, daß alles getan werden muß, um dieser Lage ein Ende zu machen. Niemand kann bezweifeln, daß der Major de Carvalho ein Held der portugiesischen Revolution ist und daß bei verschiedenen Gelegenheiten seine selbstlosen Aktionen entscheidend für den Erfolg des Kampfes für die Demokratie in Portugal waren. Es ist betrüblich, daß ein solcher Mann den Druck der öffentlichen Verurteilung ertragen muß, ohne daß ihm erlaubt würde, sich irgendwie zu verteidigen.

Deshalb fordern wir Sie auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Problem zu lösen. Wir fordern von Ihnen eindringlich, entweder den Major de Carvalho und seine Kameraden vor ein Gericht zu stellen, oder dafür zu sorgen, daß sie offiziell und öffentlich von jeder Schuld freigesprochen werden, was unserer Meinung nach gerecht wäre. Nicht zulässig scheint uns, zu gestatten, daß die Dinge so weiterlaufen, wodurch der gute Ruf eines Mannes geschändet wird, der eines Tages ohne jeden Zweifel in der Galerie der portugiesischen Nationalhelden seinen Platz finden wird.
Hochachtungsvoll ...".

Guten Morgen!

Das Sozialistische Büro hat doch immer wieder Überraschungen parat. In der November-Ausgabe (!) der „links", Organ des SB, setzen sich die Genossen vom SB mit dem am 11. Juni (!) verabschiedeten „Musterentwurf für ein neues Polizeirecht" auseinander.

Spätestens seit dem Anti-Repressions-Kongreß von Pfingsten 1976 ist es nach eigener Aussage „*Aufgabe des Sozialistischen Büros, das die Verschärfung staatlicher Repression zu einem der Schwerpunkte seiner auf die Öffentlichkeit gerichteten Arbeit gemacht hat, nach Kräften am Aufbau einer solchen Protestbewegung mitzuwirken*" („links", Nov. 76).

Wen das späte Eingreifen des SB zur Frage des neuen Polizeirechts wundert (das immerhin so entscheidende Fragen regelt, wie gezielter Todesschuß, Befugnisse der Polizei bei Durchsuchungen, erkennungsdienstliche Behandlung, Identitätsfeststellung, Befugnisse bei der Anwendung von Zwang etc.), den muß erst recht der Inhalt des „Eingreifens" wundern:

Auf die Frage, was gegen diese Gesetzespläne getan werden könne, stellt das SB folgende Überlegungen an: „*Die Aussichten für eine erfolgreiche Abwehr wenigstens der eklatantesten Bedrohungen der Grundrechte sind aus zwei Gründen nicht gering: 1. Insbesondere der Todesschuß-Paragraph hat eine relativ breite, moralisch motivierte Empörung in liberalen Teilen der Öffentlichkeit hervorgerufen, die einen gewissen* (?) *Druck auf die FDP und SPD-Fraktionen in Bundes- und Landtagen auszuüben imstande sein könnte ... 2. Für einen Druck auf die Parlamente gibt es mehrere Ansatzpunkte, weil der Musterentwurf nur dann realisiert wird, wenn er in allen elf Landtagen und im Bundestag gleichlautend verabschiedet wird*" („links", Nov. 76).

Daß nicht etwa die CDU, sondern SPD/FDP die gesamten „Reformen zur Inneren Sicherheit", die Gesetze zur „Terroristenbekämpfung" und den Todesschuß vorgeschlagen und durchgesetzt haben, ist den Genossen vom SB doch sicher nicht entgangen. Daß der SPD-Abgeordnete Lattmann zwar eine heiße Rede zum Maulkorbparagraphen 88 a hielt, dann im Parlament aber (mit allen anderen „Linken") d a f ü r stimmte, ist den Genossen vom SB sicher ebenfalls bekannt. Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Auf welcher Grundlage also sollten „die Aussichten für eine erfolgreiche Abwehr nicht gering" sein? Statt einer Begründung kommt jetzt in der „links" das große Seufzen, denn betrübt stellen die Genossen fest, daß „*es illusionär wäre, von ihnen* (den liberalen Medien und liberalen Minderheiten – Anm. AK) *auch nur Standhaftigkeit zu erwarten, geschweige denn in ihnen einen politischen Machtfaktor zu sehen*".

Auch der Hinweis, daß „*parlamentarischer Widerstand nur dann zu erwarten ist, wenn er Ausdruck einer breiten Protestbewegung der von dem Gesetz Betroffenen ist*", hilft offenbar selbst dem Verfasser des Artikels nicht viel weiter, hatte er doch vorher behauptet, daß es eine relativ breite Empörung gäbe.

Nachdem auf diese Weise der Verfasser lange in seinen eigenen Fußangeln gezappelt hat, kriegt er am Ende doch noch ein Zipfelchen Realität zu fassen. Um an der Entwicklung einer Protestbewegung mitzuwirken (die hoffentlich nicht nur Druck auf die Parlamente ausüben wird), „*gehören als erste Schritte eine Verstärkung der Aufklärung über das geplante Gesetz unter den SB-Mitgliedern und SB-nahen Genossen ...*". Und das ist eine, wenn auch späte, so doch gute Einsicht.

Von den noch auf dem SB-Pfingstkongreß so vielgepriesenen Wundermittel „neue Agitationsformen" bleibt also zunächst der Schritt, überhaupt eine Informationsarbeit anzufangen – erstmal in den eigenen Reihen des SB...

Angekündigt ist eine Dokumentation über bereits gängige Praktiken beim Räumen von Häusern, Festhalten von Flugblattverteilern, Auflösen von Demonstrationen etc. Erhältlich über SB Westberlin, AG Musterentwurf, 1 Westberlin 30, Postfach 3013. **Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg**

Keine Schließung des Therapiezentrums Altona

Hamburg. Mit massivem Polizeieinsatz wurde am 7.12. der Versuch unternommen, den Protest gegen die Schliessung des Therapiezentrums Altona (TZA) zu unterdrücken. Zu einer Protestversammlung vor der Gesundheitsbehörde fanden sich 80 Kollegen aus Hamburger Einrichtungen für Drogenabhängige, Schüler und Studenten ein, die sich einem Bullenaufgebot von 40 Mann gegenüber sahen. Mehrere Demonstranten wurden verletzt – 15 Leute vorübergehend festgenommen – 3 erkennungsdienstlich behandelt und über längere Zeit festgehalten! Mit Strafanzeigen wegen „Landesfriedensbruch" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" muß gerechnet werden! Diese Polizeistaatsaktion kam offensichtlich auf direkte Anweisung der Gesundheitssenatorin Elstner zustande!

Das TZA soll bis zum 1.1.77 endgültig geschlossen werden, d.h. ins Allgemeine Krankenhaus Ochsenzoll (AKO) dem Hamburger Psychiatrischen Landeskrankenhaus, eingegliedert werden. Damit wird eine Einrichtung dicht gemacht, die vor der Wahl 1972 aufgrund der steigenden Zahl von Drogenabhängigen entstand und die bis heute in Hamburg ihresgleichen sucht.

In Zukunft soll es statt therapeutischer Arbeit mit den Drogenabhängigen nur noch deren „Aufbewahrung" geben!

Diesen Entschluß faßte der Hamburger Senat schon vor längerer Zeit – 1974 –. Damals allerdings machte der Senat seinen Entschluß nicht wahr. Man versuchte zunächst, die Mitarbeiter für eine Verlegung zu gewinnen, indem man ihnen Verhandlungen über die Personalausstattung und Arbeitsbedingungen in der neuen Station versprach. Dem Senat gelang es so, die Mitarbeiter hinzuhalten und sie davon abzubringen, die Bevölkerung über die skandalösen Absichten des Senats aufzuklären. Aber im Grunde stand schon alles fest: die Bettenzahl wird gekürzt von 24 auf 15, höchstens zwei gegenüber bisher fünf Ärzten, einem statt drei Psychologen, drei statt sieben Sozialarbeitern werden in der neuen Station arbeiten. Dieser Entschluß mutet zunächst seltsam an, hat doch der Senat am 15.4.1975 auf eine kleine Anfrage zu der Arbeit im TZA in der Bürgerschaft eingestanden: „... *die Erfolgsquote scheint wesentlich höher zu liegen als ursprünglich angenommen*".

Trotzdem soll das TZA nach Ochsenzoll verlegt werden, das schon seit August 1976 organisatorisch in das AKO eingegliedert ist. Der Senat ließ sich hierzu im Vorwege einige Schikanen einfallen: so wurde zuerst per Dienstanweisung befohlen, das TZA 100%ig zu belegen nach dem Motto des Oberarztes Kellermann: „*Hauptsache das Haus ist voll*".

Kurz darauf wurde ein Aufnahmestopp verhängt, um eine reibungslose Verlegung zu garantieren. So wurden bis jetzt zwei Ärzte und drei Krankenpfleger/innen vom Dienst suspendiert bzw. versetzt, um die Mitarbeiter zu spalten.

Zur „Unterstützung" wurden ein Oberarzt, eine Ärztin, ein Oberpfleger und eine Oberschwester ins TZA geschickt. Diese Leute sind gegenüber den Mitarbeitern weisungsberechtigt. Diese ganzen Spaltungsmanöver schlugen bisjetzt allerdings fehl. Sie haben eher das Gegenteil bewirkt: die Mitarbeiter führen den Kampf ums TZA weiter.

Das TZA ist dem Staat unbequem. Die Mitarbeiter bemühen sich nämlich, dem Drogenabhängigen klar zu machen, daß seine Schwierigkeiten nicht individueller Natur sind, sondern gesellschaftliche Ursachen haben, und daß Drogenabhängigkeit nur erfolgreich bekämpft werden kann, wenn man den politischen Kampf gegen die gesellschaftlichen Ursachen aufnimmt. In der Praxis hieß das: die Mitarbeiter achteten besonders auf einen regelmäßigen Tagesablauf, auf sinnvolle Freizeitgestaltung, es gab Gruppengespräche, in denen sämtliche Probleme angesprochen werden konnten, der Tablettenkonsum wurde weitgehend eingeschränkt. Im Unterschied zur „normalen" psychiatrischen Behandlung wurden die Drogenabhängigen nicht als „labile" Charaktere angesehen, sondern als normale Menschen.

Senatorin Elstner hingegen versuchte, den Angriff auf eine Therapie im Sinne der Drogenabhängigen zu rechtfertigen und berief sich in einer NDR-Sendung auf das Urteil von „Fachleuten", die behaupten: *Drogenabhängige sind psychisch krank und gehören deshalb in die Psychiatrie"!*

Weitaus deutlicher fällt der Beitrag Schleswig-Holsteins zu diesem Thema aus: dort wird eine Sonderstrafanstalt für Drogenabhängige eingerichtet.

Bis jetzt haben an Veranstaltungen 130 bzw. 300 Menschen teilgenommen und über 1.400 Menschen haben eine Resolution gegen die Schließung des TZA unterschrieben. Protestresolutionen wurden bisher verabschiedet von: Vollversammlung des Fachbereichs Medizin, der Fachhochschule für Sozialpädagogik, der Psychiatrie Häcklingen, Jugendstrafvollzugsanstalt Vierlanden, den Kollegen aus den Allgemeinen Krankenhäusern Altona und Barmbek und anderen Krankenhäusern und Schulen.

Unsere Forderungen sind:

– Sofortige Rücknahme des Aufnahmestopps!

– Sofortige Wiederbeschäftigung der beurlaubten und versetzten Kollegen!

– Rücknahme des Senatsbeschlusses Wiederherstellung der organisatorischen Selbständigkeit des TZA!

Eine ehemals Drogenabhängige in Zusammenarbeit mit der Bezirksorganisation Altona/ KB/ Gruppe Hamburg

Wohngeld„reform"

Die Wohnungsbauminister der Länder einigten sich Anfang Dezember auf einen neuen „Eckwert", nach dem Mieten in Höhe von einem Viertel des Nettoeinkommens vertretbar sind. Nur bei noch höheren Belastungen soll das Wohngeld die Familien befähigen, die Miete zahlen zu können.

Da trotz steigender Mieten die Zahl der Wohngeld-Empfänger durch die Einkommensbegrenzungen und Miethöchstbeträge in den letzten Jahren nicht weiter stieg, ist seit langem eine Wohngeld-„Reform" geplant, die am 1.1.1978 in Kraft treten soll.

Danach soll die Einkommensgrenze für Wohngeld-Empfänger auf 960 DM erhöht werden – was zeigt, daß auch dann nur die Ärmsten überhaupt einen Wohngeldanspruch haben.

Die Höchstgrenze der Miete, die durch das Wohngeld gefördert wird, soll auf 6 DM pro qm angehoben werden, d.h. bei höheren Mieten wird jetzt der Betrag über 6 DM nicht berücksichtigt. Nach der bisherigen Wohngeldregelung hatten nach Aussagen des Mieterbundes ein Drittel bis die Hälfte (!) aller Wohngeldempfänger die Miethöchstbeträge überschritten!



Mit Bitten und Beten wird Mieterbund-Präsident Nevermann die Wohnungsnot nicht verhindern!

Durch die Anhebung werden zwar die Mietsteigerungen der letzten Jahre berücksichtigt. Da jedoch drastische Mieterhöhungen bevorstehen, werden sicher bis zum Inkrafttreten der „Reform" die Mieten den Miethöchstbeträgen wieder davongelaufen sein...

Ausbaden müssen das natürlich die Mieter, während die Hausbesitzer durch die Mieterhöhungen das Wohngeld absahnen.

Verschlechtern wird sich auch die Situation der Nichterwerbstätigen, da durch die „Reform" ihre Freibeträge (Abzüge vom Brutto-Einkommen) um die Hälfte gekürzt werden, so daß es für sie noch schwerer ist, unter die 960 -DM-Grenze zu kommen.

Trotz Mehrausgaben von ca. 600 Mio DM ab 1978 nimmt sich das Wohngeld sehr bescheiden aus: 1976 werden etwa 1,6 Mrd. DM gezahlt – die Bausparförderung dagegen wird mit 3,6 Mrd. DM subventioniert und 2,4 Mrd. DM werden den Hausbesitzern an Steuervergünstigungen u.ä. geschenkt („HB", 29.11.) und das Wohngeld kassieren sie letzten Endes ja auch! Hier sieht man, wie in Bonn die Pfründe verteilt werden!

Wohnungskommission

In Münchens SPD geht alles seinen sozialdemokratischen Gang

Auf einer Vorstandssitzung der Münchner SPD am 23.11. erklärte der jetzige Münchner Oberbürgermeister und SPD-Rechte Kronawitter, daß er für dieses Amt bei den Kommunalwahlen 1978 nicht mehr kandidieren werde. Dieser Entschluß stand am Ende eines Putschversuches der CSU-Maffia in der Münchner SPD, dessen Anführer Kronawitter ist. Nachdem in ersten Diskussionen über den für die Kommunalwahlen 1978 zu benennenden OB-Kandidaten von den SPD-Rechten eindeutig Kronawitter als „einzige Möglichkeit" bezeichnet wurde, um die Wahlen gewinnen zu können, startete Kronawitter einen Erpressungsversuch. Er wollte nur dann kandidieren, wenn seine beiden stellvertretenden Bürgermeister und treu-

Münchner Stadtrat, Preißinger (ebenfalls ein „CSU-U-Boot" in der SPD), will für dieses Amt nicht mehr kandidieren. Er erklärte, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, seine politischen Vorstellungen in der Partei und Stadtratsfraktion zur Geltung zu bringen.

Mit Kronawitter und einigen seiner Konsorten treten zwar einige besonders üble Gestalten aus der bayrischen SPD-Führungsriege ab – deshalb jedoch von einem „Sieg der Linken" zu sprechen (wie dies vor allem die Springer-Presse lautstark tat), wäre unseres Erachtens verkehrt. Denn rausgesäubert wurden aus der SPD auch in München bisher ausschließlich Linke (wie Geiselberger, Schöfberger etc.). Als beispielsweise bei den zurückliegenden Referentenwahlen für die Münchner Stadtverwaltung Kronawitter zwei CSU-Leuten die neu zu besetzenden Posten angeboten hatte, wurde er keineswegs ausgeschlossen, ja nicht einmal gemaßregelt. Kuschen mußten seinerzeit jedoch die Linken, die diese Zusammenarbeit mit einer „gegnerischen Organisation" kritisiert hatten...

Kronawitter, trinkfest – ansonsten nicht unbedingt auf SPD, CDU oder CSU festgelegt

Der Unterbezirksvorsitzende und zum neuen Oberbürgermeisterkandidaten gekürte von Heckel erklärte nach seiner Nominierung, daß er die Politik seiner Vorgänger fortsetzen wolle, aber ohne „*Verengung des politischen Spektrums*" („Frankfurter Rundschau", 8.12.76). ...

CDU beitreten würden („Hamburger Abendblatt", 9.12.76).

SPD-Kommission

Schluck aus der Pulle

Diäten im Bundestag haben mit „Diät" im Sinne von Schonkost wenig zu tun. Im Gegenteil, man kann sich eher daran mästen.

Einen weiteren Beweis hierfür lieferten jüngst die „Volksvertreter" im Bundestag: Angesichts „der Bürde ihres Amtes" beschlossen sie am 7. Dezember eine krisengerechte Erhöhung der Diäten! In Zukunft müssen die Herren(und ein paar Damen) Parlamentarier sogar Steuern zahlen, wovon sie bisher verschont waren. Damit das ganze nicht gar so „schmerzlich" wird, sind die Bezüge ein wenig in die Höhe geschraubt worden:

- Die Diäten von 3850 auf 7500 DM,
- Die Gesamtpauschale für Unkosten von 4050 auf 4500 DM steuerfrei!

Diese Pauschale braucht auch künftig im einzelnen nicht nachgewiesen werden!

Auch nicht gerade engherzig ist man mit der Alterssicherung der Abgeordneten verfahren: Sie ist um 33% erhöht worden. Die Fristen, innerhalb derer die Renten hezahlt werden, wurden verkürzt. Zu den weiteren Annehmlichkeiten gehört, daß die Abgeordnetenpension künftig als reine Staatspension ohne Eigenbeteiligung gewährt wird.(„WELT" 25.11.)

Gerade jetzt in den anlaufenden Tarifverhandlungen liefern die „Vertreter des Volkes" ein vorbildliches Beispiel für Bescheidenheit und Zurückhaltung, immerhin mußten sie 1976 bisger auf eine Erhöhung verzichten, und auch ein 13.Monatsgehalt wird es noch nicht geben.-

SPD-Kommission

und des ADAC, die etwa über Ferienreisen und Versicherungsleistungen ihren Beitragszahlern ein wohliges Wir-Gefühl und handfeste Vorteile

wahl schmal" ...

SPD-Kommission

Die „Konsequenzen der SPD aus der Wahl: „Grenzen der innerparteilichen Diskussion"

Auf über 200 Seiten („Extra-Dienst", 3.12.76) „analysieren" SPD-Vize Koschnik und Ex-Bundesgeschäftsführer Börner die Bundestagswahlen: Überdurchschnittlich verlor die SPD bei den Frauen (5 Prozent), bei den ungelernten Arbeitern (6 Prozent) und bei den Erstwählern (4 Prozent) (nach „Hamburger Morgenpost", 2.12.76 und „Süddeutsche Zeitung", 29.11.76). „*Selbstkritisch und schonungslos*" – so jedenfalls die sozialdemokratische „Hamburger Morgenpost" am 2.12. – werden die Gründe für die Wählereinbußen genannt: „*die ‚Leistungsbilanz' der SPD sei nicht genügend genutzt worden*" und „*die Öffentlichkeitsarbeit der CDU/CSU habe offenbar besser funktioniert als diejenige der SPD*" („SZ", 29.11.76).

Das ist auch eine Umschreibung der Tatsache, daß die SPD durch die Rechtsausrichtung von Staat und Gesellschaft einen Teil ihrer Wähler in die Arme von CDU und Co. getrieben hat!

Die Konsequenzen aus dem Wahlausgang liegen für den SPD-Vorstand auf der Hand: Er will den „*schwerfälligen Parteiapparat reformieren*" („Spiegel", Nr. 44/76). Vor allem das „innerparteiliche Leben" steht zur „Reform" an. Was die SPD-Führer unter „Reform" verstehen, hat sich in der Zeit der „sozialliberalen" Koalitition deutlich gezeigt.

Und genauso sehen die angekündigten „Reformen" auch aus: „*Innerparteilicher Streit soll künftig nicht mehr in den Zeitungen, sondern in den zuständigen Parteigremien ausgetragen werden*" („Mopo", 2.12.76). Wenn das nicht eine Einschränkung der Meinungsfreiheit innerhalb der SPD ist? ...

Schärfer noch faßte das der vorübergehend amtierende Bundesgeschäftsführer Dröscher, der gleich die „Grenze" der innerparteilichen Diskussion zog: „*Sie dürfe nicht durch ständige Überbetonung von Konflikten zu Mißverständnissen in der Bevölkerung über die Geschlossenheit der SPD führen: ‚Wer das bewußt in Kauf nimmt, muß sich von der Partei trennen'* " („Frankfurter Allgemeine", 2.11. 76).

Die Grenze dafür, wann ein Konflikt über eine bestimmte arbeiterfeindliche Maßnahme der Partei- und Regierungspolitik „überbetont" wird, ziehen natürlich die SPD-Führer! Wen wundert's, daß das auf die SPD-„Linke", insbesondere die Jusos, gemünzt ist, denen jetzt der „*Entzug des politischen Mandats*" droht. Die Jusos sollen „*sich künftig offenbar zu allgemein-politischen Fragen nicht mehr äußern*". Ihr Aufgabenbereich wird künftig „*vor allem im ‚kulturellen Bereich und in der sachbezogenen Projektarbeit liegen'* " (Zitate aus „Extra-Dienst", 3.12.76).

Na, dann singt man schön!...

SPD-Kommission

Hört! Hört!

Mit herzerfrischender Offenheit hat der bekannte SPD-‚Linke' Jochen Steffen die arbeiterfeindliche Regierungspolitik seines Parteigenossen H. Schmidt und die SPD als Schmidts total angepaßten Erfüllungsgehilfen kritisiert.

Steffen, der seine Ämter in der SPD (Parteivorstand, Grundwertekommission), hinschmeißen will, bezeichnet Schmidt als „**reformfeindlichen**" Kanzler, der „**nur machttechnokratisch denkt und handelt**", und „**nur noch absegnet, was Industrie und Interessengruppen des Kapitals längst in die Wege geleitet haben.**"

So hält Steffen es auch durchaus für möglich, daß Schmidt sogar mit der CSU eine Koalition eingehen würde, da er mit StrauSS in grundsätzlichen Fragen übereinstimmt. „**Beide** (Schmidt und StrauSS, Anm. Ak) **glauben an Technokratie, quantitatives Wachstum und staatliche Mittel. Das ist ihre gemeinsame Dreifaltigkeit.** Er sei nicht mehr „ **bereit, aus Opportunismus Grundwerte im Interesse der Regierung(zu) entwickeln, die nichts als Augenwischerei bedeuten.**"

Natürlich will Steffen sich weiterhin für eine „*reformerische Politik*" einsetzen, auch wenn es „*in dieser SPD keine geschlossene Linke mehr gibt.*"

Es ist schon beachtlich, was der „rote Jochen" da so von sich gibt: immerhin gehörte er zu denjenigen Strategen in der SPD-Führung, die jahrelang die Parteilinke (Jusos etc.) an der Nase herumgeführt und wider besseres Wissen(?) an den „stinkenden Leichnam" SPD gebunden haben. Und Steffen selbst war es doch, der maßgeblich mit seiner ausgefeilten Demagogie dafür gesorgt hat, daß es „in dieser SPD keine geschlossene Linke mehr gibt."

SPD- Kommission



Mörder Weinhold frei – grünes Licht für Nachahmer

Am 20.Dezember machte sich der NVA-Soldat Weinhold auf die Flucht in den Westen, mit Maschinenpistole und 360 Schuß Munition. Unterwegs klaute er mehrere Autos, um an die Grenze zu kommen. Zuletzt legte er noch zwei DDR-Grenzer um, die ihm in die Quere gekommen waren.

Ein Jahr danach, am 2.Dezember 1976, sprach ihn ein Gericht in Essen von der Anklage des Totschlags frei. Weinhold habe in „Notwehr" gehandelt. Auch die Autos habe er in einem „Notstand" gestohlen.

Ungeheuerlich an diesem Prozeß war schon, daß er überhaupt in der BRD stattfand, denn Weinhold hätte in der DDR vor Gericht gehört. Daß dies von der Bundesregierung abgelehnt wurde, entspricht dem aggressiven „Alleinvertretungsanspruch", den das BRD-Großkapital niemals aufgegeben hat. Das Gericht ging soweit, in Zweifel zu stellen, ob Weinhold die beiden DDR-Grenzer wirklich erschossen hat – das sei ja noch gar nicht bewiesen! ...

Das Urteil im Fall des Doppelmörders Weinhold ist beispielhaft: Es beinhaltet den Rechtsschutz des westdeutschen Staates für mögliche Nachahmer – DDR-Grenzer zu ermorden ist „Notwehr", wenn überhaupt ... Aber das Urteil geht noch weiter: Der Rechtsschutz für „Flüchtlinge" beginnt schon bei deren Vorbereitungshandlungen, z.B. Diebstahl von Fluchtautos. Hätte Weinhold beim Auto-Knacken vielleicht noch einen DDR-Polizisten umgelegt, so wäre logischerweise auch das noch unter „Notwehr" gefallen. Wer in den Westen gehen will, kann praktisch vorher durch die DDR Amok laufen – alles „Notwehr" und „Notstand"! ...

Die Springer-Presse, die aus dem mehrfach kriminell vorbestraften Weinhold einen „politischen Verfolgten" zu machen versucht, „der die Freiheit wählte", war damit freilich noch nicht zufrieden: *„Freispruch, aber noch nicht frei"*, klagte die „Bild" (3.12.76). *„Unser Staat ... muß ihm jetzt helfen"*. Ein paar tausend Mark „Haftentschädigung" müßte der Arme kriegen, und außerdem einen Arbeitsplatz und eine Wohnung besorgt bekommen. Es reicht also nicht, den Mörder freizusprechen, er muß auch noch honoriert werden. Prämie für zwei ermordete DDR-Grenzer. Hätte Weinhold noch einen dritten Menschen auf dem Gewissen, würde „Bild" wahrscheinlich zusätzlich noch einen Urlaub auf den Bahamas fordern, damit der Arme sich erst mal von den Strapazen erholen kann. Axel Springer ging mit gutem Beispiel voran, indem er (laut Meldung der englischen Zeitung „Times") dem Weinhold die Anwaltskosten in Höhe von 15.000 Mark bezahlte.

Jetzt sind dem Weinhold laut „Bild" die *„DDR'-Kopfjäger auf den Fersen"*. Waidmannsheil!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Und wieder mal: „Rechts gleich Links"

Sensationelles meldete die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" am 1.Oktober: *„Die jahrelange Geduld"* der Justiz mit Nazi-Banditen wie Roeder, Schönborn („Kampfbund Deutscher Soldaten") und Müller (Chef einer „NS-Kampfgruppe") *„ist nun zu Ende"*. Generalbundesanwalt Buback habe am 3.Juli *„eine sehr sorgsam zusammengetragene 132 Seiten starke Anklageschrift"* vorgelegt. Am 20.Juli sei vor dem Frankfurter Oberlandesgericht Anklage gegen Roeder, Schönborn und Müller erhoben worden.

Brechen etwa ganz neue Zeiten an? Natürlich nicht. Denn schon wird an der alten Masche „Rechts gleich Links" gestrickt. Gegen ein paar allzu lautstarke Nazi-Terroristen wird etwas Dampf gemacht, damit es nicht so aussieht, als ob der Staat g a r n i c h t s gegen die Faschisten tut. Und zugleich wird der Hauptstoß der Sache gegen die Linken gedreht.

Mit etwas Phantasie ist der Zusammenhang schnell hergestellt. So weiß die „Welt der Arbeit" („WdA") von Sympathien Roeders für die „RAF" zu berichten: *„Ihre Vorbilder sitzen in Stuttgart-Stammheim hinter Gittern. Der Star am rechten Himmel, der Rechtsanwalt Manfred Roeder lobte kürzlich ... die Baader-Meinhof-Häftlinge, die schließlich ‚diese Drecksrepublik genauso wie wir ablehnen'."* – Wo der Roeder das gesagt haben soll? *„Bei einem konspirativen Treff"* – wo denn sonst? Und wem das als Beweis noch nicht reicht, dem wird aus derselben Quelle noch so eine heiße Geschichte von der „WdA" serviert: *„Ein Verfassungsschützer: ‚Die haben heute neben Hitlers ‚Mein Kampf' auch den Bakunin im Bücherschrank'"*. Verfassungsschützer kennen sich natürlich in den Bücherschränken der Faschisten genau aus, weil viele VS-Agenten direkt bei der Bildung faschistischer Banden mitwirken.

Der dickste Hund des „WdA"-Artikels aber ist das Märchen von *„15 Terror-Experten der PLO"* (Palästinensische Befreiungsorganisation), die angeblich auf einer Veranstaltung am 9.April in München aufgetreten seien – zusammen mit der faschistischen „Deutsch-Arabischen Vereinigung", Schönborns „Kampfbaund Deutscher Soldaten" und der faschistischen türkischen „Partei der nationalistischen Bewegung". Weil dieses Phantasieprodukt wohl selbst dem „WdA"-Schmierfinken (ein gewisser Karl-Heinz Hahslach) allzu dünn erschien, fügte er hinzu: *„Auch Hitler-Fan Idi Amin Dada, Ugandas eigenwilliger Präsident, genießt schließlich das wohlwollende Vertrauen der PLO, wie die Flugzeugentführung nach Entebbe bewies"*. Ein toller Beweis, zumal die PLO mit dieser Flugzeugentführung hundertprozentig nicht das geringste zu tun hatte! Gegen seinen Willen widerlegt der Schmierfink sich dann selbst, indem er schreibt: *„Die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik sind nicht sicher, doch ausschließen wollen sie nicht, daß die (?) Palästinenser Unterstützung aus bei bundesdeutschen Rechtsextremisten suchen"*. Wenn die Geschichte mit den „15 Terrorexperten der PLO" auf der Münchner Faschisten-Veranstaltung stimmen würde, würde man sich doch wohl nicht so „zurückhaltend" ausdrücken?!...

Ganz im Sinn des „WdA"-Artikels wurde Ende November eine Story gebastelt, als ein Faschist namens Udo Albrecht mit Koffern voller Waffen in Hamburg festgenommen wurde. Er sei ein *„PLO-General"* (?!), der in der BRD in Faschisten-Kreisen Söldner für die PLO werben sollte. Außerdem habe er im Auftrag der PLO die Befreiung von inhaftierten „RAF"-Mitgliedern geplant!

Die Bourgeoisie, und speziell auch die SPD/DGB-Führer, haben solche Lügen nötig. Müssen sie doch davon ablenken, daß

- Terrorbanden wie die türkischen Faschisten mit wohlwollender Duldung des Staates seit Jahren in der BRD ihr Unwesen treiben können, bis hin zum Mord an türkischen Demokraten.
- daß die Zusammenrottung der Roeder, Schönborn usw. immer wieder von der SPD-Polizei geschützt werden mußten, gegen Kommunisten und andere Antifaschisten.
- daß die Gesetze gegen antisemitische Hetzer, NSDAP-Nachfolgeorganisationen etc. so gut wie gar nicht angewendet werden.
- daß Nazi-Kriegsverbrecher in Bundeswehr-Kasernen zu „Autogramm-Stunden" eingeladen werden.
- daß die Springer-Presse die libanesischen Faschisten offen unterstützt und der zionistische Staat diese Faschisten teilweise bewaffnet und bezahlt.

„Der rechte Sumpf soll trockengelegt werden. So lautet der Beschluß der Sicherheitsorgane der Republik", behauptet die „WdA" (s.o.). Die Wahrheit ist, daß höchstens ein paar allzu kompromittierenden Schreihälsen wie dem Roeder ein kleiner Denkzettel verpaßt werden soll und zugleich die Hexenjagd gegen links neu angeheizt werden soll. In diese Pläne von Sozialdemokratie und Reaktion müssen alle Antifaschisten und Demokraten sich nach Kräften einmischen.

Haag-Verhaftung zur Polizei-Großaktion benutzt

Nach der Verhaftung des Rechtsanwalts Siegfried Haag, ehemaliger Verteidiger von Holger Meins, Anfang Dezember unternahmen die Bullen eine Großaktion im südwestdeutschen Raum. Am 4.12. nahm die Sicherungsgruppe Bonn in Karlsruhe ihre „Tätigkeit" auf. Gleich am 5.12. wurden in Karlsruhe fünf Wohngemeinschaften durchsucht und „mehrere Personen zu einer Zeugenvernehmung geladen" (nach einem Flugblatt des „Bund der Anarchisten"). In den nächsten Tagen waren etwa 1.800 Polizisten auf „Anarchistenjagd". Über 4.000 Personen und 3.000 Kraftfahrzeuge wurden überprüft (Angaben nach „Rheinpfalz", 8.12.76). Im Südwestfunk charakterisierte ein Kommentator diese Aktion mit den makaberen Worten *„man müsse seinem Publikum wieder mal was bieten"*. Er beklagte, Zielrichtung sei, daß man sich zunehmend auf Hinweise der zivilen Werktätigen stützen müsse, *„da sich die Extremisten zunehmend wie normale Werktätige benehmen"* („Heute mittag von SWF I", 7.12.76). Was den Schluß zuläßt, daß das Spitzel- und Denunziantentum noch nicht weit genug gediehen ist. Nochmal glimpflich abgegangen ist ein Zwischenfall am 6.12., als sich eine Autofahrerin verfahren hatte und auf der Landstraße nach Worms in Richtung Ludwigshafen wenden wollte. Polizisten in Zivil hatten das beobachtet und gingen mit gezückter Pistole auf den Wagen zu. Die Fahrerin glaubte an einen Überfall und versuchte loszufahren, worauf sich einer der Zivilbullen „bedroht" fühlte und in den linken Vorderreifen des Wagens schoß. Kommentar des Polizeidirektors in Worms: *„Ein bedauerlicher Irrtum, der Beamte hat letztlich in Notwehr gehandelt"* („Rheinpfalz", 8.12.76). Bei dutzender solcher „Notwehraktionen" in den letzten Jahren blieben Tote auf der Strecke ...

Ein Genosse aus Bergzabern

Antifa-Kurzmeldungen

Unter dem wahrlich bescheidenen Anspruch, die „Elite des Volkes" dazustellen, versammelten sich am 14.November im Bürgerhaus der Frankfurter Nordweststadt rund 250 Delegierte zum 10.Parteitag der NPD. Beraten werden sollte über den Scherbenhaufen nach den Bundestagswahlen (0,3%) und den wachsenden Schuldenberg der NPD. Der Bundeswehr-„Traditions"-Faschist Rudel schickte dem Parteitag ein Grußtelegramm.

In seiner Rede wies NPD-Boß Mussgnug den naheliegenden Gedanken einer Auflösung der NPD (betrügerischer Bankrott nennt man das im Geschäftsleben) gaaanz weit von von sich: Es gebe außer der NPD „keine politische Kraft auf der rechten Seite". Als Weg aus dem Schlamassel empfahl er „deutliche Abgrenzung zur CDU/CSU" und „Absage an alle rechten Sammlungsparteien".

Wenn die CDU/CSU der NPD Wähler abfischt, indem sie immer weiter nach rechts rückt, muß halt die NPD n o c h mehr nach rechtsaußen gehen, meint Mussgnug. Zur Veranschaulichung hatte man den Radau-Faschisten Schönborn (einer der Rädelsführer der kriminellen Roeder-Christophersen-Schönborn-Bande) eingeladen, der auf einem „Festival" der NPD-Jugend braunen Dampf ablassen durfte. Noch vor einem Jahr hatte es die NPD sorgfältig vermieden, mit Schönborn und Co. offen zusammenzugehen. Mit dieser Zurückhaltung ist jetzt Schluß. Schon das Auftreten des Verbrechers Christophersen (er gehörte u.a. zum Personal des Vernichtungslagers Auschwitz!) auf dem NPD-„Kongreß der Nationalen Kräfte" in Hamburg am 7.August hatte ein Zeichen gesetzt.

Die legale politische Rolle der NPD haben längst Teile der CDU/CSU übernommen. Was von der NPD noch übrig ist, verschmilzt mit dem kriminellen faschistischen „Untergrund" der sich mit Duldung des Staatsapparats auf terroristische Banden-Aktionen vorbereitet.

***

Unter dem Motto „Generalamnestie für alle ‚Kriegsverbrecher'!" (man beachte die feinsinnigen Anführungszeichen) fand am 4.Dezember eine faschistische Zusammenrottung im Münchner Bürgerbräu-Keller statt – ein „traditionsreicher" Ort, wo schon Hitlers NSDAP ihre Kundgebungen abgehalten hatte. Organisator des Nazi-Treffens vom 4.Dezember war Frey, Herausgeber der antisemitischen „Nationalzeitung", Chef der „Deutschen Volksunion", zugleich führend in der NPD und überhaupt eine zentrale Figur der Faschisten-Szene.

Staatlichen Schutz im Rücken hatte Frey schon in seinem Einladungsschreiben gut tönen: „... *Wir setzen unser Versammlungsrecht auf jeden Fall durch, selbst wenn einige Tage oder Stunden vor Versammlungsbeginn noch rechtswidrige Behinderungen erfolgen"*. So sorgte denn auch starker Polizeischutz dafür, daß die Faschisten nicht von Menschen in KZ-Kleidung belästigt wurden, die Schilder mit Aufschriften wie **„Wir vergessen Auschwitz nie"** trugen. In einer makabren Zeremonie konnten so die Faschisten einen „Gedenkstein" für den angeblich von Antifaschisten hingerichteten SS-Verbrecher Peiper „enthüllen", mit der zynischen Aufschrift „Unsere Helden leben in unserem Herzen". Altnazi Rudel, seit seiner Autogramm-Stunde bei der Bundeswehr ein gern gesehener Gast bei allen Nazi-Treffen, sprach passende „Führer-Worte" dazu.

Zu dem Nazi-Happening gehörte auch die Verleihung von „Ehrenpreisen":

- 10.000 für Roland Timmel vom „Rat Volkstreuer Verbände in Österreich" für seine „Verdienste um die Deutscherhaltung Österreichs".
- 5.000 Mark („Ehrenpreis der Nationalzeitung für politische Verfolgung") für den Terroristen Rohwer, Vorsitzender der „Wiking-Jugend" in Schleswig-Holstein, weil dem Ärmsten aus unerfindlichen Gründen vor kurzem der Hof abgebrannt war, der bis dahin als paramilitärisches Ausbildungslager für Kinder mißbraucht worden war.

Als dann im Saal auch noch Flugblätter verteilt wurden, auf denen der Nazi-Völkermord an den Juden bagatellisiert wurde (es seien „nur einige Tausend" ums Leben gekommen), wollte sich der jüdische Antifaschist Serge Klarsfeld (Ehemann der durch ihre Ohrfeige für Altnazi Kiesinger bekannt gewordenen Beate Klarsfeld) zu Wort melden. Er wurde von Nazi-Schlägern blutig geprügelt und zusammen mit seiner Frau durch den Saal nach draußen gejagt. Die Bullen, die ungerührt zugesehen hatten, weigerten sich anschließend auch noch, die Personalien der Schläger aufzunehmen.



In KZ-Kleidung demonstrierten drei Mitglieder des jüdischen Studentenverbandes vor dem Bürgerbräukelller gegen die Kundgebung der Deutschen Volksunion



Faschisten schlagen von allen Seiten auf Serge Klarsfeld (Mitte, mit dem Rücken zur Kamera) ein.

Winzige Meldungen, die man mit der Lupe suchen mußte, zeigten am 3.Dezember an, daß wieder einmal ein Waffenlager der Nazi-Banden „entdeckt" wurde. Ein Maschinengewehr, vier Karabiner, sechs Revolver, Munition und noch einige „historische Waffen" hatte ein 31jähriger Westberliner in seiner Wohnung. Weitere Utensilien bekundeten den politischen Standort des „Waffennarren": Hakenkreuzfahnen, Nazi-Orden, eine Hitler-Büste usw. Die Bullen waren durch einen dummen Zufall auf das Nazi-Arsenal gestoßen: Eigentlich hatten sie den Mann nur wegen Raubes gesucht.

Die Nazibanden bewaffnen sich für terroristische Aktionen. Behinderung durch den Staatsapparat brauchen sie dabei nur zu befürchten, wenn sie sich allzu blöd benehmen. Und die Urteile fallen „Sanso-weich" aus, falls es überhaupt zu einem Prozeß kommt, was eh die Ausnahme ist.

***

Gar zu toll getrieben hatte es der Ex-Rechtsanwalt Roeder, gegen den in mehr als 50 Fällen Ermittlungsverfahren laufen oder liefen – u.a. wegen Volksverhetzung, Verwendung nationalsozialistischer Symbole, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch usw. usw. Zwar läuft dieser Gangster immer noch frei herum, aber seinen Beruf als Rechtsanwalt darf er jetzt endgültig nicht mehr ausüben – immerhin ... Der Zweite Senat des Ehrengerichtshofs für Rechtsanwälte beim Oberlandesgericht Frankfurt wies Anfang Dezember Roeders Beschwerde gegen das entsprechende Urteil ab, das vom Ehrengericht Anfang des Jahres gefällt worden war. Damit wird sich aber kein Antifaschist zufrieden geben. Roeder und seine Bande gehören hinter Gitter!

„Fall Biermann" – das gibt's auch in der BRD!

Mit scheinheiligem Geschrei reagierten die Herrschenden der BRD auf die Ausbürgerung des Liedermachers und Sängers Biermann aus der DDR. Das sei eben nur in einem „Unrechtsstaat" wie der DDR möglich, tönten sie allesamt einhellig.

Daß derselbe Vorgang auch in der BRD möglich ist, beweist folgender Skandal:

In Flensburg wurde kürzlich der Einbürgerungsantrag einer Kollegin vom Landesinnenminister abgelehnt. Die Kollegin ist „heimatlose Ausländerin", da sich die Staatsangehörigkeit nach der des Vaters richtet. Ihre Mutter ist Deutsche. Die Kollegin ist in Flensburg geboren und lebt seitdem hier. Heimatlose Ausländerin zu sein, bedeutet für die Kollegin, daß sie zwar die ursprüngliche Staatsangehörigkeit des Vaters (UdSSR) besitzt, aber aus politischen Gründen nicht in ihre „Heimat" zurückkehren kann. Heimatlose Ausländer haben zwar das Recht, sich in der BRD aufzuhalten und können auch nicht einfach ausgewiesen werden, sind jedoch in vielen Punkten der besonderen Willkür des Staates ausgesetzt: z.B. lange Überprüfungen an Landesgrenzen, der Ausweis muß alle zwei Jahre neu ausgestellt werden, die Botschaft ist nicht verpflichtet, den Schutz im Ausland zu übernehmen; außerdem haben heimatlose Ausländer kein Wahlrecht.

Im November '73 stellte die Kollegin einen Einbürgerungsantrag. Bei der Einbürgerung ist die wichtigste Frage: Stehen Sie auf dem Boden der „Freiheitlich demokratischen Grundordnung?" Das muß durch zwei Bürgen belegt werden, was auch im Fall der Kollegin geschah. Dann geht die eigentliche Überprüfung aber erst los. Entschieden wird über den Antrag vom Landesinnenminister auf der Grundlage der Entscheidung des Bundesinnenministers. Der ganze Spaß kostet zwischen 640 und 3.400 Mark, je nach Einkommen.

Der Einbürgerungsantrag der Kollegin blieb drei Jahre lang unbeantwortet! Auf mehrmalige Anfragen folgten nur Antworten wie: Es seien noch längere Untersuchungen erforderlich; die Länge des Verfahrens sei zwar eine Belastung für sie, aber das läge ja schließlich an ihrer eigenen Person. Dementsprechend wurde eine Untätigkeitsklage seitens des Rechtsanwalts der Kollegin abgelehnt. Man war ja schließlich tätig, nämlich der Verfassungsschutz, MAD und wer da sonst noch seine Nase reingesteckt hatte.

Im Oktober bekam der Rechtsanwalt der Kollegin schließlich ein Schreiben des Landesinnenministers, in dem die Einbürgerung auf der Grundlage eines Gesetzes von 1913 (!) wie folgt abgelehnt wird:

„Dem Antrag ihrer Mandantin ... vermag ich nicht stattzugeben, da ich ein staatliches Interesse an ihrer Einbürgerung nicht zu erkennen vermag ... Auf die Einbürgerung besteht kein Anspruch. Vielmehr kommt eine Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit nur in Betracht, wenn ein staatliches Interesse an der Einbürgerung zu bejahen ist. Die Einbürgerungsbehörde entscheidet darüber nach pflichtgemäßem Ermessen... Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit setzt in jedem Einzelfall voraus, daß der Einbürgerungsbewerber nach seinem Verhalten in der Vergangenheit und der Gegenwart Gewähr dafür bietet, daß er sich zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD bekennt und für ihre Erhaltung eintreten wird. Personen, die in innerer Abhängigkeit zu totalitären Ideologien stehen, ist die Einbürgerung zu versagen. Frau T. bekennt sich nach meinen Feststellungen seit 1970 eindeutig zu den verfassungsfeindlichen Zielen linksextremer Organisationen. Ihr anhaltendes politisches Engagement für den KB lassen erkennen, daß sie nicht die Gewähr bietet, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD zu bekennen."

„Zur Staatsbürgerschaft gehört eine Treuepflicht gegenüber dem Staat", schrieb das „Neue Deutschland" zur Ausbürgerung Biermanns. „Zur Staatsbürgerschaft gehört das Bekenntnis zur und die Verteidigung der FdGO", fordern die westdeutschen Behörden. Es läuft aufs selbe raus: Wenn man Kommunisten in der BRD die Einbürgerung verweigern kann, so könnte man sie logischerweise auch ausbürgern, wenn sie die Voraussetzung „Bekenntnis etc. zur FdGO" nicht erfüllen. Und sowas regt sich über den „Unrechtsstaat" DDR auf!

Das Schreiben des Innenministers ist nicht rechtskräftig. Aber ein entsprechendes Gerichtsurteil würde dem Staat neue Möglichkeiten schaffen, um Ausländer zu diskriminieren und abzuschieben, sowie unbequemen Deutschen die Staatsangehörigkeit abzuerkennen und sie auszuweisen. Damit hier kein Präzedenzfall geschaffen wird, hat die Kollegin mit ihrem Rechtsanwalt eine einstweilige Verfügung beim Landesverwaltungsgericht erhoben, um einen gerichtlichen Beschluß zu erzwingen. Sollte das Gericht die Entscheidung des Landesinnenministers bestätigen, will die Kollegin dagegen klagen.

Schluß mit Gesinnungsschnüffelei und Ausländerdiskriminierung!

KB/Gruppe Flensburg

Der „Pfarrer" von St. Pauli

MEK mit Bibel, Talar und Revolver

Hamburg, St. Pauli, letzter Novembertag. Bei Wolfgang (37) und Heide war dicke Luft. Er, Seemann, war nach Hause gekommen und hatte bei seiner zukünftigen Frau nicht alles so vorgefunden, wie er sich das vorgestellt hatte. Er ging dann, ziemlich in Fahrt, in seine Stammkneipe am Pinnasberg und fuchtelte mit einem Revolver herum. „Onkel Willi", seit acht Wochen Wirt in der „Koralle" und von den beiden als Trauzeuge vorgesehen, redete ihm erst einmal gut zu und versuchte ihm dann den Revolver gegen seine eigene Gaspistole einzutauschen. W. zeigte ihm, daß es sich bei dem Revolver auch nur um einen Gasrevolver handelte und seine Drohungen, seine Frau und seinen 11jährigen Sohn zu erschießen, wohl nicht ganz so ernst gemeint wären. Der Wirt schickte W. mit dem Revolver nach Hause und rief, da er erwartete, daß die Differenzen der bereits mehrfach geschiedenen jungen Leute noch länger andauern würden, beim Jugendamt an. Er bat, man möge sich um die 3jährige Tochter und den 11jährigen Sohn kümmern – Polizei sei nicht erforderlich. W. kam schon bedeutend friedlicher ohne seinen Revolver zurück und setzte sich an die Theke. Dann tauchte plötzlich ein Pastor auf. Der Wirt fragte ihn, was er für den „Herrn Pastor" tun könne, worauf der sagte: „Ich werde ihnen mein Konto nennen, mein Sohn, für die Ärmsten der Armen". Der Pastor entpuppte sich dann sehr schnell als Angehöriger des berüchtigten Mobilen Einsatzkommandos (MEK) und nahm W. fest. In der Hamburger Tagespresse war der Vorgang groß aufgemacht. In „Bild" las sich das so: **„Falscher Pastor verhinderte Doppelmord"**

Wir meinen, daß es sehr ernst zu nehmen ist, wenn einer Frau und Kinder bedroht. Daß es aber ein unerhörter Skandal ist, wenn Behörden, Presse und Kirche die in einem Stadtteil wie St. Pauli besonders starken zwischenmenschlichen Konflikte dazu ausnutzen, um das Zusammenspiel dieser Instanzen mit der Killertruppe MEK zu erproben. Bei Ausbildung und bisherigem Einsatz dieser Spezialtruppe (Todesschuß!) ist nicht damit zu rechnen, daß diese Burschen in wirklich gefährlichen Situationen Menschenleben r e t t e n werden. Die Lügen der Presse, der „heiße Draht" Jugendamt – MEK und der Pastor Petersen von der Altonaer Hauptkirche als Kostümverleiher sind Teile dieser Polizei-Übung. Der Wirt ist sauer über die geschäftsschädigende Kampagne und eingeschüchtert. Ein Interview wollte er uns lieber nicht geben.

Bezirks-Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



MEK-Bulle im Talar

Geglückter Anschlag auf US-Offizierskasino?

'revolutionäre zelle nikolaus' bei der Arbeit:

Offiziers-Kasino

Ein schwarzer Rauchpilz stand zum Entzücken aller Antiimperialisten am 1. Dezember über der Rhein-Main Air Base der US-Truppen bei Frankfurt. Das Offiziers-Kasino war durch eine Explosion in Brand geraten und völlig niedergebrannt. Die Feuerwehr hatte nichts mehr retten können.

„Revolutionäre Zellen" verbreiteten am nächsten Tag eine Erklärung, wonach das Feuerchen durch eine von ihnen plazierte Bombe herbeigeführt worden sei. In der Erklärung heißt es u.a.:„... *Dieser Anschlag führt den antiimperialistischen Kampf in der BRD weiter und hat das Ziel, den Feind anzugreifen und zu demoralisieren. US-Offiziere und Generale sollen sich nicht mehr fett und sicher in ihren Kasinos an Tel Saatar und Entebbe besaufen können.*

Die Rhein-Main-Airbase der US-Armee stellt die direkte und wichtigste militärische Verbindung zu den USA her. Sie dient als Knotenpunkt für die amerikanischen Militärbasen Europa, Asien und Afrika und ist mit einer kompletten Telekommunikationseinheit der CIA ausgerüstet.

Die dort eingesetzten Agenten haben bereits reiche Erfahrungen bei geheimen Militäroperationen in Vietnam, Kinshasa, auf Manila und den Philippinen gesammelt. Daß gerade die BRD so vollgestopft ist mit US-Militär, US-Kapital und Geheimdiensten hängt damit zusammen, daß sie sich hier heimisch fühlen. Der US-Imperialismus fühlt sich in seiner Hauptfiliale, der imperialistischen BRD, sicher, sicherer als sonstwo auf der Welt."



Nochmals zum „Fall Borchard"

Zum „Fall Borchardt" haben sich die Wogen anscheinend noch nicht geglättet. Borchardt war von 1969 bis Anfang 1972 Mitglied der „KPD/ML" und verschickt heute Wahnsinns-Produkte unter dem Titel „Faschistische Front". Aus noch ungeklärten Motiven hatten kürzlich unorganisierte „ML"er Borchardts Namen unter ein von ihnen verteiltes Flugblatt gesetzt.

Zu dieser Geschichte erreichten uns Ende November zwei Briefe. Der eine Brief war von Borchardt selbst. Frecherweise beginnt er diesen Brief auch noch mit „Volkskameraden" und bittet ganz höflich um Zusendung von Material zu dem Vorfall. Ansonsten macht Borchardt sich seine eigenen Gedanken über die Urheber des in seinem Namen verteilten Flugblatts: Es könnte die NPD gewesen oder vielleicht auch der KB selbst...

Naja, ein wenig krank ist er wohl schon, der Borchardt, aber das „Material", das wir ihm schicken, bestimmen wir selber. Jedenfalls keine Flugblätter!

Den zweiten Brief bekamen wir von einem Kollegen aus dem Öffentlichen Dienst. Leider hat der Kollege mit der Begründung, kein Risiko eingehen zu wollen, weil er im Öffentlichen Dienst tätig sei, seinen Brief nicht unterzeichnet. Dies wäre jedoch, um Borchardt und seinen alten Freunden in der „KPD/ML" Dampf zu machen, unbedingt erforderlich. Schade, gerade deswegen, weil der Kollege unserer Einschätzung nach einige interessante Sachen aus Borchardts „ML"-Vergangenheit beschrieben hat. Leider können wir diese Dinge aber nicht auf Grund eines anonymen Briefes veröffentlichen.

Wir ermitteln weiter.
Borchardt hinter Gitter!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Koalition SPD/FDP – NPD!

Was das „Modell Deutschland" der SPD heißt, zeigen die Bürgermeisterwahlen der Gemeinde Dötlingen bei Oldenburg. In diesem Ort haben die NPD-Faschisten bei den letzten Gemeindewahlen einen Mann in den Gemeinderat gekriegt, und die CDU ist stärkste Fraktion.

Um doch noch den Bürgermeisterposten zu angeln, sind SPD und FDP eine Zählgemeinschaft mit diesem NPD-Typen eingegangen! Sie haben mit ihm eine Stimme Mehrheit. Die Politik dürfte also eben dieser Faschist bestimmen.

Hat da einer was von „SPD = kleineres Übel" gesagt?

20 Mark für die PFLP! – Leserbrief

„Im Arbeiterkampf 92 wettet die Hamburger Antifa-Kommission, daß der wegen Volksverhetzung angeklagte Bamberger Faschistenführer Jochen Floth sicherlich ‚Bewährung' bekommen wird. Die Wette ist angenommen. Ich nehme an, es handelt sich um eine 20-Mark-Spende für die PFLP und wette dagegen.

Hinzuzufügen ist noch, daß Jochen Floth mittlerweile vor höchster Instanz, nämlich dem ewigen Gericht steht. Zwei Flügel wachsen ihm durchs braune Hemd.

Ein Nürnberger Genosse."

Antwort der Antifa-Kommission

Wir haben uns überzeugt, daß der Genosse die Wette gewonnen hat; Der PFLP bringt das 20 Mark ein und die Klassenjustiz hat eine Gelegenheit verpaßt, sich wieder einmal zu entlarven. Das ist das einzige, was uns an der Sache leid tut.

Klassenjustiz

„Quante-Prozeß":
Nichts bewiesen – 3 1/2 Jahre!

Als im Oktober 1974 in der Pappelstraße in Bremen ein Gemisch aus Puderzucker und Unkrautvertilgungsmittel explodierte, wurde aus dem Mieter ein „Mitglied des harten Kerns der Baader-Meinhof-Nachfolgeorganisation" konstruiert. W. Quante wurde im ersten Verfahren zu viereinhalb Jahren Knast verurteilt. Gegen dieses Urteil legte die Verteidigung Revision ein. Von den zwölf Revisionsgründen wurde lediglich die Befangenheit des damaligen Prozeßvorsitzenden Penning anerkannt und der „Quante-Prozeß" konnte im November neu aufgerollt werden. Ende November wurde das Urteil gefällt: mindestens eineinhalb Jahre, höchstens dreieinhalb Jahre Jugendstrafe. Die zwei Jahre, die Wolfgang bereits in Untersuchungshaft sitzt, werden auf die Höchststrafe angerechnet.

Der Unterdrückungsapparat des Staates in voller Aktion

Schon für den ersten Prozeß im vorigen Jahr wurde extra eine „Turn"halle im Schnellverfahren für 1,2 Mill. DM errichtet und für zusätzlich 1/2 Mill. DM „prozeßfähig gemacht.

Diese wurde zwar nicht direkt auf dem Gelände des Knast in Oslebshausen gebaut, aber wenigstens in den „Sicherungsrahmen" der Polizei und des Bundeskriminalamts (BKA) einbezogen. Das sah dann konkret so aus, daß die Besucher dieses Verfahrens durch drei Polizeikontrollen laufen mußten, wo sie mit Maschinenpistolen bedroht wurden und zur Kontrolle ihrer Personalien Ausweispapiere den „Sicherungskräften" vorlegen mußten. Diese wurden zumindest am ersten Prozeßtag in einen Computerterminal des BKA (der Terminal ist mit dem BKA-Hauptquartier in Wiesbaden verbunden) eingegeben.

In der Turnhalle selbst wurden nochmals sämtliche Ausweise fotokopiert und angeblich dem Richter übergeben, damit der dann bei eventuellen Störern Nachforschungen anstellen konnte.

Bei der Leibesvisitation der Zuhörer wurden von der Polizei Schlüssel, Kugelschreiber und andere mögliche „Wurfgeschosse" einbehalten.

Von den zugelassenen ca. 50 Zuhörern waren häufig über die Hälfte herangekarrte Bullen aus Polizeischulen oder direkt vom Verfassungsschutz oder Politischer Polizei „dienstlich abgestellte" Spitzel.

Aus der Schilderung der äußeren Umstände des Prozesses wird klar, daß dieser vom BKA und den Vollzugsorganen von vorneherein gesteuert war und das Gericht selbst nur noch eine Statistenrolle übernahm, um wenigstens offiziell zu einem „rechts"staatlichen Urteil zu kommen.

Ein weiterer Beleg dafür ist der Versuch des Verfassungschutzes gewesen, Quante zum Ausbrechen aus der Haft zu veranlassen, um dann eventuelle Kontakte Quantes ausfindig zu machen, denn die Beweisnot war auch in diesem Prozeß überwältigend.

Die Verteidigung versuchte gleich zu Beginn des Prozesses gegen diese Bedingungen anzugehen. Die Anträge der Verteidigung, das Verfahren im Landgerichtsgebäude stattfinden zu lassen und die Personenüberprüfung einzustellen, wurden selbstverständlich vom Gericht abgelehnt.

Staatsanwaltschaft konstruiert eine „kriminelle Vereinigung"

Die drei Anklagepunkte waren: „Unerlaubter Waffenbesitz" (in Q. Wohnung wurden kleinkalibrige „Waffen" gefunden), „Herbeiführung einer Explosion" (aus dem schon weiter oben erwähntem Gemisch) und „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung".

Verurteilt wurde Wolfgang Quante wegen „unerlaubtem Waffenbesitz" und als „Mitglied einer kriminellen Vereinigung".

Um letzteres zu „belegen", konstruierten Anklage und Richter aus Plänen, Büchern und anderen Unterlagen diese Vereinigung, die mehrere Anschläge im norddeutschen Raum geplant haben soll.

Da hierzu drei Leute notwendig sind, nach der Explosion aber nur zwei geschnappt wurden, „enthüllte" die Anklage waghalsig, wo der dritte sich versteckt haben sollte: in einer Kiste, die während eines Umzuges mit Hilfe von Freunden in die Wohnung geschleppt wurde!

So wurde die Verurteilung auf Indizien und Vermutungen und derart waghalsigen Konstruktionen aufgebaut!

Das Gericht setzte sich in seiner Urteilsbegründung auch über die Aussagen einer Sozialarbeiterin der Jugendgerichtshilfe hinweg, die „schwere psychische Schäden" und sogar einen Selbstmordversuch Quantes bei weiterem Haftverbleib nicht ausschloß. Stattdessen stellte das Gericht fest, daß der Verurteilte sich erstmal den Haftbedingungen und dem Erziehungsstil in der Jugendanstalt unterwerfen müsse, bevor er vorzeitig (d.h. vor Ablauf einer Höchststrafe) entlassen werden könne. Man wollte ja nicht seinen – zugestandenen – Idealismus brechen, sondern ihn nur in soziale Bahnen lenken.

Wurde so scheinbar „sozialfürsorgerisch" argumentiert, hatte dasselbe Gericht vorher festgestellt, daß die bisher erlittene Untersuchungshaft (zwei Jahre), nicht dazu beigetragen hatte, Quante eine „seiner Persönlichkeit entsprechende Erziehung"- z.B. Aufnahme einer Ausbildung – zu vermitteln.

Die Verteidigung hatte gefordert, Quante sofort aus der Haft zu entlassen, da weder die „kriminelle Vereinigung", noch die Frage, wer die Explosion ausgelöst hatte, zu beweisen war, sondern nur der"unerlaubte Waffenbsitz" zutraf, der aber weitere Haft nicht rechtfertige.

Mit den dreieinhalb Jahren ist Wolfgang Quante allein wegen seiner Gesinnung verurteilt worden.

KB/Gruppe Bremen



Sitzungssaal im Bremer „Quante-Prozeß": Hermetisch abgeriegelt

Weitere Angriffe auf das Croissant-Büro

Stuttgart
Bundesinnenministerium, Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesanwaltschaft (BAW) haben die am 30.11. 1976 auf der Autobahn in der Nähe von Butzbach erfolgte Verhaftung des Rechtsanwalts Siegfried Haag, dem eine bestimmte Rolle in der Roten-Armee-Fraktion (RAF) zugeschrieben wird, zum Anlaß genommen, erneute Angriffe gegen das Rechtsanwaltsbüro Klaus Croissant zu starten.

Wenige Stunden nach der Festnahme von Haag erfolgte eine erneute Festnahme von Frau Elisabeth v. Dyck (freie Mitarbeiterin im Croissant-Büro). Als sie gegen 21.30 Uhr das Büro Croissant verließ, wurde sie von etwa zehn Kripobeamten umstellt und zur Polizeiwache gebracht. Gegen Frau Dyck lag ein Haftbefehl vom März 1975 wegen angeblicher Waffenbeschaffung für die RAF in der Schweiz vor, der aber nach sechsmonatiger Untersuchungshaft – teilweise in strenger Isolationshaft in der Vollzugsanstalt Köln-Ossendorf, Toter Trakt – im September 1975 außer Vollzug gesetzt worden war. Über ein Jahr war sie ihren gerichtlichen Auflagen immer genau nachgekommen.

In der mündlichen Haftprüfung vor dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs (BGH) zeigte die Bundesanwaltschaft in aller Offenheit, wie weit sie inzwischen bereit ist, formale Rechtspositionen aufzuheben: So hatte der Generalbundesanwalt das Verfahren gegen Frau v. Dyck noch eine Woche vor deren Festnahme wegen minderer Bedeutung an das LG Karlsruhe abgegeben (!) und es erst im Anschluß an die Verhaftung von RA Siegfried Haag wieder an sich gezogen: neben anderen soll dieser ebenfalls an der damaligen Waffenbeschaffung beteiligt gewesen sein.

In ihrem Antrag verlas die BAW den alten Haftbefehl, führte als „neu hervorgetretene Gründe", die den erneuten Haftbefehl rechtfertigten, lediglich die Verhaftung von Haag sowie die vage angedeutete Möglichkeit an, daß nunmehr – nach 1 3/4 Jahren – demnächst mit der Erhebung der öffentlichen Anklage und der Eröffnung des Hauptverfahrens zu rechnen sei.

Sie führte also keinen einzigen neuen Tatverdacht an und versuchte erst gar nicht, sich mit all den Tatsachen auseinanderzusetzen, die konkret gegen eine Fluchtgefahr sprachen, nämlich daß Frau v. Dyck zu jedem Zeitpunkt den Auflagen nachgekommen war und andererseits ausreichend Gelegenheit gehabt hätte, sich dem Verfahren zu entziehen, wenn sie das gewollt hätte. Obwohl sie in der ganzen Zeit keinerlei Kontakt mit RA Haag gehabt hatte, konstruierte die BAW nunmehr die Verhaftung eines in einem unwesentlichen Punkte Mitbeschuldigten als neuen Grund für „erhöhte Fluchtgefahr".

Soweit mochte der Richter der Versumpfung der BAW auf juristischer Ebene dann doch nicht folgen und ordnete die weitere Außervollzugsetzung des Haftbefehls an, nicht ohne die weitere Auflage, Frau v. Dyck habe jeglichen Kontakt mit der Ehefrau des verhafteteten RA zu vermeiden, zu der sie persönlich guten Kontakt hat – ein neuerliches Beispiel für die Durchsetzung und Ausweitung der Sippenhaftung bei politisch Beschuldigten.

Seit diesem Zeitpunkt steht das Büro unter permanenter offener Observation. Am 3.12. unternahmen Beamte des BKA den Versuch, die Büroangestellte Frau D. offen für Spitzeldienste anzuwerben, als diese nach Dienstschluß gerade ihre Wohnung außerhalb Stuttgarts betreten wollte. Sie lehnte dieses Angebot nicht nur strikt ab, sondern informierte sofort Mitarbeiter des Büros von dem Vorfall. Desgleichen nahmen ebenfalls Beamte des BKA an diesem Tag den in einer Tiefgarage untergestellten PKW von Rechtsanwalt Croissant in dessen Abwesenheit auseinander (!). Auch davon unterrichtete der Parkwächter das Büro sogleich.

Diese beiden Verhaltensweisen zeigen, daß die Einschüchterungstaktik der Bourgeoisie nicht überall fruchtet und sie sind eine (kleine) Ermutigung im Kampf gegen die staatliche Repression.

Ein Stuttgarter Genosse

Klassenjustiz-Nachrichten

Hamburg. Im Oktober haben wir darüber berichtet, daß in Hamburg einem angehenden Juristen die Fortsetzung der Ausbildung als Referendar verweigert wurde.

Verantwortlich dafür war der als Fürsprecher des ehemaligen Nazirichters Schulz bekannt gewordene Präsident des Oberlandesgerichtes Hamburg.

Inzwischen wurde Peter Hoffmann jedoch eingestellt!!

Die andauernde Kritik unter den Referendaren und die verschiedenen Initiativen des zuständigen Personalrates haben wohl wesentlich dazu beigetragen, daß Peter Hoffmann nunmehr seine Ausbildung abschliessen kann.

***

Westberlin. Zwei fortschrittliche Juristen konnten in Westberlin auf Grund eines Verwaltungsgerichtsurteils ihre Einstellung als Gerichtsreferendare erreichen. Ihnen war die Einstellung in der BRD verweigert worden. Als sie sich daraufhin auch in Westberlin bewarben, wurde ihr Antrag über ein Jahr hinausgezögert mit dem Verweis auf ihre in der BRD schwebenden Verfahren. Sie wurden jetzt in einem „besonderen Ausbildungsverhältnis" in Westberlin eingestellt. Dazu ist der Staat nach der Berufsverboteentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wegen seiner Monopolstellung in der Juristenausbildung verpflichtet.

Aus Anlaß dieser Einstellungen wurde in Westberlin eine Pressekampagne gegen die beiden gestartet, wobei die „Berliner Morgenpost" Einzelheiten aus ihrer Personalakte veröffentlichen konnte, die zuvor sogar dem Personalrat vorenthalten worden waren (nach „Rote Fahne", Nr. 47 / 76).

***

Neuburg / Bayern. Weil sie „wild" Plakate geklebt hatten, wurden in Bayern vier Genossen zu ungewöhnlich hohen Strafen wegen „Sachbeschädigung" verurteilt. Drei von ihnen erhielten je zwei Monate ohne Bewährung (!), einer eine Woche Jugendarrest. Bei der Strafzumessung wurde ihnen besonders zur Last gelegt, daß sie „Wortführer der KPD" seien und sich nicht einsichtig gezeigt hätten („Rote Fahne", 17. 11. 76).

IKAH Hamburg

Verteidiger in politischen Strafprozessen unter Beschuß

Ein trauriger Rekord: Mittlerweile laufen gegen alle Rechtsanwälte, die in RAF-Verfahren verteidigt haben, Strafverfahren. Wie nicht anders zu erwarten, laufen eine Reihe von Verfahren nach § 129: „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung".

Als „Unterstützung" wird vor allem die Informationsbeschaffung für die Gefangenen bewertet. Selbst die Mitarbeit in einem Anwalts-Büro wie dem von K. Groenewold soll den Straftatbestand nach § 129 erfüllen: Gegen eine Angestellte läuft ein Verfahren wegen § 129, ausschließlich aufgrund der Tatsache, daß sie dort arbeitet!

Natürlich sollen mit dieser Prozeßlawine nicht nur die angeklagten Anwälte selbst getroffen werden; der Staat verspricht sich davon, ähnlich wie bei den Berufsverboten im Öffentlichen Dienst, einen nachhaltigen Einschüchterungseffekt auf die gesamte Anwaltschaft.

Gleichzeitig wurden fast alle Anwälte mit sog. Ehrengerichtsverfahren bedacht. Hierbei geht es vor allem, neben den Vorwürfen im Strafverfahren, um protokollierte Äußerungen, die die Anwälte vor Gericht gemacht haben. Wenn hier auch nicht ‚generelle' Berufsverbote zu erwarten sind, werden neben Geldbußen (bis zu 20.000 DM) eine neue Variante der Berufsverbote, sog. ‚halbe' Berufsverbote verhängt: Der Rechtsanwalt darf dann *„auf bestimmten Rechtsgebieten für die Dauer von einem Jahr bis zu fünf Jahren"* nicht mehr tätig sein.

Folgende Strafverfahren laufen gegen Rechtsanwälte:

(Die Aufzählung ist sicher nicht vollzählig)

Anwalt	Vorwürfe/Anklage
1. K. Groenewold/Hamburg	§ 129, Hungerstreik gegen Haftbedingungen unterstützt, Beschaffung von Informationsmaterial
2. K. Croissant/Stuttgart	ebenso, Pressekonferenzen gegen Haftbedingungen
3. H.C. Ströbele/Westberlin	ebenso, Aktenüberlassung an Mandanten
4. D. Hoffmann/Westberlin	ebenso, Info-Beschaffung
5. K. Eschen/Westberlin	§ 129, Info-Beschaffung
6. M. Becker/Heidelberg	ebenso, Anzeige wegen „Verdachts eines versuchten Tötungsdelikts" an E. Becker wegen Tabakvergabe im Hungerstreik der RAF
7. P. Rogge/Hamburg	§ 129, Info-Beschaffung, Mitarbeit als Anwältin in der sog. „Info-Zentrale" K. Groenewolds
8. R. Köncke/Hamburg	wie P. Rogge, Anzeige wie Becker
9. Plottnitz, Schily (beide Westberlin) Croissant, Groenewold	wegen Pressekonferenz nach Tod von H. Meins, u.a. wegen Äußerung „Mord" an Meins
10. O. Schily	Anzeige der Knastärzte wegen Beleidigung: Schily hatte Anzeige gegen Ärzte gestellt, weil K. Hammerschmidt monatelang nicht richtig untersucht wurde u. schließlich am Tumor starb – das Verfahren geht jetzt in die zweite Instanz
11. Ströbele	Beleidigung: er verglich einen Staatsanwalt mit Freisler
12. Tönnies/Bremen	Beleidigung
13. Maeffert/Hamburg	ebenso, wegen Äußerung zum Bullen: „Sind Sie denn völlig verrückt geworden?!" u. Bezeichnung eines Richters als „Berufsverboterichter"
14. Mairgünther/Kiel	Beleidigung, u.a. wegen einer Äußerung im Prozeß: selbst in der Nazizeit war es üblich, sich zur Beratung zurückzuziehen.
15. Hoffmann	Beleidigung von Bullen; gegen Haftbedingungen von ‚Kriminellen'
16. Wächtler/München	Aktenüberlassung – Begünstigung
17. Arnold/München	wie Wächtler
18. Croissant/Müller	wegen der Äußerung, der Strafsenat stehe in der Tradition des Dritten Reiches
19. Rheinhard/Hamburg	§ 129
20. Niese/Ness/ Gottschalk-Solger Hamburg	Die Anwälte haben die Verhaftung R.s als politische Aktion bezeichnet und bekommen jetzt deswegen ein Strafverfahren.

Eine Übersicht über die Ehrengerichtsverfahren wollen wir im nächsten Arbeiterkampf geben.

Wir begrüßen das Vorhaben Frankfurter Rechtsanwälte und Referendare, eine Broschüre über die Behinderung der Verteidiger in politischen Prozessen zu erstellen, in der alle Fälle von Straf- bzw. Ehrengerichtsverfahren aufgeführt werden sollen. Wir hoffen, schon bald eine vollständige Übersicht geben zu können.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg

Drohendes Berufsverbot für Rechtsanwalt Gildemeier!

München. Vor dem Ehrengericht für den Bezirk der Rechtsanwaltkammer München wird gegenwärtig gegen den Augsburger Rechtsanwalt Gildemeier ein Verfahren über ein vorläufiges Berufs- und Vertretungsverbot geführt.

Gildemeier wird vorgeworfen, gegen den Anwaltseid verstoßen zu haben, der formelhaft die „verfassungsmäßige Ordnung zu wahren" befiehlt. „*Ein Rechtsanwalt, der die verfassungsmäßige Ordnung bekämpft, zum Kampf gegen die verfassungsmäßige Regierung aufruft, sich mit Verfassungsfeinden solidarisiert, und zum gewaltsamen Widerstand gegen gerichtlich verordnete Verbote aufruft, hat seinen Eid als Rechtsanwalt gebrochen und ist nicht länger als Mitglied der Anwaltskammer tragbar*" (Anklageschrift lt. „Dagens Nyheter", 23.11.76).

Dies ist ein bislang einmaliger Vorgang in der neueren Geschichte der Anwaltschaft. Außer im Faschismus hat es bislang keinen Fall von ausschließlich politisch begründetem Berufsverbot gegeben. Selbst Karl Liebknecht wurde 1908 – im Kaiserreich! – vom Ehrengericht nicht das Anwaltsmandat aberkannt.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München wurde die Verfassungsschutzakte über RA Gildemeier beigezogen, aus der die Vorwürfe gegen Gildemeier abgeleitet werden:

- Er habe 1969 an Sitzungen des Republikanischen Klubs in Augsburg teilgenommen,
- er habe eine Vietnam-Demonstration im Jahr '73 angemeldet,
- er sei im Rahmen einer Aktion gegen Fahrpreiserhöhungen schwarz gefahren,
- und, allgemein, er sei überzeugter Anhänger der „KPD", die den revolutionären Sturz der Monopolbourgeoisie wolle.

Die Anklagekonstruktion ist ebenso ungeheuerlich wie lächerlich. Das gesamte angesammelte Spitzelmaterial weist auf keinerlei kriminelle Aktivitäten hin, die nach der bisher nie infrage gestellten Rechtssprechung in Ehrengerichtsverfahren auch nur eine Verwarnung o.ä. zulassen würde. Andererseits ist schon allein das Vorhandensein einer solchen Akte, die u.a. auch Aufschluß über die Beteiligung Gildemeiers an verschiedenen Verfahren als Verteidiger und über die in diesen Verfahren gestellten Anträge gibt, Beweis für die weitreichenden Möglichkeiten, die in dieser Verfahrensweise angelegt sind:

Rechtsanwälte wären, käme es zum Berufsverbot gegen Gildemeier, in einer rechtlosen Situation, die nur noch mit der zur Zeit des Faschismus zu vergleichen ist. Danach könnten alle der Linken zuzurechnenden Anwälte Berufsverbot bekommen. Angesichts der vielfältigen, in den letzten Jahren durchgezogenen Gesetze zur Einschränkung der Verteidigerrechte erscheint eine solche Entwicklung durchaus nicht abwegig. Sie würde jedenfalls einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur völligen Rechtlosigkeit der Linken bedeuten.

Das Verfahren wird am 22.12. in München fortgesetzt. Solidaritätsadressen an:
RA Wächtler,
Schellingstr. 52,
8 München 40.

IKAH Hamburg



Haftentschädigungsgesetz soll „korrigiert" werden

Eine Gesetzesänderung, die einschneidende Auswirkungen auf die von Bullen- und Justizwillkür betroffenen Menschen haben wird, hat jetzt der hessische Justizminister Dr. Herbert Günther angekündigt. Es handelt sich dabei um das „Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen" (BGBL. I S. 157).

Obwohl die zu erwartenden Neuregelungen noch nicht im einzelnen bekannt gemacht wurden, steht bereits fest, daß „*Ausländer nur noch dann eine Entschädigung bekommen, wenn mit dem entsprechenden Land ein Abkommen auf Gegenseitigkeit besteht*" („FR", 19.11.).

Das bedeutet, daß damit der Polizeiwillkür und Justiz noch weiter Tür und Tor geöffnet werden und der willkürlichen Verfolgung, Festnahme oder Vorbeugehaft gerade von Ausländern mehr oder weniger die letzten Schranken entzogen werden.

Nach dieser geplanten Gesetzesänderung wird ein Ausländer kein Recht mehr haben auf eine Entschädigung für unrechtmäßige Untersuchungshaft, andere „Strafverfolgungsmaßnahmen" oder unrechtmäßige Verurteilung.

Bereits das bestehende Gesetz über die Möglichkeiten der Haftentschädigung ist im Grunde darauf angelegt, die Möglichkeiten auf Entschädigung einzuschränken bzw. zu verunmöglichen. So heißt es z.B. in § 5: „*Die Entschädigung ist auch ausgeschlossen, wenn und soweit der Beschuldigte die Strafverfolgungsmaßnahmen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat*".

Sieht man sich einmal an, mit welchen „Argumenten" heute z.B. Festnahmen bei Demonstrationen vorgenommen werden, liegt es auf der Hand, daß jede noch so fadenscheinige „Begründung" seitens der Bullen ausreicht, um zu verhindern, daß ein Opfer des Polizeiterrors Entschädigung erhält. Außerdem ist die Entschädigung selbst eine Farce: z.B. zehn DM für jeden Tag Knast! Wenn nun überhaupt die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, Anspruch auf Entschädigung zu haben (vorerst „nur" für Ausländer), so zeigt das in aller Deutlichkeit, daß es dem hessischen Justizminister nicht einmal mehr darauf ankommt, wenigstens noch den Schein von „Rechtsstaatlichkeit" zu wahren, wenn es darum geht, dem Bullenterror noch weitere Möglichkeiten an die Hand zu geben und die rechtliche Situation der Opfer noch weiter einzuschränken.

Eine Frankfurter Genossin

Berufsverbotegegner lassen sich nicht einschüchtern

Im Mai 76 erhielt der Lehrer Kurt Faller Berufsverbot aufgrund seiner Mitgliedschaft im DKP-Landesvorstand.

In einer Anzeige in der „Badischen Zeitung" vom 26.6.76 wurde der Berufsverbotefall von K. Faller dargestellt und der Protest dagegen ausgedrückt. Diese Solidaritätsanzeige wurde von einer Initiativgruppe von Lehrerinnen und Lehrern aus Baden-Württemberg initiiert und von ca. 80 Kollegen unterzeichnet.

Das Oberschulamt, dem die Anzeige und der darin ausgedrückte Protest und der aufrechte Gang der Kollegen ein Dorn im Auge war, reagierte mit einem Brief an alle Unterzeichnenden. Der öffentliche Protest der Kollegen wurde hierin als Verstoß gegen die Loyalitätspflicht laut § 68 LBG bezeichnet. Mit dieser Beschuldigung werden die Kritiker des Berufsverbotes selbst in die Ecke der Verfassungsfeindlichkeit gestellt, denn „*gemäß Art. 33 Abs. 5 GG i.V.m. § 64 Abs. 2 LBG muß sich der Beamte durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhalt eintreten. ...; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren.*" (Aus dem Brief des Oberschulamtes Freiburg, zitiert nach „ID", Nr. 153/76).

Die Kollegen reagierten genau richtig: Eine neue Anzeige wurde veröffentlicht, in der es heißt: „*Beamte haben das Recht, öffentlich eine andere rechtliche und politische Meinung zu vertreten als ihr Dienstherr.*" Diese Anzeige wurde jetzt von 240 Kollegen unterschrieben. Daß dieses Vorgehen gegen die Berufsverbotegegner System hat, zeigen andere Beispiele: So hat die bayrische Staatsregierung eine Ausweitung ihrer Berufsverbotepraxis auf alle aktiven Gegner der Berufsverbote angekündigt. Dr. Bruno Merk wertete den Widerstand gegen Berufsverbote als „Kampf gegen geltendes Recht." (nach „päd. extra", 21/22-76, S. 9). In Westberlin wurden vor einiger Zeit Beamte, die sich gegen das Berufsverbot eines Kollegen ausgesprochen hatten, mit einer erheblichen Geldstrafe belegt. Ihr öffentlicher Protest wurde als Eingriff in ein schwebendes Verfahren ausgelegt. (siehe hierzu AK 91, S. 11).

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

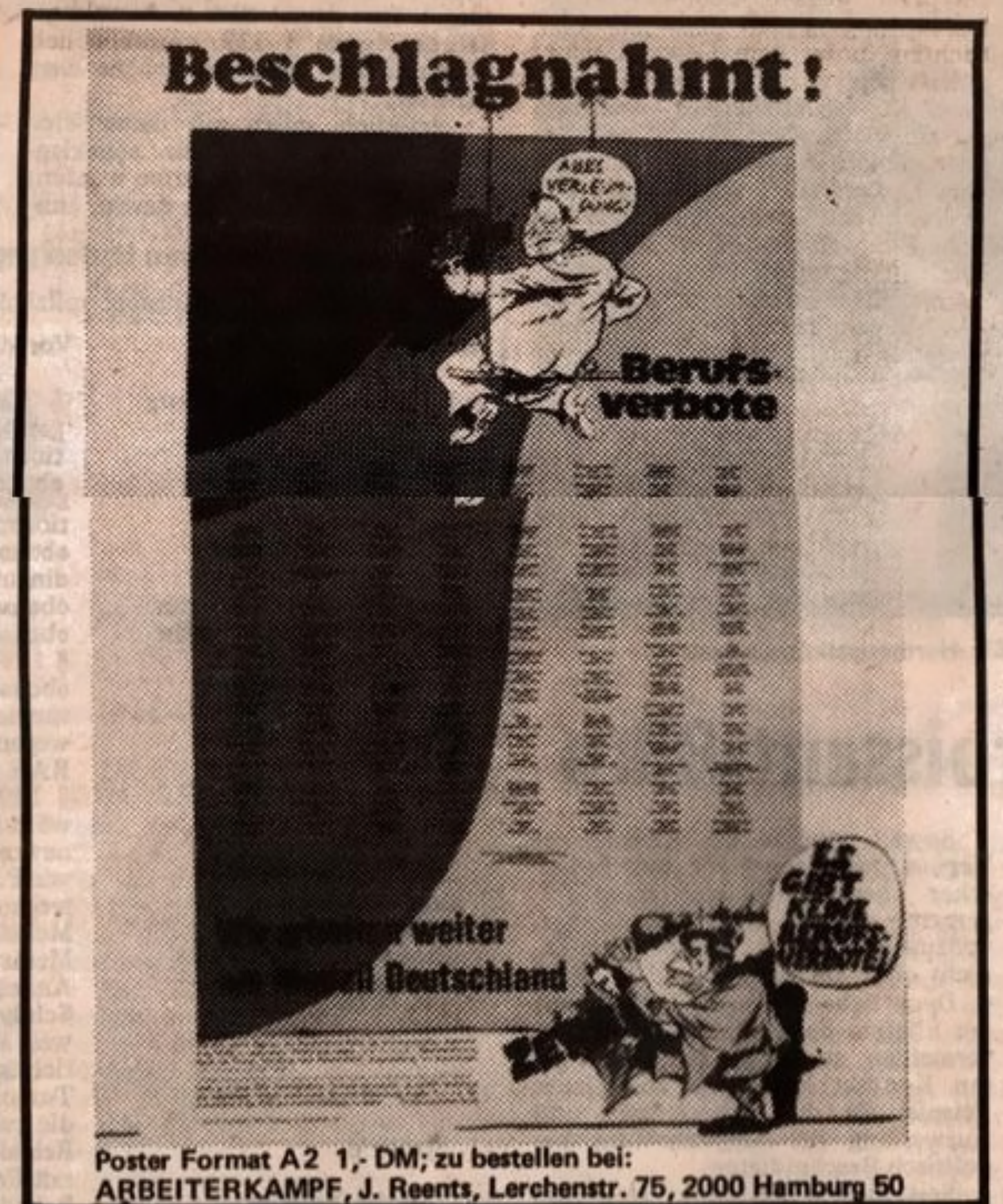
SPD ist immer noch „beleidigt"!

Bereits im Wahlkampf hatte die SPD unter Beweis gestellt, wie sie ihrer Behauptung „Es gibt keine Berufsverbote" Nachdruck verleihen will. Sie ließ das Plakat mit der Überschrift: „Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland – SPD" beschlagnahmen, auf dem die Namen von Berufsverboten in der BRD zu lesen sind. Die SPD Landesorganisation Hamburg ging nun noch einen Schritt weiter und stellte Strafantrag wegen „Beleidigung" gegen H.S., der das
Hamburg ging nun noch einen Schritt
weiter und stellte Strafantrag wegen „Beleidigung" gegen H.S., der das
Plakat geklebt haben soll.

Als ‚Wiedergutmachung' für die beleidigte SPD hat die Staatsanwaltschaft die stattliche Strafe von 450,- DM festgesetzt. H.S. soll die SPD dadurch beleidigt haben, daß er erstens den Anschein erweckt habe, die SPD selbst habe das Plakat erstellt und zweitens durch den Begriff Berufsverbote, der nur von „politischen Gegnern" verwendet werde, den Anschein erweckt, „*als ob die SPD ein von ihr selbst für verfassungswidrig gehaltenes Verhalten propagiere.*"

Nach dem Motto: Da die SPD die Berufsverbote für verfassungswidrig hält, gibt es sie auch nicht. H.S. hat gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt. Ob den Spezialdemokraten wohl immer noch etwas einfällt, wenn alle auf dem Plakat Genannten vor Gericht als Zeugen erscheinen?!

IKAH Hamburg



Poster Format A2 1,- DM; zu bestellen bei:
ARBEITERKAMPF, J. Reents, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Berufsverbote: Meldungen

Bayern: Wie schon in AK 94 gemeldet, hat das bayrische Innenministerium den beiden Mitgliedern der „Deutschen Friedensgesellschaft – Verband der Kriegsdienstgegener", Heinrich Häberlein und Manfred Lehner, die Einstellung in den Öffentlichen Dienst versagt. Jetzt sind zwei weitere Mitglieder dieser Organisation davon betroffen. Begründet wird in allen Fällen die Ablehnung mit der angeblichen „*verfassungsfeindlichen Zielsetzung der DFG-VK*". Im Verfassungsschutzbericht taucht die DFG-VK als „*Hilfsorganisation der DKP und von ihr beeinflußten Gruppen auf*" („SZ", 8.12.). Die DFG-VK hat etwa 25.000 Mitglieder . Ihr Präsident ist der Pfarrer Martin Niemöller. Die politischen Ziele der DFG-VK sind nach den Worten des Vorstandes: „*Politische Entspannung, vertraglicher Gewaltverzicht, Koexistenz, Abrüstung, Völkerverständigung, Welt ohne Krieg, Kriegsdienstverweigerung als allgemeines Menschenrecht. Gleichzeitig kämpft sie gegen Militarismus, Imperialismus, Kolonialismus und ideologischen militanten Antikommunismus, der als eine Kriegsursache anzusehen sei*" („SZ", 8.12.). Vom Vorstandsmitglied der DFG-VK, H.M. Vogel, werden die Ablehnungen gegen Mitglieder der DFG-VK als „*Ausweitung der Berufsverbotepraxis gegen Kriegsdienstgegner und Pazifisten*" gewertet.

Frankfurt: „*Wegen ‚unwürdiger Verhaltensweisen' bei seinen Auftritten vorwiegend in Prozessen mit politischem Hintergrund darf der 30jährige Assessor Heinz Düx nicht Anwalt werden*" („FR", 8.12.). Diese Entscheidung fällte der „Ehren"-gerichtshof für Rechtsanwälte. Er habe sich eines „*Verhaltens schuldig gemacht, daß ihn unwürdig (!) erscheinen läßt, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben*". Heinz Düx hatte in mehreren Fällen die Praktiken von Richtern in politischen Prozessen, insbesondere auch im Baader-Meinhof-Prozess, verurteilt.

Hanau: Der „*wegen seiner Zugehörigkeit zur DKP und verfassungsfeindlicher Haltung vom Dienst suspendierte Lehrer Klaus Poweleit*" hat Hausverbot für eine Veranstaltung gegen die Berufsverbote, zu der er als Redner von den Schulsprechern eingeladen wurde, erhalten. „*Da es sich um eine schulische Veranstaltung handle ... verstoße es gegen das Neutralitätsgebot der Verfassung, wenn ein Lehrer, der wegen seiner verfassungsfeindlichen Einstellung entlassen wurde, dort in Erscheinung trete*" („FR", 3.12.).

Juristen: Die etwa 8.000 Mitglieder repräsentierende „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" haben auf ihrer letzten Konferenz „*die ersatzlose Streichung des rechtsstaatlich bedenklichen Radikalenerlasses ... gefordert*" („Hamburger Morgenpost", 15.11.). Sie forderten weiter, die „*Anhörungen und Überprüfungen der Bewerber ... zu beenden, die ... vom Verfassungsschutz gesammelten Dossiers zu vernichten, und schließlich alle, die durch verfassungswidrige Berufsverbote betroffen wurden, zu rehabilitieren*" („DVZ", 25.11.). Nichts wurde allerdings dazu gesagt, was nun zu tun sei, um die Berufsverbote zu Fall zu bringen. Das ewige Dilemma bei den Sozialdemokraten. Diejenigen jedenfalls, die die Berufsverbote praktizieren (auch Mitglieder der AsJ), werden sich dadurch noch nicht in die Suppe spucken lassen.

190 DM Geldstrafe für versuchtes Plakatekleben

Anfang Dezember standen ein Genosse und eine Genossin wegen gemeinschaftlicher „Sachbeschädigung" in Kiel vor Gericht.

Es wurde ihnen vorgeworfen, zwei 1.Mai-Plakate an einen Pfeiler einer Fußgängerweg-Überdachung geklebt zu haben, was zwei Polizisten angeblich gesehen hatten.

Nachdem die Polizisten selbst ein Plakat vom Pfeiler abgenommen hatten, nahmen die Genossen auch noch das andere Plakat ab, um so einer durch die Bullen angekündigten Bestrafung wegen Sachbeschädigung die Grundlage zu nehmen. – Doch Pustekuchen!

Die Genossen bekamen jetzt ein Verfahren wegen des V e r s u c h s der Sachbeschädigung. Im Prozeß erklärte der Staatsanwalt, die häßliche verzinkte Überdachung sei „zur Zierde angebracht" und durch das Plakatekleben wäre eine „Herabsetzung des Wertes" vorgenommen worden.

Es interessierte das Gericht überhaupt nicht, daß die Mai-Plakate auf einer dicken Schicht anderer Plakate geklebt hatten. Dazu erklärte der Richter, daß nach einer Entscheidung des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts (OLG) dennoch Sachbeschädigung vorliege, daß, wenn Plakat auf Plakat geklebt würde eine „Intensivierung" vorläge. Hier sei eine „Zone der Ruhe, der Ästhetik",„verschandelt" worden (die Zinkplatten (!) seien „künstlerisch behauen"...) und das OLG würde in diesem Fall „immer" für Sachbeschädigung entscheiden.

Nach der neueren Rechtsprechung in Schleswig-Hostein durch das OLG wird jetzt generell das Kleben linker Plakate gerichtlich geahndet, was dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung glatt ins Gesicht schlägt. Der angeklagte Genosse wurde dann auch wegen des Plakateklebens zu 120 DM Geldstrafe verurteilt.

Vor dem Jugendgericht wurden der mitangeklagten Genossin 70 DM Geldstrafe aufgebrummt. Dieser Richter maß den Pfeilern zwar keinen „ästhetischen Wert" zu (wozu es auch besonderer Phantasie bedarf!), aber Sachbeschädigung läge trotzdem vor.

Zwei Urteile, die aufzeigen, daß auch die unteren Instanzen der Gerichte das Plakatieren als Form der freien Meinungsäußerung nicht mehr akzeptieren wollen.

Ein Kieler Genosse



„FAZ" sucht „linke" Idioten

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" wollte der Öffentlichkeit beweisen, daß sie für jeden etwas zu bieten hat, auch für die Linken. Und schließlich will der rechte Leserstamm sich auch mal von den Leuten unterhalten lassen, für deren Berufsverbot er ansonsten eintritt.

Marcel Reich-Ranicki wollte zu diesem Zweck im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" auch mal Linke (Narren?) zu Worte kommen lassen. Einige hat er schon gefunden, z.B. Herrn Enzensberger.

Wie ernst es die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrem Feuilleton mit dem Pluralismus meint, zeigen die „Fälle" Peter Schneider und Erika Runge. Schneider sollte einen Artikel über die Enthüllungsarbeit von Günter Wallraff schreiben. Ein sehr heißes Thema, da Wallraffs schonungslose Enthüllungen ständigen reaktionären Angriffen ausgesetzt sind.

Als Peter Schneider Wallraffs Methoden, z.B. auch mit falschem Namen zu arbeiten, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen, guthieß, bekam er von Herrn Reich-Ranicki prompt die Rechnung: Der Artikel wurde nicht abgedruckt, weil er angeblich „unerträglich banal" sei, und unter dem sonstigen Niveau von Peter Schneider stehe. Ähnlich erging es Erika Runge, deren Stellungnahme gegen den Maulkorbparagraphen 88 a auch nicht „ihrem sonstigen Niveau" entsprach und die der Zensur zum Opfer fiel (nach „Konkret", 12/76).

„Konkret" ruft in diesem Zusammenhang alle fortschrittlichen Schriftsteller und Journalisten auf, dieses Affentheater nicht mitzumachen und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zu boykottieren.

Dies können wir voll unterstützen!

Medienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Fortschrittlicher Entwurf einer Deklaration zu den Massenmedien in der UNESCO gescheitert

Im Dezember 1975 kam auf einer UNESCO-Expertenkonferenz in Paris der Entwurf einer UNESCO-Deklaration zur Rolle der Massenmedien in der Welt heraus.

Der Deklarationstext wurde von Vertretern der „Dritten Welt" und des „sozialistischen Lagers" ausgearbeitet.

Der Entwurf behandelt *„die grundlegenden Prinzipien hinsichtlich der Nutzung der Massenmedien bei der Stärkung des Friedens, bei der Internationalen Verständigung und bei der Bekämpfung der Kriegspropaganda, des Rassismus und der Apartheid"* („Neues Deutschland" 30.10 76).

Allein das Zustandekommen des Entwurfs ging den imperialistischen Staaten schon zu weit, sie verweigerten die weitere Mitarbeit in der UNESCO-Expertenkonferenz. Auf der 19. Generalkonferenz der UNESCO in Nairobi (Kenia) sollte auf Initiative vor allem der RGW-Staaten der Entwurf diskustiert und abgestimmt werden.

Die imperialistischen Meinungsmacher starteten als Auftakt eine Hetzkampagne. Von allen Seiten ertönte heftige Kritik, da der Entwurf angeblich gegen einen freien Informationsaustausch gerichtet sei, während die westliche Bourgeoisie mit aller Entschiedenheit für Freiheit und Demokratie im Nachrichtenbereich kämpfen wolle.

„Die Präsidien der Zeitungsverleger der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz haben sich am Freitag in Luzern ,mit aller Entschiedenheit' gegen staatliche Eingriffe in den freien Nachrichtenaustausch gewandt." (Neue Zürcher Zeitung 17.10.76). *„Die medienpolitische Deklaration wird wegen ihrer Forderung nach ,ausgewogenem' Informationsaustausch vom Westen als Beeinträchtigung der Informationsfreiheit angesehen"* (FAZ 27.10.76).

Die USA, Schweden und die BRD bezeichnen den Entwurf als „unvereinbar mit den Grundsätzen der Pressefreiheit" (nach FR, 2.11.76). Neben der Hetze wurde schließlich auch noch das Mittel der politischen Erpressung eingesetzt. *„Der Leiter der Bonner Delegation, Staatssekretär Peter Hermes vom Auswärtigen Amt, hatte in Aussicht gestellt, daß die Bundesrepublik ihre Mitarbeit einstellen werde, wenn die UNESCO eine nach Ansicht der Bundesrepublik nicht vertretbare Politik betreibt"* (FR 2.11.76).

Schließlich könne die BRD nicht dulden, daß die *„Beschränkung des freien Austauschs von Ideen durch Wort und Bild internationale Anerkennung"* erhalte (FR, 2.11.76). Und das „Sprachrohr westlicher Meinungsfreiheit und Objektivität", die FAZ, erkennt worum es geht: *„Politische Eiferer der dritten Welt .... (wollen die UNESCO) ... unter kommunistischem Beifall in den Strudel"* ziehen, ihnen geht es um *„eine Knebelung der Pressefreiheit"* (FAZ, 1. 11.76).

Den Staaten, die die Vorstellungen von Pressefreiheit teilen, wie die Imperialisten sie verstehen, stellte die BRD eine Abhilfe bei den Mißständen im Mediensektor in Aussicht *„indem die Industrieländer mit ihrer gut entwickelten Kommunikationstechnologie den Ländern der Dritten Welt bei der Verbesserung ihrer Mediendienstrukturen helfen."* (SZ 30.10. 76). Die Kampagne und maßlose Arroganz der Imperialisten, die die Freiheit mal wieder allein gepachtet haben, stieß allerdings auf heftigen Widerstand, unter anderem beim UNESCO-Generaldirektor M'Bow. Er *„sprach von einer absurden westlichen Pressekampagne ... Die UNESCO werde beschuldigt, die Meinungsfreiheit einschränken, die Verstaatlichung der Informationsträger anstreben, die Informationskontrolle durch die Regierungen vertreten und Maßnahmen ergreifen zu wollen, die den freien Informationsfluß beeinträchtigen. Diese Kritik sei unberechtigt"* (SZ 29.10.76). Trotz allem konnten die Imperialisten einen ungewöhnlich großen Erfolg verbuchen.

Zunächst wurde ein Antrag der UdSSR mit 70 : 17 abgelehnt, der die rasche Verabschiedung der Deklaration zum Ziel hatte (SZ, 3.11.76). Und schließlich wurde mit großer Mehrheit bei nur 15 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen das Medienpapier an einen Sonderausschuß verwiesen, wo es *„nach allgemeiner Ansicht, einen ,langsamen Tod' in den Ausschüssen sterben"* wird (SZ, 8.11. 76).

Das bedeutet faktisch das vorläufige Scheitern des Medienpapiers.

Medienkommission
KB / Gruppe Hamburg

Kritische Berichterstattung vor Gericht

Weil ihnen die politische Richtung der Mailänder Zeitung „Corriere della Sera" nicht reaktionär genug war, gingen drei italienische Journalisten vor Gericht, um eine finanzielle Entschädigung einzuklagen.

Nach dem *„Kurswechsel"* des *„Bannerträger(s) des Italienischen Liberalismus"* und *„Verfechter bürgerlicher Interessen, freiheitlicher westlicher Demokratievorstellungen"* hin zum *„verständnisvollen Beobachter linksradikaler Apo-Protests, Förderer des ,historischen Kompromisses' und scharfen Kritiker amerikanischer Außenpolitik"*, hielt es die drei nicht länger beim „Corriere della Sera". Unter Berufung auf den Artikel 32 des Manteltarifvertrages für Journalisten, der besagt, daß „im Falle einer grundlegenden Änderung des politischen Kurses der Zeitung" der Journalist „die Auflösung des Anstellungsvertrages mit dem Recht auf Kündigungsentschädigung" fordern kann, gingen sie vor Gericht. Zwar wurde ihre Klage abgewiesen, dies aber nur, weil sie zwischen „Kursänderung" und Kündigung zuviel Zeit hatten verstreichen lassen. Das in ihrem Auftrag erstellte Gutachten allerdings wurde voll vom Gericht übernommen, z.B. folgende Zitate:

„Die Kritik (der Zeitung an den bestehenden Verhältnissen) *wird so scharf und verallgemeinernd zum Ausdruck gebracht und ist derart destruktiv, daß daraus die völlig neue Überzeugung (!) erwachsen muß, das ganze degenerierte und korrupte System könne nicht mehr saniert und restauriert werden."*

Im Hinblick auf die Haltung der Zeitung zu den Kommunisten wird festgestellt: *„In den letzten Monaten des Jahres 1973 ... wurde eine direkt positive Einstellung zur KPI deutlich."* In zahlreichen Artikeln habe man sich bemüht, die „Menschlichkeit" und die Verankerung der italienischen Kommunisten in der westlichen Welt hervorgehoben darzustellen.

Da das Gericht durch die Übernahme des Gutachtens quasi eine Verurteilung des politischen Inhalts der „Corriere della Sera" ausspricht, sind sich die drei Journalisten ihrer Sache sicher und werden in die nächste Instanz gehen, wobei sie ihr Ziel, fortschrittliche Standpunkte auf die Anklagebank zu bringen, schon jetzt erreicht haben (nach WELT, 30.11. 76).

Medien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

„Le Monde" – im Sperrfeuer der Reaktion

Die französische Tageszeitung „Le Monde", mit einer Auflage von 550.000 Exemplaren eine der größten Zeitungen in Frankreich, steht seit Wochen unter reaktionärem Beschuß: Der langjährige „Le Monde"-Redakteur M. Legris veröffentlichte im Frühjahr ein 214 Seiten dickes Pamphlet, dessen Höhepunkt in der Behauptung gipfelt: „Le Monde" trichtere unter dem Gewand seiner allseits gepriesenen Objektivität dem Leser in Wahrheit linkes Gedankengut ein, etwa, als er den Versuch der portugiesischen Kommunisten, die Macht zu ergreifen, verharmlost habe.

Der Schriftsteller und Faschist Jean Cau veröffentlichte unter dem Titel: „Offener Brief an „Le Monde" 44 imaginäre Briefe, in denen er nach allen Regeln faschistischer Diffamierungskunst „Le Monde" offen und versteckt fertigzumachen versucht. So konstruierte er ein Schreckensbild „Moskau, 1984", vergleichbar mit „Sodom und Gomorrha" und behauptete, das französische Volk werde von „Le Monde sovietique" „demoralisiert".

Cau läßt auch keinen Zweifel darüber, in wessen Interesse er diese Kampagne führt: Im 24. „Brief" erklärt ein Attache am „ehrwürdigen Nationalen Wissenschaftsrat", wie er sich mit Grausen von einer Prostituierten abwandte, die als Bumsunterlage eine „Le Monde" benutzt hatte.

Abgesehen von der schmierigen Phantasie dieses „Schriftstellers" steht hinter dieser Kampagne die gesamte französische Bourgeoisie und ihre Presse.

„Le Monde" ist – trotz dieser Angriffe über jeden Verdacht erhaben, eine linke Zeitung zu sein. Allerdings ist „Le Monde" bekannt für seine detaillierte und wahrheitsgemäße Berichterstattung und unterscheidet sich hier in entscheidend von der bürgerlichen Presse in der BRD, einschließlich der „liberalen" Blätter, wie etwa der „Frankfurter Rundschau", und auch der übrigen französischen Presse.

In den letzten Jahren haben die französischen Imperialisten die rechte Gleichschaltung der Massenmedien enorm vorangetrieben. Die größten Zeitungen sind unter der Kontrolle der beiden Giganten Hersant und Amaury.

Hersant, der die größten französischen Morgen- und Abendzeitungen („le Figaro" und „France-Soir") kontrolliert, war aktiver Nazi-Kollaborateur unter dem reaktionären Petain-Regime. Amaury, der „französische Springer", ist der Herausgeber des in seiner faschistoiden Hetze durchaus mit der „Bild"-Zeitung zu vergleichenden „Parisien Libere".

„Le Monde" soll das nächste Opfer der Entwicklung der französischen Presse nach dem „Modell Deutschland" sein. Im Zentrum der Angriffe steht die wahrheitsgemäße und objektive Berichterstattung, die unter anderem auch die Arbeit der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen berücksichtigt und auch die französische Linke zu Wort kommen läßt. Vor dem Hintergrund der Wahrung französischer Interessen, beobachtet „Le Monde" die politische Entwicklung der europäischen Konkurrenten, besonders des BRD-Imperialismus.

So schaltete sich auch prompt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in die Kampagne gegen „Le Monde" mit ein: Über einen gewissen Jean-Paul Picaper warf die „FAZ" der „Le Monde" „Antigermanismus" vor, der auf der Erkenntnis beruhe, daß *„demagogische Verunglimpfungen der Deutschen, insbesondere der ,mächtigen Bundesrepublik' ... in Frankreich einen treuen Leserstamm finden"* (nach „Spiegel" 43/76). „Le Monde" hat zunehmend in den letzten Monaten von der Repression und der Berufsverbotepraxis in der BRD berichtet.

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zensur Repression

Springer-Zeitung zensiert WSL-Anzeige

Der 1. Vorsitzende des Hamburgischen Landesverbandes des Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) wollte im „Hamburger Abendblatt" eine Anzeige aufgeben. Die Anzeigenabteilung des „Abendblatt" weigerte sich, diese Anzeige abzudrucken. Der Text der Anzeige sollte lauten: *„Fluorgas und Chlorgas sind Kampfgas gegen die Bevölkerung. Aluminiumhütten und chemische Großbetriebe gehören nicht in Ballungsräume wie Hamburg. Bei der Herstellung von Aluminium wird Fluorgas freigesetzt. Fluor- und Chlorgas verderben alles, was wächst und bedrohen das Leben unserer Kinder. Zeit, darüber nachzudenken. Über unser Überleben. Über Kampfgase".*

Das „Abendblatt" lehnte die Veröffentlichung mit folgender Begründung ab: *„Die Anzeigentexte appellieren an das Angstgefühl des Lesers, und solche Texte werden in der Wirtschaftswerbung als unseriös angesehen und abgelehnt. In England arbeiten seit mehr als einem Jahrzehnt Kernkraftwerke, ohne daß es deshalb bisher zu einem Unfall kam. In Deutschland ereignen sich jährlich etwa 18.000 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang, und trotzdem sind mehr als 90% der Autofahrer für die Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung. Man sieht daraus, wie unterschiedlich die Auffassungen zu den einzelnen Problemen sind, und wir möchten deshalb von einer Veröffentlichung ihrer Anzeigentexte absehen"* (nach „Das Da", Nr. 12/ 76).

Es ist zu hoffen, daß die ehrlichen „Lebensschützer" sich in ihrer eigenen Organisation mal näher umsehen, denn immerhin sind im WSL einige faschistische Anhänger von Axel Springer organisiert. Das hindert diesen allerdings nicht daran, eine Anzeige abzulehnen, die nicht in sein (radioaktives) Konzept paßt.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

WDR zensiert Kritik am Fernsehprogramm

Als einen „ungeheuerlichen Akt willkürlicher Zensur" hat der Hauptvorstand der IG Druck und Papier die Absetzung der für den 5.12. vorgesehenen ARD-Sendung „Glashaus" bezeichnet!

In der vorgesehenen Sendung waren IG Druck-Betriebsräte dazu befragt worden, was Arbeiter vom Fernsehen erwarten. Hierbei hatte es teilweise sehr kritische Aussagen zum Fernsehen gegeben: Die Arbeitswelt würde nicht behandelt, Informationssendungen gingen sprachlich und thematisch oft an den Arbeitern vorbei. Außerdem würden diese Sendungen oft so spät gezeigt, daß Frühschichtarbeiter diese nicht mehr sehen könnten, da sie nicht so lange aufbleiben können.

Vom WDR-Direktor Höfer war die ersatzlose Streichung der Sendung damit begründet worden, er halte sie inhaltlich und formal nicht für ausreichend!?

Nach dem ersten Fall der „skandalösen" Absetzung der Fernseh-Serie über Betriebsräte im NDR, so erklärte die IG Druck, sei dies der zweite Fall von Zensur, der „sich einseitig gegen die Interessen der Arbeitnehmer richte" (nach „Hamburger Morgenpost", 7.12.).

Medien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Zeitungsinserate als VS-Quelle

Die letzte Bundeskonferenz der dju (Deutsche Journalisten Union in der IG Druck) überwies u.a. einen Antrag an den kommenden Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der Hauptvorstand möge verstärkt zum Widerstand gegen Zensur, Meinungsunterdrückung und gesellschaftspolitische Gleichschaltung aufrufen.

Darüberhinaus wurde von den Journalisten eine öffentliche Diskussion über die Verfassungsschutz-Ämter gefordert.

Von einem Teilnehmer der Konferenz war berichtet worden, daß offenbar seit Jahren Inserate bestimmter Zeitungen observiert und ,ausgewertet' werden. So ist versucht worden, in Nordrhein-Westfalen eine Bewerberin für den öffentlichen Dienst als verfassungsfeindlich hinzustellen, da sie vor mehreren Jahren einen Spendenaufruf in der antifaschistischen Zeitung „die tat" mit unterzeichnet hatte (nach Extra-Dienst Nr. 93).

Medien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

RFFU protestiert gegen Zensur

Auf dem 10. Gewerkschaftstag der Rundfunk-, Fernseh- und Filmunion wurde eine Protestresolution gegen die Zensur der Fernsehsendung „Der Betriebsrat" verabschiedet.

„Nach den zahlreichen Protesten von Gewerkschaften und den Programm-Mitarbeiter des NDR versucht die Leitung des NDR nun, die Freigabe der Sendung von Auflagen an Autor und Redaktion abhängig zu machen.

Wir wenden uns dagegen, daß durch Kürzungen und Hinzufügungen die bildungspolitischen Inhalte der Sendereihe gegen die Interessen der Arbeitnehmer entscheidend entstellt werden.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages fordern den Intendanten des NDR auf, unverzüglich die Serie ,Der Betriebsrat' in inhaltlich unveränderter Form zur Sendung in den III. Regionalprogrammen des NDR und WDR freizugeben" (nach „RZ", Rundfunkzeitung des RFFU-Verband NDR).

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



METALL

Sechs Prozent-Abschluß:

„Ablehnen! Ablehnen! – „Abwählen! Abwählen!"

Mit diesen Sprechchören empfingen etwa 400 Stahlarbeiter der Bochumer Stahlwerke die Mitglieder der Großen Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und der Bremer Klöckner-Hütte, als diese am 8.12. zur Beschlußfassung über das 6%-Angebot der Kapitalisten zusammentraten.

Im Saal aber setzte sich die Linie der Gewerkschaftsführer durch. Mit 69 gegen 41 Stimmen beschloß die Tarifkommission die Annahme des Angebotes der Kapitalisten und auch für die Stahlwerke Peine-Salzgitter wurde das Ergebnis mittlerweile übernommen. Und das springt dabei raus (in Klammern: Forderungen):

- 6 % mehr Lohn und Gehalt (8,5%),
- 1Tag mehr Jahresurlaub (2 Tage),
- 468 DM „vermögenswirksame Leistungen" jährlich (468 DM),
- Verlängerung des jetzigen Standes der „stahltypischen Zuschläge" bis zum 31.12.77 (Erhöhung gefordert).

Vor und während der Verabschiedung dieses Ergebnisses protestierten insgesamt etwa fast 20.000 Stahlarbeiter mit Warnstreiks und Demonstrationen gegen die 6 % und forderten die 8,5 % - Forderung voll durchzusetzen. Bereits in der Beschlußfassung der Forderungen lagen die Zahlen aus den Stahlbetrieben mit 12 - 15 % über der Forderung der IG Metall-Führer. Eine ähnliche Entwicklung gibt es jetzt in der Metallindustrie, wo die Forderungen aus den Betrieben ebenfalls höher liegen, zumeist sogar Festgeldbeträge.

Mit diesem Ergebnis, das nach dem gemeinsamen Willen von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsführern Richtschnur für die nachfolgenden Tarifrunden sein soll (Obergrenze natürlich), sind ein weiteres Mal die Vorstellungen der Kapitalisten zu Lasten der Arbeiter und Angestellten durchgesetzt. In ihrem 14 Tage vor dem Abschluß veröffentlichten Gutachten hatten die „sachverständigen" Professoren von Regierung und Wirtschaft noch verlangt: *„Für die künftigen Tarifabschlüsse empfehlen* (wir) *den ‚Kontakt mit denen dieses Jahres' zu halten"* („Welt", 25. 11.).

Sie können mit dem Ergebnis zufrieden sein: Der Kontakt zu den knapp 6 % dieses Jahres wurde gehalten, der eingeplante Lohnraub ist fahrplangemäß durchgesetzt worden.

Für die Stahlarbeiter bedeutet der Abschluß etwa 75 -80 DM brutto mehr in den Lohngruppen 4 - 6 . Gerade die verweigerte Erhöhung der „stahltypischen Zulagen", die etwa 25 % des Lohns ausmachen, schlägt besonders krass zu Buche. Real bleibt am Jahresende 1977 weniger als jetzt in den Lohntüten!

Kapitalistische Scharfmacher hetzen

Für die Kapitalistenklasse ist das Ergebnis der Stahlindustrie natürlich immer noch zu hoch. Vor allem die reaktionären Scharfmacher bejammern das Ergebnis und betonen, alle nachfolgenden Abschlüsse müßten darunter liegen. Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" macht sich zum Fürsprecher der Scharfmacher: Er kritisiert das „lasche" und „nachgebende" Verhalten der Stahlkapitalisten gegenüber den Gewerkschaften: *„Auf alle Fälle müssen andere Wirtschaftszweige ausbaden, was das Kartell von Gewerkschaften und Arbeitgebern in der Stahlindustrie eingebrockt hat, in einem Wirtschaftszweig allerdings, in dem man nach wie vor fest daran glaubt, jegliche Schwierigkeiten durch diese und andere Kartelle regeln zu können"* („FAZ", 9.12.).

Der Vorsitzende der Stahlkapitalisten , Weisweiler, hatte nämlich vor dem Abschluß festgestellt, daß sein Verband kein Interesse an einer „Nullrunde" habe, „soziale Verpflichtung" verspüre und als Gegenleistung hierfür erwarte, *„daß die Arbeitnehmer den vorhandenen Spielraum in Boomjahren auch nicht voll ausschöpfen"* („Handelsblatt", 3.12"), das heißt: Die Stahlkapitalisten setzen noch voll auf das Funktionieren der „Sozialpartnerschaft" zu ihren Gunsten, während ihre Kontrahenten im Kapitalistenlager dafür eintreten, jeder Gelegenheit zu nutzen, die Löhne der Arbeiterklasse maximal zu senken. Letztere sind es, die in der Metallindustrie den Ton angeben und dort massiv versuchen werden, einen niedrigeren als den Stahlabschluß durchzusetzen.

Sie werden dabei in den Führern der Gewerkschaften keine ernsthaften Gegner haben. Zwar zitierte IGM-Chef Loderer anläßlich der Tarifrunde noch einmal das gewerkschaftliche ABC: *„Mit Argumenten allein wird dem* (Profitwillen der Kapitalisten) *nicht beizukommen sein. Unsere entscheidende Waffe in der tarifpolitischen Auseinandersetzung war und ist die Kraft der gewerkschaftlichen Solidarität"* („Metall", Nr. 24/76). Spricht's und handelt mit dem Abschluß unter Umgehung der Kollegen genau gegen diese Solidarität. Auch in dieser Lohnrunde wieder bemühen sich die Gewerkschaftsführer darum, selbst aus dem miesesten Ergebnis noch einen Erfolg zu konstruieren. So hatte als Antwort auf ein 5 % - Angebot IGM–Verhandlungsführer Herb getönt: *„Wir wollen vor dem Komma eine Zahl über fünf"* („Handelsblatt", 2.12). Auf der Basis versuchen die Herren jetzt die Sechs Komma Null als Erfolg darzustellen.

Ergebnis und Verlauf der Stahlrunde müssen in die Diskussion und Vorbereitung der anderen Tarifrunden eingehen: Der Lohnraub ist geplant. Pläne kann man durchkreuzen...

Leistungen" jährlich (468 DM),
– Verlängerung des jetzigen Standes der „stahltypischen Zuschläge" bis zum 31.12.77 (Erhöhung gefordert).
Vor und während der Verabschiedung dieses Ergebnisses protestierten insgesamt etwa fast 20.000 Stahlarbeiter mit Warnstreiks und Demonstrationen gegen die 6 % und forderten die 8,5 % - Forderung voll durchzusetzen. Bereits in der Beschlußfassung der Forderungen lagen die Zahlen aus den Stahlbetrieben mit 12 - 15 % über der Forderung der IG Me-
Kapitalistische Scharfmacher hetzen
Für die Kapitalistenklasse ist das Ergebnis der Stahlindustrie natürlich immer noch zu hoch. Vor allem die reaktionären Scharfmacher bejammern das Ergebnis und betonen, alle nachfolgenden Abschlüsse müßten darunter liegen. Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zei-
der Gewerkschaften keine ernsthaften Gegner haben. Zwar zitierte IGM-Chef Loderer anläßlich der Tarifrunde noch einmal das gewerkschaftliche ABC: „Mit Argumenten allein wird dem (Profitwillen der Kapitalisten) nicht beizukommen sein. Unsere entscheidende Waffe in der tarifpolitischen Auseinandersetzung war und ist die Kraft der gewerkschaftlichen Solidarität" („Metall". Nr. 24/76). Spricht's und handelt mit dem Abschluß unter Umgehung der Kollegen genau gegen diese Solidarität. Auch in dieser





1.200 Klöckner-Arbeiter demonstrierten am 7.12. in Bremen gegen das sechs-Prozent-Angebot der Kapitalisten, für die Einleitung einer Urabstimmung

Tarifforderungen in der Metallindustrie
Flensburger Schiffbau - Gesellschaft: 15 %, mindestens 200 DM!
Flensburg. Am 18.11. beschlossen die Vertrauensleute der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft ihre Forderung zur Tarifrunde: 15 %, mindestens 200 DM.
Vorbereitet wurde die Vollver-
Es war eigentlich klar, daß den rechten Gewerkschaftsführern die kämpferischen Reden ein Dorn im Auge waren. So gab sich dann FLENDER-BR-Vorsitzender Kullmann (Mitglied in der Verhandlungskommission der Tarifkommission) dazu her, in die Bresche zu springen. Er faselte, die Umfrage sei für ihn nicht maßgebend und „die Kollegen

Tarifforderungen in der Metallindustrie

Flensburger Schiffbau - Gesellschaft: 15 %, mindestens 200 DM!

Flensburg. Am 18.11. beschlossen die Vertrauensleute der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft ihre Forderung zur Tarifrunde: 15 %, mindestens 200 DM.

Vorbereitet wurde die Vollversammlung durch Versammlungen in vielen Branchen, wo hauptsächlich Forderungen von 15 % und lineare Forderungen um 200 DM aufgestellt wurden. Die rechten Vertreter der Politik der Gewerkschaftsführung hatten versucht, die Forderung zu drücken. Die Vertrauenskörperleitung schlug 12 %, mindestens 160 DM vor. In der Abstimmung konnten sie sich aber nicht durchsetzen:

- 38 Vertrauensleute stimmten für 15 %, mindestens 200 DM,
- 19 Vertrauensleute stimmten für 12 %, mindestens 160 DM,
- 10 Vertrauensleute forderten 200 DM plus Anhebung der unteren Lohngruppen.

FSG-Zelle
KB / Gruppe Flensburg

IGM-Mitglieder für Festgeldforderung

Lübeck. Am Dienstag , den 30. November fand eine IGM-Vertrauensleutekonferenz statt. Thema war die anstehende Metalltarifrunde. Anwesend waren ca. 300 Vertrauensleute.

Man muß vorausschicken, daß die Bezirksleitung Schleswig-Holstein sich dieses Jahr ein demokratisches Mäntelchen umhängte, indem sie eine begrüßenswerte Meinungsumfrage bei den Mitgliedern durchführte (leider wurden hier die Angsestellten und Auszubildenden ausgeschlossen). Im Mittelpunkt dieser Umfrage stand die Frage nach der Art der Forderung. Etwa 60 % forderten eine einheitliche Festgeld-Lohnerhöhung.

Insbesondere Vertrauensleute vom Drägerwerk und vom Nordischen Maschinenbau Baader forderten auf der Versammlung einen einheitlichen Geldbetrag (es wurde auch von 200 DM für alle gesprochen) und machten deutlich, daß wir dieses Jahr nicht wieder einen Lohnraub hinnehmen dürften.

Es war eigentlich klar, daß den rechten Gewerkschaftsführern die kämpferischen Reden ein Dorn im Auge waren. So gab sich dann FLENDER-BR-Vorsitzender Kullmann (Mitglied in der Verhandlungskommission der Tarifkommission) dazu her, in die Bresche zu springen. Er faselte, die Umfrage sei für ihn nicht maßgebend und „die Kollegen wüßten gar nicht, was sie angekreuzt hätten" (!). Demokratie ist ja ganz schön, sie darf aber nicht zu weit führen, gell Gustav! Weiter schlug Gustav K. vor, daß der Hauptvorstand in Zukunft offen Empfehlungen herausgeben sollte, wonach sich die Mitglieder zu richten hätten. Diese „Ausführungen" wurden scharf zurückgewiesen und als Angriff auf die innergewerkschaftliche Demokratie gewertet. Kullmann wurde vorgeschlagen, daß er doch in Zukunft gleich dort ein Zeichen machen sollte, wo die Kollegen ankreuzen sollen, wenn sie doch zu dumm sind.

Die Versammlung war insofern ein Erfolg, als es den Gewerkschaftsführern nicht gelungen ist, ihre Vorstellungen durchzusetzen. In den Betrieben bleibt aber noch viel Arbeit, den Kampf zur Abwehr des Lohnraubs zu organisieren.

KB / Gruppe Lübeck

Weitere Forderungen

Gerdts KG, Bremen: 200DM, Beschluß des VK.
Krupp-Atlas-Elektronik, Bremen: 8,5 %, Beschluß des VK.
Klein, Schanzlin, Becker, Bremen: 15 % – mindestens 200 DM, Beschluß der Mitgliederversammlung.
Lloyd-Dynamo-Werke, Bremen: 12 % – mindestens 150 DM, Beschluß des VK.
Kocks, Bremen: 100DM plus 5 %, Beschluß des VK.
Valvo, Hamburg: 12 % – mindestens 180 DM, 100 DM / 80 DM / 65 DM für das erste bis dritte Lehrjahr.
HDW, Hamburg: 10,5 % – mindestens 135 DM, 60 DM für Lehrlinge.
Siemens, Hamburg: 150 DM für alle.
Demag - Conz, Hamburg: 10 %, 90 DM für Lehrlinge.

Warnstreiks in der Stahlindustrie

8.12. Um 11 Uhr beginnen in der Gießerei der **Stahlwerke Bochum** die Arbeiter mit einem Warnstreik. Eine Stunde später schließen sich die Abteilungen Schmelzerei und Kaltwalzwerk an, etwa 400 insgesamt. In Trupps ziehen die Streikenden zum Tagungsort der Großen Tarifkommission und protestieren gegen das 6 % - Angebot der Kapitalisten. In Sprechchören fordern sie: „Ablehnen! Ablehnen!". Tarifkommissionsmitglieder werden nach ihrer Meinung gefragt und wer zustimmt muß sich Sprechchöre: „Abwählen! Abwählen!" gefallen lassen. Nach der Abstimmung in der Tarifkommission verlassen Mitglieder den Tagungsort durch den Hinterausgang.

Am Vormittag hat bei **Hoesch in Dortmund** eine Vertrauensleutevollversammlung stattgefunden. Mit überwiegender Mehrheit wird eine Resolution verabschiedet, in der die Tarifkommission zur Ablehnung der 6 % und zur vollen Durchsetzung der 8,5 % - Forderung aufgefordert wird. Eine Delegation der Hoesch-Vertrauensleute wird am Nachmittag davon abgehalten, der Tarifkommission die Resolution vorzutragen.

•••

7.12. Auf drei Betriebsversammlungen diskutieren die Arbeiter der **Klöckner-Hütte Bremen** die Tarifrunde. Sie fordern die Durchsetzung der 8,5 %. Vertrauensleute sammeln während der Versammlungen und im Betrieb etwa 4.000 Unterschriften hierfür. Nach zwei Versammlungen, die sehr kämpferisch abliefen, zogen etwa 1.200 Kollegen im Demonstrationszug zum Gewerkschaftshaus und bekräftigten ihre Forderungen:
etwa 1.200 Kollegen im Demonstrationszug zum Gewerkschaftshaus und bekräftigten ihre Forderungen:
„8,5 % ist eine Minimalforderung – alles was darunter liegt, kommt einem Lohnabbau gleich", hieß es in einem Redebeitrag. Die Kollegen forderten die Einleitung einer Urabstimmung über Streik.

•••

3.12. Warnstreik von etwa 1.500 Arbeitern der **Stahlwerke Bochum**; einstündiger Warnstreik von 500 **Krupp-Arbeitern in Bochum**.

•••

2.12. 1.000 Arbeiter der **Duisburger August-Thyssen-Hütte** streiken eine Stunde.

•••

1.12. Für zwei Stunden streikt auf der **Bremer Klöckner-Hütte** die Nachtschicht; **Heinrichshütte, Hattingen**: 3.000 im Warnstreik;
Schalker Verein, Gelsenkirchen: 1.500;
Stahlwerke Südwestfalen, Hagen: 500;
Südwestfalen, Niederschelden: 3.350.

•••

30.11. Warnstreik und Demonstration von 1.500 Beschäftigten der **Thyssen-Edelstahlwerke, Witten**; ebenfalls bei **Thyssen-Niederrhein in Oberhausen** streiken 3.000 Beschäftigte.



Werkschutzbanden immer dreister

Rüsselheim. Das Arbeitsgericht in Darmstadt entschied am 24. November in einem Prozeß der von Betriebsrat und Opel-Kapitalisten herbeigeführt wurde. In dem Prozeß ging es um das „Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates" bei „Innerbetrieblichen Ermittlungen" der werkseigenen „Kripo".

Die 193 Mann starke Werkschutzbande bei Opel/Rüsselsheim begnügt sich nicht mit „Objektschutz", sondern kontrolliert die 36.000 Kollegen an den Werkstoren mit Leibesvisitation, mit „in die Tasche sehen" und seit einiger Zeit mit beweglichen Rohrgestellen, an denen großflächige Spiegel befestigt sind, die unter ein- und ausfahrende Fahrzeuge geschoben werden. Auf dem Werksgelände werden die Kollegen über Fernsehkameras bewacht, die an Gebäuden befestigt sind. Es liegen Pläne vor, bestimmte „Nervenzentren" durch Infrarotbestrahlung zu sichern („Spiegel", Nr. 50/1976)!

Aber mit diesen „Normalen" Werkschutzpraktiken geben sich die Opel-Kapitalisten nicht mehr zufrieden. Sie greifen zu offen terroristischen Mitteln gegenüber den Kollegen.

Einem Magazinarbeiter, 22 Jahre in der Firma, wollten die Betriebspolizisten den Diebstahl einer Wasserpumpe anhängen - den aber ein LKW-Fahrer begangen hatte. *„Die haben meinen Mandanten mitgenommen und stundenlang verhört, er mußte Fingerabdrücke machen und sollte dem LKW-Fahrer ins Gesicht schlagen. Dann wollten sie ihm glauben, daß er unschuldig sei"* (Rechtsanwältin Birgit Bauer aus Raunheim).

Ein anderer Opel-Arbeiter, der eine „Hausbegehung" über sich ergehen lassen muße, schildert, was sich



dabei abspielte: *„Sie durchwühlten alles, gleich ob es sich um Kartoffelkeller handelt, stülpten Herbstbütten um, klopften Weinfässer ab, alles in der Annahme, es könnten Opel-Teile versteckt sein... Selbst in das Schlafzimmer meiner Frau geht der Ermittlungbeamte."*

Nach Vernehmungen sind die Kollegen manchmal so fertig, daß sie Sachen zugeben, die sie gar nicht begangen haben (alle Angaben nach „Spiegel", Nr.50/1976).

An den Vernehmungen, Hausdurchsuchungen etc. nehmen nicht alle Werkschützer teil. Innerhalb der 193-Mann-Bande gibt es einen sechsköpfigen „Ermittlungsdienst". *„Dieser tritt immer dann in Erscheinung, wenn ein Betriebsangehöriger beim Diebstahl erwischt wird oder wenn gegen jemanden, auch anonym, Beschuldigungen erhoben werden"* („Allgemeine Zeitung", 26. Nov. 76). Damit sind der Denunziation von Kollegen Tor und Tür geöffnet.

Der Chef des „Innerbetrieblichen Ermittlungsdienstes" hat einschlägige Erfahrung. Kurt Stefan Stauder, Leiter dieser „Schutz"garde, war Kriminaloberkommissar in Darmstadt, bevor er daran ging, das Automobilwerk „zu schützen". Für die Opel-Kapitalisten war das Beste gerade gut genug. Sie schickten ihre Spitzel zur „kriminaltechnischen" Ausbildung auf Lehrgänge. Dort wurde ihnen vor allem beigebracht, was ein „deutscher" Werkschützer bei Streik oder politischen Aktivitäten alles wissen muß.

Den Gewerkschaftsführern ging es bei dem besagten Prozeß nicht um die Abschaffung der Werkskripo, sondern um die „Mitbestimmung" bei der Schnüffelei. Zu dem Verfahren war es gekommen, nachdem der Betriebsrat die seit 1974 laufenden Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung in Sachen „Ermittlungsdienst" für gescheitert erklärt hatte.

Schließlich wurden sich Opelkapitalisten und Betriebsrat einig, daß eine grundsätzliche Klärung durch das Arbeitsgericht herbeigeführt werden sollte. Rechtsanwalt Thon aus Frankfurt machte für den Betriebsrat deutlich, daß dieser keineswegs die Strafermittlungen durch seine Teilnahme torpedieren wolle („Allgemeine Zeitung", 26. Nov. 76). Betriebsratsvorsitzender Heller ist ebenfalls ein treuer Diener seiner Opel-Herren. Er zieht die Notwendigkeit von Werkschutz-„Ermittlungen" nicht in Zweifel – aber, so Karl Günther, Werkschutzreferent des DGB-Bundesvorstandes, „ohne Betriebsrat können solche Dinge nicht laufen." („Spiegel", Nr. 50/76)

Das Arbeitsgericht in Darmstadt entschied für den Betriebsrat, der nun in dieser Angelegenheit „mitbestimmen" darf. (Az. 2 Bv 4/76)

Betriebsratsvorsitzender Heller feiert seinen „Sieg" in dem IGM-Organ „Metall" Nr. 24/76: *„Für uns ist das ein Erfolg. Wir haben jetzt die Möglichkeit, erneut die Einigungsstelle anzurufen."*

Die Kollegen können also zukünftig bei Durchsuchungen sicher sein, daß der Betriebsrat sie „mitbestimmt" hat. Na, wenn das nichts ist!?

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

IG-Metall-Frauenveranstaltung: „...die Frauen integrieren"

Hamburg. Zum 2.12.76 hat der Hamburger IGM-Frauenausschuß zu einem Film- und Diskussionsabend über die berufliche Benachteiligung der Frauen eingeladen. Ca. 70 bis 80 Kolleginnen und Kollegen waren erschienen. Diese Beteiligung an einer gewerkschaftlichen Frauenveranstaltung war damit in diesem Jahr noch geringer als im letzten. Vorausgegangen war ein fast totaler Mobilisierungsboykott durch die Hamburger IGM-Führung und es ist lediglich den Kolleginnen des Frauenausschusses selbst zu verdanken, daß es „überhaupt" zu einer gewissen Mobilisierung kam.

Konkrete Forderungen des Frauenausschusses – die eigentlich alles Selbstverständlichkeiten sind – wie z.B. ausreichende Zahl von Flugblättern, rechtzeitige Einladung, Informationen an BRs und VLKs, Ankündigungen in der IGM-Presse wurden systematisch unterlaufen: Die Flugblätter wurden viel zu spät gedruckt und in knapper Anzahl, Einladungen gingen lediglich an weibliche Funktionäre und Frauenausschuß-Mitglieder und mußten noch selbst eingetütet werden, Ankündigungen in der IGM-Presse entfielen vollständig.

An diesen Tatsachen konnte auch Engelmanns (IGM-Sekretär) feierliche Versicherung nichts ändern, die IGM-Führung habe nie an einen Boykott gedacht, aber die vielen Krankheitsfälle in der Ortsverwaltung ... Es könne ja mal eine Panne passieren ...

Eine ganze Reihe von Kolleginnen bestätigte in Diskussionsbeiträgen, wie massiv gegen Frauen-Aktivitäten von IGM-Funktionären vorgegangen wird und daß Frauenfeindlichkeit keine Ausnahme ist, sondern durchweg die Regel.

Blohm + Voss-Betriebsräte z.B. machten ein Frauenseminar im Betrieb überhaupt nicht bekannt, sondern sagten ab, „da Frauen von Blohm kein Interesse daran haben. Außerdem sind von 120 Frauen 80 Putzfrauen"!

Die Vertrauensleute-Leitung von Röntgenmüller lehnte es ab, ein Mitglied des Frauenausschusses zur Berichterstattung und Mobilisierung für die Veranstaltung in den Vertrauenskörper einzuladen.

Bei Hanomag-Henschel wurde die Forderung einer Betriebsrätin nach Bildung einer Frauenkommission im BR abgelehnt.

Diese berechtigten Forderungen und Enthüllungen kommentierte O. Mohr von der IGM-Ortsverwaltung dann auch entsprechend: Die Frauen sollen nicht im eigenen Saft schmoren; es komme darauf an, „die Frauen zu integrieren"; nur „gemeinsam" könne man Erfolge erzielen ...!

Wie ernst der IGM-Führung eine aktive Frauenpolitik ist, sieht man auch daran, daß der Frauenausschuß in keinem Gremium der IGM stimmberechtigt ist – auch nicht bei eigenen Forderungen, sondern lediglich beratende Funktion hat.

Diese Frauenveranstaltung war gegenüber der provokativen Podiumsdiskussion vom letzten Jahr mit ausgemachten Frauenfeinden wie Seelentröster Dr. Marcus inhaltlich sicher ein Fortschritt. Positiv war z.B., daß die Frauen vom Frauenausschuß die Veranstaltung wesentlich selbst inhaltlich vorbereitet hatten. Auch die Kritik an der Hamburger IGM-Führung „durfte" sich mehr oder weniger frei entfalten.

Die IGM-Führer kratzt das allerdings wenig: Ihre Devise war von Anfang an: nicht mobilisieren und wenn schon die wenigen interessierten und aktiven Frauen kommen und was sagen, dann laßt sie doch reden. Wir haben unsere Schuldigkeit getan und ändern wird sich nichts!

Deutlich wurde, daß die Frauen außer einigen Lippenbekenntnissen von der Gewerkschaftsführung nichts zu erwarten haben, sondern ihre bisherigen eigenen Aktivitäten verstärken müssen.

Eine Metall-Genossin

Kurzarbeit in der Stahlindustrie

In der Stahlindustrie wird es in den nächsten Wochen zu umfangreichen Kurzarbeitsmaßnahmen und vorübergehender Stillegung ganzer Produktionsanlagen im Hüttenwerksbereich kommen. Die angekündigten Maßnahmen werden die Zahl von 55.000 Kurzarbeitern bei Eisen und Stahl im Dezember noch weit überschreiten.

Die **Krupp Hüttenwerke AG** haben für die Zeit vom 22.12. bis 9.1. 1977 Blockstillstände oder eine drastisch gedrosselte Produktion in Teilbereichen angekündigt. Betroffen von den Maßnahmen sind von den insgesamt 26.000 Beschäftigten im Werk Rheinhausen 6.000 Arbeiter und im Werk Bochum 3.000 Arbeiter. Hinzu kommen noch 1.000 Beschäftigte, die in diesen Tagen ihren Resturlaub nehmen.

Die **August Thyssen Hütte** plant zum Jahresende, ganze Produktionsanlagen im Hüttenbereich in größerem Umfang vorübergehend stillzulegen. Der Konzern beabsichtigt, die Zeit der Einschränkungen durch vorhandenen Resturlaub sowie unbezahlten Urlaub und Kurzarbeit zu überbrücken.

Die **Hoesch/Estel-Werke** haben für Dezember noch keine Kurzarbeit geplant. Hier sind derartige Maßnahmen im ersten Quartal 1977 zu erwarten.

Bei der **Klöckner Werke AG** sollen im Werk Georgsmarien-Hütte und im Werk Haspe 3.980 von insgesamt 24.800 Beschäftigten kurzarbeiten.

Bei den **Saar Hütten** wird die im Oktober wieder eingeführte Kurzarbeit bis zum Jahresende erheblich ausgedehnt. Während im Oktober bereits rund 9.700 Stahlarbeiter kurzarbeiten, werden im Dezember mehr als 15.000 Beschäftigte hiervon betroffen sein. Außerdem ist die Stillegung verschiedener Werke u.a. Völklingen und Burbach zum Jahreswechsel beabsichtigt.

Die westdeutschen Stahlkapitalisten machen für die drastische Produktionseinschränkung und die Einführung von Kurzarbeit großen Stils die gesunkenen Auftragsbestände in der Stahlindustrie verantwortlich. Angeblich ist eine Belebung der Nachfrage aus dem Inland nicht zu erkennen, was auch durch eine Steigerung der Nachfrage aus dem Ausland nicht ausgeglichen wird („Handelsblatt", 1.12.).

Diesen Aussagen widerspricht aber die Tatsache, daß der Anteil der Importe im zweiten Quartal '76 auf fast 30% gestiegen ist. Und daß der Durchschnittsimportanteil von 26% durch Preisrücknahmen hätte gehalten werden können. Selbst das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) kam zu der Feststellung, daß sich die Entwicklung auf dem Stahlmarkt aufhalten ließe, „wenn die Stahlindustrie einen Teil der an ausländische Anbieter verlorenen Märkte über eine elastischere Preisgestaltung zurückgewönne" („HB", 1.12.). Die Stahlkapitalisten verfolgen dagegen offensichtlich das Ziel, die Produktion zugunsten hoher Preise zu drosseln. Außerdem verlangen sie gegen Einfuhren aus Ländern außerhalb der EG drastische Importbeschränkungen, speziell gegenüber Japan. Der Thyssen-Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1975/76 bestätigt diese Politik. So konnte Thyssen trotz sogenannter Stahlflaute und einem Umsatzrückgang von fünf Prozent eine unveränderte Dividende von 14% ausschütten. Zusätzlich wurden die freien Rücklagen auf 100 Mio. Mark aufgestockt („Frankfurter Neue Presse", 26.11.).

Hinzu kommt, daß die Produktionseinschränkungen in der Stahlindustrie bestens geeignet sind, um bei den laufenden Tarifverhandlungen einen erneuten Lohnraubabschluß durchzusetzen. So nannte der Verbandsvorsitzende Weisweiler die ohnehin schon mageren Forderungen der IG Metall „ohne jeden Bezug zur Realität". Und er drohte unverhohlen „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Branche würde es rechtfertigen, etwa 40.000 Kräfte freizusetzen" („HB", 2.12.).

Und weiter prophezeit das „Handelsblatt": *„Ginge die Lohnkostenbelastung über das bisher Zugestandene hinaus, so könnte dies nach den Befürchtungen der Arbeitgeber dazu beitragen, die gegenwärtigen konjunkturellen Probleme der Branche in eine echte Strukturkrise überzuführen"*.

In Wirklichkeit dürfte aber feststehen, daß den westdeutschen Stahlkapitalisten die vorübergehende Produktionsdrosselung sehr gelegen kommt, um vor diesem Hintergrund Importbeschränkungen und niedrige Lohnabschlüsse durchzusetzen. Die Stahlkonzerne verbessern so ihre Ausgangsbedingungen, um im internationalen Wettbewerb vor allem den USA und Japan Märkte und Einflußgebiete abzujagen.

CHEMIE

Kampf um soziale Prinzipien beim Sozialplan

Texaco, Hamburg. Die Verhandlungsdelegationen des Betriebsrates der Texaco-Hauptverwaltung und der Texaco-Personaldirektion gingen nach ihrer ersten Verhandlung mit der Gewißheit auseinander, daß eine Einigung nicht möglich sei. Beide Seiten erklärten sich einverstanden, den in solchen Fällen vorgesehenen rechtlichen Weg zu gehen: Eine Einigungsstelle mit der Entscheidung zu beauftragen. Vorstizender dieser Einigungsstelle soll der Seelenforscher im NDR und Landesarbeitsrichter Dr.Markus werden.

Verhandlungen über den Abschluß eines Sozialplanes waren erforderlich geworden, nachdem der Texaco-Konzern die Zusammenlegung der zur Zeit vier Bürohäuser in ein neues Zentralgebäude in der City Nord - ab 1.Januar bezugsfertig - dazu nutzte, kräftig zu rationalisieren. Die Rationalisierungen schlagen sich besonders in den Dienstleistungsbereichen durch Zusammenfassung nieder. Dazu gehören etwa Registratur-, Boten-, Telefon-, Reinigungsdienste usw. Ferner steht das Küchenpersonal zur Entlassung an, weil Texaco die bisher selbst betriebene Küche und Kantine verpachten wird. Gegenstamd der Verhandlungen waren des weiteren Vergütungen für die gesamte Kollegenschaft, die in das neue Gebäude einziehen wird, für zusätzliche Fahrkosten, längere Fahrzeiten, notwendigen Wohnungswechsel.

Kapitalisten für Abfindung nach Betriebszugehörigkeit

Hauptstreitpunkt war die Abfindungsregelung. Die Personaldirektion schlug die gleiche Abfindung vor, wie sie bereits in vorangegangenen Sozialplänen zwischen Texaco und ihren Betriebsräten der Verkaufsniederlassungen und dem Betriebsrat in der Raffinerie Heide abgeschlossen worden war. Diese Abfindungstabelle sieht vor, daß Kollegen mit einer langen Betriebszugehörigkeit bei der Texaco verhältnismäßig gut wegkommmen, d.h. sie erhalten bis zu 18 Monatsgehältern, während Kollegen mit kurzer Beschäftigungsdauer so gut wie gar nichts erhalten, unabhängig von ihrem Alter und sonstigem sozialen Stand.

Vertreter des Hamburger Betriebsrates erklärten hingegen - wohlwissend, daß Abfindungen bestenfalls eine Versüßung der Arbeitslosigkeit bedeuten - für eine Abfindungsregelung einzutreten, die an den sozialen Bedürfnissen der Kollegen ansetzt und nicht lediglich „Firmentreue" honoriert. Ein Kollege könne nicht deshalb bestraft werden, weil er 30 Jahre lang in einem anderen Betrieb geschuftet habe und vor drei Jahren von der Texaco abgeworben wurde, obwohl er im übrigen das gleiche Alter, die gleiche Anzahl Kinder usw. haben könne wie der langjährige Texaco-Kollege. Jeder Kollege habe es gleich schwer, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, ganz gleich wo er die letzten 30 Berufsjahre gelassen hat usw. waren die Begründungen für eine völlig andere Abfindungstruktur.

Die vom Betriebsrat geforderte Abfindungsregelung macht kaum noch Unterschiede bei der Betriebszugehörigkeit, wohl aber beim Alter. So sollen nach seinem Modell Kollegen, die aufgrund ihres Alters kaum Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz besitzen - etwa ab 45 - unterschiedslos 11 bis 12 Monatsgehälter erhalten. Darüberhinaus forderte der Hamburger Betriebsrat, die Abfindungssumme solle für Schwerbehinderte um 20% angehoben werden und für jeden Kollegen um jeweils 10% für jede Person, für die der Kollege unterhaltspflichtig ist.

Die Personaldirektion brach die Vehahndlungen mit der fadenscheinigen Begründung ab, diese Forderungen widersprechen dem Gleichbehandlungsgrundsatz. Außerdem habe die Betriebsratsdelegation in der Verhandlung eine kompromißlose Haltung gezeigt, die keine Einigung zugelassen habe. Tatsächlich geht es ihr darum, von vornherein den Grundsatz zu Fall zu bringen, Kollegen nach ihrem sozialen Stand abzufinden. Die „Firmentreue" muß selbst dann noch honoriert werden, wenn Kollegen auf die Straße geschickt werden, meinen die Kapitalisten.

Betriebszelle Texaco,
KB/Gruppe Hamburg

Nervengift!

Röhm, Darmstadt. Nach einer Veröffentlichung in der Zeitschrift „Sichere Chemiearbeit", die von der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie herausgegeben wird, wurde die „Maximale Arbeitsplatzkonzentration" (MAK) der chemischen Verbindung Acrylamid auf 0,3mg/m3 festgelegt.

Solche Beschlüsse werden von der „Kommission zu Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe" der deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefaßt.

Danach ist Acrylamid jetzt als Nervengift anerkannt.

Bei Röhm wird in drei Betriebsteilen und in einem Forschungslaboratorium mit Acrylamid gearbeitet. Aufgrund dieser Veröffentlichungen führten die betroffenen Chemielaboranten eine Messung am Arbeitsplatz durch. Dabei kam heraus, daß die MAK Werte bis um das 50-fache an den Arbeitsplätzen übertroffen wurden („Kommunistische Volkszeitung' Bezirksbeilage Hessen-Süd Nr.48/76)!

Danach haben die Kollegen Untersuchungen bei einem Facharzt gefordert. Der zunächst von den Kapitalisten eingeschaltete Werksarzt lehnte in einigen Fällen jegliche Verantwortung ab, weil Gesundheitsschädigungen im fortgeschrittenen Stadium festgestellt wurden:

Hautschälungen, besonders an den Händen, Absterben der Nervenendigungen an den Fingern. Das letzte Stadium dieser Krankheit ist die multiple Sklerose, die zum Tode führt. In den Produktionsbereichen, wo dieser chemische Stoff säckeweise verarbeitet wird, wurde ohne Sicherheitsvorkehrungen gearbeitet.

Die Arbeit mit Acrylamid ist erst jetzt eingestellt worden, obwohl schon seit 1974 auf die Gefährlichkeit hingewiesen wurde.

KB/Gruppe Darmstadt

Kurzarbeit

Die Faserwerke der Chemischen Werke Hüls werden in der Zeit vom 1. bis 19.12. den gesamten Produktionsbetrieb wegen „schlechter Auftragslage" abstellen. Betroffen von dieser „Pause" sind 200 Kollegen. Nach Angaben der Kapitalisten dient diese Produktionseinstellung dem Abbau des Lagerbestandes. Zur Beruhigung der Kollegen wurde erklärt, daß das Problem nach dieser Kurzarbeit erledigt sei („Westdeutsche Allgemeine Zeitung" v. 24.11.76).

KB / Gruppe Bochum

Hamburger Jugendvertreter gegen Ausschlüsse der Merck-Kollegen!

Beiersdorf, Hamburg. Wie bereits berichtet (AK 91) sollen acht Mitglieder der Jugendgruppe Merck/Darmstadt aus der IG Chemie ausgeschlossen werden. Begründung ist, sie hätten mit einer Geldspende für die palästinensische Befreiungsfront PLO eine terroristische Organisation unterstützt und sich deshalb „gewerkschaftsschädigend" verhalten. Inzwischen sind uns erste Solidaritäsbekundungen bekannt geworden. So hat die Studentenpfarrerkonferenz der evangelischen Kirche in Deutschland den Hauptvorstand der IG Chemie aufgefordert, die Kollegen nicht auszuschließen. Die Jugendvertretung von Beiersdorf in Hamburg hat eine Solidaritätsadresse an die vom Ausschluß bedrohten Kollegen geschickt.

In der Resolution der Jugendvertretung wird unter Hinweis auf zahlreiche Proteste gegen die Gewerkschaftsausschlüsse zuerst aus der Solidaritätsadresse der Studentenpfarrer folgende Passage zitiert: „*Wir* (die Studentenpfarrer) *sehen in Übereinstimmung mit den Vereinten Nationen und vielen anderen internationalen Organisationen die PLO als einzige legitime Vertreterin der Interessen des palästinensischen Volkes. Aus all dem können wir nicht erkennen, inwiefern die humanitäre Unterstützung der Arbeit der PLO mit Zielen der gewerkschaftlichen Arbeit unvereinbar sein soll.*" Dann heißt es in der Beiersdorf-Resolution weiter: „*Wir protestieren auf's schärfste gegen diese geplanten Gewerkschaftsausschlüsse, besonders auch, weil sie eine entwickelte gewerkschaftliche Arbeit im Interesse der Kollegen treffen. Für uns kann aber nur gerade diese Arbeit Maßstab für eine Beurteilung sein! Wir fordern den Hauptvorstand der IG Chemie Verwaltungsstelle auf, der reaktionären Hetze der Presse nicht Folge zu leisten und die Kollegen vielmehr in ihrer aktiven Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen.*" Diese Solidaritätsadresse soll auch in anderen Jugendvertretungen Hamburger Chemiebetrieben zur Abstimmung gestellt werden.

Die Initiative der Beiersdorf-Jugendvertretung gegen die acht beabsichtigten Gewerkschaftsausschlüsse bei Merck ist zu begrüßen. Unseres Erachtens zeigt aber die Resolution noch eine übertriebene „Zurückhaltung" gegenüber der prozionistischen Haltung der Gewerkschaftsführung. Wenn die IG Chemie-Führer die acht Kollegen allein mit der Begründung ausschliessen wollen, daß sie eine Geldspende an die weltweit diplomatisch anerkannte politische Vertretung des palästinensischen Volkes gegeben haben, dann kann sie sich dabei nicht einmal auf satzungsrechtliche und formal-juristische Bestimmungen berufen, sondern sie handelt allein gemäß ihrer eigenen prozionistischen Logik und unter dem Druck der rechtsradikalen Massenpresse der BRD. Demgegenüber kann man unseres Erachtens die PLO auch gefahrlos innerhalb des DGB verteidigen, wenn man sich allein auf die Nennung der Tatsachen beschränkt, nämlich daß die PLO weltweit diplomatisch als politische Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt ist, **während der zionistische Staat weltweit als „rassistisches", „faschistisches" und „terroristisches" Staatsgebilde geächtet ist.** Aufgrund dieser Fakten gilt es vom DGB eine eindeutige antirassistische Haltung auch in Bezug auf Israel zu fordern. Das skandalöse am Vorgehen der IG Chemie-Führer ist, daß sie sich mit der Ausschlußbegründung gegenüber den jugendlichen Merck-Kollegen nicht nur auf die inhaltiche Position von StrauSS und Springer stellen, sondern daß sie ganz offensichtlich keine andere Position außer der offen rassistischen und zionistischen dulden wollen.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kämpferische Jugendversammlung bei BASF

Ludwigshafen. Am 26.11. fand bei der BASF eine von 1.000 Jugendlichen besuchte Jugendversammlung statt. Thema war die Durchsetzung der Forderungen:

Fahrkostenrückerstattung für alle Lehrlinge und
Übernahme aller Lehrlinge !

Für diese Forderungen wurde bereits ein Warnstreik von ca. 200 Lehrlingen durchgeführt. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, in deren Verlauf auch ein Solidaritätsbrief von 10 älteren Kollegen aus dem Betrieb vorgelesen wurde, beschlossen die Versammelten einstimmig folgende

vorgelesen wurde, beschlossen die Versammelten einstimmig folgende

Resolution: „*Die hier Versammelten beschließen, für die Forderung nach voller Fahrkostenrückerstattung zu kämpfen. Wir haben die Forderung aufgestellt, weil wir bei Fahrtkosten von durchschnittlich 40 bis 120 DM und einem durchschnittlichen Lohn von 400 DM nicht über die Runden kommen und den Eltern auf der Tasche liegen. Den Nutzen davon, daß wir ins Werk kommen, hat die BASF. Sie bildet uns dafür aus, daß wir ihr mal solche Gewinne schaffen, wie z. B. in diesem Jahr. Um 101,5 % hat sie ihren Gewinn gesteigert, sie muß die vollen Kosten für An- und Abfahrt tragen. Man muß mal festhalten, wir sind nicht freiwillig hier. Wir sind gezwungen, hier zu lernen, um unseren Lebensunterhalt zu verdienen.*

Wir beschließen weiterhin, für die Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge zu kämpfen. Die Betroffenen werden in die Arbeitslosigkeit oder in Hilfsarbeiterstellen gezwungen, für uns steigt durch die ständig drohende Nichtübernahme der Druck, und für die Kollegen im

ständig drohende Nichtübernahme der Druck, und für die Kollegen im

Betrieb steigt die Arbeitshetze, weil die Abgänge nicht ersetzt werden. Wir lassen uns bei beiden Forderungen auf keinen Kompromiß ein. Wir unterstützen das Verhalten der Jugendvertretung, auf das Angebot der Werksleitung nicht einzugehen und weiter für die volle Erfüllung beider Forderungen einzutreten."

Chemie-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

IG-Chemie-Führer natürlich für KKW's

In der Dezemberausgabe der Gewerkschaftspost der IG Chemie wird zu Brokdorf Stellung genommen. Von vornherein wird klargestellt : „*Wenn unsere Wirtschaft sich weiterentwickeln soll, wenn wir auch in Zukunft steigende Löhne und Gehälter haben wollen, wenn wir auf sichere Arbeitsplätze Wert legen, dann müssen wir uns neue Energiequellen erschließen. ... Eine dieser Energiequellen ist die Kernenergie. Nicht die einzige, aber die wichtigste.*" Die Gewerkschaftsführung ist also für KKW's und meint zu den Auseinandersetzungen um Brokdorf, daß alles nicht nötig gewesen wäre, wenn die Landesregierung rechtzeitig informiert hätte. Es sei falsch das „*fehlende Bewußtsein mit dem Polizieknüppel einzubleuen*", richtig ist die „*hochgegangenen Emotionen durch geduldige Überzeugungsarbeit und intensive Gespräche mit allen Betroffenen zu glätten*". Nach diesen Ratschlägen, wie bei zukünftigen KKW's zu verfahren ist, damit es keine Proteste gibt, kommt nochmals der Demagoge zu Wort:„*Natürlich ist es unmöglich, daß jede neue Industrieansiedlung, vor allem jeder Chemiebetrieb (!), aber auch jedes Kohlekraftwerk, schon in der Planung von irgendeiner (!) örtlichen Bürgerinitiative blockiert wird. Wo sollten wir dann morgen arbeiten, wovon morgen leben?*" Diese Stellungnahme ist nichts weiter als blanke Hetze gegen alle KKW-Gegner, wobei sich die IG Chemie-Führung, wie die Führer anderer DGB-Gewerkschaften auch, besonders gern des demagogischen Arguments der „Arbeitsplatzbeschaffung" bedienen (siehe dazu auch AK 94, KKW-Beilage).

Ganz abgesehen davon, daß kein Kapitalist einen Betrieb oder ein KKW zwecks „Arbeitsplatzbeschaffung" bauen läßt, sondern immer nur zur Erhöhung seines Profits, wird der steigende Strombedarf der Industrie, wofür auch KKW's „notwendig" sind zur wachsenden Automatisierung und damit zum Abbau von Arbeitsplätzen verwendet.

Heuchlerisch ist die Kritik am parlamentarsichen „Gegner" CDU, wenn getadelt wird, daß „das fehlende Bewußtsein (?) nicht mit dem Polizeiknüppel eingebleut" werden könne, wenn gleichzeitig z.B. die SPD-Regeirung aus Hamburg ihre Knüppelgarden nach Brokdorf schickte. Hier hoffen die IG Chemie-Führer auf die Unwissenheit ihrer Leser.

Insgesamt wird mit dieser Stellungnahme sehr gut der Standpunkt der IG Chemie-Führer als verlängerter Arm der Regierung und Verteidiger imperialistischer Globalinteressen deutlich.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Entlassungen in einem Gewerkschaftsbetrieb

Severa, Hamburg. Ende Oktober dieses Jahres wurden zwei Frauen wegen Krankheit entlassen. Vier Kündigungen waren von der Werksleitung beantragt worden, zwei Kündigungen wurden vom Betriebsrat jedoch abgelehnt. Hierbei handelte es sich allerdings auch um Fälle, denen selbst die reaktionäre Betriebsrats-Mehrheit nicht zustimmen mochte. Eine Frau hatte sich z. B. ein Bein gebrochen und die Werksleitung begründete ihre Kündigung damit, daß eine Weiterbeschäftigung zu kostspielig sei, da diese Frau ja jetzt längere Zeit nicht arbeiten könne (!).

Am 19.11.76 wurden bei sechs Frauen die Spinde geöffnet. Dabei wurden bei den Frauen Produkte im Werte von DM 3 – 16,50 (insgesamt 50 DM) gefunden, die auch im Betrieb hergestellt werden. Alle sechs Frauen wurden mit Zustimmung des Betriebsrates fristlos entlassen. Der Hammer ist, daß die Arbeiterinnen des Severa-Werkes Düsseldorf pro Monat kostenlos Produkte der Firma (Deputate) erhalten, während in Hamburg Frauen wegen ein paar Produkten im Spind ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bei diesen Entlassungen fallen besonders ins Auge:

1. Die Versorgung der Kollegen mit Kleinprodukten war bei Severa üblich, sozusagen ein „ungeschriebenes Gesetz". So wissen die Severa-Kapitalisten sehr wohl, daß sie bei 20 Spindöffnungen auch 20 „Kündigungsgründe" finden würden ...
2. Aus dieser Eigenversorgung, die bis dahin mit Billigung der Geschäftsleitung geschah, wird jetzt plötzlich „Diebstahl" gemacht, um einen billigen Kündigungsgrund zu haben. Tatsächlich geht es bei Se Severa um Rationalisierungskündigungen, die die Kapitalisten in der jetzigen Situation nur schwer durchbekommen hätten.
3. Das besonders zynische an diesen Kündigungsvorwänden ist, daß die Kapitalisten, für die das ein sehr bequemer Weg ist, damit kaltblütig den unbescholtenen Leumund von sechs Kolleginnen vernichten. Diese stehen jetzt als „Diebe" da und sie haben kaum eine Chance, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.
4. Die Krone setzt diesem menschenfeindlichen Vorgehen die Tatsache auf, daß es sich bei Severa um einen Gewerkschafts-Betrieb handelt. Womit die Gewerkschafts-Führer wieder einmal sehr anschaulich ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse gezeigt haben.

Chemie-Branchenzelle Nord
KB / Gruppe Bremen

Lage derFrauen „wesentlich verbessert"??

Sollte man der IG Chemie-Führung glauben, dann hat sich die Lage der Frauen nach Einführung des neuen §218 „*w e s e n t l i c h verbessert*" Dies behauptete jedenfalls Liesel Winkelsräter, im Hauptvorstand der IG Chemie zuständig für Frauenfragen, auf dem Gewerkschaftstag. In dieselbe Kerbe schlug Helmut Lölhöffel in der Septemberausgabe der „Gewerkschaftspost", wo er zu dem Schluß kam:„*Dennoch ist die Neuregelung des Paragraphen 218 ein - wenn auch kleiner - Schritt vorwärts.* Diese schleimige Verteidigung der „sozialen Indikation", die für die Frauen nur ein mehr an Kontrolle und „Beratung" brachte, ist schon ekelhaft. Noch widerlicher ist freilich die Geschichte der Behandlung des §218 durch die IG Chemie-Führer:

Dem Gewerkschaftstag 1976 lagen drei Anträge vor, die die ersatzlose Streichung des §218 forderten. Diese Anträge wurden erst gar nicht zur Abstimmung gestellt, sondern von der Antragskommission in die Forderung nach der „Fristenlösung" umgewandelt. Dies geschah u.a. mit der frechen Begründung von Peter Kripzak aus der Antragskommission, „*wir (!) haben uns immer in allen Bereichen für eine Fristenlösung ausgesprochen.*" Hierbei hatten die Gewerkschaftsführer wohl eher die Regierungskoalition im Auge, die tatsächlich einmal die „Fristenlösung" auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Jetzt, nachdem von einer „Reform" des §218 auch nicht ein kleiner Zipfel nachgeblieben ist, bemühen sich die Gewerkschaftsführer eifrig, die tatsächliche beschissene Lage den Frauen als „gute Lösung" und „Verbesserung" zu verkaufen. Sie brechen damit ganz eindeutig ihre eigenen Beschlüsse vom Gewerkschaftstag und zeigen sich wieder einmal als verlängerter Arm des kapitalistischen Staates und seiner Regierung.

Chemie Frauengruppe
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

„Lamm"fromm geworden?

Im Zentralorgan der DruPa vom 22. 11.76 wurde ein Leserbrief von Fritz Lamm abgedruckt. Fritz Lamm ist ein sehr bekannter DruPa-Linker, der jahrzehntelang mit an vorderster Front in den Kämpfen gestanden hat. Auch heute noch wird Fritz Lamm vom SB als wichtiger Sprecher der DruPa-Linken zitiert.

Der Leserbrief von Fritz Lamm erschien nicht zuletzt deshalb im DruPa-Zentralorgan, weil er die Gewerkschaftsführung bei ihrem Bestreben unterstützt, einen Sonderbeitrag von den DruPa-Mitgliedern einzukassieren. Fritz Lamm argumentiert dabei folgendermaßen:

„Mit der kapitalistischen Entfaltung hat sich auch beim Arbeitnehmer vieles geändert. Vergessen ist, daß einst Arbeiter in höchster Not ohne die geringste finanzielle Unterstützung und rechtliche Absicherung kämpften. Mit heute fast unvorstellbaren Opfern wurde erst das Recht erstreikt, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen. Heute erscheint es jedem natürlich, daß größere Arbeitskämpfe nur auf Anordnung oder mit Billigung des Vorstandes ausgefochten werden können. Die meisten Mitglieder gehen davon aus, daß sie bei einem Streik nur minimale eigene Opfer zu bringen haben, daß dennoch der Kampf „sich lohnen" die Forderungen mindestens zu drei Viertel erreicht werden können. Sehr radikale Mitglieder wollen – ohne Rücksicht auf Organisationskraft in den Betrieben und auf die Rücklagen der Organisation – gleich alle Mitglieder zum Streik aufrufen und solange ausharren, bis die Forderungen (die ihnen meist schon zu gering waren) voll durchgesetzt sind. Einige von ihnen halten zudem noch die Beiträge für zu hoch. Sie haben ein Idealbild eines ständig kampfbereiten Proletariats im Kopf, das es in der Realität nicht gegeben hat, nicht geben kann und nicht gibt. Sie leugnen, daß lang andauernde Kämpfe meist weniger erfolgreich enden als die, die schnell zum Nachgeben der anderen Seite führen. Sie zweifeln nicht daran, daß Urabstimmungen dieselbe hohe Streikbereitschaft ergeben, wenn gefragt wird, den Kampf auch ohne beträchtliche Unterstützung zu beginnen oder fortzusetzen".

Dann wird dem DruPa-Vorstand noch bescheinigt, daß er von der tatsächlichen Lage ausgeht. Allerdings „befremdet" es Lamm, wenn DruPa-Boß Mahlein von der *„Gefahr einer demokratischen Nachtwächterorganisation "* bei „zuviel Demokratie" spricht. Alles in allem also eine klare Stellungnahme zugunsten der DruPa-Führung und reichliche Anmache gegen die DruPa-Linken und da speziell gegen die Positionen der Hamburger DruPa-Linken und des KB.

Im krassen Gegensatz dazu stehen Lamms frühere Aktivitäten in der DruPa. Er war einer der mutigsten Kämpfer gegen die Rechtsentwicklung in den Gewerkschaften, gegen die alleinige Beschränkung auf den Lohnkampf, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse etc. Noch auf dem letzten DruPa-Gewerkschaftstag 1973 in Hamburg war er einer der wenigen, der gegen die Ausschlußpolitik der DruPa-Führung Stellung bezogen hat. Und gerade diese Rechtsentwicklung hin zu sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften hat in den letzten Jahren an Tempo zugenommen, was auch Fritz Lamm trotz seines Alters und Rückzugs aus der aktiven Gewerkschaftsarbeit sicher nicht entgangen ist.

Ganz offensichtlich ist Fritz Lamm der DruPa-Führung aufgesessen, wenn er kritisiert, daß die Gewerkschaftsmitglieder Opfer zur Durchsetzung ihrer Interessen scheuen, gleichsam nur noch aus dem bequemen Sessel heraus den gewerkschaftlichen Kampf führen wollen und in diesem Zusammenhang speziell die Linken angreift, die sich gegen die Erhebung des Sonderbeitrags nach dem Druckerstreik ausgesprochen haben. Die Ablehnung dieses Sonderbeitrags geschieht nicht aus Gründen der „Bequemlichkeit" oder weil die linken Kollegen keine Opfer auf sich nehmen wollen – Im Gegenteil. Gerade das engagierte Eintreten der fortschrittlichen Kollegen im Streik hat gezeigt, daß sie keine Strapazen und Mühen scheuen. Die Ablehnung des Sonderbeitrags erfolgt aus der Erkenntnis, daß die mehr kassierten Mitgliederbeiträge eben nicht zur Auffüllung der Streikkasse benutzt werden – nicht einmal 10% der Gewerkschaftsbeiträge gehen heute noch in den Streikfond –, sondern zum Ausbau des Funktionärsapparats. Und diese freigestellten bezahlten Funktionäre sehen ihre wesentliche Aufgabe darin, jegliche Aktivitäten an der Basis, die auf die Entwicklung eines kämpferischen Bewußtseins bei den Kollegen hinauslaufen, zu unterbinden, wobei gerade die aktivsten und kämpferischsten Kollegen im Schußfeuer stehen.

Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie linker Kollegen, das betreibt heute der Funktionärsapparat, für dessen Stärkung jetzt auch Mahlein die Sonderbeitragskampagne eingeläutet hat.

In dem Zusammenhang des rapiden Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie muß auch Mahleins Äußerung der „Gefahr einer demokratischen Nachtwächterorganisation" bei „zuviel Demokratie" gesehen werden. Fritz Lamm hat diese Äußerung „befremdet". Wir meinen, daß sie im direkten Zusammenhang mit der Beitragserhöhung steht, die Fritz Lamm verteidigt, die aber genau dazu verwendet werden wird „zuviel Demokratie" in der Gewerkschaft nicht zuzulassen.

Erkennt Fritz Lamm diesen Zusammenhang, dann weicht vielleicht auch die Resignation, in die er angesichts der augenblicklichen Situation gefallen ist, und der alte Kämpfer kommt wieder zum Vorschein.
Wir hoffen es!

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

erfolgreich enden als die, die schnell zum Nachgeben der anderen Seite
chen haben. Die Ablehnung dieses Sonderbeitrags geschieht nicht aus
Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

DruPa-Führung zu Brokdorf:
An die Spitze spurten und abbiegen

Hamburg: Erstmalig am 8.11.76 nach der ersten großen Protestdemonstration und dem brutalen Polizeieinsatz gegen die Demonstranten in Brokdorf wurde dieses Thema mittels einer Protestresolution in die Hamburger Delegiertenversammlung der DruPa eingebracht. Durch massiven Einsatz der DruPa-Führer für die „Notwendigkeit und damit den Bau von Atomkraftwerken" wurde die Resolution abgelehnt (ca.88:69). Wer sich nach den Vorfällen vom 13.11. in Brokdorf für die nächste DruPa-DV am 2.12. wiederum auf einen langen Clinch eingerichtet hatte, um das Thema überhaupt auf die Tagesordnung zu bekommen, sah sich getäuscht. Der DruPa-Vorstand selbst legte eine Entschließung zu Brokdorf vor. Nach einer einleitenden Verurteilung der harten Polizeieinsätze heißt es: *„An den Demonstrationen gegen den Bau eines Reaktors in Borkdorf beteiligten sich viele Gewerkschaftsmitglieder, die nicht hinnehmen können, daß sie und die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe von der Landesregierung Schleswig-Holstein zu Gegnern der freiheitlichen Ordnung diffamiert werden. Gewalt löst weder die Probleme der freiheitlichen Gesellschaftsordnung noch die des Lebens mit Kernenergie* (!).
Wir fordern:
eine breite Aufklärung über das Atomprogramm der Bundesregierung und seine Folgen,
einen Gesamtplan Umweltschutz für den Bereich Unterelbe,
Stop des Baus des Kernkraftwerks in Brokdorf und anderswo bis zur Klärung der Einwände."

Diese letzte Forderung war der einzige Zusatz, der von der Versammlung in die Resolution eingebracht werden konnte. Nach der heftigen Verteidigung der Kernkraftwerke durch den DruPa-Vorstand noch knapp einen Monat zuvor, wurden hier schon reichliche Rückzieher gemacht, denn ein erneutes totales Abwiegeln erschien dem Vorstand offensichtlich nicht mehr erfolgversprechend. Allerdings gelang es der DruPa-Führung damit vorerst noch, die Kernenergie zu einem „ungeklärtem" Problem zu deklarieren und dafür eine Mehrheit zu finden.

Eine weitere Entschließung eines Mitgliedes der graphischen Jugend, die etwas breiter den Protest der Bevölkerung schilderte, wurde von diesem zugunsten der Vorstandsentschließung zurückgezogen und auch weitere Resolutionen blieben ohne Chance, da sich der Großteil der Anwesenden an eine vermeintlich Einheit mit dem Vorstand klammerte. Die Rechnung des DruPa-Vorstands ging jedoch nicht auf, wenn er meint, dadurch auch der Diskussion und der konkreten Solidarität in den Betrieben die Spitze genommen zu haben. An der Berufsschule G5 (in der auch die Drucker sind) sowie in einigen Betrieben, wie z.B. Springer-Ahrensburg, wurde eine erhebliche Anzahl von Unterschriften unter eine Solidaritätsadresse an die BUU gesammelt, die mit folgenden Forderungen endet:

- sofortige Räumung des Bauplatzes
- Straffreiheit für festgenommene Demonstranten!
  die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes müssen zur Rechenschaft gezogen werden!
- Kein KKW in Brokdorf oder anderswo!

Zudem hat es bislang mehrere außerbetriebliche Kollegentreffen gegeben, auf denen Filme bzw. Diaserien über die jüngsten Borkdorfereignisse angesehen und diskutiert wurden. Und diese Initiativen sind längst nicht abgeschlossen, im Gegenteil, sie werden als Anfang verstanden, auch und gerade wenn das nicht im Sinn der DruPa-Führer ist.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Prozeß gegen 18 Streikposten

Reutlingen: Jetzt, mehr als ein halbes Jahr nach dem Druckerstreik, nimmt die Strafverfolgung gegen Mitglieder des „Komitees der 41 festgenommenen Reutlinger Streikposten" konkrete Formen an. Am 22.10.76 erhielten die Mitglieder des Komitees Bußgeldbescheide über je 113 DM. Begründung:

„Der Betroffene hat folgende Ordnungswidrigkeit vorsätzlich begangen: am Freitag, dem 07.05.1976, gegen 1.45 Uhr, hatten Sie in Reutlingen, Torausfahrt Beuterstraße des Verlagsgebäudes des Reutlinger Generalanzeigers, sich nicht aus der öffentlichen Ansammlung entfernt, obwohl der Polizeieinsatzleiter die öffentliche Ansammlung dreimal rechtmäßig zum Auseinandergehen aufgefordert hatte. Sie hatten somit an einer unerlaubten Ansammlung teilgenommen".
Unterschrift: Oberbürgermeister Dr. Oechsle (CDU). Doch damit nicht genug. Anfang November erhielten 18 Streikposten eine Anklageschrift wegen „gemeinschaftlicher Nötigung". Ihnen soll vor dem Reutlinger Amtsgericht der Prozeß gemacht werden. Die 18 Kollegen sollen angeblich auf Fotos bzw. nach Zeugenaussagen identifiziert worden sein. Mit den Bußgeldbescheiden und den Anklagen soll Streikposten-Stehen als „unerlaubte Ansammlung" bzw. „Nötigung" kriminalisiert werden. Diese Bestrebungen gehen Hand in Hand mit dem Westberliner Urteil, das den Druckerstreik von 1973 unter anderem wegen der „Unverhältnismäßigkeit der Mittel" nachträglich für „illegal" erklärte und nach dessem Strickmuster alle künftigen Streiks illegalisiert werden können. Deshalb muß auch der Protest gegen die Reutlinger Bußgeldbescheide und Anzeigen sowie die Solidarität mit den angegriffenen Kollegen über den Druckbereich hinausgehen. Das „Komitee der 41 festgenommenen Reutlinger Streikposten" hat den Verlauf der Auseinandersetzung beginnend mit dem Polizeieinsatz am 7.5.76 in einer Broschüre dokumentiert. Solidaritätsadressen und Broschürenbestellung: H. Hassis, Kammweg 73, 7410 Reutlingen.
(Information nach „Rote Fahne" des KAB„D", 1.12.76)

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschistische Betriebsräte von Richter abgesetzt

Broschek/Hamburg Nach fast zweijährigen ständigen Angriffen gegen die im Frühjahr '75 neu in den Betriebsrat gewählte linke Liste („Argumente") haben die Kapitalisten ihr erstes größeres Ziel erreicht. Nachdem die Kapitalisten mehrere Instanzen nicht gewinnen konnten, erreichten sie vor dem Landesarbeitsgericht eine Einstweilige Verfügung, die beiden Betriebsräten „die weitere Ausübung ... bis zur rechtskräftigen Entscheidung" des Bundesarbeitsgerichts in Kassel untersagt.

Im Laufe der ganzen Auseinandersetzung wurde recht gut deutlich, daß es der Geschäftsleitung gar nicht nur um die mittlerweile eineinhalb Jahre zurückliegende Auseinandersetzung ging (die beiden Betriebsräte hatten eine Resolution gegen eine geplante Veranstaltung der HIAG-Waffen-SS vor'm Betrieb verteilt). Ein ganzes Trommelfeuer von Angriffen war auf die BRs niedergeprasselt. So schreiben die beiden Betriebsräte auch in einer Erklärung an die Kollegen

„– So hatten wir beide während des Streiks Hausverbot.
– J. wurde des Betrugs bezichtigt.
– Es gab eine Verwarnung wegen einer Rede auf einer Betriebsversammlung.
– Vor dem Streik wurde einer von uns beurlaubt, wegen Streikgefahr in der Buchbinderei".

Weiter schreiben die betroffenen Kollegen: *„Nachdem es der Geschäftsleitung nun gelungen ist, das Ergebnis der BR-Wahl ... zu ändern, sollte sich die Mehrheit des Betriebsrates endlich zur Solidarität durchringen. Auch stellt sich die Frage, ob der Betriebsrat nicht zurücktreten sollte, da es unserer Meinung die Kollegen und niemand anderes entscheiden sollten, wer ihre Zustimmung und Vertrauen hat, um ihre Interessen im Betriebsrat zu vertreten".*

Es ist noch anzumerken, daß in diesen Tagen eine Unterschriftensammlung im Betrieb läuft, auf der die Kollegen fordern, daß der Betriebsrat zurücktreten sollte, um so Neuwahlen zu ermöglichen.

Broschek-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Druckerstreikfilm in der Delegiertenversammlung

Hamburg: Eine Hamburger Kollegin soll bekanntlich aus der DruPa ausgeschlossen werden, weils sie im Druckerstreik Video-Aufzeichnungen und Interviews über dessen Verlauf machte und den Streikenden wiederum zur Verfügung stellte. Im Gegensatz zu neun anderen fortschrittlichen Hamburger Kollegen ist dieser Ausschluß jedoch noch nicht vom Hauptvorstand vollzogen. Auf der Delegiertenversammlung stand dieser Punkt erneut zur Debatte. Der Kollegin wurde vom Vorstand nochmals die „Gewerkschaftsfeindlichkeit" ihres Tuns bescheinigt und darüberhinaus vorgeworfen, der inzwischen aus den Aufzeichnungen entstandene Film sei „der gewerkschaftlichen Idee abträglich". Nun, die anwesenden Kollegen waren der Meinung, darüber selbst befinden zu können und beschlossen, sich den Film auf der nächsten Delegiertenversammlung am 24.1.77 anzusehen. Weiterer Tagesordnungspunkt dieser DV wird ein Bericht des großen Vorsitzenden Loni Mahlein zur Tarifsituation sein. Insgesamt also eine ausgezeichnete Voraussetzung zur Mobilisierung und vor allem zur Wiederauflebung der Ausschlußdiskussion für die Linken. Dies gilt es zu nutzen!

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV

HBV-Führer

HBV-Führer auf Provokationskurs

Hamburg. Ca. 80 Kolleginnen und Kollegen besuchten am 29. November '76 die Hamburger Mitgliederversammlung der HBV-Fachabteilung Banken und Sparkassen. Neben dem Bericht des Fachgruppenvorstandes beherrschten im wesentlichen zwei Themen den Abend: „Rationalisierung" und das Thema „Frauenarbeit";

Darüberhinaus wurden zwei Resolutionen verabschiedet: eine zur solidarischen Unterstützung der Demonstration der IG-Metall gegen Arbeitslosigkeit und Rationalisierung sowie eine andere, die sich gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf, gegen die brutalen Polizeieinsätze dort sowie gegen die Demonstration von ÖTV-Betriebsräten für den Bau des Kernkraftwerkes wendete (siehe Kasten).

„Wir sind nicht gegen Rationalisierung!"

In diesem Tenor berichtete der geladene Gast, Thomas Heyll, vom HBV-Hauptvorstand in Düsseldorf, über das Thema Rationalisierung.

In waschechter „Managersprache" berichtete er, daß die Banken durch „bessere Technologie über eine Milliarde Zinsersparnis im Jahr" herausholen könnten, daß die Banken *„von der Personalkostenlast erleichtert (!)"* werden müßten, um sie wettbewerbsfähiger zu machen. Mit der Freude eines kleinen Jungen (oder kleinen Mädchens!) über die Technik seiner elektrischen Eisenbahn berichtete er von „vollautomatischen handybanks" in den USA, die ohne Personal (!) funktionierten. Dort stehen „Terminals" in den Fabriken (Eingabe der Lohnsumme) sowie in den Kaufhäusern. Der Kunde gibt den Kaufpreis direkt in den Terminal ein, sein Kontostand wird sichtbar, und ohne Bargeld, unter totaler Kontrolle seiner finanziellen Verhältnisse bucht das Kaufhaus den Betrag direkt ab – einfach Klasse! Oder, wie Thomas Heyll es ausdrückte: *„unwahrscheinlich rentabel".*

Die Kunden nehmen diesen ‚Service', wie er berichtete, gern an: Nach Umstellung auf diese „handybank-Methode" hat die betreffende Bank den Kundenkreis von 20% auf 80% des Einzugsgebietes steigern können.

Die Perspektive: *„Geschäftszweigstellen mit einem Mechaniker und einem Berater".*

Dagegen seien *„unsere (?) Zweigstellen absolut unterentwickelt"!* Ohne eine Zucken um den Mund sprach er von der *„Revolutionierung (?) der Arbeitsplätze"* und *„im Verwaltungswesen werden wir (??) die Schreibkräfte um 50% reduzieren".*

Aber (tröstete er die Kollegen), es würden nicht nur bei der Schreibtätigkeit, sondern auch bei der Sachbearbeitung Kollegen „freigesetzt". Beispiele:

- Ein Textautomat oder Magnetbandschreiber, bei dem auf Band gespeicherte Texteinheiten – z.B. Sätze oder Absätze – nur noch mit einer Ziffer angewählt werden, und ‚variable' persönliche Daten eingesetzt werden, ersetzt zum Beispiel zwei Schreibkräfte.
- Datensichtgeräte ermöglichen die beleglose Buchung. Mit ihnen werden zum Beispiel im sogenannten „swift"-Verfahren (Datenfernübertragung zwischen Banken im internationalen Zahlungsverkehr) 70% bis 80% des Personals „freigesetzt" (Heyll).

Angesichts dieser Entwicklung (einige Banken stellen bereits auf belegloses „on-line"-Verfahren um, bei der Dresdner Bank wird das „Swift"-Verfahren jetzt gerade eingeführt) konnte „Kollege" Heyll nur noch zynische Ratschläge geben:

- die Informationsstruktur sei unterentwickelt (auf deutsch: Betriebsräte und Vertrauensleute sind zu doof!)
- die Betriebsräte seien im ‚fachlichen' Bereich – d.h. in der Organisationslehre – zu wenig ‚fit', sie hätten Schulungsangebote des Hauptvorstandes nicht ausreichend wahrgenommen,
- die Betriebsräte kümmerten sich erst zwei Jahre zu spät um diese Dinge, wo man bestenfalls noch Sozialpläne aufstellen könnte,
- die Kollegen sollten mal nach

Fortsetzung von Seite 15

New York fahren, um sich die „handybanks" mal selbst anzusehen und
– schließlich seien auch die Personalchefs (jetzt mit den Rationalisierungen konfrontiert) noch nie „richtig gefordert" (!) worden.

Ein Hagel von Kritik ging in der anschließenden Debatte auf diesen Herrn nieder. Die Kollegen kritisierten die zynische Ausdrucksweise und Anmache gegenüber den Betriebsräten, die angeblich nicht genügend Schulungen etc. besucht hätten.

Mehrere Kollegen meinten, sie kämen sich vor, als ob sie hier auf der falschen Veranstaltung gelandet seien. Solche Dinge hätte kein Arbeitgeber besser bringen können.

Auch auf Fragen konnte dieser feine Herr keine konkreten Antworten geben:
– ob er, der ja nicht gegen Rationalisierung und kein „Maschinenstürmer" sei, ein einziges Beispiel nennen könnte, wo sich Rationalisierung p o s i t i v für die Kollegen ausgewirkt habe?
– Warum die HBV von der Rationalisierung im Angestelltenbereich „überrascht" gewesen sei, wo doch der DGB mit den Problemen der Rationalisierung spätestens seit 1960 beschäftigt sei!

Fazit: Die Kollegen wurden auf mangelnde Informiertheit angemacht, eine Perspektive für den Kampf gegen die Rationalisierungen wurde nicht gegeben, im Gegenteil versuchte Herr Heyll die Rationalisierungen schmackhaft zu machen.

Frauenarbeit – ein „Häkelbüdelklub"?

Besonders brisant – und beim gesamten Fachgruppenvorstand unbeliebt – war offenbar der, bis zuletzt aufbewahrte, Antrag von Kolleginnen und Kollegen, in dem gefordert wurde:

„Einrichtung eines Frauenarbeitskreises im Fachbereich Banken" und *„daß sich der Fachabteilungsvorstand Banken umgehend für die Einrichtung eines Frauenausschusses in der HBV-Hamburg einsetzt."*

In der Begründung im Antrag heißt es dazu:

„Seminare zu Frauenfragen bieten, wie sich gezeigt hat, gute Ansatzpunkte. Jedoch werden hier vorwiegend Frauen angesprochen, die sich trotz doppelter Belastung bereits an gewerkschaftlicher Arbeit gelernt haben zu beteiligen.

In Arbeitskreisen – auf Mitgliederebene – zu diesem Thema könnten weitere Frauen angesprochen werden. Indem wir die Frauen an ihren besonderen Interessen motivieren, werden sie überhaupt erst in die Lage versetzt, um zusammen mit den männlichen Kollegen gleichberechtigt die gewerkschaftliche Arbeit gegen zunehmende Rationalisierung, Arbeitshetze und Lohndrückerei aufzunehmen."

den männlichen Kollegen gleichberechtigt die gewerkschaftliche Ar-

Eine Kollegin und zwei Kollegen des Fachgruppenvorstandes entgegneten dazu: Zwar wäre nicht zu leugnen, daß es eine besondere Belastung der Frauen gäbe. Eine spezielle Frauenarbeit sei jedoch spalterisch – und es käme darauf an, die Frauen gleichberechtigt an der Betriebsgruppen- und Fachabteilungsarbeit zu beteiligen.

Harald Lohse – Mitglied des Fachgruppenvorstandes –, sonst immer sehr auf sein fortschrittliches Image bedacht, versuchte mit einem ganzen Register von „Argumenten" zu leugnen, daß sich die HBV um eine spezielle Arbeit mit Frauen kümmern müßte:
– Frauen seien ausreichend in der gewerkschaftlichen Arbeit repräsentiert (In Betriebsgruppenleitungen zu 59%, im Fachabteilungsvorstand Banken mit 52,6%, im Vertrauenskörper der Dresdner Bank mit 42,8%). Das beweise, daß es auch ohne Frauenarbeit ginge.
– Er habe die Erfahrung (und was sind schon Argumente gegen die Erfahrungen eines Harald Lohse ...), daß Frauenausschüsse automatisch zu „Häkelbüdelklubs" würden.

Auf den Zwischenruf, das sei eine ungeheuerliche Diskriminierung der Frauen, meinte er nur:
– „Nicht mit mir in diesem Ton!"

Und auch die Frage, warum denn, wenn eine spezielle Frauenarbeit unsinnig sei, der HBV-Hauptvorstand überhaupt ein „Referat Frauen" und einen „Haupt-Frauenausschuß" habe, meinte er:
– Darüber sei die HBV eigentlich schon weg, und man ließe diesen Ausschuß auch nur deshalb noch gewähren, weil die Frauen dort in zwei Bezirken eine starke Basis hätten (au weia!). Im übrigen brabbelte er noch dummes Zeug von „Hauptfrauen" etc.

Nachdem sich eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen empört über diese Arroganz auch eindeutig für die Notwendigkeit einer Frauenarbeit einsetzten, versuchte H. Lohse noch ein anderes Register:

Er wollte mal „erhellen", woher diese Forderung „eigentlich käme". Da gäbe es nämlich eine „bestimmte Gruppierung außerhalb der Gewerkschaft", die „ihren Mitgliedern den Auftrag gäbe", solche Anträge in die Gewerkschaft hineinzutragen, ansonsten aber die Frauenarbeit als Spaltung der Arbeiterklasse bekämpfen würde.

Nun, viele Kolleginnen und Kollegen fühlten sich dadurch erst recht verarscht (Schließlich hatten den Antrag bereits zu Beginn der Mitgliederversammlung über 25 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet).

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag angenommen.

Für die aktiven Kolleginnen und Kollegen wird es nun darauf ankommen:
– den Fachgruppenvorstand in der Einhaltung dieses Beschlusses zu kontrollieren,
– eine Frauenarbeit in den Betrieben bereits j e t z t zu leisten (Besondere Arbeitsbedingungen der Kolleginnen, Auswirkungen der Rationalisierung auf die Frauen, besondere Anmache etc.);
– die besonderen Probleme der Frauen verstärkt in Betriebsgruppen und Arbeitskreise hineinzutragen.

Im letzten Punkt können die aktiven Kolleginnen und Kollegen sicherlich mit der vollen Unterstützung des Fachgruppenvorstandes rechnen, da ja die „integrierte Frauenarbeit" in der HBV so eine Selbstverständlichkeit ist!?!?!

Betriebszelle Banken
KB/Gruppe Hamburg

Brokdorf-Solidarität

Hamburg. Mit zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimmen verabschiedete die Mitgliederversammlung der Fachabteilung Banken am 29.11.76 eine Resolution gegen den Bau des Atomkraftwerkes in Brokdorf. Es heißt darin:

„Der Bau von Atomkraftwerken hat wenig zu tun mit technischem Fortschritt und Sicherung der Arbeitsplätze. Vielmehr sind die enormen Gefahren von Atomenergie und die Verwüstung der Umwelt Grund genug, sich massiv gegen den Bau von Atomkraftwerken zu wenden. ...

Die Mitgliedervollversammlung verurteilt die brutalen Polizeieinsätze gegen die Demonstranten, bei denen ca. 700 Menschen verletzt wurden und zwei noch immer in Lebensgefahr schweben und fordert:
– Schluß mit der Besetzung des Bauplatzes durch Polizei, Bundesgrenzschutz und Werkschutz,
– Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo.

Ebenso wie der Fachgruppenvorstand Versicherungen verurteilt die Mitgliedervollversammlung aus den vorgenannten Gründen, daß die ÖTV eine Demonstration für den Bau des Atomkraftwerkes unterstützte."

Betriebszelle Banken
KB/ Gruppe Hamburg

lung verurteilt die brutalen Polizeieinsätze gegen die Demon-
Betriebszelle Banken
KB/ Gruppe Hamburg

Fachgruppe Buchhandel der HBV gegen Lohnraub- Abschluß

Hamburg: Mit einer Resolution, die von der Betriebsgruppe der Buchhandlung Frensche auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel der Gewerkschaft am 26.11.76 eingebracht wurde (eine ähnliche lag von Kollegen der Buchhandlung „Spatz" vor), protestierten die organisierten Kolleginnen und Kollegen scharf und mit großer Mehrheit (neun Gegenstimmen) gegen den Tarifabschluß vom 8.11.76. Gefordert waren DM 135,– für alle, die Kapitalisten boten zuletzt im August ca. 6%. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen „einigte" sich die Tarifkommission (die Mehrheit) auf Anhebung der Gehälter um 65,– DM bis 110,– DM

Neben dem geringen Abschluß wurden vor allem verurteilt, daß sich weder Sekretär Cohn noch die Tarifkommission noch der Landesleiter Krause an einen Beschluß der Fachgruppenversammlung vom April dieses Jahres gehalten haben, vor Unterzeichnung eines Vertrages erst mal die Mitglieder auf einer erneuten Versammlung zu befragen.

In der Resolution wird verlangt, daß bei der nächsten Tarifrunde erstens ein nunmehr höherer Betrag gefordert wird und zweitens bereits bis spätestens Februar 1977 das Vorgehen der Gewerkschaft wie auch die Forderung festgelgt sein muß.

Abgesichert durch Satzung u.ä. „konterte" Sekretär Cohn. Vor allem die Kollegen von Frensche versuchte er abzukanzeln mit dem Vorwurf, daß sie ja gut reden hätten. Ihr Kapitalist habe ja ohnehin schon vorher mehr Geld zahlen wollen als die anderen. Hätte man nun nicht abgeschlossen, hätten alle anderen Kollegen das Nachsehen. In einer den HBV-Sekretären inzwischen eigenen Arroganz meinte er noch, insofern sei es der Betriebsgruppe Frensche egal, was wird.

Als dann aber noch die Buchhändlerklasse der Berufsschule Holzdamm (1. Block) eine Protestresolution an die Tarifkommission vortrug (die einstimmig mit Unterstützung nichtorganisierter Kollegen verabschiedet wurde), in der sowohl der niedrige Abschluß für die Auszubildenden kritisiert (DM 40,– bzw. DM 60,– mehr statt der geforderten DM 135,–) und sich auch für Abstimmung eines Verhandlungsergebnisses unter den Mitgliedern ausgesprochen wurde, gingen bei einer „Kollegin" aus dem Fachgruppenvorstand die „Pferde durch". Sie pöbelte, daß die Lehrlinge froh sein dürften, überhaupt Geld zu bekommen!

Die dann folgende Abstimmung über die Frensche-Resolution allerdings zeigte, daß weder Cohn noch andere Abwiegler landen konnten.

Wichtiger allerdings, als nun nur auf Beschlußfassung von Kampfmaßnahmen bis zum Februar 1977 zu drängen (Frensche-Resolution), ist die Klarlegung und Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen in den vielen Buchhandlungen in Hamburg. Cohn & Co. können bislang trotz aller Proteste relativ ungestört ihre Willkürmaßnahmen durchziehen. Ausgehend von den aktiven Betriebsgruppen und Buchhändlern muß der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie geführt und beim Namen genannt werden.

Betriebszelle Buchhandel
KB/Gruppe Hamburg

HBV-Neuigkeiten

Neuer geschäftsführender Sekretär der Hamburger Ortsverwaltung der HBV ist ein Herr Hauschild aus der IG Chemie-Frankfurt. Herr Hauschild war Akademiker mit einem Monatsgehalt von ca. DM 5.000,–, bei der HBV erhält er „nur" DM 3000,–!

***

Die Fachgruppe Buchhandel der HBV in Hamburg verabschiedete auf ihrer Mitgliederversammlung am 26.11.76 (s. Artikel dazu) eine Protestresolution gegen den KKW-Bau in Brokdorf und anderswo. Sowohl das Verhalten der ÖTV-Führer als auch der brutale Bulleneinsatz wurde scharf verurteilt.

Es geht auch andersrum: Auf der bereits genannten Versammlung der Fachgruppe Buchhandel legte Sekretär Cohn eine Resolution gegen die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR vor.

Sie wandte sich ausschließlich gegen die Ausbürgerung und als die Kollegen anfingen, alle weiteren Aspekte zu diskutieren (Bestechungsangebot von Biallas etc.), zog Cohn schnellstens seinen Antrag zurück und beendete die Sitzung.

HBV-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Schikanen gegen linken Betriebsrat

Schikanen gegen linken Betriebsrat

Edag-Hamburg: Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Edag (Datenverarbeitungsbetrieb der Edeka) A.S. wurde vor einiger Zeit aus der Gewerkschaft HBV ausgeschlossen. (Er hatte sich „gewerkschaftsfeindlich" verhalten, als er den Aufruf zu einer Frauenveranstaltung verteilte!). Allem Anschein nach wollen die Kapitalisten nun nachziehen. Die Geschäftsleitung forderte von ihm, er solle sofort aufschreiben, was er wie lange pro Woche für den Betriebsrat mache. Der BR insgesamt lehnte dieses Ansinnen ab und drohte dem Kapitalisten mit rechtlichen Schritten, sollte der Kollege S. in seiner Arbeit behindert werden. Die Edeka verlangt nun vom gesamten Betriebsrat, daß sich alle Mitglieder ab sofort bei der Geschäftsleitung oder einem Prokuristen abmelden müssen, wenn sie der Betriebsratsarbeit, einschließlich Schreibtischarbeit, nachgehen.

Der BR reagierte in seiner für Kollegen gewohnten Weise:

Er lehnte die Abmeldepflicht als Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes öffentlich mit einem Schreiben am „Schwarzen Brett" ab und leitete eine breitere Diskussion unter den Kollegen ein. Gleichzeitig wird sich natürlich nicht abgemeldet, obwohl die Geschäftsleitung dies nochmals ultimativ forderte.

Eine weitere Maßnahme und in jedem Fall wirkungsvoller wird es sein, wenn die Kollegen ab sofort die einzelnen Betriebsratsmitglieder ganz offiziell und so oft wie möglich in Anspruch nehmen.

Betriebszelle Edeka
KB/Gruppe Hamburg

Jugendmitgliederversammlung HBV – Viel Wirbel, aber nichts dahinter

Hamburg: An der am 1.12. stattgefundenen Jugendmitgliederversammlung (JMV) der HBV in Hamburg beteiligten sich diesmal ca. 100 Jugendliche. Extra angereist kam der Bundesjugendsekretär der HBV, um über Jugendpolitik zu referieren. Eine „Kampfabstimmung" über sein Rederecht ging zwar knapp für ihn aus, zeigte aber, daß geringes Interesse an seiner Anwesenheit bestand. Durchaus berechtigt, wie sich später hersausstellte. Ähnlich wie der große Vorsitzende Vietheer ließ er verlauten, als es z.B. um den Extremistenerlaß ging, daß eine Diskussion darüber gar nicht geführt werden kann, zumal *„jeder der hier Anwesenden mit dem Eintritt und der damit verbundenen Mitgliedschaft in der HBV die Satzung anerkennt."* Das spricht für sich!

Der siebenseitige Rechenschaftsbericht des OJA (Ortsjugendausschuß), der kurz vorgetragen wurde, stieß auf große Kritik. So z.B. wurde kein HBV-Jugendinfo erstellt, was vom OJA selbst auf der letzten JMV angeregt wurde. Trotz einiger Proteste an den Berufsschulen gegen die 5/7-Regelung tagte der „Berufsschularbeitskreis" so gut wie gar nicht. Überhaupt gelang es dem OJA bisher nur, gewisse Ansätze einer Jugendpolitik bei einigen Versicherungen und bei der „Pro" umzusetzen. Ansonsten ist er in den Betrieben ziemlich unbekannt.

Eigentlich ist das gar nicht verwunderlich, denn öffentliche Jugendarbeit wurde vom OJA bisher überhaupt nicht geleistet.

Hinzu kommt, daß sich der OJA angeeignet hat, über Diskussionen der Mitglieder, wie z.B. über das Thema „Blockunterricht", einfach hinwegzugehen. Über den Blockunterricht, der an Hamburger Berufsschulen grundsätzlich eingeführt werden soll, bestehen mannigfaltige Kritiken aus vielen Schülerkreisen. Es waren für diese JMV dazu zwei Anträge vorbereitet. Der OJA, der zu diesem Thema auf der letzten JMV eine Diskussion bzw. Abstimmung mit dem Argument abblockte, die Meinungsbildung innerhalb der HBV über den Blockunterricht sei noch nicht abgeschlossen, hatte sich eigenmächtig in der Zwischenzeit bereits festgelegt. In zwei Flugblättern forderte er alternativ Blockunterricht mit ausreichender Stundenzahl und Dauer, oder die 6/6-Regelung. Für viele Berufsschüler besteht hier allerdings keine Alternative, sondern eher ein Gegensatz.

Da es der OJA ausgezeichnet verstand, den Kritiken an seiner bisherigen Arbeit permanent auszuweichen, indem in den OJA-Wortbeiträgen einzelne Kritiken zusammengefaßt und global mit Verbesserungsversprechen beantwortet wurden, forderten die Versammelten in einer Abstimmung den OJA auf, zu jedem Kritikpunkt direkt Stellung zu nehmen. Aber auch das nützte nicht viel.

Immerhin sah sich der OJA gezwungen, aufgrund breiter Kritiken, was das Info und eine stärkere Arbeit mit Flugblättern betrifft, einen Zettel herumzureichen, wo sich Kolleginnen und Kollegen eintragen sollten, die bereit sind, an der Erstellung des Infos mitzuarbeiten. Viele Kollegen meldeten sich dafür. Abzuwarten ist, wann die ersten Initiativen für die Erstellung ergriffen werden. Als dieser Punkt abgeschlossen wurde, war bereits der festgelegte Zeitpunkt in der Dauer der JMV erreicht. Wesentliche Tagesordnungspunkte, wie die Antragsdebatte, es lagen zwei einschlägige Anträge, einmal zu Brokdorf und einmal zum Blockunterricht vor, wo jeweils der OJA zur Durchführung einer Veranstaltung aufgefordert wurde, sind weggefallen. Nicht zuletzt ist dieses einigen wirren Abstimmungsverfahren anzulasten, die vielfach um eine Debatte auf Schluß der Rednerliste durchgeführt wurden, was die ganze JMV sehr heikel und formal aussehen ließ. Gerade noch bewerkstelligen werden konnte die Nachwahl eines OJA-Mitgliedes. Der Hammer ereignete sich bei der Kandidatenvorstellung, als jemand den Vorschlag unterbreitete, die Wahl von der Einstellung des Kandidaten zu Biermann abhängig zu machen. (Der Vorschlag kam von GIM'lern!) Glücklicherweise konnte eine solche Kandidatenbefragung rechtzeitig beendet werden zugunsten einer – wenn auch kurzen – Befragung zum „Extremistenerlaß" u.ä.

Nachgewählt für den OJA wurde eine DKP'lerin. Die DKP'ler hatten auch diesmal wieder stark mobilisiert. Sie waren aber in einigen Abstimmungen nur knapp überlegen.

Gespannt sein darf man noch, ob im Januar eine weitere JMV durchgeführt wird, wozu der OJA mehrheitlich aufgefordert wurde. Dort sollen dann die untergegangenen wichtigen Tagesordnungspunkte diskutiert werden.

Einige Jugendgenossen aus der HBV

Weihnachtsgeld – Mittel der Betriebsjustiz

Hamburg: Die Willkür, die viele Firmen bei der Auszahlung sogenannter „freiwilliger" Weihnachtsgelder walten lassen, ist den meisten Kollegen – auch aus eigener Erfahrung – bekannt. Honoriert werden: „Wohlverhalten", „Betriebstreue" und Aufopferung für die Firma.

Die 3.000 Kolleginnen und Kollegen, die bei Eduscho – eine der größten westdeutschen Kaffeefirmen –, in den „Genuß" eines 13. Monatsgehalts kommen wollen, dürfen z.B. nicht mehr als 20 Abwesenheitstage im Jahr vorweisen. Sonst gibt's eben nur 80%! (Kollegen die keinen Abwesenheitstag haben bekommen 120%).

Als Abwesenheitstage gelten z.B.:
– Krankheitstage
– *„Krankheitstage, die auf einen gesetzlichen Feiertag fallen."* *„Ist einer bis zum 2. Januar krank geschrieben, dann ist er doch logischerweise am Neujahrstag nicht gesund."* So ein Firmensprecher von Eduscho. Bezwingende Logik, nur was hat das mit dem Weihnachtsgeld zu tun ...

Ferner gelten sogar die Tage des – gesetzlich garantierten – Bildungsurlaubes als Abwesenheitstage, und verringern das Weihnachtsgeld! Diese Willkür „begründet" der Eduscho-Firmenchef so:

„Das Weihnachtsgeld muß erwirtschaftet werden. Dabei spielt die Anwesenheit der Mitarbeiter eine große Rolle."

Womöglich sollen bald die Kollegen noch zwei Stunden täglich 'ranhängen, um sich ihren Lohn zu „erwirtschaften" (nach „Morgenpost" vom 6.12.76)!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Karstadt-Neckermann

20.000 Arbeitsplätze unsicherer denn je

Unter der massiven Drohung in der Öffentlichkeit, daß die 20.000 Arbeitsplätze von Neckermann gefährdet seien, wenn das Bundeskartellamt einer Fusion mit Karstadt nicht zustimmt, gab auf Intervention von Bundeswirtschaftsminister Friedrichs das Amt sein Ja-Wort (s. auch AK Nr. 94).

Kaum war die Tinte unter den Übernahmeverträgen trocken, wird von allen Beteiligten ein klares Wort gesprochen. In der ZDF-Sendung „Bilanz" am 2.12.76 erklärte ein Sprecher der Monopolkommission: *„Ich bin ... nicht davon überzeugt, daß ein Zusammenschluß in jedem Fall das richtige Instrument ist, um Arbeitsplätze zu erhalten. Denn die Ursachen, die zu den finanziellen Schwierigkeiten des betreffenden Unternehmens – in diesem Falle also Neckermann – geführt haben, sind durch den Zusammenschluß noch nicht ausgeräumt. Man wird sehen müssen, wie die finanzielle Basis von Neckermann wiederhergestellt wird und ob dabei nicht zusätzliche Entlassungen notwendig werden."*

Und Karstadt-Vorstandsmitglied Deuss erklärt in der selben Sendung: *„Eins ist klar, und das hat ja mit zu dem Mißerfolg oder zu der Situation bei Neckermann geführt, daß es Betriebsstätten gibt, die kaum an die Rentabilität zu führen sind und daß man dann solche Betriebsstätten, die notorisch Verluste machen, nicht aufrecht erhalten kann, ist für jemanden, der wirtschaftlich denkt, selbstverständlich."*

Und die konkreten Pläne werden bereits geschmiedet. Karstadt-Vorstandsmitglied Deuss dazu: *„Wir haben gestern eine Art Notmanagement zusammengestellt, nicht nur aus unserem Hause, sondern auch aus dem Hause Neckermann, und dieses Notmanagement wird in aller Kürze in Frankfurt aktiv werden."*

In aller Kürze also geht's los. Und in Fragen der Mitarbeitereinsparung hat Karstadt einschlägige Erfahrungen. Bei einer Umsatzsteigerung von 1,3 Milliarden DM in den Jahren von 1973 bis 1975 wurde das Personal von 62.000 auf 59.000 reduziert. Neckermann beschäftigt ca. 20.000 Kollegen, davon allein 12.000 in den Warenhäusern.

Aber noch eins wird heute nicht mehr verschwiegen. Hieß es noch vorher, z.B. auf dem Sektor des Reisegeschäftes, daß durch Abgabe seiner TUI-Anteile Karstadt nicht marktbeherrschend wird (durch die NUR-Reisen), so erklärt Karstadt-Vorstandssprecher Schröder in „Bilanz": *„Das wird dazu führen* (Zusammenführung gleichgelagerter Geschäfte, die Red.), *daß wir, wie wir es immer vergehabt haben, Karstadt und Neckermann als selbständig nebeneinander im Markt bestehende Unternehmen betrachten; es kann durchaus sein, daß sich durch die Kombination auf einzelnen Gebieten auch besondere Stärken ergeben. Das wird mit Sicherheit im Reisegeschäft der Fall sein, wo wir unser gesamtes Vertriebsnetz der NUR zur Verfügung stellen."*

Und wie mit dem „Preisbrecher" Neckermann umgesprungen werden soll, lieferte Deuss gleich noch hinterher: *„Neckermann ist nicht nur Preisbrecher gewesen, sondern hat sich vorzugsweise an die unteren Einkommensschichten gewendet; diesem Aspekt muß man auch in Zukunft Rechnung tragen und um dieses Wort Preisbrecher noch einmal zu benützen, das kann ja nicht im Sinne unserer Volkswirtschaft sein, daß Preisbrecherschaft soweit geht, daß 20.000 Arbeitsplätze in Gefahr geraten und eine Vielzahl kleiner Aktionäre hier wesentliche Teile ihres angelegten Vermögens verlieren."*

Der Fahrplan ist abgesteckt. Nichts von Beruhigungsgerede vor der Übernahme ist wahr:
- Die Arbeitsplätze sind in unmittelbarer Gefahr!
- Auf dem Reisesektor wird es zur Marktbeherrschung kommen!
- Neckermann wird als „Preisbrecher" aufhören zu existieren!

Das Monopolkapital hat sich in allen Punkten durchgesetzt, die Regierung hat willig jede Unterstützung gewährt!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Tarif-Diskussion

Tarifrunde „zu früh" eingeleitet

Hamburg: Eine Form der Diskussion, die besonders viele Mitglieder der ÖTV einbezog, hatte die Vertrauenskörperleitung am UKE (Universitätskrankenhaus Eppendorf) gewählt. Sie ließ durch die Vertrauensleute bereits Anfang November einen Fragebogen an die Mitglieder verteilen, mit dem sie deren Meinung über die auszustellende Forderung einholte. Die Auswertung der Befragung ist inzwischen abgeschlossen und allgemein bekannt. Mit überwältigender Mehrheit haben die ÖTV-Mitglieder am UKE eine Prozentforderung verworfen und einen Festgeldbetrag gefordert (der Fragebogen sah beide Möglichkeiten vor). Die Höhe der Forderung liegt durchschnittlich bei 190 DM, dazu werden 30 Tage Urlaub sowie 300 bis 500 DM Urlaubsgeld gefordert. Die Antwort des ÖTV-Bezirksvorstandes auf diese erfolgreich begonnene Mobilisierung zur Mitgliederdiskussion (die Verteilung der Fragebögen durch die Vertrauensleute war vielfach von intensiven Diskussionen begleitet) kam postwendend: die gesamte VK-Leitung wurde zum Strafappell ins Gewerkschaftshaus zitiert! Sie hätten die Tarifrunde zwei Wochen vor der ÖTV-Zentrale in Stuttgart eingeleitet und damit gegen Beschlüsse des Gewerkschaftstages verstoßen, und sie hätten Alternativen vorgeschlagen, die vom Tarifsekretariat gar nicht zur Debatte stünden! Mit dieser verkommenen Argumentation offenbart der Hamburger Bezirksvorstand eine Auffassung, nach der eine ehrliche, demokratische Diskussion unter ÖTV-Mitgliedern verboten ist! Wie deutlich bewußt ist solchen Leuten doch der Widerspruch zwischen ihrer Politik und den Forderungen der Kollegen. Statt Argumente gab es Drohungen wie: „Das wird es kein zweites Mal geben"! Am Ende der Unterredung, in der noch weitere selbständige Schritte der Kollegen angegriffen wurden, kam das „Urteil": In Zukunft sei über jede Sitzung des Vertrauenskörpers und der VK-Leitung dem Bezirksvorstand Mitteilung zu machen und zwar über Ort, Zeit, Beginn und Tagesordnung!

Die Rechnung der Gewerkschaftsführer, daß die Einschüchterung der Kollegen größer sein wird, als ihre Empörung, scheint vorerst aufgegangen zu sein, jedenfalls ist von dem Anschiß im Gewerkschaftshaus nur das unter den Kollegen im Gespräch, was „durchgesickert" ist, eine Unterrichtung der organisierten Kollegen steht noch aus.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
und Genossen vom UKE

Tarifdiskussion im Zentralkrankenhaus Bremen

Tarifdiskussion im Zentralkrankenhaus Bremen

Bremen: Hier gingen die Aktivitäten von der „ÖTV-Jugend" am Krankenhaus und einem Teil der Vertrauensleute (VL) aus. Auf einer Versammlung am 25.11. bestand unter den Jugendlichen Einigkeit, die Prozentforderung des Hauptvorstandes zurückzuweisen. Sie beschlossen eine Forderung erst nach Diskussion mit den Kollegen aufzustellen und ein Informationsblatt herauszugeben.

Auf einer Sitzung von 20 (von insgesamt 70) Vertrauensleuten am gleichen Tag stimmte die Mehrheit für eine Festgeldforderung in der Höhe von 190 DM und beschloß diese, sowie die abgelehnte Forderungsalternativen auf der Mitgliederversammlung am 7.12. zur Diskussion zu stellen.

In ihrem Flugblatt zur Vorbereitung der MV stellten die ÖTV-Jugendlichen der 8%-Forderung des Hauptvorstands die verschlechterte wirtschaftliche Lage der Kollegen gegenüber und der bis zur Überausbeutung gesteigerten Arbeitshetze wie sie in den Krankenhäusern als Folge der Rationalisierung überall zum Alltag geworden ist. Der Forderungsbeschluß (190 DM) der VK-Sitzung vom 25.11. wird in dem Flugblatt begrüßt und der Hauptvorstand aufgefordert, sich an die Beschlüsse der Mitglieder zu halten.

Auf der Mitgliederversammlung vom 7.12. wurde die Vorstandsforderung nur von wenigen vertreten. Eine lange Auseinandersetzung fand über Mischforderung oder Festgeldbetrag statt. Ein DKP-Sympathisant setzte sich insbesondere für die Mischforderung (5% + 120 DM) ein – mit folgender Begründung:

Man müsse mit taktischem Geschick dem Anti-DGB-Kartell (das sind DAG, Beamtenbund und rechte Gewerkschaften) entgegentreten und deshalb auch die Kollegen nicht verschrecken, die die Lohnunterschiede aufgrund der Leistung richtig finden und auch in der Lohnforderung aufrechterhalten wollen. Das wiederholte er in verschiedenen Variationen. Dagegen traten eine Reihe von Kollegen - so auch wir - auf und wiesen nach, daß es um die Einheit der Kollegen geht und zwar der Arbeiter und der Angestellten (nicht um die 0,9%, die über 4.000 DM verdienen).

In der Abstimmung sprach sich die große Mehrheit für 190 DM Festbetrag aus.

Einstimmig angenommen wurde: 500 DM Urlaubsgeld für alle plus 50 DM für jedes Kind. Das ist eine alte Forderung des VLK. Eine große Mehrheit stimmte außerdem dafür: kein neues Schlichtungsabkommen abschließen!

Krankenhausgruppe
KB/Gruppe Bremen

„Mit fünf Mark

„Mit fünf Mark sind Sie dabei"

Offensichtlich hat die ÖTV-Führung jetzt vor, sich die Mitglieder, wie der Bertelsmannkonzern zu kaufen! Denn: *„Für jedes neugeworbene Mitglied erhält der Werber 5 DM-Prämie!"* Dies verkündete ÖTV Sekretär Winkelmann auf der letzten Abteilungsversammlung des Bereiches Gesundheitswesen den verblüfften Kollegen. Unser TIP: soviele aktive Kollegen „werben", daß die ÖTV-Führung für jeden Austritt 500 DM zahlen würde!

Krankenhaus-Zelle 2/KB Lübeck

Die Nazis halfen Neckermann in den Sattel!

Nachdem der „Reiter für Deutschland", Josef Neckermann, jetzt von Karstadt und den Banken abgesattelt wurde, ist es nicht ganz uninteressant, wie dieser Kapitalist und einer der *„letzten großen Firmengründer nach dem Zweiten Weltkrieg"* („MoPo", 30.11.76) seinen „Aufstieg" begonnen hat.

Die Nazis haben gleich zu Beginn des Faschismus jüdische Unternehmer enteignet und dafür deutsche eingesetzt.

Einer davon war Neckermann.

Laut der sozialdemokratischen „Hamburger Morgenpost" vom 30.11.76 erhielt Neckermann 1935 von der „Dresdner Bank" (!) das Angebot im Zuge dieser „Arisierung" das Textilhaus Ruschkewitz in Würzburg zu übernehmen. 1938 erhielt er – ebenfalls durch Arisierung – das Berliner Versandgeschäft „Wäscheman ufaktur Carl Joel", dessen jüdischer Besitzer in die Schweiz geflohen war. Es handelte sich dabei um das damals drittgrößte deutsche Versandhaus.

Und diese hervorragende Ausgangsposition hat sich nach dem Krieg noch verbessert: Der Rüstungskapitalist Flick hat Neckermanns große Pläne anfangs finanziert und ist dann mit 70 Millionen ausgestiegen. Eine Hand wäscht die andere!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Mitgliederversammlung im Amt für Jugend

Hamburg: Am 15.11. lud der Vertrauensleutekörper des Amtes für Jugend zu einer Gesamtmitgliederversammlung ein. Thema: Vorbereitung der Tarifrunde. Es erschienen etwa 80 Kollegen, unter denen sich sehr schnell die Forderung nach einem einheitlichen Festbetrag durchsetzte. Kritisiert wurde außerdem, daß bisher die Nebenforderungen wie Urlaubsgeld usw. dazu gedient hätten, die Lohnforderung zu senken, ohne daß sie dann aber durchgesetzt wurden.

Einige rechte Heimleiter, der anwesende ÖTV-Sekretär und der Personalratsvorsitzende wollten der Versammlung das Recht absprechen, eine Forderung zu beschließen. Sie konnten sich aber nicht durchsetzen. Nach einer scharfen Kritik an der vorgeschlagenen spalterischen 8%-Forderung der ÖTV-Führer, wurde folgende Forderung beschlossen:
- 170 DM Festbetrag für alle
- 300 DM Urlaubsgeld
- und 50 DM für jedes Kind

Diese Versammlung war ein positiver Schritt. Sie erteilte dem Vertrauensleutekörper den Auftrag, eine Information über die Mitgliederversammlung zu verschicken und die weitere Diskussion unter den Kollegen zu organisieren. Auf Bereichsversammlungen sollen mehr Kollegen in die Diskussion einbezogen werden, die Vertrauensleute sollen in allen Dienststellen Resolutionen vorlegen. Im Januar soll dann erneut eine Gesamtmitgliederversammlung stattfinden.

Zelle Amt für Jugend
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV-Führung fordert mehr Polizei!

In einem Schreiben an die „Sicherheitsexperten" der Parteien hat die ÖTV-Führung die Einrichtung von 600 Planstellen für Polizeibeamte in Hamburg gefordert, da sonst *„die Reformformel 'Mehr Polizeipräsenz auf den Straßen' unhaltbar* (sei)" („Hamburger Abendblatt", 30.11.76).

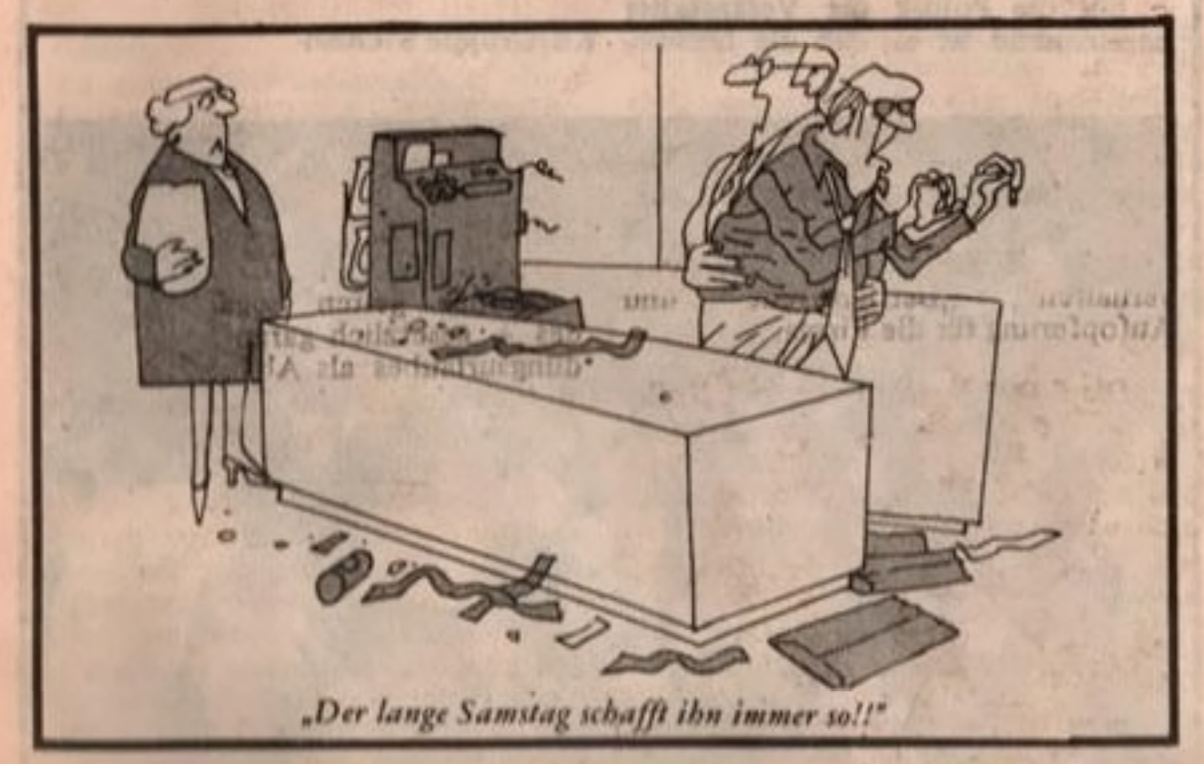
Gewerkschaftssekretär Klaus-Dieter Mielke gab als Gründe für diese Forderung in einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt" an: *„An die Polizei sind immer mehr Aufgaben delegiert worden. Mehr Innendienst, weil Schreibkräfte fehlen. Mehr Bewachungsaufgaben für das Präsidium, die vier Direktionsgebäude und Gefangene, Abzug der Bereitschaftspolizei aus dem Streifendienst, weil sie für andere Aufgaben* (Bewachung, Brokdorf) *benötigt wird."*

Die von der ÖTV-Führung geforderten 600 Planstellen übersteigen die von der Innenbehörde bisher als notwendig erachteten 400 Planstellen noch um die Hälfte (lt. „HA", 30.11.76).

Angesichts des brutalen Polizeieinsatzes gegen die Demonstranten in Brokdorf ist diese Forderung als Aufforderung nach noch härterem Vorgehen gegen den von der Bevölkerung geleisteten Widerstand zu verstehen und stellt für alle fortschrittlichen Gewerkschafter eine Provokation dar!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Worüber Kapitalisten Witze reißen



„Der lange Samstag schafft ihn immer so!!"

In abartiger Weise machen sich die Edeka Kapitalisten in ihrer Betriebszeitung „Handelsrundschau" (Ausgabe 23/76) über die Kollegen des Einzelhandels lustig (die Zeitung wird an die Besitzer von Edeka-Läden versandt).

Die abgebildete „Karikatur" aus der „Handelsrundschau" macht deutlich, was es mit dem Wortgeplänkel „der Mensch im Mittelpunkt" tatsächlich auf sich hat: für die Kapitalisten sind wir nur ein Stück Dreck.

Betriebszelle Edeka
KB/ Gruppe Hamburg

Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufheben!

Eine weitere aktive ÖTV-Gruppe ist Opfer des Wütens der ÖTV-Führer gegen alle selbständigen Regungen der organisierten Kollegenschaft geworden. Die ÖTV-Betriebsjugendgruppe Gesundheitswesen (BJG) in Mannheim hat sich in der Vergangenheit bemüht, zur Schaffung einer Kampffront unter den Kollegen gegen die mörderischen Rationalisierungen am Krankenhaus beizutragen. Angesichts der totalen Passivität der ÖTV-Führung waren die Jugendlichen gezwungen, ohne deren Segen Flugblätter herauszugeben und eine Veranstaltung gegen die Rationalisierungen und für die Übernahme aller Auszubildenden ins Arbeitsverhältnis durchzuführen etc. Nach Verwarnungen bis hin zu Androhungen von „rechtlichen Schritten" (!), was alles nicht den gewünschten Erfolg brachte, hat die ÖTV-Führung jetzt zugeschlagen:
- Ausschluß wegen „gewerkschaftsschädigendem" Verhalten gegen zwei Mitglieder der Jugendgruppe;
- Auflösung der Gruppe
- Gründung einer neuen Jugendgruppe, weitgehend aus Mitgliedern des KJA unter der (inzwischen ebenfalls zu trauriger Gewohnheit gewordenen) fügsamen Beihilfe von DKP-Mitgliedern.

Die betroffenen Kollegen haben die Öffentlichkeit mit einer Erklärung informiert.

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen – Solidarität mit den Mannheimer ÖTV-Kollegen!
(Nach Informationen der Roten Fahne vom 3. 12.)

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wochenendschichten bei der Lufthansa

„Freiwillig nie!"

Hamburg: Ende September tauchte in der Abteilung WD 2 (Flugzeugdocks) der Lufthansa-Werft in Hamburg ein Schreiben auf, in dem die Wiedereinführung der Wochenendarbeit von der Abteilungsleitung gefordert wird!

Hierzu werden drei „Vorschläge" gemacht: 1. die Bildung einer Spezialmannschaft, 2. die Aufteilung aller Kollegen in 16 Schichtgruppen und 3. „freiwillige" Eintragung in Listen, wobei die Kollegen selber „entscheiden" sollen, wann sie am Wochenende kommen.

Die Gründe für die Notwendigkeit der Wochenendarbeit werden von der Geschäftsleitung mit „erhöhtem Arbeitsaufwand" an der 737-Lufthansa-Flotte angegeben. Konkret geht es darum, am Wochenende Vorbereitungsarbeiten an den Maschinen zu machen, um *„die Kapazität der anwesenden Überholungsmannschaft"* in der Woche *„voll zu nutzen"*! Gleichzeitig sollen allerdings Überstunden bei „Spitzenbelastungen" und Bereitschaftssamstage beibehalten werden. Die Bereitschaft der Kollegen, bei diesen Plänen noch mitzuziehen, wurde nicht gerade gefördert, als bekannt wurde, daß die LH auch noch zusätzliche Fremdaufträge der Saudia Arab. Airlines ebenfalls für die 737-Docks annehmen wollte.

Die Kollegen von WD2 haben schon sehr viel Erfahrungen mit Wochenenarbeiten sammeln müssen.

1973 gelang es ihnen auf einer Abteilungsversammlung, den Samstag, an dem es Pflicht war zu arbeiten, in einen „Bereitschaftssamstag" umzuwandeln. Allerdings wurde dieser „Bereitschaftssamstag" in diesem Jahr immer mit voller Belegschaft gefahren. Unter der Hand war es dadurch schon wieder ein „Pflichtsamstag" geworden!

Als nun dieser neue Plan bekannt wurde, kam es zu relativ starker Gegenwehr der Kollegen. Es bildeten sich an den Docks und in den Pausenräumen spontan Diskussionsgruppen, die über den Plan und seine Verhinderung diskutierten. Ein Betriebsratsmitglied wurde geholt und mußte die Forderung der Kollegen: *„Ablehnung jeglicher Form von eingeplanter Wochenendarbeit"* unterstützen.

An dieser Versammlung, die ca. eine Stunde gedauert hat, nahmen über 70 Kollegen der Spätschicht teil.

Betriebsingenieure versuchten, diese Versammlung zu verhindern, indem dem BR-Mitglied vorgeworfen wurde, er würde ungenehmigte Versammlungen abhalten, und die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der Abteilungsleitung stören.

Dieser Angriff wurde vom BR und den Kollegen zurückgewiesen – die Versammlung ging weiter!

Am 19.10. fand dann ein Gespräch zwischen der Abteilungsleitung und BR statt. Hier erklärte die Abteilungsleitung noch einmal klipp und klar, daß sie ihre Pläne kompromißlos durchzusetzen gedenke. Ihr sei klar, daß die Leute im Dock dagegen seien, aber darauf könne sie keine Rücksicht nehmen.

In der Folge fanden zwei offene Vertrauensleute-Versammlungen der betroffenen Abteilung statt, die von jeweils 30 – 40 Kollegen besucht waren.

Hier wurde noch mal die Meinung bekräftigt, jegliche eingeplante Wochenendarbeit abzulehnen.

Ein BR-Mitglied, das die Kollegen davor warnen wollte, so weit zu gehen, daß die Sache vor die Einigungsstelle kommt, wurde abgebürstet und mußte sich verpflichten, das zu tun, was die Kollegen wollen! Darüberhinaus forderten die Kollegen die ÖTV-Führung auf, eine Stellungnahme in einem Flugblatt abzugeben, das auf der ganzen Werft verteilt werden sollte. Dies wurde zugesichert, da in der ÖTV ja bekanntlich die Basis bestimmt was gemacht wird (Aussage eines VL-Leitungsmitglieds !)

Außerdem wurde von den Kollegen die anstehende Abteilungsversammlung vorbereitet.

An dieser Versammlung haben dann schließlich über 250 Kollegen teilgenommen. Der Abteilungsleitung gelang es nicht, über ihre verschiedenen Vorschläge zur Wochenendarbeit zu diskutieren, obwohl in den Tagen vorher versucht worden war, die Vorarbeiter in Personalgesprächen „auf Linie" zu bringen.

Mehrere Beiträge der Kollegen machten deutlich, daß die geplante Einführung der Wochenendarbeit als Teil einer langfristig angelegten Rationalisierungspolitik zu sehen ist. Ganz im Sinne der Aussagen, die ein Vorstandsmitglied vor über einem Jahr auf einer Hamburger Betriebsversammlung getan hat, wonach es in Zukunft darauf ankäme, *„der Kostenseite mehr Beachtung zu schenken"*, bestehende Freiräume in der Arbeitszeit auszufüllen etc.

Insgesamt wurde der Abteilungsleitung auf dieser Versammlung sehr eindeutig klargemacht, daß die WD2-Kollegen die Einplanung von Wochenendarbeit geschlossen ablehnen. Ein älterer Kollege hatte eigens für diese Versammlung ein Gedicht gegen die Wochenendarbeit geschaffen und vorgetragen, was den größten Beifall der Kollegen erntete!

Auch alle Betrieberäte gaben auf der Versammlung bekannt, daß sie jegliche Form von schichtmäßiger Wochenendarbeit ablehnen werden. Das Ergebnis dieser Versammlung veranlaßte die Abteilungsleitung, dem BR wenige Tage später einen neuen „Vorschlag" zu unterbreiten. Danach könnten sich die Kollegen „freiwillig" in Listen eintragen, und zwar auch an den Wochenenden, an denen sie ihren „Bereitschaftssamstag" haben; außerdem sollte ein Freizeitausgleich in der darauffolgenden Woche möglich sein.

Es ist damit zu rechnen, daß die Herren in der nächsten Zeit mit „freiwilligen" Listen durch die Abteilung laufen werden, mit denen sie zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht allzuviel bei den Kollegen ernten dürften – die Stimmung ist nach wie vor: „Freiwillig – nie!"

Es bleibt abzuwarten, was die Abteilungsleitung sich dann ausdenken wird. Wachsamkeit ist nach wie vor geboten.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Androhung eines Gewerkschaftsausschlusses wegen DKP-Wahlempfehlung

Zwei ÖTV-Kollegen aus Pinneberg erhielten Mitte Oktober vom Kreisvorstand (KV) die Aufforderung, zu dem Vorwurf Stellung zu beziehen, „gewerkschaftsfeindliche Organisationen" zu unterstützen und damit unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der ÖTV zu fallen.

Der eine Kollege ist seit 1975 Mitglied des ÖTV-Ortsvorstandes in Pinneberg und Personalratsvorsitzender bei der AOK – außerdem Vorsitzender der „Bürgerinitiative gegen die Berufsverbote". In dem Schreiben des KV wird er aufgefordert, die „Motive darzulegen", die ihn dazu gebracht haben, einen Wahlaufruf für die DKP (!) mitunterschrieben und veröffentlicht zu haben.

Bei diesem – nur durch Bruch des Wahlgeheimnisses – möglichen Verfahren ist bemerkenswert, daß die Disziplinierung gegen einen DKP-Sympathisanten geht. Ansonsten sonnen sich die DKP'ler offiziell an der Seite der Gewerkschaftsoberen, zumal ihre Loyalität diesen Vögeln gegenüber ja teilweise soweit geht, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen „Chaoten" zu unterstützen.

Bei dem zweiten Kollegen handelt es sich um einen Vertrauensmann aus im Krankenhaus Pinneberg. Dieser soll sich „anderen Kollegen gegenüber für den KBW eingesetzt haben" und außerdem dem KV erklären, „auf welchem Weg Informationen über Personalversammlungen und ÖTV-Betriebsgruppenversammlungen in die KBW-Zeitschrift 'Schrittmacher' gelangen konnten."

Beide Beispiele zeigen, daß der Abbau demokratischer Rechte und der Aufbau eines umfassenden Polizei- und Spitzelwesens den ÖTV-Funktionären noch nicht schnell genug gehen. Deutlich wird dies auch an dem „Wunsch" einiger KV-Mitglieder, schärfer gegen die DKP-Mitglieder bzw. Sympathisanten in der ÖTV vorzugehen.

Für den 1. Fall mußte die dreiste Behauptung auf der KV-Sitzung aufgetischt werden, daß auf dem letzten ÖTV-Gewerkschaftstag in Hamburg die DKP ausdrücklich (!) in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse einbezogen worden sei! Das stimmt zwar nicht – zeigt aber wohl, in welche Richtung die Überlegungen der Gewerkschaftsführer gehen . . .

KB-Gruppe
Kreis Pinneberg/Kreis Steinburg

Abbau des Streikrechts: Heute bei den Fluglotsen und morgen ...?

Die von Kapitalisten und bürgerlichen Politikern betriebene Einschränkung des Streikrechts ist weiter vorangetrieben worden. So stellte das Oberlandesgericht (OLG) Celle am 30.11. fest, daß die Kampfaktionen der Fluglotsen im Sommer 1973 *„sitten- und rechtswidrig"* gewesen seien! Mit Krankmeldungen und „Dienst nach Vorschrift", dem sogenannten „Bummelstreik", hatten die Fluglotsen seinerzeit fast ein halbes Jahr lang für mehr Gerechtigkeit bei der Bezahlung und für mehr Sicherheit im Luftraum gekämpft. (vgl. AK 31). Bis heute allerdings sind die wesentlichen Forderungen nicht erfüllt (es sei nur an den Zusammenstoß zweier Flugzeuge vor ca. vier Wochen in Bayern erinnert).

In dem Prozeß war es um eine Schadenersatzklage der Bundesregierung gegangen. Insgesamt verlangte die Regierung vom Verband Deutscher Fluglotsen (VDF) einen „Schadenersatz" in Höhe von 250 Millionen DM. Damit kam sie nur deswegen nicht durch, weil dem VDF eine Koordination und Anleitung der Aktionen „nicht nachgewiesen" werden konnte.

Eindeutig stellte das Gericht fest, daß es sich bei den Forderungen der Fluglotsen um *„an sich legitime Verbesserungswünsche"* („WELT" 1.12. 76) handele. Aber die Aktionen zur Durchsetzung dieser Verbesserungswünsche seien jedoch *„rechts- und sittenwidrig"*, weil die Fluglotsen *„das ihnen vermittelte Spezialwissen ... benutzt haben, um – aus der Anonymität (!) heraus- durch die Androhung und Herbeiführung unverhältnismäßiger Schäden (?) finanzielle Vorteile zu erzwingen"* („SZ", 1.12. 76)! Im Klartext und auf gut rechtsstaatlich: Die Forderungen der Kollegen können noch so berechtigt sein, sie aber mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen versuchen, ist rechtswidrig.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß das Gerichtsurteil, auch wenn es die Schadenersatzklage der Bundesregierung abgewiesen hat, für die Kollegen in Zukunft das Verbot jeder Kampfaktion bedeutet.

ÖTV-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

GEW

Niedersachsen: Neues Lehrerausbildungskonzept

Hatte die CDU noch im Februar dieses Jahres scheinheilig die Proteste gegen die Schulpolitik der damaligen SPD/FDP-Regierung unterstützt, setzt sie nun – jetzt in Regierungsverantwortung – die „Spar"-politik rigoros fort.

Remmers und Albrecht versprachen zunächst Senkung des Unterrichtsausfalls um 5 %, Einstellung aller Lehrer und „Ruhe an den Schulen". Zum 1.8. wurden dann ca. 2.000 Absolventen mit BAT-Verträgen (18/19-Wochenstunden) bis 31.1.77 eingestellt, darüberhinaus wurden Teilzeitverträge von 13 - 6 - Wochenstunden (ohne Sozialversicherung, Ferien werden nicht bezahlt) vergeben.

Den Höhepunkt der Sparmaßnahmen im Ausbildungsbereich bildet der von Remmers vorgelegte „Entwurf einer Verordnung über die Ausbildung und staatliche Prüfung für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, an Realschulen und an Sonderschulen im Lande Niedersachsen". Der Verordnungsentwurf steht im Zusammenhang mit einer Verordnung über die Kapazitäten der Seminare und das Zulassungsverfahren für die 2. Ausbildungsphase. Bis Ende Januar 77 werden die letzten Seminare der früheren z.A.(= zur Anstellung)-Ausbildung auslaufen und damit 240 von 280 Seminarleiter entlassen. Ein Seminar wird in Zukunft mit 70-110 Teilnehmern nur zwei hauptamtliche Ausbilder haben. Die Einstellungstermine wurden so gelegt, daß in Zukunft die Absolventen mindestens sechs Monate arbeitslos sein werden, bevor sie die 2. Ausbildungsphase beginnen. Aufnahmekriterien werden 10 % Härtefälle sein, von den verbleibenden 90 % entfallen 40 % der Ausbildungsplätze auf Wartefälle, die nach Zensur verteilt werden, und 60 % werden nach Zensur verteilt.

Zum 1.2. sollen 2.000 Bewerber und zum 1.5. 1.125 („Neue Hannoversche Presse", 2.12.76) eingestellt werden.

Insgesamt werden sich 1977 ca. 6.700 Absolventen bewerben, wovon dann ca. 3.000 arbeitslos bleiben.

Die seit dem 1.8.76 beschäftigten BAT-Lehrer sollen alle zum 1.2.77 („NHP", 2.12.77) übernommen werden. Ihnen soll „freundlicherweise" 1/4 Jahr der Ausbildungszeit erlassen werden, d.h. sie werden 1/4 Jahr eher arbeitslos. Für sie bedeutet dann das 1. Ausbildungshalbjahr noch einmal 19 Wochenstunden Unterricht in eigener Verantwortung ohne begleitende Ausbildung, womöglich sogar noch gegen geringere Bezahlung als bislang (1.100 DM netto). Die Prüfung wird zum Inahlt der 2. Ausbildungsphase. Sie soll nach 11 Monaten mit der Zustellung des Themas für die schriftliche Hausarbeit beginnen (§ 16.2), für die wesentliche schulpraktische Ausbildung stehen dann acht Monate (mit Ferien) zur Verfügung. Ein Ausbildungstag oder Hospitationsringe, d.h. Ermöglichung von Gruppenarbeit, sind nicht vorgesehen.

Die Organisation der Ausbildung an der Schule wird mit diktatorischer Vollmacht in die Hände des Schulleiters gelegt. Er soll bestimmen, welcher Lehrer zur Mitarbeit an der Ausbildung (Mentor) ohne Entgelt herangezogen wird. Nach dem niedersächsischen Schulgesetz (§ 23) sind diese Aufgaben der Gesamtkonferenz einer Schule vorbehalten.

Der Prüfungsausschuß soll aus dem zuständigen Dezernenten der oberen Schulbehöre als Vorsitzenden (staatlicher Prüfer), dem Seminarleiter und den beiden Fachseminarleitern bestehen. Weder sollen die Mentoren noch ein Personalratsmitglied nach Wahl des Anwärters beteiligt sein.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses soll die Jahrgangsstufe für den Prüfungsunterricht bestimmen, die Aufgabe bestimmt der Fachseminarleiter, „geeignete Vorschläge" des Anwärters „sollen berücksichtigt" werden. Alle Prüfungsleistungen werden mit Noten von 1 bis 6 bewertet, die Prüfung gilt mit einem Gesamtergebnis von 4,0 und kleiner als bestanden!! Die o.g. Fakten sprechen für sich. Jegliche Mitwirkungsrechte der auszubildenden Referendare wurden ausgespart, aber auch die übrigen an der Ausbildung beteiligten Lehrer und Seminarleiter werden verwaltet. Ganz zu schweigen, was wohl die Schüler davon haben.

Gegen diesen Verordnungsentwurf fand am 2.12. in der Pädagogischen Hochschule, Abteilung Hannover, ein Hearing mit Vertretern des Landtages von CDU und SPD (FDP hatte abgesagt) statt. Bereits zu Beginn wurde von den MdLs zugegeben, *„es ist bereits alles entschieden, ob das sinnvoll ist oder nicht, kann man jetzt noch nicht sagen."* Das Auditorium von 700 Betroffenen stellte leider erst nach zwei Stunden fest, daß das gesamte Hearing eine Verarschung war. Obgleich wohl einigen erst dort klar wurde, wie wieder einmal die Schüler, Eltern und Lehrer verschaukelt werden sollen.

Innerhalb der GEW wird schon die Möglichkeit eines Streiks diskutiert. Zunächst sind Informationsveranstaltungen in Schulen mit Lehrern, Eltern und Schülern geplant. Der Vorschlag einer Anwesenden, Kontakte zu anderen Ländern aufzunehmen, wo bereits Initiativen in Gang sind, um die dort gemachten Erfahrungen miteinzubeziehen, sollte aufgegriffen werden.

KB/Gruppe Hannover

Richtigstellung

Im letzten AK, der am 29.11. erschien, brachten wir einen Bericht über die Vertreterversammlung in Kiel (26. - 28.11.). Die Aktualität ging leider zu Lasten der Genauigkeit, weshalb wir folgendes richtigstellen müssen:

1. Gegen die AjLE-Landesvorsitzende läuft kein Ausschlußverfahren. Ihr Mandat wurde von der VV insofern verweigert, als die Satzung vorschreibt, daß sie auf Vorschlag des AjLE von der VV in den Gewerkschaftsführenden Vorstand gewählt werden muß, wodurch sie erst ihr Mandat erhält. Aus politischen Gründen erhielt sie in zwei Wahlgängen nur etwa ein Viertel der Stimmen nach einer wüsten Hetze der Rechten.
2. Für die rechtmäßige Übernahme der Bundessatzung sind nach wie vor drei Viertel (und nicht zwei Drittel) der Stimmen bei einer Urabstimmung erforderlich!

300 Kollegen „auf der Straße"

Spedition C. J. Jonen Düsseldorf: Am 30.11. wurden alle Beschäftigten der Spedition mit sofortiger Wirkung entlassen. Tags zuvor war das gerichtliche Vergleichsverfahren „wegen Zahlungsunfähigkeit" eingleitet worden.

Bei dieser Art von Betriebsschließung sind die Kollegen doppelt betroffen: Nicht nur, daß sie Ihre Arbeitsplätze verlieren, tariflich vorgeschriebene Kündigungsfristen haben ebenfalls keine Geltung.

Bisher gibt es *„keine Klarheit über die Hintergründe des Vergleichsantrags"* („Rheinische Post" vom 1. 12. 76). Fest steht allerdings, daß nach der Entlassung der Gesamtbelegschaft eine Rettung der Spedition ausgeschlossen ist.

Das Arbeitsamt ist zu „großzügiger" Hilfe bereit: es werden sofort Anträge zur Bewilligung von Arbeitslosengeld ausgegeben. Außerdem verhandelt der Betriebsrat um einen Sozialplan.

Die Besitzer der Spedition sind jedoch fein raus. Sie verfügen über „erheblichen Grundbesitz" („RP", 1.12.), mit einem geschätzten Wert von 5 Millionen DM.

KB/Gruppe Bochum

Demonstration gegen die Schulpolitik des Senats

Bremen: Vor den Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft demonstrierten am 6.12. ca. 3.500 Schüler, Eltern und Lehrer gegen die Einsparungsmaßnahmen an Schulen. Der Bürgerschaft wurde eine Unterschriftensammlung mit 33.000 Unterschrften übergeben.

Zu der Demonstration hatte GEW, Stadtschülervertretung und Elternbeirat aufgerufen.

Für die Politik der Veranstalter bezeichnend ist es, daß die Demonstration erst jetzt – als Pflichtübung – stattfand, und nicht, wie von vielen gefordert, nach dem Streik der Eltern an der Gesamtschule-West im September.

Die hohe Beteiligung bei dieser Demonstration zeigt aber die große Bereitschaft besonders bei Eltern und Schülern, etwas gegen die schlechte Situation der Ausbildung zu tun.

KB/Gruppe Bremen



Leserbrief

Von einem Genossen aus Emden erreichte uns folgender Leserbrief, den wir gekürzt veröffentlichen:

„Am 4./5. November 1976 haben sich die Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktionen und ihrer 'Kulturpolitischen Sprecher' in Travemünde getroffen und ein 'Thesenpapier zur Reform der gymnasialen Oberstufe' erarbeitet. Dies Thesenpapier stellt, sollte es bundesweite Realität werden, die faktische Abschaffung der in erster Linie von SPD und GEW durchgesetzten ‚Reform' dar.

...

Der niedersächsische Kultusminister Remmers (CDU) hat nun, diesem Thesenpapier entsprechend, einen Plan ausgearbeitet, der z.Z. im Kultusministerium diskutiert wird.

Seine Realisierung stellt eine große Gefahr für die Schüler dar, denn 1. soll der Projektbereich wegfallen. Den Schülern wird die Möglichkeit genommen, neue Interessensgebiete kennenzulernen. Die Beschäftigung mit einem Thema aus Interesse o h n e Leistungsdurck fällt weg.

2. soll eine Versetzung nach dem ersten Semester erfolgen. Schüler, die eine gewisse Punktzahl nicht erreicht haben, müssen das Vorsemester und das erste Semester wiederholen. Folge: den Haupt- und Realschülern, die es ohnehin schon schwer genug haben, überhaupt in die gymnasiale Oberstufe zu kommen, wird der Verbleib in dieser unheimlich erschwert.

Wo bleibt die vielbeschworene ‚Chancengleichheit' ? Wo die ‚Durchlässigkeit' für Haupt- und Realschüler? Wie erwartet auf der Strecke!

3. soll der Pflichtbereich, der auch in dem z.Z. praktizierten Kurssystem den überwiegenden Teil darstellt, auf Kosten des Wahlbereichs erweitert werden. So soll das Fach Deutsch zum Kernfach der gesamten Oberstufe gemacht werden (vier Kurse in vier Halbjahren). Der Schüler soll gezwungen werden, zwei Grundkurse in einer zweiten Fremdsprache zu machen, die ebenfalls für das Abitur angerechnet werden müssen. Der Wahlbereich wird zu einem lächerlichen Rest degradiert, so daß es eine Farce ist, überhaupt noch von „Wahlmöglichkeit" zu sprechen! Besonders durch die Absicht, eine Versetzung neu zu etablieren, ist deutlich, was eigentlich von Remmers und seinen Partei- und Gesinnungsfreunden beabsichtigt wird: das Gymnasium soll Eliteschule bleiben, die Auslese unter den Schülern soll weiter verschärft werden!...

Gegen weitere Einschränkungen im Sekundarbereich II !
Gegen die Verschärfung des Leistungsdrucks !
Weg mit den Remmers-Plänen ! "

GEW-Führer bereiten Ausschlußwelle vor

Die bundesweiten Reaktionen auf Fristers Versuch, die GEW-Westberlin auszuschließen, haben bewiesen, daß es weiterhin starke Kräfte innerhalb der GEW gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Bundessatzung gibt. Dies haben insbesondere die standhafte Weigerung der Westberliner Landesvertreterversammlung (LVV), trotz Erpressung die Bundessatzung nicht zu übernehmen, die Verurteilung des Vorgehens des Bundesvorstandes durch die Hamburger LVV, die relativ starke Opposition in Schleswig-Holstein gegen die Bundessatzung (20% stimmten dagegen, siehe AK 94) und viele Resolutionen gezeigt. Das hat den Bundesvorstand nun offensichtlich bewogen, die Gangart gegenüber der Linken zu verschärfen.

Bereits im August erschien eine achtzigseitige „Informationsschrift" Nr. 1 einer vom Hauptvorstand eingesetzten „Arbeitsgruppe", in der Materialien über die Gewerkschaftsarbeit sogenannter „extremistischer Organisationen veröffentlicht wurden (siehe AK 92).

In einem Brief vom 15.11. tritt nun der Bundesvorsitzende Frister höchstpersönlich in Erscheinung.

Er wendet sich an alle Mitarbeiter der GEW, um *„am Beispiel der fraktionellen Absprachen zum Vorgang der Satzungsangleichung in der GEW"* deutlich zu machen, *„wie sich solche Gruppen .... in unserer Gewerkschaft betätigen und da und dort auf lokaler Ebene die eigentliche Gewerkschaftsarbeit ruinieren."*

Die ganze Unverschämtheit dieser „Argumentation" wird daran deutlich, daß es gerade Frister gewesen ist, der dem Westberliner Verband diesen Satzungsstreit aufgezwungen hat.

Da innergewerkschaftliche Diskussionsprozesse von Frister noch nie anerkannt wurden – solange sie nicht seinen Vorstellungen entsprachen – werden alle Stellungnahmen gegen das undemokratische Vorgehen des Hauptvorstandes als *„Überrumpelungswirkung, die die von außen gesteuerten fraktionsgebundenen GEW-Mitglieder"* bei den *„über den tatsächlichen Sachverhalt nichtinformierten Kolleginnen und Kollegen erzielen"* konnten, abgetan. Weiter wird dann das Bild der *„von aussen gesteuerten Gruppen"* ausgemalt, deren *„gewerkschaftsschädigendes Verhalten (sich) zwar beobachten, aber nicht nachweisen"* läßt.

Worum es hier geht, dürfte klar sein: Anträge auf Versammlungen sollen allein mit dem Hinweis auf eine „extremistische Organisation" abgeschmettert werden.

Jeder, der weiterhin Positionen vertritt, die denen des Vorstandes entgegenstehen, kann so als „Extremist" abgestempelt werden.

Mit keinem einzigen Wort wird von Frister eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Positionen vorgenommen. Stattdessen will er die Mitarbeiter der GEW *„regelmäßig mit Material versorgen"* und fordert diese auf, Material zu besorgen.

Daß es hierbei auch gar nicht um die inhaltliche Auseinandersetzung geht, zeigt dann sein gesammeltes Material: Es geht dabei um Stellungnahmen von SB, KB, „KPD" und KBW zur Auseinandersetzung in der GEW-Westberlin. Selbst eine von der GEW-Studentengruppe in Flensburg ans Brett geheftete Erklärung wird zitiert!

Vor allem kommt es darauf an, die Kernforderungen und Argumentationen der einzelnen Organisationen zu kennzeichnen, um so seinen „Mitarbeitern" eine Einordnung von Gewerkschaftskollegen zu ermöglichen.

Worauf dies hinausläuft, macht er in seinen Schlußsätzen klar: *„Schon jetzt ist darauf aufmerksam zu machen, daß diese Gruppen sicher die Tarif- und Besoldungsrunde 77 benutzen werden, um in örtlichen Versammlungen unrealistische Forderungen durchzusetzen, die die gewählten Vorstände der Gewerkschaften in den Augen der Mitglieder diskriminieren sollen."* Nach diesem Brief ist nichts einfacher, als Kollegen, die notwendige Forderungen aufstellen, '- „Gewerkschaftsfeinde" zu diffa-

Da diese Kampagne von Frister persönlich eingeleitet wurde, ist damit zu rechnen, daß auf diesem Wege, eine neue Ausschlußwelle von oppositionellen Kollegen in Gang gesetzt werden soll. Und daß Frister hier in für manch einen kaum vorstellbaren Größenordnungen zu denken versteht, haben die Westberliner Ereignisse zu Genüge bewiesen.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitslose sollen raus aus der GEW

Bereits Anfang dieses Jahres hatte der Bundesvorstand der GEW einen willkürlichen Beschluß gefaßt: Jeder arbeitslose Lehrer, der mehr als 387,- DM im Monat (!) außerhalb des Organisationsbereiches der GEW verdient, (was bekanntermaßen bei fast allen Arbeitslosen der Fall ist), wird nicht etwa besonders von der GEW unterstützt, sondern soll nach drei Monaten aus der GEW rausfliegen! Diejenigen Kollegen, die also ohnehin mit die Hauptgeschädigten der Sparpolitik sind, sollen zusätzlich noch einen Tritt von der GEW-Führung erhalten.

Hinter diesem Beschluß steht offenbar die Befürchtung, daß gerade die Arbeitslosen auf der Forderung „Einstellung aller Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen" bestehen werden und auch zu weiteren Kampfmaßnahmen bereit sind. Nach dem Motto: Unruhepotential raus, sollen hier die Willkürmaßnahmen des Bundesvorstandes fortgesetzt werden.

Als die arbeitslosen Kollegen von diesem Beschluß Wind bekommen hatten (nicht etwa durch offizielle Information der GEW), versuchte insbesondere die Betriebsgruppe Arbeitslose Lehrer des Landesverbandes Hamburg mehrmals auf GEW-Versammlungen einen Antrag auf Ablehnung des Beschlusses einzubringen. Die Anträge wurden – was leider keine unrühmliche Ausnahme ist – nicht behandelt. Stattdessen wurde den Kollegen von einigen Vorstandsvertretern versichert: Da passiert schon nichts, Hamburg wird sich an diesen Beschluß nicht halten.

Auf diese Weise wurden die Kollegen abgewimmelt, kurze Zeit später mußten sie erstaunt feststellen, daß sie in einem Schreiben von der GEW Hamburg (!) aufgefordert wurden, ihren jetzigen Mitgliederstatus anzugeben.

Noch frecher ging die GEW im Fall S.B. (die Kollegin hat Berufsverbot) vor: ihr wurde kurzerhand mitgeteilt, daß sie nicht mehr unter die Definition „Arbeitslose Lehrer" falle und bereits der IG Metall überwiesen sei!

Kollege Lemcke (erster Vorsitzender), der von der Betriebsgruppe direkt nach dem Zustandekommen dieser Briefe gefragt wurde, stellte sich auf den Standpunkt: ich weiß von nichts, und tat schwer erstaunt. Sollte hier die linke Hand (Lemcke) nicht wissen, was die Rechte (Baarsch, Anhänger der rechten „Alternative" Fraktion in der GEW) tut?!

Den Kollegen wurde zugesichert, daß die Sache auf der nächsten Vorstandssitzung behandelt wird. Zu diesem Zweck arbeiteten einige Kollegen sogar noch eine Vorlage aus. Ergebnis: Der Antrag kam überhaupt nicht zur Sprache.

Die Arbeitslosen werden also weiter versuchen müssen – um mehr Kollegen über dieses Vorgehen zu informieren – auf den nächsten GEW Versammlungen die Sache zur Sprache zu bringen, um zu verhindern, daß auf diesem kalten Wege die Arbeitslosen aus der GEW fliegen.

Hessens GEW-Führer schützen Dregger

Gießen

Zu einer CDU-Veranstaltung mit A. Dregger verteilte die GEW-Studentengruppe ein Flugblatt. In ihm wird Dregger als *„ein Mann, der die Gewerkschaftsmitglieder haßt und die Herren in Konzernen und Banken liebt"* dargestellt.

Auf Anfrage des CDU-Abgeordneten B. Sälzer nahm der erste Vorsitzende der GEW-Hessen, Gustav Ludwig, zu dem Flugblatt Stellung.

Ansonsten mit Sprüchen gegen das „Rechtskartell" usw. nicht kleinlich, stellte Ludwig hier fest: *„Die GEW distanziert sich mit aller Entschiedenheit von Stil und Inhalt (!) des Flugblatts. Bei dem Flugblatt handele es sich um Diffamierungen politischer Funktionsträger".* Außerdem respektiere die GEW, die Mitglieder aller politischer Parteien beherberge, *„die unterschiedlichen Standpunkte ihrer Mitglieder".*

Damit aber nicht genug. Ludwig sicherte der CDU zu, daß das Flugblatt von der *„Finanzierung durch GEW-Mittel ausgeschlossen"* ist. Ferner sei der GEW-Kreisverband Gießen aufgefordert, festzustellen, *„wer für dieses Flugblatt verantwortlich zeichnet".* Ob da bald ein Gewerkschaftsausschluß in Gießens GEW fällig ist?

Zufrieden mit der Reaktion der hessischen GEW-Führer, konnte der CDU-Abgeordnete Sälzer, anläßlich eines „parlamentarischen Abends" des Landesverbandes Hessen der GEW mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion erklären:Er sei sehr froh, daß die Angelegenheit schnell und zufriedenstellend (!) geregelt werden konnte.

Die GEW-Studentengruppe Gießen hat zu dem Verhalten der GEW-Führer eine Dokumentation herausgebracht: „Gewerkschafter zur Person: Dregger". Bestellungen an GEW-Studentengruppe Gießen, Bahnhofstr. 76, 6300 Gießen.

KB/Gruppe Kassel

GEW-Führer auf Berufsverbotekurs

Die Bremer GEW-Führer haben zu einem neuen Schlag gegen linke Lehrer ausgeholt. Unter der Überschrift *„Provokation einer Minderheit muß zurückgewiesen werden"*, fordert der Landeshauptausschuß der GEW Bremen in der „Bremer Lehrerzeitung" (BLZ) vom November alle Referendare auf, sich vom Referendarrat zu distanzieren.

Der Referendarrat, neben dem Ausbildungspersonalrat die Interessenvertretung der Referendare, hat nämlich eine Sonderinformationsbroschüre über politische Disziplinierungen herausgegeben. In diesem Info stehen zwei Aussagen, die die GEW-Führer zur Weißglut gebracht haben:

1. Die Referendare weisen auf den Mentorenerlaß vom Juli 1976 hin, nach dem zur Betreuung der Referendare nur noch Lehrer mit mindestens dreijähriger Unterrichtspraxis und mit ausdrücklicher Genehmigung durch die Schulleiter zugelassen sind.

Die Referendare können ihre Mentoren nicht mehr frei wählen. Sie kommen im Info zu der richtigen Einschätzung, daß damit *„die Zusammenarbeit von Referendaren mit fortschrittlichen Lehrern ein(geschränkt) wird und die Möglichkeit (besteht), solche Lehrer als Mentoren zu bestimmen, die sich zur Gesinnungsschnüffelei bereit finden."*

Die GEW-Führer meinen, sie müßten sich schützend vor alle Lehrer stellen und behaupten, es sei eine *„infame Unterstellung"*, *„bremische Lehrer würden zu Mentoren bestimmt, wenn sie die Gesinnung der Referendare zu erschnüffeln bereit sind."*

Die Herren Stelljes und Mews haben offenbar eine sehr hohe Meinung von sich selber und den reaktionären Paukern des Philologenverbandes!

Dabei hat erst vor einem Jahr das GEW-Mitglied Oberschulrat Eisenhauer alle Schulleiter, Eltern, Schüler und Lehrer aufgefordert, Spitzeldienste gegenüber linken Referendaren zu leisten. Die GEW-Führer hatten damals selbstverständlich solche Schnüffelpraktiken unterstützt.

2. Im Referendarinfo wird dargestellt, daß die Berufsverbotepraxis und Disziplinierrungen unter *„Berufung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung das besondere Dienstrecht (Beamtenrecht) und das KPD-Verbotsurteil (1956) von seiten des Staates aus legitimiert werden".*

Die Stellungnahme der GEW-Führer dazu macht deutlich, wie sehr nach ihren Vorstellungen Gewerkschaft und Staat einander in die Hände arbeiten. Sie erklären *„mit Nachdruck, daß Lehrer, die sich dieser Aufforderung anschließen, weder in der GEW noch im Staatsdienst sein können".*

Die Erfahrungen lehren allerdings, daß einem Gewerkschaftsausschluß das Berufsverbot auf dem Fuße folgt.

Inzwischen haben die GEW-Führer mit tatkräftiger Unterstützung reaktionärer Schulleiter begonnen, die einzelnen Referendare unter Druck zu setzen. In Dienstgesprächen und Schulkonferenzen müssen sie sich vom Referendarrat distanzieren, wenn sie nicht als mutmaßliche Kommunisten Berufsverbot und Gewerkschaftsausschluß riskieren wollen. Gerade die Referendarkollegen, die vereinzelt an Schulen sind, sind in einer vertrackten Situation. Sie sind ohne gewerkschaftlichen Schutz den reaktionären Schulleitern ausgeliefert.

Die Referendare haben dagegen am 29.11. eine Vollversammlung abgehalten, an der allerdings nur 60 von 700 Referendaren teilnahmen.

Auf ihr wurde gemeinsam vom Referendarrat und dem Ausbildungspersonalrat eine Protestresolution an den Landeshauptausschuß der GEW verabschiedet, in dem sie die GEW-Führung auffordern, diese massive politische Einschüchterung zurückzunehmen.

KB/Gruppe Bremen

Solidarität mit dem LV Westberlin

Hannover: Am 27.11. fand eine Informations- und Diskussionsveranstaltung der Betriebsgruppe IGS Linden, TU Hochschulgruppe und des Arbeitskreises arbeitsloser Lehrer in der GEW mit ca. 100 Teilnehmern statt. Grund war Fristers versuchter Ausschluß des Berliner Landesverbandes aus der GEW Bund und dem DGB.

Es waren zwei Vertreter der Klägergruppe aus Berlin eingeladen, die Informationen über die Gründe der Klage gegen Frister gaben und die neueste Entwicklung auf der letzten Landesvertreterversammlung darstellten (vgl. AK 94).

In der Diskussion ging es um den Westberliner Kompromiß und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB. Chaotisiert wurde die Diskussion allerdings immer wieder durch den KBW, der darauf beharrte, daß die Versammelten sich, trotz Desinteresse, mit seiner Forderung nach einer a.o. BVV beschäftigen sollten. Dies mußte dann sogar mit einer Abstimmung abgebrochen werden. Verabschiedet wurde folgende Resolution:

„Die Teilnehmer der Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Ausschluß des Landesverbandes Westberlin aus der GEW erklären sich mit dem Widerstand der Westberliner Kollegen gegen Ihren Ausschluß solidarisch. Auch nach dem Beschluß der letzten LVV, unter bestimmten Bedingungen die Bundessatzung zu übernehmen, hat der Bundesvorstand den Ausschluß keineswegs zurückgenommen. Es ist im Gegenteil zu erwarten, daß der Bundesvorstand alles versuchen wird, die demokratischen Rechte der Westberliner GEW ohne jeden Kompromiß zu zerschlagen. Die Versammelten fordern die Westberliner Kollegen auf, daß sie auch weiterhin diesem Versuch entschieden Widerstand leisten. Wir fordern: Vollständige Zurücknahme des Ausschlusses des GEW-Landesverbandes Westberlin.

Die Veranstaltung spricht sich weiterhin entschieden gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus."

In einer weiteren Resolution wurden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen vier Mitglieder des GEW-Kreisverbandes Hannover-Stadt und -Land kritisiert und die jeweiligen Vorstände aufgefordert, beim Bundesvorstand um Rücknahme der UVB tätig zu werden. Zwei dieser Ausschlüsse wurden „wegen Kandidatur zu den Bundestagswahlen für den KBW" ausgesprochen, denen auch der Landesvorstand in Niedersachsen zustimmte.

Diese Praxis widerspricht dem auf der Landesvertreterversammlung 1975 in Braunschweig beschlossenen Antrag der Fachgruppe Gymnasien: „Die VV möge beschließen, daß die GEW Niedersachsen dafür eintritt, und diesbezügliche Anträge für die nächste Bundesvertreterversammlung stellt, daß die sogenannten UVB aufgehoben und aus der Satzung der GEW gestrichen werden. Soweit die Zuständigkeit der GEW Niedersachsen gegeben ist, sind diesbezügliche Beschlüsse aufgehoben."

Man sieht, wie „demokratisch" sich von den Gewerkschaftsführern an solche Beschlüsse gehalten wird. Die Veranstaltung hatte für Niedersachsen insofern Bedeutung, als die Abhängigkeitsklausel in Braunschweig übernommen wurde, ohne daß die Konsequenzen daraus klar waren (Verlust der Autonomie, Mitgliederrechte, Vermögen etc.). Als Ergebnis aus der Veranstaltung soll ein Kommentar zum neuen Bundessatzungs-Entwurf vom 2. Bundesvorsitzenden Vergin und zum Landessatzung-Entwurf Niedersachsen, dessen Abstimmung auf der nächsten Landesvertreterversammlung im Frühjahr 77 ansteht, erarbeitet werden. Eine juristische Klärung der Übernahme der Abhängigkeitsklausel in Niedersachsen steht noch aus.

KB/Gruppe Hannover

Bau

In vier Jahren 400.000 Bauarbeiter weniger!

In den letzten vier Jahren sind 400.000 Bauarbeiter „abgewandert" oder entlassen worden (nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, „SZ",25.11.), d.h. jeder vierte Beschäftigte verlor hier seinen Arbeitsplatz. Das entspricht der Gesamtbeschäftigtenzahl von Bundesbahn oder Bundespost!

Besonders betroffen waren Fachwerker und Werker (41 % weniger) und Facharbeiter (21 %). Aber auch der Angestelltenbereich wurde um 11 % „gesundgeschrumpft".

Obwohl das Konjunkturprogramm hunderte von Millionen DM in die Bauindustrie pumpte, sank die Zahl der Beschäftigten auch im letzten Jahr noch um 3,6 %, was zeigt, daß die Subventionen den Unternehmern zugute kommen, nicht aber Rationalisierung und Entlassungen stoppen.

In der am 1.12. begonnen Winterbauperiode wird in vielen Bereichen die *„saisonübliche Freisetzung von Arbeitskräften"* („HA", 2.12.76) noch übertroffen.

Die Aufträge gehen insbesondere im Wohnungsbau, bei Wirtschaftsgebäuden und im öffentlichen Hochbau noch weiter zurück, so daß auch die heutigen Arbeitsplätze als nicht gesichert gelten. Einen erneuten Rückgang der Bautätigkeit im Jahre 1977 hält der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie für „Realismus" („HB", 22.11.).

Mitte 1977 läuft zudem das Investitionsförderungsprogramm des Bundesregierung aus. Es wird dann nochmals mit einem starken „Beschäftigungseinbruch" gerechnet.

„Der Bauberuf hat Zukunft" tönte Ravens noch vor drei Monaten und suchte 20.000 Lehrlinge für die Baubranche. Die Zahlen der Bauindustrie zeigen: Eine Ausbildung für die Arbeitslosigkeit.

Wohnungskommission

Gewerkschaftsausschluß geplant

Die Bezirksleitung der IG BSE des Bezirks Südbaden hat am 8.10. gegen den Jugendgruppenleiter und Mitglied des erweiterten Ortsvorstandes Lörrach, Werner Bauer, ein Ausschlußverfahren wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhaltens" eingeleitet und ihn gleichzeitig von seinen Funktionen beurlaubt. Werner Bauer, der „KPD"-Sympatisant ist, wird u.a. die Gründung eines „Maikommitees Junger Gewerkschafter" vorgeworfen, das zum diesjährigen 1.Mai eine kämpferische Maidemonstration forderte, und in dem Kollegen aus vier Einzelgewerkschaften mitarbeiten („Rote Fahne", 8.12.).

Wohnungskommission

Asylverweigerung für Kurden

Das Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge in Zirndorf lehnte kürzlich das Asylersuchen dreier Kurden ab, die in Syrien wegen ihres Eintretens für die Rechte der 750.000 Kurden verfolgt wurden und bei ihrer Rückkehr hohe Strafen erwarten.

Ist die Zirndorfer Bundesbehörde bisher schon wegen der unterschiedlichen Behandlung der Asylsuchenden der öffentlichen Kritik ausgesetzt gewesen – Anträge von Flüchtlingen aus RGW-Ländern werden weitaus schneller bearbeitet als z. B. die von Chilenen –. so ist die Belingen aus RGW-Ländern werden weitaus schneller bearbeitet als z. B. die von Chilenen –, so ist die Begründung in den drei Fällen geradezu haarsträubend: Während in Syrien nachgewiesenermaßen die kurdische Sprache unterdrückt wird, Kurdendörfer mit militärischer Gewalt „auseinandergesiedelt" werden und Kämpfer für die Autonomie im Gefängnis landen (auch mindestens einer der drei Asylsuchenden war im Gefängnis!) spricht die Zirndorfer Behörde den Kurden jegliche Berechtigung für ihren Kampf ab und solidarisiert sich mit dem syrischen Regime. Sie teilt dessen *„Besorgnis hinsichtlich des Bestandes bzw. der Integrität des syrischen Staatsgebietes"* (Originalzitat nach „Der Spiegel", 6. Dez. 76). Der Kernsatz des Ablehnungsbescheides ist:

„Etwaige Maßnahmen (des syrischen Regimes – AK) *richten sich deshalb offensichtlich nicht gegen politische Überzeugung, religiöses Bekenntnis oder Herkunft, sondern (?) entspringen der Besorgnis um die Sicherheit des Staates."* („Spiegel").

Wo bleibt denn hier die Logik, bzw. der Widerspruch ? Mit der sog. „Staats-Sicherheit" werden gewöhnlich alle politischen Verfolgungen „begründet".

Die Behörden der BRD sorgen sich nicht nur um das Regime des Palästinenser-Schlächters Assad, son-

Die Behörden der BRD sorgen sich nicht nur um das Regime des Palästinenser-Schlächters Assad, sondern auch um die „Sicherheit" der BRD. Die drei syrischen Kurden haben sich auch in der BRD aktiv für die Rechte ihres Volkes eingesetzt. Einem von ihnen, Hasan Majono, Aktivist der Kurdischen Demokratischen Partei, verweigerte z. B. die syrische Botschaft die Verlängerung seines Reisepasses, weil er an kurdischen Demonstrationen in der BRD teilgenommen hatte (deswegen mußte er übrigens Asylantrag stellen). Die Zusammenarbeit des westdeutschen Verfassungsschutzes mit syrischen „Sicherheits"organen hat wieder hervorragend geklappt! Asyl für die Kurdischen Genossen!

Emigrantenzelle

Dortmund: Spanische Arbeiter gegen Referendum

In Spanien soll am 15. Dezember in einer „Volksabstimmung" über das von der faschistischen Suarez-Regierung erlassene „Wahlgesetz" abgestimmt werden (s. Art. in diesem AK). Auch die etwa 1 Mio. im Ausland lebender Spanier sind von der spanischen Regierung aufgerufen, sich mit „Ja" zu entscheiden. Doch viele Spanier durchschauen den scheindemokratischen Rummel und lehnen es ab, sich an dieser Abstimmung zu beteiligen.

79 in Dortmund lebende Spanier unterzeichneten namentlich bei einer Spanien-Veranstaltung im Spanischen Zentrum Dortmund folgende Resolution:

„Auf der Versammlung am 4. Dezember 1976 haben die Unterzeichnenden, spanische Arbeiter aus Dortmund (BRD), beschlossen, folgende Erklärung abzugeben:

Angesichts des für den 15. Dezember angekündigten Referendums, bekunden wir unsere entschiedene Ablehnung dieser Wahl, da sie unserer Meinung nach keine demokratische Legitimität besitzt.

- *Das Fehlen politischer, gewerkschaftlicher und nationaler Freiheiten*
- *die Unmöglichkeit einer demokratischen Kontrolle des Wahlergebnisses*
- *die Fortsetzung der Unterdrückung und Diskriminierung der demokratischen Kräfte in unserem Lande*
- *die Beschränkung der Wahlentscheidung auf zwei Übel: entweder so weiterzumachen wie bisher oder aber eine Reform zu akzeptieren, die das Fortbestehen einer autoritären Monarchie und einer aufgezwungenen Verfassung, die eine Reihe grundsätzlicher Prinzipien jeglicher Demokratie leugnet, garantiert,*

lassen dieses Referendum zu einer antidemokratischen Wahlfarce werden.

In Erfüllung unserer Pflicht als Arbeiter und Demokraten, erklären wir öffentlich unsere Absicht, das Referendum am 15. Dezember zu boykottieren, da wir glauben, daß dies die einzige würdige und demokratische Antwort ist".

Der Aufruf wird von den örtlichen Gruppen der MC (Kommunistische Bewegung), der Union spanischer Emigranten (UTE), der revisionistischen Partei Spaniens (PCE), der sozialdemokratischen PSOE und ihrer Gewerkschaft UGT unterstützt.

Emigrantenzelle



ausländische Arbeiter in der BRD

Bundesregierung und DGB: ausländerfeindlich auf ganzer Linie

– Bei einer Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf (1975) hat sich die BRD als einziges Mitgliedsland der Konvention Nr. 143 und der Empfehlung Nr. 151 nicht angeschlossen, die sich gegen die Diskriminierung ausländischer Arbeiter richtete und die rechtliche Angleichung derselben an die einheimischen Arbeiter forderte.

– DGB-Bundesvorstandsmitglied Heinz Richter äußerte sich in großer Offenheit auf einer Mülheimer Tagung zur Frage „Wer vertritt die Interessen der ausländischen Arbeitnehmer" (18./19.10.75): *„Diejenigen, die glauben, daß die deutschen Gewerkschaften oder (!) die Bundesrepublik Deutschland eine Politik machen würden, die zuließe, daß es Millionen Arbeitslose gibt, während Ausländer in Arbeit sind, irren, das kann man von uns wohl nicht erwarten, das wäre eine Illusion"* (Zitat nach „Journal G, Okt. 76).

– Bei einer Tagung westeuropäischer und nordafrikanischer Gewerkschaften im Mai d. J. glänzte der westdeutsche DGB durch seine fast regierungsamtlichen ausländerfeindlichen Stellungnahmen. Zunächst sperrte er sich gegen die Einladung des klassenkämpferischen türkischen Gewerkschaftsverbandes DISK und sprach sich für den gelben Gewerkschaftsverband TURK-IS aus. Dies konnte von den französischen und italienischen Gewerkschaften verhindert werden. Vorstandsmitglied Schwab log dort frech: *„Für die Bundesrepublik stelle ich mit Stolz fest, daß es den Gewerkschaften im DGB gelungen ist, die Gleichbehandlung und Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer mit vergleichbaren (?) deutschen Arbeitnehmern im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich weitgehend zu verwirklichen"* („Journal G", Okt. 1976). Die Stellungnahme des türkischen DISK übergehend, der kritisierte, daß Zehntausende türkischer Arbeiter die BRD verlassen mußten, kam Schwab zu der dummfrechen Behauptung, der DGB habe es erreicht, die Situation *„der ausländischen Arbeiter in diesem Land in den Griff zu bekommen (?!) und ihnen die Sorge zu nehmen, daß sie morgen in ihre Heimat zurückgeschickt würden"* („Journal G'., Okt. 76).

– Auch die jüngste Erklärung des Präsidiums des Deutschen Städtetages zur „Mitbestimmung" von Ausländern auf kommunaler Ebene, läßt keinen Zweifel an der rassistischen Einstellung der hiesigen Politiker. Dies Gremium ließ verlauten, man denke nicht daran, dem Beispiel Schwedens zu folgen, wo Ausländer bei Kommunal- und Regionalwahlen seit September '75 das aktive und passive Wahlrecht haben. Schließlich seien die politischen Rechte laut Grundgesetz ausschließlich deutschen Staatsbürgern vorbehalten („Mundo Obrero", 27.10.76).

Wie gering die Sorge der ausländischen Arbeiter zu sein braucht, wegen diskriminierender Ausländergesetzgebung in ihre Heimat „zurückgeschickt" zu werden, wird aus zwei Zeitungsmeldungen der letzten Zeit deutlich. Diese Meldungen stehen für viele ähnliche Fälle, die in der Presse gar nicht erst bekannt gemacht werden:

München: *„Eine Großrazzia wurde in den frühen Morgenstunden des gestrigen Donnerstags in einer Ausländerunterkunft im Haus Schleißheimer Straße 56 durchgeführt. Um 4 Uhr durchsuchten etwa 50 Beamte von Polizei, Ausländer- und Wohnungsamt sowie der Staatsanwaltschaft nach richterlichem Beschluß des Amtsgerichts München den Altbau"* („Süddeutsche Zeitung", 12.11. 1976). Von den 76 türkischen Kollegen, die in dem total überbelegten Altbau unter menschenunwürdigen Verhältnissen lebten, wurden 27 festgenommen und langen Verhören unterzogen. Wenn sie keine Papiere haben, die sie zu „legalen Menschen" machen, werden sie ausgewiesen.

Hamburg/Süderelbe: *„Im Verlauf eines Großeinsatzes durchsuchten am Dienstag etwa 40 Polizeibeamte mit Hunden (!) die Wohn- und Nebenräume eines Landwirts in einem Elbort in Süderelbe"* („Harburger Anzeigen und Nachrichten", 2.12. 1976). Auch hier galt die Jagd sogenannten Illegalen. 33 türkische und jugoslawische Arbeiter wurden „überprüft", 6 von ihnen vorläufig festgenommen., Gegen einen der Kollegen läuft bereits eine Ausweisungsverfügung. Daß es dem sklavenhaltenden Landwirt an den Kragen ging, davon hat man nichts gehört. In der BRD werden die „Sklaven" bestraft und nicht die „Sklavenhalter" – und dies auf Initiative und unter aktiver Mitwirkung der SPD-geführten Administrationen (z. B. in München und Hamburg) und unter dem Beifall der DBG-Führer.

Emigrantenzelle

Korrektur zu „Rassismus in Frankreich" (AK 94)

Zwei Leser(innen) des Arbeiterkampf haben uns auf die falsche Verwendung des Begriffs „Les pieds noirs" im Artikel „Rassismus in Frankreich" (AK 94) hingewiesen. Wir hatten so irrtümlich die ausländischen Arbeiter in Frankreich bezeichnet. Ein *„antifaschistischer AK-Leser aus Mittelfranken"* korrigierte uns:

„ ‚Les pieds noirs' werden in Frankreich diejenigen genannt, die als Franzosen in Algerien oder Tunesien oder Marokko aufgewachsen sind. Aus Algerien sind nach dem Sieg der Revolution von 1962 die französischen Kolonialisten rausgeschmissen worden. Die französische Bevölkerung nannte diese ‚Flüchtlinge' LES PIEDS NOIRS. Bald wurde diese Bezeichnung auch synonym mit faschistoiden Kreisen, OAS usw., da viele dieser ‚colons' (Siedler) eine sehr reaktionäre Weltanschauung haben. Man kann sagen, daß 90 % von ihnen reaktionär bis faschistisch sind. Sie führen sich ungefähr so auf, wie in der BRD die ‚Vertriebenen', Sudetendeutschen Landsmannschaften usw."

„Eine französische Leserin" aus Kiel bestätigt diese Aussage mit anderen Worten und fügte noch hinzu: *„Für die nordafrikanischen Gastarbeiter in Frankreich, vor allem Algerier, werden diskriminierende Begriffe wie ‚bicots' und ‚bougnoules' verwendet (ferner auch ‚ratons'). Abgesehen von diesem kleinen Irrtum möchte ich betonen, daß sich der AK von anderen linken Zeitungen wohltuend durch seine kritisch nuancierten Artikel abhebt und umfassende Information anbietet".*

Wir freuen uns über das Lob und werden uns weiter in diesem Sinne bemühen.

(Außer „ratons" = kleiner Ratten, sind die beiden anderen Begriffe in „seriösen" Wörterbüchern nicht übersetzt ..)

Emigrantenzelle



Frauen



Europäischer Frauenkongreß geplant

Schon vor rund einem Jahr haben die französischen Frauengruppen „Les Petroleuses“ und „Cercle Elisabeth Dimitrieff“ (Paris) alle Frauengruppen in Europa zu einem Kongreß eingeladen, in dessen Mittelpunkt die Themen „Frauenkämpfe, Klassenkämpfe“ stehen sollen. Sie wollen hier die Verbindung der Kämpfe der Frauen zu den allgemeinen Klassenkämpfen ziehen.

Die französischen Frauen schlagen folgende Themen vor:

„Stellung und Rolle der Frau im Klassenkampf (Was können Frauenkämpfe erreichen; wie wird der Kampf verstärkt gegen Regierung/Macht in allen Formen ...; welchen Einfluß haben diese Kämpfe auf die Entwicklung der Positionen der politischen Organisationen und die Kampforgane der Arbeiterklasse; welche Folgen haben sie für die gegenwärtige Politik der Bourgeoisie?). Unter anderem könnten wir mit der Diskussion um das Problem Frau und Arbeit beginnen.
– Stellung und Rolle der Frau in kapitalistischen Systemen (Welche Rolle spielt die Hausarbeit; welche Möglichkeit der Organisation haben Frauen in Betrieben?).
– Wie reagieren Bourgeoisie, Gewerkschaften, Parteien, die Strömungen der Frauenbewegung auf die Forderungen der Frauen?
– Diskussion über die Möglichkeit der internationalen Solidarität mit Frauenkämpfen.“

Geplant ist auch im Anschluß an den Kongreß eine Broschüre oder Presseerklärung o.ä., die Koordination gemeinsamer Kampagnen und eine gemeinsame internationale Aktion zum 8. März 1977, dem internationalen Frauentag. (Nach: „Aufruf zu einem europäischen Frauenkongreß“, Diskussionspapier der beiden französischen Frauengruppen).

Nachdem schon mehrere Vorbereitungstreffen stattgefunden hatten und sich Frauengruppen aus Luxemburg, Schweden, Dänemark, Italien, Belgien, Holland, England und der Schweiz über das Thema des Kongresses einig waren, gab es auf dem letzten Treffen in London im Oktober dieses Jahres erhebliche Differenzen. Einige der oben genannten Gruppen waren nicht zu dem Treffen gekommen, die Diskussion wurde ganz neu aufgerollt, und diesmal hatten die Engländerinnen und Holländerinnen Widersprüche zur Konzeption der französischen Frauen (die Zusammensetzung bei diesen Vorbereitungstreffen schwankt in der Regel erheblich, so daß eigentlich schon abgeschlossene Fragen neu diskutiert werden mußten). Sie wollten keine derartigen „Einengung“ des Kongresses auf die oben aufgezählten Fragen, sondern ein möglichst „breites“ Zusammentreffen vieler Frauen mit gemeinsamem Erfahrungsaustausch. Sie wollten auch keine Presseerklärung o.ä. und keine Beschränkung der Teilnehmerzahl (die Französinnen hatten eine Art Delegiertensystem geplant, um die Diskussion auch effektiv führen zu können). Nach langem Hin und Her wurde über die beiden Alternativen abgestimmt. Der französische Vorschlag bekam dabei eine knappe Mehrheit. Daraufhin weigerten sich die holländischen Frauen, den Kongreß – wie vorher abgemacht – in Amsterdam stattfinden zu lassen; sie könnten ihn mit dieser Stoßrichtung nicht befürworten. Um die Sache nicht vollständig platzen zu lassen, beschlossen die Frauen ein erneutes Vorbereitungstreffen am 11./12. 12. in Paris.

Aus der BRD hatten Frauen einer Düsseldorfer Frauengruppe an den Treffen teilgenommen. Die AG Frauen des KB hatte mit den französischen Frauen im September Kontakt aufgenommen und ein kurzes Papier zu den angesprochenen Themen nach Paris geschickt.

Um unter den westdeutschen Frauengruppen eine Koordination und eine Diskussion über das Thema des Kongresses zustande zu bringen, lud die Düsseldorfer Frauengruppe am vergangenen Wochenende zu einem nationalen Treffen der westdeutschen Frauengruppen ein, an dem auch zwei Genossinnen unserer Organisation teilnahmen.

Vertreten waren Frauengruppen aus Bonn, Köln, Frankfurt, Aachen, Marburg; Esslingen, Stuttgart, Westberlin, Nürnberg, Erlangen, Herne/Wanne-Eickel und Genossinnen der GIM.

Gleich bei der ersten Diskussion wurde Kritik an der Stoßrichtung des Aufrufs laut: In den westdeutschen Frauengruppen seien in der Regel in der Mehrzahl Frauen aus kleinbürgerlichen Schichten, Frauen, die sozial besser gestellt sind als Arbeiterinnen – deshalb könnten sie zu vielen Themen im Aufruf, die auf den Klassenkampf orientieren, gar nichts beitragen. Außerdem würden damit zuwenig Frauen aus den Frauengruppen in der BRD direkt angesprochen, weil sie sich da nicht einordnen könnten. Am Arbeitsplatz würde doch jede Frau als Frau geschlechtsspezifisch unterdrückt, egal ob sie am Fließband steht oder am Schreibtisch sitzt. Und wenn wir auf so einem Kongreß das Thema „Frauenarbeit“ in all seiner Problematik diskutieren, bringe das den Frauen mehr als die alleinige Orientierung auf „Klassenkampf“. Außerdem wüßten sie z. Zt. gar nicht, wie sie Arbeiterinnen in die Frauenbewegung einbeziehen sollten; außer einer Unterstützung bei Streiks u.ä. könnten die Frauengruppen im Moment nicht mehr machen, um hier Einfluß zu nehmen.

Deswegen kristallisierte sich bald die Meinung heraus, den Französinnen vorzuschlagen, den Kongreß doch in erster Linie über das Thema „Frauenarbeit“ und die Dreifachbelastung der Frauen durch Beruf, Hausarbeit und Kindererziehung zu machen.

Am zweiten Tag des Treffens wurde noch über konkretere Themen wie § 218, Hausarbeit und die Forderung „Lohn für die Hausarbeit“, und außerdem über die Stellungnahme zu dem Aufruf noch einmal diskutiert.

Zum § 218 war nach der Diskussion die ziemlich einhellige Meinung, daß die Frauengruppen diesen Kampf wieder aufnehmen müssen, daß Informationen untereinander ausgetauscht werden müssen, und daß man nicht auf irgendwelche Versprechungen irgendwelcher Behörden vertrauen darf, sondern wachsam sein muß gegenüber allen Verschärfungen und Verschlechterungen.

Das Treffen endete mit dem Beschluß, daß die Frauen, die nach Paris zur Vorbereitung fahren, einen Termin für ein erneutes nationales Treffen festsetzen, um vor dem Kongreß noch einmal die Standpunkte abzuklären und neue Diskussionen aus den Frauengruppen miteinfließen zu lassen. Auf dem Vorbereitungstreffen müssen die deutschen Frauen die Differenzen in der westdeutschen Frauenbewegung so schildern, wie sie aufgetreten sind, und versuchen, das Thema „Frauenarbeit“ einzubringen.

Wir halten dieses Treffen für einen guten Ansatz, langfristig zu einer Zusammenarbeit innerhalb der Bundesrepublik zu kommen und begrüßen es sehr, wenn öfter solche Zusammenkünfte zu bestimmten Themen zustandekommen.

Auf dem Kongreß haben wir die Chance, ein bißchen über unsere Grenzen hinaus von den Frauen in den anderen Ländern zu lernen, ihre Kämpfe durch die Berichterstattung in unserem Land zu verbreitern zu helfen und zu einer längerfristigen Zusammenarbeit zu kommen. Der Anfang ist gemacht!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Redaktionelle Anmerkung: *Widersprüche innerhalb der westdeutschen Frauenbewegung, speziell festgemacht am Reizwort „Klassenkampf“ werden in diesem Artikel nur angetippt bzw. dargestellt, nicht aber einer eigenen Einschätzung unterzogen. Das soll demnächst in Auswertung der Kongreß-Ergebnisse geschehen.*

Ja, wenn das so war...

Der Schlosser K. Dunger hatte eine Prostituierte erstochen und wurde in erster Instanz wegen Totschlags zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Nach der Neuverhandlung des Falles bekam er nur noch drei Jahre und sechs Monate. Ihm wurde „verminderte Zurechnungsfähigkeit“ bescheinigt; außerdem wurde ihm der Sondertatbestand des Totschlags im „minderschweren“ Fall zugestanden. Dieser Tatbestand kommt z.B. in Frage, wenn sich der Täter nach „schweren Kränkungen“ zu einer Tat „hinreißen“ läßt.

Der Richter erläuterte in der Urteilsverkündung: *„Während üblicherweise der Zuhälter die Prostituierte beherrscht, war es in diesem Fall umgekehrt“*. Und da laut Beweisaufnahme die Frau während des Streites, in dessen Verlauf sie mit 12 Messerstichen erstochen wurde, den Angeklagten als „dreckigen Zuhälter“ und „Versager im Bett“ bezeichnet hatte, ist dieser Mord für den Richter wohl fast ein Kavaliersdelikt.
(nach „Frankfurter Rundschau“, 11.11.76).

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

KBW: Um Einfälle nie verlegen

Im Sturm der Volksmassen auf die **„Beratungsstellen“ hat das Volk eine** Verschnaufpause eingelegt. Der KBW tut nun nachträglich, was er anfänglich verschmähte: Er versucht, dem Sturm der Volksmassen auf die „Beratungsstellen“ eine politische Basis zu schaffen.

Warum die Volksmassen die „Beratungsstellen“ angreifen müssen, begründete ein KBW'ler auf einer Hamburger Uni-Veranstaltung des AStA im November folgendermaßen: Die „Beratung“ ist im neuen § 218 zwingend vorgeschrieben. Wenn man nun

„Beratung“ ist im neuen § 218 zwingend vorgeschrieben. Wenn man nun

diese „Beratung“ unmöglich macht, indem man alle Beratungsstellen angreift, wird dem Staat also gar keine Möglichkeit mehr bleiben, den neuen § 218 anzuwenden. Ohne „Beratung“ keine Kriminalisierung der Abtreibung, meinte der KBW'ler offenbar. Das sind so die Gelegenheiten, wo man die KBW'ler einfach lieb haben muß und sie eigentlich gar nicht missen möchte! ...

„Genosse sucht Genossin für Haushalt und Kinder“

> Alleinstehender Arzt, Raum Wiesbaden/Mainz, mit 2 Jungen von 5 und 8 Jahren, sucht unabhängige Genossin oder sympathisierende Frau bis ca. 40 Jahren für Haushalt und Kinder. Zimmer vorhanden. Zuschriften an den Verlag, Anz.-Abt. Chiffre 685/76.

So stand es in einer Anzeige der DKP-Zeitung „UZ“ vom 1.12.76 zu lesen. Offensichtlich verbirgt sich dahinter die bürgerlich-reaktionäre Vorstellung von der „Bestimmung der Frau“. Daß dies nicht nur ein „Ausrutscher“ in einer Anzeige, sondern eine in der DKP-Politik verbreitete Vorstellung von der Rolle der Frau ist, zeigen zwei weitere Beispiele aus Bremen.

Die „Rote-Punkt-Liebe“

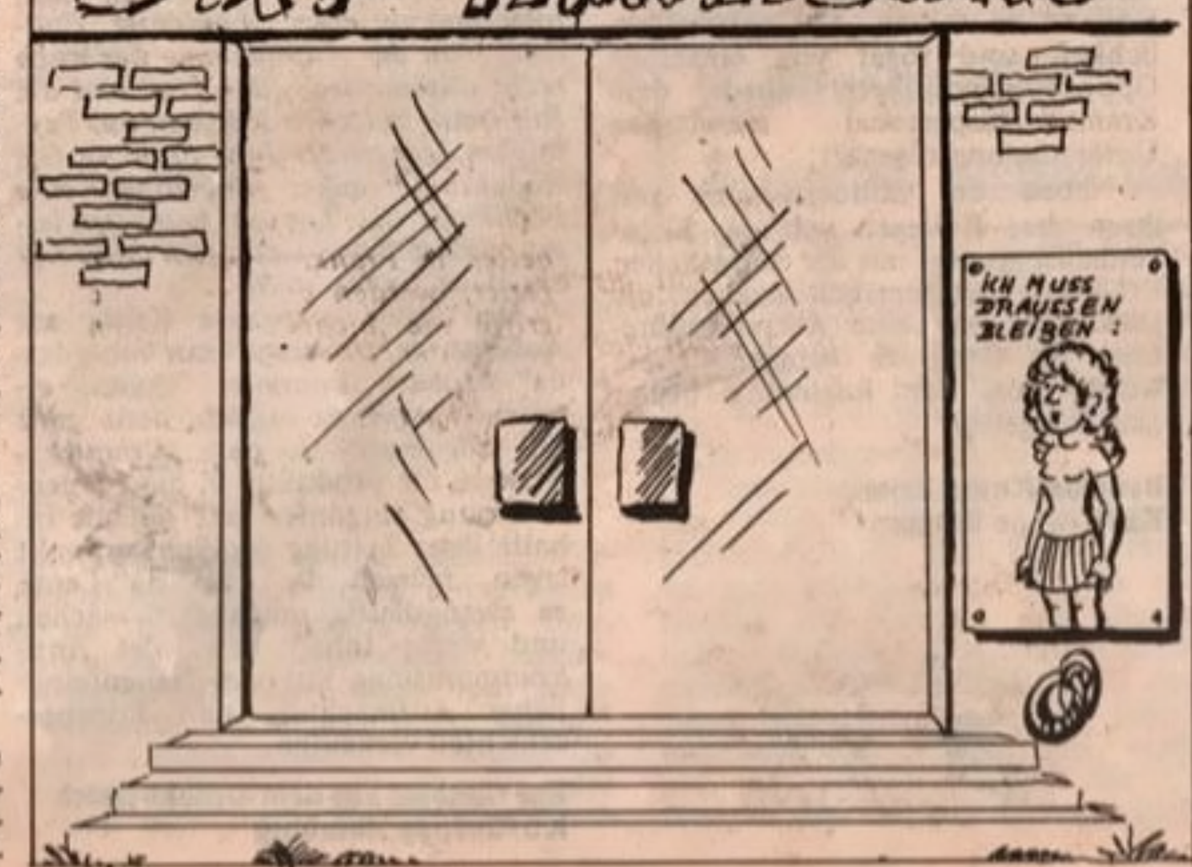
Aus Anlaß der Fahrpreiserhöhungen hat die DKP ein Komitee „Roter Punkt“ gegründet. In einem Gedicht über diesen „Roten Punkt“ wird die Geschichte einer Frau geschildert, die wie jeden Morgen ungeduldig auf ihren Bus wartet, damit ihr *„der Chef diktieren“* kann. Ein forscher junger Mann mit dem „Roten Punkt“ kommt vorgefahren: *„Wohin, gnä' Frau, darf ich Sie leiten?“* Sie steigt ein, im Nu ist der Kontakt gefungen, die Telefonnummern werden ausgetauscht. Und jetzt kommt jeden Tag ein anderer Mann mit dem „Roten Punkt“ und *„der Mensch – der weibliche versteht sich“*, erhielt manch Angebot *„zum Tanzen und auch Essen, der Mensch ist immer mehr versessen, noch andre Punkte zu entdecken und freut sich täglich jetzt aufs Wecken. Der Mensch nur einen Wunsch noch hat: ach Püncktchen, bleib in unsrer Stadt, ich merk, ich ändere mich. Roter Punkt, ich liebe dich“* (aus: „Straßenbahn-Nachrichten“ Nr. 3).

So werden die Frauen anläßlich einer so politischen Sache wie der Fahrpreiserhöhungen von der DKP als Dummchen verarscht, nicht auf Politik ansprechbar, aber auf Komplimente und „forsche junge Männer“.

Ähnlich frauenfeindlich äußerte sich der von der DKP-Studentenorganisation MSB maßgeblich mitgetragene Uni-AStA in einem „Ordnungsrechts-Blues“. Darin wird das Bild der Frau als angepaßt und „schön bequem“, zum Bumsen gerade gut genug, gezeichnet. Man sieht, die „UZ“-Anzeige ist kein „Ausrutscher“!

Die Frauengruppe an der Bremer Sozialpädagogik-Hochschule hat zu dieser Frauenfeindlichkeit der DKP einen offenen Brief an die neugegründete Frauengruppe des MSB verfaßt und stellt die Frage, wieweit solche Positionen mit einer fortschrittlichen Frauenpolitik vereinbar seien. Eine Antwort gibt es bisher nicht. Einzelne MSB-Mitglieder waren über die Veröffentlichung allerdings sauer und versuchten sich rauszureden: Sowohl Anzeige, als auch Gedichte seien ja nicht offiziell von der Partei ... Man sollte sie für derartige von ihnen mit zu verantwortende Veröffentlichungen nicht aus der Verantwortung entlassen. Auf eine klare Stellungnahme warten wir noch!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Bremen



Vermieter-Moral

„Eine Lebensgemeinschaft ohne Trauschein ist genauso achtenswert wie eine Ehe.“ Dies mußte sich ein Vermieter von den Richtern des Bonner Landgerichts sagen lassen. Damit wurde eine Räumungsklage gegen eine Mieterin abgelehnt, die einige Jahre nach dem Tode ihres Mannes einen anderen Mann in ihre Wohnung aufgenommen hatte.

Das Gericht meinte, daß weite Bevölkerungsschichten heute der Auffassung sind, daß die Ehe keineswegs mehr die einzige erlaubte Form des Zusammenlebens von Mann und Frau ist. (Aktenzeichen: 6s 16/76). (aus: „Welt“, 15.1.76).

Jeans – ein Kündigungsgrund?

Seit kurzem gibt es für Lehrerinnen einen neuen Kündigungsgrund: legere Kleidung! Was darunter zu verstehen ist? Je nach dem, was der Dienstherr darunter versteht!

Erstes Opfer ist eine junge Pädagogin in Heidelberg, die an einem privaten, neusprachlichen Gymnasium unterrichtete.

Offensichtlich gefiel der Besitzerin der Schule, Frau Prokop, die Kleidung der jungen Frau nicht. Blue jeans, Stiefel und Kopftuch, an sich ganz praktisch, störten wohl ihr ganz privates Modeempfinden, jedenfalls schickte sie die Lehrerin nach Hause, mit der Ermahnung, am nächsten Tag in anderer Kleidung zu erscheinen.

Als das natürlich nicht geschah, wurde die Lehrerin entlassen! Wortlaut des Kündigungsschreibens ist natürlich nicht „wegen zu legerer Kleidung entlassen“ – das geht ja nicht. Da steht es etwas anders: *„Laufende Widersetzung gegen die Anweisungen des Dienstherrn“*.

Die Lehrerin geht jetzt vors Arbeitsgericht und die Schüler bekommen mal wieder eine neue Lehrkraft.

Die erste Antwort der Schüler: Zwei Stunden Streik!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Terroristin aus gutem Hause" wieder im Schoß der Bourgeoisie

Daß es für die Millionärs-„Terroristin" Pat Hearst glimpflich abgehen könnte, haben wir bereits vor einigen Monaten im ARBEITERKAMPF als eine Möglichkeit vorausgesehen. Denn ... Geld regiert die Welt ... schließlich auch in diesem Fall. Und da Patricia Hearst als Belastungszeugin auftreten wird und somit unter Beweis stellt, daß sie wieder auf der „richtigen" Seite steht, öffnen Vaters Millionen das Gefängnistor. 3,7 Mio. DM Kaution kostet das, ganz rechtsstaatlich, die Gesetze sind nunmal so, für Arm und Reich ..

Zur Beruhigung verwirrter Gemüter, die vielleicht an der Haltung der USA zu Terroristen zu zweifeln beginnen (man erinnere sich nur an den Prozeß gegen Angela Davis, die ohne weltweite Solidarität und Proteste praktisch verloren gewesen wäre), wird zur Begründung der Freilassung nachgeliefert: Pat Hearst werde streng bewacht, praktisch zu Hause eingesperrt, und das alles sei zudem notwendig, da sie bedroht werde und nicht mal im Gefängnis sicher sei – vor der Rache ihrer ehemaligen Genossen nämlich, die Pat jetzt ans Messer liefern will.

An letzterem könnte was dran sein. Verräter leben nun mal gefährlich.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Babyhandel – ganz legal?

Die Abteilung Familienhilfe des Waltroper Jugendamtes versteht die „Fürsorge für sozial schwache" Familien so: Sie will einen Mütterarbeitskreis gründen. Gesucht werden „*junge Frauen ..., die ein Kind erwarten, das sie auf Grund ihrer schlechten sozialen Lage nicht austragen wollten*" (nach „KVZ" 40/76, Ortsbeilage Münster). Nun geht es nicht etwa darum, diesen Frauen zu helfen, eine legale Abtreibung zu bekommen. Im Gegenteil: Ziel des „Mütterarbeitskreises" soll es sein, die Frauen dazu zu überreden, das Kind doch zur Welt zu bringen. Dafür will sich der „Arbeitskreis" bemühen, schon vor der Geburt Adoptiveltern
doch zur Welt zu bringen. Dafür will sich der „Arbeitskreis" bemühen, schon vor der Geburt Adoptiveltern
ausfindig zu machen.

Aber damit nicht genug: Während Mitarbeiter der Aktion Soziale Partnerschaft (diese sollten bei der Suche nach den Frauen behilflich sein) diesen Plan in einem Leserbrief der „Waltroper Zeitung" bestätigten, behauptet das Jugendamt, das sei „*schlicht und einfach Nonsens. Es erübrigt sich, überhaupt darüber zu diskutieren*" (nach „Waltroper Zeitung", 15.10.76). Einer Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung ist das Jugendamt dann nicht gefolgt. Dafür hat es kurzerhand den Mitarbeiter, der diese ganze Schweinerei aufgedeckt hat, gekündigt – wegen „Vertrauensbruch".

KB/Gruppe Bochum

Frau das Selbstbestimmungsrecht verweigert

Eine 46jährige Frau aus Kassel will sich sterilisieren lassen. Sie hat bereits sechs Kinder und ist gesundheitlich recht angeschlagen. Sie verträgt die Pille nicht. Nach langem hin und her findet sie endlich eine Klinik, die bereit ist, den Eingriff vorzunehmen. „Einzige" Klippe: Der Mann muß einverstanden sein; er muß persönlich im Krankenhaus erscheinen und seine Unterschrift dort leisten, mit der er erklärt, daß ihm klar ist, daß der Eingriff nicht rückgängig zu machen ist und daß er gegen die Sterilisation nichts einzuwenden hat. Der Mann aber hat was dagegen; für ihn ist eine Frau nur dann „vollwertig", wenn sie auch Kinder kriegen kann. Die Konsequenz für die Frau: Die Klinik weigert sich, die Sterilisation vorzunehmen. Besonders diskriminierend für die F· u ist in diesem Fall, daß ihr Mann offiziell für nicht zurechnungsfähig erklärt ist. Er darf deshalb beispielsweise kein Auto fahren etc. Allerdings darf er immer noch über das Leben und die Zukunft seiner Frau entscheiden. Eine juristische Klärung will die Frau nicht herbeiführen, da der Mann wegen seines Hirnschadens keinen psychischen Belastungen ausgesetzt werden darf.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Kassel

Frauenveranstaltungen

Als Erfolg ist die erste Frauenfilmveranstaltung der KB-Frauengruppe Darmstadt zu werten, zu der ca. 150 Menschen erschienen. In den Redebeiträgen wurde über die verschärfte Anwendung des § 218, die Kriminalisierung abtreibungswilliger Frauen, Polizei-Einsätze gegen Frauenzentren usw. berichtet. Es wurde herausgestellt, daß die Perspektive des Kampfes in der Unterstützung der Aktionseinheit – Gemeinsam gegen die Repression –, die gerade in Darmstadt entsteht, bestehen muß.

Auf der Veranstaltung wurde der Film „Salz der Erde" gezeigt; Wandzeitungen hingen aus, um über die Situation der Frauen im Haushalt, Betrieb, Schule und Ausbildung zu berichten.

Wir haben uns vorgenommen, **regelmäßig alle zwei Monate Frauenfilme** zu zeigen, aber auch durch Wandzeitungen und Diskussionen mehr Frauen und Männer für den Kampf um die Gleichberechtigung und gegen die doppelte Unterdrückung der Frau zu gewinnen.

KB/ Frauengruppe Darmstadt

o

Am 28.11. traten die Frauengruppen von Hamburg-St. Pauli zum ersten Mal mit einer Veranstaltung öffentlich auf. Die Frauen hatten sich vorgenommen, speziell die Probleme der Frauen im Bezirk St. Pauli anzusprechen, dabei zu den Frauen im Bezirk Kontakt zu bekommen und gemeinsam weitere Kampfschritte gegen die besondere Unterdrückung der Frau anzugehen.

Zur Veranstaltung waren 100-150 Menschen (etwa gleichviel Männer und Frauen) gekommen. Trotz einiger Anfangsschwierigkeiten (z.B. verhinderte die Behörde im Bezirk durch Verzögerungstaktik die Anmietung eines Raumes im Haus der Jugend) wurde die Frauenveranstaltung ein voller Erfolg. Die Frauen bekamen neuen Schwung für die weitere Arbeit und Zuwachs zu den Frauengruppen. Zum Gelingen des Abends trug auch ein KBW'ler bei der schon früher KB-Genossinnen belästigt hatte (siehe AK 94) und auch auf der Frauenveranstaltung aufkreuzte: Zur allgemeinen Freude wurde er vor die Tür gesetzt.

Krankenhauspersonal gegen Abtreibungsverbot

Belgien gehört zu den Ländern mit der reaktionärsten und frauenfeindlichsten Abtreibungsgesetzgebung: „*Selbst nach Vergewaltigungen und auch bei feststehenden Mißbildungen von ungeborenen Kindern sind in Belgien in den meisten Fällen Eingriffe noch immer unter Androhung schwerer Zuchthausstrafen verboten*" („Weser-Kurier", 11.11.76).

Z.Zt. wird in Brüssel gegen drei Krankenhausärzte ein Prozeß wegen „Kapitalverbrechen" (gemeint sind Abtreibungen!) eingeleitet. Jetzt ist das gesamte Personal der Frauenklinik, in der die drei Ärzte angestellt sind, mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit getreten: Seit 1973 wurden in der Klinik 1.822 Abtreibungen vorgenommen. „*Zu mehr habe es leider aus Zeitgründen und wegen der beschränkten Kapazität der Klinik nicht gereicht*" („Weser-Kurier", 11.11.).

Insbesondere sollte damit den Frauen geholfen werden, die es sich finanziell nicht leisten können, nach Holland zu fahren. Aus der Öffentlichkeit und sogar von einzelnen Oppositionspolitikern wurde dem Krankenhauspersonal inzwischen Unterstützung zugesagt.

Neben der Solidarisierung mit ihren drei Kollegen will das Krankenhauspersonal mit der öffentlichen Erklärung den Versuch machen, die Diskussion um eine Abtreibungsreform in Gang zu bringen. Diese wurde von der Regierung bisher „auf Eis gelegt".

Benelux-Kommission
KB/Gruppe Bremen



EMMA – das transparente Bewegungsprojekt

Ab Januar 1977 sollen „Frauen schlechthin" mit einer „von Frauen für Frauen" gemachten neuen Frauen-Zeitung EMMA (bleibt es bei diesem Namen?) beglückt werden. Startauflage 200.000. Chefin des Unternehmens ist Alice Schwarzer, bekannt geworden durch ihr Buch „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen".



In der Frauenbewegung im weiteren Sinn ist dieses Projekt nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Kritisiert wird insbesondere, daß Alice S. ihre Zeitung ziemlich losgelöst von der Frauenbewegung herausbringen will. Diskutiert wird (laut Spiegel vom 29.11.76) sogar ein Boykott von Teilen der Frauenbewegung gegen die neue Zeitung.

Alice S. weiß allerdings auf alle kritischen Fragen eine unbekümmerte Antwort. So etwa auf die Frage: „*Ihr seid mit der Bewegung verbunden, die euch jetzt den Markt verschafft?*". Da sagt Frau S. einfach drauf: „**Wir sind als Teil der Bewegung ein Bewegungsprojekt**". So einfach geht es, zumal wenn man mal eben Alice's eigene Aussage vergißt: „**Nicht alles, was sich feministisch nennt, ist feministisch.**" ...

Nun gibt der Frager sich aber noch nicht mit der lockeren Antwort zufrieden, das alles, was Frau S. in die Finger nimmt, flugs zum Bewegungsprojekt wird, weil Frau S. sich als Teil der Bewegung definiert.

Der Frager fragt also weiter: „*Du sagst, EMMA ist ein Bewegungsprojekt. Mich würde interessieren, in welcher Form beziehen sich die Macherinnen von EMMA auf die Bewegung. Welche Formen von Kontrolle und Einflußnahme der Bewegung wird es geben?*"

Eine heiße Frage, aber Frau S. weiß wieder eine Antwort: „*Zunächst mal, wir leben und handeln im kollektiven Zusammenhang und sind damit (!) ein Teil der feministischen Bewegung.*" Immerhin: Eine dumme Antwort ist besser als gar keine! Weiter sagt Frau S.: „*Darüber hinaus sind wir dabei,*
Eine dumme Antwort ist besser als gar keine! Weiter sagt Frau S.: „Darüber hinaus sind wir dabei,
Strukturen zu entwickeln, die das Offensein von EMMA für alles Frauenbewegte und das Einfließen von Aktivitäten und Diskussion der Bewegung in EMMA nicht nur möglich machen, sondern systematisch fordern."

Man muß es ihr schon glauben, daß sie dabei ist, solche „Strukturen" zu „entwickeln", auch wenn anscheinend große Teile der Frauenbewegung bisher der Meinung sind, daß sie von realer Einflußnahme auf das Projekt abgeschnitten sind. Nur Geduld, jede Struktur braucht ihre Zeit.

Noch ein paar Worte zum konkreten kollektiven Zusammenhang von Frau S., d. h. ihrem EMMA-team das selbstverständlich nur aus Frauen bestehen darf. Das Kollektiv nimmt die weltliche Form der GmbH an, mit Frau S. als Mehrheitsgesellschafterin. Das ist nur recht und billig. Denn schließlich hat Frau S. zum Startkapital 100.000 DM beigesteuert (Erlös vom „Kleinen Unterschied"), während Kolleginnen, Sympathisantinnen etc. nur lausige 50.000 DM eingezahlt haben. Frau S. meint dazu: „*D.h., daß es zur Zeit noch eine Ungleichgewichtigkeit der Haftung gibt. Und diese Ungleichgewichtigkeit schlägt sich auch in der Struktur nieder ... Wir sind ein Kollektiv in Etappen. Noch sind Risiko und Arbeitseinsatz sehr ungleichgewichtig verteilt. Aber wir hoffen, das wird sich ändern.*" Bei dem Kollektiv in Etappen handelt es sich, mit andern Worten, um eine Aktiengesellschaft. Mit 100.000 DM sind Sie dabei.

Niemand braucht sich zu wundern, daß in so einem Betrieb natürlich auch die Arbeitsbeziehungen „hierarchisch" sind – eine Hierarchisierung freilich, die laut Frau S. „*sehr transparent gemacht wird*" und „*bei uns sehr reflektiert wird*". Immerhin. (Zitate aus einem Interview mit der „stadt Revue", Köln, Nov. 76).

Hans Huffzky von der „Constanze" sieht für die EMMA „unbedingt eine Chance", und Alice S. rechnet damit, „**daß mein Name zur Zeit einen sehr hohen Marktwert hat**" („stadt Revue"). In der Frauenbewegung sieht man das doch nicht ganz so: „*Uns fällt an Frau S. ganz besonders auf, daß sie sich mit einer gewissen Arglosigkeit von Männern immer wieder beraten läßt; würde sie sich den Ratschlägen der Frauen anvertrauen, so würde sie, gewiß mit einigem Staunen erfahren, daß der von Peter Brügge noch vor einiger Zeit zitierte ‚Galionsfigurmythos' bei den Frauen überhaupt keine Begeisterung hervorgerufen hat*" („Schwarze Botin", Westberlin). Falls diese Marktanalyse zutrifft, könnte es mit der EMMA sehr rasch zuende sein. Verspielt hätte dann Alice S. Namen und Kapital, die sie durch den „Kleinen Unterschied" erworben hat. Schade bloß, daß dabei auch Spenden, Arbeitseinsatz und Hoffnungen anderer Frauen mit über den Jordan gehen.

„Das ist Männersache"?

Das nach eigener Aussage so ziemlich einzige „linke Blatt", „das da", hat sich in seiner November-Ausgabe unter der Überschrift „Neues Emanzenblatt" dazu herabgelassen, über die Neuerscheinung der Frauenzeitschrift „Courage" zu berichten. Da ist dann, nachdem man auf die Themenvielfalt eingegangen und die Zeitung für „*auf weiten Strecken frei von radikal-feministischen Tendenzen*" befunden hat, folgendes zu lesen: „*Leider ist ‚Courage' von der Aufmachung her noch recht dilettantisch (der Titel und die Rückseite bestehen lediglich aus Paßbildern kichernder Jung-Frauen). Die Redaktion müßte unbedingt eine Fachkraft das Layout besorgen lassen. Selbst dann, wenn sich dafür nur ein Mann finden sollte ...*".

Daß diese arrogante Kritik am Äußeren der „Courage" nur von „das da"-Machern kommen kann, erscheint geradezu logisch, denn ganz im Gegensatz zu den „Courage"-Frauen, die produktiv in die Frauenbewegung eingreifen und auf die Inhalte ihrer Zeitung den Schwerpunkt legen, müssen die „das da"-Leute es zwangsläufig umgekehrt machen und wenig Inhalt bzw. viel Antikommunismus mit viel frauenfeindlicher Aufmachung und Pornogeschichten verkaufen.

Ein Genosse aus dem Druckbereich
KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstr. 4
2000 Hamburg 13

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02.25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kuafzentrum Reinbek/West
Kaufzentrum Reinbek/West

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Fedelhören 77
28 Bremen
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg
jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr
vor Karstadt (Stadtmitte)

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Kurfürstenstr. 8
6 Frankfurt/M. 90
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz
Jeden Donnerstag 20 Uhr
Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr Altstadt
vorm Oberpaur

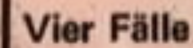
Nürnberg/Fürth
P. Trötler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone
Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 21
1 Westberlin 21
Fr. von 16 bis 19 Uhr



Prügel gegen Kinder weiter legal



Wie der parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, de Vith (SPD), mitteilte, wird auch nach der angekündigten „Reform des elterlichen Sorgerechtes" im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) das „Recht der Eltern, ihre Kinder notfalls körperlich zu züchtigen,... unverändert bestehen bleiben" („Welt", 23.11.).

Poliert werden soll bei der „Reform" lediglich an der Fassade: Was sich bisher „elterliche Gewalt" nannte, soll jetzt „elterliche Sorge" heißen.

Nur scheinbar im Widerspruch zur weiteren Legalisierung des Prügel-Rechts der Eltern steht die in den letzten Wochen von verschiedenen Landeskriminalämtern geführte Kampagne gegen Kindesmißhandlungen. Motto: „Tränen klagen an".

Die Wahrnehmung des Züchtigungsrechtes, d.h. das „maßvolle" Prügeln ihrer Kinder, gehört für die Mehrzahl der westdeutschen Eltern zurErziehung. Eine „Repräsentativumfrage" ergab 1975, daß 70% der Befragten „Körperstrafen für ein geeignetes Mittel zur Erziehung von Kindern" hielten.

Gewaltakte gegen Kinder, die über Ohrfeigen u.ä. hinausgehen und längere Beschwerden oder Dauerschäden verursachen, stehen in der BRD als „Kindesmißhandlung" unter Strafe. Polizeischätzungen rechnen mit 40.000 Fällen von „Kindesmißhandlung" jährlich; Schätzungen auf der Basis von Untersuchungen in den USA vermuten sogar 1 - 1,6 Mio. Fälle im Jahr.

Gegenstand von Strafverfolgung wurden in der BRD in den letzten drei Jahren lediglich 5.243 Fälle. („Welt", 3.11.).

Es wäre falsch, „Züchtigungsmittel" wie den berühmten „Klaps" und brutale Kindesmißhandlung in einen gemeinsamen Topf „Gewalt gegen Kinder" zu werfen. Oftmals

und brutale Kindesmißhandlung in einen gemeinsamen Topf „Gewalt gegen Kinder" zu werfen. Oftmals

soll ein „Klaps" für die Eltern das pädagogische Ziel erreichen, das Kind auf ein Fehlverhalten hinzuweisen – eine mitunter harmlose Maßnahme im Vergleich zu manchen „gewaltfreien" Methoden der Kindererziehung, wie Nichtbeachten, „Liebes-Entzug" etc.

Trotzdem ist dieses Mittel pädagogisch sehr zweifelhaft. Denn einerseits erscheint für das Kind die körperliche Überlegenheit des Erwachsenen als besonders bedrohlich. Und andererseits ist es für den Erwachsenen schwer, die Grenze zu ziehen zwischen einem „Klaps", der dem Kind etwas deutlich machen und der Gewaltanwendung, mit der der Erwachsene dem Kind seinen Willen aufzwingen will.

In vielen Fällen sind „Prügel in Maßen" Ausdruck der bürgerlichen Ideologie: „Ein Kind muß von Zeit zu Zeit gezeigt bekommen, wo seine Grenzen liegen!"

Kinder als Blitzableiter für elterliche Aggressionen

Oft entlädt sich in der Gewalt gegen Kinder Ärger oder Anspannung des Berufslebens, der Lebensbedingungen etc. Sogar das baden-württembergische Landeskriminalamt bestimmte oberflächlich ziemlich richtig die Hintergründe von „Gewalt gegen Kinder"- „*Nach den Untersuchungen der Polizei stehen die Fälle von Kindesmißhandlung meist im Zusammenhang mit unzureichenden Wohnverhältnissen, einer schwierigen sozialen Lage der Familie. Auch Leistungszwang und Überforderung, Eheschwierigkeiten oder Trunksucht* erzeugen häufig einen Agressionsstau *der sich an den hilflosen Kindern entlädt*".

Verschärfte wirtschaftliche Verelendung, zunehmende Arbeitshetze im Betrieb, Arbeitslosigkeit bzw. Furcht vor Arbeitslosigkeit, beengte Wohnverhältnisse, diese vom Kapitalismus den meisten Eltern bescherten Lebensumstände – das sind Ursachen für Gewaltakte gegen Kinder und auch solche Erscheinungen wie Alkohol- und Drogensucht, die Gewalttätigkeit begünstigen.

Dazu gesellen sich Faktoren wie die systematische Verherrlichung von Gewalt in Funk, Fernsehen, Presse und anderen Medien und die bürgerliche Ideologie, derzufolge Prügel für Kinder „natürlich" und „normal" sind.

Bei der Beibehaltung des „Züchtigungsrechtes" geht es dem Bundesjustizministerium sicherlich nicht darum, den Eltern eine - wenn auch zweifelhafte - „pädagogische Notbremse" offen zu lassen. Die Beibehaltung bezweckt vielmehr, den Eltern ein Ventil offen zu lassen, ihre Kinder „in Maßen" zu schlagen, um damit Ärger über den kapitalistischen Arbeits- und Lebensalltag an einem für die Bourgeoisie ungefähr-



damit Ärger über den kapitalistischen Arbeits- und Lebensalltag an einem für die Bourgeoisie ungefähr-

lichen Ort loszuwerden.

Eltern, die jedoch das weiter zementierte „Züchtigungsrecht" zu brutal wahrnehmen, sind das Ziel der von verschiedenen Landeskriminalämtern durchgeführten Kampagne „Tränen klagen an".

Dabei handelt es sich meist um Eltern, die durch ihre Lebensumstände schon soweit heruntergemacht worden sind, daß sie gar nicht in der Lage sind, ein Kind zu erziehen (vergl. AK 84).

So beweist eine Untersuchung von Kindesmißhandlungsfällen in München, daß 47% aller mißhandelten Kinder unehelich und damit zu einem vermutlich großen Teil auch „unerwünscht" geboren wurden (Bleuel, „Kinder in Deutschland").

Eltern, die vom „legalen Pfad" der Züchtigung abgewichen sind, auf den der Mißhandlungen, werden als „Rabeneltern" einer massiven Hetze ausgesetzt und verknackt. Damit wird den Eltern, die nur „maßvoll" prügeln, das Gewissen erleichtert. Und ausgerechnet die Bullen können sich in die Brust werfen: „Wir tun doch was gegen die Gewaltakte an Kindern!"

Entsprechend fallen die gesellschaftlichen Ursachen für Kindesmißhandlungen fast vollkommen unter den Tisch.

Wie bei der Bullenkampagne gegen „sexuellen Mißbrauch" von Kindern im Sommer, jener perversen „Wüstlingshatz", die jeden aufforderte, im Nachbarn, in Onkel und Tante oder dem Gärtner einen „Wüstling" zu vermuten, geht es auch in dieser Kampagne um das „Fertigmachen" der Täter, um die Schürung des Denunziantentums.

Generelles Verbot jeder Gewalt gegen Kinder?

Es scheint naheliegend, der beabsichtigten Beibehaltung des „Züchtigungsrechtes" im BGB die Forderung nach einem generellen Verbot jeder Gewalt gegen Kinder entgegenzustellen. Eine solche Forderung ist allerdings sehr zwiespältig.

Einerseits würde ein Verbot sicherlich viele Eltern, denen die Hand sehr locker sitzt, dazu zwingen, sich drei oder viermal zu überlegen, ob sie zuschlagen.

Andererseits würde bei Eltern, die tatsächlich „Gewalt" nur als „pädagogische Notbremse" anwenden, faktisch jederzeit der Staatsanwalt mit einem Bein im Kinderzimmer stehen – ein pädagogisches Problem würde auf die Ebene bürgerlichen Strafrechts gezogen werden.

gisches Problem würde auf die Ebene bürgerlichen Strafrechts gezogen werden.

Konsequent müßte man dann fordern, auch andere „Disziplinierungsmittel" gegen Kinder zu verbieten, z.B. vielfältige Formen psychischen Drucks. Ergebnis wäre ein umfangreicher juristischer Katalog, über dessen Einhaltung ein riesiges staatliches Spitzelsystem wachen müßte. Und damit wäre an den Ursachen der Gewalt gegen Kinder noch nichts geändert.

Es gilt darum, den Eltern klar zu machen, daß sie vielfach am Kind mit Gewaltakten nur ihren Ärger auslassen, der ganz woanders entstanden ist. Es gilt zu überzeugen davon, daß Gewalt gegen Kinder eben keine „natürliche" und „normale" Erziehungsmethode ist.

Wo allerdings die Auseinandersetzung mit den Eltern nichts mehr nützt, sollte man auch nicht davor zurückschrecken, Kinder durch Zuhilfenahme des bürgerlichen Strafrechtes vor schweren Mißhandlungen zu schützen.

Für eine Bullenkampagne allerdings, bei der es um Denunziantentum, um das Fertigmachen einzelner Eltern geht sollte sich niemand hergeben.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Vier Fälle

Eine unlängst vorgelegte Untersuchung über Fälle von Kindesmißhandlungen in Köln macht deutlich, vor welchem Hintergrund Gewalt gegen Kinder eskaliert.

Berichtet wird u.a. über eine geschiedene bzw. verwitwete Mutter, die, um ihre Kinder ausreichend versorgen zu können, „Männer aus einem ungünstigeren sozialen Niveau" (Originalton „FR", 13.9.75) geheiratet hatten.

In dem Bericht darüber heißt es: „*Die beiden Ehemänner waren einschlägig vorbestraft und ließen sich in ein geregeltes Berufsleben nicht mehr eingliedern. Auch das gute Zureden der Ehefrauen änderte daran nichts. Immer wieder warfen sich die Eheleute gegenseitig vor, der andere habe durch sein Verhalten die Existenzschwierigkeiten der Familie verschuldet: die Mutter, weil sie Kinder in die neugegründete Familie mitgebracht habe, der Vater weil er arbeitsscheu sei und dazu noch einen Teil seines Arbeitsverdienstes im Wirtshaus verschleudere.In dieser gereizten Athmosphäre reichten für den Vater oder die Mutter bereits kleinste Unarten der Kinder aus, um ihrem Verdruß über das häusliche Elend in Mißhandlungen der Kinder abzureagieren*"

Und zwei andere Fälle:

„*In zwei ... Mißhandlungsfällen waren bemerkenswerterweise die Ehemänner durch die Versorgung ihrer Kleinkinder überfordert, wenn diese ihnen für die Zeit der berufsbedingten Abwesenheit der Mütter anvertraut wurden. In diesen Fällen reagierten die Väter auf unerwartete Schwierigkeiten bei der Kinderversorgung, zum Beispiel bei der Nahrungsverweigerung mit Züchtigungsmaßnahmen. In diesen Maßnahmen wirkte... die Übermüdung durch einen langen Arbeitstag*".

(W.Kratsch,Psychosoziale Untersuchungen zur Kindesmißhandlung, zit. nach „FR" vom 13.9.75)

Abenteuerspielplatz abgelehnt

Schleswig. Der Antrag der Kinder, Betreuer und Freunde des Abenteuerspielplatzes (ASP) auf Übernahme des Platzes durch die Stadt Schleswig (siehe AK 92) ist abgelehnt worden. Dies wurde den Betreuern am 29.10. mitgeteilt. Indirekt hatten wohl die meisten Beteiligten mit diesem negativen Bescheid gerechnet; doch mit einer so hergesuchten und haltlosen Begründung der Ablehnung des Antrages hatte wohl kaum jemand gerechnet.

Neben den üblichen Begründungen, wie schlechte Finanzlage und der Vertröstung, in anderen Bereichen sei es ja noch viel schlimmer, wurde der Problematik des Versicherungs- und Haftrisikos ein breiter Raum eingeräumt: „... *daß auf dem Platz aus mehreren Gründen ein*

wurde der Problematik des Versicherungs- und Haftrisikos ein breiter Raum eingeräumt: „... daß auf dem Platz aus mehreren Gründen ein

erhebliches Unfall- und Verletzungsrisiko besteht, das die Stadt nicht verantworten kann". Grund für solche Befürchtungen sind angeblich die auf dem ASP gebauten Holzhütten und die Bauholzreste!

Als weiteres „Argument" wird angeführt:„*Die Aktiv- und Bauspielplätze sind bereits Ursache für schwere und schwerste Unfälle gewesen*". Sollten die Politiker nicht zu recht einfachen rechnerischen Vergleichen fähig sein? Jährlich passieren in der BRD (nach neusten Schätzungen) bis zu 3 Millionen Unfälle, an denen Kinder beteiligt sind. Rund 3.000 Kinder sterben jährlich im Straßenverkehr. An die „Beinahe-Unfälle" darf man gar nicht denken. Außerdem hätten die Vertreter der Stadt sich durchaus einmal informieren können (müssen), wie denn die Arbeit auf dem ASP bislang gelaufen ist und wie es denn nun tatsächlich mit der so hoch eingeschätzten Unfallgefahr steht. Dann hätten sie nämlich erfahren, daß in dem letzten Vierteljahr ganze vier eingetretene Nägel und einige Schürfwunden zu verzeichnen waren. Die Kinder hatten beim Hüttenbau und im Umgang mit Werkzeugen eine solche Sicherheit entwickelt, daß das Unfallrisiko auf dem ASP ein beträchtliches Maß unter den Risiken des Straßenverkehrs liegt.

Zynisch heißt es dann noch im Ablehnungsbescheid der Stadt: „*Grundsätzlich begrüßen wir es, ..., attraktiven Spielraum für Kinder zu schaffen, damit der Freiheitsdrang und die Selbstständigkeit der Kinder gefördert werden*". Durch die Entscheidung der Stadt werden die

drang und die Selbstständigkeit der Kinder gefördert werden". Durch die Entscheidung der Stadt werden die

Kinder allerdings in einer sehr unattraktiven Spielbereich abgedrängt, nämlich auf monotone Spielplätze, Parkplätze, Treppenflure und Bushaltestellen. Die Kinder müssen sich immer mehr in einer betonierten und wenig anregenden Umgebung aufhalten. Wohin das führt, zeigt die steigende Zahl von Verhaltensstörungen, die eine solche Umwelt erzeugt. Die Eltern und Freunde des ASP Schleswig werden sich weiter für die Übernahme des Platzes durch die Stadt einsetzen.

Dabei stehen Sie nicht allein da: Solidaritätsbriefe und eine Liste mit über 700 Unterschriften unterstreichen diese Forderung!

Nach dem Bericht eines
KB-Sympathisanten aus Schleswig

Millionenzuschuß für Privatschulen auf Kosten von Arbeiterkindern

1,11 Mio. DM will der Hamburger Senat beim Zuschuß für die Vereinigung Städtischer Kindertagesheime einsparen, um damit drei Privatschulen zu subventionieren! Das bedeutet ca. 6.000 Mark weniger für jedes Heim der Vereinigung. Begründet wird das mit gestiegenen Schülerzahlen in den Privatschulen.

Angesichts der sich ständig verschärfenden Schulmisere ist es kein Wunder, daß Eltern, die über das nötige Geld verfügen, daraus die Konsequenz ziehen, ihre Kinder auf eine Privatschule zu schicken. In den städtischen Kindertagesheimen sind diese Eltern bekanntlich nicht zu finden, sondern hier handelt es sich um Eltern, vielfach auch alleinstehende Mütter, mit geringeren Einkommen.

Anstatt nun besonders d i e s e Eltern und ihre Kinder zu unterstützen, macht der Senat genau das Gegenteil: Diesen Eltern werden Jahr für Jahr höhere Elternbeiträge aufgebrummt. Die 25%-Ermäßigung des Elternbeitrages für „Mitarbeiterkinder" wurde für neue Kolleginnen gestrichen, und mit diesen eingesparten Geldern werden dann Kinder reicher Eltern unterstützt!

Das ist ein Musterbeispiel für die Subventionspolitik des Hamburger Senats.

Wir Erzieher sollten die jetzt in fast allen Heimen stattfindende „Weihnachtlichen Elternabende" auch dazu nutzen, die Elternüber diese neueste Bescherung des Senats zu informieren und zu diskutieren, wie wir uns gemeinsam dagegen zur Wehr setzen können.

Zelle Vereinigung
KB/Gruppe Hamburg

Kinderunfälle: Ausmaß bisher weit unterschätzt

Mitte November veröffentlichte die Versicherungsgruppe Deutscher Lloyd, München, Zahlen über das Ausmaß von Kinderunfällen in der BRD, die die bisherigen Schätzungen (ca. 500.000 Fälle im Jahr) als zu niedrig widerlegen.

Nach diesen neuen Angaben wurden 1974 im Bereich der Kindergärten, Schulen und Universitäten, wo sich schätzungsweise 20% aller Unfälle von Kindern und Jugendlichen abspielen, 647.000 Unfälle, davon 316 mit tödlichem Ausgang, registriert. Wenn das jedoch nur 20% aller Unfälle sind, ergibt sich für die Gesamtzahl der Unfälle, in die Kinder und Jugendliche verwickelt sind, ein Schätzwert von ca. 3 Millionen („Handelsblatt", 25.11.76). Damit müssen wir auch die von uns im AK 82 verbreitete Schätzung von einer halben Million Fällen nach oben korrigieren.

Was die Zahl der tödlichen Unfälle angeht, steht die BRD im Vergleich mit anderen kapitalistischen Staaten einsam an der Spitze. Von 100.000 Kindern sterben hier 25 bei Unfällen. Zum Vergleich: in Italien sind es 17, in Schweden und Frankreich 13.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Sieg der internationalen Solidarität:

Gladys Diaz endlich frei!

Genossin Gladys Diaz ist am 7. Dezember zusammen mit weiteren 323 politischen Gefangenen von der chilenischen Militärjunta freigelassen worden! Sie traf am 8.12. um 22.30 Uhr am Hamburger Flughafen ein und wurde dort begeistert von etwa 300 - 400 KB-Genossen empfangen, die erst wenige Stunden zuvor von ihrer Ankunft erfahren hatten. Genossin Gladys befindet sich in gesundheitlich leidlichem Zustand, ihr Kampfgeist ist ungebrochen.

Gladys Diaz war am 20. Februar 1975 vom chilenischen Geheimdienst DINA verhaftet worden und wurde in den folgenden Wochen und Monaten aufs schwerste gefoltert. Als leitendes Mitglied des MIR und bedeutende Journalistin (sie war zugleich Präsidentin der Gewerkschaft der Rundfunkjournalisten) während der Zeit der Unidad Popular, hofften die Folterknechte Pinochets, wertvolle Informationen aus ihr herauspressen zu können. Gladys Diaz hat allen Foltern widerstanden, ohne auch nur eine Information preiszugeben!

Bereits im Juni '75 waren alle Bedingungen erfüllt, um Genossin Gladys aus der Kerkerhaft zu befreien: das Westberliner „Komitee für die Freiheit der politischen gefangenen Frauen in Chile" hatte Gladys Anerkennung als politische Gefangene erreicht, alle Einreisebedingungen erfüllt und ihr sogar schon einen festen Arbeitsplatz (mit Hilfe des DGB) verschafft. Doch Bundesminister Wischnewski (SPD) hatte damals in Absprache mit der Deutschen Botschaft in Santiago de Chile, die als vollkommen Junta-freundlich bekannt ist, die Einreise verweigert!

Wir hatten Gelegenheit, 2 Tage nach der Ankunft der Genossin Gladys ein ausführliches Interview mit ihr zu machen, in dem sie über ihre Erfahrungen in 2 Jahren Konzentrationslager berichtet: Der nachstehende Bericht von Gladys ist von verantwortlichen MIR-Genossen durchgesehen und authorisiert worden.

Die Folter

„Ich möchte euch zunächst die verschiedenen Stationen erklären, die ein Gefangener der DINA durchläuft. Die DINA hat Folterzentren, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind und deren Existenz von der DINA geleugnet wird. Solange jemand dort ist, gilt er offiziell nicht als verhaftet. Villa Grimaldi ist einer dieser Orte, einer der wenigen, die bekannt sind.

Aus Villa Grimaldi kommen viele nie wieder heraus. Entweder sterben sie während der Folter oder sie werden irgendwohin gebracht, wo sie ermordet werden, oder man kommt nach Libre Plática, ein Ort, der öffentlich als Regierungsgefängnis anerkannt ist. Das sind die Alternativen eines Gefangenen. Libre Plá-

öffentlich als Regierungsgefängnis anerkannt ist. Das sind die Alternativen eines Gefangenen. Libre Plá-

tica ist in ‚Tres Alamos', einem der öffentlichen Konzentrationslager. Die anderen sind Puchuncaví und Ritoque. ‚Tres Alamos' in Santiago ist das größte. Es gibt dort zwei Trakte für männliche Gefangene und einen für weibliche, die voneinander isoliert sind. Wenn man in einem dieser offiziell anerkannten Lager ist, kann man Besuch empfangen und das Gefühl haben, daß man sein Leben gerettet hat. Innerhalb von ‚Tres Alamos' gibt es einen geschlossenen Trakt, der der DINA gehört. Das ist eine Zentrale der Isolationshaft. Dort wird nicht gefoltert, nur verlängerte Isolationshaft durchgeführt. Weder die Familienangehörigen, noch Journalisten haben Zugang zu diesem Trakt. Diesen Trakt nennen wir ‚Quatro Alamos'. Das Rote Kreuz hat hin und wieder Zutritt in dieses DINA-Zentrum; aber alle Leute, über deren Leben oder Tod die DINA noch nicht endgültig entschieden hat, werden vorher rausgeschafft. Das Rote Kreuz bekommt nur diejenigen zu sehen, die weiterleben dürfen. Es ist eine wichtige Frage: wer darf leben, wer muß sterben? Das ist ein makabres Roulette ohne irgendeinen Sinn, so irrational wie alles bei der Junta. Unter den Verschwundenen gibt es zwar viele führende Genossen, aber auch Leute, die gar keine politische Verantwortung gehabt hatten. Sogar Genossen, die gar nicht aktiv im Widerstand waren. Und es gibt dagegen Leute, die leben, wie ich z.B. oder Victor Toro, die vor dem 11. September öffentlich als MIR-Aktivisten bekannt waren. Warum wir leben, werde ich im folgenden beantworten.

Ich möchte erst einmal etwas Wichtiges feststellen: Ein Widerstandskämpfer in Chile weiß im voraus, daß er in seinem Kampf das Risiko eingeht, von der mächtigen DINA verhaftet zu werden. Er weiß, daß er nicht nur seine Freiheit, sondern auch sein Leben verlieren kann. Das haben wir alle auf irgendeine Weise ziemlich klar im Kopf gehabt, alle,die wir nach dem 11. September in Chile geblieben sind, um zu kämpfen. Das ist sozusagen die Theorie. Wenn einer wirklich sich mit dem Verlust seiner Freiheit konfrontiert sieht, steht er einer völlig neuen Situation gegenüber. Und – dies ist besonders wichtig für alle revolutionären Genossen – es ist dabei von großer Bedeutung, wieweit einer ideologisch gestärkt ist, wieweit er der Arbeiterklasse verpflichtet ist und das Proletariat wirklich liebt, um mit dieser Situation des Ausgeliefertseins an den Feind und der ganzen Ohnmacht,die dies für einen bedeutet, bestmöglichst fertig zu werden.

Die DINA wendet die Methode an, zunächst zu versuchen, den Menschen zu brechen. Z.B. werden andere Gefangene vorgeführt, die angeblich schon geredet haben, oder es wird ein Bild der völligen Niederlage des Widerstandes gezeichnet, um jemand zum Reden zu bringen. Es wird ihm gesagt, den Widerstand gibt es nicht mehr, alle sind verhaftet oder tot, sie haben alle geredet – obwohl das gar nicht stimmt. Also erst mal soll derjenige, der über den Verlust seiner Freiheit schockiert ist, auf diese Weise verwirrt werden.

– obwohl das gar nicht stimmt. Also erst mal soll derjenige, der über den Verlust seiner Freiheit schockiert ist, auf diese Weise verwirrt werden.

Man fühlt sich als Gefangener nicht nur in der Theorie ohnmächtig, sondern auch ganz praktisch: die Hände sind in Handschellen gefesselt, die Augen sind verbunden, die Füße werden gekettet, man kann sich nicht bewegen. So werden sie alle behandelt. Wenn das zu keinem Ergebnis führt, und normalerweise haben sie damit keinen Erfolg, setzt sofort die Folter ein (meist schon nach 15 Minuten). Für sie ist es sehr wichtig, daß die Folter in den ersten Stunden besonders intensiv ist, weil die ersten Stunden wegen der Arbeit im Untergrund besondere Bedeutung haben. Wer im Untergrund lebt, hat Kontakte mit anderen Personen, entweder am selben Tag oder in den darauffolgenden. Sie wissen, wenn man die ersten Tage durchhält, dann sind sie schon weitestgehend abgehängt.

Daher ist die Folter in den ersten Tagen sehr brutal, ohne Unterbrechung, Tag und Nacht. Die erste Folter, die elektrische, hat eine stark schockierende Wirkung. Der Schmerz ist sehr stark. Es ist eine neue Schmerzempfindung, die man vorher nicht kannte. Sie wird zudem an den empfindlichsten Körperstellen angewandt, besonders an den feuchten Stellen des Körpers, weil Wasser bekanntlich die Elektrizität besser leitet, z.B. an der Nase, dem Mund, an der Vagina (bei den Frauen)... Man ist nackt, auf ein Lager gefesselt, die gespreizten Beine ebenfalls gefesselt. Man fühlt sich erniedrigt in seiner Würde als Mensch, man empfindet starken Schmerz, durch gleichzeitige brutale Verhöre wird man unter psychologischen Druck gesetzt – also es ist alles dieses zusammen. Deshalb nehmen sie immer zuerst die elektrische Folter und dann kommen die anderen Sachen.

Die Dauer dieser Folter hängt auch davon ab, welchen Informationswert sie dem Menschen beimessen. Der Gefangene verliert seine Eigenschaft als menschliches Wesen und wird zu einem Informationsobjekt. Ich kann hier von meinem persönlichen Fall sprechen. Ich war jemand, der seit dem 11. September gesucht wurde. Ich war öffentlich als Agitatorin des MIR aufgetreten und vor dem 11. breit bekannt, da ich auf öffentlichen Versammlungen sprach, usw. Ich war also jemand, von dem sie annehmen mußten, daß er jede Menge an Informationen besaß..

Ich möchte etwas nebenbei bemerken und weiß nicht, wieweit das wichtig ist. Als ich verhaftet wurde, machten sie eine Art Fest in Villa Grimaldi. Die gefangenen Frauen wurden zum Sonnenbad ans Schwimmbad gebracht (Villa Grimaldi liegt in einer sehr schönen Gegend), man gab ihnen Coca Cola. An die Männer wurden Süßigkeiten verteilt. Die Gefangenen mußten glauben, daß irgendjemand sehr Wichtiges gefallen ist. Unter dem Aufsichtspersonal herrschte Hochstimmung, weil sie glaubten, daß mit mir jetzt auch die nationale Leitung des MIR fallen wird. Die Gefangenen rührten von den angebotenen Dingen nichts an, sie waren alle sehr deprimiert. Die DINA-Leute bildeten sich ein, daß ich viele Informationen abwerfen würde, zumal ich eine Frau bin und ein Kind habe. Da würden ein paar Stunden genügen, um die ganze nationale Leitung in der Hand zu haben. Bei meiner Verhaftung fanden sie bei mir Briefe vom Genossen Pascal, die das Datum vom vergangenen Tag trugen, sowie des Genossen Gutierrez. Sie fühlten sich der Verhafung dieser Genossen also sehr nah.

Daher war die Folter für mich und meinen Freund, der mit mir verhaftet wurde, sehr hart. Die ersten drei Tage wurden wir Tag und Nacht ohne Unterbrechung gefoltert, nur elektrisch. Mein Freund widerstand heroisch der Folter.

Am dritten Tag erst ließen sie ihn aus der Folter, denn selbst wenn er irgendwelche Informationen hatte, so hätte ihnen das nach drei Tagen wenig genützt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit meinem Freund eine kleine Huldigung widmen.

Nach diesen ersten Foltertagen wurden wir in angrenzende Zellen verlegt und er half mir ununterbrochen durchzuhalten, und zwar politisch. Er sagte mir: ‚Sie werden dich töten. Es steht fest, daß sie dich töten werden. Mir tut das mehr als irgendjemand anders weh. Aber dieses Leben hast du selbst aufgebaut, du hast es frei gewählt. Du kannst dein Volk nicht verraten.' Ich wußte

ses Leben hast du selbst aufgebaut, du hast es frei gewählt. Du kannst dein Volk nicht verraten.' Ich wußte

das, aber in solchen Augenblicken ist es sehr wichtig, daß der eigene Freund es genauso begreift wie man selber. Die Lehre, die ich dadurch vermitteln möchte, ist die Wichtigkeit einer Beziehung zwischen zwei Revolutionären, Mann und Frau, die über den emotionalen Verlust des geliebten Wesens hinausgeht.

Er blieb bis zum 28. Februar an meiner Seite. Dann wurde er abgeholt und ich war sicher, daß er nach „Libre Plática" überführt wird. Er verabschiedete sich voller Zuversicht. Es waren inzwischen acht Tage vergangen, in denen ich gut durchgehalten hatte. Das letzte, um was er mich bat, war, daß ich so weitermachen solle. Wir verabschiedeten uns in dem Wissen, daß wir uns nie wieder sehen würden, aber nicht,weil er sterben würde, sondern ich.

Ich wurde weiter gefoltert, aber nicht mehr elektrisch, denn ich hatte inzwischen zweimal einen Herzstillstand. Ein DINA-Arzt sagte, ich würde nicht mehr Elektrizität ertragen, ohne zu sterben. Es interessierte sie jedoch, mich am Leben zu erhalten, da ich ein Informationsmittel war und sie Hoffnung hatten, mich zu brechen. Sie änderten also die Foltermethoden. Ich wurde in schmutziges Wasser getaucht, was wir die U-Boot-Methode nennen, ich wurde mit Karate-Schlägen traktiert, was mich physisch am meisten mitnahm. Ich war danach 48 Stunden bewußtlos. Mir wurden dabei Rippen gebrochen, das Trommelfell zerstört, ich blutete überall, ich war nur noch eine blutige Masse, mit hohem Fieber, bewußtlos. Geholfen wurde mir nur von einer Genossin, in deren Zelle ich gesteckt wurde. Diese war im achten Monat schwanger und hat auch später ihr Kind im Gefängnis bekommen. Sie war diejenige, die mich betreut hat. Sie half mir sogar, die Rippen wieder auszurichten, die in den Brustkorb gedrückt waren. Die DINA glaubte, daß ich schon im Sterben lag, weil sie glaubten, sie hätten mir die Lunge zerrissen. Ich hatte nämlich große Atemschwierigkeiten, aber das kam von den eingedrückten Rippen.

Es gibt in diesem Zusammenhang eine wichtige Erfahrung, die auch euch etwas nützen kann. Als ich der Karate-Folter unterzogen wurde, stellte ich fest, daß ich mit meinem Bewußtsein sehr weitgehend meinen Körper beherrschen konnte. Ich habe keinen Schmerz gespürt, als der Schläger mich angriff. Ich wollte dem Feind nicht die Befriedigung verschaffen, mich schreien und weinen zu sehen. Ich habe so wirklich geschafft, keinen Scherz zu empfinden. Die Schmerzen merkte ich erst nach den 48 Stunden der Bewußtlosigkeit. Darüber haben wir Gefangenen viel gesprochen und vielen Genossen ist es ebenso ergangen. Das heißt, die Kraft, die einer aufwendet, damit der Feind ihn in keiner Schwächesituation sieht, kann wirklich zur Beherrschung der Sensibilität der Haut führen.

Als ich physisch wieder zu Kräften kam, änderten sie die Methode erneut. Sie sind irgendwie zu der Überzeugung gekommen, daß sie so keinen Erfolg bei mir haben. Sie machten sogar einen Test bei mir, um festzustellen, ob ich überhaupt Nervenzellen auf der Haut habe.

Es fand ein Versuch statt, sich mit mir zu unterhalten, auf politischer Ebene. Ein Offizier der DINA führte ein sehr langes Gespräch mit mir, wobei er mir einen Kaffee anbot, eine Zigarette, Kuchen. Ich nahm nichts, obwohl ich eine starke Raucherin bin und lange nicht geraucht hatte. Er sprach etwa eine Stunde lang. Er führte aus, sie wären keine Faschisten, keine Reaktionäre, sie würden das Wohl des Volkes wollen, genau wie ich, aber mit anderen Methoden. Ich sei eine verirrte Idealistin, sie wüßten, daß ich gute Absichten hätte, da ich einen Beruf hatte und von diesem System Nutzen hatte. Ich hätte die Wahl getroffen, an der Seite des Volkes zu sein, usw. und dann wollte er mir erklären, warum ich im Irrtum sei.

Er sprach etwa eine Stunde. Als ich ihm antwortete, verlangte ich von ihm auch eine Stunde Redezeit. Er akzeptierte. Ich sprach eine Stunde. Ich erklärte ihm, daß sie von der Geschichte überholt seien, sie seien mit 20 Jahren Verspätung an die Macht gekommen in Lateinamerika, sie würden gegen die Uhr der Geschichte laufen. ... So war das Allgemeine, was ich sagte. Dann ging ich dazu über, eine Analyse zu entwickeln. Ich merkte, daß ich mir selbst dadurch auch

laufen. ... So war das Allgemeine, was ich sagte. Dann ging ich dazu über, eine Analyse zu entwickeln. Ich merkte, daß ich mir selbst dadurch auch

schaden konnte. Weil sie auf diese Weise auch meine politischen Fähigkeiten einschätzen konnten. Aber ich tat es aus einem sehr wichtigen Grund, den ich vorher nicht erwähnt hatte. Ich war am Morgen nach dem Tag verhaftet worden, wo die drei Verräter meiner Partei im Fernsehen gesprochen hatten. Deshalb gab es in der Villa Grimaldi eine Stimmung der Niederlage und als mein Freund und ich eingeliefert wurden, faßten wir den Entschluß, diejenigen zu sein, die diese Resignation umkehren würden.

Das Gespräch mit dem DINA-Offizier fand in einem Raum statt, der von vielen Zellen umgeben war. Ich sprach extra sehr laut, damit die anderen Gefangenen mich hören konnten. Eigentlich sprach ich nicht mit dem DINA-Mann, sondern mit den Genossen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich immer alles abgestritten und nur gesagt, ich weiß nichts. Und da habe ich zum erstemal gesagt, daß ich von allen Genossen des MIR den Aufenthaltsort weiß, aber daß ich nicht reden werde. Sie könnten alles mit mir machen, auch mich umbringen und ich sei bereit zu sterben. Die Alternative, die sie mir boten, war heldenhaft zu sterben oder würdelos zu leben. Und vor diese Alternative gestellt, hatte ich schon gewählt. Ich würde nicht ohne Würde leben.

Ich habe da auch schon bekannt, wer ich politisch bin. Sie hatten die Information, aber ich hatte sie bestritten. Ich sollte dann eine Erklärung unterschreiben, daß ich alle diese politischen Funktionen hatte. Ich sagte, ich unterschreibe gar nichts. Der DINA unterschreibe ich nichts. Und die DINA hat es bis heute nicht erreicht, daß ich irgendwas unterschrieben habe, selbst nicht mit einem Gewehr im Rücken. Sie haben keine von mir unterschriebene Erklärung.

Danach versuchten sie es mit Drogen, sie spritzen Penthotal. Kurz bevor ich verhaftet wurde, hatte der MIR ein Papier gemacht, in dem ganz klar festgestellt wurde, daß jemand, der nicht reden will, auch mit der Droge nicht dazu zu bringen ist. Denn wenn es wirklich die ‚Wahrheitspille' geben würde, dann brauchte es auf der ganzen Welt keine Folter zu geben. Der MIR hatte das wissenschaftlich bewiesen, indem er nachwies, daß der Zeitraum, in dem das Bewußtsein ausgeschaltet ist, sehr kurz ist und außerdem nur von einem Experten festgestellt werden kann. Nur bei einigen Menschen klappte die Penthotal-Methode überhaupt. In diesem kurzen Zeitraum war es kaum möglich, viel zu erzählen. Worum es eigentlich ging, war, daß die Drogen-Methode beim Gefangenen ein Schuldbewußtsein hervorruft, er hat den Eindruck, daß er geredet hat, als er nicht Herr seines Bewußtseins war. Als ich die Penthotal-Spritze bekam, fixierte ich mein Bewußtsein auf eine einzige Idee: ich weiß nichts, ich erinnere mich an keinen Namen, ich kenne niemand. Das ist sehr interessant, weil ich davon ein Trauma zurückbehalten habe. Heute habe ich große Schwierigkeiten, mich an Namen von Menschen zu erinnern. Ich vergesse sie sehr schnell. Ich lerne jemand kennen und nach zehn Minuten habe ich seinen Namen vergessen. Ich habe sogar Schwierigkeiten, mich an Namen von sehr nahestehenden Menschen zu erinnern. Das ist die einzige Folgeerscheinung, die die Folter bei mir hinterlassen hat. Das kommt, weil ich mich so darauf konzentriert habe; ich bin etwa zehn Tage lang mit Drogen behandelt worden.

Ich möchte mit allem, was ich sage, keinen Kraftbeweis vorführen, der sinnlos ist. Ich möchte damit nur Erfahrungen schildern, die von einer befreundeten Organisation in ähnlichen Situationen benutzt werden können. Nämlich, daß die Folter ertragen werden kann, wenn der Widerstandswille da ist. Was passierte wirklich mit dem Penthotal? Entweder blieb ich vollkommen bei Bewußtsein und die Folterer glaubten, ich wäre schon im gewünschten Zustand und ich tat auch so, aber ich wußte genau, was ich sagte. Oder sie gaben mir soviel Penthotal, daß ich fest einschlief. Also den Zustand, den sie bei mir erreichen wollten, wo das Bewußtsein weitgehend ausgeschaltet ist, aber man aus dem Unterbewußtsein heraus noch antwortet, den erreichten sie bei mir nie.

Als auch diese Methode nichts fruchtete, gaben sie es auf, Informationen aus mir rauszuholen. Sie ver-

Als auch diese Methode nichts fruchtete, gaben sie es auf, Informationen aus mir rauszuholen. Sie ver-

suchten jetzt, mich geistig zu liquidieren. Ich wurde einer psychologischen Folter unterworfen. Ich wurde alle halbe Stunde aus der Zelle geholt und simultanverhört. Ich sollte gar nicht antworten, sondern der Sinn war, mich verrückt zu machen. Alle fragen gleichzeitig, jeder andere Sachen. Das dauerte etwa zehn Minuten. Ich wurde zur Zelle zurückgebracht und sie sagten, in zehn Minuten geschieht dasselbe wieder. Das machten sie 24 Stunden mit mir. Ich merkte da, daß sie es schaffen würden, mich wahnsinnig zu machen. Ich fing schon an, die 30 Minuten mitzurechnen, hörte auf die Schritte, wenn es wieder losging. Ich begann,meine Zelle nicht mehr richtig wahrzunehmen. Wie ihr wißt, war sie sehr klein, 60 mal 90 Zentimeter, aber ich fand sie sehr groß, dann wieder klein, dann lang. Ich sah plötzlich Genossen vor mir. Ich merkte also, daß ich aus dem Gleichgewicht kam. Nach einer Nacht, in der ich ausruhen durfte, wurde am nächsten Morgen im Radio die Nachricht gebracht, daß ich verhaftet war, daß ich in Villa Grimaldi war, alle meine Foltern wurden aufgezählt und die Regierung aufgefordert, meine Verhaftung offiziell zuzugeben. Da ich zweimal am Tag zur Toilette gehen durfte, hörte ich von einer Genossin davon. Sofort hörte die DINA mit dieser Folter auf. Ein anderer Genosse hatte die Möglichkeit, uns die Information von Radio Moskau zuzuspielen, daß international eine große Kampagne für mich eingesetzt hätte. Ich erfuhr wieder auf dem Weg zur Toilette davon. Das war sehr wichtig für mich, es war wie eine Spritze Optimismus. Ich vergaß die Schmerzen, alles. Bis dahin führte ich einen sehr einsamen Kampf, ich dachte, ich stünde allein gegen die ganze Welt. Ich war sehr, sehr gestärkt. Ich dachte, auch wenn ich sterbe, so nicht anonym und nicht ungestraft für die Diktatur. Seitdem war meine Behandlung abgemildert. Ich blieb in der Isolierzelle, in der „Torre", zusammen mit anderen Genossen, die auch in Strafzellen saßen. Während die anderen sich beim Mittag sehen konnten, sind alle, die in der Torre sind, Todeskandidaten. Alle, mit denen ich in der Torre war, sind tot. Wir saßen also alle in diesen kleinen Zellen, in denen man nur zusammengekauert sitzen kann. Sie haben keine Tür, keine Ventilation. Sie sind dunkel, man

weiß nicht, wann Tag und wann Nacht ist. Es ist immer dunkel. Man kommt nur raus durch eine Art Klappe im Boden, durch die man durchkriechen muß. Der Gefangene soll sich in ein Tier verwandelt fühlen. Das ist so ein psychologisches Druckmittel.

Ich würde es sehr gern haben, wenn die Namen der Genossen öffentlich bekannt gemacht werden, mit denen ich in der Torre war. Aber ich muß eine große Anstrengung machen, ihre Namen zu erinnern. Bei Daten und Ereignissen habe ich keine Schwierigkeiten, aber bei Namen. Ich halte es für sehr wichtig, daß ihre Namen bekannt gemacht werden, nicht nur weil diese Genossen nicht in der Anonymität bleiben dürfen, sondern weil sie eine sehr wichtige Rolle gespielt haben. Für mich war es der beste Beweis proletarischer Solidarität. Die Genossen wurden nicht in der Weise gefoltert wie ich. Und jedes Mal, wenn ich zum Verhör geholt wurde, oder zur Folter, dann summten sie sogar die Internationale, um mir Mut zu machen, sie gaben mir in verschiedener Weise Erleichterungen.

Ich möchte noch folgendes sagen. Meine Freilassung war sehr durch diese Erinnerung getrübt, ich habe in diesen Tagen sehr viel an diese Genossen gedacht. Also wie ungerecht es ist, daß ich lebe, weil ich die Möglichkeit der internationalen Solidarität hatte, während ihr Tod so anonym war. Man macht sich solche Gedanken, wenn man rauskommt. Und es sind sehr harte Gedanken. Selbst wenn man weiß, daß der Kampf Opfer kostet, und daß unter den brutalen Bedingungen der Militärdiktatur die Opfer besonders hoch sind. Selbst wenn wir entschlossen sind, diese Opfer zu bringen, verliert ein Revolutionär dennoch nicht die Sensibilität für den Verlust dieser wertvollen Menschenleben, seiner Genossen.

Ich war insgesamt drei Monate in Villa Grimaldi. Die Regierung diskutierte damals, ob sie meine Verhaftung nach allem, was sie mit mir angestellt hatten, zugeben sollten. Ich war Zeugin vieler Grausamkeiten, auch bei anderen Genossen, die sogar an den Folgen gestorben sind. Ich war also eine gefährliche Zeugin. Sie wußten auch, daß ich nicht schweigen würde, wenn ich rauskomme.

Ich wurde weiter mißhandelt, aber nicht mehr so scharf. Man versuchte mich zu beleidigen, stellte mir ein Bein, damit ich fiel – ich hatte immer die Augen verbunden, alles, um mich zu demütigen. Mir wurde z.B. jede Form von Glukose (Zucker) in der Nahrung vorenthalten, um mich geistig zu schwächen. Ich bekam kein Obst, usw.

Während dieser ganzen Zeit geschah in Villa Grimaldi etwas Außerordentliches, was ich hervorheben will. Ich habe davon auf meinen Wegen zur Toilette erfahren. Erstens, die Resignation hatte aufgehört. Die Stimmung der Niederlage war vorbei. Also der Widerstand, der dort von einer Militanten des MIR geleistet wurde,
gnation hatte aufgehört. Die Stimmung der Niederlage war vorbei. Also der Widerstand, der dort von einer Militanten des MIR geleistet wurde,
hatte die Situation völlig verwandelt. In der Zeit, wo ich in Villa Grimaldi war, wurde niemand wegen Verrats verhaftet. Es begann der kollektive Widerstand gegen die Folter.

Ich hatte z.B. keinen Zugang zu Ärzten oder Medikamenten. Aber die Genossen, die auf der Etage unter mir waren, bekamen manchmal Aspirin, Vitamine, und solche Dinge. Sie hoben alles auf und versteckten es für mich auf der Toilette, z.B. auch Zigaretten. Es entstand eine Haltung, die es sich zur Aufgabe machte, die „Dünne", wie ich in meiner Partei genannt werde, zu stärken. Sogar die Genossen, die gebrochen worden waren und schon über das Stadium des Ausplauderns zum Stadium der Kollaboration übergegangen waren, hörten damit auf. Und die Verräter, die im Fernsehen geredet hatten, die auch da mit uns waren, stellten es sich zur Aufgabe, den Gefangenen zu helfen, daß sie nicht reden. Es hat also einen qualitativen Sprung in Villa Grimaldi gegeben.

Ich spreche nicht gern darüber. Ich glaube aber, daß es für eine befreundete Organisation wichtig ist, zu wissen, welchen Stellenwert ein einziges Individuum haben kann, das selbst nicht wichtig ist, daß es möglich ist, einen kollektiven Widerstand zu organisieren.

Und so kam der Mai, wo ich zunächst nach ‚4 Alamos' überführt wurde, wo ich nur eine Nacht war, und dann kam ich nach ‚Libra Plática'. Der Moment meiner Ankunft dort hat mich sehr gerührt. Die gefangenen Genossinnen, die alle über meine Situation Bescheid wußten und die glaubten, ich wäre tot, haben mich sehr liebevoll und solidarisch empfangen. Sowohl die Genossinnen des MIR, als auch die der PC oder PS. Ich habe da erst gemerkt, daß ich überlebt hatte. Es war einer der eindrucksvollsten Augenblicke meines Lebens.

Dort erhielt ich die Nachricht, daß mein Freund verschwunden war, daß er nie in ‚Libre Plática' angekommen war und daß er wahrscheinlich tot ist. Ich setzte mich daraufhin sofort in Verbindung mit seiner Familie und teilte ihr die Lage mit. Ich machte ihr die Notwendigkeit klar, sofort eine Anklage gegen die DINA zu erheben. Ich würde als Zeugin auftreten. Der Vater meines Freundes meinte, das könnte gefährlich sein. Aber ich sagte ihm, es könnte nicht gefährlicher sein, als alles, was ich schon durchgemacht habe. Der Verdienst dieser Sache war, daß das die erste Klage gegen die DINA war und später haben sich alle getraut, solche Klagen wegen verschwundener Genossen gegen die DINA zu erheben. Ich habe alles vor Gericht zu Protokoll gegeben, was ich hier erzählt habe, d.h. alles über die ersten acht Tage, die ich zusammen mit meinem Freund erlebt hatte. Es fanden sich 15 weitere Genossen, die Anklage wegen des Verschwindens meines Freundes erhoben.

Die Organisierung der Gefangenen

„Ich möchte hier das Wort von Ho Tschi Minh anführen, daß er über die Funktion des Gefängnisses für Revolutionäre gesagt hat. Ho Tschi Minh hat gesagt, daß das Gefängnis die beste Schule für die Revolutionäre ist. Aber das hängt auch von den Bedingungen ab, die die Gefangenen selbst innerhalb der Gefängnismauern schaffen.

Bei der chilenischen Frau, die in bestimmtem Maß der Arbeiterklasse verpflichtet ist, hatte diese Verpflichtung nicht immer einen ausgesprochen politischen Charakter, sondern ist in großem Maße emotional. Die Situation der Illegalität und des Gefängnisses hat erst diese Emotionalität in etwas Hochpolitisches verwandelt. Die Hauptaufgabe der politisch entwickeltsten Genossinnen war es, alle ihre in Jahren der Massenarbeit, der Leitungsarbeit gesammelten Erfahrungen zu vermitteln und so die täglichen Erfahrungen und das Zusammenleben im Gefängnis in eine Kaderschulung zu verwandeln.

Die Beschränkungen, die einem das Gefängnis auferlegt, sind verschiedener Art. Zunächst gibt es eine scharfe Zensur von allem reinkommenden Material. Es kann nichts Politisches reinkommen. Wir mußten uns also in erster Linie von den Erfahrungen der Fortgeschrittensten ernähren. Dann gab es eine sehr scharfe Überwachung aller Aktivitäten. Das Lager ist nichts anderes als eine Massenfront mit allen Merkmalen derselben. Es gab im Lager verschiedene Organisationen, die offiziell erlaubt waren. So gab es eine Werkstatt, also die Fabrik des Gefängnisses. Es gab verschiedene Aktivitäten, Näharbeiten, Holz- oder Lederarbeiten, Emaillegegenstände, also es wurden Kunstgegenstände hergestellt, typisch chilenische Dinge. Alles was ich anhabe, ist dort hergestellt. Dieser Ring, den ich trage, wurde aus einem Suppenknochen gemacht, dieser andere ist aus einer Münze gemacht worden. Dieser Umhang wurde mir von den Gefangenen von Temuco geschickt.

Welche Beziehung gibt es jetzt zwischen der Gefangenen und der Werkstatt? Man arbeitet dort vier Stunden am Tag. Die Produkte werden kommerzialisiert, durch das Solidaritäts-Vikariat der Katholischen Kirche. Das ist die Abteilung, die den Gefangenen hilft. Der Erlös wird nicht gleichmäßig verteilt, sondern in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen eines jeden. Eine Genossin, die keine Bedürfnisse hat, bekommt auch nichts, aber die, die mehrere Kinder hat, bekommt einen Anteil für alle ihre Kinder. Wir machten also ein kollektives Experiment, wir übertrugen das Ziel unseres Kampfes auf das Lager, also jeder nach seinen Bedürfnissen. Das alles geschah nur mit einer ständigen politischen Diskussion über die Bedeutung dieser Sache. Keiner sollte es aus Nachahmungstrieb machen, noch aufgrund des Drucks der Gruppe, sondern aufgrund seines eigenen freien Entschlusses.

Wir hatten unsere eigene Gefängnisvertretung, und die Verwaltung mußte sie anerkennen. Wir haben sie gewählt. Wir wählten einen sogenannten Ältestenrat, der so heißt, weil der erste Rat dieser Art in Chacabuco von den Ältesten gebildet wurde. Später hießen dann alle so, auch wenn die Leute darin sehr jung waren. Der Rat wurde sogar durch direkte Wahl von uns gewählt. Das war sozusagen unsere Vertretung, die mit der Gefängnisverwaltung zu verhandeln hatte.

Auch die Werkstatt hatte eine Leitung, die Finanzaufgaben u.a. hatte, die von uns gewählt war, nach einem Rotationssystem. Jeder mußte irgendwann einmal in die Leitung. Auch die Genossinnen, die keine Leitungserfahrung hatten, wurden gewählt. Sie lernten dann in der lebendigen Erfahrung.

Dann gab es die Kultur-Werkstätten, die auch offiziell zugelassen waren, jedenfalls einige. Da die Junta sich nationalistisch nennt, machten wir eine Gruppe über die chilenische Geschichte. Man bestellte sich Bücher über die Geschichte Chiles, die so im Umlauf waren. Wir lasen, untersuchten und diskutierten sie. Genauso organisierten wir Literaturkurse, Sprachkurse, Alphabetisierungskurse für proletarische Genossinnen, die nicht lesen und schreiben konnten. Wir entwickelten auch künstlerische Aktivitäten, einen Chor, der selbstgedichtete Lieder sang, in denen die gelebten Erfahrungen vermittelt werden. Es gab Theatergruppen. Jede mußte übrigens mal Theater spielen. In gewissen Abständen mußte jede Gruppe auf einer ‚Großveranstaltung' ihr Stück vorführen. Themen waren z.B.: der Alkoholismus, die Gesundheit, die Wohnung. Alle diese künstlerischen Aktivitäten hatten zwei Ziele: als erstes die Erholung, um die Moral der Gemeinschaft hochzuhalten und auch die Freude im Gefängnis nicht zu verlieren, und auf der anderen Seite einen proletarischen Inhalt der kulturellen Äußerung zu entwickeln. Denn die Kunst, die uns überliefert wurde, ist die bürgerliche Kunst. Wir entwickelten dort einen neuen, einen proletarischen Inhalt der kulturellen Aktion.

Wir lebten dort sehr zusammengedrängt. Der Lebensraum war für jeden sehr reduziert. Um uns unter diesen Bedingungen körperlich gesund zu erhalten, führten wir sehr diszipliniert auch Gymnastikübungen durch.

Eine der Organisationen, die für alle am lehrreichsten war hinsichtlich der Proletarisierung des gemeinsamen Lebens, das war die ‚Carreta comun' (der gemeinsame Topf). Die Gefangenen waren unterschiedlicher sozialer Herkunft. Die wohlhabenderen Eltern brachten der Gefangenen mehr und besseres Essen. Eine andere Genossin, deren Kinder draußen vor Hunger sterben, hatte aber niemand, der ihr was brachte. Zunächst haben wir also die Familien erzogen, daß sie uns nichts Besonderes bringen sollen. Sie sollten nur das Essen vervollständigen, das wir im Lager erhielten. Im Lager bekamen wir viel Masse, aber keine Vitamine, nur sehr geringe Mengen an Proteinen. Also brauchten wir nur etwas Obst und Gemüse, um das notwendige Essen zu vervollständigen sowie einige Proteine, also z.B. hielten wir die Familien an, Eier, Margarine und solche Dinge zu bringen. Wir lehnten Schokolade und fertiges Essen ab.

Im Lager selber führten wir eine Erziehung im wahrsten Sinne durch. Wir stehen in einem Kampf zur Befreiung unseres Volkes. Wir sind in Chile geblieben, um dafür zu kämpfen und wollen dasselbe Schicksal wie das Volk erleiden. Das leidet Hunger zur Zeit, deshalb können wir nicht besseres Essen haben als das Volk. Wir sagten den Genossinnen, daß sie nur an dem gemeinsamen Topf teilnehmen sollen, wenn sie wirklich von der Richtigkeit überzeugt sind, nicht weil die Mehrheit das macht. Denn alles andere wäre eine Repression. Aber es sollte eine Folge der ideologischen Einsicht sein und nichts anderes.

Zuerst gab es einen großen gemeinsamen Topf, an dem die meisten teilnahmen. Außerdem gab es kleine gemeinsame Töpfe. Die kleinen nahmen an dem großen teil, in dem Maße wie sie sich entwickelten. Die schwierigste Aufgabe lag nicht innerhalb des Gefängnisses, sondern darin, die Familien von der Richtigkeit dieses gemeinsamen Topfes zu überzeugen... Besonders die nicht linken Familien betrachteten die Gefangenen als die ‚Armen, die da drin' sind, und die man irgendwie bemuttern muß und ihnen schöne Sachen bringen, um ihnen den Aufenthalt zu erleichtern.

Das Lager der Frauen kann mit Stolz sagen, daß es gesiegt hat und das einzige Lager in Chile war, daß am Schluß geschlossen an dem gemeinsamen Topf teilnahm."

Dieses Bild ging um die Welt: Gladys und ihr Sohn

Dieses Bild ging um die Welt: Gladys und ihr Sohn

Gladys Diaz und ihr Sohn

Die internationale Kampagne zur Befreiung von Gladys Diaz wurde gleichzeitig für ihren kleinen Sohn Alejandro mitgeführt. Man ging sowohl im Ausland als auch im chilenischen Widerstand selber lange Zeit davon aus, daß Gladys zusammen mit ihrem Sohn verhaftet worden war. Sogar die Familie von Gladys wußte es nicht besser. Zumal nach den schlimmen Erfahrungen u.a. des Kindes der MIR-Genossin Lumi Videla, das den Folterungen seiner Mutter zuschauen mußte, um die Genossin Videla zum Geständnis zu zwingen, führte man die internationale Solidaritätskampagne auch für den kleinen Alejandro. Dies war zweifellos gerechtfertigt, entsprach aber, wie Genossin Gladys ausführte, nicht der Realität:

„Der MIR hat den Militärputsch seit längerem vorausgesehen. Es ging nur noch darum Monat, Tag und Stunde einzusetzen, aber daß ein Putsch drohte, war klar. Meine Partei hatte vorher festgelegt, daß wir alle bleiben würden, um zu kämpfen. Wir haben natürlich gedacht, daß das alle tun würden. Das war nicht der Fall. Ich hatte also etwa zwei Monate vor dem Putsch alles in die Wege geleitet, um meinen Sohn bei
das alle tun würden. Das war nicht der Fall. Ich hatte also etwa zwei Monate vor dem Putsch alles in die Wege geleitet, um meinen Sohn bei
einer Person unterzubringen, um dann später nach einer Möglichkeit zu suchen, ihn ins Ausland zu bringen. Dann, unmittelbar nach dem 11. September begann meine Verfolgung. Meine Familie wurde verhaftet, sie wurde nicht ins Gefängnis gebracht, aber verhört und dann wieder nach Hause gebracht, aber man machte ihnen klar, daß ich gesucht werde.

Ich merkte, daß sie über kurz oder lang auf diesem Wege herausfinden würden, wo mein Sohn ist. Ich mußte dann kurze Zeit nach dem Putsch, im Oktober, meinen Sohn wieder zu mir nehmen. Das war eine ziemlich schwierige Sache, da mein Kind möglicherweise überwacht wurde und sie so auf meine Spur hätten kommen können. Wir waren sehr vorsichtig, ich bekam ihn wieder und illegalisierte ihn.

Mein Sohn war gerade fünf Jahre alt geworden. Er mußte sich daran gewöhnen, einen anderen Namen zu haben, zur Schule mit einem falschen Namen zu gehen, zu wissen, daß seine Mutter in einem Haus so und in einem anderen Haus anders heißt. Der Junge hat sich sehr leicht daran gewöhnt, er irrte sich nie. Er wußte, warum seine Mutter im Untergrund lebte, er wußte, warum seine Mutter verfolgt wurde und er selbst entwickelte eine Untergrundmentalität. Er hörte sich im Stadtviertel um, sagte selbst nichts, kam zu mir und teilte mir mit, was er gehört hatte. Wenn ihm zu viele Fragen gestellt wurden, erzählte er es mir und schlug vor, daß wir den Wohnort wechseln. Ich sage das, um zu zeigen, daß ein Kind durchaus in der Lage ist, in der Illegalität zu leben.

Der Junge hatte sich so sehr an seinen neuen Namen gewöhnt, daß er später, als er wieder legal leben konnte, sich nicht mehr an seinen wirklichen Namen erinnerte.

Mein illegales Leben spielte sich in proletarischen Vierteln ab. Für mich waren die Randbezirke immer der beste Schutz. Trotz meiner Größe, die in Chile nicht gewöhnlich ist, schaffte ich es, mir immer ein Äußeres zu geben, daß sich von dem meiner Nachbarn nicht unterschied. Alle diejenigen, die wußten, wer ich war, waren sehr bemüht mich zu beschützen.

Das Kind mußte ständig mit mir von einem Ort zum andern überwechseln, was für ihn auch ständigen Schulwechsel bedeutete. Wir standen zusammen einige Gefahrensituationen durch. Z.B. wurde einmal das Viertel umstellt. Wir mußten annehmen, daß sie mich suchen, daß ich verraten wurde. Ich floh mit dem Kind über die Dächer. Der Junge hat diese Flucht sehr gut überstanden, er wurde nicht hysterisch oder so, im Gegenteil, er half mir sehr und blieb ganz ruhig.

Der Junge widerstand der Situation im Untergrund gut, in dem Maße wie ich ihm die Dinge erklärte. Mein Sohn hat eine große Reife für sein Alter. Was ihn verwirrte war nicht das Leben in der Illegalität, sondern das was später kam, daß heißt meine Gefangennahme. Also, ich lebte mit meinem Sohn die längste Zeit meiner Illegalität zusammen. Als Miguel ermordet wurde, versuchte ich die weitestgehende Lehre aus dieser schmerzlichen Erfahrung zu ziehen.

Ich erklärte meinem Sohn, daß wir uns trennen müssen, ich sagte ihm die Gründe: wegen seiner und meiner Sicherheit. Für ihn war das sehr sehr hart. Er akzeptierte es nicht, er erkannte es rational nicht an, trotz aller Erklärungen die ich ihm gab. Es war der erste Schlag, den er bekam, obwohl er in ein sehr sicheres Haus kam, wo er viel Sorge und Zuneigung erfuhr. Zwischen uns beiden gab es eine sehr gute Beziehung. Und er hat es nicht geschafft, solch eine Beziehung mit irgendjemand wieder herzustellen.

Es war sehr gut, daß ich mich von ihm getrennt habe – drei Monate später wurde ich verhaftet und wäre sonst mit ihm zusammen abgeholt worden. Während meiner Folterungen, gab es Zeiten, wo sich die DINA mehr dafür interessierte, daß ich sagte, wo mein Sohn ist, als daß ich Pascal Allende verriet.

Es gibt da noch so einige Dinge am Rande, die vielleicht die Öffentlichkeit nicht so interessieren. Aber ihr sollt verstehen, daß für eine revolutionäre Genossin des MIR, die wirklich der Arbeiterklasse verpflichtet ist, auch die Beziehung zu ihrem Kind ein Teil dieser Verpflichtung ist. D.h. daß ich für das Kind unter allen Bedingungen Verantwortung zu tragen hatte.

So habe ich es eingerichtet, daß ich trotz der Trennung nicht nur über seine Entwicklung informiert wurde, sondern daß ich ihn auch sehen konnte, wobei ihm der Zeitpunkt und der Ort vorher nicht bekannt waren. Aber wenn er mal einen Tag auf den Spielplatz ging, dann kam ich dorthin, ging vorbei und er sah mich vorbeigehen. Er wußte, daß er sich mir nicht nähern
einen Tag auf den Spielplatz ging, dann kam ich dorthin, ging vorbei und er sah mich vorbeigehen. Er wußte, daß er sich mir nicht nähern
konnte, weil das gefährlich war. Aber für ihn war es angenehm, mich vorbeigehen zu sehen. Das war die Art, wie wir uns sahen. Wir sahen uns immer während der Zeit der Trennung.

Wir haben dann mit meiner Partei eine Regelung getroffen, daß ich ihn an einem öffentlichen Ort treffen konnte. Aber kurz vorher waren einige Genossen verhaftet worden und die Partei sagte, daß die Sache gestoppt werden müßte. Aber der Junge konnte nicht mehr informiert werden. Der Junge ging also dorthin. Und weil er wußte, daß er mich sehen würde, hatte er ein Geschenk dabei. Und als er meinen Freund auftauchen sah und daß er allein war, stellte er keine Frage, gab ihm bloß das Geschenk und sagte: ‚Sag Mama, daß es mir sehr gut geht; sie braucht sich um mich keine Sorgen zu machen. Sie soll sehr auf sich aufpassen.' – Also ein Kind, daß sich in der Situation völlig zurechtfand.

Nachdem ich verhaftet worden war, hat der Junge irgendwie geahnt, daß etwas passiert war, weil viel Zeit verstrich ohne eine Annäherung zwischen Mutter und Kind. Aber er sagte nichts. Ich habe vorher berichtet, daß im Radio die Nachricht von meiner Verhaftung und meinen Folterungen gegeben wurde. Er hörte gerade Radio, als diese Meldung kam. Er erfuhr also über Rundfunk, daß ich verhaftet bin und gefoltert wurde. Aber die Leute im Haus haben nicht bemerkt, daß der Junge Bescheid wußte. Denn das Kind sagte nichts. Etwa zwei Wochen später, beim Frühstück, sagte er zu den Leuten im Haus: ‚Ich weiß, daß meine Mutter im Gefängnis ist. Meine Mama hat mich auf diesen Zeitpunkt immer vorbereitet. Ich will, daß ihr mir die Wahrheit sagt, ist meine Mama schon tot?' Das war alles, was er sagte.

Fortsetzung Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Als ich in „Libre platica" wieder auftauche, wurde dem Kind gesagt, daß es mir gut geht, daß ich gefangen bin und daß er mich sehen wird. Das erste Wiedersehen mit meinem Sohn war sehr wichtig, weil alle sehr nervös waren, also meine Genossinnen. Der Junge erteilte allen eine Lektion. Als wir in den Raum kamen, wo die Besucher empfangen wurden, sah er mich von weitem schon ankommen. Er lief ganz freudig los und umarmte mich so heftig, daß er mich auf den Boden warf und dann sind wir über den Boden gekugelt. Dann stieß er mich so in die Seite und sagte: ‚Du, du warst doch immer so mutig, und läßt dich von den Militärs erwischen...'.

Also bis zu diesem Zeitpunkt reagierte der Junge immer sehr gut. Aber von da an entstand für ihn eine sehr harte Problematik. Es bedrückte ihn sehr, seine Mutter im Gefängnis zu wissen, das wurde zu einem sehr ernsten Problem für ihn. Alle seine Zeichnungen hatten mit dem Gefängnis zu tun. Die Gedichte, die er mir schickte, waren furchtbar traurig, sehr bitter – ich habe sie hier. Seine Zeichnungen zeugten von einem großen Haß gegen die Gorilla-Diktatur. Er bekam Schwierigkeiten in der Schule. Er wurde sehr aufsässig. Für ihn waren alle Menschen unterschiedslos schuld, daß seine Mutter gefangen war. Es begann die schlimmste Zeit für Alejandro.

Der Vater von meinem Sohn war nicht mein Freund, sondern ein Mann, mit dem ich vor Jahren verheiratet war und von dem ich mich auch schon vor Jahren scheiden ließ. Und während ich im Gefängnis war, nahm er mir das Kind weg.

Der schlimmste Tag während der ganzen Zeit im Gefängnis waren weder die Foltern noch der Tod meines Freundes, sondern es war der Tag, wo ich in Ketten zu einer Gerichtsverhandlung geführt wurde, ohne mir vorher zu sagen, wohin ich gebracht würde. Dort traf ich den Vater meines Sohnes mit einem Anwalt – es war der Anwalt von Pablo Rodriguez, dem Führer von patria y Libertad! Ich war überhaupt nicht vorbereitet, hatte keinen Rechtsanwalt, ich mußte mein eigener Anwalt sein. Dort wurde mir das Sorgerecht über das Kind abgesprochen, weil ich wegen meiner Gefangennahme nicht in der Lage war, für das Kind zu sorgen. Das war der härteste Tag während der Zeit meiner Verhaftung.

Ich habe trotzdem weiter um meinen Sohn gekämpft. Rechtsanwälte *gen. Das war der härteste Tag während der Zeit meiner Verhaftung. Ich habe trotzdem weiter um meinen Sohn gekämpft. Rechtsanwälte* *haben versucht, daß ich das Sorgerecht wieder bekomme sowie ihn aus dem Haus seines Vaters rauszukriegen, wo mein Sohn sehr litt. Ich verlor diese Schlacht, aber ich gewann eine andere. Ich erhielt das Recht, meinen Sohn zu sehen. Mein Sohn besuchte mich in regelmäßigen Abständen im Gefängnis. Ich begann eine poltische Arbeit mit meinem Sohn, daß er den Leuten im Haus das Leben zur Hölle machen sollte, damit sie ihn aus Überdruß zurückgeben. Mein Sohn hat dies wunderbar vollbracht. Der Vater hat ihn angewidert zurückgegeben, denn das Kind stellte die dollsten Sachen im Haus an. Er gab das Kind zurück, aber er ließ gerichtlich festlegen, daß das Kind nicht außer Landes dürfe ohne seine Zustimmung – und die würde er nicht geben.*

Mit diesem Problem war ich jetzt konfrontiert, als mein Ausweisungsbefehl vorlag. Mein Sohn durfte nicht raus. Ich habe dann folgendes erklärt: Ich gehe nicht ohne meinen Sohn. Die Militärjunta muß mich hier weiter festhalten und ich werde der ganzen Welt sagen, warum ich nicht gehe: weil ich nicht akzeptiere, Chile ohne mein Kind zu verlassen. Der Vater bekam einen großen Schreck. Er kennt die öffentliche Kampagne, die es überall auf der Welt gibt. Obwohl es seitens der Regierung Druck auf ihn gab, lehnte er ab und unterschrieb die Freigabe meines Sohnes. Das heißt, daß ich hier mit meinem Sohn angekommen bin, ist auch ein Sieg der internationalen Solidarität.

Ich habe großes Vertrauen, daß das Kind an meiner Seite vollkommen wiederhergestellt wird. Wenn wir wieder zusammen sind, wird es wieder so sein wie vor meiner Verhaftung, wo wir eine sehr intensive Beziehung hatten. Trotz der zwei Jahre, die dazwischen liegen, glaube ich, daß mein Sohn eine große Fähigkeit hat, wieder auf die Beine zu kommen und alle bitteren Momente zu überwinden.

Ich denke – und möchte, daß das sehr klar wird, daß der Preis, den mein Kind bezahlt hat, ein Teil des Preises ist, den viele Kinder heute in Chile bezahlen, die das Verschwinden ihrer Eltern erleiden, deren Mütter, die aus dem Gefängnis kommen, physisch angeschlagen sind, oder Kinder, die verhungern oder unterernährt sind. Die Probleme meines Kindes sind eingebettet in die Probleme al. Proletarierkinder in Chile."

Internationale Solidarität

„Hier gilt es zwei Dinge zu unterscheiden. Die internationale Solidarität bezogen auf den Widerstand ist eine wichtige Unterstützung, aber eben eine Unterstützung, denn die Befreiung unseres Volkes ist seine eigene Sache. Manchmal denkt man vielleicht, daß die internationale Solidarität schon unser Volk befreien könnte. Das stimmt nicht. Was möglich ist, ist die Junta weitgehend zu destabilisieren, bis sie irgendeinen Ausweg sucht. Aber nur die Kraft des Volkes und die seiner Organisationen wird ihren endgültigen Sturz erreichen.

Bezüglich der Gefangenen ist das anders. Hier ist die internationale Solidarität von grundlegender Bedeutung. Wenn diese nicht das Ausmaß gehabt hätte, die sie hatte, dann gäbe es seitens der Junta keine Freilassungen, dann hätten wir zehntausende von Gefangenen und die Bedingungen in den Gefängnissen wären noch viel schlimmer gewesen.

Allerdings sind diejenigen, die jetzt freigelassen wurden, insgesamt 323 Genossen, alles solche, die nicht verurteilt wurden und unter dem Belagerungsgesetz verhaftet worden waren. Es gibt jetzt noch 2000 verurteilte Genossen und 900, deren Prozeß läuft. Wir wissen, daß weiterhin Leute verhaftet werden. Das Schlimme ist, daß wir nicht wissen, wo sie hingebracht werden, denn offiziell sind die Gefangenenlager geschlossen.

Ich möchte noch etwas zum Bewußtsein unter den Gefangenen zu dem Vorschlag des Austauschs von Corvalan und Montez gegen Bukowski und Mathus sagen, den die Junta gemacht hat. Wir waren einverstanden mit der Entscheidung von Corvalan, diesen Austausch nicht zu akzeptieren, denn im Grunde ist das eine Erpressung, es ist eine Publicity-Show, die die Junta gemacht hat. Es zu aktzeptieren hätte bedeutet, das Spiel der Junta zu treiben, denn die Situation der beiden Seiten ist vollkommen anders. Corvalan, als Chef der KP Chiles während der UP-Zeit, könnte lediglich angeklagt werden, Chef einer legalen Partei, die dazu noch an der Regierung war, gewesen zu sein.

Ich möchte den Genossen noch erzählen, daß dort, wo meine Isolationszelle während der letzten vier Monate war, gegenüber von der Zelle von Corvalan lag. Wir konnten daher unabhängig von den bewaffneten Wachen vor meiner Tür hin und wie- *Monate war, gegenüber von der Zelle von Corvalan lag. Wir konnten daher unabhängig von den bewaffneten Wachen vor meiner Tür hin und wie-* *der zusammen sprechen und uns über Zettel verständigen. Corvalan geht es körperlich sehr gut, sowie auch von seiner Gemütsverfassung her. Er ist geistig rege, hat allein vier Bücher geschrieben, von denen ich eines gelesen habe. Er hatte eine sehr solidarische Haltung mir gegenüber während der ganzen Zeit. Er kümmerte sich sehr darum, mir die Härte der Isolation zu erleichtern. Der Tag, an dem wir erfuhren, daß das Sacharow-Komitee über einen Austausch zwischen Corvalan und Bukowski verhandelte, tauschten wir einige Scherze aus, er müßte jetzt seine Koffer packen, usw. Und er sagte sehr ernst, wenn die Sowjetunion zustimmt und meine Partei zustimmt, dann stelle ich für den Austausch die Bedingung, daß ich rauskomme, aber mit Gladys Diaz.*

Ich hebe das deshalb hervor, weil diejenigen, die die Illegalität und das Gefängnis erlebt haben, irgendwie eine Klarheit über die Notwendigkeit der Einheit haben, die wir vorher nicht hatten. Und daran haben auch die Kommunisten teil. Sogar Corvalan, der sich uns gegenüber während der Unidad Popular am sektiererischsten verhalten hat.

Der größte Mangel der Solidaritätsbewegung mit den politischen Gefangenen besteht darin, daß sie nur auf bekannte Persönlichkeiten ausgerichtet ist. Natürlich ist es zulässig und notwendig, daß die Führer der linken Organisationen zunächst versucht werden freizubekommen da sie für den Kampf sehr wichtig sind. Aber es gibt große Lücken, die einfach vergessen worden sind. Es geht um die Verhafteten, die ohne große Führer zu sein, ein vorbildliches Verhalten bei den Foltern gezeigt haben und sich auch später sehr gut im Gefängnis entwickelt haben. Es geht dabei vor allem um die Genossen aus der Provinz, deren Namen nicht einmal irgendwo aufgeführt sind durch die legalen Organe in Chile, die Gefangenenlisten anlegen. Es wäre sehr wichtig, z.B. Leute von hier zu schicken, die die Namen dieser Genossen herauszufinden versuchen. Sie sind die am meisten in Stich gelassenen,und sie sind jetzt die Mehrheit der Verhafteten. Man müßte Fall für Fall dann durchgehen und versuchen, durch Agitation und Öffentlichkeitsarbeit für diese Genossen Patenschaften zu übernehmen und Visa zu beschaffen.

Bundesinnenministerium verlangt Denunzierung chilenischer Flüchtlinge!

Der „Chile-Arbeitskreis Christuskirche Wandsbek" in Hamburg hatte eine Patenschaft für den chilenischen Gewerkschafter Wladimir Cerda übernommen, der drei Jahre im KZ „Tres Alamos" gefoltert worden ist. Im Rahmen des Besuchs von Staatssekretär Moersch nach Chile erwirkte dieser die Freilassung von Wladimir Cerda (diese humanitäre Hilfe darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich Moersch in Chile aufhielt, um Geschäfte mit der faschistischen Junta zu machen).

Der Fall Cerda zeigt auch die offene Zusammenarbeit der chilenischen Faschisten mit der westdeutschen Botschaft in Santiago:

Als Cerda zur westdeutschen Botschaft ging, um sein Visum zu empfangen, verweigerte die westdeutsche Botschaft dem Genossen das Visum mit der zynischen Erklärung, Cerda sei ja jetzt „frei"!

In einem Brief des parlamentarischen Staatssekretärs vom Bundesinnenministerium, Schmude an die westdeutschen Patenschaftsträger, geht deutlich die Zusammenarbeit zwischen der DINA, dem Verfassungsschutz und dem Bundesinnenministerium hervor: *„Nach unbestätigten (?) Meldungen soll Cerda einer kommunistischen Parteiorganisation angehört haben ... Ich würde sicherstellen, daß Herr Cerda vor seiner Abreise eine Erklärung abgibt, wonach er von dem Bestehen des Betreuungsverhältnisses Kenntnis nimmt und ein entsprechendes Verhalten zusagt ... Die beiliegende Betreuungserklärung bitte ich ... unterschrieben an mich zurückzusenden".*

In dieser Betreuungserklärung an die Personen, die für Cerda die Patenschaft übernommen haben, heißt es: *„Ich weiß weiterhin, daß die vom Bundesinnenminister vorgenommene Sicherheitsüberprüfung zu gewissen Bedenken geführt hat. Zur Ausräumung solcher Bedenken erkläre ich mich zur besonderen Betreuung des Wladimir Cerda während seines Aufenthaltes in der BRD bereit. Für seine Einordnung in unsere Gesellschafts- und Rechtsordnung werde ich mich einsetzen. Wenn ich erfahre, daß ... meine Bemühungen fehlschlagen, werde ich den Bundesminister des Inneren davon unterrichten."*

Hier fordert das Bundesministerium die offene Bespitzelung und Denunziation seitens westdeutscher Patenschaftsträger gegenüber freigelassenen inhaftierten Chilenen. Gleichzeitig heißt es in dieser Betreuungserklärung noch zynisch: Außerdem *„erscheint es uns ratsam, die Tatsache ... möglichst vertraulich zu behandeln, damit die Möglichkeit, weiteren chilenischen Häftlingen auf diese Weise die Einreise in die BRD zu ermöglichen, erhalten bleibt."*

Also, wenn man nicht denunziert, werden auch keine weiteren chilenischen Flüchtlinge mehr aufgenommen; so sollen die Patenschaftsträger noch weiter unter Druck gesetzt werden.

Wieder einmal zeigt die SPD-Regierung deutlich und offen die Zusammenarbeit mit den chilenischen Faschisten.
(Nach einem Bericht des „Chile-Arbeitskreises Wandsbek")

Lateinamerikakommission

Veranstaltungsreihe zur Ost-Timor-Solidarität

Anläßlich des ersten Jahrestages der „Demokratischen Republik Ost-Timor" wurden in Freiburg, Bonn, Bochum; Aachen und Köln Solidaritätsveranstaltungen von den Ost-Timor-Solidaritätskomitees und dem Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors durchgeführt. Auf den Veranstaltungen sprachen Vertreter der Fretilin, A. Araujo, Mitglied des ZK der Fretilin und Wirtschaftsminister und L. Andrade, Europa-Repräsentant der Fretilin.

In Freiburg beteiligten sich 350 Menschen an der Veranstaltung, in Aachen ca. 120 (obwohl es in Aachen bisher keine Solidaritätsarbeit zu Timor gab!).

In Aachen sprach auch ein Vertreter der Frente Polisario und verlas eine Grußbotschaft des kämpfenden Volkes von West-Sahara an das kämpfende Ost-Timor.
(Angaben nach „Aktuelle Informationen" Nr. 14/ Ost-Timor Solidaritätskomitee – Nov. '76)

Asien-Kommission

MIR-Veranstaltung in Stuttgart

MIR-Veranstaltung in Stuttgart

Am 20.11.76 fand im Hermann-Ehlers-Haus in Stuttgart eine Veranstaltung des MIR statt, die mit 130 Leuten leider nicht besonders gut besucht war. Es wurden Grußbotschaften des Chile-Komitee Stuttgart, der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch, der GIM, der MPLA, des Antimilitaristischen Arbeitskreises und der KB-Sympathisantengruppe Stuttgart verlesen. Ein Stuttgarter MIR-Genosse gab einen kurzen Überblick über die Geschichte des MIR und die Biographien einiger bekannter MIR-Genossen, darunter des im Kampf gefallenen MIR-Generalsekretärs Miguel Enriquez. Das Hauptreferat hielt Genosse Pablo Gömez vom Auslandskomitee des MIR, der u.a. auf die schwierige Situation des Widerstands und das Bemühen des MIR einging, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen.

Aufgrund der mangelhaften Vorbereitung der westdeutschen Genossen wurden in der Diskussion leider nur einige Fragen gestellt und kaum über die in den Referaten aufgeworfenen Punkte und die Verstärkung der Solidaritätsarbeit diskutiert.

Zwei Stuttgarter Sympathisanten des KB

Chilenische Revolutionäre in Korea

„Eine Delegation der Bewegung der Revolutionären Linken Chiles (MIR), die von ihrem Generalsekretär Pascal Allende geleitet wurde, kam auf Einladung des Zentralkomitees der Koreanischen Partei der Arbeit am 24. November in Pjöngjang an und wurde von Yang Hyong Sop empfangen. Das ZK der KPA gab im Laufe des Tages ein Bankett für die Delegation. Auf dem Bankett sagte Yang Hyong Sop, daß die KPA und das koreanische Volk ihre Solidarität mit dem tapferen Kampf des chilenischen Volkes und der Bewegung der Revolutionären Linken mit ihrer gegenwärtigen Linie des bewaffneten Kampfes gegen die faschistische Tyrannei erweitern. In seiner Antwort sagte Pascal Allende, daß das chilenische Volk und seine Bewegung Kim Il Sung, der KPA und dem koreanischen Volk dankbar dafür seien, daß sie immer den Kampf des chilenischen Volkes unterstützt hätten" („Summary of World Broadcasts", 26.11.76).

Rettet das Leben von Raul Campos!

Die „Chile-Arbeitsgruppe Pforzheim" hat die Patenschaftsarbeit für den leitenden MIR-Genossen Raul Cornejo Campos im Rahmen ihrer Chile-Solidaritätsarbeit übernommen.

Am 16. Juni wurde der MIR-Genosse von der Geheimpolizei DINA verhaftet und ist seitdem spurlos verschwunden. Allerdings kam es vor der endgültigen Verschleppung von Raul Campos noch zu einigen bezeichnenden Zwischenfällen. Raul Campos hatte mit 27 weiteren Menschen versucht, in der bulgarischen Botschaft – vertreten durch Österreich! – Zuflucht zu finden. Der österreichische Botschaftsrat jedoch alarmierte sofort die Wache und chilenische Polizei.

Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf diese und auch andere Botschaften, die zunehmend offener mit den chilenischen Faschisten zusammenarbeiten.

Nachdem Raul Campos und die anderen Geflüchteten in Haft waren, bekamen sie wegen der gerade in Santiago stattfindenen OAS-Konferenz Haftverschonung und wurden entlassen. Erst nach der OAS-Konferenz schlug die DINA erneut zu und verhaftete Raul Campos wieder.

Seitdem ist der Genosse spurlos verschwunden und damit in Lebensgefahr!

Rettet das Leben von Raul Campos!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!

Lateinamerikakommission

„Leben, kämpfen, solidarisieren!"

Unter diesem Motto fand am 28.11. in der Essener Grugahalle die seit langem größte Veranstaltung der Linken in Nordrhein-Westfalen statt. Mehr als 8.000 Leute waren gekom- m[illegible] der Essener Grugahalle die seit langem größte Veranstaltung der Linken in Nordrhein-Westfalen statt. Mehr als 8.000 Leute waren gekom- men. Veranstalter war der „Spanische Kulturkreis" in Essen, ein Verein, in dem spanische Emigranten und einige fortschrittliche Westdeutsche zusammengeschlossen sind, und der seit etwa sieben Jahren in der Innenstadt ein Klubhaus gemietet hat, das seit seinem Bestehen ein wichtiger Treffpunkt der Essener Linken ist.

Am Fest beteiligte sich eine Vielzahl von Bürgerinitiativen (die Atomkraftwerksgegner waren stark vertreten), Volksblattredaktionen, Internationalismus-, Frauen- und Jugendzentrumsgruppen aus ganz NRW, aber auch aus der weiteren Umgebung.

Von 12 Uhr an konnten die Initiativen mit Info-Ständen im Hallenfoyer informieren, politische Gruppen durften keine Stände aufbauen, sondern mußten frei verkaufen.

Auf dem Fest ab 18 Uhr traten neben Biermann, Mossmann, Kölner Volkstheater und „Ton-Steine-Scherben" etwa 40 Songgruppen und Sänger aus dem In- und Ausland auf. Viele Leute waren allerdings leider nur wegen Wolf Biermann gekommen und gingen nach seinem (recht kurzen) Auftritt ziemlich beleidigt nach Hause. Biermann selbst und die große Mehrheit des Publikums lehnten diesen Starkult allerdings ziemlich entschieden ab (Biermann fing erst an, als die scharenweise angetretenen Fotografen abgehauen waren, was großen Beifall erntete). Angenehm fiel bei dem Fest auf, daß es eine Menge fortschrittliche Songgrup- [illegible] tenen Fotografen abgehauen waren, was großen Beifall erntete). Angenehm fiel bei dem Fest auf, daß es eine Menge fortschrittliche Songgrup- pen gibt, die zwar nicht an das professionelle Niveau eines Biermann oder Mossmann herankommen, aber mit ihren Texten und der Musik viel Einfallsreichtum zeigten.

Das Fest war hauptsächlich Sache der „autonomen Bewegung". In einigen Redebeiträgen zeigte sich eine deutliche allgemeine Organisationsfeindlichkeit, was sicherlich mit dem allgemeinen Abwirtschaften der „ML"-Szene auch in dieser Region zusammenhängt. Viele Redebeiträge (besonders die der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe (GOG) Opel und der Initiativen zur Erhaltung der Zechensiedlungen im Ruhrgebiet) wiesen aber auch sehr klassenkämpferische Akzente auf. Auch die internationale Solidarität kam nicht zu kurz. Eine Menge internationalistischer Resolutionen (darunter eine für Gladys Diaz) wurden unter grossem Beifall verabschiedet.

Insgesamt kann dieses Fest ein guter Ansatz dafür sein, die zwischen den verschiedenen Initiativen während der Vorbereitung und auf der Veranstaltung selbst geknüpften Kontakte auszubauen, was die fortschrittliche Bewegung in NRW ein gutes Stück weiterbringen würde.

Ein Genosse des KB/ Gruppe Bochum

IMPRESSUM

Die nächste Ausgabe des ARBEITERKAMPF, Nr. 96, erscheint nach 4 Wochen, am 10.1.1977

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 24.500
Erscheinungsweise: 14täglg
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents
In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag ARBEITERKAMPF enthalten.

Spanien

Revolutionäre Alternative der baskischen Linken

Am 3. Oktober stellte sich die „Sozialistische patriotische Koordination" (KAS) des Baskenlandes der Öffentlichkeit vor. An diesem Bündnis nehmen folgende Organisationen teil: ETA V, EHAS (Sozialistische Partei des Baskischen Volkes), LAIA (Organisation Patriotischer Arbeiter) sowie die gewerkschaftlichen Gruppen LAK und LAB.

Die KAS tritt für einen unabhängigen und vereinigten baskischen Staat ein (Euskadi steht heute teilweise unter spanischer, teilweise unter französischer Verwaltung). Die KAS ist für die sozialistische Revolution und ein „sozialistisches volksdemokratisches Baskenland" sowie für die vollständige Wiederherstellung der baskischen Volkskultur.

Das Programm der KAS, das acht Punkte umfaßt, geht sowohl in seinen Autonomieansprüchen als auch bezüglich seiner Forderungen nach Auflösung aller repressiven Organe über das der „Demokratischen Koordination" hinaus. Ein Vertreter der KAS bezeichnete dies Programm als „nicht herabzuhandeln" („El Pais", 3.10.76).

Über die Gründung einer gemeinsamen Plattform der revolutionären Linken im Baskenland wurde bereits seit Mitte letzten Jahres verhandelt. Wir möchten daran erinnern, daß damals auch ORT sich für eine solche revolutionäre Alternative gegenüber der reformistischen Opposition aussprach: *„Auch ORT glaubt, daß wir uns heute in Euskadi (wo die Demokratische Junta nicht einmal in Erscheinung getreten ist) in einer Situation befinden, die die Schaffung eines Organs der Volkseinheit notwendig macht, eines Organs, das eine demokratische und revolutionäre Alternative gegenüber dem Faschismus zum Ausdruck bringt ..."* („En lucha", Zentralorgan der ORT, vom 25.6.75). Die Zeiten haben sich geändert. Heute geht ORT die „Einheit" innerhalb des reformistischen Bündnisses der „Coordinacion Democratica" über die Herausbildung einer revolutionären Alternative.

Repression gegen fortschrittliche Soldaten

Aus Barcelona wurde gemeldet, daß zehn Soldaten verhaftet worden sind. Sie werden vermutlich angeklagt wegen Zugehörigkeit zu illegalen Soldatenorganisationen. In ihrem Besitz sollen sich Dokumente der „Union Demokratica de Soldados" (Demokratische Soldatenunion) und der UMD befunden haben.

Die „Partei der Arbeit Spaniens" (PTE) erklärte, daß sie in keinem organisatorischen Zusammenhang mit der „Demokratischen Soldatenunion" stehe, obwohl Militante dieser Partei in ihr mitarbeiten und ihren Aufbau unterstützten („Diario 16", 4.11.76).

In einem Flugblatt, daß von einer „Koordination der Soldatenbewegung" unterzeichnet ist und das sich „an alle Soldaten und das Volk von Barcelona" wendet, wird von dieser Verhaftung berichtet. *„Diese Verhaftungen sind keine Einzelfälle: vorher wurden in derselben Weise in Andalusien, Euskadi, Madrid ... weitere Soldaten verhaftet. Sie ‚verschwanden' aus den Kasernen und nachdem sie ‚verurteilt' wurden, büßen sie Strafen bis zu acht Jahren Militärgefängnis. Sie HAT DIE AMNESTIE NICHT ERREICHT"*, heißt es im Flugblattext weiter. Die demokratischen Soldaten wenden sich auch gegen ihre Einsätze als Streikbrecher und zur Verfolgung politischer Flüchtlinge. Sie rufen auf zum gemeinsamen solidarischen Kampf mit dem spanischen Volk um Demokratie und Freiheit.

Spanien-Kommission

„an alle Soldaten und das Volk von Spanien-Kommission

Annäherung Spaniens an die NATO

Auf Initiative der USA, aber mit Zustimmung der anderen NATO-Mitgliedsstaaten, besuchte im November eine 35köpfige Gruppe spanischer Militärs (und einiger Zivilisten) Einrichtungen der NATO in Italien und Belgien, einschließlich des Hauptquartiers SHAPE („Diario 16", 4.11.76 und „El Pais", 5.11.76). Es war dies die erste Reise spanischer Militärs zur NATO. Ihnen soll Anfang nächsten Jahres eine Gruppe spanischer Journalisten folgen, die dann offensichtlich der spanischen Bevölkerung einen NATO-Beitritt schmackhaft zu machen versuchen.

Angesichts des „strategischen Werts der iberischen Halbinsel" (Kissinger) drängen die USA schon lange ihre europäischen Verbündeten, einem NATO-Beitritt Spaniens zuzustimmen. Dem stellen sich jedoch die skandinavischen Länder, Belgien, die Niederlande und die Labour-Regierung in London aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung entgegen. Der „Demokratisierungsprozeß" der Suarez-Regierung (Versprechungen auf zukünftige demokratische Rechte) wird von den Imperialisten auch deshalb so nachträglich propagiert, um Spanien endlich „bündnisfähig" zu machen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" beschrieb einmal, welch ein „fetter Brocken" Spanien für die NATO wäre:

„Inzwischen ist der Wert des spanischen Territoriums weiter gestiegen: Als Wache am Mittelmeer-Ausgang, als Relais-Station für jegliche (!) Aktion im Mittelmeerraum und im Nahen Osten, als Basis nuklearer Abschreckung mit U-Booten und Fernflugzeugen, als Plattform der Sicherung sowohl der transatlantischen Seeverbindungen als auch der Großtanker-Route ums Kap. Ein engerer Verteidigungs(?)verband zwischen Spanien und der NATO wäre zu wünschen" („FAZ", 24.5.75). Dem bleibt aus imperialistischer Sicht kaum noch etwas hinzuzufügen. Auf spanischem Boden befinden sich zur Zeit schon vier US-Militär-Stützpunkte, auf denen auch mit Atomwaffen hantiert wird, doch die Gefahren, die auf das spanische Volk durch eine NATO-Mitgliedschaft außerdem zukommen, dürften noch erheblich größer sein.

Spanien-Kommission

Mehr und „bessere" Polizei

Die „Bewaffnete Polizei" Spaniens (Policia Armada), bestimmt zur Bekämpfung von Demonstrationen, Streiks und anderen „Unruhen", hat in diesem Jahr *„die neuesten Techniken zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung"* übernommen („cambio 16", 27.9.76). Nach der Guardia Civil mit 63.000 Bütteln ist sie die zweitstärkste Polizeitruppe des Landes: Sie zählt 34.000 Mann (nach „cambio" s. o.).

Am 1. Januar 1977 soll sie schrittweise um 3.739 Mann weiter aufgestockt werden: Die spanische Regierung scheut offenbar keine Kosten, denn um diese Verstärkung zu finanzieren, mußte sie einen Kredit von 992.093.000 Pesetas aufnehmen – das sind rund 50 Millionen DM („El Noticiero Universal", 5.11.1976)!

Spanien-Kommission

„Volksabstimmung" ohne politische Freiheiten

Am 15. Dezember sollen 23 Mio. wahlberechtigte Spanier (einschließlich etwa einer Million Emigranten) in einem Referendum über das von den spanischen Cortes (Ständeparlament) verabschiedete „politische Reformgesetz" abstimmen. Dieses Gesetz beinhaltet die Umwandlung der Cortes in ein Zwei-Kammer-„Parlament", das Mitte 1977 (am 10. Mai) in geheimer und direkter Wahl gewählt werden soll. Die spanische illegale Opposition hat zwar eine Kampagne zur „aktiven Stimmenthaltung" bei diesem Referendum eingeleitet, weil weiterhin die politischen Freiheiten verweigert werden, gleichzeitig jedoch ihre Bereitschaft gegenüber der Regierung bekundet, unter bestimmten Bedingungen sowohl am Referendum wie an den Wahlen teilzunehmen.

Ein Referendum ist ein häufig von diktatorischen Regimes angewandtes Mittel, um sich eine scheindemokratische Legitimation zu geben. So „stimmten" bei dem letzten Referendum vor zehn Jahren 99% aller Spanier für die faschistischen Grundgesetze Francos. Eine „Volksbefragung" unter den Bedingungen politischer Unfreiheit, verbotener demokratischer und kommunistischer Parteien, bei ständigen Verhaftungen und polizeilicher Behinderung freier Agitation und Propaganda hat nichts mit Demokratie, sondern nur mit Legitimierung der jeweiligen Regierung zu tun.

Die „Parlaments"-Reform ist ein ausgeklügeltes, reichlich kompliziertes Machwerk, das unter Einbeziehung einiger formaldemokratischer Verzierungen einzig darauf abgestellt ist, die rechten Kräfte zu begünstigen und letztlich die Entscheidungsgewalt der Regierung zu überlassen. Die Stellung des „Parlaments" gegenüber der Regierung wird bezeichnenderweise in dem Gesetz mit keinem Wort festgelegt.

Im einzelnen soll dieses „Parlament" aus zwei Kammern bestehen: einem „Unterhaus", genannt Deputiertenkongreß und einem „Oberhaus", genannt Senat. Das „Unterhaus", das aus 350 Abgeordneten bestehen soll, sollte ursprünglich nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Danach hätte den bevölkerungsarmen ländlichen Provinzen ein Abgeordneter zugestanden, den Provinzen Madrid und Barcelona gut 40, Valencia 18, Sevilla 13, Viscaya, Oviedo und Alicante mindestens 10. Die rechtsradikale „Volksallianz"
Oviedo und Alicante mindestens 10. Die rechtsradikale „Volksallianz"
Fraga Iribarnes erhob Einspruch gegen dieses Verhältniswahlrecht, so daß jetzt die vage Formulierung festgeschrieben wurde, daß es „ein Minimum an Kongreßabgeordneten pro Provinz" geben müsse („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.11.76). So kann ein „Übergewicht" der fortschrittlichen Industrie- und Arbeiterzentren, Hochburgen der Linken, verhindert werden.

Außerdem wird es wahrscheinlich keine nationalen Parteilisten geben, sondern nur regionale, d.h. die Stimmenzahlen werden in jeder Provinz auf die dort zu vergebenden Sitze aufgerechnet. Das würde eine zusätzliche Erschwerung des Wahlkampfes für alle Oppositionsparteien bedeuten, da diese regional in verschiedenste Gruppen und Strömungen zersplittert sind.

Der Senat wird eh nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, was bedeutet, daß jeweils bis zu 49% Stimmen für die Oppositionsparteien vollkommen unter den Tisch fallen können, wenn die Rechte 51% hat. Alle Provinzen dürfen nur je vier Senatoren stellen, also eine viereinhalb-Millionen-Stadt wie Barcelona genausoviel wie Soria mit etwas über 100.000 Einwohnern (die in Nordafrika liegenden Kolonialstädte Ceuta und Melilla stellen zwei und die Balearen, Las Palmas und Teneriffa je fünf Abgeordnete). Zusätzlich zu den insgesamt 207 Senatoren ernennt der König weitere 41 Herren nach seinem Gutdünken!

Der Entscheidungsprozeß beider Kammern ist so festgelegt, daß der Senat den Kongreß immer blockieren kann, zumindest bei wichtigen Gesetzesinitiativen. Jedes verfassungsändernde Gesetz muß mit absoluter Mehrheit (50%) sowohl des Senats als auch des Kongresses verabschiedet werden. Hat der Kongreß ein Gesetz angenommen und der Senat mißbilligt es, so tritt eine kleine gemischte Kommission ein. Kommt diese zu keiner Einigung, dann tagen Kongreß und Senat zusammen und sollen dann endlich die absolute Mehrheit zustande bringen. Bei normalen Gesetzen ist das Verfahren ähnlich, nur daß hier die letzte Entscheidung bei einer absoluten Mehrheit des Kongresses liegt („YA", 13.11.76).

Über diese „Volksvertretung" sollen die Spanier nun am 15. Dezember abstimmen. Erstmalig sollen nicht nur Zettel mit aufgedrucktem „Si" (Ja) ausgegeben werden, wie zu Francos Zeiten bei einem Referendum üblich, sondern auch vorgedruckte Nein- und weiße (Enthaltungs-) Zettel. Wer wird sich aber z.B. in ländlichen Provinzen trauen, in Anwesenheit der berüchtigten Kaziken (Regierungsspitzel) einen weißen Zettel zu nehmen und in die Urne zu werfen?!

Die Regierung hat ihren ganzen Propagandaapparat aufgedreht und wirbt für die Zustimmung. Sie soll bisher 20 Mio. DM für diese Werbungskampagne ausgegeben haben, sie hat die Hälfte des Platzes auf Plakatwänden aufgekauft und wirbt mit Sprüchen wie *„Die Demokratie machen wir zusammen"*, *„Das Volk*
Sprüchen wie „Die Demokratie machen wir zusammen", „Das Volk
wählt seine Vertreter frei" oder *„Informiere Dich und stimme ab"* („Frankfurter Rundschau", 3.12.76).

Für die Opposition gibt es schon aus rein finanziellen Gründen nicht die Möglichkeit, gegen diese massive Kampagne anzugehen. Nachdem zunächst jede öffentliche Werbung für Enthaltung verboten war, dürfen nun auch die bisher legalisierten rechten Gruppen und „oppositionelle Persönlichkeiten" in Radio und Fernsehen ihre Meinung vorbringen. Seit dem 1. Dezember kamen nur Leute vom Schlag Fragas auf die Mattscheibe, die natürlich überzeugt für die positive Stimmabgabe warben. Dagegen wurden in Asturien am 1.12. 30 PCE-Mitglieder verhaftet, die „Mundo Obrero" mit dem Aufruf zum Boykott öffentlich verkauften.

Einer Gallup-Umfrage nach rechnet man mit einer Wahlbeteiligung von 73% („La Vanguardia", 17.11.76). Das würde bedeuten, daß bei zwei Dritteln der wahlberechtigten Spanier der Demokratisierungsrummel der faschistischen Regierung weitgehend verfangen hätte. Allgemein wird die Höhe der Enthaltungen als ein wichtiger politischer Stimmungstest betrachtet.

Die Bedingungen der Opposition

Die noch illegale spanische Opposition hat, ohne das manipulative Wahlgesetz insgesamt in Frage zu stellen, mehrere Bedingungen für ihre Beteiligung an den geplanten Wahlen sowie am Referendum gestellt. Diese Bedingungen wurden von der „Coordinacion Democratica" (einem breiten Bündnis illegaler Parteien und Gruppen) gemeinsam mit verschiedenen regionalen autonomistischen Bündnisorganen gestellt (am 23.10. bildete sich die „Plataforma de Organismos Democraticos" – „P.O.D. = Plattform Demokratischer Organe – die eine weitere Ausdehnung der „Coordinacion Democratica" um oppositionelle Dachorganisationen aus Valencia, Cataluna, Galizien, der Kanarischen Inseln, Mallorca, Menorca und Ibiza bedeutet. Insgesamt gehören diesem Bündnis 36 politische Gruppen und Organisationen an.)

Die P.O.D. stellte im einzelnen folgende Bedingungen:

„1. Legalisierung aller politischen Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen ohne Ausnahme.
2. Vollständige Amnestie für alle politischen Gefangenen und freie Rückkehr aller im Exil lebenden.
3. Tatsächliche Anerkennung der Ausübung von Meinungs-, Versammlungs-, Vereins- und Demonstrationsfreiheit.
4. Abschaffung des Anti-Terrorismus-Gesetzes und aller anderen repressiven Gesetze, Abschaffung des Gerichts für Öffentliche Ordnung.
5. Gleiche Chancen für alle Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen, staatlichen Rundfunk und Fernsehen zu benutzen.
6. Auflösung des politischen Verwaltungsapparates des „Movimiento", um dessen Unterdrückungsfunktion zu verhindern.
7. Beteiligung der demokratischen politischen Parteien an der Kontrolle der Volksbefragung" („Mundo Obrero, 10.11.76).

In diesem Katalog „fehlen" die bisher substantiellen Forderungen der Opposition wie die Bildung einer provisorischen Regierung sowohl national, als auch auf regionaler (autonomer) Ebene. Die Legitimität dieser nach wie vor faschistischen Regierung wird nicht infrage gestellt. Zudem wird lediglich die Auflösung des „Movimiento" (der faschistischen Einheitsbewegung) verlangt, wodurch indirekt sämtliche anderen repressiven Organe wie Polizei, Militär so wie sie sind, akzeptiert werden.

Diese Bereitschaft der Opposition, endlich mit der Regierung ins Geschäft zu kommen, blieb auch von der spanischen – eher fortschrittlichen – bürgerlichen Presse nicht unbemerkt. *„Wenn die Opposition sich jemals von maximalistischen, utopistischen oder irrealen Forderungen leiten ließ, so kann man dies nicht von ihren Bedingungen für eine demokratische Befragung sagen. Im Sinne der Objektivität müssen wir feststellen, daß die Opposition so viel nachgegeben hat wie sie konnte. Man kann von ihr nicht verlangen, daß sie noch einen Schritt weiter geht. Jetzt muß die Regierung nachgeben"* („El Pais", 4.12.76).

Inzwischen hat sich eine zehn- („El Pais", 4.12.76).

Inzwischen hat sich eine zehnköpfige Verhandlungsdelegation aus dem Kreis der P.O.D. gebildet, die sich mit Ministerpräsident Suarez an einen Tisch setzen will, um über diese Bedingungen zu verhandeln.

Gleichzeitig mit diesen Bemühungen um ein allumfassendes Bündnis der illegalen Opposition mit dem nachfrankistischen Staatsapparat hat die P.O.D. eine Kampagne zur „aktiven Stimmenthaltung" beim Referendum beschlossen, die zumindest von der revisionistischen PCE und den revolutionären Organisationen in Agitation und Propaganda voll durchgezogen wird. Auch die sozialdemokratische PSOE hat sich für Stimmenthaltung ausgesprochen: *„Wir wollen allein und mit Linksextremen in Veranstaltungen das Volk aufklären und es aufrufen, am 15. Dezember zu Hause zu bleiben"*, erklärte ein Mitglied des PSOE-Exekutivkomitees („FR", 3.12.76). Den Hintergedanken der PSOE bei diesem Vorgehen hat auch die „FR" richtig erkannt: *„Sie* (die PSOE – Anm. AK) *will so aber – vor den anderen Parteien – eine Führungsrolle gewinnen und sich den Ruf des wirklichen Kämpfers für die Demokratie verdienen. Das könnte in den Parlamentswahlen Stimmen abwerfen"* („FR", 3.12.76).

Die weitestgehende Antwort auf den Betrug von Referendum und „Wahlen" wird im Baskenland gegeben werden, wo die „Koordination der sozialistischen nationalen Kräfte" (KAS), der auch ETA angehört, am 15. Dezember zum Generalstreik aufgerufen hat. ORT unterstützt diesen Aufruf, wie es heißt, in ganz Spanien, während MC meint, daß die gegenwärtigen Bedingungen nicht geeignet für einen Generalstreik sind und nicht dazu aufrufen will. Offensichtlich gibt es jedoch eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen links von der PCE stehenden Gruppen, die Enthaltungsagitation gemeinsam durchzuführen („El Pais", 4.12.76).

Spanien-Kommission

Nachtrag zur Bundeswehr-Affäre

Für den 9. November hatte die spanische Botschaft in Bonn die öffentliche Ehrung eines hohen Bundeswehroffiziers geplant. Ein Oberstleutnant Heilmann sollte mit dem militärischen Verdienstkreuz für *„die guten Beziehungen und die gute Zusammenarbeit zwischen den spanischen und deutschen Streitkräften"* ausgezeichnet werden. Das Bundesverteidigungsministerium jedoch fürchtete im Gefolge der „Affäre Rudel" zu großes Aufsehen und blies die Sache ab. Die „Ehrung" – zu der aus Spanien extra der Artilleriegeneral Victor Castro San Martin, ehemaliger spanischer Sicherheitschef (!) anreiste – mußte in „aller Stille und Heimlichkeit" stattfinden. – Aber stattfinden „mußte" sie ...
(;„Diario 16", 4.11.76)
Spanien-Kommission

Portugal: Erster Nationaler Kongreß der GDUPs

CONGRESSO GDUP novembro 76

Movimento de Unidade Popular (MUP) – Bewegung der Volkseinheit gegründet

Am 19. bis 21. November 76 hielten in der Sporthalle von Amadora, einem Vorort von Lissabon, etwa 1.800 Delegierte der GDUPs aus ganz Portugal einschließlich Azoren und Madeira, ihren ersten Kongreß ab.
Unter großer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit diskutierten sie die politische Situation, verabschiedeten ein Kampfprogramm und ein Statut und wählten eine Leitung.



Die GDUPs, Initiativgruppen für die Volkseinheit, entstanden im Sommer dieses Jahres im Verlauf der Kampagne für die Wahl Otelo Saraiva de Carvalhos zum Staatspräsidenten. Sie setzten sich aus den revolutionären Organisationen UDP, MES, PRP, den linkssozialistischen Gruppierungen FSP und MSU sowie der linkskatholischen Arbeiterorganisation Base FUT und einem sehr hohen Anteil an unorganisierten Antifaschisten und Antikapitalisten zusammen. Mit Otelos Wahlprogramm der antifaschistischen und antikapitalistischen Volkseinheit gelang es ihnen, bei der Wahl einen erheblichen Einbruch in das traditionelle Wählerpotential der revisionistischen PCP und selbst der PS zu erzielen und fast 17% der Stimmen zu erringen.

In den folgenden Monaten machten die GDUPs nur geringe Fortschritte. Auf die gewaltige Massenmobilisierung zur Wahl folgte eine erhebliche Demobilisierung. Insbesondere die konzentrierten Angriffe von PS und PC, die verlorenes Terrain zurückerobern wollten, verfingen bei Teilen der Bewegung. Ergänzt wurden sie durch sektierische und opportunistische Züge einzelner Elemente in der GDUPs.

So erklärte vor einigen Wochen die FSP ihren Austritt mit der vorgeschobenen Begründung, die Parteiladenpolitik der UDP verhindere wirkliche Demokratie innerhalb der Bewegung. Tatsächlich hat sich FSP inzwischen dem revisionistischen Konkurrenzunternehmen „Povo Unido" aus PC und MDP angeschlossen, in dem die PC nun wirklich eine völlig undemokratische Kontrolle ausübt.

Andererseits wurden durch die „Sozial-Imperialismus"-Thesen und das inhaltsleere Geschrei der UDP/PCP(r) gegen die „Cunhal-Clique" viele aufrichtige PC-Mitglieder von einer weiteren Mitarbeit abgeschreckt. Schließlich verjagten die Versuche der UDP, die Kontrolle über die GDUPs zu er-
teren Mitarbeit abgeschreckt. Schließlich verjagten die Versuche der UDP, die Kontrolle über die GDUPs zu er-
richten, und die taktische Hilfslosigkeit, mit der der MES teilweise darauf reagierte, einen Teil der Unorganisierten aus den GDUPs.

Die politisch unklare Situation, die aus alledem resultierte, veranlaßte die CNPUP (Provisorische Nationale Leitung der GDUP-Bewegung) mehrere Male, den Kongreß weiter hinauszuschieben.

Kurz vor dem Kongreß erklärten schließlich PRP und MSU ihren Austritt aus der CNPUP, weil sie die Durchführung des Kongresses unter den gegebenen Voraussetzungen ablehnten und eine nochmalige Verschiebung forderten.

„Hegemonie" oder Einheit

Der Kongreß fand also in einer äußerst schwierigen Situation statt. Um jedoch den Zustand des „Provisoriums" zu überwinden und um eine öffentliche Diskussion der politischen Widersprüche einzuleiten, war die Entscheidung der CNPUP sicherlich richtig.

Eine wichtige Voraussetzung war die vorherige Klärung der Frage der „Hegemonie".

Die zu erwartende Zusammensetzung des Kongresses bestand aus etwa 60% UDP, 15% MES, 5% PRP und 20% Unabhängige unter Einschluß der Base FUT. Der hohe Anteil der UDP-Delegierten (unter denen sich auch zahlreiche „unabhängige" UDP-Sympathisanten befanden), erklärt sich zum einen daraus, daß die UDP zahlenmäßig tatsächlich gegenwärtig die stärkste Organisation der revolutionären Linken ist, zum anderen jedoch aus einer parteibornierten und sektiererischen Linie der UDP, die um jeden Preis, unter Einschluß äußerst undemokratischer Manöver, eine „Kontrolle" der GDUPs und des Kongresses erreichen wollte.

Der UDP kam dabei der gegenwärtige provisorische Zustand der GDUPs zugute, der eine Kontrolle, welche GDUPs tatsächlich existieren und wie stark sie sind, faktisch unmöglich machte, geschweige denn die Durchführung demokratischer Delegiertenwahlen gewährleisten konnte.

In dieser Situation machten alle übrigen Kräfte innerhalb der GDUPs klar, daß sie eine Majorisierung der neuzuwählenden Nationalen Kommission wie auch des gesamten Kongresses durch eine zahlenmäßige Überlegenheit der UDP nicht hinnehmen würden. Otelo schaltete sich in die Auseinandersetzung ein, indem er erklärte, er sehe in einer solchen Situation das Ende der Bewegung der Volkseinheit, deren politischer Charakter mit der Hegemonie einer Organisation oder politischen Richtung unvereinbar sei.

Unter dem Eindruck dieser geschlossenen Front erklärte sich die UDP zu einem Kompromiß bereit, wonach die zu wählende Liste der Nationalen Kommission aus 56 Personen, davon 24 UDP, 12 MES und 20 unabhängige (unter Einschluß der Base FUT) umfassen sollte.

Darüber hinaus wurde mit allen Beteiligten eine Übereinkunft über den Ablauf des Kongresses und die zu erfüllenden Aufgaben geschlossen.

Die Widersprüche wurden vertagt

Die beteiligten Gruppierungen erklärten zu diesem Kongreß ausdrücklich, daß es ihrer Überzeugung nach sehr wohl möglich und begrüßenswert sei, wenn eine Organisation aufgrund ihrer politischen Erfahrung und aufgrund ihrer Verankerung in der Massenarbeit eine Führungsrolle einnimmt. Sie lehnten jedoch eine rein zahlenmäßig
ihrer politischen Erfahrung und aufgrund ihrer Verankerung in der Massenarbeit eine Führungsrolle einnimmt. Sie lehnten jedoch eine rein zahlenmäßig
begründete Vorherrschaft einer Organisation ab. In diesem Sinne wurde vereinbart, daß Widersprüche nicht hinter den Kulissen von den Organisationen „geregelt" werden dürften, sondern demokratisch und öffentlich diskutiert und entschieden werden müßten.

Als Aufgaben für den Kongreß wurde festgelegt: Diskussion der politischen Situation in Portugal und Zustand der GDUPs auf der Grundlage einer Analyse der alten Provisorischen Nationalen Kommission, Diskussion und Verabschiedung eines unmittelbaren Kampfprogrammes, Diskussion und Verabschiedung eines Statuts und Wahl einer Leitung (Nationale Kommission).

Damit wurde gleichzeitig der gesamte Bereich der Strategie und Taktik der Volksbewegung herausgelagert und auf den zweiten Teil des Kongresses, der innerhalb der nächsten sechs Monate stattfinden soll, vertagt.

Der Bericht der Provisorischen Kommission legte die Schwächen der GDUPs dar; insbesondere, daß die GDUPs sich durch sektiererische Auseinandersetzungen, die nicht inhaltlich, sondern parteiborniert geführt wurden, teilweise selbst gelähmt haben.

Aus diesem Grund haben die GDUPs keine Linie für ihr Eingreifen in die politischen Massenkämpfe der vergangenen Wochen entwickelt. In die Welle der antifaschistischen Proteste, in die Streikbewegung und in die Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft haben zwar die an den GDUPs beteiligten Kräfte eingegriffen, es gab aber keine Vereinheitlichung über ein gemeinsames Vorgehen.

Ein Teil des Berichts und die anschließende Diskussion setzten sich mit dem Charakter auseinander, den die MUP haben soll.

Im Wesentlichen gab es dazu drei Positionen:

1. Die MUP als eine „Partei neuen Typs", die das Ziel hat, die „vier Komponenten der revolutionären Bewegung", die GDUPs, die Volksorgane der Basis (Arbeiterkommissionen, Einwohnerkommissionen etc.), die revolutionären Organisationen und die „revolutionären Militärs" zu einer neuen Einheit zusammenzuschweißen.

Diese Position, die ausschließlich von der PRP vertreten wurde, wurde als erste abgelehnt, da sie nicht nur den Versuch einer Neuauflage der gescheiterten Projekte Povo-MFA und FUR darstellt, sondern in völlig opportunistischer Weise die gesamte Frage des Parteiaufbaus „lösen" will.

2. Die MUP als eine „breite und lockere Massenfront", in die „breiteste Schichten des Volkes" einbezogen sind, und deren Hauptaufgabe in der „Massenmobilisierung" liegt. Die UDP/PCP(r), die diese Position vertrat, legte Wert darauf, daß diese „Massenfront" nur eine sehr lockere Struktur und kaum organisatorischen Zusammenhalt besitzen dürfte. Auch die Frage ihrer Führung wurde sehr nebensächlich behandelt. Es liegt auf der Hand, daß dieses Konzept maßgeschneidert für die Bedürfnisse und den Anspruch der PCP(r) als „einzige Partei der Arbeiterklasse und Avantgarde in den Volkskämpfen" ist. Eine solche Konstruktion hätte in Verbindung mit dem parteibornierten Vorgehen der UDP-Aktivisten in den GDUPs sehr schnell die völlige Degradierung der MUP zum „Mobilisierungsapparat" der PCP (r) zur Folge – beziehungsweise den Tod der MUP.

3. Die MUP nicht als politische Partei, sondern als einheitliche, überparteiliche Massenorganisation, die in der demokratischen Diskussion eine autonome politische Linie entwickelt, und deren Führung unabhängig von einer oder mehrerer „Avantgarden" ist,
nome politische Linie entwickelt, und deren Führung unabhängig von einer oder mehrerer „Avantgarden" ist,
sondern allein der MUP und ihren Mitgliedern verantwortlich sein soll.

Diese Position, die einheitlich vom MES, der Base FUT und den Unabhängigen vertreten wurde, bietet die einzige Möglichkeit, die MUP zu einem politischen Faktor in den Massenkämpfen zu machen. Sie beinhaltet die Schaffung straffer organisatorischer Strukturen, einer demokratischen Leitung und eines technischen Apparats mit finanzieller Absicherung.

Naturgemäß gab es bei den herrschenden Mehrheitsverhältnissen in der Diskussion keine Entscheidung für diese Konzeption; jedoch wurde eine Kompromißformel des Führers der Unabhängigen, Luis Moita, mehrheitlich angenommen, die die MUP als „politsche Massenbewegung mit überparteilichem Einheitscharakter" definiert.

Innerhalb der Auseinandersetzung um die Definition der MUP und ihrer politischen Ausrichtung blieb diese „Kompromißformel" jedoch das einzige Zugeständnis, das die PCP(r)/UDP machte. Schon die nächsten Abstimmungen über das Statut bewiesen, daß es sich nur um ein formales Manöver gehandelt hatte: Mit erdrückender Mehrheit ihrer Delegiertenstimmen verhinderte die UDP/PCP(r) die Schaffung einer Mitgliederstruktur und lehnte Mitgliedsbeiträge (und damit die finanzielle Autonomie der MUP) ab!

Das Kampfprogramm der MUP

Das Kampfprogramm der MUP wurde inhaltlich wesentlich vom MES und den Unabhängigen formuliert. Es enthält keinen der bekannten „ML-Hüte" und wurde dennoch fast einstimmig verabschiedet:

1. Kampf gegen Repression, Vormarsch der Rechten und faschistische Gefahr. Die MUP unterstützt alle Kämpfe, die die Rechte der antifaschistischen und nichtfaschistischen Kräfte auf Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit und Demonstrationsfreiheit verteidigen.

Sie fordert gleichzeitig das Verbot der faschistischen Presse und Organisationen.

Weiterhin fordert die MUP die bedingungslose Freilassung Otelos und aller anderen fortschrittlichen Militärs, die Aufhebung der faschistischen Disziplin in den Kasernen und die Rückgängigmachung aller Schritte zu einem Berufsheer.

2. Kampf gegen Elend, Ausbeutung und Wiederherstellung des Kapitalismus. Die MUP wendet sich gegen alle Versuche, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und die Arbeiterkommissionen zur Kollaboration mit den Kapitalisten zu zwingen.

Sie unterstützt den Kampf der Werktätigen gegen Entlassungen, gegen die Rückkehr der Kapitalisten, gegen Entschädigungen für die enteigneten Kapitalisten und gegen den Lohnstop. Sie unterstützt den Kampf um Wohnungen, um ein fortschrittliches Gesundheits- und Erziehungswesen.

3. Kampf um die Einheit der Werktätigen und für die Stärkung ihrer autonomen Organisationen.

Darunter versteht die MUP das bedingungslose Eintreten für die Einheitsgewerkschaft und die Verteidigung der Arbeiter- und Einwohnerkommissionen und der Volksversammlungen sowie ihre Beteiligung an den lokalen parlamentarischen Gremien. Deswegen hat die MUP bereits zu den Kommunalwahlen gemeinsame Listen mit diesen Basisorganen aufgestellt.

Außerdem unterstützt die MUP speziell Frauen und Jugendliche in ihrem Kampf um ihre Bedürfnisse und Rechte und gegen jede Diskriminierung.

4. Gegen die Spaltung in Nord und Süd, Kontinent und Inseln sowie Stadt und Land. In diesem Kampf unterstützt die MUP die Gewerkschaften der Landarbeiter, die Kooperativen und die Zusammenschlüsse der Klein- und Mittelbauern, den Kampf gegen die Entschädigung der Großgrundbesitzer, gegen die Rückgabe von besetztem Land und gegen alle Einmischungsversuche in die Selbstverwaltung der Kooperativen.

Ferner untersützt die MUP alle Anstrengungen zur Organisierung des Direktverkaufs durch die Produzenten unter Ausschaltung des parasitären Zwischenhandels.

Die MUP unterstützt außerdem den Kampf gegen die pro-imperialistischen Autonomiebestrebungen auf den Azoren und Madeira.

5. Kampf um die nationale Unabhängigkeit. Dabei wird der US-Imperialismus als Hauptträger der imperialistischen Einmischung in Portugal angegriffen, der mit Hilfe der sozialdemokratischen Regierung Portugal zu einer Kolonie machen will.

Gegen ihn und „die anderen imperialistischen Großmächte" wird der Austritt Portugals aus der Nato und dem „Iberischen Pakt" (mit Spanien) gefordert; außerdem wird die Auflösung der US- und Bundeswehrstützpunkte Terceira, Flores und Beja verlangt.

Ferner wird ein Ende des Ausverkaufs Portugals an die imperialistischen Monopole und eine strenge Kontrolle aller ausländischen Investitionen verlangt.

Dieses Kampfprogramm umfaßt die wesentlichen Fronten, an denen heute in Portugal der Massenkampf stattfindet.
Bisher sind zwar an allen diesen Kampf-
Dieses Kampfprogramm umfaßt die wesentlichen Fronten, an denen heute in Portugal der Massenkampf stattfindet.

Bisher sind zwar an allen diesen Kampffronten Genossen und Organisationen, die Teil der MUP sind, einbezogen, jedoch findet noch kein organisiertes und einheitliches Vorgehen im Rahmen der MUP statt. Die Verabschiedung des Kampfprogramms läßt jedoch den Willen erkennen, eine gemeinsame Linie in diesen Kämpfen zu entwickeln.

Nur über diese Arbeit kann die MUP Boden zurückgewinnen, den sie in der Vergangenheit an Reformisten und Revisionisten verloren hat und neuen erobern.

Otelo zum Präsidenten gewählt – mehr als ein Symbol der Einheit

Otelo de Carvalho, der durch seine maßgebliche Rolle beim Sturz des Faschismus zu einer Symbolfigur des antifaschistischen und antikapitalistischen Kampfes im heutigen Portugal geworden ist, konnte am Kongreß selbst nicht teilnehmen, da er immer noch wegen „putschistischer Aktivitäten" unter militärischem Hausarrest steht und politische Aktivitäten nur nach Genehmigung durch den Generalstab entwickeln darf. Und der lehnte natürlich ein entsprechendes Gesuch ab!

Dennoch wurde er zum Präsidenten der MUP gewählt. Diese Wahl war keineswegs nur der Tribut an eine Symbolfigur, sondern wird der realen politischen Rolle voll gerecht, die Otelo in der MUP und im Kampf um die Einheit spielt.

So konnte z.B. die PCP(R)/UDP erst nach persönlicher Intervention Otelos zum Einlenken in der „Hegemonie"-Frage gezwungen werden. Seit der Existenz der GDUPs ist die Zusammenarbeit so unterschiedlicher Organisationen mit den Unabhängigen überhaupt nur durch die Integrationskraft Otelos möglich. Gerade in seiner überparteilichen Position liegt seine Möglichkeit zur Integration konkurrierender politischer Organisationen, von denen eine noch dazu überzeugt ist, d i e Partei der Arbeiterklasse zu sein.

Die Tatsache, daß die PRP zunächst die CNPUP und später auch noch den Kongreß insgesamt verlassen hat, darf nicht überbewertet werden. Die PRP hat in der Vergangenheit schon häufig eine provokatorische Rolle gespielt; dem Kongreß wollte sie ein Konzept des „unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Kampfes" aufzwingen. Als sie damit keinen Erfolg hatte, verließ sie die MUP.

Es ist darüberhinaus bekannt, daß die PRP gegenwärtig von heftigen inneren Auseinandersetzungen geschüttelt wird, und vieles deutet darauf hin, daß ihr Vorgehen auf dem Kongreß einer ihrer letzten Amokläufe sein könnte.

Besonders übel war ihr Vorgehen auf dem Kongreß, weil sie einen geachteten Antifaschisten, Luis Moita, der als Unabhängiger die Einheitsliste für die Nationale Kommission anführte, als Spitzel der Faschisten beschuldigten.

Luis Moita erklärte dazu, daß er mehrere Male durch die faschistische Geheimpolizei PIDE gefangengenommen worden sei und unter der Folter Angaben über Genossen seiner Widerstandsgruppe, darunter seine Geschwister, gemacht habe, die daraufhin ebenfalls verhaftet wurden.

Er erklärte, daß er darüber eine Selbstkritik geleistet habe, weil er seiner Schwäche nachgegeben habe, daß er jedoch kein Verräter sei, und schon gar kein Spitzel!

Als er daraufhin die Frage seiner Kandidatur zur Diskussion stellen wollte, stellten sich Vertreter aller politischen Strömungen (mit Ausnahme natürlich der PRP) voll hinter ihn und sprachen ihm aus der Erfahrung ihrer Zusammenarbeit unbedingtes Vertrauen aus.

Abgesehen von einigen Rotznäsigkeiten der PCP(R)-Vertreter, die erklärten, ein Arbeiter oder ein Landarbeiter würde natürlich nie vor der PIDE reden, einem Kleinbürger könne man dies jedoch nachsehen, war diese Auseinandersetzung ein großartiges Erlebnis revolutionärer Solidarität, das den Kongreß äußerst positiv beeinflußte.

Es ist allerdings traurig, daß die PCP(R)-Anbeter des Proletkults nicht die ihnen gebührende Antwort erhielten. Denn es ist ein Zeichen von grenzenloser Arroganz und Ignoranz, zu glauben, die Frage der physischen Folter sei mit ein paar Schnacks über die „Unbesiegbarkeit der Arbeiterklasse" zu erledigen. Diese Unbesiegbarkeit besteht eben nicht darin, daß jeder einzelne Angehörige der Arbeiterklasse „unbesiegbar" ist, sondern sie besteht in der historischen Rolle der Arbeiterklasse!

Daß diese Haltung der PCP(R) kommentarlos hingenommen wurde, zeigt, wie stark die Verankerung gewisser sektiererischer Positionen teilweise ist, bzw. wie defensiv der Kampf dagegen ist.

Am MES muß die Kritik geübt werden, daß er diese Fehler zwar in seiner eigenen Politik überwunden hat, im konkreten Falle jedoch vor der PCP(R)/UDP zurückweicht. Die ideologische Stärke des MES, die ihn dazu befähigte, die Politik der Volkseinheit zu initiieren, wird von den MES-Genossen nicht im nötigen Maße genutzt, um selbst aktiv in die Massenpolitik einzugreifen, so daß sein Einfluß verhältnismäßig gering bleibt.

Die Einheit muß erkämpft werden

Die Einheit muß erkämpft werden

Naturgemäß zeigte sich die PCP/(R)/UDP äußerst befriedigt von den Resultaten des Kongresses, was sich in einer triumphalistischen Berichterstattung in ihrer Presse niederschlug.

Tatsächlich setzte sie ihre Linie in den meisten Punkten durch. Am wertvollsten dürfte dabei für sie der Erfolg gewesen sein, durch ständige Absprachen insbesondere mit dem MES „hinter den Kulissen" die offene Auseinandersetzung um ihre eigenen durchaus widersprüchlichen Positionen verhindert zu haben. Dies erreichte sie insbesondere durch die bereits vor dem Kongreß erzielte Übereinkunft, die Auseinandersetzung über die Strategie und Taktik auf den zweiten Teil des Kongresses zu verschieben, der in sechs Monaten stattfinden soll.

Die PCP(R)/UDP-Redner ließen in ihrem gesamten Auftreten keinen Zweifel daran, daß sie die PCP(R) als „die Partei der Arbeiterklasse" zugleich als Leitung der MUP ansehen.

Insofern besteht zwischen der PCP(R)/UDP und allen übrigen Kräften der MUP ein unüberbrückbarer Widerspruch. Es ist unbezweifelbar, daß die Lösung dieses Widerspruchs die entscheidende Frage für die Zukunft der MUP ist. Niemand außer den Militanten der PCP(R)/UDP innerhalb der MUP ist bereit, die MUP lediglich auf die Rolle eines Wahlbündnisses und einer Front zu beschränken, die Mobilisierungskampagnen unter der Führung der PCP(R) durchführt. Andererseits ist es undenkbar, daß die PCP(R) auf ihre Rolle als selbsternannte Avantgarde verzichtet. Von daher ist sie – trotz ungleich gerissenerer Taktik – ebensowenig wie die „KPD/ML" oder der KBW in der Lage, wirklich in einer Massenbewegung mitzuarbeiten. Ihrer eigenen Logik gehorchend kann sie gar nicht anders handeln, als ständig zu versuchen, die MUP zu kontrollieren, und sie damit zu zerschlagen oder zu spalten, um sie immer weiter in den eigenen Sektierersumpf zu zerren.

Der Kampf um die Einheit innerhalb der MUP wie innerhalb der gesamten antifaschistischen Bewegung in Portugal kann daher nur als offener ideologischer Kampf gegen das Sektierertum der PCP(R) ebenso wie gegen den Revisionismus und Reformismus der PC und PS geführt werden.

In dieser Situation ist wieder einmal der MES zu kritisieren, der immer noch eine Politik der „Einheit um jeden Preis" betreibt und es unterlassen hat, die Widersprüche aufzudecken und offen zu diskutieren.

Zweifellos hätten mit einer derartigen Politik nicht die Kräfteverhältnisse auf

Fortsetzung auf Seite 29

dem Kongreß verändert werden können, jedoch hätte damit eine Diskussion in der gesamten Bewegung eingeleitet werden müssen, die die Voraussetzung dafür ist, daß die MUP die vor ihr stehenden Aufgaben erfüllen kann.

Die einzige Alternative

Obwohl der Kongreß in vielen Aspekten klar von der PCP(R)/UDP dominiert wurde, war er doch weit davon entfernt, die MUP als eine Massenfront der PCP(R) festzuschreiben.

Wenn sich die „Unorganisierten", d.h. diejenigen Aktivisten der MUP, die ausschließlich in den GDUPs organisiert sind, mit dem MES und der Base FUT in einer engen Zusammenarbeit gegen die Hegemoniebestrebungen der PCP(R) zur Wehr setzen, kann die MUP sehr wohl eine revolutionäre Alternative der Volkseinheit werden. Daß diese Alternative nicht ohne Kampf und nicht ohne Rückschläge zu schaffen ist, haben gerade die „Unabhängigen" auf diesem Kongreß erkannt. In einer Erklärung, die von 70 unabhängigen Delegierten verfaßt wurde, erklärten diese, daß trotz aller Kritik am Verlauf des Kongresses die MUP die einzige Alternative für alle wirklichen Antifaschisten und Antikapitalisten darstellt.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frankreich

Frankreichs Rechte formiert sich

Am 5. Dezember fand in Paris der Kongreß der UDR („Bund zur Verteidigung der Republik") statt, wo über die Gründung der neuen rechten Sammlungsbewegung namens RFR („Sammlung der Franzosen für die Republik") beschlossen wurde. Als Parteisymbol haben die Gaullisten unter ihrem neuen Namen das ursprünglich von de Gaulle selbst verwendete Lothringer Kreuz vor dem Hintergrund der französischen Landkarte gewählt.

Unmittelbares Ziel der RFR ist zunächst die Verhinderung eines Wahlsieges des Linksbündnisses, wozu sie die gesamte französische Rechte zusammenzufassen versuchen (die ehemalige UDR umfaßte selber schon 282.000 Mitglieder; allein im vergangenen November wurden laut UDR 8.000 Mitgliedschaftsanträge für die neue Bewegung eingereicht). Der ehemalige Premierminister Jaques Chirac ist dabei der Motor dieser Sammlungsbewegung. In einem Kommunique vom 3.12. erklärte er zu den Zielen des RFR:

„*Er wird allen denjenigen offenstehen, die für die Aufrechterhaltung unserer Institutionen, unserer Freiheiten und unseres Fortschritts eintreten. Diese große Sammlung wird sich ohne Vorurteile und Sektierertum konstituieren ... Auf diese Weise werden wir die Beschlagnahme unseres Landes durch die Anhänger des Kollektivismus* (das sog. „Linksbündnis") *verhindern. Mit allen denjenigen, die das gleiche Ideal haben, werden wir mit einem starken großzügigen und pazifistischen Frankreich eine Gesellschaft des Fortschritts und der Gerechtigkeit aufbauen, die un-eine Gesellschaft des Fortschritts und der Gerechtigkeit aufbauen, die unserer Vergangenheit und den Wünschen unserer Jugend gerecht wird.*"

Was Chirac damit konkret meint, kann man an dem faschistoiden Manifest sehen, das am 1. Dezember veröffentlicht wurde. Darin steht z.B. zur Frage der Hierarchie: „*Es ist gerecht, die Differenzen in der Kompetenz und im Arbeitseifer auf der Ebene des Lohnes anzuerkennen.*" Und zur Frage der Arbeit: „*Wir wollen das Verantwortungsbewußtsein insbesondere bei der Arbeit und die Notwendigkeit der Anstrengung wiederherstellen, die beide Hauptgaranten für das Wohlbefinden des Individuums und den Fortschritt der Nation sind.*" Zur Frage des „starken Staates" heißt es im Manifest: „*Wir brauchen einen Staat der fähig ist, den sozialen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, und der jedem Bürger die Sicherheit seiner Person und seines Besitzes garantiert.*" Ferner zur Frage der Familie: „*Wir betonen, daß die Familie mehr denn je der privilligierte Ort des Glücks ist, wo in der Kraft des Zusammenlebens sich die Werte der Begeisterung und der Generosität entfalten. Es ist die Pflicht des Staates, ihre materielle und geistige Gesundheit zu garantieren.*" Zur Frage der nationalen Unabhängigkeit: „*Wir brauchen eine nationale Unabhängigkeit auf der Grundlage einer Verteidigung, die als Basis die nukleare Abschreckung hat, und von einer hochgerüsteten Armee getragen wird, unter der alleinigen Kontrolle des Staates.*"

Chauvinismus und Hegemoniestreben der RFR-Kräfte zeigt sich auch voll bei der Begründung ihrer Ablehnung der Wahl eines europäischen Parlamentes (April 77): „*Die Tatsache, ein französischer Patriot zu sein, wird sofort suspekt und sogar sträflich sein. Wenn man uns dann sagen wird: ‚Geht zurück in die NATO', oder: ‚Stellt eure Politik auf die der USA ein', werden wir nicht mehr das Recht haben zu sagen: ‚Aber das liegt gar nicht in Frankreichs Interesse'. Da wird man darauf antworten: ‚Europa befiehlt!'. Und bei der Angst vor Deutschland wird man sagen: ‚Ihr Arbeitseifer hat sie zu den Reichsten gemacht, zu den Geldgebern Italiens und Englands'. Es wird ein Deutscher sein, der die Präsidentschaft des europäischen Parlaments tragen wird, z.B. Willy Brandt*" (alle Zitate nach „Liberation", 26.11.76).

Nicht die imperialistische Gemeinschaft, EG mit Europa-Parlament, wird kritisiert, sondern die zweite Geige, die Frankreich innerhalb dieser Gemeinschaft und nach der BRD hier bloß spielen kann .

Worauf zielt der RFR ab? Der RFR versucht unter demagogischer Anknüpfung an bestimmte Erfahrungen und Gefühle in der französischen Bevölkerung eine Massenbasis für eine Politik zu gewinnen, die darauf angelegt ist, die Zersplitterung der Rechten unter seiner Führung aufzuheben und dem französischen Imperialismus wieder eine stärkere Rolle in der EG zu verleihen.

Wie Strauß geht es auch Chirac nicht darum, die Vorteile einer engeren Zusammenarbeit der imperialistischen Staaten in Westeuropa abzuschlagen, sondern dem „eigenen" nationalen Kapital eine Führungsrolle in diesem Bündnis zu erobern.

Damit reicht die Bedeutung des RFR auch weit über das punktuelle Ziel hinaus, Chirac als kommenden Präsidenten aufzubauen. Die Gefährlichkeit dieser Formierungsbestrebungen zeigt sich auch daran, daß es dem RFR relativ schnell gelungen ist, ein sehr großes Potential sowohl aus dem Lager der Gaullisten als auch der extremen Rechten für seine Bestrebungen zu mobilisieren. Die faschistische PFN hat sofort nach Bekanntwerden dieses Projekts ihre volle Unterstützung zugesichert.

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

Räumung von Parisien Libere

Paris. Am 5. Dezember wurde die seit dem 3. März besetzte Druckerei des „Parisien Libere" von der französischen Bereitschaftspolizei CRS geräumt. Bereits am 1. Dezember war die Räumung von dem Besitzer des „Parisien Libere", dem Faschisten Amaury, gerichtlich erzwungen worden. Für jeden Tag des Verzugs sollten 5.000 Francs Geldstrafe bezahlt werden.

Es dauerte allerdings gut 3 Stunden bis die Bullen in die Druckerei konnten, trotz der wiederholten Aufrufe zur Besonnenheit (!) durch die CGT- Ordner. Danach fand eine spontane Demonstration von 3.000 Menschen statt, unter den Parolen der CGT- und PCF-Führung „Laßt uns verhandeln".

Am 6.12. wurde ein nationaler Zeitungsstreik durchgeführt. Es kam auch zu einigen Arbeitsniederlegungen bei der Bahn, in verschiedenen Industriebetrieben und bei den Elektrizitätsbetrieben.

Parallel dazu intensivierte die bürgerliche Justiz ihre Hatz auf fortschrittliche Drucker-Kollegen. Mehrere Drucker vom „Parisien Libere" sind wegen „Diebstahl" und „Materialbeschädigung" zu 6.000 Francs Geldstrafe, 6.000 Francs Sachentschädigung und einer Knaststrafe mit Bewährung verurteilt worden.

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt.

Neue Verhaftungswelle gegen fortschrittliche Soldaten

Frankreich. Der militärische Absicherungsdienst hat in der jüngsten Vergangenheit ca. 15 Soldaten aus Landauer Kasernen (Südpfalz) verhaftet. Das ist die Fortsetzung einer Verhaftungswelle, die in den letzten Wochen sowohl in Frankreich als auch in französischen Kasernen in der Bundesrepublik durchgeführt wurde.

Vor rund einem Jahr wurde auf Anordnung der französischen Regierung der Staatssicherheitshof beauftragt, Anklage gegen den „Demoralisierungsversuch der Armee" zu erheben. Die damals 60 Verhafteten mußten nach und nach wieder freigelassen werden. Währenddessen ist die Menschenjagd in den Kasernen verschärft worden. Zahlreiche Soldaten, die bloß des antimilitaristischen Gedankenguts verdächtig waren, wurden stundenlang verhört, Verbindungen zwischen den Soldaten wurden zu zerstören versucht (durch willkürliches Verschicken in andere Kasernen), usw. Ziel des militärischen Absicherungsdienstes ist das Aufspüren jeglicher antimilitaristischen Bewegung. Ergebnis dieser Wühlarbeit sind die neuen Verhaftungen.

In der französischen Kaserne in Landau sind aus dem 44. und 8. Regiment insgesamt 15 Soldaten verhaftet worden, wegen Verdächtigung der Mitarbeit bei der antimilitaristischen Zeitung „Les boeufs voient rouge". Die Verhaftungen sollen zu einem Zeitpunkt durchgeführt worden sein, wo die Koordinierung von drei Soldatenkomitees in Landau bevorstand, und diese Koordinierung noch auf ein weiteres Soldatenkomitee in Neustadt erweitert werden sollte. Die Zeitung „Les boeufs voient rouge" („Die Ochsen sehen rot") fordert u.a. vier Wochen Urlaub, die Beschränkung des Wochendienstes auf 40 Stunden, eine sofortige Erhöhung des Soldes auf 600 Francs, die Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte, das Recht auf Anklage gegen den Vorgesetzten und die Einberufung in eine Kaserne, die maximal 200 km vom Wohnort entfernt ist.

Weiter fordern sie den Rückzug der französischen Truppen aus der BRD, die Beendigung von Waffenverkäufen an diktatorische und kolonialistische Regimes und die Ablehnung jeder gemeinsamen Übung im Rahmen der Nato.

Im Oktober wurden in der Region um Rhone-Alpes ebenfalls Verhaftungen vorgenommen: gegen Soldaten, die verdächtigt wurden, in einem Komitee mitzuarbeiten, das von der CGT, CFDT und FFN (Lehrergewerkschaft) und CDJA (Gewerkschaft junger Landarbeiter) unterstützt wird, und die für die Schaffung einer Soldatengewerkschaft eintreten.

Im November fand ein Prozeß gegen den Universitätsprofessor Pierre Halbwachs (Herausgeber der Zeitung „lutte anti-militariste" – „antimilitaristischer Kampf") statt: wegen einer Karikatur, die einen besoffenen Offizier verhöhnte. Die gleiche Karikatur hat schon dem Wissenschaftler Monod 1.500 Francs gekostet. Beim Prozeß traten verschiedene französische Persönlichkeiten auf, wie Jean Daniel (Herausgeber der der PS nahestehenden Zeitung „Nouvel Observateur"), Montaron (Herausgeber der christlichen Zeitung „Temoignage chretien"), ein Verantwortlicher der CFDT usw. Der Prozeß ist erstmal vertagt worden.

Zum besseren Überblick geben wir noch eine Liste der jüngsten Verhaftungen:

In Landau (BRD):
- 8. Infanterie-Regiment: 1 Verhaftung,
- 44. Regiment: 7 Verhaftungen,
- 2. Artillerie-Regiment: 2 Verhaftungen,
- 411. BCS: 2 Verhaftungen;

In Neustadt (BRD):
- 611. CI: 1 Verhaftung,

In Karlsruhe (BRD):
- 135. Transport-Regiment: 2 Verhaftungen;

In Lure (Haute Saone, Frankreich):
- 1. Dragoner-Regiment: 4 Verhaftungen;

In Melun (Seine-et-Marne):
- 1. RAMA: mehrere Verhaftungen;

In Bourget du Lac (Savoie):
- BA 725: 3 Verhaftungen.

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

Portugal:

25. November – Die Reaktion feiert den Jahrestag ihres Putsches

Am 25. November, ein Jahr nach dem Rechtsputsch, feierte die Reaktion in ganz Portugal die Ausschaltung der militärischen Linken im vergangenen Jahr. In sämtlichen Kasernen und Garnisonen wurden Appelle und Paraden mit Ansprachen und Gelagen durchgeführt.

In besonders provokatorischer Weise führte der faschistische Oberbefehlshaber der Militärregion Nord, Brigadegeneral Pires Veloso, die „Feierlichkeiten" in Porto durch: Gegenüber dem militärischen Hauptquartier wurde eine Tribüne aufgebaut, an der die Militärparade vorbeiführte. An der Seite von Pires Veloso saß der erst vor drei Wochen „vorläufig" aus der Militärhaft entlassene „Sicherheits"-Polizeichef von Porto, Mota Freitas, der unter schwerstem Verdacht steht, Führer einer faschistischen Bombenlegerbande gewesen zu sein.

Die Lüge vom Linksputsch

Im November des vergangenen Jahres erlebte Portugal die bewegtesten Tage seit dem Sturz des Faschismus. Angesichts der für sie ständig schlechter werdenden Lage, entwickelte die militärische Rechte ein Putschkomplott nach dem anderen. Der US-Botschafter und CIA-Agentenführer Franco Carlucci befand sich in ständiger Konferenz mit den rechten und faschistischen Militärs.

In den Kasernen entwickelte sich unter diesem Druck eine gewaltige demokratische und antifaschistische Massenbewegung, die SUV – Soldados Unidos Vencerao (Ver-
– Soldados Unidos Vencerao (Vereint werden die Soldaten siegen). Fortschrittliche und revolutionäre Offiziere schlossen sich der Bewegung an.

Gleichzeitig erlebten die Klassenkämpfe einen bis dahin nicht gekannten Aufschwung. Die Streikbewegung erreichte ihren Höhepunkt, als Zehntausende von Bauarbeitern den Regierungspalast belagerten.

In dieser Situation leistete sich die Regierung Azevedo eine ungeheuerliche Provokation, indem sie sich unfähig erklärte, weiter zu regieren und ihre Tätigkeit einstellte.

Das war das Signal für den Militärputsch. Als die Fallschirmjäger von Tancos ihre Kaserne besetzten, um den Rücktritt des faschistischen Oberbefehlshabers der Luftwaffe, Morais e Silva, zu erzwingen, benutzte die militärische Rechte dies als Vorwand, ihren lange geplanten Putsch durchzuführen, den sie demagogisch als Gegenaktion gegen den „Linksputsch" der Fallschirmjäger ausgab.

In der Folge „säuberte" die Rechte die gesamte Armee von linken und demokratischen Kräften und sorgte dafür, daß sämtliche Faschisten, die nach dem 25. April ihre Posten verloren hatten, nicht nur diese wiedererhielten, sondern praktisch alle Kommandostellen besetzten.

Ein Jahr danach – die Repression wird fortgesetzt

Das unmittelbare Ziel des Putsches bestand für die Bourgeoisie darin, wieder volle Kontrolle über den Unterdrückungsapparat zu bekommen. Dieses Ziel wurde erreicht. Mit der Verhaftung von mehr als 150 fortschrittlichen Offizieren, darunter Otelo, und der Entlassung der meisten wehrpflichtigen Soldaten, die die demokratische Opposition innerhalb der Streitkräfte gebildet hatten, hatte die Bourgeoisie ihren Apparat wieder fest in der Hand.

In der Folge wurden Zug um Zug sämtliche inhaftierten Faschisten wieder „vorläufig" auf freien Fuß gesetzt, darunter die Angehörigen der faschistischen Folterpolizei PIDE! Inzwischen werden bereits Militär und paramilitärische Polizei gegen die von den Landarbeitern besetzten Kooperativen eingesetzt – wenn die Besetzung nicht ausdrücklich von der Regierung „anerkannt" wurde. Dies ist nur ein erster Schritt – das Ziel ist die Rücknahme aller besetzten Ländereien und Fabriken.

Die Terroristen im Staatsapparat

Ein wichtiges Mittel der portugiesischen Reaktion, die Bombenattentate auf fortschrittliche Personen und Einrichtungen, wurden bereits lange vor dem 25. November eingeführt, jedoch danach keineswegs aufgegeben.

Als durch ein Ereignis, das eher als Panne im Polizeiapparat begriffen werden muß, vor wenigen Monaten eine solche Terrorbande im Norden ausgehoben wurde, war bewiesen, was ohnehin sonnenklar war: Die Hintermänner des Bombenterrors sind bekannte Kapitalisten, Militärs und u.a. der Kommandant der Polizei, Major Mota Freitas. Es ist bezeichnend für das heutige politische Klima in Portugal, daß Otelo de Carvalho, Präsident der MUP, seit dem 25. November 1975 dreimal verhaftet wurde, während der Terrorist Mota Freitas nach wenigen Wochen „Untersuchungshaft" wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Sein Gönner, Pires Veloso, gab den Feierlichkeiten zum 25. November das „rechte" Gepräge, als er Mota Freitas neben sich auf die Ehrentribüne setzte. Vor der Presse erklärte er dreist: „Es hat Zweifel darüber gegeben, wer Mota Freitas auf die Ehrentribüne geholt hat. Ich verlange daß geschrieben wird, das hat General Pires Veloso getan, denn der General Pires Veloso läßt die Menschen in schwierigen Situationen nicht im Stich, besonders, wenn es sich um Freunde handelt, die größte Hochachtung verdienen!". Diese Provokation krönte er noch mit der unverhüllten Drohung gegen die gesamte demokratische Presse: „Ein zweiter Punkt: Alle Zeitungen, die
zweiter Punkt: Alle Zeitungen, die lügen, müssen sofort, wenn sie aus der Redaktion kommen, verbrannt werden ...".

Diese Aufforderung zum Pogrom, die jedem faschistischen Demagogen zur Ehre gereicht, wurde von den Terroristen sofort so verstanden, wie sie gemeint war: Eine neue Welle von Bombenattentaten durchzieht gegenwärtig das Land.

Um nur einige Beispiele zu nennen:
- 3. Dezember: Bombenanschlag auf ein Tanklager in Lissabon;
- 5. Dezember: Bombenanschlag auf die Vorortbahnlinien nach Estoril und Sintra, die von zigtausenden von Werktätigen benutzt werden. Ein Zug kann gerade noch halten.
- 5. Dezember: Ein elfjähriges Kind wird in einem Arbeiterviertel durch einen herumliegenden Sprengkörper lebensgefährlich verletzt.
- 8. Dezember: Ganz Lissabon hat kein Wasser, weil die Hauptleitung gesprengt wurde.

Erst vor wenigen Tagen wurden Bombenanschläge auf Wohnung und Auto des zurückgetretenen Agrarministers Lopes Cardoso verübt, der zum linken Flügel der PS zählt. Die Reihe ließe sich noch lange fortsetzen ...

Wieder kämpfen, um wieder zu siegen

Mit dem 25. November gelang es der Bourgeoisie, wieder das Heft in die Hand zu bekommen, wieder in die Offensive zu gehen.

Dennoch ist sie weit entfernt von jener „Stabilität", die eine Garantie für ihre Herrschaft darstellt. Zwar hat sie einen gigantischen Propagandafeldzug durchgeführt, um die jüngste Geschichte Portugals umzulügen und zu fälschen.

Es ist ihr aber weder gelungen, das großartige Erlebnis der Selbstbestimmung und der direkten Demokratie in den Volksmachtorganen bei den Massen in Vergessenheit geraten zu lassen, noch hat sie es geschafft, die Kämpfe um bessere Lebensbedingungen und gegen Unterdrückung zu beenden.

Dieser Situation einer immer noch kämpferischen Massenbewegung entsprechen die permanenten Drohungen der militärischen und zivilen Faschisten mit einem zweiten Putsch. Der Kampf ist in Portugal noch lange nicht entschieden.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Griechenland

Brisantes Nachspiel im Fall Pohle

Griechenland. Der Fall Pohle hat jetzt erneut, zwei Monate nach seiner Auslieferung an die Bundesrepublik, zu „schweren politischen Auseinandersetzungen in Griechenland" geführt („Tagesspiegel", 4.12.76).

Anlaß dafür war die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die drei Richter des Berufungsgerichts Athen, die am 20. August in erster Instanz gegen die Auslieferung Pohles an die BRD entschieden hatten und gegen einen Richter des Areopag (höchstes Gericht), der in zweiter Instanz gegen die Auslieferung stimmte.

Initiiert wurde dies Verfahren vom Staatsanwalt des Areopag (Oberster Staatsanwalt), Blẽtsas, der beileibe in diesen Fragen kein unbeschriebenes Blatt mehr ist. So deckten Athener Tageszeitungen auf, daß Blẽtsas nach dem Sturz des Faschismus die Forderung aufstellte, daß die Richter, die von der faschistischen Junta entlassen worden waren, jetzt auch nicht wieder eingestellt werden dürften, weil er und seine Kollegen mit ihnen nicht zusammengrundarbeiten könnten!

Blẽtsas hat bereits früher Disziplinarverfahren gegen fortschrittliche Richter eingeleitet. Auch in diesem Fall handelt es sich um bekannte fortschrittliche Richter aus der Widerstandsbewegung. Einer von ihnen, Sardzetãkjis, deckte Anfang der 60-er Jahre als Untersuchungsrichter die Hintergründe im Fall Lambrãkjis auf (dieser Fall wird in dem bekannten Film „Z" behandelt). Gegen den Berufungsrichter Alexõpoulos läuft außer im Fall Pohle noch ein Verfahren wegen der Ereignisse vom 25. Mai 1976 (Straßenkämpfe in Athen). Er hatte den Prozeß gegen die Angeklagten des 25. Mai vertagt und ihnen damit Gelegenheit gegeben, ihre Verteidigung wirksamer aufzubauen.

Die Regierung spielt mit dem Feuer

Diese Provokation von Blẽtsas war zweifellos mit der Regierung abgesprochen. Justizminister Stefanãkjis deckte Blẽtsas anfangs mit der Begründung, *„die Einleitung eines Disziplinarverfahrens sei das gute Recht des Staatsanwalts. Das Parlament und die Öffentlichkeit hätten kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten der Justiz einzumischen"* („Eleftherotipía", 7.12.).

Außerdem habe sich Blẽtsas während der sieben Jahre (des Faschismus) als *„ein ausgezeichneter Beamter erwiesen"* – für wen wohl? („Eleftherotipía", 7.12.).

Während der nächsten Parlamentsdebatten mußte sich Stefanãkis dann von Blẽtsas distanzieren. Inzwischen soll er sich gar für eine „Amnestie" aller Richter ausgesprochen haben (lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 10.12.76). Denn in der griechischen Öffentlichkeit brach ein Proteststurm los, der schließlich auch den ersten Sieg der Oppositionsparteien, die ziemlich geschlossen und koordiniert auftraten, in der Geschichte dieses Parlaments ermöglichte.

Vor allem demokratische Richter und Rechtsanwälte, aber auch einige Staatsanwälte und die gesamte bürgerlich-demokratische Presse wandten sich heftig gegen den „Justizskandal". Viele demokratische Rechtsanwälte-Vereinigungen, Dozenten und Professoren der juristischen Fakultät und Vorstände der „Standesorganisationen" der Rechtsanwälte schickten Protestresolutionen an die Regierung, gaben entsprechende Presseerklärungen ab oder verfaßten sogar ausführliche juristische und verfassungsrechtliche Kommentare für die Presse.

Evãngjelos Jannõpoulos, der Verteidiger Pohles, vor einem Monat wiedergewählter Präsident des „Rechtsanwältevereins Athen", der wichtigsten Berufsorganisation der griechischen Rechtsanwälte, rief für den 12.12.76 eine außerordentliche Vollversammlung ein.

Den Gnadenstoß versetzte dem Disziplinarverfahren am 4.12. der Verwaltungsrat (oberstes Organ) der „Vereinigung griechischer Richter und Staatsanwälte", der die Handlung von Blẽtsas ausdrücklich mißbilligte. (Die Durchführung des Disziplinarverfahrens obliegt den Richtern, der Oberstaatsanwalt leitet die Sache nur ein.)

In der Parlamentsdebatte verurteilte Mavros (Vorsitzender der sozialliberalen Zentrumsunion) noch einmal die Auslieferung Pohles. Mavros meinte weiter: *„Karamanlis habe bereits 1975 die Unabhängigkeit der Justiz abgeschafft, und zwar durch die Umwandlung des Todesurteils gegen den Diktator Papadopoulos und dessen Gefährten in eine Freiheitsstrafe. Mit diesem Akt des Regierungschefs sei jeder Sinn für Legalität abhanden gekommen"* („FAZ", 8.12. und „Eleftherotipía", 7.12.)! Wenn selbst der liberale Herr Mavros solche Töne von sich gibt, kann man sich die große Empörung der griechischen Öffentlichkeit leicht vorstellen. Die Regierung Karamanlis ist mit ihrem Versuchsballon Bletsas kläglich gescheitert.

Griechenland/Türkei-Kommission

Erneute Landbesetzung in Karla

Griechenland. Zum zweiten Mal in diesem Jahr haben landlose Bauern des Gebietes um Kãrla (Region Lãrisa, Thessalien) Land von Großgrundbesitzern besetzt und zu pflügen begonnen. Damit hat die Bewegung der landlosen Bauern (aktímoes) in Griechenland einen weiteren Aufschwung genommen, wobei die Aktionen auch etwas breiter und militanter geworden sind.

Außer in Kãrla hatten im Sommer die Bewohner des Dorfes Metallikõ bei Kjilkjís – allesamt aktímones – mit der Bearbeitung der brachliegenden Felder eines zerstückelten Großgrundbesitzes begonnen, dessen jetzige Besitzer das Land geerbt haben und, über ganz Griechenland verstreut, dort keinen Handschlag tun.

Währenddessen wächst das soziale Elend der Landlosen, die eine der ärmsten und am meisten ausgebeuteten Schichten des griechischen Volkes sind. Insgesamt verschlechtert sich – besonders seit den letzten Jahren des Faschismus – die Lage der Landbevölkerung ins Unerträgliche aufgrund der gnadenlosen Kreditpolitik der staatlichen Landwirtschaftsbank und der skrupellosen „Preisgestaltung" durch die zahllosen Zwischenhändler. Schon öfters fanden deshalb Bauernstreiks und Protestdemonstrationen mit Tausenden von Traktoren in den jeweiligen Hauptstädten statt.

Bei Metallikõ kam es zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, die die Aussaat verhindern wollte. Ca. ein Dutzend der Militanten wurde verhaftet und vor Gericht gezerrt. Im November sprach das Berufungsgericht Kjilkjís aufgrund einer breiten Solidaritätsbewegung alle von der Anklage der „Selbstjustiz" frei, und nur drei bekamen schließlich bis zu vier Monaten Knast aufgebrummt, weil sie mit den Bullen ins Handgemenge geraten waren. Sie konnten sich mit dem üblichen Satz freikaufen.

Nachdem es in Kãrla zu handfesten Auseinandersetzungen zwischen Landbesetzern und Großgrundbesitzern und ihren Privatbullen gekommen war, rückten am Morgen des 6.12.76 starke Verbände der Gendarmerie mit „ãvres" (Tränengaspanzerfahrzeuge) und Spezialeinheiten an. Sie mußten sich auf die Umzingelung des Gebietes beschränken, da die Bewohner mit ihren Traktoren und anderen Fahrzeugen sämtliche Zufahrtswege abgesperrt hatten. Vor allem Frauen legten sich auf die Straßenkreuzungen, so daß die Bullen nur über ihre Leichen hätten vorrücken können.

Die Gendarmerie versuchte, mit Bulldozern und anderen schweren Maschinen für die Bullenfahrzeuge andere Zufahrtswege zu bauen, bisher allerdings ohne Erfolg.

Inzwischen haben sich im Dorf Kãrla landlose Bauern aus 20 Dörfern der Umgebung versammelt, verteidigen das Dorf gegen die Bullen und verlangen, daß der Landwirtschaftminister persönlich sich die Situation betrachten soll, die die Großgrundbesitzer schaffen, indem sie sich weigern, auch nur ein Stück Land rauszurücken.

Der herangekarrte Gouverneur, der die Bauern mit einer Rede „beruhigen" wollte, wurde niedergebrüllt. Die Bullen verhafteten im Laufe der Auseinandersetzungen 15 Bewohner des Dorfes Kalamãkji, die weiterhin festgehalten werden. Aufgrund der katastrophalen Lage der Bauern spricht vieles dafür, daß sich die Kämpfe in Zukunft noch ausweiten werden – insbesondere, wenn Griechenland voll in die EG integriert werden sollte.

Griechenland/Türkei-Kommission

Türkei

10.000 Tote

Die Verantwortung trägt die menschenfeindliche Politik des Imperialismus

Das schwere Erdbeben in der Osttürkei am 24.11.76 hat bis jetzt 10.000 Tote gefordert. Über 200 Dörfer und Kleinstädte wurden zerstört. Im Zentrum des Bebens liegt die Stadt Muradiye, wo allein mehr als 2.000 der 6.100 Einwohner getötet und 95% der Häuser zerstört worden sind. In einem weiteren Dorf haben von 70 Familien nur zwei Menschen das Beben überlebt. 170 bis 200.000 Menschen verloren ihre Wohnungen. Durch die Zerstörung fast aller Gebäude sind auch 500.000 Stück Vieh betroffen, die Lebensgrundlage der Bauern.

Tausende von Menschen sind nach dem Erdbeben erfroren, weil erst Tage nach dem Beben Rettungsmannschaften in das betroffene Gebiet gelangten. Allein diese Tatsache wirft ein Schlaglicht auf die menschenverachtende Haltung der türkischen Regierung: Die betroffene Region, die Osttürkei, ist schon immer ein Erdbebenzentrum gewesen, aber es gibt bis heute daflir keine Alarm- oder Katastrophenpläne.



Erdbeben„gewöhnte" Region. Erst nach einigen Tagen erschien der erste Hubschrauber im Erdbebengebiet.

Zur Situation in der Osttürkei

Die Osttürkei gehört seit Jahrhunderten zu den ärmsten und unterentwickeltsten Regionen der Türkei und die Bevölkerung dieses Gebietes gehört überwiegend kurdischen Volksstämmen an, deren Befreiungskampf schon seit Atatürk's Zeiten von den Herrschenden brutal unterdrückt und totgeschwiegen wurde.

Die Osttürkei wird bis heute künstlich unterentwickelt gehalten. Die Analphabetenrate beträgt dort ca. 60%, über 70% der dort lebenden Menschen sprechen nicht einmal die türkische Sprache. Die faschistische Regierung weigerte sich bislang, trotz Proteste der osttürkischen Bevölkerung, finanzielle Mittel zur Hebung des Bildungsstandes in dieser Region zur Verfügung zu stellen. Türkische Schulen und Lehrer sind dort Seltenheiten. An der Tatsache, daß die kurdische Sprache und deren Verbreitung zwecks Unterdrückung des kurdischen Widerstandes von den Faschisten verboten wurde, gleichzeitig aber kaum türkische Bildungseinrichtungen bestehen, wird die miese Lage der Osttürken noch besonders deutlich.

Ebenso ist aufgrund der geringen Industrialisierung dieses Gebietes die Infrastruktur (Straßenbau etc.) nur sehr schlecht entwickelt. Die Behörden halten es nicht für nötig, Zufahrtswege oder Verbindungen zu den einzelnen Dörfern zu bauen, weil für die Herrschenden die Osttürken nur ein billiges Potential für den „Arbeitskräfteexport" in fremde Länder oder andere türkische Gebiete darstellen. Eine unmenschliche Folge dieser Tatsache ist zum Beispiel, daß während des Erdbebens viele Dorfbewohner auf offener Straße oder unter den Trümmern erfroren sind, weil keine Straßen für die Rettungsfahrzeuge vorhanden waren, um den Menschen Decken, Zelte oder ärztliche Hilfe zu bringen. Und das, obwohl die Osttürkei erwiesenermaßen zu den am meisten erdbebengefährdeten Gebieten der Welt gehört.

Elektrizität, Telefon, Post oder gar automatische Erdbebenfrühwarnsysteme sind in den ländlichen Regionen praktisch unbekannt. Jeder Winter wird dort zur „Naturkatastrophe"! Die Regierenden in der Türkei, die dies wissen, haben – abgesehen von belanglosen Wahlversprechen – kein Interesse, daran auch nur das Geringste zu ändern. Die Häuser auf den Dörfern zum Beispiel werden dort heutzutage immer noch so gebaut, wie vor Hunderten von Jahren: Man legt große Steine aufeinander und schmiert, um dem ganzen etwas Halt zu verleihen, Tiermist oder Lehm in die Fugen. Diese Bauweise ist mit ein Grund für die hohe Zahl der Opfer: Viele Menschen wurden in ihren Wohnungen vom Erdbeben überrascht und von den in Sekundenschnelle zusammenbrechenden Häusern unter den lockeren Steinmassen begraben. So kamen z.B. im Jahre 1939 bei einem Erdbeben in der Stadt Erzincan ca. 40.000 Menschen ums Leben. 1966 waren es in Varto ca. 3.000 Menschen. Versprochen wurden danach der Bau von festen Häusern, Kredite zu niedrigen Zinsen etc. Im Häuserbau ist alles beim Alten geblieben und die Kredite konnte aufgrund der großen Armut niemand in Anspruch nehmen – die Bauern könnten sie nicht zurückzahlen!

Schon aus diesen wenigen Beispielen läßt sich ablesen, daß die Verantwortlichen für die Toten in der Osttürkei auf den türkischen Minister- und Bürokratensesseln zu suchen sind. Naturereignisse kann der Mensch noch nicht beeinflussen, aber er kann Vorsorge treffen. Und eben das wird von den türkischen Faschisten bewußt nicht getan.

Hilfsgüter lösen sich in Nichts auf!

In den Tagen und Wochen nach dem Erdbeben konnte man in verschiedenen westdeutschen Zeitungen und anderen Massenmedien lange Aufrufe zu Spendenaktionen und zur Entsendung von Hilfsgütern in die betroffenen Gebiete hören und lesen. Ständig wurde darüber berichtet, wie schwierig es doch für die türkischen Soldaten sei, an die zerstörten Dörfer heranzukommen und Hilfe zu leisten. Man hatte den Eindruck, daß die türkischen Stellen sich vor Hilfsbereitschaft glatt überschlagen würden.

Tatsache ist jedoch,

- daß von der türkischen Regierung erst drei Tage nach dem Erdbeben größere Truppenkontingente zur Hilfeleistung ins Erdbebengebiet entsandt wurden;
- daß während dieser Zeit zur Bergung von Verschütteten und Verletzten im ganzen Gebiet nur ein (!) Traktor zur Verfügung stand;
- daß sich international gespendete Hilfsgüter, wie Wolldecken, Zelte, Lebensmittel, Medikamente usw. auf dem Flughafen Van bereits in Massen stapeln, von dort aber nicht weitertransportiert werden;
- daß mehrere Lufttransporte mit Hilfsgütern bereits von Van wieder



Erdbebenopfer imperialistischer Menschenfeindlichkeit

Forts. von S. 30

in weiter entfernt liegende, größere Städte umgeleitet wurden, weil auf diesem Flughafen die Lagerkapazitäten nicht mehr ausreichen;
- daß das Geld, welches von vielen Menschen auch in der BRD auf das regierungsoffizielle Spendenkonto überwiesen wurde, von der türkischen Regierung zum großen Teil zur Sanierung der Staatsfinanzen benutzt wird und die eigentlichen Adressaten überhaupt nicht erreicht;
- daß 120 der gespendeten Zelte vom türkischen Militär einkassiert wurden und in den Kasernen landeten, anstatt in die zerstörten Dörfer gebracht zu werden;
- und daß zu guter letzt fünf Lastwagen mit Hilfsgütern, die im Erdbebengebiet unterwegs waren, sich urplötzlich in Luft auflösten. Weder von den Lastwagen noch von deren Ladungen ward bisher je wieder etwas gesehen.

(Alle diese Informationen entstammen Meldungen der türkischen WDR-Redaktion in Köln. Man kann sich ausmalen, daß die wirklichen Zustände im Erdbebengebiet noch sehr viel schlimmer sind, als hier skizziert.)

Übung für die NATO

Ähnlich wie beim Erdbeben in Italien wurde die Katatrophe in der Türkei für eine generalstabsmäßige Übung der NATO ausgenutzt.

Die verschiedenen militärischen Aktionen wurden vom NATO-Stab in Brüssel koordiniert. Beteiligt waren u.a. die US-Luftwaffe und die Bundeswehr. Diesmal wurde eine ganze Sanitätskompanie mit zwei beweglichen Feldlazaretten in die Türkei geflogen. Bis heute liegen die Sachen noch unausgepackt auf dem Flugplatz rum, weil die türkischen Behörden angeblich nicht wissen, wo die Stationen aufgebaut werden sollen. So entpuppte sich die bisher angeblich größte Hilfsaktion der Bundeswehr als Übung zur Verlegung größerer Truppenverbände.

Katastrophen sind für die Imperialisten willkommene Anlässe zur Erprobung ihrer militärischen Pläne für ihre Kriegsvorbereitungen.

Erdbeben und andere Naturkatastrophen sind nicht zu verhindern. Aber die erschreckend hohe Zahl der Toten ist auf die Politik des Imperialismus zurückzuführen, der zwar scheinbare Hilfe leistet, aber der kein Interesse daran hat, die elenden Lebensverhältnisse der dort lebenden Menschen, die ein Vielfaches an Opfern erzeugen, grundlegend zu verändern.

Die Folgen dieser Erdbeben sind nicht durch imperialistische Hilfe, von der noch ein Teil in den Händen der korrupten einheimischen Behörden bleibt, zu beheben, sondern indem die Verzweiflung der betroffenen Menschen umschlägt in Haß, der die Triebfeder im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus ist.

Ein türkischer Sympathisant und ein Genosse aus Wedel und Griechenland/Türkei-Kommission

Faschistischer Terror geht weiter

Türkei: Der faschistische Terror an den Hochschulen geht weiter und dehnt sich vor allem an den Gymnasien aus.

An der Uni Istanbul haben sich die Faschisten eine neue Methode ausgedacht, um Jagd auf fortschrittliche Studenten zu machen: Wenn ein Student mit der fortschrittlichen Tageszeitung „Cumhuriyet" unter dem Arm sich der Uni nähert, schikken die Faschisten ihm ein Kind entgegen, das ihm die Zeitung wegreißt und vor seinen Augen in Stücke reißt. Der Student wird sauer und schimpft das Kind aus. Die Faschisten, die solange in der Nähe lauern, pöbeln ihn an, was er denn von dem Kind will und schlagen ihn zusammen.

In Turgutlu kamen mehrere fortschrittliche Studenten und Schüler nachts die Straße entlang und gerieten in eine Falle der Faschisten. Die „Grauen Wölfe" griffen mit Steinen, Stangen und Pistolen an und ermordeten die beiden Studenten Recep und Sirvan.

Am Gymnasium von Malatiya verlangten Faschisten von einer Schülerin und einem Schüler, daß sie die Nachbildung eines grauen Wolfes anbeten sollten. Als die beiden Schüler sich weigerten, wurden sie von den Faschisten erschossen.

Am Gymnasium von Ceyhan streikten die Schüler gegen die Entlassung fortschrittlicher Lehrer und gegen Lehrermangel. Sie führten eine Demonstration durch, auf der sie neben ihren konkreten Forderungen auch die Losung „für eine unabhängige Türkei" mitführten. Ein Kommando der „Grauen Wölfe" lauerte den Schülern am Endpunkt der Demonstration auf und schoß in die Menge. Zwei Schüler wurden ermordet und viele verletzt.

Griechenland/Türkei-Kommission

Linke chilenische Sänger ausgewiesen

Türkei: Auf Einladung der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) wären die linken chilenischen Sänger Patrico Castillo, Angelo und Isabel Parr zu einer Veranstaltungsreihe in die Türkei gekommen. Diese Solidaritätsaktion mit den vom Faschismus in Chile verfolgten Menschen war der türkischen Regierung ein Dorn im Auge. Zu schnell kann durch diese Solidaritätskampagne deutlich werden, daß auch in der Türkei faschistischer Terror und Folter in den Polizeiquartieren an der Tagesordnung sind.

Nach zwei Auftritten in Izmir und Adana wurden die drei Sänger auf dem Flugplatz sofort von der Polizei in Empfang genommen und ins Ausland abgeschoben. Die Lüge, sie hätten keine Visa und keine Arbeitserlaubnis (was überhaupt nicht nötig ist), kann nicht verdecken, daß sich die türkische Reaktion anschickt, in die Fußstapfen Pinochets zu treten („Cumhuriyet").

Griechenland/Türkei-Kommission

Zu Tode gefoltert

Türkei: In Diyarbakir wurde ein junger Antifaschist, Ismail Gohkan, von Polizisten zu Tode gefoltert. Festgenommen wurde er, als man bei ihm eine Erklärung der verbotenen „Volksbefreiungsarmee" gefunden hatte. Obwohl vom Spitalarzt bestätigt wird, daß Gohkan blutüberströmt aus dem Polizeihauptquartier ins Spital eingeliefert sei, halten Folterknechte daran fest, daß Gohkan Selbstmord begangen haben soll, da er keine Gesinnungsgenossen verraten wollte.

Die verantwortlichen Mörder bleiben ungestraft und werden das nur als Ermutigung ansehen, ihr grausames Geschäft weiterzuführen („Neue Zürcher Zeitung", 1.12.76).

(Eine detaillierte Auflistung des täglichen Terrors in der Türkei, der von den faschistischen Kommandos gegen die fortschrittliche Bewegung praktiziert wird, befindet sich im „Informationsdienst" Nr. 154, S.23 - 26).

Griechenland/Türkei-Kommission

Solidaritätsaktion zum Erdbeben in der Türkei

Wedel: Am 27.11. führte eine Gruppe türkischer Studenten in der Einkaufsstraße von Wedel eine Informationsaktion zum Erdbeben in der Türkei durch. In einem auf türkisch und deutsch verteilten Flugblatt wurde auf die Situation in der Osttürkei und auf die hohe Zahl der Erdbebenopfer näher eingegangen. Es wurde klargestellt, daß es die türkische Regierung ist, die im Endeffekt die Verantwortung für die Tausenden von Toten in den letzten Wochen trägt. Im türkischen Teil des Flugblattes wurde zusätzlich die vor allem in reaktionären türkischen Tageszeitungen oft gebrachte Lüge widerlegt, daß das Erdbeben und die Opfer „gottgegeben" seien. Beim Verteilen des Flugblattes ergaben sich viele fruchtbare Diskussionen mit deutschen und türkischen Kollegen, die genaueres wissen wollten. Auch auf diese Diskussionen ist es zurückzuführen, daß sich am Ende der Vormittagsaktion in einer am Tisch aufgestellten Spendendose über 400 DM befanden – ein Ergebnis, daß sich sehen lassen kann.

KB/Ortszelle Wedel

Die türkischen Behörden bereichern sich an der Erdbebenhilfe

Nach Redaktionsschluß trafen bei uns noch mehrere türkische Zeitun-
liyet"). Ebenfalls „verschwunden" ist ein Konvoi mit zwölf LKWs, die
Pinochets zu treten („Cumhuriyet").
Griechenland/Türkei-Kommission
Griechenland/Türkei-Kommission
hen lassen kann.
KB/Ortszelle Wedel

Nach Redaktionsschluß trafen bei uns noch mehrere türkische Zeitungen ein, die über die Erdbebenhilfe in der Osttürkei berichten. In diesen Berichten wird z.B. entlarvt, daß der staatliche Rundfunk, gestützt auf Angaben der Regierung der „Nationalistischen Front", schon fünf Stunden nach dem Erdbeben zu berichten wußte, daß allen Betroffenen geholfen sei und diese gut versorgt würden (nach „Cumhuriyet"). Tatsache ist aber, daß die Erdbebenregion zum militärischen Sperrgebiet erklärt wurde und das Militär erst am dritten Tag nach dem ersten Beben mit der Bergung der Verschütteten begann! Die Regierung versuchte sich damit rauszureden, daß die eingesetzten Helfer wegen der verschneiten Straßen nicht an die Dörfer herankommen könnten. Seltsamerweise sendete das amerikanische Militärfernsehen bereits am ersten Tag des Bebens Berichte direkt vom Ort des Geschehens, d.h. es hätte sehr wohl Möglichkeiten für rasche Hilfeleistungen gegeben. Stattdessen bildete die Regierung eine „Kommission", die aus dem Minister für Bauwesen, dem Militärgouverneur des betroffenen Gebietes und dem Bürgermeister von Muradiye bestand und es wurde in der Provinzhauptstadt der Erdbebenregion, in Lice, ein Zentrallager für alle eintreffenden Hilfsgüter eingerichtet.

In einer Protesterklärung der Ingenieur- und Architektenkammer heißt es, daß *„am fünften Tag die Hilfsgüter immer noch nicht bei den Betroffenen angekommen sind."* Als der Bürgermeister von Muradiye am 30.11. auf einer Pressekonferenz dagegen protestierte, daß *„eine Woche nach dem Beben erst zwei Prozent (!) der Bevölkerung von Muradiye Hilfsgüter erhalten haben"*, wurden die Hilfsaktionen nicht etwa beschleunigt, sondern der Bürgermeister wurde aus der Regierungskommission ausgeschlossen. Inzwischen hat der Bürgermeister ein eigenes Komitee der Bewohner von Muradiye gegründet.

Hilfsgüter verschwinden in dunkle Kanäle

Als Journalisten die Verwalter des Zentrallagers befragten, warum die Hilfsgüter nicht an die Tausenden von Obdachlosen verteilt würden, bekamen sie zur Antwort: *„Wir sammeln hier erstmal alles. Außerdem wissen wir selbst, wer die Betroffenen sind."* Was damit gemeint war, zeigt sich z.B. daran, daß die Polarzelte, die zum Schutz der Obdachlosen vor der großen Kälte geschickt worden waren, kurzerhand vom Militär einkassiert wurden („Cumhuriyet", 2.12.76).

Von den 60.000 Decken, die in der ersten Dezemberwoche eintrafen, sind erst 4.500 ausgegeben worden. Der Rest liegt im Zentrallager oder ist nicht mehr auffindbar („Milliyet"). Ebenfalls „verschwunden" ist ein Konvoi mit zwölf LKWs, die mit Hilfsgütern beladen waren.

Nachdem in mehreren liberalen Tageszeitungen Berichte und Proteste gegen die Bereicherung der Behörden erschienen, wurden die Vorfälle als „Pannen" und „Ausnahmen, die immer mal vorkommen" bezeichnet.

Tatsache ist aber, daß die Regierung der „Nationalistischen Front" und entsprechend auch die türkische Botschaft in Bonn das Ausland gebeten hat, „möglichst nur Geldspenden zu schicken". Die aus dem Ausland eingetroffenen Gelder haben bereits die Milliardengrenze erreicht. In verschiedenen Städten der Türkei sind von behördlich eingerichteten Komitees täglich bis zu 25.000 DM gesammelt worden. Diese Gelder werden von der Regierungskommission „verwaltet". Die Opfer des Erdbebens haben von diesen Geldern bisher noch nichts gesehen. Die türkische Regierung ist aufgrund einer seit Jahren andauernden Wirtschaftskrise beim Ausland hoch verschuldet. Man wird abwarten müssen, ob sich der Schuldenberg nach diesen Hilfsaktionen „erfreulich" verringert.

Als aufgrund dieser Schweinereien örtliche Komitees und Berufsverbände dazu übergingen, die gesammelten Geldbeträge direkt an die betroffenen Gebiete zu bringen, wurden die Spenden teilweise von Militär und Gendamerie beschlagnahmt („Cumhuriyet")!

Die Opfer werden auch noch ausgeplündert

In der Osttürkei lebt die hauptsächlich kurdische Bevölkerung vorwiegend von der Viehzucht. Obwohl das Militär die Region zum Sperrgebiet erklärt hatte, verschaffte sich ein Strom von Viehhändlern Zutritt, um die Chance zu nutzen, den Viehbestand billig aufzukaufen und mit LKWs (!) abzutransportieren. Die Bauern, die unter den Trümmern ihre Angehörigen suchen, sind für die Händlerhyänen leichte Beute. Es wurden Fälle bekannt, wo die Händler gar nicht erst nach dem Besitzer der Viehherden fragten, sondern die Tiere gleich über die nahe iranische Grenze getrieben und dort zu barer Münze gemacht haben.

Katastrophal ist auch die medizinische Versorgung der Verletzten. Es gibt kaum Ambulanzen und diese sind auch nur äußerst notdürftig eingerichtet. Zu einer solchen Ambulanz fuhr ein LKW mit Verletzten. Auf dem Transport starben alle. Da der Lastwagen für weitere Transporte gebraucht wurde, wurden die Leichen einfach in den Garten der Ambulanz gekippt und mit Heu zugedeckt. Erst nach mehreren Tagen wurden die Toten, die bereits zu verwesen begannen, in einer Grube begraben („Cumhuriyet", 1.12.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Österreich/Schweiz

„Klein-Watergate" in der Schweiz

Am 25.11. wurden in Zürich drei Mitglieder des „Demokratischen Manifests" verhaftet, ein weiterer entzog sich der Verhaftung durch Flucht. Anlaß für die Verhaftung war das Ausräumen einer Kartei der „Gruppe für zeitkritische Analysen" und „Informationsgruppe Schweiz" durch die vier. Erst nach drei Tagen waren alle wieder auf freiem Fuß.

Das „Demokratische Manifest" ist ein Zusammenschluß verschiedener linker Persönlichkeiten, die vor etwa einem Jahr im Zusammenhang mit verschärften Anstellungsbedingungen für Lehrer gegründet wurde. Das „Manifest" setzte sich zur Aufgabe, die zunehmende *„Unterhöhlung der demokratischen Rechte in unserem Lande"* zu bekämpfen. („Neue Zürcher Zeitung", NZZ, 26.11.). Zu den Unterzeichnern des „Manifests" gehören auch verschiedene sozialdemokratische Nationalräte und die Schriftsteller Max Frisch und Adolf Muschg.

In die Reihen des „Manifests" hatte sich der Student Andreas Kühnis eingeschlichen, der als Kassierer der Gruppe arbeitete. Kühnis war gleichzeitig Mitarbeiter des größten schweizerischen „Subversionsbekämpfers" und Antikommunisten, Ernst Cincera, der Leiter der beiden oben genannten Spitzelorganisationen ist. Im Auftrag von Cincera bespitzelte er auch das „Demokratische Manifest".

Privater Spitzeldienst im Interesse des Kapitals

Seit mehreren Jahren sammelt Cincera systematisch Informationen über Kommunisten und stellt sie bei Nachfragen privaten Kapitalisten oder staatlichen Stellen zur Verfügung. Etwa 10.000 Personen sind in Cinceras Kartei erfaßt und ihre Daten auf Computer gespeichert.

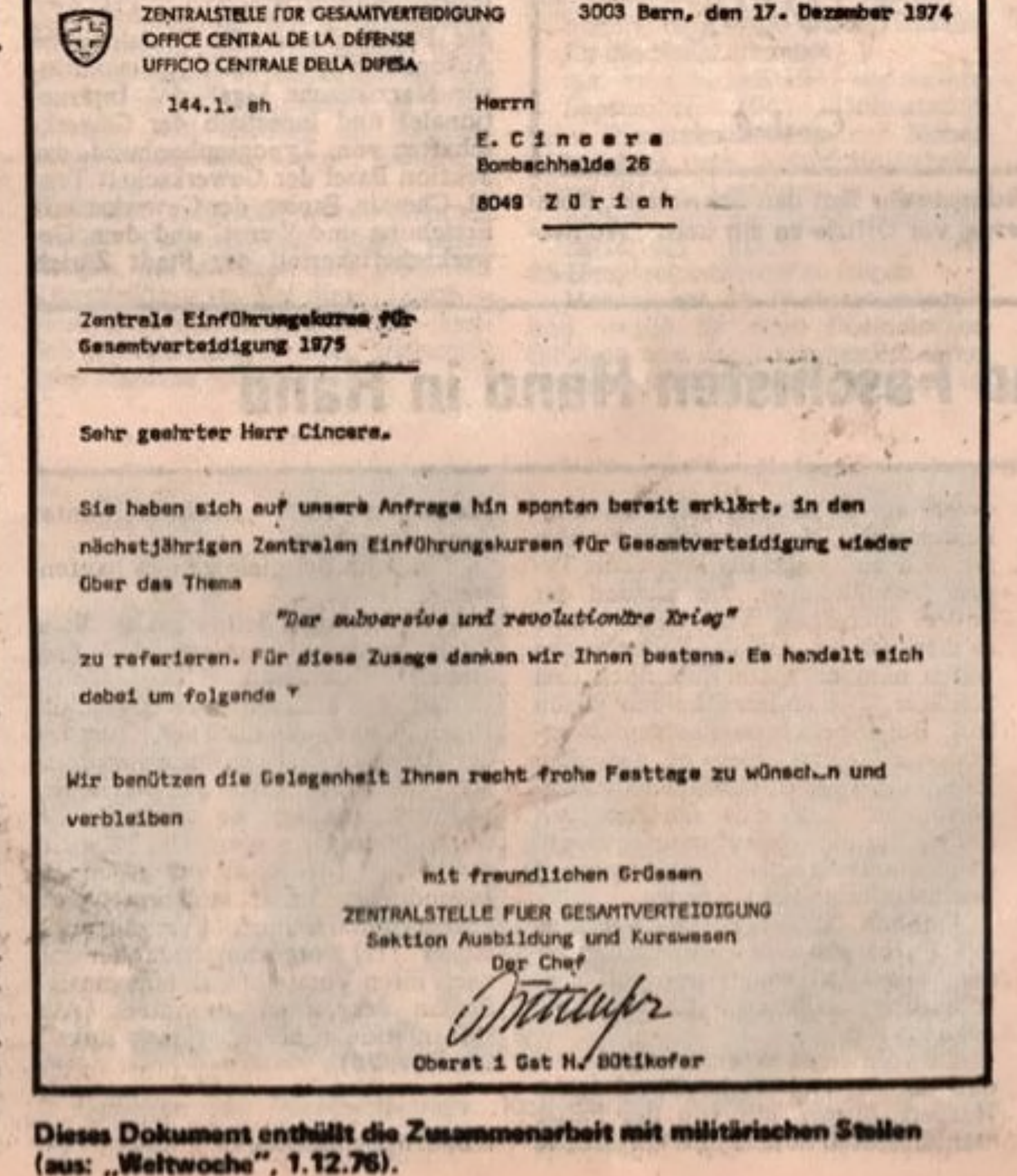
Nach der Aktion des „Demokratische Manifest" in seinen Räumen, beeilte sich Cincera, Oberstleutnant der schweizerischen Armee, zu erklären, sein Archiv enthalte *„ausschließlich Dokumente, die aufgrund von öffentlich zugänglichen Daten erstellt werden und dient als Dienstleistungsbetrieb für publizistische Tätigkeiten"* (NZZ, 26.11.).

Und das sind die Tatsachen:

Über seine beiden Institute vertreibt Cincera sein Informationsblatt „Was Wer Wie Wann Wo". Finanziert wird er von verschiedenen Persönlichkeiten aus „Wirtschaft und Finanz" (Weltwoche, 1.12.). Bezieher seiner Informationen sind neben verschiedenen Kapitalisten zahlreiche öffentliche Institutionen, und der EMD (Eidgenössisches Militär Department).

Der vierte nicht verhaftete Mitarbeiter des „Demokratischen Manifest" hatte sich zurückgezogen, um das entwendete Material ungehindert auszuwerten. Dabei enthüllte er eine Reihe von Fakten, die beweisen, daß Cincera und sein Spitzeldienst Unterlagen für ihre Kartei erhielten, die unter dem Siegel „geheim" und „vertraulich" laufen. Unter Verletzung des „Bankgeheimnisses", von „Amts- und Werksgeheimnissen" und militärischer Geheimsachen wurde ihm von Seiten staatlicher Stellen und der Kapitalisten der Ausbau seines Schnüffelarchivs ermöglicht. Hier einige der enthüllten Beispiele:

- Die Gesundheitsdirektion von Zürich erkundigte sich bei Cincera über „gewisse Leute" in der Klinik Burghölzli, da man „in einzelnen Abteilungen einen Linkstrend festgestellt" hatte (NZZ, 28.11.).
- Nestle forderte in Vorbereitung des Prozesses um die Kindertötung durch seine Babynahrung in der dritten Welt Auskünfte über dreizehn im Prozeß beteiligte Personen an.
- Anfragen über Lehrer, Pfarrer, Professoren (Weltwoche, 1.12.) waren keine Seltenheit.
- Die Berner Kantonalbank meldete Cincera Namen und Einzahler von einem Solidaritätskonto einer linken Gruppe.
- Die Züricher Polizei ließ ihm eine Liste von Leuten zukommen, die „unerlaubt" an der Universität Broschüren verkauften.



ZENTRALSTELLE FÜR GESAMTVERTEIDIGUNG
OFFICE CENTRAL DE LA DÉFENSE
UFFICIO CENTRALE DELLA DIFESA

3003 Bern, den 17. Dezember 1974

144.1. eh

Herrn
E. Cincera
Bombachhalde 26
8049 Zürich

Zentrale Einführungskurse für Gesamtverteidigung 1975

Sehr geehrter Herr Cincera,

Sie haben sich auf unsere Anfrage hin spontan bereit erklärt, in den nächstjährigen Zentralen Einführungskursen für Gesamtverteidigung wieder über das Thema

"Der subversive und revolutionäre Krieg"

zu referieren. Für diese Zusage danken wir Ihnen bestens. Es handelt sich dabei um folgende ...

Wir benützen die Gelegenheit Ihnen recht frohe Festtage zu wünschen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

ZENTRALSTELLE FUER GESAMTVERTEIDIGUNG
Sektion Ausbildung und Kurswesen
Der Chef

Oberst i Gst H. Bötikofer

Dieses Dokument enthüllt die Zusammenarbeit mit militärischen Stellen (aus: „Weltwoche", 1.12.76).

Forts. von S. 31

- Aus Kasernen kamen Mitteilungen über Rekruten, die „unangenehm auffielen" (Zeitdienst, 26.11.).

Die Liste ließe sich beliebig erweitern. Welche Rolle Cincera und sein Verein bei der Bekämpfung von Demokraten und Kommunisten spielen, verdeutlicht ein Dokument, in dem die „Zentralstelle für Gesamtverteidigung" ihn als Referenten zum Thema: „Der subversive und revolutionäre Krieg" einlud.

Cincera, der seine Arbeit nur als *„Privatmann und nur aus persönlichem Interesse gemacht haben"* will (FR, 30.11.), streitet auch ab, für seine Arbeit Spitzel eingesetzt zu haben. Der enttarnte Andreas Kühnis allerdings war, wie jetzt enthüllt wurde, nicht nur Spitzel im „Demokratischen Manifest", sondern ebenfalls bei den „Christen für den Sozialismus" und der "Evangelischen Hochschulgemeinde", Zürich, über deren Reise in die DDR er einen 50-seitigen Bericht für das Schnüffelarchiv schrieb.

Vorfall bewußt heruntergespielt

Die Schweizer Bourgeoisie, die staatlichen Stellen und die Medien versuchten den Vorfall bewußt herunterzuspielen. Zunächst versuchten sie in den Mittelpunkt zu stellen, daß die Mitglieder des „Manifest" mit ihrer Aufklärungsaktion *„kriminelle Taten"* begangen hätten. So seien von *„beiden Seiten Methoden zur Anwendung gekommen ..., die sehr fragwürdig sind, die mit einer nur halbwegs fairen Art der politischen Auseinandersetzung wenig und mit gutem politischen Stil nichts mehr zu tun haben"*(NZZ,26.11.). Das „Manifest" habe das Material „hemmungslos ausgeschlachtet" (NZZ, 8.12.) etc. Da aber mit zunehmender Veröffentlichung der Spitzeltätigkeit Cinceras die Schweinereien deutlich wurden, wird jetzt versucht, Cincera als Einzelgänger und Spinner hinzustellen.

Gleichzeitig aber werden die Mitglieder des „Demokratischen Manifest" weiter polizeilich verfolgt und behindert. In einem Kommuniqué protestierte es gegen die *„Einseitigkeit, mit welcher juristisch gegen seine Mitglieder vorgegangen wird, während Herr Cincera die Möglichkeit und Zeit gegeben war, weiteres ihn belastendes Material zu beseitigen"* (NZZ,1.12.).

Es kommt darauf an, schonungslos die Schnüffelpraktiken und Machenschaften von Cincera aufzudecken und die Hintermänner und Nutznießer, die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat anzuprangern.

Schweiz Kommission
KB/Gruppe Bremen

Auch die Bundeswehr dabei!

In den Schweizer Schnüffelskandal um den rechtsradikalen Cincera ist auch die Bundeswehr verstrickt. Die Aufklärungsarbeiten um Cinceras Machenschaften förderten auch ein Dokument zutage, aus dem hervorgeht, daß im April 1976 der berufsmäßige Antikommunist und „Subversionsbekämpfer" aus der Schweiz Vorträge über seine Erfahrungen und Arbeit vor Offizieren der Bundeswehr hielt.

Eingeladen wurde er vom „Aufklärungsgeschwader ‚Immelmann' ", unterschrieben von Major Goebel. Dies ist übrigens dasselbe Geschwader, das kürzlich den Nazi-„Helden" Rudel als Ehrengast mit Genehmigung der Bundeswehrführung eingeladen hatte!

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

geht, daß im April 1976 der berufsmäßige Antikommunist und „Subversionsbekämpfer" aus der Schweiz Vorträge über seine Erfahrungen und Arbeit vor Offizieren der Bundeswehr hielt.

gung der Bundeswehrführung eingeladen hatte!

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Aufklärungsgeschwader 51
"Immelmann"
S 3 A - Az 32 - 01 - 01

7841 Eschbach 2, 13. April 1976
Tel. 07634/996, App.:407

6049 7634/996

0049/76

An
Informationsgruppe Schweiz
z.Hd. Herrn Ernst Cincera
Postfach 172
CH 8035 Zürich

Zeit-
$13^{00} - 15^{00}$

Betr.: Winterausbildung der Offiziere
Vorg.: Ihr Schreiben vom 22.03.1976

Sehr geehrter Herr Cincera!

Für Ihr Schreiben vom 22.03.1976 herzlichen Dank.
Nachstehend nun eine [illegible]
Sie [illegible]
Wir freuen uns auf Ihren Vortrag und wünschen problemlose Anreise.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Major
Goebel

Nazi-Geschwader „Immelmann" der Bundeswehr lädt den Schweizer „Kommunistenjäger" Cincera zu einem Vortrag vor Offizieren ein (aus: „Weltwoche", 1.12.)

Klare Mehrheit gegen 40-Stunden-Woche

Am 5.Dezember fand in der Schweiz die Volksabstimmung über die Initiative der linken Organisation POCH über die Einführung der 40-Stundenwoche innerhalb eines Jahres statt. An der Abstimmung beteiligten sich 44,7% der Schweizer. Nur 22% der abstimmenden (370.439 Ja-Stimmen) Schweizer stimmten für diese Initiative, 78% (1.314.123 Nein-Stimmen) stimmten dagegen.

Die Niederlage ist damit wohl klarer ausgefallen, als die schweizerische Linke allgemein erwartet hatte. Zwar hat wohl kaum jemand mit einem Erfolg gerechnet, doch aber mit einem besseren Ergebnis. Dennoch gibt es einige bemerkenswerte Ergebnisse:
– in Genf stimmten 42,12% mit Ja
– im Tessin 34,6%
– in Basel-Stadt 32,6%.

Die schweizerische Bourgeoisie jubelte über dieses Ergebnis, war es doch auch ein Erfolg ihrer massiven und finanziell großzügig untermauerten Gegenkampagne. Unterstützt wurde sie dabei von den Gewerkschaftsführern des SGB, die sich offen zur Klassenzusammenarbeit bekannten und aufriefen, mit Nein zu stimmen. In einer ersten Stellungnahme des SGB hieß es, daß mit diesem Ergebnis die Schweizer nicht bereit sind, *„zu Roßkuren, die unsere Wirtschaft, oder Zweige davon, in eine Existenzkrise bringen könnten, oder deren Kosten der Arbeitnehmer in Form von Lohnverlusten zu tragen hätte"* (Basler „National-Zeitung", 7.12.).

Die POCH kann in ihrer ersten Stellungnahme ihre Enttäuschung kaum verbergen, spricht zwar von

40 Std. sind genug!

40 Std. sind genug!



einem „bemerkenswerten Achtungserfolg" („National-Zeitung",6.12.), führt das Ergebnis aber dann auf die Haltung der SGB-Führer zurück.

Die POCH-Initiative wurde unterstützt von den Sozialdemokraten der SPS (die zwar auf ihrem Parteitag mit Ja stimmten, aber mit Ausnahme einiger Kantone oder Untergruppierungen wenig taten), von der revisionistischen PdA („Partei der Arbeit"), der PSA („Partei für Sozialistische Autonomie"), der RML („Revolutionär Marxistische Liga", IV. Internationale) und innerhalb der Gewerkschaften vom Typographenbund, der Sektion Basel der Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier, der Gewerkschaft Erziehung und Kunst, und dem Gewerkschaftskartell der Stadt Zürich

Kantone	«Poch»-Initiative Stimmen Ja	Nein	Stände Ja	Nein
Zürich	72 627	228 358	—	1
Bern	53 532	235 293	—	1
Luzern	11 495	62 964	—	1
Uri	1 556	8 651	—	1
Schwyz	2 995	19 569	—	1
Obwalden	528	5 675	—	1/2
Nidwalden	910	6 757	—	1/2
Glarus	1 424	7 810	—	1
Zug	4 137	16 550	—	1
Fribourg	10 764	50 176	—	1
Solothurn	13 862	46 410	—	1
Basel-Stadt	21 173	43 845	—	1/2
Baselland	15 984	42 279	—	1/2
Schaffhausen	6 730	22 693	—	1
Appenzell A.-Rh.	1 234	11 420	—	1/2
Appenzell I.-Rh.	153	2 918	—	1/2
St. Gallen	13 885	77 287	—	1
Graubünden	4 708	34 174	—	1
Aargau	18 698	83 372	—	1
Thurgau	7 232	42 480	—	1
Tessin	21 657	40882	—	1
Waadt	27 516	80 171	—	1
Wallis	17 979	79 048	—	1
Neuenburg	11 100	26 102	—	1
Genf	28 560	39 239	—	1
Total:	370 439	1 314 123	—	22

Ergebnisse der Abstimmung über die 40-Stunden-Woche (aus: „National-Zeitung", 6.12.76)

sowie den christlichen Arbeitnehmerverbänden in der französischsprachigen Schweiz. Die „Kommunistische Gruppe Arbeiterpolitik" und die „Organisation der Revolutionären Linken – Rebell" hatten die POCH-Initiative als opportunistisch kritisiert, letztere hatten trotzdem dazu aufgerufen, mit Ja zu stimmen.

Linken – Rebell" hatten die POCH-Initiative als opportunistisch kritisiert, letztere hatten trotzdem dazu aufgerufen, mit Ja zu stimmen.

POCH: opportunistische Schlenker

In einem Beitrag der POCH (in „focus", Nov. 76) bemüht sie sich, ein Anwachsen des „Lagers der Befürworter" zu beschören und verbreitet großen Optimismus. Was in der Einschätzung der POCH fehlt und von den Schweizer Kritikern in der Linken zu Recht krtisiert wird, ist die Einordnung der 40-Stundeninitiative in die aktuellen Klassenkämpfe, da nur so der begrenzte Charakter einer solchen Abstimmung deutlich wird. Sie kann den notwendigen Kampf zur Durchsetzung einer solchen Forderung nicht ersetzen, sie kann aber neue Antriebe für diesen Kampf geben. Es wäre daher absurd aus dem Ergebnis zu schlußfolgern: 78% der Schweizer sind gegen die 40-Stundenwoche. Vielmehr verdeutlicht das Ergebnis, daß große Teile der schweizerischen Arbeiterklasse den sozialpartnerschaftlichen Demagogien der Gewerkschaftsführer noch erliegen. Insofern spiegelt das Ergebnis das aktuelle Kräfteverhältnis und ein nicht zu unterschätzendes fortschrittliches Potential wieder, zumal aus der Arbeiterklasse die ausländischen Arbeiter und die Jungarbeiter (ein Drittel der Arbeiterklasse!) von der Abstimmung ausgeschlossen waren.

Auch die POCH rechnete mit einer Niederlage, ohne daß sie davon offen sprach und Gründe und Bedingungen hierfür angab. Stattdessen versuchte sie sich noch eine Tür zur offiziellen Gewerkschaftslinie offenzuhalten:
„Die POCH sind der Meinung, daß der Kampf um die 40-Stunden-Woche

einer Niederlage, ohne daß sie davon offen sprach und Gründe und Bedingungen hierfür angab. Stattdessen versuchte sie sich noch eine Tür zur offiziellen Gewerkschaftslinie offenzuhalten:
„Die POCH sind der Meinung, daß der Kampf um die 40-Stunden-Woche

auch richtig in der Form einer SGB-Initiative ist. Es wäre falsch, mit einer Ablehnung dieser Initiative diese den rechtslastigen Teilen im SGB zu überlassen. Die SGB-Initiative ermöglicht einen offensiven Kampf auf Jahre hinaus, falls die POCH-Initiative am 5.Dezember nicht erfolgreich sein sollte" („focus").

Opportunistisch wird hier darüber hinweggetäuscht, daß die angesprochene SGB-Initiative – stufenweise über mehrere Jahre die 40-Stundenwoche einzuführen – gerade als Spaltung gegenüber der POCH-Initiative eingebracht wurde, ausdrücklich, um den Kapitalisten „eine Roßkur" zu ersparen! Diese Linie der Sozialpartnerschaft anzugreifen und in die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung hineinzutragen, um so ein klassenkämpferisches Bewußtsein zu schaffen, ist eine Möglichkeit der Volksabstimmung gewesen. Sie läßt sich natürlich schwerer messen, als das bloße Abstimmungsergebnis, ist aber unerläßlich. Davor aber hat die POCH kapituliert.

Schweiz Kommission
KB/Gruppe Bremen

Austritte aus dem revisionistischen KJV

Schweiz. Nach einer Erklärung der „Kommunistischen Gruppe Zürich" (KGZ) ist über die Hälfte der Züricher Mitglieder im „Kommunistischen Jugendverband" (KJV) der revisionistischen „Partei der Arbeit der Schweiz" (PdA) aus dem Jugendverband ausgetreten. Sie haben sich jetzt in der KG Zürich zusammengeschlossen.

Zwischen dem KJV und den Züricher Genossen hatten sich die Widersprüche zusehends verschärft. Die Züricher waren nicht bereit, widerspruchslos der zunehmend reformistischen Ausrichtung des Verbandes zu folgen. Der Widerspruch brach anläßlich der Vorbereitung einer nationalen Konferenz zur Ausbildung im Kapitalismus auf. Der Züricher KJV lehnte Vorstellungen von der „Neutralität der Ausbildung" ab und geriet in Konfrontation zur offiziellen PdA-Linie. Die PdA habe dann den Angriff *„vor allem auf administrativer, selten aber politischer Ebene geführt"*. Vorwürfe von „parteischädigendem Verhalten" und der „Bildung von Fraktionen" wurden zur Vorbereitung von Ausschlüssen erhoben. Leider wird in der Kritik der Ausgetretenen wenig von den konkreten inhaltlichen Differenzen deutlich.So wird in Bezug auf die autonomen Arbeiterkämpfe der letzten Zeit als Kritik noch der mangelnde „Bruch mit der Klassenkollaboration" benannt.

Die KGZ will in Zukunft „basisnäher" arbeiten, dabei wird auch ein Schwenk von der bisher kritisierten sektiererischen Praxis im KJV in eine opportunistische Richtung deutlich: *„Die Basisgruppen entwickeln die Bewegung und sichern deren Konsolidierung. Bei der politischen Praxis der BGs muß die Einheit mittels konkreter Vorschäge im Vordergrund stehen, d.h. eine allgemeine Kritik an reformistischen Organisationen, sowie allgemeine Theoriediskussionen zwischen den Linken würden die Basisgruppe absorbieren und der Einheit schaden"*.

So bemüht, die wichtige politische Auseinandersetzung hintenanzustellen, und die muß nicht notwendig allgemein sein, legt die KGZ aber Wert darauf, daß sie sich „demokratisch zentralistisch" (das wiederum ist nur sehr abstrakt erklärt) unter Führung eines „Politischen Büros" organisiert (Zitate aus: „Unsere Kritik amKJV", in „focus", Dezember 1976).

Für den ständig schrumpfenden Einfluß der revisionistischen PdA ist dieser Austritt ein erneuter schwerer Verlust.

Schweiz-Kommission
KB/ Gruppe Bremen

Polizei und Faschisten Hand in Hand

Wien. Die Arena in Wien, der von Jugendlichen in ein riesiges Kultur- und Jugendzentrum umgewandelte ehemalige Schlachthof, ist vor 1 1/2 Monaten abgerissen worden. An seiner Stelle entsteht jetzt ein Textilzentrum des Textil-Kapitalisten Schöps.

Die „Freie österreichische Jugend" (FÖJ – dem SB nahestehend) hat in der Novemberausgabe ihrer Zeitung „offensiv links" noch einmal zusammengefaßt, mit welchen Methoden Polizei, Spitzel, Faschisten und gekaufte Schläger gegen die Arena vorgegangen sind. Dabei wird deutlich, daß die Polizei eng mit Faschisten und Provokateuren zusammengearbeitet hat. Ein Beispiel:
Am 11.9. drang eine mit Stöcken und Fahrradketten bewaffnete Gruppe von drei NDP-Faschisten und zwei von der NDP (Nationaldemokratische Partei) bezahlten Schlägern in die Arena ein und schlugen unter anderem ein 19 jähriges Mädchen krankenhausreif. Die Jugendlichen wehrten sich und es gelang ihnen, die Typen festzunehmen. Sie wurden der Polizei übergeben. Von da an wurde es merkwürdig. Auf der Polizeiwache waren nämlich später nur noch drei Schläger. Die anderen beiden waren laut Bullenberichten „abhanden gekommen". Erst hieß es aus dem Mund des Polizeipräsidenten höchstpersönlich: Der eine sei eigentlich nur ein harmloser Kaufmann gewesen, dann, er sei von einem „unachtsamen" Beamten freigelassen worden.

Peinlich für die Polizei war nur, daß Fotos von den Jugendlichen gemacht worden waren und von dem einen der Faschisten sogar der Name bekannt war.

Obwohl sogar aktenkundig wurde, daß der österreichische Oberfaschist Norbert Burger mit von der Partie war, erzählten Polizei und bürgerliche Presse von einer „Schlägerei unter Arena-Besetzern".

Ähnliche Beispiele gibt es haufenweise.

Auf der einen Seite eine herzliche Zusammenarbeit, zwischen Polizei und NDP-Faschisten.

Auf der anderen wird gegen die Jugendlichen auch nach der Räumung der Arena in übelster Weise vorgegangen. Die Stadt hatte den Arena-Bewohnern zugesagt, sie würde für Ersatzwohnungen sorgen. Das ist nicht geschehen. Die Stadt will gegen die Jugendlichen unter anderem wegen „Steuerhinterziehung" (Vergnügungssteuer ???) vorgehen. Bezahlen soll nach ihren Vorstellungen eine einzige Person des Arena-Kommitees (Alle Informationen aus: „offensiv links", 29. Nov. 76).

KB/Gruppe Bremen

Skandinavien

Wachsender Protest gegen Berufsverbote in der BRD

In Dänemark verfolgt die demokratische Öffentlichkeit die politische Rechtsentwicklung in der BRD sehr genau. Das zeigt vor allem die Reaktion der dänischen Öffentlichkeit auf die westdeutschen Berufsverbote.

Die dänische sozialdemokratische Regierung drückt sich zwar bisher noch um eine Stellungnahme herum, mit dem Hinweis, man solle sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Aber einige Abgeordnete - ein Teil der Sozialliberalen, einzelne Sozialdemokraten und sämtliche Abgeordneten der linken Parteien (DKP, VS, SF) haben die Berufsverbote in der BRD öffentlich verurteilt.

Zudem hat sich in Dänemark ein Landeskomitee gegen Berufsverbote gebildet. Dieses Komitee ist bisher in vier Städten vertreten: Kopenhagen, Arhus, Gringstedt und Apenrade. In den Komitees arbeiten verschiedene fortschrittliche Gruppen, bürgerliche Politiker und andere einzelne Personen mit.

Die Komitees haben sich zum Ziel gesetzt, Informationen über die Berufsverbote in der BRD zu verbreiten, um eine breite Diskussion hierüber in Dänemark zu entfachen. Das ist nach Meinung der Komitees sehr wichtig, weil Berufsverbote gegen die allgemeinen Grundrechte und gegen die von der UN beschlossenen Menschenrechte verstoßen. Die Komitees wollen durch ihre Arbeit eine breite Solidarisierung mit den von Berufsverboten Betroffenen herstellen, um Druck auf die Verantwortlichen in der BRD auszuüben. Zugleich wollen sie verhindern, daß sich ähnliche Entwicklungen auch in Dänemark durchsetzen.

In mehreren dänischen Zeitungen hat das Landeskomitee halbseitige Anzeigen mit 400 Unterschriften gegen die Berufsverbote veröffentlicht. Die Anzeige hat folgenden Wortlaut:

„Jeder hat das Recht, seine eigene Meinung zu haben und diese anderen mitzuteilen. Öffentlich oder privat. Das ist ein notwendiger Bestandteil der Demokratie, deshalb ist die freie Meinungsäußerung im dänischen Grundgesetz verankert.

In Westdeutschland - an das wir durch die NATO und die EWG immer enger gebunden sind - gilt das gleiche Recht - auf dem Papier!
Im westdeutschen Grundgesetz steht ausdrücklich, daß keiner aufgrund seiner Hautfarbe, Abstammung, Geschlecht, politischer oder religiöser Anschauung vorgezogen oder benachteiligt werden darf.

Aber die westdeutsche Wirklichkeit ist, daß alle Bürger des Landes von einer geheimen Polizei - dem Verfassungsschutz - überwacht werden. Sämtliche Bewerber für den Öffentlichen Dienst werden automatisch durch die Kartei des VS auf ihre politische Gesinnung überprüft. Mehr als dreiviertel Millionen Westdeutsche sind auf diese Art und Weise kontrolliert worden. Einer bedenklichen Anzahl hiervon ist die Einstellung verweigert worden. Die meisten sind Sozialisten, aber auch Liberale und Parteilose sind davon betroffen, wenn sie sich an politischen Aktivitäten beteiligt haben - sei es die Mitgliedschaft in einer zugelassenen Organisation, Teilnahme an einer Demonstration oder nur die Unterschrift auf einer Protestadresse.

oder nur die Unterschrift auf einer Protestadresse.

Wir protestieren gegen diese undemokratischen Einstellungs- und Berufsverbote!"

Auch eine Reihe von Gewerkschaften haben gegen die Berufsverbote protestiert. Z.B. die dänische Kinderpädagogengewerkschaft - BUPL - und die dänische Lehrergewerkschaft, sowie die Gewerkschaft der Bibliothekare. In einem gemeinsamen Protestschreiben der fünf nordischen Bibliothekarverbände heißt es:

„Sowohl das Gesetz über Berufsverbote als auch der neue § 88a des westdeutschen Strafgesetzbuches über verfassungsfeindliche Tätigkeit, sind ein Hindernis für eine notwendige und offen demokratische Diskussion und sind ein ernsthafter Anschlag auf die freie Meinungsäußerung. rung.
Der § 88a kann gegen den wesentlichen Teil der allgemein anerkannten Weltliteratur verwendet werden, aber er wird vorrangig gegen politisch unbequeme Literatur gebraucht und mißbraucht werden.
Autoritäre Machtmittel wie die westdeutscher Prägung tragen dazu bei, Duckmäusertum gegenüber der herrschenden politischen Mehrheit zu schaffen und damit politische Passivität."

Das Protestschreiben schließt mit der Aufforderung an die westdeutschen Bibliothekarkollegen, diese beiden Gesetze zu bekämpfen und mit der Auffforderung an die nordischen Kollegen, sich ähnlichen Tendenzen in Skandinavien zu widersetzen.

Daß das notwendig ist, zeigen folgende Beispiele: So forderte ein dänischer, international anerkannter Staatsrechtsexperte, Prof. Alf Ross, öffentlich ein dänisches Berufsverbot, weil es notwendig sei, die politische Gesinnung von Bewerbern im Öffentlichen Dienst zu kontrollieren, damit dieser nicht von den Feinden der Demokratie und der Freiheit besetzt werden könne.
Ebenso die pro-faschistische „Fortschritts"partei von Glistrup, die meint, das etwas ähnliches wie Berufsverbote in Dänemark auf der Tagesordnung stehe!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

NEUROPA?
GEGEN BERUFSVERBOT
Neue Demokratie in EUREUROPA?
Es darf sich nicht ausbreiten
Grüsse aus Dänemark
Westdeutsche Spezialität!

GEGEN BERUFSVERBOT
(Imod erhvervsforbud)

Mærkaten er 16 × 10 cm, selvklæbende og koster kr. 1,50 pr. stk.
Kan rekvireres på telf. (01) GOthåb 9006, giro 8296286 eller adressen: Berufsverbot-mærkaten, forretningen Peter Bangs Vej 27, 2000 Kbhv. F. Salgssteder bl. a. Aalborg Universitets studenterråd, RUC studenterråd, Den røde højskole, Svendborg, DKP Bogcafe, Golfvej 36, Esbjerg, Kolding Bogcafe, Blæsbjergvej 11, Søborg Bogcafe, Søborg Hovedgade 8, Limfjordskollegiet, Bakkegårdsvej 28, Ålborg, Det Frie Universitet, Winklerstrasse 4 A, West Berlin.

Diese Aufkleber werden in Dänemark vertrieben

Stellungnahme der Landesleitung der „Erwerbsgehinderten des Freiheitskampfes"

„Mit Verwunderung und Angst sehen wir, wie Tendenzen, die wir selbst bereits erlebt haben, schon wieder in der Bundesrepublik auftauchen. Diesmal an unserer Südgrenze in Schleswig-Holstein, wo ein System, das in Nürnberg als verbrecherisch verurteilt wurde, heute wieder Morgenluft wittert und sich hier und da in voller Blüte entfaltet. Die Folge hiervon wird sein, das ehrlichen Demokraten das Brot zum Leben genommen wird. Die weiteren Folgen kennen wir: kann man heute den Menschen ihr Brot nehmen, kann man sie morgen mit Leichtigkeit ins KZ stekken.

Wir wenden uns an den deutschen Bundestag, den Landtag in Kiel, an unsere eigene Presse und an den Rundfunk, weil wir verlangen, daß diese Institutionen Berufsverbote - im Sinne des Potsdamer Abkommens - als schleichendes Gift verurteilen, das sich nicht nur in der BRD ausbreitet, sondern auch in unserem eigenen Land, in dem Prof. Alf Ross sich für Berufsverbote ausspricht. Und was er nicht sagt, das findet seinen Ausdruck in dem Zulauf um Magens Glistrup.

Wir verlangen deshalb, daß die Grundsätze der Demokratie eingehalten werden. Damit der dänische antifaschistische Widerstandskampf nicht vergeblich war!"

„Sozialismus" und „Demokratisierung" Marke Norwegen

Die Absicht der norwegischen sozialdemokratischem Minderheitsregierung, unterstützt durch einen Zusammenschluß mehrer linker Parteien (=Sozialistische Linkspartei), die Banken zu „demokratisieren", ist auf relativ breite Ablehnung im konservativen Lager gestoßen.

Diese „Demokratisierung" der Banken sieht vor, daß in den Führunsgremien zu fünf Neunteln von den Parlamenten benannte Leute sitzen sollen, die allerdings nur ihrem Gewissen und nicht etwa der Regierung oder dem Parlament verantwortlich sind. Auch brauchen sie keine Rechenschaft abzulegen.

Die Geschäftsformen der Banken bleiben bestehen, die Konkurrenz untereinander auch, lediglich sollen die Aktionäre nicht mehr beschließen dürfen, was mit dem Verwaltungskapital passiert. Und wenn die Aktionäre dann unter den „sozialistischen" Gegebenheiten ihre Aktien verkaufen, muß der Staat sie ihnen auch noch abkaufen. Zu diesem Zweck werden mehrere Millionen Kronen benötigt, die man ganz bestimmt nicht den Unternehmern aus der Tasche holt!

Schon seit einiger Zeit klagen die Kapitalisten in Norwegen, daß der Staat sich in zu viele Dinge einmischt. So bezeichnete der Vorsitzende der Christlichen Volkspartei und des bäuerlichen Zentrums das Vorhaben als *„schwerwiegende Enteignung des privaten Rechts zur Leitung der Banken"* und auch Springers „Welt" beklagt, daß *„sich der Staat mit seiner Aufsichtsratsmehrheit und seinem Einfluß auf den Kapitalmarkt einen lückenlosen Einfluß auf die unternehmerische Investitions- und Finanzpolitik sichern (würde)"* („Welt", 25.2.76).

Ab 1. Januar 1977 tritt zudem noch das „Etablierungs- und Produktionskontrollgesetz" in Kraft, das selbst kleine Investitionen und Produktionsänderungen genehmigungspflichtig machen soll.

Ist nun die Regierung in Oslo tatsächlich so konsequent in der Politik zur Kontrolle der Privat-Unternehmen?
Zum einen handelt es sich darum, der norwegischen Arbeiterklasse auf der Leier des (bürgerlichen) Fortschritts und der Harfe des (bürgelichen) „Sozialismus" vorzuspielen, auf das sie sich an den Tönen berauschen kann. 1977 stehen Wahlen an! Im wesentlichen geht es allerdings dem norwegischen (kapitalistischen!) Staatsapparat darum, künftig schneller, problemloser und umfangreicher finanzielle Subventionen aus dem Steuersäckel über die Banken der norwegischen Privat-Industrie zufließen zu lassen. Demzufolge ist ein Protest der Banken bisher auch noch nicht bekannt geworden. Der „Protest" der konservativ-reaktionären Parteien gehört als dumpfer Trommelwirbel zum feinabgestimmmten Konzert.

Dazu kommt noch, daß in den Aufsichtsräten der Banken nunmehr die Angestellten nur noch ein Neuntel Vertreter haben, während entsprechend dem Mitbestimmungsgesetz in der übrigen Wirtschaft Norwegens ein Drittel (!) der Unternehmensrepräsentantenschaften mit Belegschaftsvertretern besetzt sein müssen.
Die Bankangestellten, die in diesem Sommer gestreikt haben, und ihre Gewerkschaft haben dazu schon ihren Protest angemeldet („FAZ", 3.12.76). Es bleibt abzuwarten, ob sich nach der Wahl herausstellt, daß es sich hier um ein sozialdemokratisches Verwirrspiel gehandelt hat oder langfristig die Profite der norwegischen Kapitalisten auf diese Weise besser zu sichern sind.

Skandinavien Kommission

Niederlande / Belgien

Kriegsverbrecher entkommen

Niederlande: Am Sonntag, den 14. November, floh der Kriegsverbrecher Pieter Menten. Menten wußte, daß er am Montag Morgen verhaftet werden sollte. Die Polizei befand sich zwar seit mehreren Wochen ständig in seiner Nähe — observierte ihn Tag und Nacht. Dies allerdings lediglich, um ihn vor empörten Antifaschisten zu schützen, die ihren Unmut darüber, daß dieser Kriegsverbrecher seit 35 Jahren frei herumläuft, in Flugblättern und Parolen an Mentens Grundstücksmauer zum Ausdruck brachten.
Wieder aufgerollt wurde Mentens dunkle Vergangenheit durch einen Zeugen, der anläßlich einer geplanten Kunstauktion im Mai dieses Jahres — Menten ist u.a. Kunsthändler — endlich Aufenthaltsort und Wirkungskreis Mentens erfuhr.

Menten — Nazi-Kollaborateur und Massenmörder

Menten arbeitete vor und während des Zweiten Weltkriegs mit und für die Nazis. Aus heute vorliegenden Dokumenten und Zeugenaussagen geht eindeutig hervor, daß Menten
- bereits vor 1939 in der Ukraine für die Nazis arbeitete,
- u.a. vom 1. Juli 1941 bis Anfang September 1941 Dolmetscher beim Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und beim Sicherheitsdienst (SD) in Lemberg war,
- damals ausdrückliche Erlaubnis hatte, die Uniform im Rang eines SS-Hauptscharführers zu tragen.

Menten hat die Uniform getragen und wurde für seine Dolmetschertätigkeit von den Nazis bezahlt. Menten hatte bislang strikt geleugnet, im SS-Dienst gestanden zu haben. Die Dokumente weisen weiter aus, daß Menten bereits damals in enger Verbindung zum SS-Generalmajor Schöngarth stand. Demselben Schöngarth, der von Juni 1944 bis zum Ende der Besetzung in den Niederlanden als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD seine Terrorherrschaft ausübte und der in der letzten Kriegsperiode gerngesehener Gast in Mentens Villa war — nachdem dieser aus den von den Nazis besetzten polnischen Gebieten zurückgekehrt war.
Menten brachte sich aus Polen drei Eisenbahnwaggons voll Möbel und Kunstschätzen mit. — Er stellte den Nazis seine „Dienste" u.a. zur Verfügung, um beschlagnahmten jüdischen Besitz zu „verwalten", so bekam er unter anderem vier Kunsthandlungen zugewiesen. Dank seiner guten Verbindungen konnte Menten sich genügend in die eigene Tasche organisieren.
Im Juli 1941 arbeitete Menten als Dolmetscher bei einem Einsatzkommando des SD, das damals in Lemberg operierte. Dieses Einsatzkommando war in Wirklichkeit ein Mordkommando. Unter anderem hat es in Lemberg 39 polnische Professoren umgebracht. Nach vorliegenden Zeugenaussagen war Menten an mindestens drei Massenerschießungen in Podhorodze und in den Nachbardörfern beteiligt.
Entsprechende Zeugenaussagen zu diesen Fakten gab es auch schon 1950, als in den Niederlanden Prozesse gegen Menten liefen. Die niederländische Justiz schob diese Fakten damals einfach beiseite. Es herrschte ein „Geist von Barmherzigkeit" gegenüber Kriegsverbrechern, vertreten durch den damaligen katholischen Justizminister, der noch unterstützt





2 Gesichter des Nazi-Schlächters: Kunsthändler Menten heute (in seiner 30-Zimmer Villa in Blaricum) und 1941 in SS-Uniform als „Hauptscharführer"

Fortsetzung von Seite 33

wurde durch eine entsprechende Pressekampagne des „Telegraaf" zugunsten Mentens. Das Klima des „Kalten Krieges" tat ein Übriges: Ein Auslieferungsantrag der polnischen Regierung wurde als „kommunistische Propaganda" abgetan.

Das zusammengeraubte Millionenvermögen Mentens ermöglichte es ihm außerdem, ein hervorragendes Anwaltsteam zu verpflichten. Es stand unter Leitung des heutigen Fraktions-Vorsitzenden der KVP (Katholische Volkspartei) in der Zweiten Kammer, Kortenhorst, der alles ihm zu Verfügung stehende einsetzte, einschließlich des Stenografenteams der Zweiten Kammer.

So wurde Menten lediglich zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wegen „geringfügiger" Dienste zugunsten des Feindes, die er bereits durch die Untersuchungshaft verbüßt hatte.

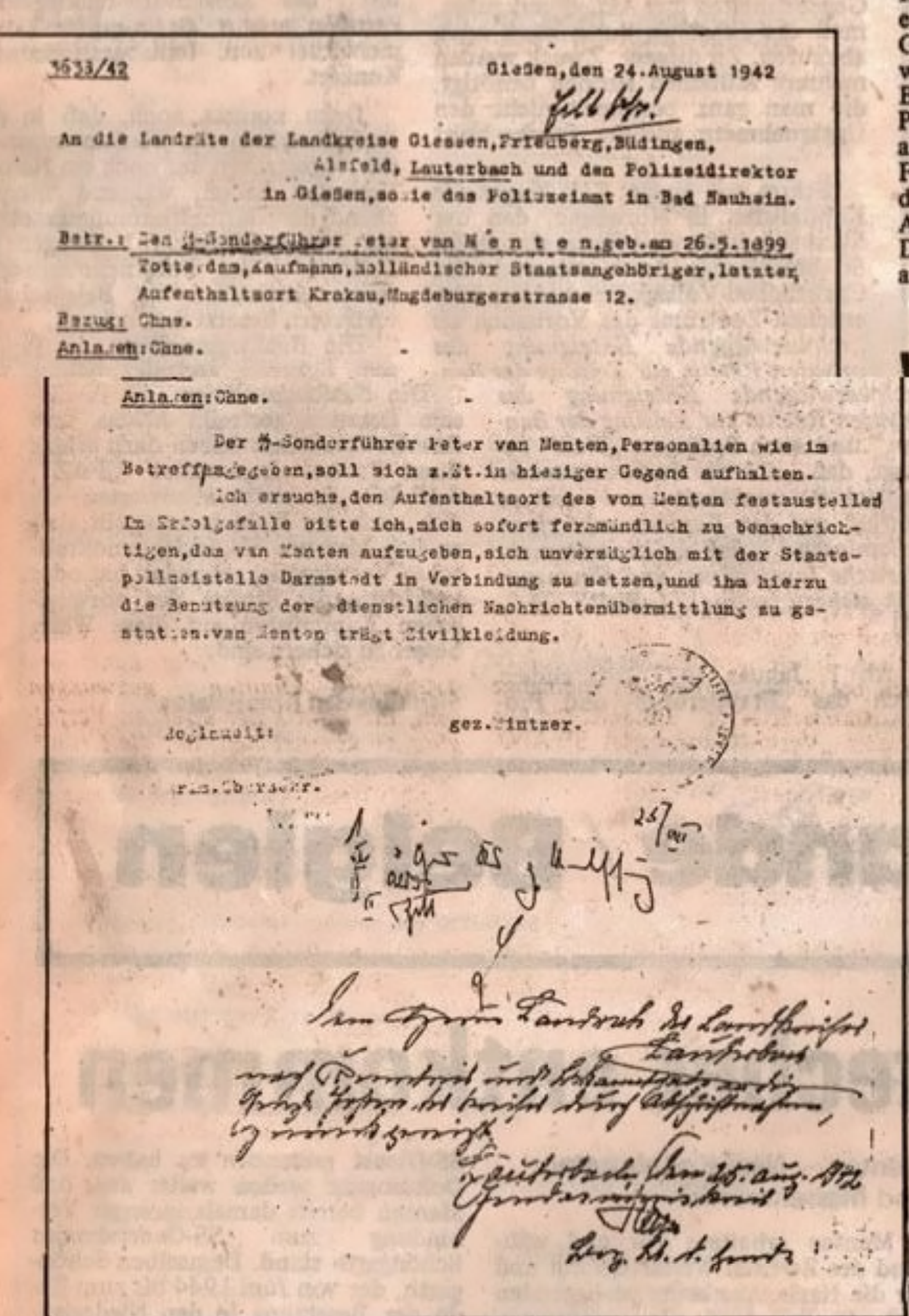
Als Entgelt bekam er dann noch 700.000 Gulden Wiedergutmachung von Holland für angeblich von Widerstandskämpfern aus seinem Haus geraubte Kunstwerke. Und dann kassierte er noch 550.000 Mark Wiedergutmachung von der BRD für angeblich von der SS in Lemberg beschlagnahmtes „Eigentum"! Letzteres verschaffte er sich mit Hilfe einer Zeugenaussage des bereits mehrmals zu lebenslänglich verurteilten faschistischen Massenmörders Rosenberg, der vor kurzem gerade erneut in Hamburg vor Gericht stand!

All diese Tatsachen sind dem niederländischen Justizminister Van Agt vor mehreren Wochen zugeleitet worden. Dieser Bericht blieb jedoch zunächst vier Tage lang „ungelesen" in der Schublade liegen, so daß Menten in Ruhe seine Koffer packen konnte. Auch blieben mehrere parlamentarische Anfragen, u.a. durch die PvdA, erfolglos. Van Agt wiegelte die Anfragen ab, indem er allerlei juristische Spitzfindigkeiten anführte und im übrigen versicherte, die „größtmögliche Sorgfalt" walten zu lassen – wie man sieht mit Erfolg.

Inzwischen ist Menten in Zürich von einem aufmerksamen Schweizer Journalisten wieder aufgespürt worden (laut „Radio Bremen" vom 7.12.76). Die Niederlande sollen einen Auslieferungsantrag gestellt haben.
(Nach „Vrij Nederland" Nr. 47 und „Stern", Nr. 49)

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Letzte Meldung:
Inzwischen wurde Menten in der Schweiz verhaftet. Am gleichen Abend versuchte er sich noch aus der Affäre zu ziehen: Er schluckte eine Überdosis Schlaftabletten – wurde jedoch ins Krankenhaus gebracht („SZ", 8.12.76).



3633/42 Gießen, den 24. August 1942

An die Landräte der Landkreise Giessen, Friedberg, Büdingen, Alsfeld, Lauterbach und den Polizeidirektor in Gießen, sowie das Polizeiamt in Bad Nauheim.

Betr.: Den SS-Sonderführer Peter van M e n t e n, geb. am 26.5.1899 Rotterdam, Kaufmann, holländischer Staatsangehöriger, letzter Aufenthaltsort Krakau, Magdeburgerstrasse 12.

Bezug: Ohne.

Anlagen: Ohne.

Anlagen: Ohne.

Der SS-Sonderführer Peter van Menten, Personalien wie im Betreff angegeben, soll sich z.Zt. in hiesiger Gegend aufhalten.

Ich ersuche, den Aufenthaltsort des von Menten festzustellen. Im Erfolgsfalle bitte ich, mich sofort fernmündlich zu benachrichtigen, das van Menten aufzugeben, sich unverzüglich mit der Staatspolizeistelle Darmstadt in Verbindung zu setzen, und ihm hierzu die Benutzung der dienstlichen Nachrichtenübermittlung zu gestatten. van Menten trägt Zivilkleidung.

Beglaubigt: gez. Mintzer.

Original-Nazi-Dokument, eines von vielen, die Mentes Vergangenheit aufhellen

Repression gegen abtreibende Ärzte

Belgien. Bereits seit einigen Jahren gibt es in Belgien eine Bewegung zur Änderung des bestehenden Abtreibungsgesetzes, nach dem immer noch jede Art von Abtreibung strafbar ist.

Ausgangspunkt für *„eine starke öffentliche Bewegung"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ" 2.11.76) war vor einigen Jahren die Verhaftung von Dr. Peers aus der Provinzial-Frauenklinik in Namur. Ihm wurden damals mehr als 300 Abtreibungen vorgeworfen. Aufgrund breiter Proteste wurde er wieder aus der Haft entlassen.

Ende Oktober dieses Jahres beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft in Namur nun wiederum einige Akten, die erneute Abtreibungen durch Dr. Peers betreffen. Fast gleichzeitig wurden in Brüssel gegen drei Ärzte Strafverfahren wegen angeblich von ihnen vorgenommener Abtreibung eingeleitet.

Diese verschärfte Handhabung des Abtreibungsgesetzes durch die christdemokratische Regierung Tindemans fällt zeitlich zusammen mit einer Erklärung des Justizministers im Parlament, die Regierung werde *„zunächst (?) keine Initiative ergreifen"* („FAZ", 2.11.76), um das bestehende Gesetz zu ändern. Dem vorausgegangen war der Versuch, die Bewegung durch eine Reihe parlamentarischer Schnickschnaks hinzuhalten: Nach seinem Amtsantritt 1974 beauftragte Tindemans eine „Sachverständigen"-Kommission mit der Erstellung eines Gutachtens. Ende Juni dieses Jahres kam dann endlich das Ergebnis: Die Mehrheit empfahl ein weitgehendes Indikationsmodell, während die Minderheit sich streng an CDU/CSU-Vorstellungen hielt. Beide Berichte wurden dann in die Parlamentsausschüsse weitergeleitet. Offenbar versucht die Regierung, durch die exzessive Auslegung und Handhabung des bestehenden reaktionären Gesetzes auch winzigste Änderungen später als „großartige Liberalisierung" zu verkaufen.

In Belgien, wo nach Angaben einer „Vereinigung zur Verbreitung empfängnisverhütender Mittel" jährlich 30.000 Abtreibungen „auf freiwilliger Basis" („FAZ", 2.11.) vorgenommen werden, gibt es eine Reihe von Kliniken und Ärzten, die Schwangerschaftsunterbrechungen vornehmen und dies jetzt auch öffentlich bekundeten. So bezichtigten sich die Gynäkologen der Brüsseler Universitätsklinik St. Pierre, seit April 1973 dort 1822 „illegale" Abtreibungen vorgenommen zu haben („Nordwest Zeitung", 11.11.76).

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven



lateinamerika aktuell

Gründung der „NATO" Lateinamerikas beschlossen

Nach Berichten der kubanischen Nachrichtenagentur „Prensa Latina" billigten *„in diesen Tagen die Regierungen Brasiliens, Argentiniens, Uruguays und Chiles die Absicht, eine Südatlantische Verteidigungsorganisation SATO nach dem Vorbild der NATO zu gründen"* („Frankfurter Rundschau", „FR", 7.12.76).

Der Chef der uruguayischen Flotte, Vizeadmiral Marques betonte, daß *„die Seestreitkräfte dieser vier Staaten dazu aufgerufen seien, ihre Anstrengungen zur Verteidigung des Westens zu koordinieren"* („FR", ebenda).

Nach dem Sieg der MPLA in Angola und den sich zuspitzenden Klassenkämpfen im Süden Afrikas wurden erstmals die Pläne des US-Imperialismus bekannt. Sie sprachen einerseits davon, die NATO auf das Gebiet des südlichen Afrika zu erweitern und andererseits von der Bildung eines lateinamerikanischen Paktes. Zum Vorwand wurde die angebliche Präsenz der sowjetischen Flotte im Südatlantik angeführt und die Tatsache, daß sich ein „zweites Angola" nicht wiederholen dürfe. Dies sprach auch der faschistische argentinische Außenminister Vizeadmiral Guzetti offen aus, indem er erklärte: *„Die betrübliche Situation in Westafrika führt auf der anderen Seite des Südatlantik zu bestimmten Überlegungen"*. Ferner meinte er, *„auch eine Verschärfung der Ereignisse in Südafrika könnte die Gründung eines neuen Militärpaktes beschleunigen"* („FR", ebenda).

Nach dem US-Magazin „Naval Power" werde *„Südafrika innerhalb der SATO eine wichtige Rolle spielen, auch ohne offiziell Mitglied zu sein"*. Bereits im Oktober letzten Jahres sollen bei Flottenmanövern der vier genannten lateinamerikanischen Staaten auch südafrikanische Streitkräfte teilgenommen haben („FR", ebenda). Die bevorstehende Gründung der SATO seitens der USA ist somit die Antwort des US-Imperialismus auf ihre in Angola, Mosambik und Guinea-Bissao erlittenen Niederlagen. Die SATO soll damit die militärischen Voraussetzungen für eine amerikanische Aggression in anderen „Brandherden" (Zimbabwe, Namibia) schaffen.

Die SATO wurde vom US-Imperialismus lange vorbereitet:

In allen vier lateinamerikanischen Ländern herrscht der Faschismus. Insbesondere Uruguay soll zum zentralen amerikanischen Stützpunkt ausgebaut werden. Teile der strategischen Bomberflotte der USA sollen hierhin verlegt werden. Der Austritt Chiles aus dem Andenpakt und die Annäherung an Brasilien, Argentinien und Uruguay, die parallel in diesen Ländern getroffenen Maßnahmen hinsichtlich der Repression, der Zerschlagung selbst jeder bürgerlichen Opposition (mit Ausnahme Argentiniens, das in dieser Beziehung aus imperialistischer Sicht noch einiges „aufzuholen" hat), sind ebenfalls Maßnahmen des US-Imperialismus, die innenpolitischen Verhältnisse in diesen Ländern auf lange Sicht zu „stabilisieren", um genügend Sicherheit für den Aufbau der SATO zu besitzen.

Der antifaschistische Widerstand in diesen Ländern ist damit vor eine noch schwerere Aufgabe gestellt, denn die USA sind nicht nur aus wirtschaftlichen und politischen, sondern auch aus militärischen Gründen an der völligen Niederhaltung der Völker in diesen Ländern interessiert.

Lateinamerikakommission

Wanted: Milton Friedman

Die Verteilung des Nobelpreises ist schon seit längerem eine sehr anrüchige Sache: So bekam Prof. Lorenz, der der Rassentheorie der Nazis einen wissenschaftlichen Anstrich gab, den Preis für Biologie und Kissinger, der Mörder von Vietnam, Kambodscha und Chile, den Friedens(!)nobelpreis.

In diesem Jahr hat der Amerikaner Milton Friedman den Nobelpreis für Ökonomie erhalten. Friedman unterstützte den Rechtsradikalen Barry Goldwater und Nixon bei den Präsidentschaftswahlen. Noch heute berät er das Pinochet-Regime und ist so mitschuldig am Massenelend der chilenischen Bevölkerung. *„Der amerikanische Ökonom hätte eher verdient, daß ein Preis auf seinen Kopf ausgesetzt wird wegen seiner Mitschuld am Tod Tausender Chilenen"* („de tribune" – Zeitung der niederländischen „Sozialistiese Partij", Nr. 21/1976).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Chiles Botschafterin in Bonn: Eine Frau für den Faschismus

Nach den Botschafterinnen von Uganda und Liberia ist sie nun die dritte Frau, die in Bonn eine diplomatische Vertretung leitet: Lucia Gevert. Sie ist Botschafterin der chilenischen Mörderjunta. Folterungen, Hinrichtungen, Verhaftungen und Verfolgungen gibt es für sie in Chile nicht. Wer das glaubt, ist ein Opfer der „marxistischen Propaganda". Kaltschnäuzig erklärte diese feine Dame: *„In meinem Land wird niemand wegen seiner politischen Einstellung verfolgt."*

Es gehört schon eine besondere Frechheit dazu, sowas zu verbreiten, wo selbst bürgerliche Organisationen nicht umhin kommen festzustellen, daß Menschenrechte in Chile nur auf dem Papier stehen. Der Reinwaschung der chilenischen Faschisten von ihren Greueltaten, hat sich Lucia Gevert schon gleich nach dem Putsch gewidmet. Zusammen mit 14 anderen Propagandisten für Pinochet & Co. wurde sie bereits 1973 als Presseattaché ins Ausland geschickt. Daß sie mit Überzeugung ihre Aufgaben wahrnahm und die Mörderjunta mit ihr zufrieden ist, glauben wir gerne. Ist doch Allende für sie ein Mann der Chile „krank gemacht" hat. *„Wie jetzt in Irland, haben damals vor allem die Frauen gegen Allende gekämpft"*. Daß es nur die Frauen der chilenischen Bourgeoisie waren, die für ihre Privilegien, gegen Allende gekämpft haben, verschweigt Frau Botschafterin. Wen wunderts, gehört sie doch auch zu diesen Frauen; ihr Großvater war Repräsentant des Bayer-Konzerns in Santiago.

Zu der internationalen Isolation ihrer faschistischen Auftraggeber meint sie: *„Mir tut es leid, daß man uns so wenig versteht"* („HNA", 9.10.76). Zum Glück, können wir nur sagen.

All diejenigen, die meinen, zwischen Frauen gibt es nur gleiche Interessen und Gemeinsamkeiten, ausschließlich auf Grund des gleichen Geschlechts, sollten das an der Person von Lucia Gevert überprüfen. Diese läßt sich nicht von „Fraueninteressen", sondern von Klasseninteressen leiten. Und für die Interessen der chilenischen Faschisten läßt sie hunderte Frauen zu Tode bzw. zu Krüppeln foltern und in Gefängnissen festhalten.

KB/Gruppe Kassel

„Zeitbombe" Mexiko

Am 1. Dezember wurde in Anwesenheit zahlreicher imperialistischer „Gäste" (aus der BRD Minister Matthöfer, aus den USA Kissinger) der neue mexikanische Präsident Lopez Portillo vereidigt. Portillo war im Juli ohne einen Gegenkandidaten als Vertreter der seit rund 50 Jahren regierenden PRI (Institutionalisierte Revolutionspartei) bei einer in Mexiko üblichen hohen Wahlenthaltung von über 30% zum neuen Präsidenten gewählt worden.

Die Imperialisten erwarten von Portillo eine beschleunigte Eingliederung Mexikos in die faschistische Ausrichtung ganz Lateinamerikas, d.h. sie erwarten die völlige Gefügigkeit gegenüber dem Imperialismus und verstärkte Unterdrückung nach innen.



Elendsviertel in Mexiko-City – 20 Mio. Menschen leben am Existenzminimum

Der jetzt abgelöste Präsident Echevierria hatte an einzelnen Fragen immerhin noch versucht, wenigstens auf diplomatischer Ebene einen vom Imperialismus unabhängigeren Kurs zu demonstrieren. Er hatte führend an der Gründung der SELA (Lateinamerikanisches ökonomisches System), von der die USA ausdrücklich ausgeschlossen wurden, mitgewirkt. Er hatte die „Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten", die die UNO 1974 verabschiedete, und die unter anderem das Recht auf Kartellbildung von Ländern der Dritten Welt anerkannte, angeregt. Ebenso hatte Echeverria zunächst die Antizionismus-Resolution der UNO unterstützt, eine Maßnahme, die aber unter dem massiven Druck der USA sehr schnell zurückgezogen wurde. Gegenüber dem mexikanischen Volk versuchte Echeverria mit seiner „revolutionären Rethorik", am liebsten vor besitz-

Fortsetzung auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

losen Bauern und Landarbeitern die sozialen Widersprüche zu glätten, ohne allerdings die Herrschaft der eng mit dem internationalen Kapital verflochtenen Bourgeoisie, die sich bis in den Parteiapparat der PRI erstreckt, anzutasten („Frankfurter Rundschau", „FR", 1.12.).

Nach wie vor lebt rund ein Drittel des mexikanischen Volkes, das sind 20 Mio. Menschen, knapp am Existenzminimum. Drei Mio. Bauern besitzen überhaupt kein Land und haben entsprechend keine Arbeit („Horizont", Nr. 47).

Trotzdem war den Imperialisten und der mexikanischen Bourgeoisie der *„verflossene Präsident mit den sozialistischen (!) Neigungen"* nicht zuverlässig genug („FAZ", 3.12.).

Als im November diese Jahres, als Reaktion auf Landbesetzungen, 100.000 ha Land enteignet und an 8.000 Bauernfamilien verteilt wurden, reagierten Kaufleute und Industrielle mit „Streik". In über 40 Städten wurden Läden und Fabriken für einen Tag geschlossen, um gegen *„sozialistische und sogar kommunistische Tendenzen der Regierung zu protestieren"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 26.11.).

Dies war eine der Maßnahmen der mexikanischen „Geschäftswelt" um den Präsidentenwechsel vorzubereiten und den Kurs der neuen Regierung von vornherein festzulegen.

Noch massiver sind die Imperialisten an diese Aufgabe herangegangen. Mexiko befindet sich sowieso in völliger Abhängigkeit von den USA. Vier Fünftel aller Auslandsinvestitionen in Mexiko kommen aus den USA und 60% des mexikanischen Außenhandels entfallen auf die USA. Trotzdem lag den Imperialisten an der Ablösung des angeblich „linkslastigen" Echevierria:

Im September haben internationale Großbanken – allen voran US-amerikanische – die Freigabe des Peso erzwungen, indem sie mit der Streichung von Milliardenkrediten drohten. Ergebnis war, daß der seit über 20 Jahren relativ stabile Peso innerhalb von zwei Monaten über die Hälfte seines Wertes verloren hat.

Hinzu kommt eine Inflationsrate von 15 bis 20% und eine Auslandsverschuldung Mexikos, die sich inzwischen auf über 20 Mrd. DM beläuft („FAZ",3.12.).

Diese wirtschaftliche Krise und die zunehmenden Klassenkämpfe soll jetzt der *„Pragmatiker"* Portillo mit seinem angekündigten *„gemäßigteren Kurs"* bewältigen, („FAZ", 2. und 3.12.).

Portillo hat bereits betont, daß er es als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet, *„der Privatwirtschaft des Landes und dem Auslandskapital neues Vertrauen einzuflößen"*. Er will die Löhne einfrieren und hat mit aller Deutlichkeit hervorgehoben, *„daß der Wirksamkeit von Landenteignungen Grenzen gesetzt seien"* und daß man Landenteignungen
aller Deutlichkeit hervorgehoben, *„daß der Wirksamkeit von Landenteignungen Grenzen gesetzt seien"* und daß man Landenteignungen
jederzeit zurücknehmen könne („SZ", 3.12. und „FAZ", 2.12.).

Trotz dieser, für die Imperialisten vielversprechenden, Ankündigungen ist man besorgt, ob der neue Präsident die wachsende Kampfkraft der Arbeiter und vor allem der landlosen Bauern niederschlagen kann.

Nach Echeverrias Landenteignungen in Sonora haben 25.000 Campesinos riesigeLandbesetzungen in Sinaloa angekündigt („FAZ", 1.12.). In Durango halten – nach offiziellen Angaben – 500 Bauern Ländereien besetzt („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 2.12.) und laut „Spiegel" kämpfen in den Provinzen Sinaloa und Chipas 100.000 mit Schnellfeuergewehren bewaffnete Campesinos um ihren Boden.

Es entspricht der Logik der Imperialisten und der Rechtsentwicklung in ganz Lateinamerika, wenn in dieser Situation bereits Stimmen laut werden, die meinen, diesen „Berg von Schwierigkeiten" könne Portillo kaum im Rahmen der „demokratischen Spielregeln" lösen. Die Großgrundbesitzer haben jedenfalls längst begonnen, faschistische Privatbanden auszurüsten und gegen die Campesinos einzusetzen („FR", 1.12.).

„Nach landeseigenem Urteil hat Mexiko zwar seit eh und je den Charakter einer sozialen Zeitbombe; aber es ist unverkennbar, daß die Zünduhr ... inzwischen eher vorgerückt als stehengeblieben ist" („FAZ", 2.12.).

Lateinamerikakommission

afrika aktuell

Vorster forciert Verfassungskonferenz

In Namibia sind die „Verfassungsgespräche" wieder neu in Gang gekommen, und erste „Ergebnisse" scheinen unmittelbar bevorzustehen. An diesen Gesprächen nehmen nur – von den südafrikanischen Rassisten ausgesuchte – „Vertreter des Volkes" von Namibia, sowie Vertreter der RSA-Besetzer teil. Ihre Aufgabe: *„Die Konferenz hat von mir den Auftrag (!) eine Verfassung für die wirkliche Unabhängigkeit zu verabschieden"* (Rassistenchef Vorster nach „Le Monde", 27.11.76). Damit ist der Rahmen und der „Auftrag" festgelegt.

Nachdem die „Verfassungskonferenz" in den letzten Monaten etwas ins Stocken geraten war, hatte der Rassistenchef alle Teilnehmer zu *„einem sehr ernsten Gespräch"* vorgeladen. Hier machte er nochmals



SWAPO-Vorsitzender S. Nujoma

SWAPO-Vorsitzender S. Nujoma

die Bedingungen klar, unter denen die RSA eine „Unabhängigkeit" wünscht:

– die weiße Minderheit *„darf nicht diskreminiert"* werden. D. h. sie soll weiterhin alle wirtschaftlichen Vorrechte behalten.
– die RSA soll *„weiterhin die Polizei ausbilden"*, ebenfalls auch das Recht *„auf Truppenstationierung behalten"*.
– die *„verfassungsmäßige Regierung soll sich verpflichtet fühlen, gegen den politischen Terrorismus genau so konsequent zu kämpfen"* wie die RSA.

Diese klare Sprache der Rassisten wird garniert mit einigen „Bonbons", wie die „Abschaffung der Diskriminierung", der Einführung eines „Mindestlohnes" und das „gleiche Wahlrecht".

– Es sollen nach „freien Wahlen" zwei Kammern mit je 50 Abgeordneten bestehen. Dabei ist das Wahlrecht so aufgeteilt, daß eine Kammer fast nur von Weißen gewählt wird, die andere soll „gemischt" sein. Ergebnis: Selbst nach den „freien Wahlen" behalten die Weißen ganz unverblümt die Mehrheit im Parlament. (alle Angaben nach: SWAPO-Büro Luanda; „Diario de Luanda", 26.11.76)

Um nach außen den Anschein zu erwecken, daß auch ein Teil der SWAPO an den „Verfassungsgesprächen" teilnimmt und nur eine *„verschwindende Minderheit von Terroristen"* (Vorster) den Kampf weiterführt, meldete die RSA-Presse *„die Teilnahme prominenter SWAPO-Führer"* an den Gesprächen.

Hierbei werden vier „Prominente" genannt, die nach Angaben der SWAPO ihre Funktionen bereits schon vor fünf bis 15 Jahren verloren haben. Interessant hierbei ist, daß es sich bei diesen Typen um ehemalige „Auslandsvertreter" handelt, die alle wegen „Veruntreuung von SWAPO-Geldern" ausgeschlossen wurden („Extra-Dienst", 3.11.76)!

Man darf gespannt sein, ob auch die hiesige bürgerliche Presse die angebliche Teilnahme „prominenter SWAPO-Vertreter" übernehmen wird.

Eindeutig ist auszumachen, daß die SWAPO in der letzten Zeit größere Erfolge zu verbuchen hat: *„Die Befreiung und Unabhängigkeit von Angola und Mosambik, die wachsenden Kämpfe in Südafrika selber und in Zimbabwe sind natürlich auch am Volk von Namibia nicht vorübergegangen. Im Gegenteil. Es gab und gibt eine*
Namibia nicht vorübergegangen. Im Gegenteil. Es gab und gibt eine
Rekrutierungswelle der SWAPO von bisher kaum gekanntem Ausmaß.

Dies stellt uns zwar auch vor Probleme, aber wir sind – auch dank der brüderlichen Hilfe der MPLA und der VR Angola – heute in der Lage diese freiheitsliebenden Menschen politisch und militärisch gut auszubilden und einzusetzen..." (SWAPO nach „Diario de Luanda", 26.11.76).

Wie eng die Geschicke der SWAPO und der MPLA darüber hinaus verknüpft sind, mag auch daran deutlich werden, daß die SWAPO in ihren Militärberichten immer wieder darauf hinweist, daß auch die Söldnerbanden der UNITA an der Seite der RSA-Faschisten gegen sie eingesetzt werden (nach „Extra-Dienst" 95/76). Augenscheinlich werden entlang der angolanischen Grenze Militär- und Ausbildungscamps der angolanischen Konterrevolution mit Unterstützung der Rassisten aufgebaut. Eine besondere Frechheit stellt in diesem Zusammenhang Vorsters Antrag bei der UNO dar, diesen als „Flüchtlingslager" umgedichteten Ausbildungsbasen der UNITA Flüchtlingshilfe zukommen zu lassen (SWAPO nach „Diario de Luanda", 26.11.76).

Neben diesen Fakten bedeutet auch die enorme Verstärkung der Aufrüstung der Rassisten in Namibia (Verdoppelung der RSA-Kontingente, Aufbau spezieller „Anti-Terror-Einheiten", Fertigstellung des Militärstützpunktes „Drumpel" an der angolanischen Grenze) eine deutliche Drohung an die Adresse der VR Angola.

Sie wird unterstrichen durch die Aussage eines RSA-Sprechers:

„Die SWAPO, die Camps im Süden Angolas besitzt, dringt neuerdings ständig in alle Gebiete Namibias ein ... die südafrikanischen Truppen könnten gezwungen sein, die Taktik der direkten Verfolgung zu übernehmen, um die Grundlagen der SWAPO in Angola (!) auszurotten" (nach: „Le Monde", 6.12.76).

Mit haarscharf derselben „Argumentation" haben die rhodesischen Faschisten ihre ständigen Provokationen gegen die VR Mosambik und ihre grauenhaften Massaker an Bewohnern grenznaher mosambikanischer Dörfer „gerechtfertigt". Ähnliches steht der VR Angola offenbar bevor; ihre Solidarität mit der SWAPO wird daduch allerdings ebensowenig zerstört werden können, wie die Unterstützung Mosambiks für die ZIPA Zimbabwes.

Afrika-Kommission

biks für die ZIPA Zimbabwes.
Afrika-Kommission

Erfolge der EPRP – trotz „chilenischer Bedingungen"

Äthiopien. Die äthiopische Regierung gibt sich neuerdings keine Mühe mehr Massenhinrichtungen zu verschweigen: Anfang November wurden 23, Mitte November 27 sogenannte „Anarchisten und Reaktionäre" hingerichtet. Nach den Angaben der äthiopischen Revolutionäre waren es fast ausschließlich Genossen der EPRP!

Durch die offizielle Bekanntgabe dieser Morde wurde jedoch nur die oberste Spitze des riesigen Eisberges von willkürlichen Erschießungen durch die Mörderbanden der äthiopischen Junta sichtbar. Jede fortschrittliche oppositionelle Äußerung in Äthiopien, jede Arbeitsverweigerung und jeder Streik ist gegenwärtig mit Gefahr für Leib und Leben verbunden. Besonders seit September '76, seit die Junta der EPRP den Vernichtungskrieg erklärte, reißt die Kette von Massenmorden und Verschleppungen nicht ab.

Es seien hier einige der neueren Unterdrückungsmaßnahmen genannt:

– Treu nach faschistischem Vorbild von „Sippenhaft" wird oft „stellvertretend" die ganze Familie verschleppt, wenn ein gesuchtes Opfer sich den Häschern entziehen konnte.
– Viele Studenten, die nach abgeschlossenem Studium aus dem Ausland zurückkehren, werden sofort ins Gefängnis gesteckt. Ausgenommen sind anscheinend nur solche, die im Ausland bereits Verbindung zu Haile-Fide-Leuten (Intellektuellengruppe zur politischen Beratung der Junta) hatten (nach: „Abyot" – Organ der EPRP – Nr.8).

Die Genossen der Auslandssektion der EPRP vergleichen in einem Brief vom November '76 das gegenwärtige Ausmaß des faschistischen Terrors in Äthiopien mit der Situation in Chile nach dem Putsch 1973!

Zugleich berichtet jedoch „Abyot" von zunehmenden Aktivitäten ihrer militanten Kampforganisation EPRA (Ethiopien People's Revolutionary Army). Es wurden Polizei- und Soldatenposten überfallen und Waffen erobert, ca. 60 Attentate auf führende Mitglieder und Schergen der DERG erfolgreich durchgeführt, die Kaderschule der Junta in Addis Abeba gesprengt. Trotz der Repression finden auch immer wieder Streiks und Demonstrationen statt!

Die Volksfront zur Befreiung von Oman hat in Sawth-al-Thawrath („Stimme der Revolution", Bulletin der PFLO) vom 18.9.76 den Terror der Junta, besonders gegen die EPRP, dargestellt und entlarvt und der EPRP ihre besondere Solidarität und vollste Unterstützung zugesagt! Die Anerkennung durch diese angesehene und bewährte Befreiungsorganisation ist ein wertvoller Gewinn für die EPRP und insgesamt Ausdruck des Zusammenrückens der Revolutionäre in dieser Region.

Afrika-Kommission

Lockheed auch in Afrika

In Nigeria ist jetzt – nach Pressemeldungen – ein „Lockheed-Skandal" aufgedeckt worden.

So erklärte ein Sprecher der nigerianischen Regierung, daß *„bei Abschluß von Verträgen über die Lieferung von sechs Flugzeugen die Vertreter von Lockheed Bestechungsgelder von rund 4 Mio Dollar zahlten."* Neben den bisher „einmaligen Zementbestellungen" eines Vertreters der ehemaligen Regierung Nigerias (damals wurde Zement im Werte von mehr als einem jährlichem Staatshaushalt bestellt und geliefert), ist dies nun der zweite Skandal ehemaliger Regierungsmitglieder des gestürtzten Gowon-Regimes.

Auf der anderen Seite beweist dieses Beispiel, daß es zum „normalen" Geschäft der Großkonzerne gehört, Bestechungsgelder zu zahlen und beiseite zu schaffen. Egal ob in imperialistischen Ländern oder in Ländern der „Dritten Welt" (Information nach „horizont" 49/76)

Afrika-Kommission

Weitere Demonstrationen in Südafrika

Auch in den letzten zwei Wochen haben in den RSA Demonstrationen und Streiks gegen das rassistische Regime stattgefunden:

– So wurden insgesamt über zwanzig Betriebe bestreikt. Die Gründe: Neben der Forderung nach mehr Lohn waren es Solidaritätsstreiks für die Inhaftierten der Kämpfe von Soweto und für die Abschaffung von „Bantuschulen" (nach einer unvollständigen Statistik der „Le Monde", 7.12.76).
– In der Nähe von Kapstadt fanden Demonstrationen von Schülern *„gegen die Bantuschulen und für eine sofortige schwarze Mehrheitsregierung statt"* („Süddeutsche Zeitung", 29.11.76).
– Ebenfalls in Kapstadt wurden von schwarzen Demonstranten die Häuser schwarzer Kollaborateure niedergebrannt („SZ", 1.12.76).

Gleichzeitig aber geht die Rassistenregierung mit bekannter Brutalität gegen die Demonstranten vor. Allein bei einem Streik in der Umgebung von Kapstadt erschossen die Faschistenknechte wieder drei streikende Arbeiter („SZ", 7.12.76).

Am 25.November wurden die Büros des Afrikanischen Kirchenrats und des Christlichen Instituts durchsucht. Dabei wurden zwei Mitglieder dieser Vereinigungen wegen Verstoßes gegen das „Gesetz gegen die Verbreitung des Kommunismus" festgenommen („Le Monde", 27.11.76).

Trotz dieser faschistischen Maßnahmen der Rassisten ist der Kampfgeist der schwarzen Mehrheit ungebrochen.

So gab der Vorsitzende des Schülerrates von Soweto folgenden Ausblick: „Wir werden kämpfen bis der letzte Rassist verschwunden ist".

Afrika-Kommission

Senghor – erster Schwarzer in der „Sozialistischen Internationale"

Die jüngste Tagung der imperialistischen „Sozialistischen Internationale" hat u.a. das Streben der hinter Brandt (und Schmidt) versammelten Kräfte dokumentiert, „Bruderorganisationen" aus der „3. Welt" in ihren erlauchten Kreis zu integrieren. Ziel dieser Politik ist es, noch direktere Einflußmöglichkeiten in der „3. Welt" zu erlangen, teilweise wohl auch an den US-Imperialismus verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen. Liegt der Schwerpunkt dieser Intentionen auch heute zunächst in Lateinamerika, so wurde gleichzeitig auch ein erster Schritt in Richtung Schwarzafrika vollzogen.

Als erster Vertreter eines schwarzafrikanischen Staates wurde Leopold Sedar Senghor, Regierungschef des westafrikanischen Senegal, in die internationale Ansammlung der reformerischen bis hin zu sozialfaschistischen Parteien aufgenommen – und avancierte zudem zum Vizepräsidenten der „SI". Die Aufnahme und „Beförderung" gerade Senghors als ersten schwarz-afrikanischen Vertreter gibt zugleich die Richtung an, nach welchen Kriterien sich die „SI" ihre „Bruderparteien" in der „3. Welt" aussuchen will: Vertreter der reaktionärsten Kompradorenklassen sind gefragt!



Der Beitritt Senghors zu diesem Club ist zudem ein gezielter Schlag ins Gesicht aller afrikanischen Staaten. Während die OAU in scharfer Form jedwede Zusammenarbeit mit dem zionistischen Israel verurteilt hat, sitzt Senghor jetzt Arm in Arm mit den Spitzen der israelischen Regierungspartei in der „SI" zusammen.

Erst vor kurzem hatte der Zionistenfreund der afrikanischen Einheit eine Ohrfeige verpaßt: gegen den Beschluß der Mehrheit der afrikanischen Staaten, die Olympischen Spiele zu boykottieren, sandte Senghor seine Mannschaft nach Montreal („Süddeutsche Zeitung", 24.7.76).

Reaktion nach innen

Seit der Entlassung Senegals in die „Unabhängigkeit" durch die französischen Kolonialherren 1960 hat sich Senghor, bis dahin Lehrer und Staatssekretär in Paris, in der brutalen Unterdrückung jeder Opposition hervorgetan. Schon 1961 wurde die „Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit" (PAI), die den Kompradoren Senghor scharf bekämpfte, verboten und ihre Genossen verfolgt. Im Dezember '62 schaltete er auch die reformerische bürgerliche Opposition wegen angeblicher Putschpläne mit Waffengewalt aus und verschaffte ihren Führern lebenslanges Gefängnis („afrika heute", Nr. 4/73). Seitdem regiert Senghor mit seiner Einheitspartei UPS mit Terror gegen die Bevölkerung. Als im Mai '68 Studenten- und Schülermassen gegen das feudale und luxeriöse Leben der Kompradorenklasse in Dakar protestierten, schlossen sich die Gewerkschaften mit einem Generalstreik an. Senghor zerschlug die Massenkämpfe mit Hilfe der Armee, ließ Arbeiter- und Studentenführer zwangsrekrutieren oder festnehmen („Financial Times", 7.10.71), und ging in den folgenden Jahren zielbewußt daran, die Gewerkschaften in seine Einheitspartei zu integrieren und die Militanten auszuschalten. 1971 wurden Dutzende von militanten Gewerkschaftern, die sich gegen die Gleichschaltung ihrer Organisation zur Wehr setzten, mit mehrjährigem Gefängnis bestraft („Frankfurter Rundschau", 18.8.71). Bei den Terrorurteilen, die von Sondertribunalen ausgesprochen wurden, genügte allein die angebliche Absicht (!), Molotow-Cocktails zu werfen, mehrere Militante mit lebenslanger Schwerstarbeit zu bestrafen („FR", 18.8.71).

Etwas Zynik am Rande: Wenige Monate nach der Niederschlagung der Streiks mit Militärgewalt wurde Senghor in der Frankfurter Paulskirche der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen („FAZ", 1.10.68).

Trotz insgesamt spärlicher Informationen über die sengalesische Diktatur läßt sich aber doch mühelos erkennen, daß seit 1968 die Kämpfe weiterschwelen und in Abständen wieder ausbrechen. So war Senghor des öfteren gezwungen, die Universitäten zu schließen, und sog. „Spalter" in den Gewerkschaften festzunehmen („Le Monde", 17.3.75). Ein weiteres Anzeichen für die nicht nachlassende Opposition ist auch der kürzliche Versuch Senghors, den Widerstand durch Aufbau von Pseude-Oppositionsparteien zu neutralisieren (s. AK 76).

Für das ständige Wiederaufflakkern der Kämpfe sind allerdings auch Gründe genug vorhanden. Die Kompradorenherrschaft hat zu keinerlei wirtschaftlicher Verbesserung für die Bevölkerung geführt – im Gegenteil: das ohnehin schon minimale Pro-Kopf-Jahreseinkommen (1976: 740,- DM, „afrika heute", s.o.) wird duch die Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel ständig geschmälert – beispielsweise 1974 um 60 % für Mehl, Reis, Öl und Zucker („ Neue Zürcher Zeitung",17.2.74). Senegals Landwirtschaft ist eine Monokultur, Erdnüsse sind das fast einzige Anbauprodukt. Die Bauern, (90% der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft), werden gezwungen, teure Düngemittel einzusetzen, aber sie bekommen von der staatlichen Exportgesellschaft keine höheren Preise für ihre Produkte gezahlt („NZZ" 28.11.71). Auf der anderen Seite suhlt sich die Elite in einigen luxuriösen Vierteln Dakars, das Senghor zum Touristenzentrum Westafrikas ausbauen will. Für diese „ehrgeizigen" Pläne schleudert er Millionen für Hotel- und Palastbauten aus dem Fenster.

Daß man die Unzufriedenheit der senegalesischen Massen mit Senghors Regime nicht auch bei den ab und an stattfindenden Wahlen erkennen kann (bei denen Senghors UPS penetranterweise jedesmal mit über 90 % als Sieger hervorgeht), ist freilich auch Senghors Verdienst: bei den letzten Kommunalwahlen, bei denen seit langem erstmals wieder zwei andere Parteien kandidierten, wurde ziemlich plumper Wahlbetrug aufgedeckt. – Senghor gewann die Wahl übrigens mit 91,5 % („NZZ", 25.11.76) – wer hätte das gedacht?

Eine zusätzliche Absicherung der Senghor-Diktatur erfolgt duch Frankreich, das auch den größten ökonomischen Nutzen aus den Verhältnissen im Senegal zieht.

„Die Freundschaft mit Frankreich konkretisiert sich zudem in großzügiger Hilfe und in der Präsenz eines französischen Fallschirmjägerkontingents, das auf Wunsch Senghors jederzeit eingreifen kann, sollten gefährliche innenpolitische Entwicklungen seinen Thron jemals ins Wanken bringen" („NZZ", 28.11.71). Einen Abzug oder Verringerung der französischen Spezialeinheiten ist in den vergangenen fünf Jahren nicht durch die Presse gegangen, ihre Anwesenheit daher auch heute noch anzunehmen.

Außenpolitik im Interesse des Imperialismus

Auch außenpolitisch sticht Senghor durch seine reaktionären Aktivitäten ins Auge. Er gehört zu den relativ seltenen afrikanischen Kompradoren, die heute ganz unverhüllt eine enge Zusammenarbeit mit den imperialistischen Staaten predigen. Dementsprechend tritt er auch für eine „Friedenslösung" im südlichen Afrika ein („Frankfurter Rundschau", 15.4.). In einem Interview mit der „Le Monde" (4.7.72) unterstreicht er – am Beispiel Guinea-Bissau –, daß sich die PAIGC mit den portugiesischen Kolonialfaschisten an einen Tisch setzen müsse, um friedlich die Unabhängigkeit auszuhandeln: *„ ... in Freundschaft mit den ehemaligen Kolonialherren"* (!). – Zu dieser Zeit bombardierten die Portugiesen die Dörfer der Bauern von Guinea-Bissau ...

So hat er auch alles darangesetzt, den bewaffneten Kampf der PAIGC zu verhindern – die revolutionäre Befreiungsbewegung Guinea-Bissaus, PAIGC, durfte vom Senegal aus nicht operieren (abgesehen von der Endphase des Kampfes, als ihr Sieg feststand). Stattdessen unterstützte Senghor bis zum „bitteren Ende" ein der angolanischen FNLA ähnliches Faschistenhäufchen FLING („Le Monde", 4.3.74).

Auch zum fortschrittlichen Nachbarstaat Guinea-Conakry hegt Senghor unverhüllte Feindschaft. Im September '73 brach er die diplomatischen Beziehungen ab und beherbergt heute – nach eigenen Angaben – 60.000 guineische „Flüchtlinge", von denen ein großer Teil ständig gegen Guinea-Conakry konspiriert. Von Radio Conakry wurde mehrfach aufgedeckt, daß Söldner ihre Putschversuche gegen Sekou Toure vom Senegal aus starteten („NZZ", 22.12.70 und 10. 9.73). Radio Conakry hat Senghor daraufhin wahrheitsgemäß als *„Marionette des Imperialismus und Kolonialismus"* charakterisiert („NZZ", 28.11.71).

Warum die internationale Sozialdemokratie einen Kompradoren dieses Schlages herzlich in ihren Armen begrüßt, ist folglich klar: er reiht sich wirklich naht- und mühelos ein in die Reihe der Golda Meir's, Indira Gandhi's und Helmut Schmidt's!

Afrika-Kommission

PSOE erkennt POLISARIO an

Am 14. November fanden in den befreiten Gebieten der Westsahara Gespräche zwischen Muhammad Abd Al-Asis (Generalsekretär der POLISARIO), Mahmoud Laroussi (sahaurischer Inneminister) und Felipe Gonzales, dem Generalsekretär der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE, und Luis Fajardo, dem führenden Funktionär des Bundes der Sozialisten der Kanarischen Inseln, statt. Dabei wurde das Dreier-Abkommen Madrid-Marokko-Mauretanien über die Teilung der Westsahara als „nicht bindend" zurückgewiesen. Die PSOE erkannte die POLISARIO als die einzige rechtmäßige Vertretung des Volkes der Sahara an, erklärte ihre Bereitschaft, die Proklamation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara zu unterstützen und rief alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf, eine ähnliche Haltung einzunehmen.

Fajardo erklärte, *„die Bewohner der Kanarischen Inseln seien ein afrikanisches Volk"* (was die spanischen Besatzer stets leugnen). Er rief alle fortschrittlichen Kräfte der Welt auf, die imperialistischen Pläne (Marokko und die Kanarischen Inseln als imperialistischer Brückenkopf) aufzudecken, und versicherte, daß seine Organisation das Volk der Westsahara im Kampf gegen die Invasion Marokkos und Mauretaniens unterstützen werde. Er betonte, daß das Volk der Kanarischen Inseln keine US-imperialistischen Stützpunkte auf seinem Territorium wünsche (nach „Monitor-Dienst", 22. 11.76).

Dieses Treffen zeigt, daß sogar Sozialdemokraten vom Schlage der PSOE, die jüngst auf ihrem Kongreß Willy Brandt, Palme und Mitterand feierten, vor den ständigen Erfolgen der POLISARIO nicht die Augen verschließen können und den sahaurischen Staat anerkennen müssen.

Nahost-Kommission

der Kanarischen Inseln seien ein Nahost-Kommission kirche der Friedenspreis des eines französischen Fallschirmjäger- Afrika-Kommission



asien aktuell

Rechtsruck nach den Parlamentswahlen in Japan?

Bei den japanischen Unterhauswahlen vom 5.Dezember hat zwar die korrupte und dem Großkapital verpflichtete LDP ihre seit 30 Jahren behauptete absolute Mehrheit im Parlament verloren, doch konnte sie schon wenige Stunden nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch den Übertritt von acht gewählten „Unabhängigen" in die LDP wieder eine hauchdünne Mehrheit erreichen (257 Sitze, also einen mehr als die zur absoluten Mehrheit erforderlichen 256 Sitze).



Verlierer Miki

WAHLERGEBNIS NACH SITZEN

Partei	Sitze 1976	1972
Liberaldemokraten (LDP)	249	271
Sozialisten (JSP)	123	118
Komeito	55	29
Demokratische Sozialisten (DSP)	29	19
Revisionisten (JCP)	17	38
Neuliberaler Club (NLC)	17	-
Unabhängige Kandidaten	21	16

Das vom Regierungschef Miki (LDP) angestrebte Mindestziel von 271 Sitzen, um somit die Geschäfte der 16 Unterhausausschüsse effektiv zu kontrollieren, konnte die LPD allerdings nicht erreichen.

Nach der Sitzverteilung gerechnet ist die „Kommunistische Partei" (JCP), die über 60% ihrer Sitze verlor und somit nunmehr die schwächste Oppositionspartei geworden ist, der große Verlierer der Wahl. Dagegen konnte die stark konservative, neubuddhistische Komeito ihre Mandate fast verdoppeln und die Demokratischen Sozialisten (DSP) konnten ihre Sitze um 50% erhöhen. Daß eine Verschiebung der Stimmen innerhalb des konservativen Lagers stattfand – von der regierenden LDP zu den oppositionellen Konservativen – wird durch das erfolgreiche Abschneiden der Neuliberalen (NLC) bekräftigt. Diese zunächst fünf Mann starke Gruppe hatte sich im letzten Sommer von der LDP abgespalten, um sich vor der Wählerschaft angesichts des durch den Lockheed Skandal stark gesunkenen Wählervertrauens in die LDP als eine „saubere" konservative Alternative hinzustellen (vgl. AK Nr. 84, S. 46). Eine nicht unwichtige Rolle spielten bei diesen Wahlen auch die „parteiunabhängigen" Kandidaten. Neben den acht bereits in die LDP eingetretenen Parlamentariern gelten weitere sechs als der LDP nahestehend, zwei neigen zum NLC, einer zur Komeito und zwei zur JCP („FAZ", vom 7.12.76). Soweit könnte sich das Kräfteverhältnis im Parlament noch zugunsten der LDP verändern.

Die revolutionäre Linke in Japan hat sich nicht zur Wahl gestellt. Der Grund hierfür ist nicht nur in der geringen Verankerung der stark zersplitterten Linken in der Bevölkerung zu sehen, sondern auch im geltenden fastfeudalen Wahlrecht, wonach für jeden Kandiadaten eine Kaution von umgerechnet etwa 8.500 DM bei der jeweils zuständigen Justizbehörde hinterlegt werden muß. Vor vier Jahren betrug diese Kaution noch knapp 3.000 DM. Wer nicht mehr als 4 bis 6,6% der Stimmen –je nach Wahlkreisgröße – in seinem Wahlkreis erhält, verliert diesen Betrag. So hatten sich auch insgesamt nur 899 Kandidaten um die 511 Sitze im Unterhaus beworben. Für finanzschwache Parteien bedeutet das, daß sie ihre Kandidaten dort konzentrieren, wo eine Erfolgsaussicht besteht. Nur in 10 der 130 Wahlkreise haben alle sechs Parteien kandidiert, und in 88 Wahlkreisen waren nur ein oder zwei Kandidaten aufgestellt („Extradienst", 23.11.76).

Die Wahlbeteiligung war zwar in diesem Jahr mit 73,5% für japanische Verhältnisse überdurchschnittlich hoch, jedoch ist sie im Vergleich zu anderen Industrienationen sehr niedrig. Vor allem wirkt sich dieser Umstand in den städtischen Ballungszentren aus, wo beispielsweise Kaufhausangestellte, die wegen der verkaufsoffenen Samstage am Wahltag kilometerweit von ihrem Wahllokal arbeiten müssen, kaum Zeit haben, um ihre Stimme abzugeben. So ist die Wahlbeteiligung in den ländlichen Wahlkreisen weitaus höher als in den Großstädten, was für Rechtsparteien (und vor allem die große LDP) zusätzliche Vorteile bringt.

Schließlich spiegelt die Sitzverteilung im Parlament die Stimmanteile der Parteien nicht wieder. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts und der ungleich repräsentierten Wahlkreise ergibt sich nach den Stimmanteilen folgendes Wahlergebnis:

WAHLERGEBNIS NACH STIMMENANTEILEN

Parteien	Stimmenanteile % 1976	1972
LDP	41,8	46,9
JSP	20,7	21,9
Komeito	10,9	8,5
DSP	6,3	7,0
JCP	10,4	10,5
NLC	4,2	-
Unabhängige	5,7	5.3

So hat die JSP 1,2 Prozentpunkte gegenüber 1972 verloren, konnte jedoch

Fortsetzung von Seite 36

ihre Mandate um 5 erhöhen. Die DSP büßte 0,6 Prozent Stimmen ein, verbesserte jedoch ihre Sitzzahl um 10 Mandate. Die JCP hingegen mußte 21 Mandate abgeben, obwohl sie nur 0,1 Prozent verlor! Während die JCP mit 10,4 Prozent der Stimmen 17 Mandate errang, konnte dies der NLC mit nur 4,2 Prozent erreichen. Mit 6,3 Prozent der Stimmen gewann die DSP sogar 29 Sitze! Das vorliegende Wahlergebnis kann daher keinen Aufschluß über das tatsächliche Meinungsbild der japanischen Wähler geben. Es soll aber dennoch im folgenden versucht werden, das Zustandekommen dieses Wahlausgangs anhand der Politik einiger Parteien und ihrer Wahlkampfführung aufzuzeigen.

Die LDP ist in der Zeit von 1958 (als sie noch 57,8% der Stimmen auf sich vereinigen konnte) bis heute auf 41,8% abgerutscht. Dieser Rückgang dürfte zum einen wohl darin begründet sein, daß die „Liberaldemokraten" sich durch ihre Regierungspolitik klar als Agentur des japanischen Großkapitals ausgewiesen haben (was zu Stimmverlusten vor allem in der werktätigen Bevölkerung geführt hat). Zum anderen haben innerparteiliche Cliquenkämpfe (die nicht nur einmal sogar in Parlamentsausschüssen mit den Fäusten ausgetragen wurden!) und zahllosen Korruptionsfälle (in die stets auch führende LDP-Leute verwickelt waren und die in der Lockheed-Affäre ihren Höhepunkt hatten) das Ansehen dieser Partei „in der Öffentlichkeit" stark beeinträchtigt.

Daß die LDP trotzdem so gut abschneiden konnte, liegt an ihrer skrupellosen (Geld)Machtpolitik und den durch das japanische Wahlsystem für sie günstigen ländlichen Wahlkreisen. Es ist nicht anzuzweifeln, daß weitaus mehr als die von der LDP angestrebten 25 Millionen DM an Wahlkampfspenden den LDP-Kandidaten von der Industrie zugeflossen sind. *„Wo ein Unterhaussitz heute etwa fünf Millionen Mark an Wahlkampfkosten verschlingt, gilt die Annahme von Geldspenden als unumgängliche und allseits geübte Praxis"* („FAZ", 6.11.76). Zwar waren in diesem Jahr die Wahlkampfspenden pro Unternehmen auf „nur" 1,2 Millionen DM begrenzt, aber auch diese Grenze dürfte wohl nicht selten überschritten worden sein angesichts der Tatsache, daß sich früher allein ein Stahltrust mit 20 Millionen DM bei der LDP eingekauft hatte („FR", 7.12.76). Der Dachverband der japanischen Wirtschaftsverbände hatte auch schon vorweg umgerechnet 8,5 Millionen DM an Spenden für die LDP von seinen Mitgliedern eingesammelt („The Japan Times", 21. 11.76).

Dieses dicke finanzielle Polster ermöglichte es der LDP ihre Position in den ländlichen und kleinstädtischen Wahlkreisen zu behaupten. Hier spielt die Lockheed-Affäre eine geringere Rolle als in den Großstädten. Hier wird weiterhin systematisch Stimmenkauf betrieben. *„Jeder japanische Politiker, der etwas auf sich hält und es zu etwas bringen will, unterhält seine eigene Wahlkreisorganisation, die sogenannte ‚Koh-en-kai', zu deutsch: Unterstützungsverein. Sie sorgt dafür, daß bei jeder seiner Wahlversammlungen genügend Zuhörer zur Stelle sind und daß am Wahltag niemand ‚vergißt', seine Stimme für den Meister abzugeben. Umgekehrt kümmert sich der Abgeordnete auch zwischen den Wahlen um seine Schäflein im Wahlkreis. Er finanziert nicht nur die Organisation, sondern schafft auch zusätzliches Geld herbei, damit möglichst jedes Hochzeitspaar im Wahlkreis unter den Glückwünschen auch einen Umschlag mit einer kleinen Spende ‚seines' Abgeordneten vorfindet und bei jedem bekanntgewordenen Todesfall die Hinterbliebenen mit einem angemessenen ‚Schmerzensgeld' bedacht werden. Und natürlich bemüht sich der Abgeordnete in Tokio darum, für den Ausbau einer Straße oder die Errichtung eines neuen Bahnhofs im Wahlkreis öffentliche Mittel loszueisen und den Unternehmern daheim möglichst viele öffentliche Aufträge zuzuschanzen"* („SZ", 30.11.76)...

So ist auch zu erklären, warum fünf Hauptbelastete des Lockheed-Skandals wiedergewählt wurden, unter ihnen der frühere Regierungschef Tanaka und der frühere Partei-Generalsekretär Hashimoto, die beide aus der LDP ausgetreten waren und als „Unabhängige" kandidiert hatten.

Diese schmierige Werbearbeit kann die LDP allerdings in den Städten weniger reibungslos verwirklichen. Auch während des Wahlkampfes stieß sie auf den starken Widerstand der Arbeiter. So hatten rund 11.000 Arbeiter unter der Führung der Gewerkschaft Solujo am 14. November in Tokyo für den Sturz der LDP-Regierung und für Unterstützung der „linken" Oppositionsparteien demonstriert. In ähnlicher Weise wurde auch in anderen Städten Japans gegen die LDP mobilisiert („The Japan Times", 15.11.76).

Die Oppositionsparteien waren alle mit der Forderung in den Wahlkampf eingezogen, endlich der LDP-Herrschaft des „großen Geldes" ein Ende zu setzen, die Lockheed-Affäre vollständig aufzuklären und einen Demokratisierungsprozeß im Parlament sowie in den Verwaltungsorganen einzuleiten. Nachdem zur Durchsetzung dieser Forderung zunächst eine „reformistische" Koalition aller Oppositionsparteien angestrebt worden war, wurde von Seiten der JSP auch eine Einbeziehung des NLC und des linken Flügels der LDP vorgeschlagen. Dieser Vorschlag einer „progressiven konservativen Koalition" wurde sogar von der JCP begrüßt, wodurch die JCP sich konsequent auf dem Weg des „Euro-Kommunismus" und des historischen Kompromisses nach italienischem Vorbild zeigte! Um wenigstens eine Annäherung an die Komeito und die DSP zu erreichen, haben sowohl die JSP als auch die JCP Abstand genommen von ihrer Hauptforderung nach der sofortigen Auflösung des imperialistischen japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes! Zwar ist der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag kein Hauptthema des Wahlkampfes gewesen, doch ist es für die Haltung der JSP und noch mehr für die der JCP bezeichnend, daß sie sich über die fundamentalen Interessen der werktätigen japanischen Bevölkerung hinwegsetzen, um sich Regierungsmacht und Pfründe zu ergattern.

Miki tritt zurück

Am 25. Dezember soll nun eine außerordentliche Sitzung des Parlamentes zur Neuwahl des Ministerpräsidenten stattfinden. Der bisherige Regierungschef Miki hat schon seinen Rücktritt als Ministerpräsident und als Parteivorsitzender angekündigt. Das deutlich schlechte Abschneiden der LDP hatte Mikis Position natürlich geschwächt. Seine Aufgabe war es, als „Saubermann" der LDP eine weiße Weste zu verschaffen und das hat nicht geklappt, der Dreck saß zu tief. Heißt der neue Ministerpräsident und Parteivorsitzende Fukuda? Ist eine schärfere Rechtsausrichtung zu erwarten? Fukuda (rechtsradikaler Flügelmann der LDP mit zahlreichen Verbindungen zum Großkapital und zum faschistischen Untergrund) verfügt über 170 Stimmen der insgesamt 249 Mann starken LDP-Fraktion im Parlament.

Eine noch reaktionärere Regierung ist in Japan nach den jetzigen Wahlen schon deshalb wahrscheinlich, weil die LDP das Bündnis mit den rechtesten, offen reaktionären Gruppierungen sucht, um eine „tragfähige Mehrheit" im Parlament zu gewinnen.

Inwieweit das japanische Großkapital seine aggressive Außenpolitik und seinen reaktionären innenpolitischen Kurs jedoch tatsächlich durchsetzen kann, darüber entscheidet der Klassenkampf.

Asien-Kommission



Japanische Eisenbahner demonstrieren Kampfentschlossenheit

naher osten

Revisionistischer Sumpf

Die DDR-Nachrichtenagentur hat bekanntgegeben, daß sie prinzipiell bereit ist, eine Million Dollar Wiedergutmachung an amerikanische Juden zu zahlen, die unter dem Nazi-Faschismus in dem Teil Deutschlands gelebt haben, der heute Staatsgebiet der DDR ist. Wie der DDR-Vertreter bei der UNO dem Vertreter des amerikanischen Verbandes für Wiedergutmachungsforderungen, Ferenz, weiter mitteilte, sei die DDR sogar bereit, heute in Israel lebenden Juden Wiedergutmachungszahlungen zu leisten, Bedingung sei die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion.

Mit dieser „Wiedergutmachung" versuchen die Revisionisten mit den Zionisten ins Geschäft zu kommen! Das schändliche Angebot der DDR-Regierung kommt nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, wo nach der militärischen Niederlage der Palästinenser im Libanon auch deren politischer Einfluß geschwächt ist und die gesamte PLO-Führung bereiter denn je für eine „friedliche Lösung", für den Ausverkauf der Palästinenser ist.

Die gerade von der UNO beschlossene Wiederaufnahme der Genfer Konferenz (gegen die Teilnahme der PLO stimmten die USA, Israel und – wie sollte es anders sein – die Bundesrepublik („Frankfurter Rundschau" –„FR", 11.12.76)) ist ein weiterer Anlaß für die Revisionisten, jeden Ansatz konsequenter Politik für den Versuch, auf der diplomatischen Ebene wieder ein bißchen ins Geschäft zu kommen, über Bord zu werfen. Das betrifft die DDR und die Sowjetunion gleichermaßen.

Man bedenke, die DDR, als die einziger deutscher Staat nach dem Zweiten Weltkrieg den Nazi-Faschismus wirklich konsequent bekämpft hat – und, wenn man moralisch argumentieren will, wirklich Wiedergutmachung geleistet hat –, während hier in der Bunderrepublik die Nazis schon wieder eifrig gepäppelt wurden, die DDR, die mit völlig korrekten Begründungen jede individuelle und kollektive Wiedergutmachungszahlung konsequent abgelehnt hat, daß sie nämlich k e i n Nachfolgestaat des faschistischen Deutschlands sei und folglich nicht für die Verbrechen der Nationalsozialisten und der deutschen Imperialisten zu zahlen habe, bietet j e t z t von sich aus Wiedergutmachungszahlungen an, verbunden mit der Bedingung, Israel und die Sowjetunion müßten wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen, die nach dem Juni-Krieg 67 von der Sowjetunion abgebrochen worden waren.

Die revisionistische Presse hat die Verbrechen der Zionisten, die rassistische Diskriminierung der Araber, den Terror in den besetzten Gebieten immer wieder enthüllt. Der Charakter des Zionismus ist ihnen also hinreichend bekannt. Das Angebot der DDR-Regierung liegt durchaus auf der gleichen schändlichen Ebene wie die Kupferimporte der DDR aus dem faschistischen Chile. Im Grunde also – leider – nichts Neues!

Spott und Zynismus der Zionisten auf das DDR-Angebot ließen denn auch nicht lange auf sich warten. Die zionistische Presse in Israel war „entrüstet" über das „mickerige" 1-Million-Dollar-Angebot der DDR, wo doch die Bundesrepublik nach dem Luxemburger Abkommen 1952 (das Abkommen regelte die Wiedergutmachungszahlungen) bis heute 62,5 Milliarden DM „Wiedergutmachung" gezahlt habe.

Nahum Goldmann, Chef des Genfer Wiedergutmachungsbüros, bezeichnete den Vorschlag als unzumutbar (!) und als Knochen, den man einem Hund zum Fressen vorwirft. Goldmann betonte, daß die DDR mit diesem Vorschlag nicht der Verantwortung für die Verbrechen entziehen könnte, die zehntausenden von Juden in der DDR (!!!) unter dem Nationalsozialismus zugefügt worden seien. *„Das Wiedergutmachungsbüro wird sich bei dem Versuch der Deutschen Demokratischen Republik, sich ihrer Verantwortung durch die Zahlung eines symbolischen Betrages zu entledigen, nicht zum Handlanger machen und wird (von der DDR) weiterhin echte Wiedergutmachung verlangen"*, so Goldmann.

Diese klatschende Ohrfeige haben sich die Revisionisten „ehrlich" verdient.

Nahost-Kommission

Das Land kann ohne Opposition auskommen (Indien)

In **Indien** geht es weiter strikt nach rechts. So beschloß das indische Zentralparlament in seiner jüngsten Sitzungsperiode, die gegenwärtig laufende Legislaturperiode erneut um ein Jahr zu verlängern. Erst Anfang dieses Jahres war die Legislaturperiode bis März 1977 verlängert worden. Nach dem neuen Beschluß wird sie also mindestens bis März '78 dauern. Als Begründung dafür erklärte der indische Justizminister Gokhale vor dem Parlament, *„die Errungenschaften des Ausnahmezustandes dürften durch baldige Wahlen nicht in Gefahr gebracht werden"*(„Süddeutsche Zeitung", 6.11.76). Gegen die erneute Wahlverschiebung stimmten die Abgeordneten der revisionistischen KPI mit dem bemerkenswerten Argument: *„Das indische Volk drohe, sein Vertrauen in die parlamentarische Demokratie zu verlieren"*(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.11.76).

Das Abstimmungsverhalten der Revisionisten in der Frage der Wahlverschiebung darf jedoch nicht als Opposition gegenüber dem politischen Kurs der Gandhi-Diktatur mißverstanden werden. Wenige Tage später nämlich erklärte Generalsekretär Rajeswara Rao, die KP wolle *„die Politik der Kongreßpartei von Ministerpräsidentin Indira Gandhi auch in Zukunft unterstützen, wenn die Außenpolitik der Kongreßpartei von der Freundschaft zu den sozialistischen Parteien bestimmt bleibt"*(„Frankfurter Rundschau", 30.11.76). Diese Ergebenheitsbekundung kam nicht von ungefähr. So wird innerhalb der regierenden Kongreßpartei gegenwärtig offen darüber diskutiert, ob man nicht überhaupt alle Parteien abschaffen sollte außer der eigenen natürlich.

Der Präsident der Kongreßpartei Barooah meinte dazu wörtlich: *„Das Land kann ohne Opposition auskommen, denn sie ist irrelevant für die Geschichte Indiens"*(„FAZ", 18.11.)

Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß schon heute „das Land ohne Opposition auskommt". Die Linken werden verfolgt, eingekerkert und gefoltert, und selbst die rechtsgerichtete Opposition ist ausgeschaltet. Und die Revisionisten als Opposition zu bezeichnen, ginge nun wirklich zu weit. Trotzdem schließt auch ein hoher Parteiführer der regierenden Kongreßpartei nicht aus, *„daß die Kommunisten (gemeint ist die KPI-Anmk. Ak) zum Opfer einer neuen Verhaftungswelle werden könnten"*(„FAZ"; 13.11.76). Das ist zur Zeit noch relativ unwahrscheinlich, denn die indischen Revisionisten passen sich in ihr Wohlverhalten gegenüber den Herrschenden noch Ruhe in einem gewissen Teil der werktätigen Massen. Aber es kann damit gerechnet werden, daß die KPI auf Grund dieser Drohungen ihren „flexiblen Anpassungskurs" an die Diktatur Indira Gandhis noch verschärfen wird.

Asien-Kommission

Malaysische Regierung eifert Thailand nach

Nach dem faschistischen Militärputsch in Thailand hat auch die malaysische Regierung ihren terroristischen Kurs gegenüber der Bevölkerung verschärft. Der Antiguerillakampf wurde intensiviert und, wie die malaysische Presse meldete, haben *„die Maßnahmen gegen linke Politiker ... zugenommen"*. („Horizont" 47/1976). Auch vor der Säuberung der Regierung machen die Machthaber nicht halt. Zwei stellvertretende Minister, die beschuldigt wurden, *„Verbindungen zu kommunistischen Elementen"* unterhalten zu haben, wurden verhaftet.

Asien Kommission

Zusammenarbeit Israels mit USA ...

Das Repräsentantenhaus in Washington hat kürzlich ein Gesetz über Exportkontrollen verabschiedet, das die wirtschaftliche Unterstützung Israels durch amerikanische Firmen absichert. Dieses Gesetz untersagt jede amerikanische Beteiligung an arabischen Boykott-Maßnahmen gegen Israel. Amerikanischen Unternehmen, die Boykottforderungen erfüllen, sollen künftig Steuerprivilegien für Auslandsgeschäfte entzogen werden („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24.9.76).

... und Südafrika

Die israelische Gesellschaft „Tardiran" hat zusammen mit der südafrikanischen „Calan" bei Pretoria eine Niederlassung gegründet („Frankfurter Rundschau", 9.12.76). In dem Werk sollen elektrische und elektronische Geräte produziert und Tardiran-Produkte verkauft werden, die dort nicht hergestellt werden können. Dieses neue Werk kann für Südafrika in künftigen Auseinandersetzungen wichtig sein, denn Tardiran ist in der Rüstungsproduktion spezialisiert!

Nahost-Kommission

Internationale wirtschaftliche Unterstützung für Israel

Die meisten afrikanischen Staaten haben zwar die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen und lauthals einen Boykott gegen Israel verkündet. *„Durch die natürliche Kontinuität jedoch, die an vergangene wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit anknüpfte"*, hat sich Israels Wirtschaftstätigkeit in Afrika seit dem Yom-Kippur-krieg (1967) insgesamt verdoppelt (!) still und heimlich („Monitor-Dienst", 18.11.76). Daneben erteilen israelische Fachleute auch weiterhin „Anleitung und Fachwissen" in Schwarz-Afrika. Es ist seit langem bekannt, daß diese Anleitung hauptsächlich aus militärischer Ausbildung und Beratung besteht! So rührte die Kenntnis beim israelischen Überfall auf Entebbe z.B. daher, daß Israel einst den Flughafen Ugandas gebaut und die Piloten der ugandischen Luftwaffe ausgebildet hatte.

Außerdem wurde die technische Zusammenarbeit Israels in Asien und in Zentral- und Südamerika in den letzten Jahren ausgeweitet. Diese Tätigkeiten braucht sich die israelische Regierung nichts kosten zu lassen, denn sie werden *„von den geförderten Ländern oder von einem dritten Land"* finanziert.

Wer diese „dritten Länder" sind, wird an folgendem deutlich: Die Niederlande stellten in einem Abkommen für 1977 ungefähr 25 Mio. Pfund zur Finanzierung solcher Tätigkeiten Israels bereit. Dieser Betrag liegt höher als der gesamte israelische Etat für internationale Zusammenarbeit!!!

Schweden und die interamerikanische Entwicklungsbank stellten ebenfalls bedeutende Summen für diesen Bereich zur Verfügung. Und schließlich schloß die kanadische Regierung mit Israel ein Grundsatzabkommen über Unterstützung für israelische Projekte in der „Dritten Welt" ab („Monitor-Dienst", 18.11. 76).

Nahost-Kommission

Wahlen in Marokko – ein Farce

Am 12. November fanden in Marokko Kommunalwahlen statt. Daß in Marokko der angekündigte „Aufbruch in die Demokratie" nicht stattfinden wird, zeigte schon die Vorbereitung der Wahlen: Informationsminister Benhima kündigte vor ausländischen Journalisten an: Wer von den neugewählten Vertretern nicht pariere, der müsse ausgewechselt werden. Die Pressezensur hält er für ein praktisches Instrument. Vorher hätten die Oppositionsparteien zu allem, was die Regierung gemacht habe, gesagt, das sei falsch („Frankfurter Rundschau", 1.11.76). Auf die Frage nach der Freilassung politischer Gefangener meinte Benhima, es gebe keine politischen Gefangenen, sondern nur Kriminelle, die die Parteien mißbraucht hätten, um Komplotte gegen den Staat zu schmieden.

Bei einer Prüfung der Wahllisten wurden 500.000 Personen in die Listen nachgetragen. Trotzdem wird die Zahl der Nicht-Eingeschriebenen auf 1,2 Millionen geschätzt. Eine ungeheure Zahl bei insgesamt nur 6,5 Mio. Eingetragenen. In Gegenden, die als unruhig bekannt sind, wurden viel weniger Leute erfaßt, als in königstreuen Regionen. Die sozialdemokratische UNFP konnte ihre Wahlbeteiligung nicht mehr aufrechterhalten und boykottierte die Wahl, nachdem sich immer mehr „unabhängige", d.h. von der königlichen Verwaltung begünstigte Kandidaten aufstellten.

So gab es schließlich fast doppelt so viele „unabhängige" Kandidaten als Kandidaten der verschiedenen politischen Parteien. Nur 65,45% der schon durch manipulierte Wählerlisten reduzierten „Wahlberechtigten" gaben ihre Stimme ab. Von den insgesamt 13.362 Sitzen fielen 8.706 an die „Unabhängigen", 2.184 Sitze an die rechtsstehende „Istiqlal", 1.045 an die königstreue „Volksbewegung" und nur 874 Sitze an die USFP, eine zweite sozialdemokratische Partei (nach „Monitor-Dienst", Nov. 76).

Das Wahlergebnis zeigt, daß die Rechnung der legalen „Opposition" nicht aufgegangen ist, für die Unterstützung des marokkanischen Regimes in der Westsahara-Frage als Gegenleistung mehr an inneren Freiheiten zugestanden zu bekommen und – wenn auch geringfügig – an der Macht teilhaben zu dürfen. Selbst die am weitesten rechtsstehende „Oppositionspartei", die „Istiqlal" , wird nicht von Entführung und Mord durch Hassan verschont, wie sich gerade vor kurzem zeigte. Nachdem ein gerade gewählter Kommunalvertreter dieser Partei von Hassan-Schergen entführt worden war, gab es am 24. November in Ain-Beni-Mathar eine Protestdemonstration. Daraufhin schossen Polizeitruppen auf eine Gruppe von Sympathisanten der Istiqlal und töteten drei Demonstranten. Am folgenden Tag wurden noch drei Parteimitglieder verhaftet. Dennoch bekundete die Führung der „Istiqlal" daraufhin blind *„ihr vollstes Vertrauen in die Unteilbarkeit der Justiz"* (nach „Le Monde", 28./29.11.76).

Politische Gefangene im Hungerstreik

Marokko. Die politischen Gefangenen des Gefängnisses von Casablanca befinden sich seit dem 15. November im unbefristeten Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen ihre z.T. mehr als zwei Jahre dauernde Untersuchungshaft und verlangen entweder einen Prozeß oder Freilassung. Ihre Verurteilung war für Anfang September oder Oktober vorgesehen. In einem Brief an den Justizminister stellten sie erneut *„die Verschiebung unserer Verurteilung und die Verlängerung unserer Haft auf eine unbestimmte Zeit"* fest. *„Diese Verschiebung, die auf wohlbekannte politische Ursachen* (nämlich die Kommunalwahlen, Anm. AK) *zurückzuführen ist, zeigt deutlich die Unterwürfigkeit des Justizapparates unseres Landes unter den faschistischen Apparat eines Regimes, das weder Recht noch Gerechtigkeit kennt"*.

Die Verschleppung der Verfahren sei *„die Fortsetzung der willkürlichen Entführungen, der unbegrenzten Vorbeugehaft, der organisierten grausamen Folter wie anderer Formen des faschistischen Terrors"*.

Mit ihrem Hungerstreik wollen die politischen Gefangenen die Verantwortung für ihr Leben in den folgenden Wochen dem Justizminister übertragen, ebenso *„wie dieser bis heute die Verantwortung dafür trägt, daß die faschistischen Kriminellen und ihre Komplizen, die die Kämpfer Omar Ben Jelloun und Abdellatif Zeroual ermordeten, noch nicht bestraft wurden"* (nach „El Moudjahid", 30.11.76).

Nahost-Kommission

Der Schah wird immer dreister

Am 24. November wurde über der Volksrepublik Jemen ein iranischer Phantom-Jäger aus einer Gruppe von zehn weiteren abgeschossen, die den Luftraum der VR Jemen verletzt hatten. Die Flugzeuge kamen von einem iranischen Luftstützpunkt in Oman und hatten nach Aussage des abgeschossenen Piloten den Auftrag, Luftaufklärung über der Volksrepublik zu machen („Neue Zürcher Zeitung", 28.11.).

Jetzt erdreistete sich der Schah auch noch, mit der Drohung, sonst *„die erforderlichen Schritte einzuleiten"*, die Herausgabe der Trümmer und der Besatzung der abgeschossenen Maschine zu verlangen („Süddeutsche Zeitung", 3.12.). Man sieht: Der Schah ist ganz Schüler des US-Imperialismus.

Nahost-Kommission

Nahost-Kommission

Polen

Solidarität mit den Verfolgten der Juni-Kämpfe!

Von 65 Arbeitern ist in Polen durch einen gemeinsamen Brief die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit dem Ziel der Wiederherstellung *„verletzter Rechtsstaatlichkeit"* sowie der *„Bestrafung von Polizisten und Justizbeamten"* wegen Amtsmißbrauchs im Zusammenhang mit den Juni-Kämpfen gefordert worden.

Das Schreiben richtet sich – unterstützt mit einer eigenen Stellungnahme des ehemaligen polnischen Erziehungsministers Wladimir Bienkowski – an den Warschauer Generalstaatsanwalt Czubinski, der erst vor drei Wochen das Vorgehen der Sicherheitskräfte als „mit großer Sachlichkeit geführt" bezeichnet hatte sowie an den polnischen Sejm (Parlament), dessen Rechtsausschuß, an den polnischen Staatsrat, Regierung, Justizministerium und Zentralkomitee der PVAP.

Die aus Radom stammenden 65 Unterzeichner erklärten: „.... *mißhandelt und teilweise bei Verhören gefoltert worden zu sein. Bei jedem Transport seien sie beim Ein- und Aussteigen in die Polizeiautos und dann auch noch in den Gefängnissen geschlagen und mit Füßen getreten worden. Jeder von ihnen habe mindestens einmal ein Spalier von uniformierten und zivilen Polizisten passieren müssen, wobei er mit Hieben und Fußtritten traktiert worden sei"* („FR", 6.12.76).

In einer zeitlich parallel gestarteten Briefaktion verlangten gleichfalls 17 Frauen aus Radom eine Überprüfung der Gerichtsverfahren –

Überprüfung der Gerichtsverfahren –

und Urteile gegen ihre Ehemänner sowie ebenso die „Wiederherstellung verletzter Rechtsstaatlichkeit".

„Ihre Angehörigen (sind) *ohne überzeugendes Beweismaterial verurteilt worden. Obwohl die Prozesse angeblich öffentlich waren, durften Familienangehörige nur an der Anklageverlesung und Urteilsverkündung teilnehmen"* („FR", 6.12.1976).



Bullen-Terror in Polen (1970) während der Dezemberstreiks in Danzig

Den Briefaktionen der Arbeiter war eine Flugblattverteilung des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" vorausgegangen, womit aufgefordert wurde, „...*Briefe, Petitionen und Resolutionen an die Regierung zu senden.."* mit dem Ziel, die Einsetzung des oben schon erwähnten parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu erreichen („SZ", 3.12.76). Aber nicht nur in Radom, einer zentralen Stadt der Kämpfe vom 25.6., regt sich Widerstand. Schon am 4. November hatten 889 Arbeiter der „Ursus-Werke" – einem mechanischen Werk, was seit Jahren führend in den Auseinandersetzungen mit den revisionistischen Parteiführern steht – ein Schreiben an Parteiführung und die obersten polnischen Behörden geschickt, indem es heißt:

„Wir Mitarbeiter der mechnischen Werke Ursus fordern Wiedereinstellung aller, die im Zusammenhang mit dem Streik und der Demonstration vom 25. Juni 1976 entlassen wurden. Wir halten das für unbedingt notwendig angesichts der schwierigen Lage im Lande, der gespannten Atmospähre in unserem Betrieb und der Schwierigkeiten bei der Planerfüllung, die dadurch verursacht sind, daß erfahrene Belegschaftsmitglieder fehlen. Wir appellieren, daß ihnen ihre Arbeitsplätze unter den früheren Bedingungen zurückgegeben werden, samt allen sich aus der Beschäftigungskontinuität ergebenden Rechtsansprüchen (wer in Polen länger als fünf Monate ohne Arbeit ist, verliert die Versicherungsansprüche! – Anmerkung Red.) *und daß ihnen ihr Lohn für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit nachgezahlt wird. Wir sind überzeugt, erst dann werden wir zusammen mit allen Polen imstande sein, die schwierige wirtschaftliche Lage, in die unser Vaterland geraten ist, zu bewältigen"* (nach „Spiegel", 49/76).

Die jüngsten Protestaktionen der Arbeiter haben die Revisionisten immerhin veranlaßt, zu diesen Fragen eine internationale Pressekonferenz zu veranstalten – wenngleich der polnische Regierungssprecher Janiurek gleich eingangs mit der Behauptung überraschte: *„Der Fall 25. Juni ist abgeschlossen"*. Insgesamt ging es dann auch in diesem Stile weiter:

- Das Vorgehen der Sicherheitskräfte sei *„recht und angemessen"*
- bestraft würden nur *„kriminelle Vorgehen"* , nicht Streiks und Demonstrationen;
- Entlassungen habe es nur gegeben, wenn jemand eine *„besonders aktive betriebsschädigende Rolle"* gespielt habe, was jedoch nicht heißt, daß *„jemand ohne Arbeit"* bleiben müsse..., doch eine Wiedereinstellung sei natürlich immer abhängig *„von den Bedürfnissen des jeweiligen Betriebes und den Qualifikationen des Bewerbers* (!) "; und
fikationen des Bewerbers (!) "; und
- schließlich sei *„die polnische Regierung eine Arbeiterregierung; also brauche man die Arbeiter nicht vor ihr zu schützen..."*.
- Überhaupt bescheinigte Janiurek dem „Kommitee..." *„...nicht legalen Charakter im Sinne des polnischen Vereinigungsrechtes"* („FAZ", 23.11.76).

Hierbei berief er sich ausgerechnet auf eine Gesetzesbestimmung aus den dreißiger Jahren, einer Zeit also, als Polen unter einer faschistischen Militärdiktatur schmachtete!

Die polnischen Revisionisten richten mit ihrem Terror gegen jede selbstständige, kämpferische Aktivität der Arbeiterklasse, mit der Unterdrückung der politischen Auseinandersetzung, mit physischer Gewaltanwendung gegen jede Art von Opposition etc. und noch dazu mit ihrer maßlosen Arroganz (wenn diese Dinge einmal ans Tageslicht kommen) einen unermeßlichen Schaden nicht nur in „ihrem" Lande selbst an. Diese Leute liefern den Imperialisten die Munition für ihre antikommunistische Hetze. Das abschreckende Beispiel ihrer Regimes läßt nicht wenige klassenkämpferische Arbeiter Westeuropas sich resignierend in die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse „dreinfügen"...

Wir haben also den Grund, die Machenschaften der Revisionisten breit und immer wieder anzuprangern. Unsere Solidarität gilt den Verfolgten kämpferischen polnischen Arbeitern! Dazu fordern wir die linken und demokratischen Organisationen, sowie alle fortschrittlichen Menschen in der BRD auf!

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neuer israelischer Versuchsreaktor

In der Nähe von Tel Aviv ist Anfang November ein neuer israelischer Versuchsreaktor eingeweiht worden. Nach Aussagen eines Sprechers des Weizmann-Institutes (israelisches Kernforschungsinstitut) stellt der neue Forschungsreaktor Israel „in die erste Reihe internationaler Atomforschung". Die Kosten (15 Millionen Schweizer Franken) stiftete ein kanadischer „Mäzen". Damit besitzt Israel drei Kernreaktoren, zwei weitere will es von den USA geliefert haben.

Angeblich soll der neue Forschungsreaktor nichts „direkt" mit der Kernwaffenforschung zu tun haben („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 12.11.76). Dabei betreibt Israel schon lange Kernwaffenforschung und besitzt auch schon mehrere selbstgefertigte Atomwaffen. Der Atomreaktor bei Dimona in der Negev-Wüste wurde schon 1960 mit französischer Hilfe erbaut. Er ist nicht der Internationalen Atomenergiekommission unterstellt und darf seit 1969 nicht mehr besichtigt werden. Auch der amerikanischen Delegation, die im Iran, in Ägypten und in Israel die „Notwendigkeit" des Ankaufs von Atomreaktoren „überprüfte" – als ob sich die USA ein solches Geschäft entgehen lassen würden –, wurde eine Besichtigung verweigert. Dies stellt nach Ansicht der Delegation allerdings kein Hindernis für den Verkauf von Reaktoren an Israel dar, wenn es sich bereit erklärt, die neuen Reaktoren kontrollieren zu lassen! („NZZ", 13.11.76).

Nahost-Kommission

Stützpunktangebot Omans an die USA

Im März nächsten Jahres werden die Briten ihren Militärstützpunkt auf der omanischen Insel Masirah im Indischen Ozean räumen und den Flughafen von Salalah (Provinzhauptstadt von Dhofar) in omanische Kontrolle übergeben. Großbritannien gibt damit zwar seinen letzten Luftstützpunkt in einem arabischen Staat auf, aber keineswegs seine aktive militärische Präsenz, die seit 1965 vor allem die Zerschlagung des Befreiungskampfes in Dhofar zum Ziel hat. In der Führung der Armee des Sultans (SAF) befinden sich fast ausschließlich abkommandierte oder unter Vertrag genommene britische Offiziere, in der ganzen SAF soll es nicht mehr als acht omanische Offiziere im Rang eines Colonels geben („Financial Times", 17.11.76). Auch das Kommando über die Firqats (Stammesmilizen in Dhofar, die aus bestochenen Angehörigen einzelner Stämme bestehen und den betreffenden Stamm gegen Guerillakämpfer „schützen" sollen) liegt bei britischen Offizieren. An der Tatsache, daß britische Piloten (und iranische) ganze Landstriche in Dhofar mit Flächenbombardements belegen, wird sich ebenfalls nichts ändern.

Der „Verteidigungshaushalt" Omans, d.h. also insbesondere die Ausgaben für den militärischen Einsatz gegen den Befreiungskampf, hat in den letzten Jahren immer etwa 47% (!) des Gesamthaushaltes betragen. Neben dem Ausbau der Polizei zu einer paramilitärischen Organisation wird die SAF zu einer technisch hochentwickelten Armee ausgebaut, deren Ausrüstung einschließlich Rapier- und Jaguar-Kampfflugzeugen aus Großbritannien kommt und von britischem Personal bedient wird.

Nach dem Abzug der Briten von Masirah soll die SAF reorganisiert werden. Die im Aufbau befindliche Marine und die Luftwaffe werden zu separaten SAF-Abteilungen ausgebaut. Auf Masirah wird ein Ausbildungslager für Piloten eingerichtet, für das von dem bisher 300 Mann starken britischen Personal auf der Insel viele zurückbleiben werden („FT", 17.11.76).

Masirah soll zwar in erster Linie als eigenes Ausbildungslager dienen, doch Sultan Quabus will nicht ganz auf die Imperialisten auf der Insel verzichten, sondern bietet sie befreundeten Ländern zur „gelegentlichen Nutzung" („FT", 17.11.76) an. *„Falls die Vereinigten Staaten offiziell ein entsprechendes Gesuch stellen sollten, wird ihm die ganze Aufmerksamkeit zuteil werden, die es verdient"*, erklärte Quabus („Le Monde", „Neue Zürcher Zeitung", 22.11.76). Die USA sollen bereits vor zwei Jahren eine entsprechende Anfrage gestellt haben („FT", 17. 11.76). Im Zusammenhang mit dem Stützpunktangebot hat Quabus in einem Interview mit „Le Monde" auch gleich noch einmal darauf hingewiesen, daß die iranischen Truppen (z. Zt. nach offiziellen Angaben 3.000 Mann) weiter im Land bleiben werden („NZZ", 22.11.76).

Nahost-Kommission

Aktionen des palästinensischen Widerstandes in Tel Aviv

Am 25.11.76 explodierten in mehreren Fabriken in der Industriezone von Tel Aviv Sprengladungen, die von palästinensischen Widerstandskämpfern deponiert worden waren. Die durch die Sprengkörper ausgelösten Brände richteten erheblichen materiellen Schaden in einer Textilfabrik, in einer Montagewerkstatt für Motoren, in einem Lagerhaus für Autoreifen und in mehreren anderen Werkstätten an. Die Zionisten nahmen die geglückten Sabotageaktionen zum Anlaß, mehrere Palästinenser zu verhaften (Angaben nach der Palästinensischen Nachrichtenagentur „WAFA", in „EL Moudjahid" – „EM", 28.11.76).

Nahost-Kommission

Französisch-ägyptische Zusammenarbeit

Bei seiner Politik der „offenen Tür" (für die westlichen Imperialisten) hat Ägypten auch die Zusammenarbeit mit Frankreich vorangetrieben. Im November besuchte der französische Industrieminister Barre Ägypten, der französische Verteidigungsminister Bourges will Ägypten im Dezember einen Besuch abstatten, im März dieses Jahres war der ägyptische Kriegsminister Al-Ghamassi in Frankreich und der ägyptische Ministerpräsident Mamduh Salim wird bald nach Paris fahren. Was bei diesen Reisen herausspringt, ist eine Hilfe zur Aufrüstung Ägyptens sowie andere Wirtschaftsverträge.

Frankreich will mit der Arabischen Gesellschaft für Militär-Industrien (bestehend aus Ägypten, Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten) eine Flugzeugindustrie in Ägypten aufbauen. Man hatte sich geeinigt, *„daß Frankreich Ägypten dabei helfen sollte, hochkomplizierte Land-, See- und Luftwaffen zu erhalten und Waffenfabriken aufzubauen"* („Monitor-Dienst", 19.11.76).

Es wurden ferner Abkommen über den Bau einer U-Bahn in Kairo (französische Beteiligung: 260 Mio. Francs), die Einführung des Farbfernseh-Systems „Secam" und den Bau eines Tunnels unter dem Suez-Kanal abgeschlossen. Weitere Abkommen sollen in den kommenden Wochen folgen.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



FU Westberlin: Wie in allerbesten Zeiten

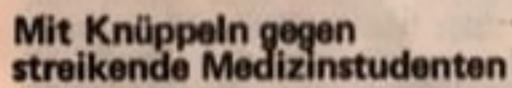
Auf der seit Jahren bestbesuchten Uni-VV der „Freien Universität" am 24.11. ist mit großer Mehrheit die Ausweitung des militanten Streiks der Germanisten auf alle Bereiche beschlossen worden (s. AK 94). Dieser Streik richtet sich hauptsächlich gegen die Berufsverbote für fortschrittliche Hochschullehrer an der FU.

In der folgenden Woche haben sich fast alle Bereiche der FU, die Pädagogische Hochschule einige Bereiche der TU, die Fachhochschule für Wirtschaft und die Technische FH, die Evangelische Hochschule, die Hochschule für Sozialpädagogik und die Hochschule der Künste dem Streik angeschlossen.

An allen Hochschulen wurden im Streik die Lehrveranstaltungen durch Streikposten abgeriegelt und Alternativveranstaltungen organisiert, um einer Spaltung in „Lernwillige" und Streikende von vornherein zu verhindern.



...wo ein massives Bullenaufgebot den Streik zu brechen versuchte



Mit Knüppeln gegen streikende Medizinstudenten

Am 1.12. ist auf der mit 1.000 Studenten bestbesuchten VV der Mediziner mit überwältigender Mehrheit ein militanter Streik beschlossen worden.

Über 500 Kommilitonen standen am nächsten Morgen Streikposten um eine Anatomievorlesung zu verhindern. Wenig später waren die Bullen da! In einem brutalen Knüppeleinsatz vertrieben sie die Streikposten, wobei einem Studenten das Nasenbein gebrochen wurde.

Zu einem Präparierkurs am Mittag wurde ein Bullenspalier gebildet um ganze 27 (!) Streikbrecher einzulassen.

Der frisch gewählte „liberale" Uni-Präsident Lämmert erließ am nächsten Tag eine Anordnung, wonach die medizinischen Lehrveranstaltungen durch Polizei zu schützen seien. Außerdem wurden Ausweiskontrollen angeordnet, um fachfremde Komilitonen auszusieben.

Dennoch standen am Freitagmorgen wieder 500 Kommilitonen Streikposten, und wieder wurde brutal zum Polizeiknüppel gegriffen. Daraufhin ging etliche Streikende mit in das Praktikum. Mit Trommeln und Gesang verhinderten sie den Streikbruch.

Der Dozent versuchte seinen Unterrichtsstoff an die Tafel zu schreiben, aber die Streikenden versperrten die Sicht.

Streikbruch.

Der Dozent versuchte seinen Unterrichtsstoff an die Tafel zu schreiben, aber die Streikenden versperrten die Sicht.

Einige Medizinpraktika wurden Tags darauf auf ähnliche Weise verhindert.

Der Streik geht weiter

Damit hatte der Streik seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die letzten Bereiche hatten sich gerade dem Streik angeschlossen, die Streikfront stand – auch an einigen Bereichen der TU.

Um das weitere Vorgehen zu diskutieren und zu beschließen, war für Montag den 6.12. eine Uni-VV angesetzt.

Vor dem ersten Tagesordnungspunkt forderten einige Medizinstudenten die 3 - 4.000 anwesenden Komilitonen auf, sie im Kampf gegen die Bullen zu unterstützen. Sofort organisierte sich die VV zu einer Demonstration zum Medizingebäude und versperrten die Zugangsstraßen. Die 20 Bullen vorm Medizinergebäude zogen es angesichts der Übermacht vor zu verschwinden. Danach zog man zum Präsidialamt, wo man den Uni-Präsidenten zur Rede stellen wollte. Da niemand öffnete, verschaffte man sich Eingang, worunter einige Türen und Scheiben zu leiden hatten. Doch Lämmert ließ sich nicht blicken.

Zurück gings zur VV, wo auf einmal Uni-Präsident Lämmert auftauchte, der den Studenten die alte Leier vorspielte, ihr Protest sei ja verständlich, aber sie seien auf einige „Eskalateure" (Leute, die den Streik ausdehnen wollen /AK) hereinge-

der den Studenten die alte Leier vorspielte, ihr Protest sei ja verständlich, aber sie seien auf einige „Eskalateure" (Leute, die den Streik ausdehnen wollen /AK) hereinge-

fallen. Wütender Protest war die Antwort.

Die VV wurde dann am nächsten Tag fortgesetzt, wo das weitere Vorgehen diskutiert wurde.

Zwei Alternativen standen zur Debatte. Die eine, vorgelegt vom USTA, den ADSen (der SEW nahestehend) und dem Aktionskomitee gegen Berufsverbote, schlug eine Aussetzung des Streiks am folgenden Freitag und eine erneute Uni-VV in der ersten Januarwoche vor. Das bedeutet, die jetzige breite Streikfront würde zerlaufen, ohne das weitere konkrete Kampfschritte beschlossen wurden. Letztlich hätte man zu Beginn des neuen Jahres vor der Situation gestanden, die erreichte Breite der Bewegung wieder mühsam neu aufbauen zu müssen. Die andere Alternative, eingebracht von den Streikräten der Mediziner, Ethnologen, Mathematiker, Biblothekare und den KB-Studenten schlug eine weitere Streikwoche vor, damit sich die Streikfront weiter konsolidiere und die TU-Studenten ihren Streik noch organisieren könnten. Weiterhin sollte eine Woche darauf eine Uni-VV einberufen werden, um den Streik dann auszusetzen und über die Aktivitäten im nächsten Jahr zu beraten. Wie häufig auf FU-VVs wurden die Alternativen so nicht zur Abstimmung gestellt, sondern „Aussetzung oder nicht" Der Aussetzungsbeschluß kam durch. Zusätzlich wurde allerdings, entgegen der USTA/ADSen-Resolution eine FU-VV für den Anfang der folgen-

zur Abstimmung gestellt, sondern „Aussetzung oder nicht" Der Aussetzungsbeschluß kam durch. Zusätzlich wurde allerdings, entgegen der USTA/ADSen-Resolution eine FU-VV für den Anfang der folgen-

den Woche beschlossen.

Nach Berichten Westberliner Genossen



Die 3-4.000 Teilnehmer der Uni-VV kamen den Medizinern zu Hilfe...

Letzte Meldung

Westberlin: An der Technischen Universität (TU) haben an allen Fachbereichen Vollversammlungen stattgefunden. Es traten sofort in den Streik die Fachbereiche: Psychologie, Landschaftsplanung, Stadt- und Regionalplanung, Architektur, Soziologie und das Institut für Bildung und Gesellschaftsforschung. Der Streik wurde für Montag beschlossen für: Germanistisches Seminar, Wirtschaftswissenschaften, Bauingenieure und Informatik. An der PH fand eine Vollversammlung mit 1.300 Teilnehmern statt. Eine Dreiviertel-Mehrheit entschied, den Streik jetzt auszusetzen und an den Senat ein Ultimatum mit folgenden Forderungen zu stellen:

- Einstellung Rothes an der FU!
- Einstellung des Verfahrens gegen Bauer (FU)!
- Sofortige Freilassung von Peter und Christian (die beiden, die im Zusammenhang mit der C.A.R.P.-Provokation festgenommen wurden)!
- Rücknahme aller Strafanzeigen im Zusammenhang mit dem Streik!
- Keine materiellen Nachteile durch den Streik (z.B. Nichtanerkennung des Semesters)!

Beschlossen wurde, wenn dieses Ultimatum nicht bis zum 12. Januar erfüllt wird, erneut in den Streik zu treten.

Breite Streikfront an den Hochschulen

„Studentische Streikaktionen nehmen zu", „Noch nie dagewesene Unruhe", so kommentierte die Presse die jüngsten Protestaktionen der demokratischen Studentenschaft. An Hochschulen mit 500.000 der insgesamt 800.000 Studenten fanden in den vergangenen Wochen Protestaktionen gegen die zunehmende politische Repression, die Rationalisierung des Lehrbetriebs und die sich verschärfende soziale Lage statt. An Hochschulen mit mehr als 200.000 Studenten wurde der Lehrbetrieb lahmgelegt; über 70.000 beteiligten sich an örtlichen und regionalen Demonstrationen. Die Aktionen selbst hatten sehr unterschiedlichen Charakter. Sie gingen von „Aktions"- und Informationstagen bis hin zu radikalen Streikformen, mit der Abriegelung ganzer Universitäten. Unterschiedlich auch in der Thematik: stand teilweise die soziale Lage im Vordergrund, wurde an anderen Hochschulen unter eindeutig politischen Parolen gestreikt.

Zunehmend deutlicher wurde in den Aktionen, daß gerade dort die größte Mobilisierung erreicht wurde, wo die politische Repression durch Berufsverbote, Einführung neuer, schärferer Landeshochschulgesetze und der Widerstand gegen den Einsatz der Polizei im Vordergrund stand. So entzündete sich der Streik in Westberlin an zwei Berufsverboten am Germanischen Seminar, von wo aus er auf die gesamte „Freie" Universität (FU) übergriff, später auch auf die Technische Universität (TU), die Pädagogische Hochschule und die Fachhochschulen. Der Streik bei den Germanisten hält bisher seit über vier Wochen an. An der FU weitete sich die Streikfront über zwei Wochen lang in der Mobilisierung gegen die brutale Härte, mit der der Staatsapparat den Streik zu zerschlagen versucht, aus (siehe Berichte im AK 94 und AK 95).

Ebenso standen die anderen bedeutenden Streikaktionen unter eindeutig politischen Vorzeichen. In Tübingen, wo die Weigerung der Naturwissenschaftler, Ersatzgelder zu zahlen, mit Polizeigewalt durchgesetzt werden sollte, solidarisierte sich die gesamte Universität und protestierte durch einen mehrtägigen Streik gegen den Polizeieinsatz. In Bochum fand seit Jahren die größte Vollversammlung (VV) und ein militanter Streik zur Verteidigung der Fachschaftsräte statt. In Hamburg war das geplante neue Landeshochschulgesetz der Anlaß. Mit der gestiegenen Bereitschaft, gegen die politische Repression aktiv zu werden, ist auch die Tendenz zu radikalen und militanten Aktionsformen gestiegen. Es läßt sich feststellen, daß es gerade dort zu der größten Mobilisierung gekommen ist, wo radikal gebrochen wurde mit der alten Form der vom vds-Vorstand praktizierten „Aktions"tage. Sowohl in Westberlin

gestiegen. Es läßt sich feststellen, daß es gerade dort zu der größten Mobilisierung gekommen ist, wo radikal gebrochen wurde mit der alten Form der vom vds-Vorstand praktizierten „Aktions"tage. Sowohl in Westberlin

als auch in Tübingen, Bochum und Hamburg wurde der Streik massiv durch Streikposten und Sprengung von Lehrveranstaltungen durchgesetzt. An diesen Hochschulen ist die Mobilisierung auch gegenüber den letzten Semestern gestiegen.

Mit dieser Radikalisierung und Politisierung haben insbesondere die Sozialdemokraten und Revisionisten zu schaffen. Hatte es noch in dem Aufruf der vds geheißen: *„Macht den Kampf für mehr BaFöG zu einem Schwerpunkt der Aktionstage"*, mußten sie feststellen, daß dies an den kampfstärksten Hochschulen kein Thema war. In Hamburg, wo MSB und SHB noch auf der ersten Uni-VV am 4.11. die BaFöG-Forderungen an den Anfang ihrer Resolution stellten und diese für unabdingbar hielten, verzichteten sie schon drei Wochen später am 29.11. darauf, dies überhaupt zur Grundlage der Streikresolutionen zu machen.

An einigen „Hochburgen" von MSB und SHB ist die Strategie der „Aktions"tage total gescheitert. So in Bremen, wo sich an der Uni lediglich 39 % an einer Urabstimmung beteiligten. So erst recht in Marburg, wo im vergangenen Wintersemester die radikalen Aktionen ihren Ausgangspunkt hatten. Auch dort beteiligten sich an einer Urabstimmung nur 36 % der Studenten.

Dort allerdings, wo die Revisionisten starken linken Kräften gegenüberstehen, war der MSB bestrebt, sich der radikalen Stimmung anzupassen und nicht offen gegen Aktionen Stellung zu beziehen, die bisher als „abenteuerlich, chaotisch, spalterisch" etc. galten.

Noch einen Schritt weiter gehen die Jusos. An Hochschulen, wo sie dominieren, ist noch nicht einmal über Streikaktionen diskutiert worden. So z.B. an der Uni in Kiel und der TU Hannover, obwohl die Kieler Uni immer mit zu den kampfstärksten in der BRD gehörte. Eine Mobilisierung verweigern die Jusos mit dem „Argument", die Studenten seien zu sehr entpolitisiert. Eine Argumentation, die seit Jahrzehnten von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gebraucht wird, wenn es darum geht, Kampfaktionen abzuwiegeln.

Der KBW versuchte in allen Aktionen, seine Forderung nach einem bundeseinheitlichen Streik für mehr BaFöG durchzusetzen. Bisher ist er damit gerade an den kampfstärksten Hochschulen kläglich gescheitert (siehe Artikel in diesem AK).

Mit den jetzigen Aktionen ist wie seit Jahren nicht die Chance gegeben, wieder zur Radikalisierung und Politisierung der Universitäten zu kommen. In vielen Fällen hat sich gezeigt, daß oftmals ein Funke genügt, um einen „Steppenbrand" in Gang zu setzen. Herausragende Beispiele sind hier Tübingen und Westberlin. In beiden Fällen entstanden die Konflikte an einzelnen Fachbereichen. Durch radikale Vertretung der Interessen gelang es in beiden Fällen, weite Teile über die direkt betroffenen Bereiche hinaus zu mobilisieren.

Die Grundlage für diese Mobilisierung ist eine zunehmende Unzufriedenheit großer Teile der Studentenschaft mit den politischen, sozialen und studienmäßigen Verhältnissen. Ähnlich wie in den sechziger Jahren macht sich diese Unzufriedenheit gerade in politischen Aktionen Raum.

Um die jetzigen Kampfmaßnahmen politisch weiterzuentwickeln, müssen von der radikalen Linken zwei Dinge angepackt werden:

1. Fortführung der Protestaktivitäten an den einzelnen Hochschulen. Denn einer der gravierensten Fehler der „Aktions"tage in den vergangenen Semestern war, daß die Aktionen sich auf diese Tage beschränkten. Dies ist deshalb so wichtig, um klar zu demonstrieren, daß es uns nicht nur darum geht, sich mit bestimmten Forderungen einmal im Semester „an die Öffentlichkeit zu wenden", sondern daß wir entschlossen sind, um die Forderungen einen wirklichen Kampf zu führen.
2. Müssen jetzt durch überregionale Maßnahmen die Kämpfe politisch erweitert werden. Der Anfang sollte dadurch gemacht werden, daß die kampfstärksten Universitäten ihre Streikaktionen koordinieren. Voraussetzungen sind hierfür insofern gegeben, als in Westberlin und Tübingen im Januar weitergestreikt wird, in Hamburg und anderen Städten diese Frage im Januar neu entschieden wird. Dieses Vorgehen unterscheidet sich grundsätzlich von der Politik des vds-Vorstandes, der noch nie wirklich die Kämpfe koordiniert hat,

Hamburg und anderen Städten diese Frage im Januar neu entschieden wird. Dieses Vorgehen unterscheidet sich grundsätzlich von der Politik des vds-Vorstandes, der noch nie wirklich die Kämpfe koordiniert hat,

wie auch vom KBW, der mit seiner sektiererischen Ausrufung des sofortigen bundesweiten Streiks für mehr BaFöG Versuche einer Vereinheitlichung der Streikfront als lächerlich erscheinen läßt.

Damit stellt sich der Linken an den westdeutschen und westberliner Hochschulen die Aufgabe, gegen den Einfluß der Reformisten und Revisionisten die Streikaktivitäten weiterzuführen und somit der Studentenbewegung zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen. Auch wenn wir damit sicher noch keine kurzfristige Änderung der Kräfteverhältnisse erreichen, ist dieses Vorgehen doch wichtig, um eine Alternative zur vorherrschenden vds-Politik massenhaft zu verankern.

Bündniskommission KB/Gruppe Hamburg



Bremen: Kunsthochschulstudenten drückten den Protest auf ihre Art aus.

Nachrichten zu Streik und Aktionstagen

Hamburg: Die zweite Uni-VV dieses Semesters am 29.11. war mit 3.500 Teilnehmern so gut besucht, wie die während des Streiks im Januar (erste Uni-VV am 4.11. 2.000). Beschlossen wurde ein dreitägiger Vollstreik. Er richtet sich gegen das vom Senat vorgelegte Hochschulgesetz, das in Teilen sogar das HRG noch verschärft. Erstmals war es auch gelungen, eine einheitliche Resolution aller politischen Organisationen zur Durchführung des Streiks vorzulegen. MSB und SHB verzichteten darauf, ihre spezielle Einschätzung zur Grundlage des Streiks zu machen (ob sie aus den Fehlern des letzten Jahres gelernt haben??). Eine Erweiterung, über den Streik in letzten Januar hinaus, erfuhr dieser Streik durch die Abriegelung der Bereiche WiWi, Jur (teilweise) und Med. Insbesondere bei den Medizinern kam es dabei zu tätlichen Auseinandersetzungen mit einigen reaktionären Profs. Erstmals war es auch gelungen, einen einheitlichen Streik aller Hamburger Hochschulen zu organisieren. An einigen Bereichen der Fachhochschule gab es die größten VVs seit Jahren und den ersten richtigen Streik. Obwohl das Unipräsidium noch in einer Presseerklärung den Beschluß der Uni-VV „beanstandet" hatte, einen *„harten Streik mit einer Abriegelung einzelner Gebäude durchzuführen"* kam es von dieser Seite zu keinerlei weiteren Übergriffen. An einer gemeinsamen Demonstration aller Hochschulen beteiligten sich 8.000 Studenten und Schüler.

Bremen: Die MSB/SHB und Juso-ASten führten eine Urabstimmung über Streik gegen das geplante Landeshochschulgesetz durch. An den Fachhochschulen lag die Beteiligung zwischen 66 und 80 %, wobei sich zwischen 80 und 90 % für Streik aussprachen. An der Uni allerdings wurde sie zu einem Desaster: Lediglich 39 % beteiligten sich an ihr. Daß trotzdem auch an der Uni der gesamte Lehrbetrieb ausfiel, zeigt, daß es nicht an der Bereitschaft der Studenten fehlt, politische Aktionen durchzuführen, sondern, daß die „Aktions"tage ein vollkommen untaugliches Mittel sind. Einen Schritt, aus diesem Trott herauszukommen, unternahmen 60 Studenten, indem sie das Mehrzweckgebäude für einen Tag besetzten (siehe Bericht). An einer Demonstration aller Hochschulen beteiligten sich ca. 1.000 Studenten.

Kiel: Auf einer mit 500 Studenten nur mäßig besuchten VV wurden „Aktions"-tage beschlossen. Diese großartige „Mobilisierung" war schon dadurch vorprogrammiert, daß der Juso-AStA erklärte: *„Ein Streik oder eine Demonstration wäre in der derzeit entpolitisierten Situation zum Scheitern verurteilt gewesen."* Weiter zur Entpolitisierung trug er durch „originelle" Aktionen bei: so das Treiben eines Schweines über den Campus (Studenten sind „arme Schweine") und „in Unterhosen durch die Uni laufen" (das Bafög zieht einem die Hosen aus). Diese Art von Aktionen sind ganz erheiternd, wenn sie in einer Gesamtmobilisierung verlaufen, so allerdings wirken sie eher lächerlich und deprimierend, wenn es die einzigen Protestmaßnahmen sind.

Hildesheim: Hier fand mit 500 Teilnehmern die erste Studentendemonstration überhaupt statt (wurde auch Zeit). Sie wandte sich gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz. Gefordert wurde das Politische Mandat. Weitere Forderungen: Abschaffung der 2%-Klausel für Fachhochschüler und mehr BaFöG.

Göttingen: Auf einer Uni-VV mit 1.500 Teilnehmern wurde ein Streik für die Woche vom 13.12. beschlossen. Er wendet sich gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz, insbesondere gegen die Ordnungsparagraphen. In den letzten Wochen gab es an der Uni allein vier Polizeieinsätze, womit der Boykott zur Einführung von zusätzlichen Klausuren bei den Historikern gebrochen werden sollte. Der Streik soll so geführt werden, daß *„in den Zentren der Uni und an den Fachbereichen, wo dies die Kampfstärke der Studenten erlaubt, sämtliche Lehrveranstaltungen verhindert werden."* Hierauf hat auch schon der Uni-Präsident reagiert und darauf „hingewiesen", daß *„die Organe der verfaßten Studentenschaft nicht berechtigt sind, sich an derartigen rechtswidrigen Aktionen zu beteiligen."* Es wird am Streik selbst liegen, ob er handeln wird oder nicht!

Pforzheim: 77,9 % aller Studenten der Fachhochschule (das sind 1061) sprachen sich für einen Streik aus. *„Im Verlauf der Aktionswoche wurden in der Stadt Infostände abgehalten, Flugblätter verteilt, Solidaritätsunterschriften gesammelt"* (aus einem Bericht eines Sympathisanten). Die Themen des Streiks waren: soziale Lage, 2 %-Klausel und verfaßte Studentenschaft. Am 29.11. demonstrierten etwa 600 Studenten durch die Innenstadt.

Freiburg: An einer gemeinsamen Demonstration aller Hochschulen nahmen 3.000 Studenten teil, eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre. An der FHS wurde drei Tage gestreikt, an einer gegen die Aberkennung des Politischen Mandats. An der PH wird ein Streik gegen eine neue Prüfungsordnung vorbereitet. Diese Bereiche stellten auch einen Großteil der Demonstration. An der Uni dagegen hatte der AStA (Sozialdemokraten) einen Streik nicht für möglich gehalten!

Stuttgart: 4.000 demonstrierten gegen Ersatzgeldforderungen, NC und Berufsverbote („DVZ", 10.12.).

Hannover: Die gleiche Situation wie in Kiel: der Juso-AStA der Technischen Uni stellte sich von vornherein gegen einen Streik. Auf einer ersten Uni-VV kamen lediglich 150 (!) Studenten. Sie löste sich mit dem Auftrag an den AStA, besser zu mobilisieren, auf. Auf der nächsten erschienen schon 800. Im Mittelpunkt stand die Kritik am AStA. Denn es sei nicht so, daß die Studenten nicht bereit seien, sondern der AStA verhindere eine Mobilisierung. Ähnlich die Situation an der PH mit einem SHB-AStA. 32 % Beteiligung an der Urabstimmung, davon 66 % für Streik. Ganz anders dagegen die Beteiligung an den Fachhochschulen: Urabstimmungsbeteiligung bei 85 %, davon 80 % für Streik. Die Fachhochschulen stellten auch den größten Teil der ca. 2.000 Teilnehmer umfassenden Demonstration.

Braunschweig: An der TU konzentrierte sich noch alles auf den Mensaboykott (siehe AK 94), über Streik gegen das NHG wurde nicht diskutiert. Dagegen fand an den Fachhochschulen eine Urabstimmung statt, in der sich für Streik ausgesprochen wurde. Dieser fand wesentlich in Arbeitsgruppen und kleineren Veranstaltungen statt.

Marburg: Die erste Uni in der im vergangenen Wintersemester militante Aktionen auf breitester Ebene begannen. Seitdem auch Paradebeispiel für die Politik von MSB und SHB. Es stehen immer noch ca. 30 Anzeigen vom letzten Streik im Raum. Drei Anzeigen wurden jetzt gestellt, weil der AStA eine Veranstaltung zur Solidarität mit dem südafrikanischen Volk durchgeführt hatte, obwohl der Uni-Präsident Raumverbot verhängt hatte. Der AStA beraumte eine Urabstimmung über Streik an. Trotz einwöchiger Verlängerung beteiligten sich lediglich 5.000 der 14.000 Studenten, davon waren 4.000 für Streik. Die Streik-VV am 6.12. war die am schlechtesten besuchte VV seit Semestern. Zwar fiel ein Großteil der Veranstaltungen aus, wer allerdings unbedingt studieren wollte, der wurde auch nicht gehindert. Somit fiel diese Aktion weit hinter der des letzten Semesters zurück. Kein Wunder, daß dafür die Studenten nicht zu begeistern sind.

Darmstadt: An der Fachhochschule wurde auf einer VV mit 1.500 gegen 20 Stimmen für Streik entschieden. Er richtete sich gegen die 2 %-Klausel und das HRG, gegen das die FHS schon im letzten Semester gestreikt hatte. Der größte Teil der Lehrveranstaltungen fiel aus, wenn auch noch nicht alles verhindert wurde. Streikposten wurden aufgestellt, mehrere Lehrveranstaltungen gesprengt. Der Rektor ging gegen den AStA mit gerichtlichen Schritten vor, indem er ihnen verbieten ließ, Streikaufrufe bekanntzumachen!

Düsseldorf: Auf einer Vollversammlung der Fachhochschule FB Sozialwesen stimmten die 900 Anwesenden für Streik. Im Zentrum der Aktionen stand der Widerstand gegen eine neue Prüfungsordnung. Die Lehrveranstaltungen fielen meistenteils aus. (Über Auseinandersetzungen, Streikposten usw. ist uns nichts bekannt). Auch an der Philosophischen Fakultät der Uni *„wurde der Unterricht durch den Streik der Studenten nahezu vollständig lahmgelegt"* („Rheinische Post", 3.12.). Auseinandersetzungen gab es in mehreren Fällen, als Profs versuchten, Lehrveranstaltungen durchzusetzen. Der Präsident bedauerte *„daß Wissenschaftler und Studenten von Streikposten gehindert worden seien, ihrer Arbeit nachzugehen"* („RP", 3.12.). Am 29.11. maschierten ca. 400 Fachhochschüler zu einem Go-In zum Wissenschaftsministerium, um Minister Rau zur Rede zu stellen. Den Vorschlag eines Teils der Studenten, das Ministerium aus Protest gleich zu besetzen, wiegelte der Juso-AStA ab, indem er von *„unüberlegten Aktionen, die nur schaden können"* redete. Am 2.12. demonstrierten in Düsseldorf 1.200 Fachhochschüler.

Wiesbaden: 4.000 Fachhochschüler demonstrierten gegen verschärfte Prüfungsbedingungen und Berufsverbote und für das Politische Mandat.



5.000 demonstrierten in München, eine der größten Demonstrationen seit der Verabschiedung des BHG.

Reutlingen: Am 1.12. demonstrierten 5.000 Studenten der Reutlinger Hochschulen und der Tübinger Uni. Zu der Demonstration hatten ebenfalls 26 Betriebsräte und Vertrauensleute Reutlinger Firmen aufgerufen. Auf der Abschlußkundgebung sprach ein Beauftragter des Ortsvorstandes der IG-Metall und ein Sprecher des „Komitees der Festgenommenen vom Druckerstreik". Die Demonstration richtete sich gegen die Verschlechterung der sozialen Lage, dem Abbau des 2. Bildungsweges und gegen Polizeiuniversität und Berufsverbote.

Mainz: 3.000 demonstrierten gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und für die Anhebung der BaFöG-Sätze („DVZ", 10.12.).

Nach Berichten von Genossen und Sympathisanten aus: Bremen, Kiel, Hildesheim, Göttingen, Hannover, Braunschweig, Marburg, Freiburg, Pforzheim, Stuttgart.

München: Den Anfang machte der Fachbereich Sozialwesen an der Fachhochschule (FHS). In einer Urabstimmung sprachen sich 80% der insgesamt ca. 700 Studenten für einen dreitägigen Streik aus. Kritisiert wurde vom Fachschaftsrat der Aufruf des vds-Vorstandes, weil dieser die politischen Angriffe nicht herausarbeitet. Der KHB-AStA (KHB, Studentenorganisation des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") hatte es bis zu diesem Zeitpunkt versäumt an der gesamten FHS zu mobilisieren. Auf der Landesastenkonferenz stimmte er sogar gegen den Streik und unterstützte lediglich eine Demo. Auf der Gesamtvollversammlung am 1.12. erschienen dann 1000 der insgesamt 6000 Studenten der FHS und beschlossen gegen 4 (!) Stimmen einen dreitägigen Streik für die gesamte FHS. An die erste Stelle der Forderungen wurde die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft gesetzt. Weitere Forderungen: Gegen Abbau des 2. Bildungsweges, gegen das Ordnungsrecht, für bessere soziale Verhältnisse. Der MSB verhinderte es, daß über weitere Forderungen zum Politischen Mandat und den Berufsverboten diskutiert wurde. Das entsprach seiner Linie, den Kampf auf die sozialen Forderungen zu beschränken. An der Demonstration am 3.12. mit insgesamt 7000 Teilnehmern, beteiligten sich 2000 Fachhochschüler.

Nach Berichten von Sympathisanten des KB in München

Uniinstitut besetzt

Bremen: Am 9.12. besetzten ca. 60 Studenten morgens um 7 Uhr das Mehrzweckhochhaus (MZH) der Uni Bremen.

Mit dieser Aktion wollten die Kommilitonen ein Beispiel geben, daß es möglich ist, im Kampf gegen die reaktionäre Formierung der Hochschulen und das BHG zu neuen Aktionsformen zu kommen.

Der aufgesetzte Novellierungsrummel der „gewerkschaftlich orientierten" und Parteiladenpolitik à la KSB (Bafög, Bafög, Bafög ...) haben bislang eine echte Mobilisierung grösserer Teile der Studentenschaft verhindert. Die Besetzung sollte demgegenüber zeigen, daß es möglich ist, daß Studenten ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen können und müssen, um wirkungsvoll Widerstand zu leisten.

Die ganze Sache lief dann auch recht sauber ab. In kurzer Zeit war das MZH dicht, die Fahrstühle und Feuertreppe blockiert, der einzige Treppenaufgang besetzt. Wandzeitungen wurden aufgehängt, auch in den anderen Teilen der Uni und in der benachbarten Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie. Für die im MZH arbeitenden Dienstleister war ein Flugblatt erstellt worden, in dem ihre „Aussperrung" begründet wurde. Die überrumpelte Uni-Verwaltung beschränkte sich auf einige wenige Störversuche, die aber an der entschlossenen Haltung der Besetzer scheiterten. Das Echo in der Studentenschaft war recht gut, bis zu etwa 250 Leute sammelten sich vormittags im Foyer des MZH. Um 14 Uhr wurde die Besetzung aufgehoben.

Der Uni-ASTA war ganz „unglücklich" darüber, daß die Studenten ihn nicht vorher konsultiert hatten, nachmittags in der VV bekam er gleich noch eins drauf: an seiner Stelle wurde eine Versammlungsleitung aus dem Plenum heraus gewählt. Damit bekam er die Quittung für seinen Rummel der „Aktions"tage. Weiter so!

Hochschulgruppe KB / Gruppe Bremen

Faschisten und Staatsschutz: Hand in Hand gegen Streik

Westberlin. An mehreren Hochschulen tauchten während der jüngsten Kämpfe rechtsradikale Provokateure auf, um Vorwände für brutale Polizeieinsätze zu schaffen. In Frankfurt, Hamburg und Westberlin waren es C.A.R.P.-Faschisten, Studenten der „Vereinigungskirche", die einen weltweiten „Kreuzzug gegen den Kommunismus" propagiert, und verteilten dort Flugblätter mit der Überschrift „Tod dem Kommunismus" o.ä. In Tübingen waren es die Studenten des rechtsradikalen „Hochschulrings Tübinger Studenten", HTS, die erst vor kurzem dadurch von sich reden machten, daß zwei ihrer bekanntesten Mitglieder den Aufbau eines CSU-Landesverbandes Baden-Württemberg ankündigten. Diese hatten bei einer Veranstaltung der ultrarechten „Wehr-Sport-Gruppe" in Tübingen am 6.12. sechs Antifaschisten z.T. schwer verletzt, so daß sich sogar die Polizei später gezwungen sah, einzugreifen und dabei elf Faschisten vorläufig festnahme und Mengen von Waffen sicherstellte („Tagesspiegel", 7.12.).

Zu den schwersten Provokationen kam es jedoch in Westberlin, wo an der FU auch die militantesten Aktionen der fortschrittlichen Studenten Westdeutschlands und Westberlins stattfanden.

Am Donnerstag, den 2.12., versuchten die C.A.R.P.-Faschisten vor dem U-Bahnhof Thielplatz, ihren Schmutz unter die Studenten zu bringen. Als sich die Nachricht darüber im OSI-Streikcafe (Politologen) verbreitete, gingen spontan ca. 10 Kommilitonen zum U-Bahnhof, um den Faschisten nachdrücklich zu erklären, wie unerwünscht ihre Provokation sei.

Kaum waren die Kommilitonen dort angekommen und hatten diese Leute zur Rede gestellt, wurden sie von 10 - 15 mit Gummiknüppeln und teilweise auch mit Pistolen bewaffneten Zivilisten überfallen. Diesen Schlägern gelang es, 2 Kommilitonen zu einem plötzlich auftauchenden Polizei-Mannschaftswagen zu verschleppen.

Als sich kurz darauf ca. 150 Menschen (zum größten Teil kamen sie aus den U-Bahnen) versammelten und versuchten die Freilassung der Kommilitonen zu erreichen, fuhren die Bullen brutal in die Menge. Mit einigen Beulen und eingeschlagenen Fenstern zogen sie sich kurz darauf wieder zurück.

Im Nachhinein stellte sich nun heraus, daß es sich bei den Zivilisten zumindest z.T. um Bullen vom Staatsschutz handelt. Damit wurden die beiden Kommilitonen Opfer einer von C.A.R.P. und Staatsschutz gemeinsam geplanten Falle. Diese Annahme wird noch dadurch erhärtet, daß sich eine Polizeiphotografin sofort am Ort einfand und fleißig Spitzelphotos machte.

Seit Streikbeginn verstärktes Auftreten der C.A.R.P.

Auffällig ist, daß das vermehrte Auftreten der C.A.R.P.-Faschisten ziemlich mit dem Beginn des Germanistenstreiks zusammenfällt.

Nachdem sie in den davorliegenden 3 Wochen schon zweimal vergeblich versucht hatten, ihren faschistischen Dreck zu verteilen, stellten sie den streikenden Studenten direkt am U-Bahnhof an der FU eine Falle in Absprache mit dem Staatsschutz.

Diese Falle versuchten sie am 8.12. zu wiederholen, als drei CARP-Verteiler unter dem Schutz von 35 Bullen wieder am U-Bahnhof standen. Doch die Studenten hatten ihre Lektion gelernt. 150 - 220 Studenten bildeten spontan Agitationstrupps, die die Passanten über die CARP und deren letzte Provokation aufklärten und den verdutzten CARP-lern schließlich so lange einer nach dem anderen ein Flugblatt abnahmen, bis der Vorrat erschöpft war. In den Müll wanderten sie allemal.

Während die Faschisten unter Polizeischutz verteilen, häufen sich an der FU die Übergriffe auf linke Flugblattverteiler und Büchertische.

Im Nachhinein soll nun die Tatsache, daß Bullen und Faschisten gemeinsam vorgegangen sind, dadurch vertuscht werden, daß behauptet wird, nur die Polizei habe geprügelt. Nach Aussagen von Augenzeugen und Beteiligten ist jedoch ein Teil der Schläger, von denen bisher nur 4 namentlich benannt werden konnten, um die 18 Jahre alt gewesen. Weiterhin haben die Bullen mit gezielten Greiftrupps gearbeitet, während die CARP-Faschisten mit überall erhältlichen „Weichen" Gummiknüppeln prügelten. Schließlich fuhren alle gemeinsam, Polizei und CARP in den Mannschaftswagen davon.

Schauprozeß gegen Christoph und Peter geplant!!

Nach ihren Verhaftungen durchliefen beide insgesamt drei oder vier Stationen innerhalb des Westberliner Polizeinetzes. Vom „einfachen" Bullenrevier über den Staatsschutz zur Kripozentrale. Jedesmal wurden andere Anklagepunkte gegen sie erhoben: Straßenraub, schwere Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung.

Am 3.12. wurde dann Haftbefehl gegen beide wegen „Fluchtgefahr" erlassen, weil beide in Westberlin keinen festen Wohnsitz haben.

Von der Staatsanwaltschaft wurde inzwischen angekündigt, daß innerhalb einer Woche Anklage erhoben wird. Bedenkt man, wie sich die Justiz bei NS-Massenmördern über Jahre, ja Jahrzehnte Zeit läßt; daß bei „normalen" Delikten zumindest etliche Wochen bis Monate ins Land gehen bevor Anklage erhoben wird, berücksichtigt man ferner, daß keiner der Anklagepunkte nach „rechtsstaatlichen" Grundsätzen U-Haft rechtfertigt, deutet alles darauf hin, daß hier ein Exempel statuiert werden soll, um den Streik zu kriminalisieren und die Studenten einzuschüchtern. (Nach Aussage von RA Ströbele, dem Verteidiger von Peter, ist die angeordnete U-Haft ungesetzlich, weil keiner der Anklagepunkte eine Gefängnisstrafe ohne Bewährung erwarten läßt und beide einen festen Wohnsitz in Westdeutschland haben.)

Die Provokation stößt auf massiven Protest

Sofort nach den Verhaftungen wurde der Vorfall breit bekannt gemacht. Spontan bildete sich ein Solidaritätskomitee.

- ein Ermittlungsausschuß nahm die Arbeit auf, um möglichst viele Zeugen ausfindig zu machen und den Vorfall zu klären.
- ein Öffentlichkeitsausschuß sorgt für breite Bekanntmachung dieses Falles,
- und ein „CARP"-Ausschuß sammelt Fakten über diesen Verein, die Moon-Sekte usw.

Am 3.12. fand dann im Audi Max der FU eine erste Solidaritätsveranstaltung mit 2.000 Teilnehmern statt, die sich im Verlauf der Veranstaltung entschlossen, zur Kripo-Zentrale in der Gothaerstr. zu fahren, wo sich die beiden zu der Zeit befanden.

Als die ca. 1.500 bis 2.000 vor der Kripo Versammelten dann von dem Haftbefehl erfuhren, wurde eine spontane Demonstration zur TU durchgeführt, wo dann vor ca. 1.200 Teilnehmern die Anwälte über die genauen Vorfälle berichteten.

Es wurde eine Sammlung zur Unterstützung der beiden durchgeführt die 1.800 DM einbrachte.

Am Samstag versammelten sich dann ca. 800 Leute vor dem Knast in Moabit zu einer Protestkundgebung. Es wurden Parolen gerufen wie: *„Sofortige Freilassung von Christoph und Peter"*, *„Bürger habt acht, Faschismus kommt nicht über Nacht"* und *„Streik – jetzt erst recht"*!

Seit dem Wochenende hat es eine enorme Verbreiterung der Solidarität gegeben: Auf insgesamt drei VV'S an Fu (2) und TU mit jeweils 3.000 Studenten wurde die Forderung nach sofortiger Freilassung von Christoph und Peter mit in die Streikforderungen aufgenommen. Am Dienstag den 7.12. fand dann eine Protestdemonstration von 5 - 6.000 Teilnehmern zum Knast in Moabit statt.

Spenden zur Deckung der Verfahrenskosten sind zu zahlen an das

Solidaritätskonto:
Pschk. Bln. West 405649-103
Michael Bartling,

Solidaritätsadressen an
Peter Wietheger, Christoph Dreher
Untersuchungsgefängnis Moabit,
1-21, Alt Moabit 12 a,

Protestschreiben an den
Ermittlungsrichter beim Amtsgericht
Tiergarten Abt. 352, 1-21,
Turmstr. 91

OSI-Gruppe an der FU
KB/Gruppe Westberlin

Dozent wird von Bullen verfolgt

Aufgrund der Proteste gegen Prüfungsverschärfungen an der Pädagogischen Hochschule/ Abt. Lüneburg im Frühjahr, hat Kanzler Hesse aus Hannover Anzeige gegen Unbekannt wegen Hausfriedensbruch erstattet. Inzwischen sind mindestens neun Komilitonen und Dozenten vorgeladen worden.

Die Staatsanwaltschaft steht jedoch anscheinend vor der Schwierigkeit, daß aufgrund der Standhaftigkeit der Vorgeladenen nur sehr wenige Namen genannt wurden. Dem soll jetzt durch die exemplarische Einschüchterung eines Zeugen nachgeholfen werden: Der als Zeuge einer Protestaktion vorgeladene wissenschaftliche Assistent Eike Geisel hat in einem Brief an die Staatsanwaltschaft begründet, warum er die Aussage verweigert. Daraufhin hat sich folgendes abgespielt:

Am Montag um 17.00 Uhr wollte die Polizei ihn aus seinem Zimmer holen. Er war zufällig nicht da. Am Dienstag um 6.00 Uhr klingelten uniformierte Polizisten, die mit Mannschaftswagen aufgekreuzt waren, an der Tür seiner Lüneburger Wohnung. Da Eike jedoch nicht zu Hause war, kommen gegen 9.00 Uhr nochmal Zivilbullen, wiederum ohne Erfolg. Auch in der PH wird vergeblich nach ihm gesucht.

Erst Dienstag mittag erfährt Eike zufällig davon, daß er verfolgt wird. Sein Anwalt teilt ihm mit,
- daß er bis 15.55 Uhr beim Staatsanwalt zu sein habe,
- daß er von der Straße weg verhaftet werden könne
- daß der Staatsanwalt äußerte, es bestünde Gefahr, daß er untertauche (!).

Dienstag um 14.00 Uhr kommt der Hausmeister in Geisels Seminar, um ihn zu suchen. Ein Polizeiauto steht vor der PH. Er kann um 15.30 nur durch den Hintereingang zur Staatsanwaltschaft gehen, um nicht verhaftet zu werden. Beim Staatsanwalt wird er 2 1/2 Stunden schikanös verhört; Geisel nennt dennoch keine Namen.

Einer ging mit gutem Beispiel voran!

KB/Gruppe Lüneburg

Nachrichten

Münster: Zu einem Ordnungsgeld in Höhe von 25.000 DM hat das Verwaltungsgericht Münster den ASTA der Uni Münster wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats verurteilt. Dies ist die höchste Strafe, die je gegen einen ASTA verhängt wurde.

Gießen: Der ASTA der Uni Gießen ist jetzt insgesamt zu einer Strafe von 25.100 DM wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats verurteilt worden. Davon sind 18.300 DM noch nicht rechtskräftig. Der RCDS, der die Klagen angestrengt hatte, hat jetzt die Amtsenthebung des ASTA gefordert und will die ASTA-Mitglieder regreßpflichtig machen.

Marburg: Am Fachbereich Jura gibt der Professor Sturm den Studenten einen Vorgeschmack darauf, wie die westdeutschen Hochschulen zukünftig aussehen sollen: am 25.11. griff er einen Kommilitonen, der es „gewagt" hatte, vom Mikrophon aus eine Zwischenfrage zu stellen, mit Fausthieben und Fußtritten an! Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten des Unipräsidenten, Studenten, die auf ihre Rechte beharren, wegen „Hausfriedensbruch" anzuzeigen, soll diesem Vogel offensichtlich nichts geschehen! Jedenfalls von dieser Seite nicht.

Auflösung des Studienkollegs für Ausländer

Kiel: Auf Beschluß des Kultusministeriums werden die *„angehenden Studenten, die sich zum Studienkolleg beworben haben, zum Sommersemester nicht mehr zugelassen"* (aus einer Presseerklärung des AStA der Uni Kiel vom 29.11.). Das Studienkolleg ist eine Einrichtung, in der Studenten aus „Entwicklungs"-ländern einen „gleichwertigen" Abschluß (wie hier das Abitur) nachholen müssen, um an der Hochschule zugelassen zu werden. Von der Schließung des Kollegs sind viele Studenten betroffen, die schon seit einem halben Jahr auf ihre Zulassung warten. Da der Besuch für Kommilitonen aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt obligatorisch ist, bedeutet dies gleichzeitig einen generellen Aufnahmestopp für Studenten aus diesen Ländern.

Seit dem 25.11. führt ein Teil der ausländischen Studenten einen Sitzstreik durch. Am 8.12. fand eine Demonstration mit 300 Teilnehmern statt.

Nach einem Bericht der Ausländerkommission KB/Gruppe Kiel

Es kocht an Hessens Schulen

In der Zeit zwischen 1. und 8.Dezember haben gut 30.000 (!) Schüler, in mindestens 26 Städten, an Streiks und Demonstrationen gegen die Schulmisere teilgenommen. Die größten Demonstrationen fanden in Wiesbaden (ca. 9.000), Giessen (ca. 5.000) und in Bad Hersfeld (ca.3.500) statt. Die Breite dieser Bewegung wird von den bürgerlichen Medien so gut wie totgeschwiegen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß o.a. Zahlen bei weitem kein vollständiges Bild abgeben (siehe weitere Artikel).

Ausgangspunkt der Protestaktionen waren 2 Kasseler Schulen, an denen zusammen 8 Lehrer abgezogen werden sollten. Gegen diese Maßnahme sind über 15.000 Schüler, mit 2 großen Demonstrationen, auf die Straße gegangen. An Kultusminister K(ont)rollmann wurde folgendes Ultimatum gestellt (die Mehrzahl dieser Forderungen wurde auch in ganz Hessen vertreten, Anm.Red.):

- Hundertprozentige Unterrichtsabdeckung durch ein Mehr an Lehrplanstellen;
- Aufhebung des Einstellungsstops für Lehrer;
- zwölf Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen;
- kein Abzug von Lehrern an Herder- und Grimm-Schule;
- Fahrgeldrückerstattung für Berufsschüler.



Gießen: 5.000 Schüler und Lehrlinge demonstrierten am 3.12. gegen die Sparpolitik im Bildungsbereich

Erfahrungsgemäß wurde nicht eine einzige Forderung erfüllt, was die Kasseler Schüler zum Anlaß einer Urabstimmung für einen landesweiten Streik nahmen. Fast 90% stimmten dafür! Der landesweite Streik sollte mit einem Aktionstag am 3.Dezember eingeleitet werden.

Am Morgen des Aktionstages wollte der Kasseler Schülerrat (SSR) ein Flugblatt mit der vielversprechenden Überschrift „Landesweiter Streik momentan nicht machbar", verteilen. Hiergegen sprach sich die Mehrheit der Kasseler Schülervertreter aus. Mit Recht, denn längst ist die Frage ob der landesweite Streik „machbar" ist in der Praxis beantwortet. Die tonangebenden Jusos im Kasseler SSR sind bemüht, die Ausdehnung der Aktivitäten auf ganz Hessen zugunsten einer „Verhandlungsstrategie" bzw. einer „Nadelstichtaktik" schießen zu lassen.

Es fällt auf, daß die hessische Landesregierung zu „keinerlei Kompromissen" bereit ist. Noch während der Demonstrationen von 10.000 Kasseler Schülern hat der Regierungspräsident, Burkhard Villmar, erklärt, daß durch die Demonstrationen „Kein einziger Lehrer mehr eingestellt wird" (nach „Hessisch Niedersächsische Allgemeine").

Da der Landesschülerrat bisher nicht öffentlich auf die landesweiten Protestaktionen reagiert hat, kommt der Forderung nach „sofortiger Einberufung einer Landesschülerkonferenz" besondere Bedeutung zu.

Soll mehr als nur ein Scherbenhaufen von den spontanen Protestaktionen an Hessens Schulen übrig bleiben, muß die Diskussion um Taktik und Ziele des Kultusministeriums /Landesregierung schleunigst aufgenommen werden. Die vor der Tür stehenden Weihnachtsferien müssen genutzt werden um weitere einheitliche Protestaktionen für ganz Hessen gleich nach den Ferien zu organisieren. Schließlich ist der 1.2.77 Einstellungs- bzw. Nichteinstellungstermin für neue Lehrer!

KB/Gruppe Kassel

3.000 Schüler streiken
Fulda. „Sollen die Schulen diesem Trend zur Herrschaft der Straße nachgeben? Soll die Schule zum Agi-
gegen Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Raumnot und Unterlaufen der Lehrmittelfreiheit abzuhalten. Die
Die vorherige Distanzierung des Streikkomitees und mehrerer SVen von jeglicher politischer Einflußnah-

des Unipräsidenten, Studenten, die auf ihre Rechte beharren, wegen „Hausfriedensbruch" anzuzeigen, soll diesem Vogel offensichtlich nichts geschehen! Jedenfalls von dieser Seite nicht.
monstration mit 300 Teilnehmern statt.
Nach einem Bericht der Ausländerkommission KB/Gruppe Kiel

KBW läuft Amok

Frankfurt: Während schon seit langem bekannt ist, daß der KBW seine Auffassungen für die einzig wahre Meinung der „Volksmassen" hält und demgemaß jede andere Auffassung als reaktionär diffamiert, zeigt der KBW an der Frankfurter Uni eine neue Qualität seiner „revolutionären" Praxis: „Prügel statt Argumente, Aufhängen statt Auseinandersetzen."

Nachdem bereits die letzte Uni-VV deshalb abgebrochen werden mußte, weil es dem KBW gefiel, eine Schlägerei zu initiieren, besetzte der KBW einen Tag später mit 20 Leuten das AStA-Büro, um den AStA nun auch noch frecherweise zu zwingen, Fragebögen zu drucken – wobei gerade auf der vom KBW chaotisierten VV diskutiert werden sollte, welche Aktionen zum Kampf um mehr BAFöG sinnvoll sind. Am 30.11. kam es zu einem neuen Überfall des KBWs auf den AStA, was man bisher in dieser Form nur von Bullen gwohnt ist: Die Frauen vom AStA schreiben dazu folgendes:

„Gestern, am 30.11. stürmten ca. 30 Leute, überwiegend KSB'ler und ein paar Leute aus den Wohnheimen schreiend und drohend das AStA-Büro. Sie drängten 2 Frauen aus dem AStA in die Ecke eines Raumes, mit den Ausrufen: Laßt die Frauen nicht raus! Wir erzwingen jetzt eine Stellungnahme zum Mietstreik! Durch diese physische Gewalt, begleitet von hysterischem Geschrei und drohenden Gebärden, versuchten sie stellvertretend für 20.000 Studenten deren 'Interessen' im AStA zu erkämpfen. Der Anlaß für ihr 'radikales' go-in war die formale Bestätigung einer Forderung, die wir den Mietstreikenden vom Brosswitz-Heim schon längst zugesagt hatten. (Druck einer Dokumentation zum Streik, Anm.d.V.).

... Mit Heldenmut warfen die KSB-Frauen unter Beifall ihrer Männer sinnlos herausgegriffene Ordner aus dem Fenster. Während der ganzen Zeit und besonders beim Abzug drohten sie mit physischer und psychischer Gewalt: Wenn wir das nächste Mal kommen passiert mehr, so kommt ihr uns nicht mehr davon!" (Flugblatt des Frauen-AStAs).

Dieser Vorfall, der sich einreiht in die Prügelei auf der VV, in die darauffolgende AStA-Besetzung und auch im Zusammenhang steht mit gleichen Methoden in Heidelberg, wo KBW-Mitglieder auf einem Teach-in zur politischen Justiz Farbbeutel warfen und sich mit den Spontis um das Mikrophon prügelten (was der KBW damit rechtfertigte, daß der Kampf zweier Linien mit der erforderlichen Schärfe ausgetragen werden müßte, (s. Id - 153), zeigt in aller Deutlichkeit, daß es dem KBW überhaupt nicht mehr um eine inhaltliche Auseinandersetzung geht.

Aus diesem Grund halten wir es für richtig, wenn der Frauen-AStA sich weigert, in Zukunft noch in *„irgeneiner Form mit dem KSB zusammenzuarbeiten"*

Wir halten es deshalb auch für notwendig, dem KBW auf VV's solange keien Rederecht zu geben, bis er sich öffentlich von seinen schweinischen Praktiken distanziert hat. Denn solche „Linke" brauchen wir wirklich nicht: sie schaden mehr, als daß sie die Studentenbewegung weiterbringen!

Welche Strömungen der KBW mit seinem Vorgehen gegenüber dem Frauen-AStA unterstützt, zeigen folgende Sprüche, die systematisch im Turm (ein Gebäude der Uni) zu lesen sind:

„Schafft dem AStA eine Beischlafreferentin!"

„Fickt die Frauen vom Frauen-AStA"

„Erschießt die Frauen vom Frauen-AStA"

„Hängt den Frauen-AStA auf"

„Bumst den Frauen-AStA".

KB/Uni-Gruppe Frankfurt

3.000 Schüler streiken

Fulda. *„Sollen die Schulen diesem Trend zur Herrschaft der Straße nachgeben? Soll die Schule zum Agitationszentrum radikaler Schülergruppen werden, die Streiks, Protest und Demonstration als normale und legale Mittel ansehen, um in der Schülerschaft ein sogenanntes revolutionäres Bewußtsein zu erzeugen?".*

Mit solchen und ähnlichen Sprüchen versuchte der stadtbekannte Reaktionär Dr. Fruhmann, Direktor eines Fuldaer Gymnasiums, die Schüler von ihrem geplanten Streik gegen Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Raumnot und Unterlaufen der Lehrmittelfreiheit abzuhalten. Die Drohung mit „Ausschluß vom Unterricht" und „Schulverweis" durfte dabei nicht fehlen. Wie schon öfter stellte die CDU-nahe „Fuldaer Zeitung" („FZ") ihm bereitwillig ihre Spalten zur Verfügung.

Obwohl die Einschüchterung bei vielen Schülern Wirkung zeigte, kam es am 8.12.76 zu einem Streik mit Demonstration und Kundgebung, an dem sich ca. 3.000 Schüler mehrerer Fach- und Oberschulen beteiligten.

Die vorherige Distanzierung des Streikkomitees und mehrerer SVen von jeglicher politischer Einflußnahme führte z.B. dazu, daß Schüler, die auch Forderungen für die Gesamtschule und gegen Berufsverbote erhoben, ihre Transparente wieder einrollen mußten.

Trotzdem: Daß in Fulda überhaupt Schüler für ihre Interessen auf die Straße gingen, ist ein Schritt nach vorn.

KB-Sympathisanten aus Fulda

Schulstreik in Hessen

Langen. Am 3.12. streikten die Schüler der Albert-Einstein-Schule und der Dreieichschule in Langen (zwischen Frankfurt und Darmstadt gelegen).

Dem Aufruf nach hessenweitem Streik folgend, fanden an beiden Schulen Urabstimmungen statt. Ca. 70% der Schüler stimmten für einen Streik und folgende Forderungen:
- Einstellung aller Lehrer!
- Umfassende Mitbestimmung bei der Festlegung der Lerninhalte!
- Mehr und besseren Unterricht!
- Politisches Mandat für die SV!
- Freie politische Betätigung für Schüler und Lehrer!

Schon vor der Abstimmung drohten Direktoren und einige Lehrer mit schärfsten Repressalien. Eine Vollversammlung wurde verboten und so mußte getrennt in den Klassen abgestimmt werden. Trotzdem kam ein hohes Ergebnis für einen Streik zustande.

Von fortschrittlichen Schülern wurden Wandzeitungen aufgehängt, auf denen klargestellt wurde: *„Unsere Forderung nach freier politischer Betätigung und Streik zielt ab auf freiheitliche Alternativen zu der Unterdrückung, dem Leistungs-, Noten- und Konkurrenzterror des bürgerlichen Schulsystems".* Dieser Inhalt der Wandzeitung richtete sich auch gegen Wandzeitungen, die rechte Schüler aufgehängt hatten. Diese versuchten nur, an den Mißständen anzuknüpfen, lehnten aber die Benennung der Verantwortlichen dafür ab und wollten das ganze „unpolitisch" halten.

Als dann ca. 600 Schüler der Dreieichschule zur Einsteinschule zogen, um mit den dort streikenden Schülern eine gemeinsame Demonstration zu organisieren, mußten sie feststellen, daß dort 200 Schüler ausgesperrt waren. Elternbeiräte hatten sich vor die Eingänge der Klassen gestellt, in denen „normaler" Unterricht abgehalten wurde. Sie hinderten die streikenden Schüler daran, in diese Klassen zu gehen, um mit den anderen Schülern zu diskutieren. Andere Schüler beschwerten sich, daß Klassen teilweise von Lehrern eingeschlossen wurden und somit an der Beteiligung am Streik und der Demonstration gehindert wurden. Leider gelang es den demonstrierenden Schülern nicht, die anderen zu „befreien". An der abschließenden Kundgebung und der Demonstration, in die auch Schüler einer Haupt- und Realschule einbezogen werden konnten, beteiligten sich 1.000 Schüler.

In der vor der Presse abgehaltenen Erklärung des Aktionskomitees heißt es abschließend: *„Wir sind der Ansicht, daß die Einschüchterungs- und Unterdrückungsversuche keine Willkürhandlungen einzelner Lehrer sind, sondern Beispiele für die Absicht der staatlichen Schulbürokratie, jedes selbständige Eintreten der Schüler für ihre Interessen zu unterbinden ... Aus diesem Streik ... hat der Großteil der Schüler erkannt, daß wir unsere Interessen nur durch gemeinsames Handeln ... durchsetzen können".*

Ein Schülergenosse aus Langen/Hessen

Presseerklärung der Schüler der Alice-Eleonore-Schule Fachschule für Sozialpädagogik

Darmstadt, den 7.Dezember 1976
Presseerklärung der Schüler der Alice-Eleonoren-Schule, Fachschule für Sozialpädagogik, Martinstr. 140

Auf der heutigen Vollversammlung beschloß die Mehrheit der Schülerschaft, den Unterricht am Mittwoch, den 8.12. wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde im Hinblick auf den im Frühjahr nächsten Jahres geplanten landesweiten Streik gefaßt. Es bildeten sich Arbeitsgruppen, in denen die bereits genannten Punkte (Lehrmittelfreiheit, AO/PO, Anerkennungsjahr, Fachhochschulreife, Abbau des 2. Bildungsweges) in der Zwischenzeit ausführlich bearbeitet werden sollen. Hintergrund dieser Arbeit ist eine kontinuierliche inhaltliche Vorbereitung auf den im kommenden Jahr geplanten Streik. Zusätzlich wird verstärkt Öffentlichkeitsarbeit in Form von Info-Ständen und Flugblattaktionen geleistet werden. Weiter wurde beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Schulen zu intensivieren.
V.i.S.d.P.: Die Schüler der AES

Der KBW und der „Kampf der besitzlosen Studentenmassen"

Nach den schweren Rückschlägen der vergangenen Semester für die Hochschulpolitik des KBW – er verlor über 1/3 seiner Mitglieder, über 1/3 seiner Stimmen und fast alle ASten, in denen er vertreten war – hat der KBW in diesem Semester einen neuen Anlauf genommen. Mittlerweile wurde auch der Schuldige für den Zusammenbruch des ehemals großen Einflusses des KBW, bzw. seiner Vorläuferorganisationen unter den Studenten gefunden: W. Maier, der unlängst als „Hauptquartier der bürgerlichen Linie" von seinem KVZ-Chefredakteursposten abgelöst wurde. Es sei nämlich *„der rechten Linie der Maier-Kühl-Thesen gelungen, in der Analyse der Widersprüche zwischen den Studentenmassen und dem bürgerlichen Staat einen äußerst wirksamen Schlag gegen den Marxismus-Leninismus zu führen. Die Studenten wurden so von uns nicht im Kampf gegen die Unterdrückung an der Hochschule geführt, sondern auf Opportunismus gegenüber der Unterdrückung eingestellt"* (Anm. 1).

Das soll nun anders werden. Ausgehend von Fochlers Artikel in der „KuK" („Kommunismus und Klassenkampf") 6/76 „Objektive Aufgaben der Studentenbewegung" wurde auf einem Kongreß der KBW-Hochschulorganisationen am 9./10. Oktober eine neue Linie festgelegt. *„Wir treten dafür ein, sich gegen den imperialistischen Staatsapparat unter den Forderungen zusammenzuschließen: 100 DM mehr pro Monat für alle BAFöG-Empfänger. Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1 500 DM rückwirkend ab 1. Oktober. (...) Was das BAFöG anbetrifft, so stellt sich die Kampfaufgabe objektiv, und die Entscheidung muß von der Studentenbewegung gesucht werden. Wir suchen eine außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS zu erzwingen. Wir streben an, auf dieser Mitgliederversammlung die Durchführung einer Urabstimmung für Streik an allen Hochschulen des ganzen Landes über diese Forderungen zu erzwingen. Wir streben an, unter den Studentenmassen eine Kampffront von solcher Kraft aufzubauen, daß es gelingt, den imperialistischen Staatsapparat zum Abschluß von Verträgen über das Ausbildungsentgelt zu nötigen"* (Anm. 2).

In der Folgezeit ergoß sich eine Flut von BAFöG-Artikeln aus allen KBW-Studentenzeitungen auf die *„besitzlosen Studentenmassen"*. Die erste Schwierigkeit bestand darin,

Flut von BAFöG-Artikeln aus allen KBW-Studentenzeitungen auf die „besitzlosen Studentenmassen". Die erste Schwierigkeit bestand darin,

den KBW-Schwenk auf das bisherige Steckenpferd der Revisionisten, den „Sozialkampf", so zu begründen, daß trotz Übereinstimmung in der grundsätzlichen Einschätzung des Stellenwerts dieses „Sozialkampfs" doch eine deutliche Abgrenzung zu den Sozialdemokraten und Revisionisten gezogen werden mußte. Diese Hürde wurde mit Bravour genommen. Zunächst wurde den Revisionisten vorgeworfen, deren (ursprüngliche) Forderung nach 600 DM/1200 DM sei *„eindeutig .. zu wenig"* (Anm. 3). Als dann die Sozialdemokraten und Revisionisten im AStA der Uni Freiburg die DGB-Forderung nach 690 DM/1 380 DM übernahmen, meinte die „KHZ" Freiburg, dies sei *„eine Forderung ... , deren Durchsetzungsmöglichkeit nicht der momentanen Kampfkraft der Studentenbewegung entspricht"* (Anm. 4).

Oje, wenn das der Fochler liest! Offenbar ist hier mit dem „KHZ"-Redakteur der Ärger durchgegangen, daß die Reformisten des Freiburger AStA perfiderweise mit einer simplen Zahlenänderung alle „KVZ"Statistiken über den Haufen geworfen haben, die doch gerade bewiesen hatten, daß die Studenten bei den KBW-Forderungen mehr Geld erhalten als bei den MSB-Forderungen. Ein teuflischer Schachzug der Sozialdemokraten fürwahr, aber unser Freiburger „KHZ"-Redakteur fängt sich nur wenige Zeilen später, denn jetzt reicht die „momentane Kampfkraft" doch wieder aus, um durchzusetzen, *„daß unsere Vertretungsorgane das Recht erhalten, Verträge mit dem bürgerlichen Staat abzuschließen. Für die jetzige Auseinandersetzung heißt das, daß zwischen dem VDS und der Bundesregierung in einem Vertrag unsere Forderungen zum BAFöG festgelegt werden, wir in dieser vertraglichen Regelung die besonderen Unterdrückungsparagraphen des BAFöG ... vom Tisch kriegen und dieser Vertrag von unserer Seite einseitig kündbar ist, falls die Festlegungen den Erfordernissen nicht mehr entsprechen"*. Die Hannoveraner KBWler bringen dieses Vorgehen mit der Schlagzeile ihrer „KVZ"-Bezirksbeilage 44 auf den Punkt: *„Der Regierung jetzt das BAFöG aufkündigen!"* Mit Entsetzen müssen die Hannoveraner wiederum die Aachener „KHZ" gelesen haben, denn diese verstieg sich einige Wochen vorher noch zu der Meinung: *„ Aufgrund objektiver und subjektiver Faktoren ist es jedoch im Moment eine Eselei (!), wenn man meint, die Studenten jetzt unter den Forderungen: Weg mit dem BAFöG-Gesetz, freie Vereinbarung über die Höhe des Ausbildungsentgelts zwischen Staat und Vertretungsorganen der Studenten zusammenschließen zu müssen"* (Anm. 5). Befindet sich in der Aachener „KHZ"-Redaktion vielleicht ein „bürgerliches Hauptquartier"?

"Der arme Poet"

Doch seien wir nicht kleinlich. Sehen wir lieber, wie sich *„die Bewegung der Studentenmassen .. gegen diese Versuche des Abwiegelns und Spaltens hin zu einem bundesweiten Streik (entwickelt)"* (Anm. 6).

ten Streik (entwickelt)" (Anm. 6).

Der Sturm auf die BAFöG-Ämter

Der Sturm auf die BAFöG-Ämter

Wie mit allen seinen Vorschlägen stößt der KBW auch mit seinen BAFöG-Forderungen sofort auf „große Zustimmung". *„Überall da, wo die KHG aufgetreten ist, entwickelt sich der Kampf, die Kraft der Studentenbewegung. Kampf ist unvermeidlich"*. (Anm. 7).

Treuherzig versichert die SSG in Hamburg: *„Unser Vorschlag hat den Vorteil, alle (!) Studenten an den westdeutschen Hochschulen in einer Aktion zusammenzuschließen und hat den Vorteil, daß wir unsere Forderungen in diesem Streik durchsetzen können. Das müssen wir aber auch, sonst setzt sich die herrschende Klasse durch und das wäre verhängnisvoll"* (Anm. 8). Man sieht, die Lage steht auf Messers Schneide. Just in dieser Lage eröffnen nun die „besitzlosen Studentenmassen" in Gestalt des KBW den Kampf. *„Man muß eine Reihe von Belagerungsoperationen auf das System der BAFöG-‚Förderung' durchführen. Eine solche Belagerungsoperation kommt in den Forderungen 100 DM ... zum Tragen"* (Anm. 9) – gibt die KHI Aachen als Parole aus. Was liegt da näher, als die BAFöG-Ämter zu „belagern"? An einer Reihe von Hochschulen initiiert der KBW „Massenversammlungen" von bis zu 50 Leuten, zu „Go-ins" zu den BAFöG-Ämtern zu beschließen oder er überrumpelte, wie in Hamburg, Einführungsveranstaltungen oder Seminare mit dementsprechenden Resolutionen. Wenn die Kommilitonen diesen Resolutionen arglos zustimmten, weil sie es richtig finden, gegen die BAFöG-Sätze zu protestieren, dann wissen sie nicht, daß sie sich am nächsten Tag auf zig Wandzeitungen wiederfinden als Beweis, daß die Studenten hinter den KBW-Forderungen und -Aktionen stehen. Das Go-in wurde dann allerdings vom KBW fast allein durchgeführt, noch nicht einmal von allen seinen Mitgliedern unterstützt.

Die Polizei, die zum vorher angekündigten Go-in erscheint, muß als Beweis herhalten für die „Furcht des bürgerlichen Staats vor den besitzlosen Studentenmassen".

Da der KBW die *„objektiven Aufgaben der Studentenbewegung"* (Anm. 10) mit seinen Forderungen vertritt, kann es auch nicht hingenommen werden, wenn – wie in Aachen – andere ebenfalls Aktionen zum BAFöG-Amt unternehmen. *„Allerdings kristallisierte sich bei der konkreten Aktion* (Besetzung des Aachener BAFöG-Amtes) *einmal mehr heraus, daß es der KHI* (dortige KBW-Studenten, Anm. AK) *in einem solchen Kampf einzig und allein darum geht, die Bewegung unter Benutzung spalterischer Forderungen hinter die eigenen Fahnen zu zerren"*, meint der Aachener AStA (zur Hälfte Basisgruppen) in seiner Auswertung (Anm. 11). Die Aachener BAFöG-Amt-Besetzung ist unseres Wissens die einzige, die sich zumindestens auf einige Unterstützung der demokratischen Studenten berufen konnte.

fen konnte.

KBW stößt auf reale Studentenbewegung

KBW stößt auf reale Studentenbewegung

Unabhängig von der BAFöG-„Bewegung" der KBW-Studentenmassen entwickelte sich in diesem Semester an vielen Hochschulen eine sehr heftige Bewegung gegen Landeshochschulgesetze (Hamburg, Bremen), politische Unterdrückung (Westberlin, Tübingen), Ersatzgelder (Baden-Württemberg) etc. Damit entstand für den KBW das Problem, seine BAFöG-Strategie in die wirklich ablaufenden Kämpfe einzuschmuggeln. Seine Stellungnahmen sahen alle etwa so aus wie das folgende Muster aus Heidelberg: *„In Heidelberg verläuft der Beginn des Semesters äußerst schwungvoll"*. (Es folgt eine kurze Schilderung). *„Man darf sich aber nicht in Teilkämpfen aufreiben und zersplittern lassen. An den Instituten zeigt es sich: das materielle Elend erfordert den Kampf. Das Geld muß her! An der Frage der materiellen Versorgung kann man sich bundesweit unter einheitlichen Forderungen zusammenschließen. Immer häufiger werden die Forderungen erhoben: 100 DM ... "* (Anm. 12).

Gleichzeitig wendet sich der KBW gegen „ablenkende" Aktionen wie die regionale Demonstration von 12 000 Studenten in Tübingen. *„Wir sind dagegen. Die Studentenbewegung kann ihre Kraft entfalten im bundesweiten (!) Zusammenschluß"*. (Anm. 13). Ergebnis: die breite Zustimmung der „besitzlosen Studentenmassen" ist umwerfend; jeweils 50 von 3 000 bzw. 4 000 Studenten stimmen auf den Uni-VVs in Hamburg und Westberlin für die KBW-Resolutionen.

Das liest sich in der „KVZ" dann so: *„Weiterhin beschloß die Vollversammlung (Uni Hamburg) mit knapper Mehrheit bei überwiegend Enthaltungen* (es waren Neinstimmen, Anm. AK) *die von den Revisionisten vorgeschlagenen Forderungen"* – kein Wort zum KBW-Desaster!

Die „KVZ", in früheren, besseren KBW-Zeiten immer randvoll mit VV-Beschlüssen über KBW-Vorschläge, ist bescheidener geworden. Hier ein FSR, dort eine Institutsgruppe, dort ein Seminar, aber nur vier (!!!) VV-Beschlüsse für die KBW-Vorschläge (drei Fachbereichs-VVs in Tübingen – Mathematik und Chemie – und an der TU München – Maschinenbau – , sowie die VV der FH Bibliothekswesen Stuttgart. Einen Antrag auf Einberufung einer VDS-MV verabschiedeten noch die VVs der FH Osnabrück und der PH Heidelberg). Die FHS Nienburg (KBW-AStA) streikte unter den KBW-Forderungen („KVZ", 2.12.76). *„Dies zeigt die gute Basis, die ein solcher Kampf unter der Masse der Studenten hat"*. (Anm. 13 A)

Der KBW und die Linke

Die Ursache für diese dürftigen Ergebnisse sieht der KBW selbstverständlich nicht in seinem Vorgehen, über die Köpfe der fortschrittlichen Studenten hinweg e i n e Forderung und e i n e Taktik als allein seligmachende festzulegen, ungeachtet der konkreten Angriffe, gegen die eine gute Mobilisierung möglich ist, einfach das BAFöG zum Grundübel zu erklären und s e i n e Vorstellungen zu „objektiven Aufgaben" hochzustilisieren, sondern darin, daß alle anderen, seien es die Revisionisten und Sozialdemokraten, oder die Linken wie die Spontis oder KB-Sympathisanten *„einen Einheitspakt geschlossen (haben). Sie wollen unter der Forderung nach 600 DM Höchstförderung dem Staat die volle Verfügungsgewalt über die Bezahlung der Studentenmassen überlassen"* (Anm. 14). Sie streben die „Kanalisierung", „Unterwerfung unter den" oder „Kapitulation vor dem" bürgerlichen Staat an, während *„die Studenten (dagegen) erwarten, daß der VDS die Forderung erhebt 100 DM ... "* (Anm. 15).

Wenn der KBW mit 10 bis 30 Leuten Aktionen unternimmt, dann ist ihm breite Unterstützung gewiß. *„Einige Studenten stellten den Fuß in die Tür und erklärten, daß ab sofort nicht nur die Kommunisten* (sprich KBW) *für die Forderung nach 100 DM ... eintreten, sondern alle. So wird es auch ausgehen. Ein bundesweiter Streik für diese Forderung wird das Ergebnis sein"* (Anm. 16). Seine Mini-Kundgebungen vor den BAFöG-Ämtern stoßen stets „bei den Umstehenden auf großes Interesse". Anders ergeht es den übrigen Organisationen. *„Die Studentenmassen haben die Vernichtung der Karriere der Studentendompteure dadurch weiter vorangetrieben, daß*

esse". Anders ergeht es den übrigen Organisationen. „Die Studentenmassen haben die Vernichtung der Karriere der Studentendompteure dadurch weiter vorangetrieben, daß

sie die 50 DKP-Studenten alleine am Donnerstag ihren Hintern haben kalt werden lassen in der Stadt" (Anm. 17). Wir wollen uns hier keinen Mutmaßungen darüber hingeben, was die „Studentenmassen" dann wohl in bezug auf die Karriere so manchen KBW-Sekretärs vorhaben ...

Wenn die Massen nicht selbst zupacken, übernimmt das der KBW auch gerne selbst. *„Die KHG ist hingegangen und hat die Forderungen der Studentenbewegung vertreten ... Herausgekommen ist: die ADSen wurden samt ihrem Begräbnis von den Studenten* (in Gestalt der KHG) *über den Platz gehetzt"*. (Anm. 18). Wie wär's, wenn man dieses heitere Räuber- und -Gendarm-Spiel mit wechselnden Rollen von ADSen und KHG (vielleicht spielt der KSV ja auch noch mit) regelmäßig wiederholt?

Völlig isoliert

Mit seiner Politik, die wirklichen Kämpfe der Studenten zwar einerseits hochzujubeln (*„Ansturm auf den bürgerlichen Staat"* –Anm. 19), andererseits praktisch aber immer weniger zu führen, dafür umso lauter die „Unterstützung" seiner Ansichten durch die „besitzlosen Studentenmassen" im Mund zu führen, hat sich der KBW völlig isoliert. Maos Satz: **„Man muß jedem Genossen klarmachen, daß das oberste Kriterium für die Worte und Taten eines Kommunisten darin liegt, ob sie den höchsten Interessen der breitesten Volksmassen entsprechen und deren Zustimmung finden"** (Anm. 20), wird vom KBW penetrant dahingehend pervertiert, sich selbst für die Massen auszugeben und die große Unterstützung dieser „Massen" für den KBW zu feiern.

Aber auch das rrradikalste Geschrei vom „Ansturm auf den bürgerlichen Staat", vom „unbefristeten, bundesweiten Streik, bis das Geld da ist" etc. kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die KBW-Linie in Wirklichkeit vollständig opportunistisch auf die Lage an den Hochschulen reagiert. Denn es ist ja tatsächlich so, daß die Studentenbewegung in den letzten Semestern und besonders in diesem einen ziemlichen Aufschwung genommen hat, sowohl was die Breite als auch was die Entschlossenheit der Kämpfe betrifft.

Tatsächlich steht der KBW gegenüber dieser sich radikalisierenden Bewegung voll im Abseits. Ja er wiegelt sogar ab (zumindest objektiv!), indem er die Kämpfe gegen Berufsverbote, Hochschulgesetze, für das politische Mandat etc. als „nebensächlich" oder „ablenkend" bezeichnet.

Dies unabhängig davon, daß sich einige KBW-Mitglieder individuell hin- und hergerissen fühlen zwischen einer gewissen Bereitschaft, aktiv an den Kämpfen teilzunehmen, und der Verpflichtung durch ihr ZK, unermüdlich die BAFöG-Linie zu predigen.

Man muß den Eindruck gewinnen, daß hier zielstrebig an der Zerstörung des KBW-Einflusses gearbeitet wird, denn für so wirklichkeitsfremd ist auch das Heidelberger ZK nicht zu halten, daß es nicht aus den eintrudelnden „Erfolgsberichten" ablesen könnte, welch katastrophalen Schiffbruch seine neue Linie bereits erlitten hat. Die Mitglieder des KBW scheinen zu einer selbstkritischen Überprüfung ihrer Politik nicht mehr in der Lage, und wenn einmal einem KBWler die Wirklichkeit dämmert, führt dies – wie in letzter Zeit häufig zu beobachten – zum völligen Rückzug aus der Politik, weil eine politische Überwindung von Fehlern im KBW systematisch abgetötet wurde. Das wilde Schlagen auf alle anderen linken Studentenorganisationen ist nur die Kehrseite dieser Politik.

Damit bietet der KBW das denkbar abschreckendste Zerrbild von Kommunisten, zumal er sich selbst gern als „die Kommunisten" oder gar „die Arbeiterklasse" bezeichnet. Er liefert praktisch alle Klischees frei Haus. Phrasendrescherei, Maulheldentum, arrogantes Verhalten gegenüber allen, die nicht seiner Meinung sind – was braucht der Antikommunist mehr. Je eher diese schädliche Strömung von der Bildfläche verschwindet, umso besser für die Entwicklung einer wirklich sozialistischen Hochschulpolitik.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen:

(1) „Kommunismus und Klassenkampf", theoretisches Organ des KBW 7/76.
(2) Resolution des KBW-Studentenkongresses in „KuK" 7/76.
(3) „KHZ" Freiburg 16.11.
(4) Ebenda.
(5) „KHZ" Aachen-Extra ohne Datum.
(6) „KVZ" 45, Bezirksbeilage Darmstadt.
(7) „KHZ" Westberlin 18.10.75
(8) „Rote Presse" 25.10.76.
(9) siehe Anm. (5).
(10) „KuK" 6/76.
(11) Presseerklärung des AStA der TH Aachen zur BAFöG-Amt-Besetzung.
(12) Flugblatt der KHG Heidelberg.
(13) Ebenda.
(13a) „KVZ" 42, Bezirksbeilage Darmstadt.
(14) „KVZ" 45, Bezirksbeilage Nordschwarzwald.
(15) „KVZ" 43, Bezirksbeilage Hannover.
(16) „KHZ" Westberlin 18.10.
(17) „KVZ" 44 Bezirksbeilage Hannover.
(18) „KHZ" Westberlin 25.10.
(19) „KSZ" Kiel 21.9.
(20) Worte ... S. 318.

Humorist oder Provokateur?

Um seine Forderung nach einem bundeseinheitlichen Streik nach mehr BaFöG doch noch unter die Leute zu bringen, ist der KBW äußerst erfinderisch. In Westberlin ließ er nun eine besondere Blüte los, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. So schreibt er: *„.... ein neuer Winterpullover, ein Paar Schuhe und eine Entspannung (?) der Verschulung muß schon herausspringen, wenn wir Semesteraberkennung und/oder BaFöG-Streichung riskieren"* (KBW Streik-Info 4).

Es ist schon interessant, daß der KBW sich in der Manier einer Krämerseele im Kampf gegen die Berufsverbote (!) mit einem „Angebot" an den Geldbeutel abspeisen lassen würde!

Albanien und ein Sack voll Flöhe

In seiner Rede auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens (1. – 7.11.76) hat Enver Hodscha unverhohlene Ambitionen zum Aufbau einer „marxistisch-lenistischen“ Internationalen, mit der PdAA als Zentrum, erkennen lassen. Enver Hodscha schloß seine Rede mit einer Würdigung der historischen Rolle der ‚3. Internationale‘ (Komintern), um den Gedanken einer neuen Internationale in die Diskussion zu bringen: *„Zu ihrer Zeit entfaltete die Komintern eine umfangreiche und sehr nützliche Tätigkeit, um die kommunistischen Parteien zu organisieren und zu stählen... Es gibt Leute, die es nicht versäumen zu sagen, die Komintern habe Fehler begangen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Fehler begangen wurden. Doch es waren keine Fehler in den großen Prinzipien.*

Unsere Partei meint, daß wir marxistisch-leninistischen und Arbeiterparteien bei einem richtigen Verständnis der einstigen großen Rolle der Komintern der Zeit Lenins und Stalins vor die Aufgabe gestellt sind, die enge Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien fortwährend zu festigen und zu stählen. Natürlich ohne voneinander abhängig zu sein und ohne von dem einen oder anderen Befehle zu erhalten... Die Zusammenarbeit zwischen unseren marxistisch-leninistischen Parteien ... muß, meinen wir, allseitig sein. Der Erfahrungsaustausch kann bilateral (zweiseitig, Anm. AK) *oder multilateral* (mehrseitig, Anm. AK) *erfolgen. Es kann auch eine Situation eintreten, in der man sogar zu einer großen Beratung der Vertreter aller marxistisch-leninistischen kommunistischen und Arbeiterparteien gelangt“* (zit. nach „Roter Morgen“, 13.11.76).

Es ist das erste Mal seit der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und der Herausbildung von „marxistisch-leninistischen Parteien“, daß ein derartiger Vorschlag gemacht wird. Daß die PdAA diesen Vorschlag in die Diskussion bringt, und nicht die KP Chinas, demonstriert den Anspruch der PdAA auf eine führende Rolle in der „marxistisch-leninistischen Weltbewegung“. Die PdAA pflegt insgesamt intensivere Beziehungen zu den „marxistisch-leninistischen Parteien“ als die KP Chinas. Teilweise zeigen sich auch schon offene Meinungsverschiedenheiten zwischen PdAA und KP Chinas über die Frage, welche Organisationen in bestimmten Ländern als „marxistisch-leninistisch“ zu betrachten sind und welche nicht.

Deutlichstes Beispiel für die Entwicklung dieses Widerspruchs ist Portugal, wo die KP Chinas ausschließlich die konterrevolutionäre „PCP/ML“ unterstützt, während PdAA Beziehungen ausschließlich zur PCP(r) unterhält, und nur diese mit einer Delegation auf dem 7. Parteitag der PdAA vertreten war. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich schon für die BRD ab: Nur die „KPD/ ML“ war auf dem albanischen Parteitag vertreten, während fast gleichzeitig eine Delegation der „KPD“ zu ihrem ersten Besuch in der VR China eintraf. Noch im Vorjahr hatte die „KPD“ nur unter der Bezeichnung „Arbeiterdelegation“, also nicht als offizielle „Partei“-Vertretung, die VR China besuchen können, während zur selben Zeit dort Ernst Aust mit allem „partei“-mäßigen Prunk und Pomp empfangen wurde (von Yao Wen-yüan, Mitglied der „Vierer-Bande“).

Wer käme überhaupt für die von Enver Hodscha vorgeschlagene „große Beratung der Vertreter aller (??) marxistisch-leninistischen kommunistischen und Arbeiterparteien“ in Frage?

1.) Auf dem 7. Parteitag der PdAA waren u.a. Delegationen der Partei der Arbeit Koreas, der Partei der Werktätigen Vietnams und der Revolutionären Volkspartei von Laos vertreten. Das unterstreicht die relative Unabhängigkeit dieser Parteien von der KPdSU. Es ist aber kaum anzunehmen, daß diese Parteien bereit sein könnten, an einem von der PdAA (mit oder ohne Mitwirkung der KP Chinas) ausgerichteten „Weltkongresses“ teilzunehmen, der zweifellos nicht nur die Verurteilung des Revisionismus, sondern auch der Sowjetunion zum Thema hätte.

2.) Die KP Chinas war auf dem Parteitag nicht vertreten, sondern hatte lediglich einen Gruß geschickt. Das war schon beim 6. Parteitag der PdAA so und stellt keinen speziellen Affront gegen die PdAA dar, etwa im Sinne der viel beschworenen „abgekühlten“ Beziehungen zwischen Albanien und China.

Immerhin ist aber doch daran zu erinnern, daß die KP Chinas noch zum 5. Parteitag der PdAA (November 1966) eine sehr bedeutende Delegation geschickt hatte, die unter Führung des inzwischen verstorbenen Kang Scheng (damals Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK) und von Li Hsiän-niän (damals Mitglied des Politbüros, heute praktisch „2. Mann“ nach Hua Guo-feng) stand.

Warum ist die KP Chinas davon abgegangen, Delegationen zu den Parteitagen der PdAA zu entsenden? Das ist im Rahmen der „marxistisch-leninistischen“ Logik nicht zu erklären. **Jedenfalls spricht auch dieser Punkt dafür, daß der Vorschlag der PdAA zu einer ‚Weltkonferenz‘ eher ohne und sogar gegen als m i t der KP Chinas zu realisieren wäre.**

Im übrigen enthielt die Rede Enver Hodschas auf dem Parteitag nicht nur eine eindeutige Kritik an zentralen Punkten der chinesischen Außenpolitik, sondern indirekt auch eine Absage an die Mao-Tse-tung-Ideen (dazu an anderer Stelle dieses Artikels).

3.) Auf dem Parteitag der PdAA waren verschiedene Parteien durch Delegationen – oder zumindest durch Grußadressen – vertreten, die in ihren Ländern eine reale Rolle, vor allem im bewaffneten Kampf spielen: Die KP Indonesiens, die KP der Philipinen, die KP Ceylons (durch Delegationen); die KP Malaysias, die KP Thailands und die KP Burmas (durch Grußadressen). Diese Parteien unterhalten traditionell besonders enge Verbindungen zur KP Chinas und es erscheint unwahrscheinlich, daß sie sich an einem ‚Weltkongreß‘ beteiligen könnten, der nicht die Zustimmung der KP Chinas hat, sondern womöglich sogar in gewisser Abgrenzung zu dieser verlaufen könnte.

4.) Ähnliches gilt für die „KP Australiens/ML“ (Delegation) und die „KP Neuseelands“ (Grußadresse), zumal diese besonders krass eine pro-imperialistische Linie vertreten (Militärbündnis ihrer Länder mit den USA!), die mit den albanischen Vorstellungen unvereinbar ist.

5.) Die Mehrheit der Delegationen auf dem Parteitag kam von „ML“-Organisationen aus Europa und Lateinamerika, von denen nur die PCP(r) aus Portugal und die „KP Schwedens“ in ihren jeweiligen Ländern eine reale Bedeutung haben, während die übrigen mehr oder weniger größenwahnsinnige, operettenhafte Gebilde vom Typ der „KPD/ML“ sind (mit Abstufungen). Sie würden zweifellos das Gros der von Enver Hodscha anvisierten „marxistisch-leninistischen“ Internationale stellen – wobei noch zweifelhaft ist, wieweit diese Organisationen sich im Einzelnen die Kritik der PdAA an der chinesischen Außenpolitik zu eigen machen und welche Rolle eventuell noch den innenpolitischen Vorgängen in der VR China für eine weitere Differenzierung der „marxistisch-leninistischen Weltbewegung“ zukommen könnte.



Tapetenwechsel



Sage mir, mit wem du umgehst ... – Albaniens Parteivorsitzender Enver Hodscha begrüßt Ernst Aust von der „KPD/ML“

Sage mir, mit wem du umgehst ... – Albaniens Parteivorsitzender Enver Hodscha begrüßt Ernst Aust von der „KPD/ML“

Enver Hodscha kritisiert die chinesische Außenpolitik

Schon seit einiger Zeit waren Gegensätze zwischen den außenpolitischen Einschätzungen und Entscheidungen der VR China und der VR Albaniens offensichtlich. Nur die „Marxisten-Leninisten“ selbst schienen diese Widersprüche nicht sehen zu wollen.

In seiner Rede auf dem 7. Parteitag der PdAA hat Enver Hodscha mit bisher beispielloser Schärfe wesentliche Elemente der chinesischen Außenpolitik einer prinzipiellen Kritik unterworfen.

Bekanntlich liegt der chinesischen Außenpolitik die These zugrunde, **daß der „russische Sozialimperialismus“ die „gefährlichere“, „aggressivere“ der „beiden Supermächte“ sei, daß er der „Hauptkriegstreiber“ sei und daß er im Weltmaßstab „besonders“ bekämpft werden müßte.** Erst kürzlich wieder erklärte der chinesische Delegationsleiter (und jetzt auch neuer Außenminister) Huang Hua vor der UNO: *„Gegenwärtig ist die Lage so, daß die Vereinigten Staaten ihre Interessen auf dem ganzen Erdball verteidigen und die Sowjetunion nach Expansion strebt“*. Und: **„Die größte Kriegsgefahr der Gegenwart geht vom größten Friedensschwindler unserer Zeit aus“** (lt. „Peking Rundschau“ Nr. 47/1976).

Im Widerspruch dazu betonte Enver Hodscha in seiner Parteitags-Rede: *„Die Supermächte stellen einzeln oder gemeinsam in g l e i c h e m Maß und auf g l e i c h e r Ebene den Hauptfeind des Sozialismus, der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen dar, die größte Kraft zur Verteidigung der Ausbeutungs- und Unterdrückungssysteme, die unmittelbare Gefahr, die die Menschheit in einen dritten Weltkrieg zu stürzen droht“* (alle Zitate aus der Rede Enver Hodschas lt. „Roter Morgen“, 13.11.76, Hervorhebung durch AK).

Enver Hodscha ging sogar über diese Aussage noch etwas hinaus, indem er betonte, der US-Imperialismus *„bleibt nach wie vor das politische und ökonomische Bollwerk des kapitalitischen Ausbeutersystems, der größte Verteidiger des Kolonialismus und Neokolonialismus, der Hintermann des Rassismus und der Obergendarm der Weltreaktion“*.

An anderer Stelle sagte Enver Hodscha: *„Um sein Leben zu retten, hat der Kapitalismus nicht nur im nationalen, sondern auch im weltweiten Maßstab neue Formen zur Ausbeutung der Massen entwickelt. Er hat die letzte und perfekteste Form der Plünderung, den Neokolonialismus, hervorgebracht, er hat finanzielle Verbindungen, Wirtschafts- und Militärbündnisse geschaffen, um viele Staaten, die dem angehören, was man ‚zweite Welt‘, ‚dritte Welt‘, ‚blockfreie Länder‘ oder ‚Entwicklungsländer‘ nennt, vollkommen oder teilweise in Abhängigkeit zu halten.*

All diese Bezeichnungen, die sich auf die verschiedenen politischen, heute in der Welt wirkenden Kräfte beziehen, verschleiern, enthüllen aber nicht den Klassencharakter dieser politischen Kräfte, die grundlegenden Widersprüche unserer Epoche, das heute im nationalen und internationalen Maßstab vorherrschende Schlüsselproblem, den unerbittlichen Kampf, der heute zwischen der bürgerlichen und revisionistischen Welt einerseits und dem Sozialismus, dem Weltproletariat und seinen natürlichen Verbündeten andererseits geführt wird“.

Enver Hodscha widerspricht damit ganz offen der chinesischen These, wonach die Länder der „zweiten Welt“ (der kapitalistischen und imperialistischen Industrie-Nationen) und der „dritten Welt“ eine „Einheitsfront“ gegen die „beiden Supermächte“, und „besonders“ gegen den „Sozialimperialismus“, bilden sollen. **Hodscha differenziert nur zwei „Welten“: Die Welt der alten und neuen Bourgeoisie – und die Welt des Proletariats und seiner Verbündeten. Diese Teilung geht quer durch die Länder und Klassen, die die chinesische Führung als „zweite“ und „dritte Welt“ in einer „Einheitsfront“ zusammenfassen will.**

Im Sinn ihrer „Einheitsfront“-Linie unterstützt die chinesische Führung den Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten in der EWG/EG und ermuntert die Aufrüstung der NATO. In völligem Gegensatz dazu führte Enver Hodscha in seiner Parteitags-Rede aus: *„Seit ihrer Gründung war es das Ziel der EWG, zugunsten der großen Trusts und Konzerne Methoden barbarischer Plünderung auszufinden und den Kapitalismus vor Krisen und Erschütterungen zu retten. Auf der internationalen Arena ist die EWG eine neokolonialistische Großmacht, die nicht nur den Supermächten bei der Ausbeutung der Entwicklungsländer Konkurrenz macht, sondern auch versucht, die alten Privilegien der alten Kolonialmächte in diesen Ländern zu erhalten und zurückzugewinnen.*

Der USA-Imperialismus hat in der EWG eine starke Stütze gegen den sozialimperialistischen Block. Zusammen mit der Nato bildet die EWG eine organisierte Basis und ein Hinterland des USA-Imperialismus bei seiner Rivalität und Konkurrenz mit der anderen imperialistischen Macht, der revisionistischen Sowjetunion.

Die Partei der Arbeit Albaniens, der albanische Staat und das albanische Volk sind gegen die Nato und den Warschauer Pakt, gegen den RGW und die EWG, weil diese Organisationen das Hauptinstrumentarium der Expansion der beiden Supermächte sind, weil sie sowohl die Völker Europas als auch die der Entwicklungsländer unterdrücken und in Armut stürzen, weil sie sowohl die Revolution als auch die Befreiung der Völker untergraben, weil sie versklavend sind“.

Wer zieht mit? ...

Aus den bereits genannten Gründen kommen wahrscheinlich nur die „Parteien“ der unter 5.) zusammengefaßten Gruppe für eine Vereinheitlichung der „marxistisch-leninistischen Weltbewegung“ nach albanischen Vorstellungen in Frage, d.h. eine Reihe von europäischen und eventuell auch lateinamerikanischen Sekten. Zwar gibt es darüberhinaus in den einzelnen Ländern meist noch weitere Organisationen, die ihrem Selbstverständnis nach gleichfalls dazugehören würden, wie z.B. der KBW in der BRD. Die PdAA hat jedoch bisher, im Gegensatz zur KP Chinas, eine sehr strikte Politik verfolgt, „brüderliche Beziehungen“ jeweils nur zu e i n e r Partei eines Landes zu pflegen und andere Organisationen mit ähnlichen „marxistisch-leninistischen“ Ansprüchen überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen. Erst recht nimmt die PdAA eine überhebliche, ignorante Haltung gegenüber Organisationen wie MIR, Lotta Continua, MES etc. ein.

Die „Parteien“ der unter 5.) zusammengefaßten Gruppe, die auf dem Parteitag der PdAA vertreten waren, sind wiederum unter sich uneinheitlich: Die „Marxistisch-Leniniste Partei Österreichs“ (MLPÖ) – die älteste der heute noch bestehenden „ml“-Organisationen – hat den Kurs der Vaterlandsverteidigung von Anfang an abgelehnt und dies auch unmißverständlich öffentlich bekundet. Auch die italienische PCd'I (ml), die traditionell betont antifaschistisch ist, hat sich niemals auf den Weg der Vaterlandsverteidigung begeben, hat ihn allerdings auch niemals offen kritisiert, zumal diese Organisation ohnehin stets auf politisch-theoretische Bemühungen verzichtet hat.

Auf der anderen Seite steht eine Partei wie die französische PCMLF, die als erste „ml“-Organisation Westeuropas schon 1974 die Politik der Vaterlandsverteidigung übernahm und es dabei zu Auswüchsen brachte, die nur mit der hiesigen Provokateurs-Gruppe „Marxisten-Leninisten Deutschlands“ oder der portugiesischen „PCP/ML“ verglichen werden können. Indessen hat die PCMLF eine leichte „Selbstkritik“ geübt und einige der allerdümmsten Positionen wieder geräumt.

Stark auf Vaterlandsverteidigungs-Kurs war (und ist z.T.) auch die „Schwedische Kommunistische Partei“ (SKP) gegangen.

Im „Kampf zweier Linien“ ist im Herbst/Winter 1975 die portugiesische PCP(r) – (r) bedeutet: wiederaufgebaut – aus den Elementen von drei „ml“-Organisationen entstanden. Es setzte sich die Strömung durch, die im US-Imperialismus den Hauptfeind des portugiesischen Volkes sieht, statt im „Sozialimperialismus“, die gegen NATO und EG kämpft, etc.

Der Zick-Zack-Weg der „KPD/ML“

Der Zick-Zack-Weg der „KPD/ML“

Ein besonders makabres Kapitel selbst in diesem düsteren Rahmen stellen die Wendungen, Windungen und Wandlungen der „KPD/ML“ dar:

Mitte März 1975 besuchte „KPD/ML“-Chef Ernst Aust die extrem vaterländische PCMLF in Paris und ließ sich von dieser „beraten“ („Roter Morgen“, 29.3.75). Das Ergebnis war, unmittelbar nach seiner Rückkehr, die berüchtigte „Kieler Rede“ von Ernst Aust („Roter Morgen“, 5.4.75), mit der er aus heiterem Himmel der „KPD/ML“ die Politik der Vaterlandsverteidigung verordnete (siehe auch AK 60). Insbesondere entwickelte Aust in seiner „Kieler Rede“: – die These, daß der „Sozialimperialismus“ der „Hauptfeind des deutschen Volkes“ sei;
– die These, daß die Rolle der BRD in einem künftigen Krieg der Rolle von Holland oder Belgien im Zweiten Weltkrieg entsprechen würde, woraus er die These vom „gerechten Verteidigungskrieg“ herleitete;
– Die These von der „Einheitsfront“ aller, die dazu bereit sind“, gegen die „zwei Supermächte“, einschließlich der „Einheitsfront“ mit „kleineren „nationalistisch beeinflußten Gruppen“;
– Die These von der Notwendigkeit der „Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sozialimperialismus“.

Später sah sich die „KPD/ML“ immer wieder veranlaßt, diese Thesen durch Leitungs-Stellungnahmen zu „erläutern“, zu „präzisieren“ oder gar zu „korrigieren“. Dabei hielt die „KPD/ML“ aber zunächst immer noch an der These fest, daß der „russische Sozialimperialismus“ der

Fortsetzung auf Seite 44

Forts. von S. 43

„Hauptfeind in ganz Deutschland" sei: „In Deutschland aber gilt, daß der russische Sozialimperialismus der Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes ist" (Erklärung des Präsidiums des ZK der „KPD/ML", „Wie muß der Kampf gegen die beiden Supermächte geführt werden?", Beilage zum „RM" vom 16.8.75).

„Ausgehend von ganz Deutschland müssen der russische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus in erster Linie bekämpft werden. Der russische Sozialimperialismus, der die DDR völlig versklavt hat und in zunehmender Weise Westdeutschland bedroht, ist dabei die aggressivere der beiden Supermächte" (Diskussionsbeitrag des ZK der „KPD/ML" zu den Gesprächen mit der „KPD", Beilage zum „RM" vom 19.11.75).

Danach ein neuer Schwenk: In der Woche vom 13. bis 20. Dezember 1975 besuchte Aust die VR Albanien und ließ sich von Ramiz Alia – Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PdAA – „beraten". Das Ergebnis war, verpackt in eine „Grußadresse des ZK zum Jahrestag der Parteigründung", eine ganz kleine „Selbstkritik": *„....In einer Frage allerdings wurde in verschiedenen Dokumenten der Partei eine falsche bzw. unklare (?) und mißverständliche (?!) Auffassung vertreten. Es handelt sich um die Frage des Hauptfeindes der sozialistischen Revolution in Westdeutschland... Gegenwärtig wird die Arbeiterklasse in Westdeutschland in erster Linie vom westdeutschen Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt, in zweiter Linie vom US-Imperialismus... In Westdeutschland ist der westdeutsche Imperialismus der Hauptfeind der sozialistischen Revolution"* („RM", 3.1. 1976).

Zu dieser Auffassung, so wurde behauptet, sei „das November-Plenum des Zentralkomitees unserer Partei" gekommen. Durch diese Kon-
num des Zentralkomitees unserer Partei" gekommen. Durch diese Kon-
struktion sollten anscheinend die Spuren verwischt werden, zumal noch am 19. November im „Roten Morgen" der erwähnte „Diskussionsbeitrag des ZK" mit genau gegenteiligen Auffassungen erschienen war. Ungewollt verriet Aust später in einer seiner berüchtigten Reden die tatsächlichen Zusammenhänge, indem er sagte: „Wir haben über diese Frage des Hauptfeindes in der Partei und im Zentralkomitee diskutiert... Wir haben uns auch mit den (?) Bruderparteien beraten. Wie ihr wißt, auch mit den albanischen Genossen. Gerade Genosse Ramiz Alia hat uns zum Verständnis dieser Frage eine große Hilfe gegeben". („RM", 20.3. 76).

Wie ungeheuer „prinzipienfest" die „KPD/ML" selbst nach dieser Beratung noch war, demonstriert das sogenannte „Gemeinsame Kommunique des ZK der KPD/ML und des ZK der KPD zu wichtigen Fragen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung" (erschienen als Beilage zum „RM" vom 29.5.76), in dem es heißt: *„In den kapitalistischen Ländern, die der Kontrolle der einen oder anderen Supermacht unterstehen oder die sie ihrer Kontrolle zu unterwerfen versuchen, müssen Arbeiterklasse und Werktätige ihren Kampf in erster Linie* (!) *gegen die eine oder* (!) *andere oder beide Supermächte richten, dann aber auch* (!) *gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen."*

Diese Formulierung ließ sogar die These der „KPD" zu, wonach der „russische Sozialimperialismus" der „Hauptfeind des ganzen deutschen Volkes" sei; nicht hingegen ließ sie die These zu, daß der BRD-Imperialismus der Hauptfeind der westdeutschen Arbeiterklasse sei! Im Verlauf ihres Zick-Zack-Kurses war die „KPD/ML" den 150%igen Vaterlandsverteidigern von der „KPD" noch einmal sehr weit „entgegengekommen". Kurz darauf der nächste radikale Schwenk: Die „KPD/ML" brach die Gespräche „zur Einheit der Marxisten-Leninisten" mit der „KPD" einseitig ab!

Zwar hatte die „KPD/ML" sich nun erst einmal zu der Auffassung durchgerungen, daß der BRD-Imperialismus der Hauptfeind in der B R D sei. Fest hielt sie jedoch immer noch an der These, daß der „Sozialimperialismus" im Weltmaßstab die „gefährlichere" Supermacht sei! Praktisch bedeutet das, den US-Imperialismus als etwas weniger „gefährlich" anzusehen, ob das nun eingestanden wird oder nicht. In dem „Gemeinsamen Kommunique" mit der „KPD" heißt es dazu: *„Auf der Seite des Imperialismus sind die beiden imperialistischen Supermächte, der russische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus, gegenwärtig die größte konterrevolutionäre Kraft ... Von ihrem Ringen im Kampf um die Weltherrschaft geht die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg aus, und sie sind gegenwärtig die Hauptkriegstreiber ... Dabei ist es vor allem der russische Sozialimperialismus, der auf eine Neuaufteilung der Welt drängt. Er ist die aufstrebende, aggressivere der beiden Supermächte."*

In einer Broschüre gegen den KB (erschienen im Mai 1976) war zu lesen, die „KB-Führer" seien *„die Wasserträger der sowjetischen Supermacht, des gefährlichsten Imperialisten, den es heute auf der Welt gibt."*

Auch in der „Grundsatzerklärung (!) der KPD/ML", die vom „Juli-Plenum des ZK der KPD/ML" beschlossen wurde und die angeblich in einer Auflage von zwei Millionen (!!) verteilt wurde, steht noch zu lesen: *„Sie, die beiden imperialistischen Supermächte UdSSR und USA, sind heute die größte konterrevolutionäre Kraft, die größten Ausbeuter und Unterdrücker der Völker, die Hauptkriegstreiber auf der Welt, wobei der russische Sozialimperialismus als die aufstrebende Supermacht vor allem auf die Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten drängt und aggressiver ist."*

Und schließlich anläßlich des Parteitages der PdAA der vorläufig letzte Schwenk: Die „KPD/ML" schließt sich der Auffassung der PdAA an, daß beide „Supermächte" g l e i c h gefährlich und aggressiv seien.

Mit der konkreten „Politik" der „KPD/ML" haben diese Schwenks freilich wenig zu tun, und daran würde sich nicht einmal etwas ändern, wenn die „KPD/ML" vielleicht morgen irgend jemanden zu Gefallen behaupten würde, der eigentliche Hauptfeind des deutschen Volkes sei das Fürstentum Liechtenstein. Die „Hauptfeind"-Diskussion ist losgelöst und abgehoben von der konkreten „Politik" der „KPD/ML", hat keine oder kaum Rückwirkungen auf diese, und stellt lediglich eine Spielwiese für opportunistische Balance-Akte dar: Gerät man mit seinen Thesen allzu eindeutig in Widerspruch zur KP Chinas, dann gibt's Schläge von der „KPD". Paßt man sich allzusehr den chinesischen Thesen an, gibt's Dresche vom KB und sogar Proteste vom KBW. Und dann ist jedesmal ein Schwenk fällig gewesen. Dies gilt, solange die „KPD/ML" selbst nicht bereit war, die Unanfechtbarkeit der chinesischen Thesen zur internationalen Situation in Frage zu stellen und folglich den Angriffen der „KPD" ausgeliefert war, die sich mit Fug und Recht als korrektere Interpretin der chinesischen Thesen darstellen konnte.

Mao als „Ballast" über Bord?

In der von der PdAA angestrebten „marxistisch-leninistischen" Internationale sollen anscheinend die Mao-Tse-Tung-Ideen keine besondere Rolle mehr spielen. So sagte Enver Hodscha beispielsweise in seiner Rede auf dem 7.Parteitag der PdAA:

– *„Unsere Partei konnte ... alle diese hervorragenden Siege erringen ..., weil sie den unsterblichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin treu blieb ...".*

– *„ ... Daß dieses Prinzip der Verfassung zugrunde gelegt wurde, ist ein weiterer Beweis dafür, daß unsere Partei wie immer entschlossen ist, in jeder Frage und auf allen Gebieten die unsterblichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin anzuwenden und zu verteidigen."*

– *„Die Partei entfaltete eine große und allseitige Arbeit, um die wissenschaftlichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu propagieren."*

– *„ ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch'. Dieses Motto von Marx und Engels, dem Lenin und Stalin treu blieben und das sie voranführten, ist stets aktuell, kämpferisch und revolutionär."* (Zitate nach „RM" vom 13.11.76).

Mao Tse-Tung taucht dabei nicht auf. Die PdAA scheint der Meinung zu sein, daß Mao vielleicht „auch" etwas zur marxistisch-leninistischen Theorie beigetragen hat, aber mit den „Klassikern" nicht zu vergleichen ist, und daß seine Lehren für Albaniens Entwicklung und Zukunft keine besondere Bedeutung haben!

Rasch entschlossen hat diesmal Aust sofort das Mäntelchen nach dem Wind gehängt. In seiner Grußadresse auf dem PdAA-Parteitag behauptete er: *„Schaut ihr bei uns in den Bücherschrank fortschrittlicher Arbeiter, so findet ihr dort neben den Werken von Marx, Lenin, Stalin heute schon immer öfter die Werke des größten lebenden Marxisten-Leninisten unserer Zeit, des Genossen Enver Hoxha"* (zit. nach „RM", 13.11.76). AK-Leser ahnten es schon: **„Dieses verfaulte Gesindel, das weiß man mittlerweile, würde sogar den Genossen Mao Tse-Tung verraten, wenn es sein müßte!"** (AK vom 1.11.76). Judas tat es für 30 Silberlinge, aber Ernst Aust hat es wahrscheinlich nicht ganz so billig gemacht ...

Daß es sich um mehr als um einen Einzelfall handelt, beweist der Artikel „Studiert den Bericht des Genossen Enver Hoxha!" im „Roten Morgen" vom 26.11.76. Dort heißt es beispielsweise: *„Der Bericht des Genossen Enver Hoxha ist so eine tiefgehende marxistisch-leninistische Analyse der gegenwärtigen Situation in der Welt, die auf alle wichtigen Probleme eine prinzipienfeste und revolutionäre Antwort gibt. Deshalb, weil* (!) *er sich von nichts anderem* (!) *leiten läßt, als von den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, ist der Bericht des Genossen Enver Hoxha eine scharfe Waffe gegen alle revisionistischen und opportunistischen Theorien ...".* Kann man unter den Bedingungen der Gegenwart den Revisionismus und Opportunismus bekämpfen, wenn man sich nicht auch von den Mao-Tse-Tung-Ideen leiten läßt? Wir meinen, das kann man nicht.

Im „Roten Morgen" heißt es außerdem, *„daß die PdAA die Einschätzung der internationalen Lage gemäß den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin nach den grundlegenden Widersprüchen unserer Epoche bestimmt ...".* Diese Formulierung ignoriert den wesentlichen Beitrag, den die KP Chinas in den 60er Jahren unter Führung des Genossen Mao Tse-Tung zur Einschätzung der internationalen Lage, zur Bestimmung der ihr zugrundeliegenden Widersprüche und zur Entwicklung einer Strategie und Taktik im Weltmaßstab geleistet hat.

Den Gipfelpunkt jedoch stellt die Aussage des „Roten Morgen" dar, daß in der Rede Enver Hodschas *„die von Marx, Engels, Lenin und Stalin entwickelten Lehren über die Notwendigkeit von der Diktatur des Proletariats, über die Fortführung des Klassenkampfes unter den Bedingun-*
Proletariats, über die Fortführung des
Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, über den sozialistischen Aufbau und über die Rolle und die Aufgaben der marxistisch-leninistischen Partei in der Periode des Sozialismus konsequent angewandt werden".

Die Lehren über die Fortführung des Klassenkampfes unter sozialistischen Bedingungen sind in allererster Linie vom Genossen Mao Tse-Tung und der KP Chinas entwickelt und angewendet worden. Im Gegensatz dazu sind die entsprechenden „Lehren" Stalins eher negativ, wie auch die chinesischen Genossen hervorgehoben haben: *„In seiner Denkweise wich Stalin in einigen Fragen vom dialektischen Materialismus ab und verfiel in Metaphysik und Subjektivismus. Dadurch entfernte er sich manchmal von der Wirklichkeit und von den Massen. Im inner- und außerparteilichen Kampf verwechselte er zu gewissen Zeiten und in gewissen Fragen die zwei verschiedenen Arten von Widersprüchen – Widersprüche zwischen dem Feind und uns und Widersprüche im Volk – sowie die verschiedenen Methoden zur Lösung dieser zwei Arten von Widersprüchen. Als er die Unterdrückung der Konterrevolution leitete, wurden viele Konterrevolutionäre, die bestraft werden mußten, in gerechter Weise bestraft, aber zur gleichen Zeit wurden auch manche unschuldigen Leute zu Unrecht verurteilt. So ist man 1937 und 1938 bei der Unterdrückung der Konterrevolution zu weit gegangen. In Partei- und Staatsorganisationen befolgte Stalin nicht in vollem Maß den proletarischen demokratischen Zentralismus, oder verletzte ihn in gewissem Grad"* („Zur Stalinfrage", „Renmin Ribao" vom 13.9.63; in der „Polemik über die Generallinie ...", Peking 1965).

Die Politik Stalins war dadurch gekennzeichnet, daß sie sich bei der Lösung der Widersprüche im Volke sowie beim Anpacken des Klassenkampfes unter sozialistischen Bedingungen in erster Linie auf den Staatsapparat und die Bürokratie verließ und abweichende politische Linien fast nur noch als ausländische Agenturen bekämpfte. Im Gegensatz dazu und unter Anwendung der Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion entwickelte die KP Chinas neue Methoden, die auf der breiten Mobilisierung der Volksmassen und auf breiter Demokratie beruhten, und die in der Kulturrevolution ihren bisher bedeutendsten Ausdruck fanden.

Sich bei der Fortführung des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats auf Stalin zu berufen, aber nicht auf Mao Tse-Tung, ist eine eindeutige und bedenkliche politische Aussage. Für die PdAA gilt allerdings in der Tat, daß sie sich im Wesentlichen die Lehren der KP Chinas und insbesondere der Großen Proletarischen Kulturrevolution n i c h t angeeignet hat, sondern sich tatsächlich eher an den „Lehren" Stalins orientiert. So haben die „Kämpfe zweier Linien" in der PdAA gerade in den letzten Jahren ohne Mobilisierung der Massen stattgefunden und haben eher die Form der berüchtigten „Moskauer Prozesse" der 30er Jahre angenommen.

„Fünfte Internationale" oder Schrotthaufen mit Eichenlaub und Schwertern?

Nach alldem lassen sich zwei Schlußfolgerungen ziehen:

1. Der von der albanischen Führung vorgeschlagene und angestrebte „Weltkongreß" könnte wahrscheinlich nur ohne und in gewisser Weise sogar g e g e n die KP Chinas stattfinden.

Diese Schlußfolgerung ergibt sich weniger aus der albanischen Abwertung des Genossen Mao – die derzeit auch von der Hua-Gruppe in der VR China begonnen wird – als aus den gegensätzlichen Positionen zur Einschätzung der internationalen Situation und den sich daraus ergebenden Konsequenzen speziell für Europa.

2. Der potentielle Teilnehmerkreis einer solchen „Weltkonferenz" wäre von vornherein eng begrenzt. Es wäre noch nicht einmal sicher, daß alle auf dem 7: Parteitag vertretenen „ml"-Organisationen Westeuropas und Lateinamerikas sich beteiligen würden, falls es zu einer noch stärkeren Differenzierung zwischen der PdAA und der KP China kommt. In der Tendenz würde das – so wie heute schon in Portugal und ansatzweise in der BRD – zur Entstehung von jeweils z w e i Organisationen in allen Ländern führen, von denen die eine mehr mit der PdAA geht und die andere mehr mit der KP Chinas.

Für die VR Albanien würde es eine große außenpolitische Belastung darstellen, diesen Weg zu gehen und eine ‚Weltkonferenz' ohne bzw. gegen die KP Chinas auszurichten. Andererseits zeigt allein die Tatsache.
gen die KP Chinas auszurichten. Andererseits zeigt allein die Tatsache,
daß Enver Hodscha einen derartigen Vorschlag gemacht hat – von dem er wissen muß, daß er nicht den Beifall der chinesischen Führung finden wird –, daß die PdAA ernsthafte Ambitionen auf diesem Gebiet hat.

Im AK 76 (15.3.76) hatten wir bereits aufgezeigt, daß es sich bei der albanischen „Internationalen" um ein „internationales Hochstapler-Syndikat" handelt. Abgesehen im wesentlichen von der PCP(r) und der „SKP" handelt es sich um total bedeutungslose Sekten und Operetten-Parteichen, die den Kampf um die reale Führung der Arbeiterklasse durch größenwahnsinnige Selbst-Proklamationen ersetzen. Diese Strömung stellt eine makabre Parodie der Kommunistischen Internationale der 20er, 30er und 40er Jahre dar.

Die albanische Führung überhäuft diese Komiker mit Lob und stellt sie allen Ernstes als Fortsetzer der großen Sache der Kommunistischen Internationale hin. So auch Enver Hodscha auf dem 7. Parteitag: *„Im Kampf für die Sache der Revolution und des Kommunismus, im Kampf gegen den modernen Revisionismus entwickeln sich und erstarken die marxistisch-leninistischen Parteien der verschiedenen Länder und ernten Erfolge. Unsere Partei freut sich aufrichtig über ihre Siege, die sie als gemeinsame Siege betrachtet, als Siege, die dem ganzen Weltproletariat gehören. Daß es marxistisch-leninistische Parteien in allen Kontinenten und Gebieten der Welt gibt, ist ein Beweis dafür, daß heute bewußte Verteidiger, entschlossene Revolutionäre, die mit allen Kräften für die große Sache des Kommunismus kämpfen, die Interessen des Weltproletariats, die Revolution und den Sozialismus verteidigen"* (lt. „RM", 13.11.76).

„Die marxistisch-leninistische Bewegung wächst und erstarkt", ist eine beliebte albanische Formel. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache: Obwohl heute die meisten „ml"-Organisationen auf zehn und mehr Jahre „politische Arbeit" zurückblicken können, stagniert ihre Entwicklung oder ist sogar rückläufig, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Das albanische Projekt einer „ml"-Internationale könnte dieser Strömung höchstens noch eine kurze Schein-Blüte bringen, wird aber zugleich aus den oben angeführten Gründen zur weiteren Zersplitterung und Auflösung dieser Strömung führen. Das besonders Bedauerliche dabei ist, daß sich die albanische Führung mit ihrem Projekt noch mehr mit dem Operetten-„Marxismus-Leninismus" und den Komiker-„Parteien" identifiziert und sich dadurch zugleich noch mehr von den Realitäten des Klassenkampfs und der kommunistischen- und Arbeiterbewegung in Europa löst.



Die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin - das sind die Grundlagen, auf denen die Partei der Arbeit ihre großartigen historischen Siege errungen hat.

Original-Foto aus Albanien mit Original-Unterschrift des „Roten Morgen" (13.11.76). Die Mao-Tse-tung-Ideen scheinen für Albanien keine besondere Bedeutung zu haben.

Peinlich für die „KPD/ML"!

Vom 8; November bis zum 1. Dezember besuchte eine Delegation der vaterländischen „KPD" die VR China. Daß diese Strömung derzeit von der Hua-Bande favorisiert wird, geht aus einem Interview von Ch. Semler (Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der „KPD") nach seiner Rückkehr hervor. Semler sagte u.a.: „Die chinesischen Genossen ermutigten uns, an unserer Strategie des Kampfes für eine internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte festzuhalten, ebenso an der Einschätzung, daß der russische Sozialimperialismus heute die gefährlichere und aggressivere Supermacht bildet, gegen die man sich besonders richten muß ..." („Rote Fahne" Nr. 49).

Pech für die „KPD/ML", die sich gerade erst von dieser „Einschätzung" losgesagt hat. Überdies ist aus den Reihen der „KPD/ML" noch folgende traurige Geschichte zu erfahren: Vertreter der VR China in der BRD sollen sich an die „KPD/ML" -Führung gewandt haben und ultimativ gefordert haben:

1. Einstellung des Vertriebs etc. aller „parteifeindlichen" Literatur der „Vierer-Bande" durch die „KPD/ML", speziell der verschiedenen Broschüren mit Artikeln von Yao Wenyüan. 2. Eindeutige Verurteilung der „Vierer-Bande". Andernfalls wurde unverhohlen der Abbruch der Beziehungen angedroht. Die „KPD/ML"-Führung soll – wenn man den Informationen glauben darf – diese Forderungen a b g e l e h n t haben!

China nach dem Rechts-Putsch

Produktionsschlacht und „Säuberungs"welle

Gut zwei Monate nach dem Putsch der Hua-Gruppe und der Verhaftung der vier „linken" Mitglieder des Politbüros ist jetzt die Hexenjagd gegen die wichtigsten Anhänger der „Vierer-Bande" offen im Gange. Auch die Kampagne gegen die „Vierer-Bande" selbst hält unvermindert mit einer Fülle von „Enthüllungen" an, die die „Vierer-Bande" als schlimmste Feinde des ganzen Volkes und der kommunistischen Kader diskreditieren sollen:

- **Sie hätten die Steigerung der Produktion und damit zugleich des Lebensstandards der Volksmassen durch ultra-linke Parolen sabotiert;**
- **Sie selbst hätten jedoch auf Kosten der Massen ein Leben in Luxus und perverser Dekadenz geführt;**
- **Sie hätten die breiten Massen der kommunistischen Kader angegriffen und vor allem alle älteren, erfahrenen Kader ablösen wollen.**

Zugleich werden die werktätigen Massen aufgefordert, durch Mehrarbeit „die durch die Sabotage der Viererbande entstandenen Verluste wettzumachen" und die Pläne nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen.

Das „Dolce Vita" der „Vierer-Bande"

Besonders erstaunlich mutet an, was man jetzt über den Lebensstil der „Vierer-Bande" erfährt: „**Sie hatten einen außerordentlich verfaulten Lebensstil, schlimmer noch als die Kapitalisten**" (Anm. 1).

Vor allem über Mao's Witwe Djiang Tjing verbreiten Presse, Rundfunk und Wandzeitungen eine Unmenge von „Enthüllungen":

- *„Sie wollte sogar Kleiderstoffe importieren, um daraus Kleidchen für ihren Affen und ihren Hund zu machen"* (Anm. 2).

importieren, um daraus Kleidchen für ihren Affen und ihren Hund zu machen" (Anm. 2).

- *„Bei vielen Gelegenheiten, wenn Djiang Tjing nach Kanton kam; zwang sie die zuständigen Abteilungen, obszöne Filme aus kapitalistischen Ländern zu importieren. Was verschiedene obszöne Romane und Bilderbücher angeht, die in Hongkong veröffentlicht wurden, so wurde sie stets ärgerlich und bestrafte skrupellos die zuständigen Personen, wenn ihr eine dieser Publikationen zum Lesen fehlte"* (Anm. 3).
- Über ihre Besuche im Zoo von Kanton wird berichtet, daß stets das gesamte Arbeitspersonal sowie andere Zoo-Besucher zuvor entfernt werden mußten. Außerdem: *„Wenn sie in den Orchideen-Garten gehen wollte, durfte dort kein Staub auf den Bäumen an der Straße sein; wenn sie in den Westlichen Garten gehen wollte, durfte dort kein einziges fliegendes Insekt sein; wenn sie den Affenhügel im Zoo besuchen wollte, mußten Süßigkeiten und Kekse von höchster Qualität für sie vorbereitet werden, damit sie damit die Affen füttern konnte ... Als Djiang Tjing den Orchideen-Garten besuchte, gefielen ihr die Goldfische dort nicht. Sie zögerte nicht, Staatseigentum zu verschwenden, um Goldfische von Peking nach Kanton einfliegen zu lassen"* (Anm. 4).
- *„Djiang Tjing war grausamer als die Frau eines Gutsbesitzers. Sie quälte das Arbeitspersonal bösartig. In einer kalten Winternacht hatte ein Arbeiter nicht rechtzeitig die elektrische Heizung in Djiang Tjing's Schlafzimmer angestellt. Djiang Tjing ... bestrafte diesen Arbeiter, indem sie ihn barfuß mehr als eine Stunde lang draußen stehen ließ. Dann jagte sie ihn fort"* (Anm. 5).
- Über einen Besuch Djiang Tjing's auf der Insel Hainan wird berichtet: *„Sie war nicht zufrieden mit Bett und Bettzeug, auch nachdem diese mehrmals ausgewechselt worden waren. Sie verlangte, daß innerhalb einem Kilometer Umkreis von ihrem Quartier kein Geräusch von Kraftfahrzeugen, Geflügel und Hunden sein durfte. Kraftfahrzeuge, die Güter für sie lieferten, mußten einen Kilometer entfernt abgestellt werden und dann von mehr als 20 starken jungen Männern der Miliz geschoben werden"* (Anm. 6). *„Bei einer anderen Gelegenheit, als Djiang Tjing Fotos auf der Insel Hainan machte, bestand sie darauf, daß die Bäume vor ihr die Sicht versperrten, und sie ließ Arbeiter kommen, um sofort mehrere Dutzend Bäume zu fällen"* (Anm. 7).
- Aus Peking wird berichtet: *„Djiang Tjing hatte zwei Villem im Sommer-Palast. Immer wenn sie dort schlief, verlangte sie absolute Ruhe. Flugzeuge auf dem nahegelegenen Flugplatz durften nicht starten, Produktionsgruppen in der Nähe mußten ihre Lautsprecher-Durchsagen unterbrechen und Leute mußten losgeschickt werden und auf die Zweige schlagen, um die Vögel zu verscheuchen." „Immer wenn Djiang Tjing und ihre Gesellschaft kamen, mußte der gesamte Park geschlossen werden." „Wenn sie gegessen und getrunken hatten, gingen sie einfach weg ohne die Rechnung zu zahlen oder zahlten nur eine symbolische Summe. Als wir sie baten, nach Marktpreisen zu zahlen, waren sie beleidigt und schalten uns sogar"* (Anm. 8).

Weniger detailliert wird auch die „Vierer-Bande" insgesamt angegriffen: ***„Nach Belieben rafften sie die Früchte der Arbeit der Werktätigen, warfen mit Geld um sich und führten ein dekadentes und liederliches Leben: Freß- und Saufgelage, Jagen, Reiten, Vorführungen alter Opern***

ten ein dekadentes und liederliches Leben: Freß- und Saufgelage, Jagen, Reiten, Vorführungen alter Opern

und von schmutzigen Filmen – damit ‚vergnügten' sie sich" (Anm. 9). Selbst während der Hilfsmaßnahmen nach den großen Erdbeben-Katastrophen dieses Jahres führte die „Vierer-Bande" angeblich ein lustiges Leben: *„ ... Später mißbrauchten diese Leute sogar einen Zug, der Hilfsgüter beförderten, für ein Gelage. Wann immer es ihnen gefiel, ließen sie ihn anhalten. So brachten sie den Fahrplan durcheinander und beeinträchtigten den Transport dieser Güter"* (Anm. 10).

Wenn man all dies liest, kann man nur verblüfft sein, daß so etwas in China überhaupt möglich gewesen sein soll. Hat man sich bisher ein falsches Bild über dieses Land gemacht? Es wäre noch nicht einmal so verwunderlich, wenn einfach nur behauptet würde, die „Vierer-Bande" hätte vielleicht geheime Orgien gefeiert und ähnliches. Aber wundern muß man sich, daß es angeblich möglich gewesen sein soll, daß auf einen Wink von Partei-Führern für ein Foto Dutzende Bäume gefällt wurden oder gar Flugplätze und Fabriken stillgelegt werden mußten, um deren empfindlichen Schlaf nicht zu stören. Wie konnten solche Befehle einfach ausgeführt werden? Oder wenn angeblich Radio Kanton gar berichtet, daß auf Befehl Djiang Tjings Soldaten eine „lebende Mauer" um sie bilden mußten, um sie beim Baden im Meer vor Haifischen zu schützen?! (Anm. 11).

Wenn auch nur ein Bruchteil all dieser Geschichten stimmt, würden sich verheerende Schlußfolgerungen auf das tatsächliche Entstehen einer „neuen Bourgeoisie" in der VR China ergeben. Denn Dekadenz und Menschenverachtung, wie sie vor allem Djiang Tjing jetzt zugeschrieben werden, sind selbstverständlich nicht isoliert von entsprechenden gesellschaftlichen Zuständen zu sehen. Es ist also nicht verwunderlich, daß angesichts dieser „Enthüllungen" vor allem die Trotzkisten in schadenfrohen Jubel ausbrechen, weil das genau ihren Thesen von der „parasitären Bürokratie" in der VR China entgegenkommt.

Die Angriffe gelten dem Genossen Mao

Man erinnert sich, daß auch dem Genossen Lin Biao, dem „engsten Waffengefährten des Vorsitzenden Mao", nach seinem Tod (September 1971) vielfach ein dekadenter und ausschweifender Lebensstil vorgeworfen worden ist. Allmählich muß der Eindruck entstehen, daß sich Mao Tse-tung vorzugsweise mit Menschen umgab, die nicht nur politische Renegaten waren, sondern die auch einen bürgerlichen Lebensstil pflegten. Zwangsläufig werfen diese Vorwürfe auch einen Schatten auf den Genossen Mao s e l b s t: Zumindest mußte man annehmen, daß er blind gegenüber den Dingen war, die um ihn her vorgingen, und daß es ihm total an Menschenkenntnis fehlte.

Dies gilt umso mehr, weil sowohl in der Kampagne gegen Lin Biao wie jetzt gegen die „Vierer-Bande" überhaupt jedes historische Verdienst der Betreffenden vollständig bestritten wird. So hörte man über Lin Biao, er sei schon in den 20er Jahren ein militärischer Kapitulant und Nichtskönner gewesen. Über Dschang Tschun-tjiao heißt es jetzt, daß er schon in den 30er Jahren nationalen Verrat gepredigt habe. Und gar Djang Tjing, die Ehefrau Mao's: Sie, die bekanntlich ein Filmstar war, bevor sie nach Jenan kam und Mao heiratete, sei z.B. im September 1936 auf einem Festival zu Ehren Tschiang Kai-tscheks aufgetreten. Sie habe sich auch danach gedrängt, in einem Film oder Schauspiel die Rolle der Edel-Prostituierten Sai-chin-hua zu spielen, die während des „Boxer-Aufstands" (um 1900) die Geliebte des deutschen Kommandeurs Waldersee war, der die imperialistischen Invasions-Truppen befehligte.

Und „so eine" Frau hat Mao geheiratet? Eine Frau mit bösartigen und perversen Launen und Allüren, die ihre Bediensteten barfuß in der Kälte stehen ließ und für die sogar auf den Blättern Staub gewischt werden mußte?!

Hinzu kommt noch, daß auch Mao's langjähriger Privatsekretär





Im „Mao-Look" zeigt sich Hua Guo-„Teng" gern den Volksmassen. Die Ähnlichkeit ist nahezu perfekt – zumindest äußerlich. Nach Meldungen von China-Reisenden aus Hongkong will sich Hua zusätzlich demnächst einer gesichtskosmetischen Operation unterziehen: Eine künstliche Warze auf dem Kinn soll das Bild vervollständigen.

Tschen Bo-da 1970 aus dem Verkehr gezogen wurde. Tschu En-lai beschimpfte ihn auf dem X. Parteitag der KP Chinas (1973) als „antikommunistisches Element der Kuomintang, Trotzkisten, Renegaten, Geheimagenten und Revisionisten" (Anm. 12).

Der Kreis beginnt sich zu schlieen. Der ohnehin offensichtliche politische Zusammenhang zwischen Mao's „engstem Waffengefährten" Lin Biao und Mao's Ehefrau Djiang Tjing während der Großen Proletarischen Kulturrevolution wird in der jetztigen Kampagne gegen die „Vierer-Bande" immer eindeutiger angegriffen, und zugleich auch die Verbindung zu Tschen Bo-da gezogen, der schon auf dem X. Parteitag von Tschu En-lai als „Hauptmitglied der parteifeindlichen Lin-Biao-Clique" angegriffen wurde (Anm. 12): *„Der Lorbeer-Kranz einer ‚Fahnenträgerin' wurde Djiang Tjing von jenen revisionistischen ‚Autoritäten' verliehen – Lin Biao, Tschen Bo-da, Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao und Yao Wen-yüan –, in einem schmutzigen politischen Handel, um ihrem gemeinsamen Interesse zu dienen, die Partei- und Staatsmacht an sich zu reißen. Djiang Tjing lobte den Renegaten und Verräter Lin Biao als ‚ein glänzendes Vorbild' und einen ‚Vertreter der richtigen Linie', während Lin Biao ihr Auftreten Anfang 1966 mit Trompetengeschmetter begleitete und sie als ‚voller Ideen' und ‚politisch sehr scharfsinnig und wirklich kunstverständig' feierte. Der politische Betrüger Tschen Bo-da verglich Djiang Tjing schamlos mit Dante aus der europäischen Renaissance und mit Lu Hsün aus der 4. Mai-Bewegung in China und sagte, ‚Djiang Tjing ist die mutige Fahnenträgerin' ..."* (Anm. 13). „**Es ist jedermann bekannt, daß die Beziehung zwischen der Viererbande und Lin Biao ganz außerordentlich war. Insbesondere Djiang Tjing hat lange Zeit Hand in Hand mit Lin Biao gearbeitet. Ihre Beziehung war außerordentlich eng.** *Djiang Tjing's zwei Titel, nämlich ‚Die hervorragende Genossin unserer Partei' und ‚Fahnenträgerin der Revolution in Literatur und Kunst' wurden ihr von Lin Biao verliehen. Nachdem die Verschwörung Lin Biaos, während der 2. Plenartagung des 9. ZK-Plenums* (gemeint ist das Luschan-Plenum, September 1970) *einen Staatsstreich zu unternehmen, gescheitert war, arbeitete Djiang Tjing fieberhaft, um Lin Biao zu beschönigen und zu unterstützen. Das große Farbfoto von Lin Biao beim Lesen eines Buches, das an hervorragender Stelle in einer Zeitschrift am Vorabend des 13. September* (1971 – an diesem Tag stürzte angeblich Lin Biao mit dem Flugzeug ab, als er nach einem gescheiterten Putschversuch in die Sowjetunion fliehen wollte – Anm. AK) *veröffentlicht wurde, war sorgfältig von Djiang Tjing arrangiert worden. Nachdem Lin Biao nach seinem Versuch, Landesverrat zu begehen und in die Sowjetunion zu fliehen, sich zu Tode gestürzt hatte, versuchte Djiang Tjing wiederholt, sich selbst herauszuziehen und versuchte mit allen Mitteln, die Tatsachen zu verheimlichen"* (Anm. 14).



„Djiang Tjing selbst machte ein Foto von dem Verräter Lin Biao, auf dem er so tut, als würde er die Werke des Vorsitzenden Mao studieren – nur wenige Tage vor dem 13. September 1971, als Lin Biao Hals über Kopf Kopf floh und das schändliche Ende erhielt, das er verdiente" („Hsinhua", 22.11.76).

Mao's „engster Waffengefährte", seine Ehefrau und sein Privatsekretär sollen eine Verschwörung gebildet haben. Sie sollen, so heißt es jetzt immer eindeutiger, dafür verantwortlich gewesen sein, daß es während der Kulturrevolution zu bewaffneten Kämpfen kam, daß sich „Anarchie" ausgebreitet habe, daß zuviele führende Funktionäre angegriffen und gestürzt wurden. Nur Mao selbst scheint von alldem nichts gemerkt zu haben oder konnte nichts dagegen tun? ...

Es ist offenkundig, daß all diese Angriffe gegen die „parteifeindliche Lin-Biao-Clique" und die „Viererbande" in Wahrheit gegen das natürliche Z e n t r u m der gesamten „Verschwörung" zielen – gegen den Genossen Mao Tse-tung. Noch freilich greift ihn die Hua-Gruppe nicht offen an, weil sie noch seine Autorität zu mißbrauchen versucht, um aus dem angeblichen „grenzenlosen Vertrauen" Mao Tse-tungs zu Hua Guo-feng ihre Legitimation zu ziehen, und um erfundene „Weisungen des großen Führers" noch von Zeit zu Zeit aufzutischen.

Schon ist aber auch klar zu erkennen, daß die Rechten den verstorbenen Ministerpäsidenten Tschu En-lai als „positive" Gegenfigur zu Mao Tse-tung immer mehr aufbauen. Bereits bei den konterrevolutionären Provokationen in Peking Anfang April dieses Jahres war Tschu En-lai die Symbol-Figur der Rechten. Nicht zu Unrecht, wenn man weiß, daß Tschu En-lai schon während der Großen Proletarischen Kulturrevolution der Schutzpatron der angegriffenen Funktionäre „auf dem kapitalistischen Weg" war und später wesentlich für die Welle von „Rehabilitierungen", u.a. das come back von Deng Hsiao-ping, verantwortlich war. Die Rechten bringen ihre ehrlichen Gefühle zum Ausruck, wenn Tschu En-lai jetzt in allen Veröffentlichungen den Beinamen „unser geliebter und verehrter Ministerpräsident" erhält, während Mao merklich kühler als „unser großer Führer" oder einfach nur als „Vorsitzender" bezeichnet wird.

Die „Verdienste" Tschu En-lai's werden mehr und mehr in den Vordergrund geschoben, während die Rolle Mao Tse-tungs in den Hintergrund tritt. In einem Fall ist noch die Rede von *„dem glänzenden Ziel, das vom Vorsitzenden Mao persönlich gesetzt wurde, innerhalb dieses Jahrhunderts die Vier Modernisierungen zu erreichen"* (Anm. 15). In einem anderen Fall ist schon nur noch die Rede von *„der Verwirkli-*

Fortsetzung auf Seite 46

Forts. von S. 45

chung des großen Plans für die Vier Modernisierungen, den unser geliebter und verehrter Ministerpräsident Tschu für unser Land in Übereinstimmung mit den Anweisungen des Vorsitzenden Mao formulierte" (Anm. 16). Ein kleiner, aber zweifellos nicht unwichtiger Unterschied!

Groß herausgestrichen wird insbesondere die angeblich wesentliche Rolle Tschu En-lai's bei der Initiative zur Erschließung des Erdölfelds Datjing. In einem 1974 erschienen chinesischen Buch heißt es dazu noch ganz schlicht, ohne jede Nennung Tschu's: „*Als wir im Jahre 1960 beim wirtschaftlichen Aufbau mit zeitweiligen Schwierigkeiten zu tun hatten und obendrein die Imperialisten und Sozialimperialisten eine Blockade über unser Land verhängten, zogen Erdölarbeiter in die weite Grassteppe von Datjing, um dort neue Ölfelder zu erschließen ...*" (Anm. 17). –

Jetzt hingegen heißt es, der Aufbau des Ölfelds von Datjing sei eine „Antwort" auf den Aufruf Tschu En-lai's gewesen, die Artikel „Über die Praxis" und „Über den Widerspruch" zu studieren: „Es war dieser Aufruf von Ministerpäsident Tschu, den die Leute von Datjing aktiv beantworteten, indem sie das Ölfeld aufbauten" (Anm 18). „*Auch die ... Richtlinien für den Aufbau des Ölfelds, wie zum Beispiel die Verbindung von Stadt und Land und die von Arbeitern und Bauern, wurden von ihm festgelegt*" (Anm. 19). Der von den Rechten Ende 1974 gedrehte und Anfang 1975 uraufgeführte Film „Pioniere" (oder „Bahnbrecher") stellt in einer großen Szene heraus, wie den Arbeitern von Datjing die Schriften „Über die Praxis" und „Über den Widerspruch" überreicht werden, und macht viel Aufhabens von den „Richtlinien" Tschu En-lai's. Djiang Tjing soll zu diesem Film gesagt haben: „*Wie könnt ihr einen solchen Film produzieren? Wen glorifiziert ihr? Wenn noch mehr solche Filme gedreht werden, wird das zum Revisionismus führen*" (Anm. 20). Die „Vierer-Bande" soll daraufhin versucht haben, den Film aus dem Verkehr zu ziehen bzw. zu ändern.

Den gezielten Aufbau Tschu En-lai's durch die Rechten zeigt auch folgende Tatsache: Den Beschreibun-

ändern.

Den gezielten Aufbau Tschu En-lai's durch die Rechten zeigt auch folgende Tatsache: Den Beschreibun-

gen des angeblichen dekadenten Lebensstils von Djiang Tjing wird gern der harte und bescheidene Lebensstil Tschu En-lai's gegenübergestellt. „*Er nahm im Park nur ein einfaches Essen ein und zahlte mehr, als es in Wirklichkeit kostete, und kritisierte die Arbeiter, weil sie ihm weniger angerechnet hatten*" (Anm. 21). Auch aus dem Leben Hua Guo-fengs werden Anekdoten berichtet, die seinen Lebensstil mit dem der „Vierer-Bande" konstrastieren sollen – beispielsweise, wie er zu Fuß und ohne Begleitung zu einem Elternabend in die Schule seiner Tochter kam (Anm. 22) u.ä. – Über Mao hingegen wird nichts dergleichen mehr berichtet.



Die Vorwürfe gegen die „Vierer-Bande" entsprechen vollkommen denen, die in Chruchtschows berüchtigter „Geheimrede" gegen Stalin enthalten sind. Es wäre letzten Endes nicht verwunderlich, wenn die Rechten, die heute noch das Prestige des Genossen Mao ausnutzen ihn längerfristig in diese Vorwürfe miteinbeziehen.

Zugleich befleißigt sich insbesondere die Armee-Führung, um Hua einen gigantischen Personenkult aufzubauen: „*Genosse Hua Guo-feng ist der Partei treu ergeben und selbstlos, offenherzig und aufrichtig, bescheiden und umsichtig. Mit gutem Blick erkannte Vorsitzender Mao, daß Genosse Hua Guofeng die ausgezeichneten Eigenschaften besitzt, um ihm als Führer der Partei nachzufolgen. Die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen des ganzen Landes haben feststellen können, wie demokratisch, bescheiden und zugänglich Genosse Hua Guo-feng in seinem Arbeitstil ist . . . Mit seinem Weitblick und Verständnis, seiner Weisheit und Entschlußkraft gibt Genosse Hua Guo-feng in wichtigen, prinzipiellen Fragen niemals nach; geduldig und besonnen, beharrt er zugleich auf dem Kampf . . .* " usw. usf. (Anm. 23).

Und Seltsames geschieht: Man erfährt, daß die „Richtlinien" für die Kampagne gegen Deng Hsiao-ping von Hua Guo-feng „*entsprechend den konsequenten Ideen des Vorsitzenden Mao ausgearbeitet*" und von Mao „*vollauf bestätigt und bewilligt*" wurden (Anm. 23). Ursprünglich hatte es einmal geheissen, daß diese Kampagne „*vom Vorsitzenden Mao persönlich eingeleitet und geführt*" wurde (Anm. 24).

Ein gescheiterter „Gegenangriff"

Man erfährt jetzt, daß die „Vierer-Bande" in den letzten Lebensmonaten des Genossen Mao einen verzweifelten Kampf gegen die Zeit zu führen versuchte, um die drohende Machtergreifung der Rechten aufzuhalten: Sie riefen dazu auf, „*die historische Erfahrung zu studieren, wie Chruschtschow nach Stalins Tod an die Macht kam*" (Anm. 25). Ende August soll Yao Wen-yüan an der Futan-Universität (Schanghai) auf die schleunigste Zusammenstellung eines Buches zu diesem Thema gedrängt haben (Anm. 26).

In aller Eile ließen die „Linken" einen Film drehen, der den Titel „*Gegenangriff*" trug und ursprünglich am 1. Oktober (Chinas Nationalfeiertag) Premiere haben sollte. „*Der Film ‚Gegenangriff' wurde direkt von der Viererbande an den letzten zehn Februartagen dieses Jahres geplant und als nationaler Schlüssel-Film bezeichnet . . . Sie begannen mit dem Schreiben des Drehbuchs im März und beendeten die Dreharbeiten Anfang September. Als die Dreharbeiten gerade erst begonnen hatten, gaben sie Informationen heraus, schrieben Artikel, druckten Vorankündigungen, organisierten Standfotos, filmten*

hastig fürs Fernsehen und bearbeite- Informationen heraus, schrieben Artikel, druckten Vorankündigungen, organisierten Standfotos, filmten

hastig fürs Fernsehen und bearbeiteten es für die Peking-Oper . . .". Kopien, so heißt es, wurden im ganzen Land weit verbreitet, und ebenso Auszüge aus dem Drehbuch, die z.T. auch als Wandzeitungen verbreitet wurden.

Der Film „*Gegenangriff*" behandelt den Kampf gegen die „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg". Die Negativ-Figur des Films hat den Rang eines Ersten Sekretärs eines Provinzparteikomitees, der außerdem durch ein Mitglied der Parteizentrale (angeblich ein Hinweis auf Tschu En-lai) unterstützt wird. Der Film hat einen militanten Auftakt: Gewehrfeuer, der „positive Held" des Films schwenkt eine Fahne und ruft „Befreiung, Befreiung, Befreiung!". Am Ende des Films organisieren die Rechten ein „Komitee zur Rettung der vier Umformungen" (ein Hinweis auf die „Vier Modernisierungen") und organisieren einen konterrevolutionären Putsch, der von der Volksmiliz niedergeschlagen wird! (Anm. 27).

Überhaupt soll die Volksmiliz eine zentrale Rolle in den Plänen der „Linken" gespielt haben, da sie zur Armeeführung überhaupt kein Vertrauen hatten und diese als eine verläßliche Stütze der Rechten ansahen. Die „Vierer-Bande" soll zwar auch versucht haben, in der Armee eine Ausrichtungsbewegung durchzusetzen und auch „sich in Armee-Angelegenheiten eingemischt" haben, aber ihr Hauptaugenmerk galt zweifellos dem Bemühen, in der Volksmiliz eine unabhängige Gegenkraft gegen das Gewicht der Armeeführung zu schaffen. Sie sollen „*vergeblich versucht haben, die Volksmiliz in eine zweite bewaffnete Macht in Opposition zur VBA zu verwandeln*". Zu diesem Zweck habe Dschang Tschun-tjiao schon 1967 „*in verschwommenen Begriffen eine sogenannte Weisung des Vorsitzenden Mao über die Umwandlung der Miliz zusammengebraut, um die Leute zu bluffen und einzuschüchtern. Nach wiederholten Untersuchungen steht es mit Sicherheit fest, daß Vorsitzender Mao niemals eine Weisung über die Umwandlung der Miliz gegeben hat*" (diese und die folgende Zitate siehe Anm. 28). Auf jeden Fall ein weiteres Beispiel, in welch unkontrollierbarer Weise Äußerungen Mao Tse-tungs heute erfunden oder verworfen werden.

Entsprechend den Prinzipien der Pariser Kommune forderten die „Linken", der Volksmiliz a l l e Aufgaben der Öffentlichen Sicherheit zu übertragen anstelle von Polizei etc. Während bisher die Volksmiliz praktisch der VBA unterstand, forderten die „Linken" den Aufbau einer e i g e n e n Kommando-Struktur für die Miliz: „*Das System der Miliz-Führung darf nicht zurechtgeflickt werden, sondern muß im großen Stil revolutioniert werden. Miliz-Kommandos müssen von der Zentrale bis zur Ortsebene eingesetzt werden*". Auf einem Miliztreffen soll Wang Hung-wen erklärt haben: „*Ihr dürft nicht andere eure Truppen leiten lassen. Wie könnt ihr arbeiten, wenn irgendwer eure Truppen kommandieren kann?*" Ausgehend von Schanghai versuchten die „Linken", ein neues System der Miliz auf das gesamte Land auszudehnen: „*Sie versuchten, die Schneeball-Methode zu benutzen, um ihr eigenes System von den Städten auf die ländlichen Gebiete und von einer Stelle auf das gesamte Land auszubreiten. So wollten sie schließlich ein unabhängiges Hauptquartier der zweiten bewaffneten Macht einsetzen . . .*"

Dies spielt offensichtlich darauf an, daß in Schanghai 1970 probeweise die sogenannte „*Drei-In-Eins-Organisation*" der Miliz eingeführt wurde (die folgenden Zitate Anm. 29), „*zu Erfüllung von Pflichten im Be-*

se die sogenannte „*Drei-In-Eins-Organisation*" der Miliz eingeführt wurde (die folgenden Zitate Anm. 29), „*zu Erfüllung von Pflichten im Be-*

reich öffentlicher Sicherheit, Verteidigung und Feuerbekämpfung", wodurch „*die Kampfrolle der Miliz bei der Festigung der Diktatur des Proletariats gestärkt*" wurde. Im April wurden diese drei Aufgabenbereiche miteinander verschmolzen. „*Seit die Schanghaier Miliz die Drei-in-Eins-Organisation probeweise im Jahre 1970 einführte, sah sie sich einem heftigen Klassenkampf und einem Kampf zwischen den beiden Linien gegenüber*".

Die Kampagne zur „Kritik an Konfuzius und Lin Biao" 1974 versuchten die „Linken" zur weiteren Stärkung der Miliz und Ausbreitung des „Schanghaier Modells" zu benutzen, indem sie behaupteten, Lin Biao sei gegen die Beteiligung der Miliz am Klassenkampf gewesen – eine höchstwahrscheinlich unrichtige und überdies für die „Linken" zweischneidige Behauptung.

Wie weit der „*Gegenangriff*" der „Linken" vor dem Rechtsputsch immerhin gediehen war, zeigt u.a. auch der Vorwurf, sie hätten „*in Schanghai gewisse Leute aufgestachelt, konterrevolutionäre Wandzeitungen anzubringen, auf denen gefordert wurde, Dschang Tschun-tjiao zum Ministerpräsidenten zu machen*" und sie hätten gar „*ein nicht autorisiertes Treffen von Genossen aus zwölf Provinzen einberufen, auf dem sie Personen namentlich angriffen, um eine große Zahl von führenden Mitgliedern der Partei, Regierung und Armee . . . zu stürzen*" (Anm. 30). Speziell habe Djiang Tjing auf diesem Treffen „*verantwortliche Personen des Provinz-Parteikomitees von Hunan namentlich angegriffen*" – also enge Gefolgsleute von Hua Guo-feng, der früher Erster Parteisekretär in der Provinz Hunan war (Anm. 31).

Hexenjagd auf die „Agenten der Viererbande"

Aus fast allen Provinzen der VR China wird mehr oder weniger stark berichtet, daß auch dorthin die „Viererbande" ihre „schwarzen Hände ausgestreckt" und „geheime Verbindungen" unterhalten hatte. Zudem geht aus den Angriffen hervor, daß die „Viererbande" starken Einfluß in den Meinungsmedien und im Bereich von Kunst und Literatur hatte. Die Hua-Gruppe geht jetzt daran, diesen Einfluß systematisch „auszurotten" und die Anhänger der „Linken" aus ihren Funktionen abzulösen (soweit es sich um Führungspositionen handelt) oder massiv einzuschüchtern. Die Kampagne hat inzwischen das Stadium gezielter Angriffe gegen einzelne führende „Agenten der Viererbande" erreicht:

– Bereits abgesetzt wurde ein führender „Agent der Viererbande" in der Provinz Liaoping. Noch n a c h dem „Zusammenbruch" der „Viererbande" soll „*dieser heimatlose Hund*" erklärt haben, die Vier seien „*Helden der Kulturrevolution, die vom Vorsitzenden Mao ausgebildet wurden und denen er vertraute*". In den Wochen vor dem Rechtsputsch soll er in der Provinz herumgereist sein, um die Gegenkräfte zu organisieren (Anm 32).

– In der Provinz Honan wird eine „schwarze Hand der Vierer-Bande" angegriffen, der während der Kampagne gegen Deng Hsiao-ping von den Vieren in eine Führungsposition gebracht worden sei. Was über ihn berichtet wird, wirft ein Licht auf die Schärfe der Klassenkämpfe, die dem Rechtsputsch vorausgingen: „*. . . Er stachelte eine kleine Zahl von Leute auf, sit-ins in den Organen der Diktatur des Proletariats abzuhalten und die Freilassung von Gefangenen zu fordern*" (Anm. 33). Was für Gefangene ?! . . .

– Außerdem wird in Honan u.a. „*eine giftige schwarze Hand der Viererbande, der die höchste Macht in Literatur und Kunst in unserer Provinz innehatte*", angegriffen (Anm. 33).

– Besonders bemerkenswert und bezeichnend sind die heftigen Angriffe gegen den „*Studenten, der bei der Prüfung ein weisses Blatt abgab*" (Anm. 34). Dieser Student, Dschang Tiä-scheng, hatte im Herbst 1973 bei einer Prüfung einen leeren Zettel, mit einem Protest versehen, abgegeben: Er habe sich nicht auf die Prüfung vorbereiten können, da er in der landwirtschaftlichen Produktion gearbeitet habe (Dschang wollte Tierarzt werden); nur Leute, die nicht körperlich arbeiten, könnten derartige Prüfungen bestehen. Das Verhalten von Dschang Tiä-scheng wurde damals (es begann gerade die Kampagne zur „Kritik an Konfuzius und Lin Biao") als vorbildlich breit propagiert, und Dschang wurde auf der ersten Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses (Januar 1975) in dessen Ständigen Ausschuß gewählt – auf Betreiben der „Viererbande", wie jetzt behauptet wird. Dschang habe als „*verruchter Krieger der Viererbande*" agiert und sei „*zu einem aktiven Konterrevolutionär geworden*" (Anm. 34).

Neben diesen derzeit wohl bedeutendsten Beispielen werden in den

und sei „*zu einem aktiven Konterrevolutionär geworden*" (Anm. 34).

Neben diesen derzeit wohl bedeutendsten Beispielen werden in den

meisten Provinzen „eine kleine Anzahl von Leuten" als Anhänger der „Viererbande" angegriffen, und auch im Kulturministerium sind schon „die Gefolgleute der Viererbande" offenen Angriffen ausgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Kampagne nicht abschwächen, sondern weiter zuspitzen wird. Obwohl allgemein beteuert wird, daß selbst diejenigen, die „schwere Verbrechen begangen" hätten, noch eine „Chance" hätten, wenn sie jetzt „die Verbrechen der Viererbande aufdecken", hört man teilweise auch schon sehr scharfe Töne:

– In der Provinz Kiangsi wird bereits gedroht, die „*sehr kleine Zahl von hartnäckigen Feinden in die Ecke zu treiben und zu vernichten*" (Anm. 35). Sie hätten „*nicht zu vergebende Verbrechen begangen*" (Anm. 36).

– Sehr drohende Töne auch in der Provinz Fukien: „*Diejenigen, die Fehler begangen haben, einschließlich derjenigen, die schwere Fehler begangen haben, müssen der Partei ohne Zurückhaltung alles gestehen, einen klaren Trennungstrich ziehen, müssen die Viererbande entlarven und diejenigen schlagen, die sie irregeführt haben.*

Es wäre äußerst gefährlich für diejenigen, die sich weigern, zur Vernunft zu kommen" (Anm. 37).

Daß es inbesondere in einigen Gegenden der VR China noch Probleme mit standhaften Genossen gibt, die sich tatsächlich weigern, „zur Vernunft zu kommen" (d.h. sich der Hua-Clique als Denunzianten und politische Märchenerzähler zu verkaufen), zeigen Berichte aus der Provinz Szeschuan. „*Es ist schon viel Zeit vergangen. Wenn sie sich jetzt nicht klar erklären, werden sie zukünftig in einer passiven Position sein*". Und: „*Was politische Gerüchte und reaktionäre Wandzeitungen (!!) angeht, auf denen die Speerspitze gegen den großen Führer und Lehrer, Vorsitzenden Mao, gegen Vorsitzenden Hua und die von Vorsitzenden Hua geführte Parteizentrale gerichtet wird, müssen wir sie entschlossen aufspüren und den Urhebern Schläge erteilen*" (Anm. 38).

Probleme mit der Kampagne gegen die „Vierer-Bande" auch in der Provinz Kiangsi: In „*einigen wenigen Orten und Einheiten*" gebe es „*das eine oder andere Problem.*" „*Einige Individuen sind zum ernsten Hindernis für die Bewegung geworden*". „*Das Ergebnis ist, daß die Bewegung in diesen Orten und Einheiten sehr kühl und ruhig und ohne das geringste Zeichen von Kraft durchgeführt wird, und daß der revolutionäre Enthusiasmus der Massen ernsthaft unterdrückt wird. Man muß dieser sehr kleinen Zahl leitender Genossen einen Tritt in den Hintern geben, damit sie ihre Haltung ändern*" (Anm. 39.).

Die Kampagne gegen die „Vierer-Bande" verläuft also noch ziemlich ungleichmäßig: Während in einigen Provinzen und Gegenden die Kampagne erst lustlos und halbherzig geführt wird und die „Linken" noch nicht klein beigegeben haben, kann anscheinend in anderen Provinzen und Orten (u.a. Fukien, Kanton) die Rechte kaum noch zurückgehalten werden, grausam abzurechnen und dabei viel mehr Menschen anzugreifen und zu unterdrükken, als es der Hua-Gruppe derzeit wünschenswert scheint. Wiederholte Meldungen über den Einsatz von Armee-Einheiten, insbesondere in Fukien, aus der bürgerlichen Presse sind allerdings (nach unseren Informationen) bisher nicht als offiziell bestätigt anzusehen.

„Die Verluste in der Produktion wettmachen! . . ."

Unter der Parole „*Die durch die Sabotage und Einmischung der Viererbande entstandenen Verluste wettmachen*" werden die Werktätigen zu massiven Produktionssteigerungen aufgerufen, und es werden auch von überall große Erfolge gemeldet. Typisch ist eine Parole wie: „*Jetzt, wo die Viererbande zerschlagen ist, muß die Produktion rasch steigen*" (Anm. 40). Alle aufgetauchten Probleme werden pauschal der „Vierer-Bande" angelastet, obwohl z.B. klar ist, daß die in der VR China in diesem Jahr zu verzeichnenden Produktionsrückschläge in allererster Linie auf die Serie verheerender Erdbeben von ungewöhnlicher Stärke sowie anderen Naturkatastrophen (insbesondere eine schwere Überschwemmung) zurückzuführen sind.

Der „Vierer-Bande" wird unterstellt, sie sei gegen eine Steigerung der Produktion gewesen und hätte das Volk von bloßer Luft leben lassen wollen. „*Jeden, der ein Wort über das Anpacken der Produktion sagte, den stempelten sie ab mit der ‚Theorie der Produktivkräfte'. Jeder, der für die Förderung der Nationalwirtschaft eintrat, benützte angeblich ‚die Produktion, um die Revolution zu unterdrücken'. Wer verlangte, daß nach Regeln und Richlinien gearbeitet wurde, der befaßte sich angeblich mit ‚Kontrolle, Einengung und Unter-*

Regeln und Richlinien gearbeitet wurde, der befaßte sich angeblich mit ‚Kontrolle, Einengung und Unter-

drückung'" (Anm. 41). Was hier betrieben wird, erinnert allzu sehr an die früheren Angriffe Deng Hsiaopings gegen die „Linken": „*Seiner Ansicht nach war die Hauptgefahr zur Zeit die ‚Furcht, das Anpacken der Produktion zu erwähnen', die er als ein ‚allgegenwärtiges' Problem ansieht*" (Anm. 42).

Es ist ohne jeden Zweifel eine demagogische Übertreibung, wenn damals Deng und heute Hua & Co. so tun, als ob die „Linken" gegen das Anpacken der Produktion schlechthin gewesen wären. Aus den Berichten geht allerdings hervor, daß sie sich z.B. gegen bestimmte, die Arbeiter ihrer Meinung nach einengende und unterdrückende Vorschriften und Reglements gewendet haben, ebenso wie sie an den Schulen gegen autoritäre Disziplin und die „Würde des Lehrers" eintraten (Anm. 43). Im Eisenbahnwesen hatten die „Linken" unter Hinweis auf die Sicherheit und Gesundheit des Personals die Parole propagiert: „*Lieber eine sozialistische Verspätung als eine revisionistische Pünktlichkeit*".

Wenn jetzt von den angeblich durch die „Viererbande" verursachten Verlusten die Rede ist, muß man auch bedenken, daß der Einfluß der „Linken" gerade in der Produktion relativ schwach war, und daß es sich – wenn überhaupt – um Schäden handelt, die durch Sabotage rechter Funktionäre und durch Arbeitskämpfe verursacht wurden. Im übrigen sollte man sich erinnern, daß noch vor wenigen Monaten, nach der Absetzung Deng Hsiao-ping's, aus allen Bereichen der Produktion erhebliche S t e i g e r u n g e n gemeldet wurden! Die Hua-Gruppe hingegen versucht es jetzt so darzustellen, als hätten die „Vierer-Bande" und „eine sehr kleine (!) Anzahl von Personen" bisher wie eine gewaltige Bremse für die Förderung der Produktion gewirkt und als könnte nun das ganze Land wie von einem Albdruck befreit voll loslegen. Dies scheint insoweit zuzutreffen, daß sich tatsächlich große Teile des mittleren und höheren Funktionärsapparates nach dem Tod des Genossen Mao und der Ausschaltung der Vier äußerst „befreit" von der „ideologischen Bevormundung" fühlen und auf allen Gebieten der Produktion „loslegen" – wobei Reglementierung der Arbeiter, Druck auf die „Arbeitsmoral", schlappere Handhabung der Sicherheitsvorschriften, Disziplinierung Widerspenstiger und womöglich demnächst auch verstärkt „materielle Anreize" relativ sorglos eingesetzt werden können.

Fortsetzung Seite 47

Forts. von S. 46

Anmerkungen

1) Botschaft des gesamten Personals der VBA-Einheiten von Nanking an das ZK der KPCh, lt. „hsinhua", 28.10 – nach SWB
2) „Ein vergifteter parteifeindlicher Pfeil", Rundfunksendung von Radio Peking, 20.11. – nach SWB
3) Bericht von Radio Kanton, 11.11. – nach SWB
4) Bericht von Radio Kanton, 10.11. – nach SWB
5) siehe Anmerkung 3
6) Bericht von Radio Kanton, 5.11. – nach SWB
7) siehe Anmerkung 3
8) Bericht Pekinger Parkarbeiter, „hsinhua", 22.11. – nach SWB
9) „Eine Rotte von Übeltätern, die Land und Volk Unheil gebracht hat", „Renmin Ribao", 14.11. – nach „Peking Rundschau", Nr. 48/1976
10) „Die ‚Viererbande' sabotierte den Kampf gegen die Erdbebenfolgen", „Peking Rundschau" Nr. 48/1976
11) lt. „Bild", 29.11.76
12) laut „Peking Rundschau", Nr. 35 - 36/ 1973, Seite 7
13) „Djiang Tjing ist eine politische Taschendiebin, die sich selbst rühmt, um die Öffentlichkeit zu täuschen", „Renmin Ribao", 22.11., lt. „hsinhua" vom 24.11. – nach SWB
14) Artikel einer VBA-Einheit, lt. Radio Peking, 16.11. – nach SWB
15) laut Radio Schenyang (Provinz Liaoning), 4.11. – nach SWB
16) laut Radio Foochow (Provinz Fukien), 4.11. – nach SWB
17) „Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas", Peking 1974, S. 32/33
18) „Ein schwerer Kampf um den Film ‚Pioniere' ", „Jiefangjun Bao" (Armee-Zeitung) vom 5.11., lt. Radio Peking, 12.11. – nach SWB
19) „ ‚Bahnbrecher' und der Kampf um diesen Film", „Peking Rundschau", Nr. 47/1976
20) siehe Anmerkung 18
21) siehe Anmerkung 8
22) „Genosse Hua Guo-feng ist mit uns", „Renmin Ribao" vom 22.11., laut „hsinhua" vom 23.11. – nach SWB
23) „Genosse Hua Guo-feng, Führer unserer Partei – eine weise Entscheidung des Vorsitzenden Mao", „Jiefangjun Bao" vom 8.11. – nach „Peking Rundschau", Nr. 47/1976
24) „Eine Revision richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider", „Renmin Ribao", 10.3. – nach „Peking Rundschau", Nr. 11/1976
25) lt. Radio Schenyang, – 25.11. u.a. – nach SWB
26) lt. Radio Schanghai, 13.11. – nach SWB
27) „Kommentar zum parteifeindlichen Film ‚Gegenangriff' ", Sendung von Radio Chengchow (Provinz Honan), 24.11. – nach SWB
28) „Völliges Scheitern des Plans der Viererbande, eine zweite bewaffnete Macht zu organisieren", „Jiefangjun Bao" vom 27.11. – nach SWB
29) Radio Schanghai vom 29.10. 1974 – nach „Monitor-Dienst", 13.11.74
30) „Das reaktionäre Wesen des von der Viererbande befürworteten ‚Werke schaf-
29) Radio Schanghai vom 29.10. 1974 – nach „Monitor-Dienst", 13.11.74
30) „Das reaktionäre Wesen des von der Viererbande befürworteten ‚Werke schaffen, die den Kampf gegen Machthaber auf dem kapitalistischen Weg zeigen' ", „Renmin Ribao" lt. „hsinhua" vom 29.11. – nach SWB
31) lt. Radio Changscha (Provinz Hunan), 11.11. – nach SWB
32) siehe Anmerkung 25
33) lt. Radio Chengchow, 20.11. – nach SWB
34) Artikel der Gruppe für Massenkritik im Erziehungsministerium, „Kwangming Bao" vom 23.11., lt. „hsinhua" vom 24.11., – nach SWB
35) Leitartikel der „Kiangsi Bao", lt. Radio Nanchang (Provinz Kiangsi) vom 14.11. – nach SWB
36) Radio Nanchang, 14.11. – nach SWB
37) Radio Foochow, 5.11. – nach SWB
38) Radio Chengtu (Provinz Szeschuan), 22.11. – nach SWB
39) siehe Anmerkung 35
40) Titel des Leitartikels der „Hunan Bao" am 18.11., lt. Radio Changscha, 18.11.
41) Radio Wuhan (Provinz Hupeh), 17.11. – nach SWB
42) „Kritisiert die revisionistischen Irrtümer an der Industrie- und Transportfront", „Hongqui", Mai 1976 – nach „hsinhua", 13.5.
43) laut Radio Kanton (Provinz Kwangtung) 21.11. – nach SWB

Berichtigung

Im Artikel „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" in AK 93 war über den früheren chinesischen Verteidigungsminister Lin Biao zu lesen: *„Er sorgte für eine stärkere Kontrolle der Armee durch die Partei, politische Schulung, Orientierung auf eine Kriegsführung nach sowjetischen Muster und mit sowjetischen Waffen...."*
Diese Aussage hat manche Genossen stutzig werden lassen. Mit Recht! Es handelt sich um einen grob sinnentstellenden Fehler bei der Abschrift. Richtig muß der Satz heißen: „Er sorgte für eine stärkere Kontrolle durch die Partei, politische Schulung, Orientierung auf einen Volkskrieg statt auf eine Kriegsführung nach sowjetischen Muster und mit sowjetischen Waffen....".
Die für den Fehler Verantwortlichen wurden inzwischen in eine Cuxhavener Fischmehlfabrik überstellt. Eine richtige Maßnahme zur rechten Zeit!

KBW und „Arbeiterbund" zu Biermann

In der „KVZ" vom 2. Dezember hat sich der KBW erstmals zum „Fall Biermann" geäußert. Angegriffen wird Wolf Biermann, völlig geschont wird die DKP, die in dem ganzen, eine Seite langen Artikel der „KVZ" überhaupt nicht erwähnt wird.

Biermann ist ein *„Lippenspitzer, der auf Bares geht"* (Überschrift des Artikels), und ein konsequenter Kritiker der Verhältnisse in der DDR ist er nicht, meint der KBW. Er beweist das minutiös durch die satzweise Interpretation eines Biermann-Liedes, der „Legende vom sozialistischen Gang". Wenn Biermann beispielsweise an einer Stelle singt: „Und da trat jene berühmte Stille ein, in der die Leute nach innen", so kommentiert der KBW: *„Es geht nicht darum, daß die Arbeiterklasse nach innen geht – die Arbeiterklasse geht nach vorn"*. Solche klugen Schnacks hat der KBW säckeweise drauf.

Biermann werde, so zieht der KBW Bilanz, von der westdeutschen Bourgeoisie *„momentan dringend gebraucht"*! Denn: *„Die steigende Bewußtheit der Arbeiterklasse, die sich verschärfenden Widersprüche zwischen beiden Hauptklassen in der BRD bedürfen nach Meinung aller Bourgeois dringend der Abstumpfung"*. Und dafür sei der Biermann da. Aber: *„Weil die Revolution notwendig ist, wird das nicht zugelassen werden"*.

Unter einem Foto von Biermann, Wallraff und Dutschke schreibt der KBW: *„Drei Schausteller, seit Jahren aufgebaut, finden sich"*. Und man begreift endlich den Hintergrund des „Falls Biermann": Das ist ein Komplott der beiden Supermächte und des BRD-Imperialismus, die durch den Wahlsieg des KBW (20.000 Stimmen) sowie durch den Sturm der Volksmassen auf die § 218-Beratungsstellen und den Kampf der besitzlosen Studentenmassen um mehr Bafög derart in Panik geraten sind, daß sie den Biermann aus der DDR in die BRD kommandiert haben, damit er hier die revolutionäre Flut aufhalten soll.

Da der KBW ständig davon ausgeht, als stünde schon der bewaffnete Aufstand vor der Tür, m u ß er

Da der KBW ständig davon ausgeht, als stünde schon der bewaffnete Aufstand vor der Tür, m u ß er natürlich zu derartigen Schlußfolgerungen kommen und kann völlig darauf verzichten, am „Fall Biermann" den DKP-Revisionismus anzugreifen.

Die DKP schonen will natürlich auch die Führung des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD". Diese Leute, das verbergen sie nun kaum noch, sind nichts weiter als ein kleiner Ableger der DKP. Wenn sie ihre Arbeit weiter derart plump und offensichtlich verrichten, werden sie für ihre Auftraggeber allerdings keinen Nutzen bringen und die DKP wird diese Filiale schließen. Das ist das Dilemma.

Nicht etwa, daß die Filialleiter v ö l l i g kritiklos gegenüber den Herrschenden der DDR wären. Was sie kritisieren, ist: *„Wenn die SED in ihrer Erklärung schrieb, die DDR habe mit Biermann eher zuviel Geduld gehabt als zuwenig, dann ist das noch milde ausgedrückt ... Wie kann sich ein Staat, der sich sozialistisch nennt, damit brüsten, seine Arbeiterklasse sei so frei gewesen, zehn Jahre lang einen Schmarotzer zu ernähren? . . . Wovon hat Biermann eigentlich die ganze Zeit gelebt? Natürlich von seinen Liedern, die er auf Kosten der Arbeiterklasse in der DDR nach Westdeutschland verkaufte – auch diese Freiheit wurde ihm gelassen. Biermann hätte es bestimmt nichts geschadet, hätte er in einem Betrieb in der DDR arbeiten müssen"* – am besten wohl, der Mode folgend, in einer Rostocker Fischmehlfabrik ? ...

Biermanns Kritik an den Verhältnissen in der DDR wird als „Antikommunismus" abgetan, denn kritisieren darf man diese Verhältnisse höchstens abstrakt, so auf der „programmatischen" Ebene, aber auf keinen Fall k o n k r e t . Den Vergleich der Repression gegen Biermann und andere Demokraten in der DDR mit den Berufsverboten in der BRD halten die DKP-Filialleiter für *„ganz falsche Schlüsse"*.

Kritik haben die Filialleiter aber auch an ihrem Dienstherrn: Der begrüßt nämlich einfach die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR und vergißt, *„daß es auch außerhalb der DDR eine Arbeiterklasse gibt, die sich nun mit einem Biermann auseinandersetzen muß."*

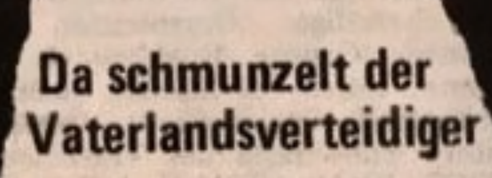
Wie mit Biermann zu verfahren ist, dafür wissen die Filialleiter Rat: *„Wir müssen ihn auch rauswerfen". „Zwar nicht aus unserem Land, was wir ja auch gar nicht könnten, selbst wenn wir es wollten, aber aus unseren (?) Reihen, aus den Reihen der Arbeiterklasse und der mit ihr gemeinsam kämpfenden Menschen aus allen Volksschichten."*

Die „Arbeiterbund"-Führer haben ihren Opportunismus gegenüber der DKP bisher damit zu rechtfertigen versucht, daß sie diese Opfer für die angestrebte „Aktionseinheit" mit den verführten Mitgliedern der DKP schon bringen müßten. Jetzt sieht man klar, daß diese Ausrede Lug und Trug war. An einem Punkt, wo erstmals in den Reihen der DKP breite Unzufriedenheit aufbricht, suchen die „Arbeiterbund"-Führer nicht etwa das Bündnis mit diesen Kräften, sondern stellen sich schützend vor die DKP-Führung. So geht es zu bei der DKP: Wenn Not am Mann ist, müssen alle Lakaien an die Front, auch wenn dabei ihre letzte Tarnung flöten geht.

Die „Arbeiterbund"-Führer und die Führer von KBW und „KPD/ML"

betreiben im Grunde dasselbe Geschäft – die einen bewußt, die anderen wohl eher aus Dummheit. Die einen kritisieren Biermann, weil er

betreiben im Grunde dasselbe Geschäft – die einen bewußt, die anderen wohl eher aus Dummheit. Die einen kritisieren Biermann, weil er „Klassenversöhnung" in der DDR gepredigt habe, und die anderen kritisieren Biermann, weil ihnen seine Kritik an den konkreten Verhältnissen in der DDR schon viel zu weit geht, also „antikommunistisch" sei. Aber beide kommen sie zur selben Schlußfolgerung: Den Hauptstoß gegen Biermann zu richten und damit die DKP-Führung zu schonen und ihr aus der Patsche zu helfen.



Da schmunzelt der Vaterlandsverteidiger

Die Stimme der Woche

Amir Abbas Hoveyda, Ministerpräsident des Iran, zur Frage östlicher Expansionsabsichten:

„Berlin ist noch bedrohter als Teheran!"

(aus „Bild am Sonntag", 28.11.76)

Erstmals seit 1971: Delegation der KP Japans nach Moskau

Eine Delegation der revisionistischen KP Japans wird im Dezember nach Moskau kommen, um mit der KPdSU über eine „Normalisierung" der Beziehungen zwischen den beiden Parteien zu sprechen.

Die japanische KP hatte in früheren Jahren eine Politik der „Unabhängigkeit" zwischen der KPdSU und der KP Chinas betrieben. Während sie dabei früher mehr die Positionen der KP Chinas unterstützt hatte, hat sie in den letzten Jahren einen Kurs eingeschlagen, der dem „Euro"-Revisionismus der PCI etc. entspricht.

Der Besuch der Delgation der japanischen KP in Moskau wird der erste seit 1971 sein. Partei-Vorsitzender Miyamoto sagte dazu, letzte Äußerungen Breschnews hätten ihn zu der Meinung veranlaßt, daß die KPdSU zu einem „besseren Verständnis der internationalen kommunistischen Bewegung" gekommen sei. Miyamoto äußerte außerdem die Hoffnung, daß es nach der Ausschaltung der „Vierer Bande" zu einer Verbesserung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses kommen könnte. Auch auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen KP Japans und KP Chinas sei zu hoffen.

(nach „Kyodo", engl., 24.11.76)



Angebot ARBEITERKAMPF – Paket: Kampf gegen Atomkraftwerke

Initiative gegen Europarats-Wahlen

In „Le Monde" (5./6.12.76) wurde ein Aufruf gegen die Europaratswahlen im April 1977 veröffentlicht, den demokratische Persönlichkeiten und ehemals führende Widerstandskämpfer gegen die Besetzung Frankreichs durch die Nazis verfaßt haben. Dieser Aufruf wurde auch auf einem Treffen westeuropäischer revolutionärer Organisationen im Rahmen des Kongresses der neuen französischen Organisation OCT (siehe Artikel dazu in diesem AK) diskutiert und stieß dort auf allgemeine Unterstützung. Einen Schwerpunkt dieser Diskussion bildete die Abgrenzung vom französischen Chauvinismus (auch die Gaullisten lehnen – freilich aus ganz anderen Motiven – die Europaratswahlen ab). Der Kampf gegen den BRD-Imperialismus müsse mit dem Kampf gegen die anderen westeuropäischen Imperialisten verbunden werden.

„Aufruf zur Schaffung eines Aktionskomitees gegen ein deutsch-amerikanisches Europa und die Wahl eines Parlaments zu seinen Diensten

1. Die Krise

Eine schwierige Periode zeichnet sich in Europa ab. Seit einigen Monaten verschlechtert sich die Situation der Völker gefährlich. Die Krise von 1973 hat die Expansionsphase des Kapitalismus beendet. Inflation, Arbeitslosigkeit, Geldentwertung und die zunehmende Rezession der Volkswirtschaften, die sich gegenseitig ruinieren und in die Krise hineinreißen, bringen wie in den dreissiger Jahren die Gefahr eines Abbaus der demokratischen Strukturen mit sich.

Die Krise ist nicht für Jeden von Nachteil. Vor 1929 eliminierten die zyklischen Depressionen die nicht konkurrenzfähigen Unternehmen innerhalb jedes kapitalistischen Landes. Das neue Kräfteverhältnis, das in der Krise von 1973 entstanden ist, ist durch die Konfrontation der großen kapitalistischen Mächte ausgelöst worden. So konnte man während der Periode 1973/76 den Niedergang der gesamten Wirtschaften Südeuropas beobachten und die Entwicklung der BRD wirtschaftlich, politisch und militärisch zur ersten Macht des kapitalistischen Europa.

2. Das deutsch-amerikanische Europa

Während das nördliche Europa nach rechts rückt, befinden sich die Bourgeoisien Südeuropas in wachsenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten. In Frankreich, in Italien wie in Spanien spiegelt die Regierung nicht, oder nicht mehr, die Meinung der Mehrheit wider. Der italienische Staat scheint auf dem Weg der Auflösung zu sein. England rutscht immer tiefer in die Krise. Die Zeiten des Vertrags von Rom liegen weit zurück, ein ‚Europa der Arbeiter' ist eine Utopie ohne Grundlage in der Realität.

In diesem Zusammenhang ein übernationales europäisches Parlament einzusetzen, läuft darauf hinaus, das neue Kräfteverhältnis und die neue internationale Arbeitsteilung festzuschreiben, was auf Dauer zu einer amerikanischen Hegemonie, konkret ausgeübt durch den Statthalter Westdeutschland, über die europäischen Institutionen, führt.

Die Erfahrung mit den europäischen Institutionen zeigt, daß sie ausschließlich den stärksten Industriellen und finanziellen Zusammenschlüssen dienen. Die deutsch-amerikanischen Konzerne, genannt Multis, dominieren heute den europäischen Markt.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft unterdrücken sie alle Schutzmaßnahmen der Landbevölkerung Frankreichs und Süditaliens zum alleinigen Profit der deutsch-amerikanischen Interessen.

Die Unterzeichner lehnen das europäische Projekt nicht aus Chauvinismus oder Parteiborniertheit ab. Sie bekämpfen es, weil sie der Meinung sind, daß der Kampf für eine sozialistische Zukunft nicht zu trennen ist von der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der Völker. Sie akzeptieren nicht und werden niemals akzeptieren ein Europa, das vom US-Imperialismus und einer BRD beherrscht ist, die zu den traditionellen Träumen der großdeutschen Bourgeoisie zurückkehrt.

Der westdeutsche Staat, ein starker verfassungsmäßigen Staat, ist eine originelle Verbindung zwischen der amerikanischen Technokratie und der jahrhundertealten Tradition eines autoritären und repressiven Staatsapparats – von Bismarck über Noske bis zu Hilter. Dieser Staat hat sich im Laufe der letzten drei Jahre die erste konventionelle Armee Europas aufgebaut. In Verletzung der Verträge stellt die BRD sogar Atombomben in Brasilien und Südafrika her. Die Befürworter einer unabhängigen „europäischen Zukunft" täten gut daran, über das Wesen und die Dynamik der Entwicklung in der BRD nachzudenken. Die Hexenjagd, die sich dort entwickelt, zeigt ihnen im voraus, was ihr eigenes Schicksal in einem „integrierten", von den Amerikanern „geschützten" und in ihrem Namen von der BRD regierten Europa sein würde.

Um das Bild zu vervollständigen, ist es heute offensichtlich, daß ein wesentlicher Teil der Bourgeoisien, die in Südeuropa an der Macht sind, sich kampflos dem neuen Kräfteverhältnis unterworfen hat. Sie haben es zunächst akzeptiert und scharfe Angriffe auf die Massen geplant, ohne ein Problem lösen zu können, dessen internationale Dimensionen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel übersteigen. Noch schlimmer: Sie sind dabei, ein Abkommen über die Wahl eines europäischen Parlaments nach allgemeinem Wahlrecht zu unterschreiben, das eine entscheidende Etappe bei der Integration ihrer Länder in das neue deutsch-amerikanische Imperium bedeutet.

Politisch und ökonomisch macht die „Sparpolitik" (franz. : „l'austérité"; entspricht dem, was Schmidt von den westeuropäischen Regierungen fordert: „Gürtel enger schnallen", „Maßhalten" etc. – Anm.AK) *einen unverzichtbaren Bestandteil der neuen europäischen Ordnung aus. Die Völker müssen sich wohl oder übel an den Status gewöhnen, den die neue Ordnung für sie vorsieht.*

3. Das deutsch-amerikanische Europa bekämpfen

Aus diesen Gründen wenden sich die Unterzeichner an alle diejenigen, die sich dieser Bedrohung bewußt sind, und fordern sie auf, gemeinsam den Kampf gegen das Projekt eines Europäischen Parlaments zu organisieren, bei dem Carter, Schmidt, Giscard und Andreotti Pate gestanden haben, und dessen wahre Urheber die Führer der multinationalen Konzerne sind.

Dabei handelt es sich um einen Kampf, der notwendigerweise schwierig sein wird.

4. Gegen das Europäische Parlament

Das Projekt eines Europäischen Parlaments wird leider nicht nur von den Parteien unterstützt, die die traditionelle politische Kundschaft der USA in Europa bilden, sondern auch von politischen Gruppierungen, die sich demokratisch oder gar sozialistisch nennen. Keine „Sparmaßnahme" – auch von links vorgetragen – wird den Niedergang der Wirtschaft aufhalten können, wenn sie nicht von einer Änderung der außenpolitischen Orientierung begleitet ist. Das Argument, wir seien schon zu weit, um umzukehren, ist prinzipienlos und wertlos.

Die generellen Linien einer linken Alternative sind klar:

1. Es geht zuerst darum, die Krise und ihre Auswirkungen zu bekämpfen, indem die Hegemonie der deutsch-amerikanischen Hochfinanz über Europa bekämpft wird, die Vorherrschaft des Dollars und das Projekt eines Europäischen Parlaments.

2. Die Front der reichen Länder gegen die Dritte Welt muß aufgebrochen werden, und den unterentwickelten Ländern, denen jede Entwicklungsmöglichkeit genommen wird, muß ein totaler Schuldenaufschub gewährt werden.

3. Autonome neue wirtschaftliche Verbindungen müssen im Mittelmeerraum geknüpft werden, und die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt muß neue Grundlagen erhalten.

Die Unterzeichner rufen alle Gegner des Projekts dazu auf, mit ihnen den Kampf gegen die Wahl des Europäischen Parlaments nach allgemeinem Wahlrecht in jedem Land zu organisieren und die „Sparpolitik" zu bekämpfen, die Europa von den Anhängern der USA aufgezwungen wird.

Sie rufen alle europäischen Gegner des Vertrags dazu auf, sich Anfang 1977 in Paris zu treffen, um dort ihre Erfahrungen auszutauschen, um die Aktionen gegen die deutsch-amerikanische Hegemonie über Westeuropa zu vereinheitlichen."

General Binoche, General de Bollardiere, Claude Bourdet, Georges Casalis, Maurice Kriegel, Georges Montaron, Marcel Prenant, Jean-Paule Sartre, Jean-Pierre Vigier.

Anschrift: M. Jean-Pierre Vigier
Institut Henri-Poincaré
11, rue Pierre-et-Marie-Curie
75005 Paris

Französische Linke
Zusammenschluß von OCR (Revolution!) und OC-GOP

Durch einen „Congres d'Unification" (Vereinheitlichungskongreß), der am 4./5. Dezember in Paris stattfand, wurden die seit knapp zwei Jahren geführten Fusionsgespräche zwischen der ehemaligen „Organisation Communiste Revolution!" und der ehemaligen „Organisation Communiste Gauche Ouvriere et Paysanne" durch die Bildung einer gemeinsamen Organisation: „Organisation Communiste des Travailleurs" (OCT: Kommunistische Arbeiter-Organisation) abgeschlossen. Die Herkunft beider Organisationen ist ziemlich unterschiedlich:

Die OCR, die nach Angaben der Leitung etwa 1000 Genossen repräsentiert, ist ursprünglich eine Abspaltung der trotzkistischen „Ligue Communiste" (IV. Internationale), wovon sie sich Anfang 1971 löste. Die politischen Ursachen dieser Abspaltung waren damals Differenzen in der Organisationsfrage (Tendenzrechte, demokratischer Zentralismus) und in der Frage der „Internationale" (die Minderheitsfraktion, die zur OCR wurde, akzeptierte nicht die Repräsentativität der IV. Internationale) wie auch in der Gewerkschaftsarbeit.

Die ehemalige OC-GOP kommt aus der „Parti socialiste Unifie" (PSU), repräsentiert rund 400 Genossen und ist aus zwei ehemaligen Strömungen innerhalb der PSU entstanden, die sich 1975 zusammenschlossen. Zwischen beiden Organisationen OCR und OC-GOP existiert schon seit längerem eine gemeinsame Arbeit, vor allem in der Frauenarbeit und in der antimilitaristischen Arbeit. Die Genossinnen der OCR und der OC-GOP geben seit zwei Jahren gemeinsam die Zeitung „Femmes travailleuses en lutte" (kämpfende werktätige Frauen) von der gleichnamigen Frauenorganisation heraus. Ebenfalls existiert seit längerer Zeit eine Zusammenarbeit OC-GOP /OCR in den „Comites antimilitaristes", die die Zeitung „Lutte Antimilitariste" herausgeben. Der Kongreß wurde durch eine Reihe von Thesen zu zahlreichen politischen Gebieten vorbereitet. Vorausgegangen war dem eine Auseinandersetzung in den Zeitungen der beiden Organisationen, die kurz vor dem Kongreß zusammengelegt wurden („Revolution! L'Outil des Travailleurs").

Die neue Organisation OCT ist vor allem in Lyon, Marseille, Caen und Paris verankert. 2/3 der Genossinnen und Genossen sind Lohnabhängige, 60% von ihnen arbeiten in der Gewerkschaft CFDT. Die Hälfte der Organisation besteht aus Frauen, was sich allerdings bislang nicht in den führenden Instanzen (auch der neuen Organisation) widerspiegelt. Die Genossen der OCT verstehen sich als *„undogmatische Marxisten-Leninisten"*. Konkret bedeutet das eine scharfe Ablehnung des sogenannten *„stalinistischen Phänomens"* bei gleichzeitiger Unterstützung der chinesischen Revolution. Die Mao-Tse-tung-Ideen und die Erfahrungen der Kulturrevolution sind für sie die *„radikalste Linkskritik des stalinistischen und sowjetischen Modells"* zitiert aus den gemeinsamen Thesen zum Kongreß. Allerdings besteht eine Differenz zwischen der Ex-OCR und der Ex-OC-GOP in Bezug auf Lenin: die EX-OCR glaubt in den „avantgardistischen und ökonomistischen Tendenzen" der „Lenin-Partei" eine Ursache für den Revisionismus, der später von Stalin *„systematisiert"* worden sei, zu erkennen.

Zu den aktuellen Aufgaben wurde auf dem Kongreß davor gewarnt, auf die Präsidentschaftswahlen und den damit verbundenen eventuellen Wahlsieg des „Linksbündnisses" (PCF/PS) unvorsichtige Hoffnungen zu setzen. Ein Wahlsieg des „Linksbündnisses" 1978 würde zwar einerseits zweifellos einen Aufschwung der Massenbewegung dokumentieren, andererseits aber auch den Einfluß der reformistischen Kräfte in der französischen Arbeiterklasse unterstreichen. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß die Revolutionäre keine Zeit zu verlieren haben bis 1978, sondern die Periode für eine Verstärkung vor allem ihrer Betriebsarbeit nutzen müßten, um die revolutionären Ideen zu verankern und die „Abwartehaltung" breiter Teile der Massen zu bekämpfen, die von der Wahlpropaganda der Reformisten geschürt wird.

Schließlich müsse den Vorbereitungen der Bourgeoisie (Sammlung und Umgruppierung der Kräfte der Reaktion) verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Arbeit der neuen Organisation OCT soll bis 1978 unter der Hauptparole „Giscard: RAUS!" laufen.

Folgende ausländische Organisationen waren auf dem Kongreß anwesend:

MES;Avanguardia Operaia, Lotta Continua; POUR (Belgien); OICE und Bandera Roja (Spanien); Rupture pour le Communisme, Lutte pour le Communisme, Arbeiterpolitik, Kritisches Forum (Schweiz); PCBR (Brasilien); OACL (Libanon); PFLP, PLO; MIR; Förbundet Kommunist; People's Democracy, International Socialists, IRSP (England); F. Polisario; KB (BRD) sowie eine tunesische und eine kanadische Gruppe.

In einer Diskussion zwischen den westeuropäischen Organisationen wurde vereinbart, den Europarats-Wahlen im nächsten Jahr verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken und ein gemeinsames Vorgehen zu dieser Frage anzustreben.

Frankreich-Kommission
KB Gruppe Frankfurt a.M.

Der Protest gegen KKWs wächst!

In den vergangenen Tagen und Wochen ist ein deutliches Anwachsen der Anti-KKW-Bewegung zu verzeichnen gewesen. Demonstrationen und Veranstaltungen fanden statt. In zahlreichen Städten wurden Bürgerinitiativen gegen KKW's ins Leben gerufen. Im folgenden geben wir einen Überblick über die Veranstaltungen, die uns bei Redaktionsschluß bekannt waren.

In **Cuxhaven** rief die Gruppe „KKW-Gegner Cuxhaven" für den 10.12. zu einer Veranstaltung auf. Mit 110 Menschen war die Veranstaltung sehr gut besucht. Im Mittelpunkt stand der Dia-Vortrag der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) Krempe, der mit reger Anteilnahme aufgenommen wurde.



Am 19.11.76 wurde in Freiburg ein neues Denkmal enthüllt. Stellvertretend für das leider verhinderte Badenwerk wurde der feierliche Akt von der "Gewaltfreien Aktion Freiburg" GAF vorgenommen. Zu den schrägen Klängen der Blaskapelle „Rote Note" (etwas dezimiert durch jahrelange Beschäftigung mit Radioaktivität) dankte ein Sprecher in bewegten Worten der Kaiserstühler Bevölkerung für ihre Aufopferungsbereitschaft.

In **Hameln** fand am 11.12. eine Demonstration mit über 1.000 Menschen statt, die sich gegen den Bau des KKW's in Grohnde richtete. Anlaß für die Demonstration war der wasserrechtliche Erörterungstermin, der in der Woche vom 13.12.–18.12. stattfindet. Auf der Demonstration waren Delegationen mehrerer Bürgerinitiativen aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern vertreten. Nach der offiziellen Demonstration, die durch die Außenbezirke Hamelns ging, bildete sich noch ein spontaner Demonstrationszug von ca. 400 Menschen, die in die Innenstadt zogen und dort mit den Leuten diskutierten. Hauptparolen der beiden Demonstrationen waren: „Kein KKW in Grohnde" und „Stop des Bonner Energieprogramms".

In **Neustadt/Schleswig-Holstein** kamen am 3.12. ca. 60 Menschen zur Veranstaltung der „Neustädter Initiative gegen Kernkraftwerke". In den Referaten wurde die rücksichtslose Gefährdung der Bevölkerung durch künstliche Radioaktivität aufgezeigt und das Argument, Atomenergie schaffe Arbeitsplätze als blanke Demagogie widerlegt. Ein weiteres Referat belegte anhand von Zitaten von SPD-, CDU-Politikern und Militärs die Bestrebungen der BRD, in enger Zusammenarbeit mit faschistischen Ländern wie Südafrika, Iran und Brasilien, zur Atommacht aufzusteigen. In einem Film sahen die Teilnehmer Szenen aus dem brutalen Polizeieinsatz in Brokdorf und die neu gegründete Lübecker Kulturgruppe „Knieptang" (Kneifzange – d. Übers.) trug ein Theaterstück, mehrere Sketche und Musikstücke aus der Anti-KKW-Bewegung vor. Leider wurde in der Diskussion fast ausschließlich die Frage der Mitarbeit von Kommunisten in den Bürgerinitiativen diskutiert. Dennoch kann die Veranstaltung als Erfolg gewertet werden. Auf dem darauf folgenden Treffen der Neustädter Initiative wurde die weitere Arbeit geplant. Es wird jetzt darauf ankommen, der von Stoltenberg angekündigten Werbekampagne für die KKW's massiv entgegenzutreten. Ein Auftakt dafür wird der von den Bürgerinitiativen beschlossene landesweite Aktionstag in Schleswig-Holstein sein.

In **Eutin** fand unter der Parole „Kein KKW in Brokdorf und anderswo" am 2.12. eine erfolgreiche Veranstaltung statt, die mit 65 Menschen gut besucht war. Veranstalter war die „Initiative gegen den Abbau demokratischer Rechte", deren Einladung drei Mitglieder der BUU aus Itzehoe gefolgt waren. Auch hier wurde ein Film über den Bullenterror und zwei Dia-Serien über den Polizeieinsatz und den Baubeginn gezeigt, was noch von Augenzeugenberichten untermalt wurde. In der Diskussion wurde beschlossen, in Eutin eine Gruppe zu bilden, die über diese Frage weiter arbeiten soll. Für die BUU wurde 100,– DM gesammelt. Die Veranstaltung fand auch reges Interesse auf der Gegenseite: Ein Polizeiwagen hatte sich mitten im Schloßpark postiert und fünf weitere Polizisten saßen in den Büschen, um die Veranstaltungsteilnehmer zu fotografieren. Mit einer Kamera wurde versucht, die Veranstaltung zu filmen.

Mit diesen Polizeiprovokationen versucht der Staatsapparat einen möglichst genauen Überblick über die Breite der Anti-KKW-Bewegung zu bekommen. Für die KKW-Gegner ist es sehr nützlich, bei entsprechenden Treffen und Veranstaltungen mit Fotoapparaten, Kameras etc. ausgerüstet zu sein, um die Dunkelmänner ans Licht bringen zu können.

Ihre zweite Informationsveranstaltung führte die Bürgerinitiative „Gegen eine Atommüllwiederaufbereitungsanlage in der Heide" in **Lüneburg** durch. Zu der Veranstaltung kamen ca. 180 Menschen. Mit zahlreichen Stellwänden, Informationsmaterial und Augenzeugenberichten aus Brokdorf und mit Presserklärungen war zu der Veranstaltung mobilisiert worden. Neben einem Film zu Brokdorf und einem Referat zu den Betrugsmanövern von Albrecht in Niedersachsen stellte ein Bremer Atomspezialist sehr anschaulich die Gefahren der Atomenergie dar. Er wies daraufhin, daß in den geplanten Aufbereitungsanlagen ganz gezielt die Herstellung von Plutonium, dem Grundelement einer Atombombe ,betrieben wird. D.h., daß bei der Auswahl dieser technischen Anlage machtpolitische Überlegungen an erster Stelle standen. Die anwesenden KBW-Vertreter mußten wieder einmal ihre politische Blindheit zur Schau stellen, indem sie den Bremer Atomexperten wegen dieser Enthüllungen anschossen, denn schließlich würden die KKW's nur zur billigen Stromerzeugung für die Kapitalisten dienen, die nur so aus der Krise rauskommen könnten (?!). Ein unmittelbarer Erfolg der Veranstaltung war, daß zum darauffolgender Treffen der Initiative über 60 Menschen kamen (bislang etwa 40). Der nächste Schwerpunkt der Arbeit werden Aktivitäten gegen den Plan, in Geesthacht ein Atommüllzwischenlager zu errichten, sein.

In **Hannover** fanden am 29.11. und am 2.12. Veranstaltungen an der technischen Universität mit jeweils 700-800 Menschen statt. Auf der ersten Veranstaltung der Initiative Mathe/Physik wurden die ablaufenden Prozesse in KKW's sehr anschaulich und massenfreundlich erklärt und von den Kampfaktionen der KKW-Gegner in Brokdorf und Wyhl berichtet. Nach dieser Veranstaltung wurden auch in anderen Fachbereichen ähnliche Initiativen gegründet. Die zweite Veranstaltung war eine vom Juso-AStA organisierte Podiumsveranstaltung mit Vertretern der Bürgerinitiativen, einem Ingenieur der Preussag (der wegen eines „Unfalls" nicht erschien) und einigen prominenten Wissenschaftlern. Bei der Auswahl der Wissenschaftler gab es für den Juso-AStA einige Peinlichkeiten. Der Bremer Professor Jens Scheer sollte nicht eingeladen werden, weil sonst Prof. von Ehrenstein, seines Zeichens SPD-„Genosse" und WSL-Mitglied, nicht erscheinen würde. Jens Scheer ist konsequenter Gegner der KKW's und hat sehr genau deren Gefährlichkeit nachgewiesen, während Prof. von Ehrenstein nur gegen den „überhasteten" Großeinsatz" der Kernenergie ist. Da vom Juso-AStA nicht eingeladen, brachten die Bürgerinitiativen-Vertreter Jens Scheer als ihren Anwalt mit und erklärten, daß sie nicht Scheer's politische Einstellung, sondern in erster Linie seine Haltung zu den KKW's interessiere. Zum Schluß der Veranstaltung wurde eine Resolution der Studentischen Kammer der TU fast einstimmig beschlossen, in der auch aufgefordert wurde, die Tätigkeit einiger Institute und Professoren der TU in der Forschung für die Kernenergie an die Öffentlichkeit zu bringen und ihnen den nötigen Druck zu machen.

Bereits am 29.11. hatte im Wedeler Gemeindehaus eine Veranstaltung des AStA's der Fachhochschule Wedel mit 90 Teilnehmern stattgefunden. Die Veranstaltung wurde durch eine Rede des Sohns des Besitzers der privaten Fachhochschule angereichert, der ernsthaft den Standpunkt der Kernenergie vertrat, damit allerdings kein Bein an den Boden bekam. Nach einer sehr lebhaften Diskussion mit reger Beteiligung wurde die Veranstaltung mit der Perspektive beendet, sich mit anderen Initiativen Wedels in Verbindung zu setzen, um eine Wedeler Bürgerinitiative gegen KKW's zu gründen.

Nach Berichten von Genossinnen und Genossen aus Hameln, Cuxhaven, Neustadt, Eutin, Hannover, Lüneburg und Wedel



Aufrufflugblatt zur Veranstaltung am 3.12. in Neustadt/Schleswig-Holstein

Streik in französischen Atommüllwerken

Tausende von Arbeitern streiken seit drei Wochen in den Anlagen von Miramas Marcoule und vor allem La Hague, wo Brennstäbe der französischen, holländischen und belgischen Kernkraftwerke wiederaufbereitet werden. Die 1900 Arbeiter von La Hague verlangen die Garantie, nicht vorzeitig an Krebs oder Leukämie zu sterben, da sie u.a. Plutonium aus den Brennstäben herauslösen.

Im Jahr 1975 hat man von insgesamt 1900 Arbeitern, von denen die Hälfte unter Strahlenbelastung arbeiten muß, 572 radioaktive Schädigungsfälle, 205 davon im Bereich der inneren Organe, festgestellt.

Die radioaktive Belastung ist bei bestimmten Arbeitsgängen so hoch, daß der Arbeiter, der sie ausführt, nach einigen Monaten schon an einen weniger gefährdeten Arbeitsplatz versetzt werden müßte. Darum zieht es die Direktion vor, Hilfskräfte einzusetzen, die jederzeit entlassen werden können. Diese werden danach von der medizinischen Überwachung nicht mehr erfaßt! Diese Hilfskräfte, die schon mehr als die Hälfte der Kollegenschaft ausmachen, werden z.Zt. ohne medizinische Arbeitsfähigkeitsbescheinigung eingestellt!

Diese Situation wird sich noch verschärften, wenn die Wiederaufbereitung der Brennstäbe beginnt, die aus den Leichtwasserreaktoren stammen (statt aus weniger hochradioaktiven Natururan-Reaktoren) und pro Tonne 40 Kilo hochradioaktives Material enthalten (davon zehn Kilo Plutonium).

Eine Forderung der französischen Gewerkschaft C.F.D.T. ist in diesem Zusammenhang (*„eine grundsätzliche Revision des gesamten nuklearen Programms"* und andererseits *„daß eine so gefährliche Technik dem öffentlichen Dienst übertragen wird, dessen erste Aufgabe die nukleare Sicherheit in allen Aspekten sein muß, und der diese national und international zu garantieren weiß."*

(Zitate und Angaben nach „Verden-Allener Zeitung" vom 20.11.'76).

KB Gruppe /Kreis Pinneberg, Steinburg

Belgien: Alle KKWs stillgelegt!

In Belgien sind mittlerweile alle Kernkraftwerke des Landes stillgelegt! Und zwar:

– Am 2. Dezember das KKW in Doel an der Scheldemündung wegen eines Lecks an einem Generator, aus dem radioaktiver Dampf austrat;

– das KKW Doel II bereits am 5. November (bei der Aufladung des Reaktors mit Kernbrennstäben wurde mindestens einer der hochradioaktiven Brennstäbe beschädigt; von der Betriebsleitung wird eine Wiederinbetriebnahme des KKW erst in „einigen Monaten" für möglich gehalten);

– Seit mehreren Wochen ist der Reaktor Chooz an der belgisch-französischen Grenze außer Betrieb. Angeblich wird er nur mit neuen Brennstäben versorgt; eine offizielle Erklärung, warum dieser Vorgang so ungewöhnlich lange dauert, wird zur Zeit noch verweigert;

– seit dem 1. Oktober liegt auch das KKW in Tihange (Südbelgien) still. Grund hierfür: die Arbeiter des Werkes sind in einen Streik getreten, sie fordern höhere Löhne und protestieren gegen die völlig unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen. Als die Streikenden das KKW besetzten und auch den Kontrollraum in ihre Hand bringen wollten, wurde der Betrieb unter militärischen Schutz gestellt und ist seitdem hermetisch abgeriegelt.

Daß die belgischen KKWs momentan stilliegen, hat seine Ursache nicht etwa in besonders schweren Unfällen. Die Anlässe, die zur Stillegung in Belgien führten, sind KKW-Alltag. Seit Jahren gibt es solche Unfälle, sie sind sichtbarer Beweis dafür, welche Gefährdung von Atomkraftwerken ausgeht!

Es ist aber ein Erfolg der Bewegung gegen die Kernkraftwerke, daß es heute nicht mehr so leicht möglich ist, solche Vorfälle zu verschweigen oder zu verniedlichen. Das kritische Bewußtsein ist gewachsen, die KKW-Bauer und Befürworter geraten zunehmend in Schwierigkeiten. Lassen wir ihnen keine Ruhe!

KB/Gruppe Bremen

Posten verloren, weil er defekten Reaktor nicht in Betrieb nehmen wollte

USA. Ein Ausbilder des nuklearen Trainingszentrums der US-Marine bei Idaho Falls verlor seinen Posten, weil er aus Furcht vor einem Atomunfall sich weigerte, einen defekten Reaktor in Betrieb zu nehmen. Er hatte einen Fehler im Sicherheits-Meßgerät des Reaktors entdeckt, der seiner Auffassung nach dazu hätte führen können, daß eine plötzliche Spannungssteigerung im Reaktor vom Aufsichtspersonal nicht bemerkt worden wäre und eine Zerstörung des Reaktors zur Folge gehabt hätte. Vor 16 Jahren waren im selben Trainingszentrum drei Menschen bei einem Atomunfall ums Leben gekommen (nach „Frankfurter Rundschau" vom 29.11.76).

Zwei neue Fälle von radioaktiver Verseuchung

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung meldete am 11.12.76, daß in England vor kurzem aus einem Lagersilo für stark radioaktiv verseuchte Abfälle des Atomkraftwerkes Windscale radioaktives Wasser durch ein Leck im Fundament aussickerte. Zynisch erklärte Energieminister Benn im Parlament auf Anfrage, daß „natürlich" eine Verseuchung der Gegend nicht zu befürchten sei!

Ein weiteres Beispiel, was die „ausgesprochen gute Überwachung" von Lagerstätten radioaktiv strahlender Materialien geradezu schlagend beweist, wurde in der Coburger Frauenklinik bekannt. Bei einer Routineuntersuchung stellte man fest, daß mindestens seit Juli des Jahres ein Röhrchen mit stark strahlendem Radium beschädigt ist. Mindestens 18 Patienten sind in der Nähe des „Strahlers" behandelt worden. Man will jetzt angelbich feststellen, ob bei den 18 Patienten Strahlenschäden aufgetreten sind!

Frauen gegen KKWs

Hamburg. Eine erfolgreiche Brokdorf-Veranstaltung führten die Frauengruppen der Stadtteile Hamm und Wandsbek am 4.12.1976 durch. Eingeladen war ein Vertreter der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), der über die Entwicklung des Widerstandes in Brokdorf an Hand von Dias erzählte. Die Frauen selber hielten Referate über die jüngsten Erfahrungen in Brokdorf und zeigten dazu Dias, über die Erfahrung in Wyhl, über die Auswirkung der Radioaktivität, andere Energiequellen, entlarvten die Lüge der Schaffung neuer Arbeitsplätze und gingen auf die Pläne der Atombewaffnung des BRD-Imperialismus ein. Die Frauen verstanden es von Anfang an, die anwesenden Menschen mit einzubeziehen, die Fragen stellten oder auch gleich beantworteten. Neben dem Wyhl-Lied und der „Ermutigung", von den Frauen gesungen, trugen eine Kollegin und ein Kollege je ein eigenes neues AKW-Lied vor, die begeistert von allen Zuhörern aufgenommen wurden. 85 Menschen besuchten die Veranstaltung, darunter ca. 30 Kollegen, die noch keine Anti-KKW-Veranstaltung besucht hatten. Eine Sammlung der BUU brachte 200 DM. Insgesamt war das eine dufte und lebendige Informationsveranstaltung.

Bezirksorganisation Barmbek
KB/Gruppe Hamburg

Ölkonzerne beherrschen den Kernenergiemarkt

Im letzten Jahrzehnt hat ein großer Teil der US-Ölfirmen relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit Kontrolle über den amerikanischen Kernenergiemarkt gewonnen.

1971 – das letzte Mal, daß die Kernenergiekonzerne Statistiken veröffentlichten – kontrollierten die Ölfirmen 61,8% des Uranabbaus und 50,4% der Uranreserven, letzteres gegenüber 31% im Jahr 1966. Während dieser Zeit stieg der Uranpreis um 500%!

Im Geschäft sind u.a. Exon (Esso), Mobil, Standard Oil of Californa, Gulf, Kerr-McGee, Getty Oil, Conoco ...

Dahinter verbergen sich wenige Trusts wie Rockefeller, Mellon, DuPont und Morgan, die z.B. auch hinter General Electric, Union Carbide, Westinghouse wiederzufinden sind. Diese Firmen betreiben bekanntlich intensiv Reaktorbau und Zulieferung und sie kontrollieren ebenfalls den größten Teil dieses Marktes. (Union Carbide beschäftigte sich bereits 1954 so intensiv mit der Kernforschung, daß 16.000 von 70.000 Belegschaftsmitgliedern in Oak Ridge, dem staatlichen Kernforschungszentrum, beschäftigt wurden).

(Nach „Guardian" 29.9.76)
USA-Kommission

Bald 13 KKWs in Nordrhein-Westfalen?

„Bei sinkender Bevölkerungszahl, aber steigender Zahl der Beschäftigten um eine halbe Million müßten bis 1985 rund 300.000 neue Arbeitsplätze im Lande geschaffen werden. Dafür sei zusätzliche Energie erforderlich." („WAZ", 25.11.76)

So begründet die SPD-Landesregierung die angebliche Notwendigkeit für den Bau von KKW's in NRW. Zwar sei die Förderung von 94 Mio. Tonnen Steinkohle jährlich gesichert, dies reiche aber zur Deckung des Energiebedarfs einer wachsenden Wirtschaft nicht aus.

Am 18. Januar 1977 wird im Düsseldorfer Landtag der „Entwicklungsplan VI" beraten. Bei dieser Beratung soll festgelegt werden, an welchen der insgesamt 27 möglichen Standorte KKW's oder konventionelle Kraftwerke (Gas, Kohle oder Öl) gebaut werden sollen. Dabei steht von vornherein fest, daß 14 dieser Standorte nur für konventionelle Kraftwerke geeignet sind. Bei 13 Standorten sei jedoch sowohl die Errichtung eines KKW's als auch eines konventionellen Kraftwerks möglich, behauptet die Landesregierung. Zur Desorientierung der betroffenen Bevölkerung wird dann noch schnell die Behauptung aufgestellt, voraussichtlich (!) würden für atomare Stromerzeugung jedoch nur sechs oder sieben dieser Standorte benötigt. Welche Standorte jedoch „benötigt" werden, verschweigen die bürgerlichen Politiker jedoch lieber.

Die Standorte für KKW's in NRW wurden nach einem Katalog ausgewählt, der 40 Kriterien umfaßt. Das Kriterium „Sicherheit" für die Anwohner der Umgebung existiert offensichtlich nicht.

Beispielsweise würden allein am KKW Orsoy/Rheinberg im Umkreis von 10 km um den Standort mehrere 100.000 Menschen wohnen. (Zum Vergleich seien ein paar Zahlen aus den USA genannt: In einem Umkreis von 3,8 km um das KKW darf es überhaupt keine menschlichen Ansiedlungen geben; im Umkreis von 38 km dürfen lediglich 35.000 Menschen leben).

Ähnlich verlogen ist die Behauptung, der Erholungswert der Landschaft solle geschützt werden: Mehrere der geplanten konventionellen Kraftwerke sollen direkt in Naherholungsgebieten gebaut werden. Andererseits sind Kriterien wie Anbindung an Straßen und Wasserwege nur dafür geeignet, den Stromkonzernen den gesamten Reaktorbau und Betrieb so angenehm wie möglich zu gestalten.

Kein Brokdorf in NRW?

„Die Landesregierung will freiwillig auch Bürgerinitiativen anhören ... Der Entwurf (des Entwicklungsplans VI) wird fast ein ganzes Jahr mit den betroffenen Kommunen, den Bürgern und dem Landtag beraten, bevor er 1977 endgültig aufgestellt wird." Arbeitsminister Farthmann (SPD) schwang sich sogar dazu auf, daß er per „Volksentscheid" über die Errichtung von KKW's entscheiden lassen wollte.

Was ist von diesen Bemühungen um die KKW-Betroffenen NRW's zu halten?

Farthmann scheint sich sehr viel (für die Kapitalisten) von der „Volksbefragung" zu versprechen. Er wolle nicht, *„daß die überaus wichtige Frage der Energiepolitik"* den Bürgerinitiativen überlassen werde, von denen niemand wisse, ob sie *„das Werk einiger weniger"* seien. *„Dem partikularen Egoismus am einzelnen Ort, für den ein Atomkraftwerk vorgesehen sei, solle das allgemeine Interesse gegenübergestellt werden."* („WAZ" 9.11.76). Auf deutsch: Breit mit dem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und „Stromabschalten" drohen, um die nicht direkt betroffenen Einwohner NRW's gegen die Betroffenen auszuspielen. Darüber, wo er nun tatsächlich steht, läßt Farthmann denn auch keinen Zweifel aufkommen. So müssen seiner Ansicht nach, die Bürger mit der „Alternative" konfrontiert werden, *„daß Ablehnung der Kernkraftwerke weniger Energie und geringeres Wirtschaftswachstum sowie Gefahr für die Arbeitsplätze bedeuten werde!"* Weiterhin ist er der Meinung: *„Wir (?) können es uns nicht länger leisten, daß Minderheiten Industrieprojekte und Strukturlösungen kaputtmachen, die im Interesse der Allgemeinheit unbedingt nötig sind."* („WAZ", 9.11.76)

Die Vorstellungen Farthmanns gehen Ministerpräsident Kühn (SPD) jedoch schon zu weit. Seiner Ansicht nach haben die Bewohner NRW's *„in ihrem Landtag die beste Bürgerinitiative"*. Das soll wohl gleichzeitig heißen, daß keine weitere Bürgerinitiative geduldet wird. Kühn hält den Vorstoß Farthmanns für völlig unverständlich, *„weil er das Ende jeder Energiepolitik bedeuten würde."*

Suspekt sind Kühn auch die rechtlichen Möglichkeiten, die den Bürgern dieses Landes noch geblieben sind. So hebt er als „abschreckendes Beispiel" den „Fall Voerde" hervor, *„wo der Ausbau eines Steinkohlekraftwerks nach dem Einspruch eines Bürgers gestoppt worden sei."* (wegen Überschreitung des zulässigen Drecks in der Luft!) („WAZ", 6.11.76).

Wenige Zeit später bekräftigte Kühn noch einmal für alle, die es bisher noch nicht verstanden haben, daß der Bau von Kernkraftwerken allein die Sache der Regierung sei. („WAZ", 12.11.76)

Zusammengefaßt kann man die Politik der Landesregierung wie folgt umschreiben: Nicht einmal eine scheindemokratische Legitimation für den Bau der Kernkraftwerke ist in NRW geplant.

Ein Jahr will sich die Landesregierung Zeit lassen, um ihr Kernenergieprogramm „schmackhaft" zu machen. Doch da dürfte sie sich – wie schon einige vor ihr – reichlich verschätzt haben. Bereits jetzt ist ein Aufschwung der Bürgerinitiativen – wenn auch erst in Ansätzen – sichtbar. So nahmen eine ganze Reihe Demonstranten aus NRW an der großen Demonstration in Brokdorf teil. Unmittelbar danach bildeten 19 örtliche Initiativen einen Landesausschuß, um gemeinsam eine Informationspolitik betreiben zu können.

Allerdings sah der Ausschuß dieses Verbandes für „demonstrative Protestaktionen" z.Zt. noch „keinen aktuellen Anlaß". Stattdessen wurden ‚Atomräte' vorgeschlagen, die paritätisch mit Wissenschaftlern, Politikern und Umweltschützern besetzt sind. Doch diese Vorstellungen, die sich auf einem „Bürgerdialog" mit der Landesregierung einlassen wollen, dürften sehr bald vom Aufschwung der Bewegung zur Seite geräumt werden.

Ein Mitglied der Duisburger Sympathisantengruppe des KB



Kraftwerksplanung in Nordrhein-Westfalen

Geesthacht soll Standort für Atommüllzwischenlager werden!

Geesthacht/Hamburg. Am 26./27. Juni dieses Jahres berichtete die „Geesthachter Zeitung" („GZ") zum erstenmal von Plänen der „Preussischen Elektrizitätsgesellschaft" und der „Nordwestdeutschen Kraftwerke" (NWK), ein Atommüllzwischenlager auf dem Gelände der „Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt" (GKSS) in Krümmel zu bauen. Das Lagerbecken soll ca. 7.000 - 8.000 Tonnen aufnehmen und über 100 Mill. DM kosten. Die Errichtung eines oder mehrerer Atommüllzwischenlager hat für die Kernenergiebetreiber und die Bundesregierung an Bedeutung gewonnen, da die Verträge mit Frankreich und Großbritannien, die zusammen mit der Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe die bisherige Entsorgung der westdeutschen Kernkraftwerke vorgenommen haben, über 1979 hinaus von den betroffenen Ländern nicht mehr verlängert werden. Hinzu kommt, daß die für die Entsorgung vorgesehene zentrale Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen einen breiten Protest der betroffenen Bürger hervorgerufen hat, so daß die *„Pläne (...) über einen Zeitpunkt hinaus aufgehalten werden könnten, zu dem die kraftwerkseigenen Lagerbecken die anfallenden abgebrannten Brennelemente nicht mehr aufnehmen können"* („GZ", 26./27.6.76).

Aus diesem Grund wird die Errichtung von Atommüllzwischenlagern zu einer zentralen Frage für die Bundesregierung und die Energiekonzerne, denn *„keine Lagerungsmöglichkeit für den Abfall bedeutet Stop für den Kraftwerksbetrieb"* (ebenda).

So wurde in einer öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuß des Bundestages vom Vorsitzenden der Preussischen Elektrizitätsgesellschaft, Keltsch, geäußert, *„nach 1983 werde ein regionales Lagerbecken bei Geesthacht den Atommüll sämtlicher norddeutscher Kernkraftwerke aufnehmen"* (ebenda).

Im Juli wurde der Geesthachter Magistrat informiert, daß im Frühjahr 1977 den Behörden konkrete Planungsunterlagen vorgelegt werden könnten, die Voraussetzung für den Bau sind („GZ", 10.7.76). Trotz gegenteiliger Beteuerungen der NWK, Geesthacht sei als möglicher Standort „nur" im Gespräch, muß davon ausgegangen werden, daß die Planung schon weiter ist, als bisher angenommen wird. Hierfür spricht auch eine Anfrage der NWK an die GKSS zur Errichtung eines Brennelementezwischenlagers. In einem Aushang bei der GKSS stand jetzt zu lesen, daß gegen den Standort Geesthacht prinzipiell nichts einzuwenden sei. Die Gefährdung der Bevölkerung spielt bei dieser Art „Planung" überhaupt keine Rolle. So können durch Korrosion (chemische Zerstörung der das strahlende Material umgebenden Brennstabhüllen) und Unfälle beim Transport große Mengen radioaktiver Substanzen entweichen, was eine Katastrophe zur Folge hätte.

Hinzu kommt, daß in Geesthacht einer der größten Reaktoren Europas gebaut wird, mit einer Leistung von 1265 MegaWatt. Weitere Pläne besagen, daß dieser Reaktor eine zweite Stufe der gleichen Größenordnung nach sich ziehen wird (Angaben nach H. Strohm, „Friedlich in die Katastrophe"). Wird das Zwischenlager in Geesthacht gebaut, besteht die zusätzliche Gefahr des Baus einer Wiederaufbereitungsanlage, um den immer wieder geforderten „zentralen Entsorgungspark" zu haben. So wurden schon derartige Vermutungen im „Hamburger Abendblatt" geäußert. Diese Pläne zeigen, daß Geesthacht zu einem Kernenergiezentrum in Norddeutschland ausgebaut werden soll.

Proteste gegen das geplante Atommüllager

Inzwischen hat sich eine Bürgerinitiative gegen das geplante Atommüllager gebildet. Auf der Gründungsveranstaltung nahmen über 150 Menschen teil. Danach wurde eine Unterschriftensammlung eingeleitet.

Am 3. Dezember fand eine Großveranstaltung mit ca. 700 Menschen statt, auf der unter anderem bekannte Wissenschaftler wie Prof. Schäfer über die Gefährlichkeit kerntechnischer Anlagen sprachen.

Ein nächster Schritt dieser Initiative muß es sein, insgesamt die Gefahren der Kernenergie zu diskutieren und den Kampf gegen Kernkraftwerke mit dem Kampf gegen das geplante Atommüllager zu verbinden.

Bezirksorganisation Bergedorf KB/Gruppe Hamburg

Kinder spielten im Atommüll!

Port Pirie/Australien. Zufällige Messungen mit dem Geigerzähler brachten den Skandal an den Tag: Jahrelang hatten Kinder auf einem radioaktiv verseuchten Gelände am Stadtrand gespielt.

„harmlos" darzustellen.

Andererseits hatte sie es dann doch eilig. Es wurde schleunigst ein Aufräumtrupp geschickt, eine Schule, die wohlgemerkt anderthalb Kilometer entfernt liegt, wurde ge-


Kraftwerksplanung in Nordrhein-Westfalen

‚Atomräte' vorgeschlagen, die paritätisch mit Wissenschaftlern, Politikern und Umweltschützern besetzt sind. Doch diese Vorstellungen, die sich auf einem „Bürgerdialog" mit der Landesregierung einlassen wollen, dürften sehr bald vom Aufschwung der Bewegung zur Seite geräumt werden.

Ein Mitglied der Duisburger Sympathisantengruppe des KB

Kinder spielten im Atommüll!

Port Pirie/Australien. Zufällige Messungen mit dem Geigerzähler brachten den Skandal an den Tag: Jahrelang hatten Kinder auf einem radioaktiv verseuchten Gelände am Stadtrand gespielt.

Damit wurde auch klar, wieso vorher teilweise Gummisohlen geschmolzen waren, Fahrradreifen sich aufgelöst hatten etc. Ein Junge hatte sich in einem Graben die Füße „verbrannt" und war fünf Wochen im Krankenhaus gewesen. Keiner der Ärzte hatte eine Erklärung gefunden. Der Junge wird zeitlebens die Narben behalten.

Doch das sind nur die heute sichtbaren Folgen dieses unglaublichen atomaren Leichtsinns.

Schuld trägt die Landesregierung, die dort Uranabfälle abgekippt und nur mit einer dünnen Erdschicht überdeckt hatte. Zusätzlich hatte eine japanische Firma dort Thoriumabfälle einfach in Gräben gekippt. „Gesichert" wurde das Gelände durch inzwischen völlig verrottete Schilder, „Betreten verboten", die nie jemand ernst genommen hatte. Doch auch noch nach der Aufdeckung des Skandals versuchte die Landesregierung die Radioaktivität auf dem Platz als

„harmlos" darzustellen.

Andererseits hatte sie es dann doch eilig. Es wurde schleunigst ein Aufräumtrupp geschickt, eine Schule, die wohlgemerkt anderthalb Kilometer entfernt liegt, wurde ge-schlossen. Trotzdem lehnte die Regierung eine Untersuchung der Bevölkerung ab, mit der Begründung: *„Das wäre nutzlos und wir wollen auch keine Unruhe hervorrufen"*.

In der Tat könnte die Aufdeckung möglicher Schäden tatsächlich für Unruhe sorgen: Eine Ärztin wies daraufhin, daß eingeatmetes Radongas, das dort freigesetzt wurde, möglicherweise nach 15-20 Jahren zu Lungenkrebs führen könnte. Weiterhin fragt sich die Bevölkerung, ob ständige Augenentzündungen von Bewohnern am Rande des Geländes, zahlreiche Geisteskrankheiten und andere sehr häufige Schädigungen bei Kindern am Ort nicht von der radioaktiven Verseuchung herrühren (Angaben nach „Frankfurter Rundschau", 28.11.76).

Die australische Regierung tut inzwischen alles, um die Aufdeckung des Skandals zu vertuschen. Wiedermal ein Beweis für die Menschenfeindlichkeit des kapitalistischen Systems.

Katastrophenpläne bei Atomalarm

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir, daß es derzeit in der BRD zwar Katastrophenpläne für Atomunfälle in Kernkraftwerken gibt, wenn auch noch nicht überall, wo es sie aber gibt, werden sie geheimgehalten.

Hier nun Auszüge aus dem Katastropheneinsatzplan des Kernforschungszentrums Karlsruhe, der 1972 durch „verantwortungsbewußte Personen (so ein Flugblatt von 30 badischen und elsässischen Bürgerinitiativen damals)" bekannt gemacht wurde:

„Bei einer nuklearen Katastrophe mit Auswirkung auf die Umgebung wird das mögliche Gefahrengebiet sofort gesperrt – ein kreisförmiges Gebiet (Durchmesser zehn Kilometer bei der AKW-Leistung von 50 MW) rund um die Reaktoranlage herum und dazu, je nach Windrichtung ein trichterförmiger Sektor bis zur Warnzone A. Während starke Polizeikräfte (Schutzanzüge sind kürzlich bestellt worden) das Gefahrengebiet abriegeln, wird die betroffene Bevölkerung über Lautsprecher zum Schutze ihrer Gesundheit dringend gebeten, sich sofort in die Häuser zu begeben und alle Öffnungen wie Fenster und Türen zu schließen. Wer sich im Freien aufgehalten hat, soll Kleidung und Schuhe vor das Haus legen und vorsorglich die unbedeckten Körperflächen wie Gesicht und Hände reinigen; der Genuß von Frischnahrung müsse vermieden werden.

Unterdessen rücken zwecks Entseuchung (Fachausdruck! Dekontamination) Spezialtrupps wie das Bruchsaler ABC-Abwehr-Bataillon der Bundeswehr und der Strahlenschutz der Karlsruher Feuerwehr in das Katastrophengebiet ein, um Brunnen stillzulegen, verstrahlte Gegenstände sicherzustellen, Häuser und Straßen abzuwaschen, verseuchte Erde abzutragen und einzuasphaltieren. Unter ärztlicher Aufsicht werden derweil die betroffenen Menschen dekontaminiert (äußerlich mit Titandioxid Wunden chirurgisch reinigen, innerlich durch medikamentöses Herbeiführen von Erbrechen, Magenspülung, Gabe von absorbierenden Stoffen und Abführungsmitteln)".

Eines ist sicher. Dieser Plan zeigt in brutaler Offenheit, daß die Menschen im bedrohten Gebiet kaum eine Überlebenschance haben! Und große Katastrophen sind lt. „Badische Zeitung" v. 7.12.74 alle 17 Jahre wahrscheinlicher denn je, je mehr Kernkraftwerke gebaut werden (Hearing in Bonn vor dem Innenausschuß des Bundestages!).

Die „Hamburger Morgenpost" enthüllte nun am 8.12.76, daß bei einer Umfrage nach „Schutzplänen" bei den AKW's in der Elbe-Region herauskam, daß bei den Kraftwerken Stade und Brunsbüttel Pläne vorliegen, und die Gefährdungszonen bis nach Hamburg hereinreichen. Geheimgehalten werden sie allerdings wie kaum etwas anderes.



Aus: Hamburger Morgenpost

Zwei Kernkraftwerke (Stade, Brunsbüttel) sind in Betrieb. Zwei weitere (Brokdorf, Geesthacht) werden gebaut. Eine unbestimmte Zahl ist im Gespräch. Die Kreise markieren einen 25-Kilometer-Radius als flächenmäßig größte Gefahrenzone A (von außen). Dort wo sich mehrere Kreise überdecken, addiert sich die Gefahr eines Unfalls. Hamburg ist nur bedingt gefährdet.

Noch eine „Panne" in Hanford

USA. Wir berichteten im AK 94 bereits über zwei schwere „Pannen" in der Plutoniumfabrik Hanford (Bundesstaat Washington), mittlerweile wurde eine noch größere „Panne" bekannt. 1955 begann man Mengen von Plutonium in einen Abfallgraben zu leiten, der 1962 geschlossen wurde. 1972 stellte man fest, daß sich größere Mengen als gedacht im Graben befanden und diese sich an einem Ende des Grabens angesammelt hatten. Dort bildeten sie eine kritische Masse, so daß ein einziger starker Regenschauer nach Meinung der Ingenieure zu einer unkontrollierten Reaktion hätte führen können. Daraufhin pumpte man grössere Mengen von Cadmium in den Graben, um die Reaktion zu bremsen. Jetzt wird der Graben abgetragen und die verseuchte Erde in Tonnen umgelagert. Das soll 18 Monate dauern und wird mindestens 1 Mill. Dollar kosten! (nach „International Herald Tribune", 29.11.76)

USA-Kommission

Polizei rüstet für weitere Auseinandersetzung mit KKW-Gegnern

Nach den brutalen Polizeieinsätzen in Brokdorf, die in der demokratischen Öffentlichkeit auf massive Kritik gestoßen sind, gingen Bulleneinsätze gegen KKW-Gegner weiter. An den Standorten, wo Kernkraftwerke geplant oder im Bau sind, werden vom Staatsapparat und den Kernenergiekapitalisten alle Vorbereitungen getroffen, um die Baugelände in „Atom-KZs" zu verwandeln und die Bevölkerung an den Anblick bewaffneter Polizeieinheiten zu gewöhnen.

Als mehrere KKW-Gegner in Elmshorn eine Aktion machten, in der sie sich vor allem gegen die Anheuerung von Schlägern für den „Wach- und Kontrolldienst" in Brokdorf wandten, wurden zwei KKW-Gegner von den Bullen festgenommen. Der angebliche Grund war, daß eine „Elmshorner Bürgerin" und „Befürworterin von KKWs" Anzeige erstattet haben soll. Tatsächlich geht es bei derartigen Aktionen um die Kriminalisierung der KKW-Gegner.

Auf dem Gelände des **KKW Krümmel bei Geesthacht** in der Nähe von Hamburg wurden nach Brokdorf-Aktionen ebenfalls Polizeieinheiten zur Bewachung hinzugezogen. Spaziergänger konnten 4 VW-Busse der Polizei und mehrere andere Einsatzwagen beobachten. Offensichtlich führten Werkschutz und Polizei eine Übung durch – es wurden mehrere Fotos gemacht, wo Wasser fontänen aus dem Gelände heraus auf den Zaun gespritzt wurden.

In **Mönchen-Gladbach** fand am 26./27.11. eine großangelegte Übung von ca. 300 Feuerwehrleuten und Zivilschutzleuten statt. Der sogenannte Zivilschutz bzw. der erweiterte Katastrophenschutz ist eine paramilitärische Einheit, die besonders für „Objektschutz" bei „inneren Unruhen" und „Kriegsfällen" eingesetzt werden soll (Er ist zu vergleichen mit dem sog. „Luftschutz aus der Nazizeit).

Für die Übung gab das Amt für Zivilschutz folgende „allgemeine Lage" vor: „*Die Pläne zum Bau von Atomkraftwerken im Ausland unter deutscher Regie haben zu Auseinandersetzungen mit dem Ausland und zu Bürgerinitiativen im Inland geführt. Organisierte umstürzlerische Kräfte machen sich die Lage zunutze und verüben Anschläge in besonders brandgefährdeten Gebieten*" („WZ", 29.11.76).

Der „aktuelle Bezug" dieser Übung liegt auf der Hand: In Nordrhein-Westfalen sollen in den nächsten Jahren allein 25 KKWs (!) gebaut werden und der Unterdrückungsapparat wird jetzt ideologisch und militärisch massiv auf die kommenden Auseinandersetzungen mit KKW-Gegnern vorbereitet.

Strafanzeige wegen versuchten Totschlags

Das Hamburger Rechtsanwaltsbüro Groenewold/Köncke/Rogge teilte in einer Presseerklärung vom 7.12. mit, daß von ihnen eine Strafanzeige wegen versuchten Totschlags gegen Polizeibeamte beim Einsatz in Brokdorf gestellt wurde. Das Büro vertritt den „roten Betriebsrat" auf der HDW/Kiel, Bernd Woitalla, der am 13.11. durch einen Steinwurf eines Polizisten schwer verletzt wurde. Woitalla stand ohne Kopfbedeckung vor dem Zaun, er war erkennbar ungeschützt, d. h. die Polizisten, die gezielt mit Steinen nach ihm und den anderen Demonstranten warfen, haben Schwerverletzte und Tote bewußt in Kauf genommen. Zum Gesundheitszustand von Woitalla heißt es in der Presseerklärung: „*In Kiel* (W. befindet sich dort im Universitätskrankenhaus – d. Red.) *war festgestellt worden, daß durch den Stein ein Knocheneinbruch über dem linken Ohr mit einer Blutung in das darunterliegende Gehirn erfolgt war. Die Ärzte entschlossen sich deshalb zu operieren und öffneten den Schädel. Die Gehirnhaut war zerstört. Im Gehirn waren noch Sandkörner und Haare. Das Sprachzentrum war verletzt. Bernd Woitalla hat die Operation bisher gut überstanden. Sein Sprach- und Erinnerungsvermögen sind jedoch weiterhin zerstört. Bisher ist noch nicht zu übersehen, ob bleibende Gehirnschäden vorhanden sind.*"

Nach Berichten von Genossen aus Elmshorn, Geesthacht und Mönchengladbach



Polizeiwagen vor dem KKW Krümmel

Organisierte umstürzlerische Kräfte Polizeiwagen vor dem KKW Krümmel

Ein Toter in Brokdorf?

Seit einigen Tagen gibt es Gerüchte, daß die zweite Demonstration am 13.11. in Brokdorf ein Todesopfer auf Seiten der Demonstranten gefordert hat. Wir drucken im folgenden den Brief eines AK-Lesers ab, der uns auf den Vorfall aufmerksam gemacht hat.

Auf einen Anruf bei der Schleswig-Holsteinischen Landsregierung schickte uns die dortige Presse- und Informationsstelle das hier im Faksimile veröffentlichte Dementi.

Wir fordern unsere Leser auf, uns alle sachdienlichen Hinweise zur Klärung des Falles mitzuteilen.

Liebe Freunde

Ich bitte euch, den untenstehenden kurzen Artikel zu veröffentlichen. Dieser Vorfall ist so wichtig, daß wir alles tun müssen, um ihn aufzuklären.

Der Informant aus Brokdorf ist mir bekannt. Ich kenne seinen Namen, seine Adresse und seinen Beruf. Die Angaben hat er mir persönlich in Hamburg gemacht.

Er hat aber Angst, sie selber öffentlich zu vertreten. Deshalb habe ich den Artikel in dieser Form verfaßt.

Brokdorf:
Wahrscheinlich ist bei der Demonstration gegen den Kernkraftwerkbau in Brokdorf am 13.11.76 ein Demonstrant getötet worden. Angaben darüber machte in Hamburg ein Mann, der am Montag, dem 15.11.76 auf dem Baugelände in Brokdorf beschäftigt war. Aus Sicherheitsgründen kann sein Name nicht genannt werden.

Dieser Mann hat gesehen, daß am Montagmorgen um etwa 7 Uhr im Wassergraben neben dem Baugelände eine Leiche gefunden wurde. Es herrschte zu dieser Zeit noch Dunkelheit, allerdings waren das Gelände und der Graben durch die bestehenden Lampen beleuchtet. Die Leiche wurde während der Aufräumungsarbeiten gefunden, als der Graben von Leitplanken, Balken u. a. gereinigt wurde. Der Fundort befand sich an der sogenannten NWK-Straße (Strasse, an der der Haupteingang liegt) neben dem Baugelände, und zwar zwischen der Mitte und dem dritten Viertel dieser Seite des Baugeländes, vom Deich aus gesehen. Die Leiche wurde die Böschung hochgezogen. Sie war mit einer Öljacke und Blue Jeans bekleidet, sie trug keine Kopfbedeckung. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich etwa 10 Personen an der Fundstelle (Polizisten, Arbeiter, Werkschutz).

Soweit die Angaben dieses Mannes. Sie sind bis jetzt die einzige Information über diesen Vorfall. Offiziell ist bisher noch nichts bekanntgegeben worden. Unsere Aufgabe ist es jetzt, diesen Fall mit allen Mitteln zu untersuchen. Wir müssen überprüfen, wo einer unserer Freunde vermißt ist. Wo ist zur fraglichen Zeit in Krankenhäusern ein Toter aufgetaucht, auf den die Angaben zutreffen.

Gibt es in Brokdorf Arbeiter, die diese Angaben bestätigen können ?
Wer weitere Informationen hat, sollte sie an diese Zeitung oder die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe schicken.

W.S.



8. Dezember 1976

2047

- P 1oo/Dr. Ebel/By. -

An die
Redaktion der Zeitung
"Arbeiterkampf"
z.Hd. ▬▬▬

Lerchenstraße 76

2ooo Hamburg 5o

Sehr geehrter ▬▬▬

was ich Ihnen heute bereits telefonisch sagte, bestätige ich Ihnen hiermit auch noch einmal schriftlich:

sagte, bestätige ich Ihnen hiermit auch noch einmal schriftlich:

1. Es ist weder am 13. November noch in den folgenden Tagen bis einschließlich 8. Dezember 1976 im Graben um den Bauplatz für das künftige Kernkraftwerk Brokdorf noch in der Umgebung dieses Bauplatzes eine Leiche gefunden worden.

2. Der Polizei liegen keinerlei Vermißtenmeldungen von Personen, die in irgendeiner Weise an den Demonstrationen in Brokdorf teilgenommen oder ihnen zugeschaut haben sollen, vor.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

(Dr.Walter Ebel)

Die Werbung für AKWs lassen sich Regierung und Kapitalisten schon einiges kosten:

- Die Bundesregierung finanzierte mit über 1 Mill. DM aus Steuergeldern. ein Projekt des Batelle-Instituts in Frankfurt, das die Bürgerbewegung gegen Atomkraftwerke untersucht hat (nach „Umweltzeitung", 29.5.76).
- die Werbekampagne der Bundesregierung für Atomstrom kostet etwa drei Mill. DM pro Jahr (nach Flugblatt der Bürgerinitiatve Umweltschutz Hamm).
- Die Atomindustrie will in Hamm ein Atommuseum für 20 Mill. DM errichten (ebenda).
- Auf dem Gelände des geplanten zweites Atomkraftwerkes bei Hamm hat die Vereinigung der Elektrizitätsweke (VEW) ein Informationszentrum für 2 Mill. DM eröffnet. Die örtlichen Bürgerinitiativen haben bisher selbst nur etwa 1000 DM Spenden zur Verfügung gehabt. Deshalb packten sie die VEW beim Anspruch, dem kritischen Bürger die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenes Urteil zu bilden, und forderten die VEW auf, den Bürgerinitiativen einige Räume des Informationszentrums und einen Teil des Werbeetats abzutreten. Das wurde natürlich abgelehnt.

Ein Genosse aus Bochum

Polizei in Brokdorf – „mit dem Rücken an der Wand" ?

Am 1.12. machte die „Schleswig-Holsteiner Landeszeitung" mit der Veröffentlichung eines vertraulichen „Erfahrungs- und Verlaufsberichtes" über den Polizeieinsatz gegen die KKW-Gegner in Brokdorf Sensation. Der Bericht schildert den Aufbau der „Festung", eingesetzte Mannschaften und den Ablauf der Kämpfe, und zieht am Schluß taktische Lehren.

Die Ausführungen gipfeln in der Feststellung: **„Dem Abwurf von Tränengaskörpern aus Hubschraubern in Fächerform auf rückwärtige Störer kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Die Einsatzform sollte entwickelt werden".**

Die Quelle des Berichtes ist obskur. Laut Ermittlungen der Kieler Kripo, die den „undichten Stellen" nachspüren sollen, führen die Spuren in die „Sicherungsgruppe Bonn". Laut Stellungnahme der Landesregierung handelt es sich um einen „vorläufigen Bericht einer beteiligten Dienststelle außerhalb des Landes Schleswig-Holstein", er gebe aber „*den Ablauf der schweren Auseinandersetzungen in Brokdorf im Wesentlichen korrekt wieder*" („FR", 2.12.).

Wir meinen allerdings, daß die „Enthüllungen" des Berichtes auf jeden Fall mit einiger Vorsicht zu genießen sind. Von wem immer das Werk verfaßt wurde – sein Zweck ist es in erster Linie, sehr drastisch Situationen einer angeblich drohenden militanten Konfrontation auf dem Bauplatz und angebliche (oder auch tatsächliche) Schwächen der Polizei herauszustellen, um damit prinzipiell das polizeiliche Vorgehen zu legitimieren, gegebenenfalls fürs nächste Mal noch mehr Polizei fordern zu können und um auch spezielle, in der Öffentlichkeit umstrittene Einsätze (z.B. Tränengas-Abwurf) zu rechtfertigen. Insoweit ist der Bericht eben ein typisches Produkt des Verfassungsschutzes.

Der Bericht hebt hervor, daß es „politisch extremen Gruppen" gelungen sei, „die Protestaktionen von Bürgerinitiativen zu mißbrauchen". Ein „hochorganisierter Kern" von ca. 1.500 hat mit „schwerer Bewaffnung" (bis hin zu Molotowcocktails), von 3.000 aktiven Hilfskräften unterstützt, durchgeplante) und einheitlich geleitete Angriffe unternommen. Besonderen Wert legt der Bericht darauf, zu beschreiben:

– daß die Demonstranten an mehreren Stellen zugleich angriffen;
– daß sie Tage zuvor die zum Sturm benötigten Werkzeuge etc. „mit Zustimmung der Marschbauern in Ställen und Scheunen eingelagert" hatten;
– daß sie erhebliche Erfolge hatten so z.B. einen Beinahe-Durchbruch;
– daß sie stark organisiert gewesen seien. „*Alle Gruppen standen unter gemeinsamer Leistung*", wird behauptet. Aufgezählt werden: „Sturmtrupps", „Werfergruppen", „Scharfschützen" (mit Katapulten), Gruppen für den Nachschub, Gruppen zur Aktivierung von Zuschauern zum Mitmachen, Sanitätsgruppen. „*Die kriminelle Energie dieser militanten Gruppen ist sehr hoch anzusetzen*".

Auf der anderen Seite erscheinen die Polizeikräfte als harmlose Objektschützer, mangelhaft ausgerüstet, z.T. von taktischer Unkenntnis geplagt,

– so wird zwar offen der Einsatz von BGS-Hundertschaften und – Hubschraubern aufgezählt, sämtliche anderen paramilitärischen Kräfte, sowie VS und Sonderkommandos fallen unter den Tisch. Der BGS war angeblich auch nur abends einmal eingesetzt.
– Nachschub an Mannschaften und Waffen klappte angeblich nicht. Ein Nachtransport einer Hundertschaft führte beinahe zum „Durchbruch der Störer". Am Nachmittag waren angeblich in ganz Schleswig-Holstein keine Tränen-Gas-Patronen mehr zu haben. Drastisch wird die Lage ausgemalt:

„*Gegen 19.00 Uhr wurde die Lage für die eingeschlossen Polizeikräfte besonders kritisch. Man konnte jeden Augenblick mit dem Eindringen der Störer in das Baugelände rechnen, da die Sperren zum Teil unwirksam gemacht waren. Agitatoren forderten zum Sturm auf und wiesen gleichzeitig daraufhin, daß die Polizei über keine weiteren Tränengasvorräte verfüge... Die Einsatzleitung entschloß sich, die letzten Bestände mit Hubschraubern im Flächenwurf auf die rückwärtigen Demonstrationsteilnehmer abzuwerfen. Diese Maßnahme war außerordentlich wirkungsvoll, denn die hier verweilenden Personen hatten keine besonderen Schutzmasken gegen Tränengas und lösten sich sofort auf*".

Zwar ist es möglich, daß die Polizei vorübergehend Nachschub-Probleme mit dem Tränengas hatte. Möglich ist auch, daß sie das Eindringen einer größeren Menge von Demonstranten auf den Bauplatz und damit umfangreichere und härtere Auseinandersetzungen zeitweise ernsthaft befürchtete. Dies wäre aber nach Lage der Dinge mehr ein politisches Problem gewesen (Prügeleinsätze der Polizei gegen „friedliche" Demonstranten wie bei der ersten Demonstration sollten eigentlich tunlichst vermieden werden), als daß es technisch die Polizei in eine kritische Situation gebracht hätte.

So diente auch die Zusammenziehung unterschiedlichster „Sicherheitskräfte" (von Bereitschaftspolizei bis BGS) aus mehreren Bundesländern in Brokdorf weniger der unmittelbaren Abwendung einer anders nicht mehr zu meisternden Bedrohung, als vielmehr der Einübung der Kooperation zwischen verschiedenen Bereichen des Staatsapparates und zwischen Bund und Ländern bei einer Polizei-Aktion großen Stils.

Im Sprachgebrauch der Polizei-„Reformer" handelt es sich dabei um das Einüben der Funktion eines sog. „ad hoc Einsatz-Zentraums", d.h. einer besonderen Form der sog. „Lage-Zentren". Entsprechend den „Reformen" der „Inneren Sicherheit" bilden diese „Lage-Zentren" die Schaltstelle der Länder, in denen sämtliche Stränge des staatlichen Sicherheitsapparats unter dem Kommando der jeweiligen Länderinnenminister kurzgeschlossen werden, – im „ad hoc Einsatzzentrum" auch direkt mit dem Bund gekoppelt sind.

USA: Todesschußerlaubnis bei KKWs

Wachen von 14 Kernspaltungsanlagen in den USA haben den Befehl bekommen „Schießen um zu Töten". „*Die Wachen sind angehalten auf Personal zu schießen, um sie zu treffen, wenn nötig zu töten*", so in einer Schrift des Energy Research and Development Administration".

Zusammen mit diesem Befehl erhielten die Wachmannschaften eine bessere Ausrüstung:

– 38-Kaliber Revolver, M16 Gewehre,
– 26 gepanzerte Fahrzeuge mit M-60
– 30 Kaliber Maschinengewehre, zu deutsch eine regelrechte Kriegsausrüstung.

2. Vorschlag:

.38-Kaliber Revolver, M16 Gewehre, 26 gepanzerte Fahrzeuge mit M-60 .30 Kaliber Maschinengewehren, zu deutsch eine regelrechte Kriegsausrüstung.

Gerade in den USA sind in den vergangenen Monaten die Proteste stärker geworden, wobei auch exemplarische Protestaktionen in der Nähe der Kernkraftwerksgelände durchgeführt wurden.

Der Schießbefehl an die Wachmannschaften zeigt, daß der Imperialismus entschlossen ist, sein menschenfeindliches Atomenergieprogramm auch mit Waffengewalt durchzusetzen.

USA-Kommission

Brokdorf und die Rolle der Medien

Die Auseinandersetzungen um den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf sowie die Berichterstattung in den Medien hat zu erneuten Angriffen auf die letzten Bastionen einer um „Objektivität" bemühten Berichterstattung „geführt. Wieder einmal steht der NDR im Sperrfeuer der CDU-Regierung in Schleswig-Holstein.

Nachdem bis zum 25. Oktober der systematische Ausbau des ehrgeizigen Atomenergieplans der Bundesregierung mit Hilfe der bürgerlichen Medien unter einem Mantel des Schweigens durchgezogen wurde und der begründete Protest der KKW-Gegner somit auch nicht bundesweit publik wurde, trat am 26.10.76 ein Umschwung ein. Die bisher in der BRD einmalige „Nacht- und Nebel"-Aktion des Staatsapparats und die entsprechende Breite der Empörung in der Bevölkerung und das offensichtliche Anwachsen der Anti-KKW-Bewegung veranlaßte den NDR zu einer Sondersendung am 31.10.76 unter dem Titel „Brokdorf – ein zweites Wyhl?", die bundesweit ausgestrahlt wurde.

Die Autoren der Sendung, Biehl und Hollweg kritisierten vor allem die CDU-Landesregierung in Kiel, sie hätte die *„Kraftwerksanrainer 1973 über die Entscheidung des Reaktorstandorts erst lange hingehalten, dann ‚urplötzlich' mit dem Projekt konfrontiert – und damit schließlich Bürgerinitiative und Protest provoziert"* („Spiegel" 49/76).

Vor allem die sozialdemokratische Presse, so die „Morgenpost" in Hamburg, griff diese Kritik breit auf, um gleichzeitig davon abzulenken, daß das Vorgehen der CDU-Regierung auf den Planungen der Bundesregierung basiert, und daß im übrigen die Hamburger SPD-Regierung mit ihrer 50%-Beteiligung der HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) am KKW Brokdorf dieses Vorgehen unterstützt.

Die Sondersendung des NDR löste eine Flut von Zuschauerpost aus, die sich überwiegend hinter die Forderungen der BUU stellte. In einer Sendung des Dritten Programms des NDR „Brokdorf und die Medien" am 5. Dezember erklärte ein Sprecher der BUU: „.. *Die ARD-Berichterstattung „Brokdorf – ein zweites Wyhl?" hat uns sehr, sehr viele Zuschriften von Bürgerinitiativen, Schulen, Universitäten, Gewerkschaften und Verbänden gebracht." „Die Bürger haben die Sendung sehr positiv aufgenommen .. und viele sagten uns: macht weiter!"*

In den Tagen danach sendete der NDR im Regionalprogramm sowie im dritten Fernsehprogramm sowie in diversen Hörfunksendungen Berichte über Brokdorf, in denen die BUU nicht schlecht wegkam und auch der brutale Bullenterror in Sendungen wie „Panorama" deutlich herausgestellt wurde. In der „Panorama"-Ausgabe vom 1.11.76 zeigte das NDR-Kamera-Team Standfotos von der ersten Demonstration, auf denen deutlich zu erkennen ist, daß die Werkschutzschläger der NWK und der HEW mit „Chemical Mace" operierten. Für die CDU-Landesregierung war dies alles Grund genug, um zum Angriff auf den NDR überzugehen. Auf einer am 3. November extra anberaumten Pressekonferenz hetzte CDU-Ministerpräsident Stoltenberg gegen die NDR-Berichterstattung: *„Fundamentale Verwirrung (!) eines bestimmten Denkens und eines bestimmten Berichtens (!)"* („Spiegel" 49/
eines bestimmten Denkens und eines bestimmten Berichtens (!)" („Spiegel" 49/
76). *„Die Landesregierung hat gestern in einem Fernschreiben an den Intendanten des NDR nachdrücklich gegen die völlig einseitige und in wichtigen Punkten sachlich unzutreffende Berichterstattung in mehreren Sendungen der Anstalt zum Thema Brokdorf protestiert ... Besonders zu verurteilen ist, daß in insgesamt drei großen Fernsehsendungen der letzten Tage, die vom NDR im Rahmen der ARD wie am Sonntagabend in 40 Minuten oder im Regionalfernsehen, wie noch gestern abend, ausgestrahlt wurden, die Landesregierung überhaupt keine Gelegenheit zu einer angemessenen Stellungnahme gegen die dort erhobenen Vorwürfe und teilweise auch sachlich unzutreffenden Behauptungen in Hinblick auf das Vorgehen erhielt ... Dies ist jetzt – bei allem Respekt vor der Freiheit der Berichterstattung – nach unserer Überzeugung mit den im Staatsvertrag dargelegten Grundsätzen einer objektiven Berichterstattung einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt nicht vereinbar ... Wir werden die daraus zu ziehenden Folgerungen in diesen Tagen prüfen"* (Stoltenberg, Pressekonferenz am 3.11.76).

Im Klartext: Der NDR nimmt seine im Staatsvertrag festgelegte Aufgabe als Propagandainstrument der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung noch nicht entschieden genug wahr. Die Drohung einer noch schärferen Kontrolle über die Medien ist unüberhörbar!

Drohung genügt: Selbstzensur

Die Drohung Stoltenbergs zeigte auch sofort Wirkung: Noch bevor die CDU zu praktischen Schritten griff, leitete NDR-Intendant M. Neuffer (SPD) die erste Selbstzensur ein. Die niederländische Fernsehgesellschaft VARA hatte mit der Tagesschauredaktion und den Magazinsendungen des NDR einen Austausch der Filmbeiträge über den Bulleneinsatz gegen die KKW-Gegner vereinbart. Diese Filme, die hier schon ausgestrahlt waren, wurden von der NDR-Leitung nun zurückbehalten. Erst nach massivem Protest des sozialdemokratisch orientierten holländischen Senders stellte der NDR einen Beitrag über den Einsatz von „Chemical Mace" zur Verfügung.

Der im Rahmen des Vertrages ebenfalls der VARA zugesagte Film „Brokdorf – ein zweites Wyhl?" wurde ebenfalls vom NDR-Intendanten zurückbehalten. VARA hat daraufhin zur Großdemonstration am 13.11.76 ein eigenes Fernsehteam entsandt (nach „Extra Dienst" Nr. 89/ 12.11.76).

Nächste Stufe: Gegendarstellungen und Zensurvorbereitung

Die CDU-Landesregierung ließ nun vier Gegendarstellungen gegen den NDR los, von denen der NDR drei wegen inhaltlichen und formalen Gründen noch ablehnen konnte. So hieß es in einer Gegendarstellung zum Film „Brokdorf – ein zweites Wyhl?" ua.: *„Unwahr ist, daß die Landesregierung 1973 die Standortfrage vertraulich behandelte.* "In dem Film jedoch hatten die NDR-Reporter einen Sprecher der NWK mit der Auskunft parat, die Landesregierung habe damals *„zunächst auf vertrauliche Behandlung bestanden"*.Di *auf vertrauliche Behandlung bestanden"*. Dieser Punkt wurde von Stoltenberg auch fallengelassen, um dann mit der Zermürbetaktik zu beginnen:



Die Mauer muss weg!

Noch bevor der NDR überhaupt zu den Gegendarstellungen Stellung beziehen konnte, erschien am 10.11.76 im reaktionären „Flensburger Tageblatt" ein anonymer Artikel, in dem alle Behauptungen der Kieler Landesregierung wiedergegeben sind. Da der NDR die Texte der Landesregierungs-Gegendarstellung aber erst veröffentlichte, nachdem diese juristisch abgesicherte Zynismen wie, *„die ‚Chemische Keule' versprühe kein ‚Kampfgas', es handele sich vielmehr um ein ‚Reizmittel'"* als „Gegendarstellung" beim NDR durchsetzen konnte, deutet alles darauf hin, daß die Veröffentlichung im „Flensburger Tageblatt" in direkter Zusammenarbeit mit der CDU-Regierung erfolgt ist.

Desweiteren boykottierte Stoltenberg ein im dritten Programm des NDR geplantes Brokdorf-Hearing, das daraufhin – statt es ohne ihn durchzuführen – ganz abgesetzt wurde.

In der Energiedebatte des Kieler Landtags kündigte Wirtschaftsminister J.Westphal den nächsten Schritt an. Über den NDR seien *„weitere Erörterungen notwendig"*, um *„eine ausgewogene Berichterstattung sicherzustellen"*— „Ausgewogenheit" à la CDU!! („Spiegel 49/76)

Diese Kampagne verfehlte ihre Wirkung nicht: Am 27.11.76 befaßte sich der Verwaltungsrat (oberstes Gremium und Kontrollorgan) des NDR mit der Brokdorf-Berichterstattung. Pikant ist, daß u.a. folgende zwei Herren Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

- Schleswig-Holsteins Innenminister R. Titzk, verantwortlich für die Bulleneinsätze in Brokdorf,

und G. Jansen, SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Er hatte wegen der brutalen Polizeiaktionen am 13.11.76 in Brokdorf Strafanzeige gegen Titzk und andere Verantwortliche wegen „Körperverletzung" gestellt. In dieser Sitzung faßte der Verwaltungsrat folgenden Beschluß:

„Wegen der Kritik an der Behandlung des Themas Brokdorf durch den NDR in Hörfunk und Fernsehen beauftragt der Verwaltungsrat den Intendanten, unverzüglich alle im Sendegebiet des NDR ausgestrahlten Sendungen des NDR in der Zeit vom 25.10.76 bis 26.11.76, die das Problem der Versorgung mit Kernenergie und den Bau eines Kernkraftwerkes in Brokdorf zum Gegenstand haben, zusammenstellen zu lassen und dem Verwaltungsrat zur Prüfung vorzulegen. Dafür sind Niederschriften aller Nachrichten, Berichte, Kommentare und sonstige Sendungen in den drei Hörfunkprogrammen zu erfassen, sowie Bildkassetten aller Nachrichten, „Tagesschau", „Berichte vom Tage", Magazin-Beiträge, Sonderberichte und sonstige Beiträge im 1.und 3. Fernsehprogramm", (NDR 3: „Brokdorf und die Medien" 5.12.76).

Die „Morgenpost" (Hamburg) vom 28.11.76 berichtete: *„Im Verwaltungsrat stimmten zunächst nur für die Dokumentation 5 Mitglieder dem Antrag zu. Der durch die Vorgänge in Brokdorf selbst betroffene SPD-Landesvorsitzende Jansen stimmte nicht mit (!). Der ebenfalls betroffene Innenminister Titzk enthielt sich der Stimme, zusammen mit dem Verwaltungsrat Kreiboom (SPD)"*. Wieder einmal stützen die Sozialdemokraten durch ihr Verhalten reaktionäre Angriffe.

Was den Reaktionär Titzk betrifft, gibt er den Sozialdemokraten derzeit eine gute Angriffsfläche ab, die sich selbst gern als „Stimme derKKW-Gegner" aufspielen. So enthüllte der Schleswig-Holsteinische SPD-Landtagsabgeordnete Börnsen:

Titzk habe im März 1976 bereits im NDR-Verwaltungsrat Hinweise auf sogenannte „professionelle Baustellenbesetzer" gegeben, die bei der Berichterstattung des NDR über den Bau des KKW-Brokdorf berücksichtigt werden sollten. Damit habe Titzk seine Befugnisse als Verwaltungsrat-Mitglied überschritten und die freie Nachrichtengebung aus der Sicht des Polizeiministers beeinflussen wollen. Der Grad der Verfilzung werde deutlich, wenn Titzk Informationen, die er offenbar als Innenminister vom Verfassungsschutz habe, in die Diskussion eines Rundfunk-Organs einbringe, ohne sich parlamentrisch verantworten zu müssen.

Von einem Protest der SPD gegen Titzkes Verwaltungsratsposten – was eine logische Folgerung wäre – ist allerdings nichts zu hören.

Protest gegen den Verwaltungsratsbeschluß kam allerdings von den Redakteuren des NDR. Der Redaktionsbeirat lehnte – bisher – den Beschluß des Verwaltungsrates ab

Auch bei Radio Bremen herrscht Aufregung

Aufgrund einer Diskussion im Rundfungrat von Radio Bremen wurde Brokdorf vom zuständigen Ausschuß diskutiert. Anstoß erregte (bei dem von der SPD kontrollierten Gremium), daß im Beitrag eines Vormittagsmagazins die Telefonnummer einer Bürgerinitiative bekannt gegeben wurde.

Die gleichgeschaltete Norddeutsche Presse

Die von der BUU als die wichtigsten örtlichen Zeitungen benannten

- „Norddeutsche Rundschau" /27.200 Auflage, die mit den CDU nahen „Kieler Nachrichten" durch eine Anzeigen-Verwaltung und redaktionell mit der reaktionären „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung" verbunden ist,
- die „Wilstersche Zeitung", 2.600 Auflage und eingebunden in die Gruppe um das „Pinneberger Tageblatt", das wiederum im Springerschen Norddeutschen Anzeigenverbund integriert ist,

werden in ihrer Berichterstattung von der BUU eindeutig klassifiziert als *„letzlich von der Landesregierung und der Industrie bestimmt"*, so ein Sprecher der BUU in der NDR-3 Hörfunksendung „Brokdorf und die Medien". Die BUU spricht auch von offener Gleichschaltung der Presse. Tatsächlich saß am 25.10.76 nach Informationen des Branchendienstes „Text-Intern", *„Schleswig-Holsteins Sozialminister K.E. Klaussen ... mit vier Chefredakteuren und einem Redaktionsdirektor zu Tisch. Was er Hans Schäfer („Kieler Nachrichten"), M.Wein („Lübecker Nachrichten"), V. Heppeln („Flensburger Tageblatt"), K. Dittrich („Schleswig-Holsteinische Landeszeitung"/„Norddeutsche Rundschau") und K. Horn („Norddeutsche Nachrichten") anvertraute, war brisant und durchaus von bundesweitem Interesse. Die Landesregierung werde den vorläufigen Baubeginn des KKW-Brokdorf genehmigen."*

Die Springer-hörigen und CDU-freundlichen Cheflumpenschreiber einigten sich mit Klaussen darüber solange zu schweigen, bis die in derselben Nacht anlaufenden Platzbesetzungsaktionen der Bullen und Werkschützer abgeschlossen waren, um ein „zweites Wyhl"-die Platzbesetzung durch die KKW-Gegner v o r Baubeginn zu verhindern.

Daß dieses Vorgehen nicht nur Praxis einer CDU-Regierung und der ihr nahestehenden Presse ist, sondern g r u n d s ä t z l i c h kapitalistische Pressepraxis ist, machte Stoltenberg auf der Landespressekonferenz deutlich, nachdem sich die übrigen Schreiberlinge „ausgeschaltet" und „übergangen" fühlten:

„...daß es in zahlreichen Hauptstädten, der BRD zur Praxis der Regierungen, auch der Bundesregierung, gehört, grundlegende und schwerwiegende Entscheidungen, die zunächst einmal der Natur der Sache(!) nach erst einmal vertraulich behandelt werden müssen, in sogenannten Informationsgesprächen mit besonders Interessierten (-nur eben nicht den Betroffenen, die Red) *oder durch ihre Tätigkeit besonders verantwortliche Journalisten vorzubesprechen..Es ist dies die ständige Praxis dieser Bundesregierung und anderer Bundesregierungen ...."*

Auch die BUU selbst hat konkrete Erfahrungen mit dem Lumpenjournalismus, insbesondere der Springer-Presse machen müssen:

Der BUU-Vorsitzende wurde nach der ersten Demonstration vom 30.10.76 in Brokdorf von der „Welt" interviewt. Dieses Interview erweckte den Eindruck, als habe sich BUU-Sprecher Hellerich von den Ereignissen distanziert. Die Absicht der „Welt" bestand darin, die KKW-Gegner aufzuspalten in „Einheimische" und „Fremde" – sprich „angereiste Chaoten" und „Politrocker". Dazu der Bürgermeister der Gemeinde Wewelsfleth: *„Das schlimmste Machwerk, was wir überhaupt – vor allem in der „Welt" – gelesen haben , ist das Interview mit unserem Herrn Hellerich. Einige Nebensätze wurden zur Hauptsache umgeschrieben ... daß er angeblich gesagt hat, er will keine Fremden mehr hier sehen. Denn ohne deren Unterstützung wären wir ja heute nichts. Die* (gemeint ist die Landesregierung, die Polizei und die NWK/HEW, die Red) *hätten uns ja jüngst untergepflügt hier"* (NDR 3 „Brokdorf...").

Die Hetzpropaganda der bürgerlichen Presse läuft in Bezug auf die Anti-KKW-Bewegung sicher noch nicht auf vollen Touren. Von daher ist es besonders wichtig heute schon alle Versuche zu entlarven, die eine wahrheitsgemäße Berichtersattung verhindern wollen.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Notwendige Ermittlungen!

In Hamburg hat sich eine Gruppe interessierter Genossinnen und Genossen zusammengefunden, um sowohl das Vorgehen der Polizei in Brokdorf, als auch
den, um sowohl das Vorgehen der Polizei in Brokdorf, als auch
der Demonstranten zu untersuchen und auszuwerten.

Schwerpunkt dieser Untersuchungsarbeit ist, den exakten Ablauf des Polizeieinsatzes und der Auseinandersetzungen (über die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse hinaus) zu analysieren. Dazu müssen auch kleinste Details zusammengetragen werden.

Die Schwierigkeiten, an entsprechende Informationen heranzukommen, lagen bisher darin, daß zwar viel auf einer „Ich habe gesehen, daß ..."-Ebene erzählt wurde, daß aber relativ wenig Berichte vorliegen, die konkret Auskunft geben, wo wann was passiert ist, Zeugen etc. benennen. Außerdem sind viele Informationen gar nicht als Informationen bei Genossen und Freunden im Kopf. Wichtig sind Informationen wie z.B. die Tatsache, daß der Vater eines Kollegen bei einer Baufirma arbeitet, die ihre Arbeiter im Rahmen einer Katastrophenübung nachts nach Brokdorf führt und die dort die Festung mit aufbauen sollten. Eine Mitteilung, daß möglicherweise die Sittenpolizei in Brokdorf anwesend war ist bisher ein unbestätigtes Gerücht, genauso wie die bisher unbestätigte Meldung, daß bei Reinigungsarbeiten nach der Demonstration eine Leiche in einem der Wassergräben gefunden worden sein soll etc.

Alle diese Meldungen sind gerade für unsere Arbeit von größter Wichtigkeit. Wir müssen lernen, das Vorgehen der Polizei besser einzuschätzen und bitten darum alle, die derartige Informationen haben, uns diese umgehend zuzuschicken.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg